

# Unsere Opfer zählen nicht

## Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg



Reader mit  
Artikeln der  
Zeitschrift iz3w  
aus den Jahren  
2005-2025



## Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

Texte aus der Zeitschrift iz3w aus den Jahren 2005 bis 2024

### 4 Editorial

#### 2005

- 5 iz3w 283 – »Das war nicht unser Krieg«  
Folgen des Zweiten Weltkriegs auf den pazifischen Inseln  
vom *Rheinischen JournalistInnenbüro*
- 8 iz3w 285 – Die Bauernopfer der Großmeister  
Bücher über die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg und Schwarze im Nationalsozialismus  
von Stephan Günther
- 10 iz3w 288 – Kollektive Amnesie  
Zur Vergangenheitspolitik in Asien 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs (Teil 1)  
von Rainer Werning
- 13 iz3w 289 – Kollektive Amnesie  
Vergangenheitspolitik in Asien 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs (Teil II)  
von Rainer Werning
- 16 iz3w 289 – Kein Heim im Reich  
Die Deutschen in Südwestafrika und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus  
von Martin Eberhardt

#### 2006

- 20 iz3w 291 – Der Feind des Feindes  
Die indische Unabhängigkeitsbewegung und ihr Verhältnis zu den Nazis  
von Lou Marin

#### 2008

- 24 iz3w 308 – Vorläufer des Holocaust?  
Die Debatte um die (Dis-)Kontinuität von Kolonialismus und Nationalsozialismus  
von Philip Geck und Anton Rühling
- 25 iz3w 308 – Gegenläufige Erinnerungen  
Historizität und politischer Kontext der Debatten um Kolonialismus und Nationalsozialismus  
von Jörg Später
- 28 iz3w 309 – Der erste deutsche Genozid  
Zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust  
von Jürgen Zimmerer
- 30 iz3w 309 – Entscheidende Unterschiede  
Der Genozidbegriff ist wenig hilfreich  
von Birthe Kundrus

#### 2009

- 32 iz3w 310 – Geschichte der Gewalt  
Eine Diskussion über Genozide, Kolonialkriege und den Nationalsozialismus  
von Fabian Holzheid
- 36 iz3w 312 – Nazikollaborateure in der Dritten Welt  
Editorial
- 37 iz3w 312 – »Die Fahne hoch...!«  
Die faschistische »Internationale« von Buenos Aires bis Shanghai  
von Karl Rössel
- 41 iz3w 312 – Bloß nicht dämonisieren!  
Deutsche WissenschaftlerInnen verharmlosen arabische Kriegsverbrecher  
von Karl Rössel
- 47 iz3w 312 – Auf der Seite der Waffen-SS  
Wie indische Kollaborateure zu Freiheitskämpfern umgedeutet werden  
von Karl Rössel
- 51 iz3w 312 – Peróns deutsche Freunde  
Die Fluchthilfe der argentinischen Regierung für Naziverbrecher  
von Karl Rössel
- 56 iz3w 312 – Notwendige Unterscheidungen  
Thesen wider den Geschichtsrevisionismus in Sachen Kollaboration  
von Karl Rössel
- 59 iz3w 313 – Kokospalme mit Hakenkreuz  
Die Kolonialbewegung in Freiburg während des Nationalsozialismus  
von Heiko Wegmann
- 62 iz3w 313 – »Apartheid auf Deutsch«  
Interview mit dem Historiker Karsten Linne über den kolonialen NS-Staat  
von Heiko Wegmann
- 64 iz3w 313 – Auf der Suche nach dem Skandal  
Eine Reaktion auf den Themenschwerpunkt »Nazikollaborateure in der Dritten Welt«  
von René Wildangel
- 68 iz3w 314 – »Die Geschichte hat mich eingeholt«  
Interview mit dem Hiphop-Musiker Yan Gilg über sein Stück »A nos morts«  
von Karl Rössel
- 71 iz3w 314 – Auf der Suche nach Relativierungen  
Eine Antwort auf Réne Wildangels Replik zum Themenschwerpunkt »Nazi-Kollaborateure«  
von Karl Rössel
- 73 iz3w 315 – Erinnerung als Politikum  
Der Berliner Streit um die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«  
die Redaktion

- 77 iz3w 315 – »Sie wurden einfach erschossen«  
Interview mit Raffael Scheck über sein Buch  
»Hitlers afrikanische Opfer«  
*von Karl Rössel*
- 

## 2010

- 80 iz3w 316 – Mitten im Schulatlas  
Eine Kritik der Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«  
*von Lotte Arndt und Chandra-Milena Danielzik*
- 83 iz3w 316 – Musterung einer Kollaboration  
Muslimische Kriegsgefangene aus der Sowjetunion und die Dresdner SS-Mullah-Schule  
*von Heike Ehrlich und Kathrin Krahl*
- 86 iz3w 317 – So einfach ist es nicht  
Eine Replik auf die Kritik zur Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«  
*von Christian Stock und Udo Wolter*
- 90 iz3w 320 – Die Deutschen und der Iran  
Ein Streitgespräch zwischen MdB Gernot Erler und Buchautor Matthias Küntzel  
*von Christian Stock*
- 94 iz3w 320 – »Das Werk des Propheten vollenden«  
Die Auslandspropaganda der Nationalsozialisten in die arabisch-islamische Welt  
*von Vera Henßler*
- 98 iz3w 321 – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg  
Das iz3w präsentiert umfangreiches Begleitprogramm zur Ausstellung in Freiburg
- 

## 2011

- 99 iz3w 325 – »Ignoranz gegenüber den BewohnerInnen«  
Interview mit Karl Rössel über atomaren Kolonialismus in Ozeanien
- 101 iz3w 326 – Blinde Flecken auf der Leinwand  
Die Ausgrenzung der Dritten Welt in Filmen über den Zweiten Weltkrieg  
*von Karl Rössel*
- 105 iz3w 327 – Kolonialsoldaten hinter der Kamera  
Der Zweite Weltkrieg in Spielfilmen aus Afrika  
*von Karl Rössel*
- 109 iz3w 327 – Logik der Unterwerfung  
Der Spielfilm »Schlacht um Algier« ist eine zeitlose Anklage des Kolonialismus  
*von Gerhard Hanloser*
- 

## 2012

- 110 iz3w 328 – Die Befreier Europas  
Dokumentarfilme über afrikanische Kolonialsoldaten in französischen Diensten (Teil 1)  
*von Karl Rössel*
- 

- 113 iz3w 329 – »Meine Braut ist die Freiheit«  
Dokumentarfilme über afrikanische Kolonialsoldaten in französischen Diensten (Teil 2)  
*von Karl Rössel*

- 115 iz3w 329 – Francos afrikanische Söldner  
Marokkaner im Spanischen Bürgerkrieg  
*von Karl Rössel*
- 117 iz3w 331 – Schädelrasse oder Rassetypen?  
Ein Paradigmenwechsel im wissenschaftliche Rassismus  
*von Christoph Seidler*
- 

## 2013

- 119 iz3w 339 – Die Drohung des Ummasozialismus  
Islamismus in der globalen postnazistischen Konstellation  
*von Stephan Grigat*
- 

## 2014

- 121 iz3w 340 – »Die Front ist die Hölle«  
Im Ersten Weltkrieg wurden Millionen Kolonialsoldaten eingesetzt (Teil 1)  
*von Karl Rössel*
- 125 iz3w 341 – »Es gibt nichts Schlimmeres«  
Im Ersten Weltkrieg wurden Millionen Kolonialsoldaten eingesetzt (Teil 2)  
*von Karl Rössel*
- 129 iz3w 341 – Kontinuierliche Verweigerung  
Die Geschichte des Asyls während des Nationalsozialismus  
*von Andreas Marquet*

- 131 iz3w 343 – Die Folgen sind bis heute spürbar  
Das koloniale Ostafrika im Ersten Weltkrieg  
*von Oliver Schulten*
- 

## 2016

- 135 iz3w 353 – »Clevere Ausnutzung der religiösen Frage«  
Ein neues Standardwerk über die Kollaboration von Nazis und Muslimen  
*von Matthias Küntzel*
- 

## 2017

- 137 iz3w 359 – Reden wäre Gold  
Japan übt Stillschweigen über die Kriegsverbrechen an Zwangsprostituierten in Asien  
*von Mira Krebs*
- 140 iz3w 360 – Kontinentaler Perspektivwechsel  
Die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« wird in Kapstadt gezeigt  
*von Christa Aretz*

Fortsetzung ►

## 2018

- 142 iz3w 368 – Zeitenwende 1918  
Das Ende des Ersten Weltkrieges in Afrika  
von Oliver Schulten

## 2020

- 145 iz3w 378 – Für Frankreich gefallen  
Die Senegalschützen und der Zweite Weltkrieg  
von Adèle Cailleteau
- 147 iz3w 379 – Flucht nach Manila  
Die Philippinen nahmen während des NS verfolgte Juden auf  
von Rainer Werning
- 150 iz3w 381 – »Das ist für uns unerträglich«  
Interview mit Mehdi Lallaoui über Frankreichs Kolonialmassaker in Sétif  
von Karl Rössel

## 2022

- 154 iz3w 388 – Deutsches Vorderasien  
Wie der NS-Staat nach 1939 expandieren wollte  
von Harald Möller

## 2024

- 158 iz3w 400 – Der Krieg der Hamas  
Zum historischen Hintergrund des Pogroms vom 7. Oktober  
von Matthias Kuntzel

Herausgeberin und V.i.S.d.P.:

Aktion Dritte Welt e.V.  
informationszentrum 3. welt  
Kronenstraße 16a (Hinterhaus)  
D-79100 Freiburg i. Br.  
Telefon: 0761/74003  
info@iz3w.org, www.iz3w.org

Bürozeiten:  
Montag bis Donnerstag 10 bis 15 Uhr

Bankverbindung:  
Konto Nr. 791 338 7600  
430 609 67 GLS Bank

Satz und Gestaltung:  
Büro MAGENTA, Freiburg

Die Herausgeberin ist für den Inhalt allein verantwortlich

Impressum

## Editorial

# Krieg und Befreiung

## 20 Jahre Publizistik über »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« in der nordsüdpolitischen Zeitschrift iz3w

Vor 80 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. Unzählige Menschen und alle Kontinente waren von diesem Krieg erschüttert, dessen Zentrum Deutschland war. Die Nationalsozialisten hatten den Weltkrieg am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen begonnen, und schließlich über Europa nach Asien, Ozeanien, Afrika und die Amerikas ausgeweitet. Aber tatsächlich gehören zu diesem globalen Krieg schon der italienische Abessinienkrieg 1935 in Äthiopien/Eritrea und der Zweite Japanisch-Chinesische Krieg ab 1937. Beide wurden von den mit Deutschland verbündeten Achsenmächten Italien und Japan begonnen. Doch weit größer als die Zahl der internationalen Verbündeten der Nazis war die Zahl derjenigen aus aller Welt, die sich den Nazis militärisch entgegenstellten.

Für das iz3w ist diese globale Dimension des Zweiten Weltkriegs schon lange Zeit ein Thema. Im Jahr 2009 gaben wir zusammen mit Karl Rössel vom Rheinischen JournalistInnenbüro die iz3w 312 über die globale Kollaboration mit den Nazis heraus. 2010/11 zeigten wir in Freiburg die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«. Und in den letzten zwanzig Jahren publizierten wir zahlreiche Artikel dazu in der iz3w.

Der vorliegende Reader dokumentiert diese Artikel. Wir sind selbst überrascht darüber, was für eine Bandbreite an Perspektiven hier zutage tritt. Neben zahlreichen Länderartikeln von den pazifischen Inseln ausgehend über alle Welt sind viele unterschiedliche inhaltliche Fragestellungen zu sehen. Schon der Ausstellung selbst folgte

eine Kritik und eine Replik auf die Kritik. Die Vergangenheitspolitik asiatischer Länder wie China war ein Thema. Das Verhältnis antikolonialer Nationalbewegungen zum Krieg zwischen Deutschland, das um deren Sympathien buhlte, und andererseits den alliierten Kolonialmächten wie Frankreich, Großbritannien und mit Einschränkung den USA, wurde genau angesehen. Und es wurde nicht nur anhand der indischen und palästinensischen Nationalbewegung diskutiert.

Debattiert wurde ferner das Verhältnis des Nationalsozialismus und Kolonialismus aus verschiedenen Perspektiven. Auch das Verhältnis des Zweiten zum Ersten Weltkrieg nahm wachsenden Platz ein. Dazu kam der Blick auf die Befreier selbst. Das waren vor allem jene Soldaten aus dem Globalen Süden, die sich hinter Klischees wie die »Senegalschützen« verbargen oder die noch öfter überhaupt nicht wahrgenommen wurden. Und es waren die Opfer, die sie und die Zivilbevölkerungen ihrer Länder bringen mussten. Nach Schätzungen chinesischer Historiker\*innen kamen allein im Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg 21 Millionen Menschen ums Leben. Am Ende stand die Befreiung vom Faschismus.

Der 80. Jahrestag dieser Befreiung ist ein erfreulicher Grund, auf diese Auseinandersetzungen in unserer Zeitschrift zurückzuschauen. Das iz3w wünscht eine anregende Lektüre mit der Artikelsammlung.

► Knapp sechzig Jahre nach dem Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland sind viele Aspekte des Zweiten Weltkrieges gründlich untersucht und diskutiert worden, wenn auch oft mit zweifelhaften Ergebnissen. Was jedoch in der larmoyant-selbstbezüglichen deutschen Debatte fast vollständig fehlt, ist der Blick auf die ungeheueren Opfer, die der Zweite Weltkrieg von und in den Ländern der Dritten Welt gefordert hat.

Ein Team von internationalistischen AutorInnen rund um das Rheinische JournalistInnenbüro nimmt sich der Thematik nun nach langjährigen Recherchen in einem ambitionierten Buchprojekt an. Auf knapp 500 Seiten stellt es materialreich, mit 400 Fotos illustriert und von Augenzeugeberichten aus 30 Ländern untermauert dar, dass die kriegsführenden Mächte weite Teile der so genannten Dritten Welt als Schlachtfelder und Rohstofflager und Millionen Kolonisierte als Soldaten, Zwangsarbeiter und Zwangsprostituierte missbrauchten.

Das Buch berichtet zum Beispiel davon, dass sich in Abessinien Zehntausende Afrikaner auf beiden Seiten der Front gegenüber-

standen, in Burma hunderttausend Soldaten aus West- und Südafrika gegen die Japaner kämpften und in Frankreich Inder gegen und mit (!) den Deutschen. Denn die Dritte Welt war nicht bloß Opfer in diesem Krieg. Anti-

stellten Hunderttausende Freiwillige für deren Krieg. Die 3.000 Rekruten der von den Nazis ausgehobenen »Indischen Legion« zum Beispiel scheuten sich nicht einmal, sich 1944 in die Waffen-SS eingliedern zu lassen und an Massakern gegen die französische Zivilbevölkerung zu beteiligen. Auch davon berichtet dieses Buch.

Ozeanien, einem zentralen, wenn auch hierzulande wenig bekannten Schauplatz des Zweiten Weltkrieges, ist darin ein gesondertes Kapitel gewidmet. Wie in anderen Weltregionen waren es dort nicht allein die Deutschen, die Großmachtpläne zu verwirklichen suchten. Japan wollte die Region in sein »großostasiatisches Reich« eingliedern und hinterließ bei seinen Vorstößen bis an die Nordküste Australiens eine Spur der Zerstörung und zahllose Tote auf den pazifischen Inseln. Die folgenden Leseproben stammen aus diesem Ozeanien-Kapitel.



koloniale Bewegungen im Nahen Osten (von Ägypten über Palästina bis in den Irak und den Iran) und in Asien (von Indien und Burma bis Thailand und Indonesien) sympathisierten mit den faschistischen Mächten und

► Das Buch »Unsere Opfer zählen nicht« – *Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg* (Hrsg.: recherche international e.V.) erscheint Anfang März im Verlag Assoziation A und kostet 29,50 Euro. ISBN: 3-935936-26-5

## »Das war nicht unser Krieg!« Folgen des Zweiten Weltkriegs auf den pazifischen Inseln

vom **Rheinischen JournalistInnenbüro**

► Es war der 27. Dezember 1940, als vor der Küste der kleinen zentralpazifischen Insel Nauru ein fremdes Schiff auftauchte. Am Bug des Frachters leuchtete weithin sichtbar der japanische Name *Manyo Maru*. Am Mast wehte die Flagge der japanischen Handelsflotte. »Die Leute freuten sich, weil es schon seit einiger Zeit keinen Zucker und keinen Reis mehr gegeben hatte«, erzählt Alfie Dick, damals sechs Jahre alt, später stellvertretender Regierungschef Naurus. »Alle strömten voller Vorfreude zum Strand, um das Einlaufen des unerwarteten Frachters zu beobachten. Doch plötzlich nahm das Schiff die Verladestation und die Öltanks im Hafen unter Beschuss. Statt die Ankunft des Frachters zu feiern, flohen wir alle in den Wald, um uns zu verstecken. Wie sich herausstellte, handelte es sich um ein deutsches Kriegsschiff.«

Das Schiff hieß in Wirklichkeit Komet und gehörte zur deutschen Kriegsmarine, die – von japanischen Stützpunkten versorgt – Ende 1940, Anfang 1941 im Stillen Ozean operierte. Sie torpedierte britische und australische Schiffe, verminete Häfen in Neuseeland und versenkte vier Frachtschiffe der Minengesellschaft, die Australien, Großbritannien und Neuseeland unter dem Namen *British Phosphate Commissioners* (BPC) gemeinsam auf Nauru betrieben. Diese Phosphat-

mine hatte ihren Betrieb 1907 aufgenommen, als die Insel noch eine deutsche Kolonie gewesen war. Mit dem Angriff auf Nauru demonstrierte das faschistische Deutschland, dass es sich mit dem Verlust seiner Kolonien in Ozeanien keineswegs abgefunden hatte.

### Hakenkreuzfahnen in der Südsee

► Nach den ersten Warnschüssen an jenem Dezembertag des Jahres 1940 befahlen die deutschen Kommandanten dem Hafenmeister von Nauru, das Gelände um die Phosphatmine innerhalb von einer Stunde zu evakuieren. Als jede Gegenwehr ausblieb, hissten die Marinesoldaten auf der Komet Hakenkreuzfahnen, dann nahmen sie den Hafen unter Beschuss, bis die Treibstofftanks der Minengesellschaft explodierten und selbst das auf Stelzen ins Meer ragende Fließband in Flammen aufging. »Die Leute von Nauru fanden es unglaublich, dass die Stahlkonstruktionen der Phosphatmine Feuer fingen«, erzählt Alfie Dick. »Wir hatten gedacht, nur Streichhölzer oder ähnliche Dinge könnten brennen. Was wir da sahen, war für uns völlig neu.«

Als die Verladestation der Mine in Schutt und Asche lag, liefen die Deutschen so überraschend wieder aus, wie sie gekommen waren.

Danach herrschte auf Nauru gespannte Ruhe, aber die Insulaner verfolgten mit Sorge die Vorzeichen weiteren Unheils. Erst schickte die Minengesellschaft BPC Frachtschiffe, um das Phosphat, das in Nauru noch auf Halde lag, hastig abzutransportieren. Dann schaffte sie 773 chinesische Bergleute, die in der Mine gearbeitet hatten, von der Insel, und die Kolonialverwaltung evakuierte auch den Großteil der europäischen und australischen Siedler. Die knapp 2.000 Insulaner waren schon fast unter sich, als im Dezember 1941 ein erstes Aufklärungsflugzeug über Nauru auftauchte. Auf seinen Tragflächen leuchtete die rote Sonne der japanischen Flagge. Bald darauf folgten Tiefflieger, die die kleine Funkstation der Insel bombardierten und Nauru von jeder Kommunikation mit der Außenwelt abschnitten. Die japanischen Sturzbomber flogen so tief, dass ein Mädchen den Eindruck hatte, »sie ließen über Bäume«. Fast täglich kreuzten jetzt japanische Flugzeuge auf. Die Inselbewohner mieden tagsüber die Gegend um die Phosphatmine sowie die Gebäude der Kolonialverwaltung und versteckten sich in den Wäldern auf dem Hochplateau.

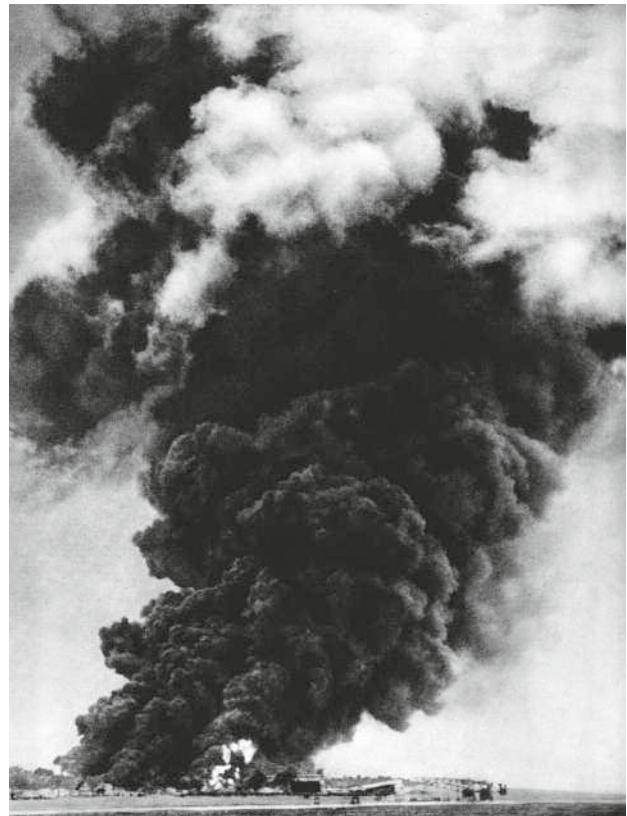
Als am 21. Februar 1942 der französische Frachter *Triomphant* im Auftrag der australischen Regierung in Nauru einlief, hofften die Insulaner auf Hilfe. Doch das Schiff holte nur noch die letzten Europäer und Australier – bis auf sieben Personen – von der Insel sowie weitere Minenarbeiter. Da der Platz an Bord begrenzt war, mussten außer den Einheimischen auch 185 Chinesen, darunter viele Alte und Kranke, sowie 50 Bergarbeiter von anderen pazifischen Inseln zurückbleiben. Ihre Evakuierung galt nicht als dringlich, weil sie »in den Händen der Japaner kein Leid zu erwarten« hätten. Auf keinen Fall jedoch wollten die Minenbetreiber den Japanern die Reste ihrer Förderanlagen überlassen. Zur Verblüffung der Insulaner zerstörte die Besatzung, was von der Mine nach den deutschen und japanischen Bombardements übrig geblieben war, bevor die *Triomphant* im Schutze der Nacht wieder in See stieß. Es war das letzte Schiff, das bis zum Kriegsende zwischen Australien und Nauru verkehrte. Drei lange Jahre blieben die Inselbewohner danach schutzlos den Japanern ausgeliefert und erlebten das Schicksal von Sklaven, als der Krieg im Südpazifik eskalierte.

## Der japanische Vorstoß

► »Ich erinnere mich noch genau an den Abend des 3. September 1939«, schreibt John Guise, der spätere britische Generalgouverneur in Papua-Neuguinea. »Ich saß in Samarai mit einer großen Gruppe von Papuanern um ein Radio herum, das einem von ihnen gehörte. Verwundert, stumm und eingeschüchtert hörten wir, wie in London Mr. Chamberlain Deutschland den Krieg erklärte. Wir versuchten uns gegenseitig zu beschwichtigen, dass diese Nachricht uns in Papua in keiner Weise betreffen würde, aber schon damals beschlich uns ein Gefühl der Unruhe. Und der Zeitpunkt sollte kommen, an dem wir uns den Konsequenzen stellen mussten, die sich aus der Londoner Radiomeldung ergaben.«

Der Zeitpunkt kam am 4. Januar 1942, als die Japaner das Städtchen Rabaul an der Ostküste der Insel New Britain (nordöstlich von Neuguinea) bombardierten, vier Wochen nach dem Angriff auf Pearl Harbor. In Rabaul residierte die australische Verwaltung, die seit dem Ersten Weltkrieg im Auftrag des Völkerbundes Neuguinea (zuvor eine deutsche Kolonie) kontrollierte. Anfang 1942 nahmen japanische Truppen das gesamte Mandatsgebiet ein und bauten in Rabaul ihren größten Stützpunkt im Südpazifik. Bis zu 90.000 Soldaten waren dort stationiert. Ihr Befehl lautete, die australische Kolonie Papua und die Hafenstadt Port Moresby an der Südküste Neuguineas einzunehmen. Von dort wären sie nur noch wenige hundert Kilometer vom australischen Festland entfernt gewesen. Die Alliierten taten alles, um die Japaner aufzuhalten, bevor sie in Australien landen konnten. So stießen die Streitkräfte beider Seiten im Südpazifik aufeinander, und in Neuguinea trugen sie einige der schwersten Kämpfe des Zweiten Weltkrieges aus.

Foto: Assoziation A



Von der Komet in Brand geschossene Hafenanlagen auf Nauru  
(27.12.1940)

Bis 1942 lebten in Papua und Neuguinea etwa 8.000 Weiße unter rund zwei Millionen Insulanern. In den folgenden drei Jahren überrollten jedoch eine Million Amerikaner, knapp 500.000 Australier und 300.000 Japaner die Insel. Damit kam fast ein ausländischer Soldat auf jeden Einheimischen. Die Japaner verschleppten auch mehr als 5.000 Inder, die sie bei ihrem Vormarsch in Singapur gefangen genommen hatten, als Zwangsarbeiter in den Südpazifik, sowie Chinesen, Indonesier und Koreaner. All diese fremden Soldaten benötigten einheimische Helfer für den Krieg auf der Insel. Allein die Japaner rekrutierten in Neuguinea Zehntausende Insulaner als Hilfs- und Bauarbeiter, Träger und Führer, Kundschafter und Soldaten. Oftmals mussten sie als »menschlicher Schutzwall« vor den japanischen Truppen hermarschieren. Manche Insulaner dienten den Japanern »freiwillig« (angeworben mit politischen Versprechen, Geld, Kleidern, Nahrungsmitteln, Geschenken und Waffen). Die meisten jedoch wurden zum Arbeitsdienst gezwungen. Nachdem ihre Dörfer zerstört waren, blieb vielen Insulanern nur die Wahl, sich den Japanern zu beugen oder zu fliehen. Ein Bauer aus der Nähe des Küstenortes Finschhafen erzählt: »Wie sollten wir weiter Felder roden oder Gärten anlegen? Wir waren schließlich ständig auf der Flucht vor den Japanern. Hatten wir ein Versteck gefunden, kamen die Japaner hinter uns her. Wir mussten deshalb immer weiter ziehen und von wildem Jams leben und den Früchten, die wir im Dschungel fanden.« Stellten die Japaner einen Flüchtigen, so drohten Prügel, Folter oder gar die Todesstrafe. Der Bauer Arthur Duna berichtet: »Alle Männer mussten sich in drei langen Reihen aufstellen. Ein Soldat feuerte dicht über ihre Köpfe, und sie erschraken sehr, wären fast in alle Richtungen auseinander gestoßen. Doch der Soldat ließ ihnen durch seinen Übersetzer mitteilen, sie sollten es nicht wagen wegzu laufen, sondern hinunter zum Strand marschieren. Denn sie müssten mitkommen nach Sanada, und jeden, der zu fliehen versuche, werde er mit seinem Gewehr über den Haufen schießen.«



Foto: Assoziation A

Einheimische helfen verletzten Soldaten aus den Bergen Neuguineas  
(ca. 1942/43)

In Sanada angekommen, wurden die Männer als Lastenträger und Bauarbeiter eingesetzt. Arthur Duna musste für die Zwangsarbeiter kochen, »aber das Essen reichte nicht aus, um unsere leeren Mägen zu füllen. Alle mussten den ganzen Tag über hart arbeiten, aber es gab nur ein bisschen Reis und Fisch aus der Dose, das Ganze mit Wasser verlängert.« Arthur Duna dachte damals: »Das ist nicht mein Krieg!« und nutzte einen unbeobachteten Moment beim Holzsammeln, um in den dichten Dschungel zu flüchten.

## Furcht vor beiden Kriegsparteien

► Im August 1942 beschlossen die australischen Militärs offiziell, »die Interessen der Eingeborenen zeitweise zu opfern« und sie zu Kriegsdiensten zu zwingen. Zwar galt die Order, nicht mehr als ein Viertel der gesunden, einheimischen Männer als Hilfsarbeiter und Träger einzusetzen. Tatsächlich aber wurden in vielen Dörfern sämtliche Männer rekrutiert, selbst alte und schwache. »Die Dörfer litten schwer darunter, dass keine Männer da waren, um die Gärten zu bebauen, zu jagen und Häuser und Kanus in Stand zu halten«, schreibt der Historiker John Waiko von der Universität Papua-Neuguineas. »Es gab zu wenige Nahrungsmittel, der Krankenstand stieg, die Kindersterblichkeit war extrem hoch, und die Frauen waren völlig überarbeitet. Oft standen sie kurz vor dem Hungertod. Ihr Leben war geprägt von dem Schmerz über den Verlust ihrer Männer und von der erschreckenden Apathie, die sich einstellt, wenn jeder Lebenswille erlischt.« Viele Insulaner fürchteten sich vor beiden Kriegsparteien gleichermaßen und versteckten sich in den schwer zugänglichen Bergen im Innern der Inseln.

Nach der Einnahme von Rabaul planten die Japaner zunächst, Port Moresby vom Meer aus zu erobern. Anfang Februar 1942 flog die japanische Luftwaffe erste Bombenangriffe auf die Stadt, um Verteidigungsanlagen der Australier zu zerstören. Die australischen Truppen reagierten in heller Panik und missbrauchten die allgemeine Verwir-

Drei Jahre lang waren die Inselbewohner den Japanern schutzlos ausgeliefert

rung, um die Geschäfte von Port Moresby zu plündern. John Waiko schreibt, in der Stadt habe »das blanke Chaos« geherrscht, und die einheimische Bevölkerung sei entsetzt gewesen, wie schnell die angeblich so zivilisierten Weißen jegliche Achtung vor Recht und Gesetz ablegten. Hätte die japanische Kriegsmarine Port Moresby erreicht, wäre sie kaum auf nennenswerten Widerstand gestoßen. Doch als die Flotte im Mai 1942 von Rabaul Richtung Papua auslief, kreuzte die – nach dem Desaster von Pearl Harbor – eiligst nachgerüstete US-amerikanische Pazifikflotte schon in der Korallensee zwischen Neuguinea und den Salomon-Inseln und konnte die japanischen Kriegsschiffe aufhalten.

Der Zusammenstoß der beiden mächtigsten Flotten der Welt ist als »Schlacht in der Korallensee« in vielen Geschichtsbüchern über den Zweiten Weltkrieg ausführlich beschrieben worden. Darin sind die Typen und Namen der beteiligten Schiffe, ihre Längen, Breiten und Höhen, die Reichweite ihrer Kanonen und die Opfer auf beiden Seiten aufgelistet. Nur von den Menschen, die auf den Inseln der Korallensee lebten, ist in keinem Bericht die Rede. Dabei hat sie diese nach ihrem Meer benannte Seeschlacht anhaltend traumatisiert. Die Anthropologin Maria Lepowsky berichtet, dass die Bewohner der Insel Vanatinai sich noch Ende der siebziger Jahre genau erinnerten, wie plötzlich die Kriegsschiffe und Flugzeuge der Japaner und US-Amerikaner rund um ihr Archipel aufgetaucht waren. Damals hätten sie sich vor den »mysteriösen Flugobjekten und unbekannten Schiffen« sehr gefürchtet.

Nachdem die japanischen Streitkräfte die Südküste Papuas und Port Moresby nicht von der See her hatten einnehmen können, starteten sie weitere Versuche über Land. Am 19. Juli 1942 landeten 3.000 japanische Soldaten und 1.000 einheimische Träger zwischen den Dörfern Gona und Buna an der Nordküste Neuguineas. Von dort aus wollten sie sich durch das unwegsame Gebirge im Inselinneren bis in das fast 200 Kilometer entfernte Port Moresby an der Südküste der Insel marschieren. Im Dschungel der Berge gelang es der Hälfte der Zwangsarbeiter zu fliehen. Dorfbewohner versteckten sie und pflegten die Kranken gesund. Einige von ihnen kämpften später auf Seiten der Alliierten.

Die japanischen Soldaten waren brutale Besatzer: »Sie beschlagnahmten die Ernten in unseren Gärten, schlachteten unser gesamtes Vieh und verspeisten all unsere Schweine. Selbst unsere Kirche entweihten sie mit Fäkalien.« Die Japaner zwangen die einheimischen Männer, ihnen als Pfadfinder und Träger auf dem Weg ins Gebirge zu helfen. Auch die anderen Kriegsparteien waren in dem schwer zugänglichen tropischen Gebirge auf ortskundige Helfer angewiesen. Die Insulaner mussten das Gelände auskundschaften, Dschungelpfade roden und Behelfsbrücken bauen, Lager aufschlagen, Schuppen zusammenzimmern und Schützengräben ausheben, Schießstände anlegen und Bunker bauen. Und sie schleppten alles, was die Fremden für ihren Krieg brauchten, über steile Pfade ins Gebirge. Bei ihrem Abstieg balancierten sie Verwundete auf Bambusbahren in die Basislager und Feldhospitale im Tal.

Japaner und Alliierte machten sich in Papua und Neuguinea zahlreicher Verbrechen schuldig: Sie plünderten Häuser und Hütten, brannten Dörfer nieder und nahmen ihren Bewohnern Vorräte und Vieh, sie setzten Prügelstrafen und Folter ein, vergewaltigten einheimische Frauen und misshandelten deren Männer. Von beiden Kriegsparteien wurden Insulaner, die der Kollaboration verdächtigt wurden, standrechtlich erschossen. Die Grausamkeit der japanischen Streitkräfte war sprichwörtlich. Aber die Alliierten standen ihnen kaum nach...

► Das Buch »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« ist das Ergebnis eines kollektiven Arbeitsprozesses im Rheinischen JournalistInnenbüro in Köln.

# Die Bauernopfer der Großmeister

## Bücher über die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg und Schwarze im Nationalsozialismus

von Stephan Günther

► »Wenn Kriege jemals wie Schach waren«, schlussfolgert der SPIEGEL dieser Tage in einem Spezial zum Jahrestag des Kriegsendes, »muss al-Alamein die Weltmeisterschaft gewesen sein. Deutschland gegen Großbritannien. Rommel gegen Bernard L. Montgomery.« Auch sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges wird der Generalfeldmarschall als »Wüstenfuchs« glorifiziert, gilt der Krieg im Norden Afrikas als sportlicher Wettkampf zweier »Großmeister«. Zwar kommt der Autor am Ende zu dem Schluss, dass die Schlachten doch kein Spiel, sondern Krieg gewesen seien, aber nur einer zwischen zwei europäischen Feinden. Afrikaner spielen nicht nur in diesem Artikel keine Rolle, denn: »Es gibt in der Wüste nicht viele Zivilisten.«

Es sind viele Wüsten, die Historiker seit 1945 hinsichtlich des Zweiten Weltkriegs hinterlassen haben. Als Kriegsschauplätze außerhalb Europas sind einer breiteren Öffentlichkeit neben Nordafrika lediglich Pearl Harbor auf Hawaii bekannt sowie die durch Atombomben zerstörten japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Wie groß die Leerstellen dieser Geschichtsschreibung sind, darauf deutet schon der Umfang des Buches »**Unsere Opfer zählen nicht.** Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« hin: 444 Seiten umfasst das Werk. Dessen AutorInnen aus dem Rheinischen JournalistInnenbüro sind angetreten, »das Schweigen über die Opfer der Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg zu brechen.«

In mehr als zehnjähriger Forschungs- und Recherchearbeit haben die kollektiv arbeitenden AutorInnen (zu nennen sind vor allem Karl Rössel und Birgit Morgenrath) umfangreiches Bild- und Textmaterial aus allen Kontinenten zusammengetragen und zahlreiche Zeitzeugen interviewt. Die daraus entstandene Mischung aus klassisch historischer Analyse und journalistischer Darstellung macht das Buch nicht nur ausgesprochen gut lesbar. Es erfüllt damit in weiten Teilen auch moderne wissenschaftliche Ansprüche, wie sie etwa der globalgeschichtliche Ansatz (vgl. iz3w 278/279) verfolgt: Zum einen den nationalen Rahmen überschreiten und internationale Zusammenhänge aufzeigen, zum anderen die Folgen globaler Entwicklungen für ein-

zelne Regionen, Gruppen und Personen im Konkreten untersuchen.

Folgerichtig beginnt der Band – nach Vorwort und Einleitung – mit Berichten von Veteranen aus vier Kontinenten, in denen sehr eindrucksvoll nachzulesen ist, »wie Eduard Kouka Ouédraogo aus Obervolta unter die Deutschen fiel«, wie »Remedius Gomez-Paraisa aus den Philippinen gegen die Japaner kämpfte« und »wie Reg Saunders als erster Aborigine Offizier der australischen Armee wurde.« Wenn etwa Ouédraogo seine Gefangennahme durch die Deutschen beschreibt – »Sie waren mit Maschinengewehren bewaffnet und taten, was man ihnen schon mit der Muttermilch eingeflößt hatte:

Töten! Die Verletzten machten sie an Ort und Stelle nieder, verpassten ihnen aber vorher noch ein paar Fußtritte. Die Gesunden trieben sie prügelnd vor sich her und schlugen ihnen mit den Gewehrkolben die Zähne aus« – dann mag ein solcher Zeitzeugenbericht für sich genommen keinen wissen-

schaftlichen Ansprüchen genügen. Weil in den folgenden Kapiteln jedoch sehr ausführlich und mit einer Vielzahl von Quellen belegt auf Folter und Mord an schwarzen Kriegsgefangenen der Deutschen eingegangen wird, bieten die biografischen, zuweilen sehr persönlichen Berichte Ergänzungen, die das Ausmaß des Schreckens erahnen lassen.

Außer einigen Exkursen über die Kolonialpläne der Nazis, den spanischen Bürgerkrieg, Schwarze im Nationalsozialismus und Schwarze in der NS-Armee ist der größte Teil des Buches nach Regionen und Kontinenten strukturiert. Während die Beiträge über Lateinamerika (weil die Staaten erst spät in den Krieg eingriffen) und den Nahen Osten (weil der Redaktion die Mittel zur Übersetzung wichtiger arabischer Quellen fehlten) vergleichsweise knapp geraten sind, beeindrucken die Kapitel über Afrika, Asien und Ozeanien durch Faktenreichtum. Dabei überschreiten die AutorInnen auch in anderer Hinsicht Grenzen: Sie beschreiben auch die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges; die Strukturen der britischen

und französischen Kolonialherrschaft in Afrika etwa, um dann auf den Einsatz afrikanischer Soldaten in den Armeen der Alliierten einzugehen. Afrikaner unter britischem Kommando kämpften nicht nur in Europa, sie »fochten 1940/41 gegen die Italiener in Britisch-Somaliland und Äthiopien, 1940 bis 1943 gegen den deutschen General Rommel und die italienischen Faschisten in Nordafrika, 1942 gegen das Vichy-Regime in Madagaskar und nach dem Kriegseintritt Japans im Dezember 1941 auch in Fernost, in den Dschungeln von Burma.«

Zwar gab es Zwangsrekrutierungen durch die britische Armee, dennoch ist das verbreitete Bild von den »entmündigten« Kolonialsoldaten schief, denn nicht wenige meldeten sich freiwillig. So etwa der Sohn eines wohlhabenden Händlers aus Accra, der Hauptstadt der früheren Goldküste: »Die Deutschen wollten die ganze Welt erobern. Wenn wir uns ihnen nicht entgegenstellten, würden sie auch nach Afrika kommen.« Komplizierter noch war die Situation in den früheren italienischen und französischen Kolonien. Äthiopier oder Algerier kämpften gegen die Besatzung, die zeitweise faschistisch, zeitweise antifaschistisch war. Manche leisteten Widerstand, andere kollaborierten.

Auch hierin liegt eine Stärke des Buches. Die AutorInnen zeigen die Vielschichtigkeit der »Dritten Welt« auf, in der es nicht nur Opfer der Weltkriege gibt und auch nicht nur Widerständler. Sie berichten über arabische Kollaborateure der Nazis, aber auch über arabische und jüdische Soldaten, die gemeinsam auf Seiten der Alliierten gekämpft haben. Sie schreiben vom Asyl für jüdische Flüchtlinge in Lateinamerika und für Nazis ein paar Jahre später in denselben Staaten. Es gibt ein Kapitel über die indische Legion der Nazis und eines über die Soldaten der Royal Indian Army, die gegen die Nazis kämpften. Es wird deutlich, dass die ethnisch-nationalistische deutsche Ideologie ebenso Anhänger bei den gerade entstehenden nationalen Befreiungen fand wie sie auf erbitterten Widerstand stieß.

Die JournalistInnen des Rheinischen Büros zeigen mit diesem Buch, dass die Grenzen des Zweiten Weltkrieges von der bisherigen Geschichtsschreibung in vielerlei Hinsicht zu eng gesteckt werden. Der Krieg war zum einen wirklich ein Weltkrieg, der Opfer auch in Uruguay und



Schwarze Gefangene wurden von weißen getrennt und sogleich hingerichtet

Madagaskar forderte – und in China mehr als auf Seiten der Achsenmächte zusammen. Zum anderen greifen auch die sechs Jahre 1939 bis 1945 zu kurz: »In Afrika begann der Zweite Weltkrieg 1935 mit dem Einmarsch der Italiener in Äthiopien. 1937 hatte Japan neben Korea bereits die Mandschurei besetzt und dehnte seinen Krieg gegen China nach Süden aus.« Und »nach dem Krieg war vielerorts vor dem Krieg. Am 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung, massakrierten französische Truppen zehntausende Demonstranten, die für die Unabhängigkeit des Landes demonstrierten.« Auch in Vietnam und auf den Philippinen ging der Krieg nahtlos in den antikolonialen Befreiungskampf über, in China in den Bürgerkrieg, an dessen Ende der Sieg der revolutionären Volksarmee Mao Tsetungs stand.

Einige bekannte Autoren (wie Frantz Fanon für Nordafrika) und weniger bekannte Autoren (wie Ko Tim-Keung für Hongkong) haben zwar schon vor vielen Jahren benannt, wie sehr auch die Länder der Dritten Welt direkt oder indirekt vom Zweiten Weltkrieg betroffen waren. Aber in seiner ausführlichen und umfassenden Darstellung dürfte »Unser Opfer zählen nicht« ein einzigartiges Werk darstellen. Rechtzeitig zu den Gedenkfeiern am 8. Mai erschienen, ist es ein wichtiges Gegenstück zu jenen Diskursen, in denen Deutsche sich als Opfer darstellen.

Ähnliches gilt auch für den im vergangenen Jahr erschienenen Ausstellungsband **Zwischen Charleston und Stechschritt. Schwarze im Nationalsozialismus**. Auch hier wird die Analyse des Rassismus und der Verfolgung von Schwarzen zwischen 1933 und 1945 in den historischen Kontext eingebunden, was unter anderem mit Beiträgen über den deutschen Kolonialismus und über Schwarze in der Weimarer Republik geschieht. Und auch hier besticht die Kombination von wissenschaftlicher Analyse und der Darstellung persönlicher Schicksale.

Obwohl postkolonialer Staat, lebten im Deutschen Reich nur 2.500 bis 3.000 Schwarze. Gerade diese Tatsache aber, so eine These der HerausgeberInnen Christine Alonzo und Peter Martin, bildete eine nicht unwesentliche Grundlage für die nationalsozialistische Rassideologie. Mit Bezug auf Emanuel Todd schreiben sie, »dass die Französische Republik dem Deutschen Reich einen erheblichen Schrecken einjagte, als sie im Ersten Weltkrieg afrikanische Truppen einsetzte und Martinique und Elsass-Lothringen, Dunkelhäutigkeit und Deutschtum, auf die gleiche – französische, universale – Stufe stellte.« Diese Politik diente den Nationalsozialisten in doppeltem Sinne zur Propaganda: Die Zustände in Frank-

reich galten einerseits als Warnung vor der »rassischen Durchmischung« im eigenen Land, andererseits als Legitimation für den deutschen Einmarsch. Denn »in Paris wurden Juden hoffähig und Neger salonfähig.« Schon in »Mein Kampf« hatte Hitler über Frankreich geschrieben, es mache »auch rassisches in seiner Vernegerung so rapide Fortschritte, daß man tatsächlich von einer Entstehung eines afrikanischen Staates auf europäischem Boden reden kann.« Nach dem ersten Kapitel, das Lebensbilder schwarzer Menschen beschreibt, folgt ein umfassender Teil über »die schwarze Gefahr«, die im Ersten Weltkrieg in den schwarzen französischen Soldaten beschworen wurde und in der »Schwarzen Schmach« durch die Beteiligung von schwarzen Soldaten bei der Rheinlandbesetzung ihren Höhepunkt fand. In dem Beitrag »Schwarze Sowjets an Elbe und Spree?« beschreibt Peter Martin, wie Schwarze auch zum Inbegriff einer ganz anderen Gefahr wurden: »Seit Mitte der zwanziger Jahre wurde Deutschland zu einem wichtigen Schauspielplatz politischer Aktivitäten schwarzer Revolutionäre. Vor allem in Berlin und Hamburg, gelegentlich aber auch in anderen Städten wie Frankfurt und Köln, arbeiteten schwarze Kommunisten unterschiedlicher Nationalität in sowjetischem Auftrag permanent oder vorübergehend für die gewerkschaftliche Interessensicherung der schwarzen Arbeiter und Bauern in den Kolonien sowie die Befreiung ihrer Heimatländer vom „Joch der Weißen“.

Die Nationalsozialisten setzten früh Zeichen, wie das Buch verdeutlicht. Ein Beitrag über die Abschaffung des Coburger »Mohrenkopf«-Stadtwappens 1934 zeigt die symbolische »Reinigung« des Deutschtums auf, ein Kapitel über »Rassenhygiene und Rassengesetze« die juristische Fortsetzung und eines über die Zwangssterilisierung der »Rheinlandbastarde« (der Kinder deutscher Frauen und schwarzer französischer Besatzungssoldaten) die brutale Umsetzung des Rassismus. Viele Schwarze entgingen in den folgenden Jahren zwar den Lagern und dem Tod, weil sie Staatsbürger anderer europäischer Staaten waren. Diejenigen, die dieses Glück nicht hatten, wurden jedoch umso brutaler für ihr Schwarzsein bestraft. Schwarze Soldaten wurden nach ihrer Gefangennahme misshandelt oder gleich ermordet, um den weißen französischen Gefangenen zu demonstrieren, was Deutsche von der Gleichheit der »Rassen« halten.

Dass gerade der »Wüstenfuchs« Erwin Rommel sich in dieser Hinsicht hervorhobt, stellt Julien Fargettas in seinem Beitrag »Der andere Feldzug von 1940« heraus, der das



Massaker an den schwarzen Soldaten des 53. Regiments der gemischten senegalesischen Kolonialinfanterie beschreibt. Schwarze Gefangene wurden von weißen getrennt und sogleich hingerichtet, weil, wie ein deutscher Offizier sagt, »eine minderwertige Rasse es nicht verdient hätte, gegen eine so zivilisierte Rasse wie die Deutschen zu kämpfen.« Möglicherweise ist das ein Grund, warum Schwarze in der Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg bis heute kaum vorkommen und warum Rommel bis heute als »Schachspieler« unter den Nazi-Generälen gilt: Bauernopfer verdienen offenbar keine Erwähnung.

► *Rheinisches JournalistInnenbüro/ Recherche International e.V. (Hg.): »Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. Assoziation A, Berlin/Hamburg 2005. 444 Seiten, 29,50 Euro, 51,60 SFr.*

► *Peter Martin und Christine Alonzo (Hg.): Zwischen Charleston und Stechschritt. Schwarze im Nationalsozialismus. Dölling und Galitz Verlag, Hamburg/München 2004, 790 Seiten, 29,80 Euro.*

► Stephan Günther ist Mitarbeiter im iz3w.

## Deutscher Kolonialismus – Geschichte und Erinnerung

► »Verdrängt oder instrumentalisiert: der Geschichte des deutschen Kolonialismus wird selten angemessen gedacht. Erst der hundertste Jahrestag des Herero-Deutschen-Krieges in »Deutsch Südwest-Afrika« bescherte 2004 der kolonialen Vergangenheit auch in Deutschland vermehrte Aufmerksamkeit.

Der jetzt erschienene iz3w-Reader **Deutscher Kolonialismus – Geschichte und Erinnerung** versammelt auf 82 Seiten Beiträge aus der Zeitschrift iz3w und anderen Publikationen. Sie beschäftigen sich mit ereignisgeschichtlichen Themen und untersuchen heutige Erinnerungskultur und -politik in den ehemaligen Kolonien und in Deutschland.

Der Reader kann für 6,50 Euro (+ 90 Cent Porto im Inland) beim iz3w bestellt werden. Ein Themenpaket aus diesem Reader und zwei iz3w-Schwerpunkttheften zum deutschen Kolonialismus (iz3w 275 & 276), zu denen der Reader keine Überschneidungen aufweist, kostet 12 Euro (+ 1,40 Euro Porto im Inland).

► **iz3w – informationszentrum 3. Welt, Postfach 5328, D-79020 Freiburg, Tel: 0761-74003, info@iz3w.org,**

# Kollektive Amnesie

Zur Vergangenheitspolitik in Asien 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs / Teil I

Drei Monate später als in Europa endete mit der Kapitulation Japans am 15. August 1945 der Zweite Weltkrieg in Asien. Erst jetzt, 60 Jahre danach, werden in Ost- und Südostasien – vor allem in China und Korea – die Stimmen der Opfer japanischer Kriegsverbrechen, von Zwangsarbeit und Zwangprostitution, durch eine größere Öffentlichkeit wahrgenommen. Und auch in Japan selbst beginnt, verhalten und langsam zwar, eine Debatte um die jüngere Geschichte.

10

von Rainer Werning

► Seit dem Ende der so genannten »Großen Proletarischen Kulturrevolution« in den 1960er und 70er Jahren kommt es selten genug vor, dass aufgebrachte BürgerInnen in der Volksrepublik China auf die Straße gehen, dort Großdemonstrationen inszenieren und mit Steinen, Flaschen und Eiern werfen – und die Staatsmacht dies augenzwinkernd toleriert. Zehntausende strömten an mehreren Wochenenden im Frühjahr dieses Jahres in den Großstädten Peking, Shanghai, Hangzhou und Tianjin mit geballter Faust auf die Straßen, um ihrem Unmut lautstark Ausdruck

zu verleihen. Auf Transparenten hieß es »Nieder mit dem japanischen Militär!« oder »Kampf dem japanischen Faschismus!« und auf Stirnbändern »Gegen Japan!«. Streitpunkt und Angriffsziel waren (und sind sporadisch noch immer) japanische Einrichtungen – diplomatische Vertretungen und Geschäftsniederlassungen – in der Volksrepublik. Außerdem wurden mehrere Millionen Unterschriften gesammelt, um gegen Japans offizielle Vergangenheitspolitik Front zu machen. All das, sagte Chinas Vize-Außenminister Wu Dawei, habe Japan sich selbst einge-

brockt: »Die Verantwortung für diese Situation trägt die japanische Seite. Tokio hat es versäumt, historische Ereignisse angemessen zu behandeln.«

Der Blitzbesuch des japanischen Außenministers Machimura Nobutaka Mitte April goss dann zusätzlich Öl ins Feuer. Da hatte Machimura gegenüber seinem chinesischen Kollegen Li Zhaoxing doch tatsächlich die Verve, eine Entschuldigung für die »antijapanischen Umrübe« anzumahnen und die Entschädigung zertrümmerter Botschaftsfenster und Schaufenster japanischer Geschäfte zu



fordern. Das wiederum veranlasste den für Außenpolitik zuständigen Staatsrat Tang Jia-xuan zu der Forderung: »Japan muss sich seiner Kriegsvergangenheit stellen.« Schließlich signalisierte Peking, angesichts dieser Entwicklung komme ein ständiger Sitz Tokios im UN-Sicherheitsrat nicht in Frage.

## Mehr Schrein als Sein

► Was war passiert, dass schrille Politik stille Diplomatie übertönt? Vordergründig geht es um die vom japanischen Erziehungsmi nisterium Anfang April dieses Jahres erteilte Druckgenehmigung acht neuer Geschichtsbücher für den Schulunterricht, die – so die Kritik nicht nur aus China – die japanische Rolle im Zweiten Weltkrieg verherrliche und die japanischen Kriegsverbrechen verschweige. Im

nen zusätzlichen Affront gegen die zahlreichen Opfer des japanischen Militarismus halten. Zweitens geht es um die – aus japanischer Perspektive verharmlosend »Mandschurischer Zwischenfall« genannte – Invasion in der Mandschurei im Jahre 1931 und die Installierung des Marionettenstaates »Mandschukuo«. Dort wütete unter anderem die als »Einheit 731« bekannt gewordene Spezialtruppe Kaiser Hirohitos. Ihr Auftrag: Medizinische Tests an »lebendigem Material« (das betraf ChinesInnen und gefangen genommene Soldaten der Alliierten gleichermaßen) und die Exekution chemischer und bakteriologischer Kriegsführung.

Der »Zweite Chinesisch-Japanische Krieg« schloss unter anderem das Nanking-Massaker ein, als von Mitte Dezember 1937 bis zum Frühjahr 1938 mindestens 200.000, wenn nicht gar 370.000 Menschen ermordet wurden. Erst im Dezember 1998 entstand das »Forschungszentrum zum Nanking-Massaker« an der Universität der Stadt, wo HistorikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen aus dem In- wie Ausland über die sozio-psychologischen Auswirkungen des Massakers und die Kolonialisierungsstrategie der kaiserlich japanischen Armee forschen. Der japanische Justizminister Nagano Shigeto hatte noch 1994 das Nanking-Massaker schlichtweg abgestritten. Doch auch unter Mao Tse-tung und seinen Epigonen blieb dieses Thema tabuisiert. Die Sieger nach 1949 tolerierten keine Geschichte von Niederlagen, sondern nur »Heroen des sozialistischen Aufbaus«. Und die »Modernisierer« unter Deng Hsiao-ping wollten die sich intensivierenden Geschäftsbeziehungen mit Japan nicht gefährden. Opfer passten da lange Zeit nicht ins rechte (Geschichts-)Bild und werden von einflussreichen politischen Kreisen in Japan bis heute schlichtweg gelegnet.

Drittens weigert sich Tokio bis heute hartnäckig, die systematisch missbrauchten, vergewaltigten Frauen und Mädchen in den über ganz Ostasien, Südostasien und den Pazifik verstreuten japanischen Armeebordellen zu entschädigen und sich für das ihnen widerfahrene Leid zu entschuldigen. Betroffen waren etwa 200.000 Frauen – vorrangig aus Korea, aber auch aus China, den Philippinen, Burma, Osttimor und Holländerinnen in der damaligen Kolonie Niederländisch-

Indien (Indonesien) –, die später nochmalig mit dem Begriff »comfort women« oder »Trostfrauen« gedemütigt wurden.

## Den Opfern der Kriege

► »Ich kann mich nicht erinnern, dass sich die Japaner irgendwann auch nur entschuldigt hätten«, sagt Ko Tim-Keung, Historiker aus Hongkong, zur Vergangenheitspolitik in Asien, »sie haben allenfalls bei verschiedenen

## Der Shinto-Schrein Yasukuni

► Immer wieder sorgt der seit 1879 unter dem Namen Yasukuni (»Friedfertiges Land«) bekannte Shinto-Schrein in Japans Hauptstadt Tokio für Skandale. Ministerpräsident Koizumi Junichiro hat den Schrein bereits vier Mal seit seinem Amtsantritt im April 2001 besucht – obwohl es jedes Mal Proteste aus dem Ausland, vor allem aus China und Korea, hagelte. Die Regierungen in Peking, Seoul und Pjöngjang halten es für unsensibel, gar geshmacklos, dass hochrangige japanische Politiker diese Wallfahrtstätte des Chauvinismus besuchen und den dort bestatteten Toten ihre Reverenz erweisen.

Yasukuni entstand als staats-shintoistische Gedenkstätte für alle Japaner, die im Krieg für Japan gefallen waren und ihr Leben für eine »friedliche Heimat« opferten. Wer das große Eingangstor passiert hat, wird an das Schicksal von annähernd 2,5 Millionen Japanern erinnert, die während interner Konflikte starben oder im »Ersten Chinesisch-Japanischen Krieg«, im »Russisch-Japanischen Krieg«, im Ersten Weltkrieg, während des »Mandschurischen Zwischenfalls«, des »Zweiten Chinesisch-Japanischen Krieges« und des »Krieges im Pazifik« ihr Leben ließen. Auf Gedenktafeln sind die Namen der Gefallenen aufgelistet. Mit all diesen euphemistischen Bezeichnungen wird der »Kampf für das Überleben und die Selbstverteidigung« gerechtfertigt – von militärischen Interventionen, Angriffskriegen und Vernichtungspolitik kein Wort und keine Spur.

Um den Yasukuni-Schrein ist seit Ende der siebziger Jahre eine scharfe politische Kontroverse entbrannt, seitdem dort ebenfalls vierzehn Hauptkriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs geehrt werden. Bislang sind aufgrund der Weigerung seitens der Schrein-Leitung sämtliche Versuche fehlgeschlagen, die Ehrung der Kriegsverbrecher in Yasukuni einzustellen. RW



Foto: izw-Archiv

Zentrum der aktuellen Kontroversen steht in des Japans »unbewältigte Vergangenheit«, die die Regierung in Tokio sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufs Neue einholt. Vor allem drei Dinge sind es, die in China und Korea (sowohl im Süden wie im Norden der geteilten Halbinsel) in der Vergangenheit wie aktuell die Gemüter erregen.

Erstens hat Premierminister Koizumi Junichiro seit seinem Amtsantritt im Jahre 2001 mehrfach den Yasukuni-Schrein (siehe Kasten) besucht, was die Regierungen in Peking, Seoul und Pjöngjang für unverschämt und ei-

Gelegenheiten ein paar Worte des Bedauerns fallen lassen. Wann immer man sie mit ihren Kriegsverbrechen konfrontiert, reagieren sie schockiert. Sie wissen nichts davon. So auch der Chefredakteur einer großen japanischen Zeitung hier in Hongkong. Als ich ihn einmal auf den Zweiten Weltkrieg im Pazifik ansprach, fragte er mich verdutzt: „Wann war das?“ Wenn schon ein Journalist, der hier in Hongkong als Bürochef fungiert, dermaßen ignorant ist, was ist dann vom Rest der Japaner zu erwarten?«

Die Ignoranz, von der Ko Tim-Keung spricht, und das Leugnen und Verdrängen der Opferschicksale sind Ausdruck einer bestimmten Haltung, Erziehung und Kultur des Vergessens, die im Nachkriegs-Japan politisch durchgesetzt wurde und bis heute öffentlich praktiziert wird. Doch Ignoranz und Vergessen beziehungsweise Politiken des Vergessen-Machens blieben keineswegs auf Japan beschränkt, wo alljährlich anlässlich der Gedenkfeiern der Atombombenabwürfe über Hiroshima (6. August) und Nagasaki (9. August) lieber die Opferrolle betont wird.

Die Siegermacht USA betrieb während der Verhandlungen des Alliierten Kriegsgerichts für den Fernen Osten in Tokio eine perfide Politik, indem nicht einmal Anklage gegen die Führungsriege der notorischen »Einheit 731« erhoben wurde, die in China den qualvollen Tod zahlloser ZivilistInnen durch bakteriologische und chemische Kriegsführung zu verantworten hatte. Der »intelligence value«, der nachrichtendienstliche Wert beziehungsweise die Verwertung dieser »Experimente an lebendigem Material«, wurde höher eingeschätzt als die Wahrung ethischer Normen und die Notwendigkeit juristischer Maßnahmen. Schließlich ging es darum, die Erkenntnisse der »Einheit 731« im Koreakrieg (1950-53) kriegsrelevant zu nutzen.

Und in den schließlich unabhängig gewordenen Kolonien? Wo immer die jeweilige Befreiungs- oder Unabhängigkeitsbewegung schnell siegte – wie im Falle Indonesiens und Vietnams –, waren die politischen und sozialen Verhältnisse so undurchsichtig und die Probleme der Menschen so schwerwiegend, dass an eine Würdigung der zahlreichen Kriegsopfer nicht zu denken war. Bis heute wird weder in Indonesien noch in Thailand

von offizieller Seite der Hunderttausenden Romushas (Zwangsarbeiter) gedacht (Mehr dazu in der nächsten Ausgabe der iz3w).

### Verordnete Aussöhnung

► Ausgerechnet der ehemalige Leutnant Okamoto Minoru im Dienste des japanischen Kaisers sorgte für eine »Aussöhnung« zwischen Seoul und Tokio, als er 1965 den »Normalisierungsvertrag« zwischen beiden Ländern unterzeichnete. Minoru war von 1961-

gierungsorganisationen haben vor allem in den vergangenen fünf Jahren wertvolles Material zusammengetragen, das die vielschichtigen Opfer- und Täterrollen nach dem Zweiten Weltkrieg schärfer ins Blickfeld rückt. Ein läbliches und längst überfälliges Unterfangen, bedenkt man, dass kein Land in Ostasien eine solch tiefgreifende koloniale Durchdringung erlitt wie Korea. Nicht nur war Koreanisch sprechen öffentlich verboten und Japanisch zur Amtssprache erhoben worden. KoreanerInnen mussten überdies ihre Namen japani-

sieren und eine Zunft koreanischer HistorikerInnen war genötigt, die Geschichte des eigenen Landes im Sinne der von den Kolonialherren oktroyierten Stagnations- und Heteronomietheorie umzuschreiben. Demnach war Korea strukturell unfähig, eigenständig zu existieren. Sein Überleben vermöchte lediglich »das Wirken äußerer Faktoren« – in diesem Fall natürlich Japan – zu garantieren.

Was sechzig Jahre nach Kriegsende und selbst vierzig Jahre nach dem »Normalisierungsvertrag« zwischen Südkorea und Japan einen normalen Modus vivendi zwischen beiden Ländern erschwert, ist zudem die wieder heftig entbrannte Kontroverse um Tokdo, zwei kleine

felsige Inseln im Ostmeer (wie die KoreanerInnen sagen) beziehungsweise im Japanischen Meer (wie die JapanerInnen sagen). Man könnte diesen Streit um zwei Felsbrocken als Lappalie abtun, würden nicht auch in dieser Region beträchtliche Gasvorkommen vermutet, auf deren Erschließung Tokio erpicht ist. Während Korea Tokdo bereits seit dem 6. Jahrhundert als Teil seines Territoriums betrachtet, erhebt Tokio nach wie vor Anspruch auf Takeshima, wie Tokdo Japanese genannt wird – mit dem Argument, seit dem »Protektoratsvertrag« mit Korea (1905) seien die Inseln von Japan verwaltet worden und nach Kriegsende sei Tokdo/Takeshima kein Gegenstand politisch-diplomatischer Verhandlungen gewesen. Diese Position wiederum gilt vielen SüdkoreanerInnen sowie in den Medien des Landes als Beweis für die ungebrochen chauvinistische Haltung Tokioter Politik.

79 Seouls »starker Mann« – als südkoreanischer General wieder mit koreanischem Namen: Park Chung-Hee. Als Kollaborateur der Japaner hatte er deren Kaiser Hirohito einst geschworen, »wie eine Kirschblüte im Heiligen Krieg für die Errichtung der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre und in Verteidigung des *odo rakudo* (Reich des Rechten) zu fallen«. In Artikel 3 des »Normalisierungsvertrages« erkannte Tokio Seouls Alleinvertretungsanspruch für Korea an und gewährte Südkorea neben einer einmaligen Zahlung von 500 Millionen US-Dollar inklusive eines zinsgünstigen Dar-

lehens auch danach großzügig Kredite. Park Chung-Hee sicherte im Gegenzug japanischen Unternehmen lukrative Geschäftsmöglichkeiten zu. Widerspruch duldet Park nicht. Im Oktober 1972 setzte er die Verfassung außer Kraft und verhängte – wie einen

Monat zuvor Ferdinand E. Marcos auf den Philippinen – das Kriegsrecht über das Land. Eine Art vorbeugende Konterrevolution: In der Region ging nämlich die Furcht um, nach der (sich bereits abzeichnenden) Niederlage der USA in Indochina könnten weitere Länder kommunistisch werden.

Kritische Intellektuelle und MitarbeiterInnen junger, geschichtsinteressierter Nichtre-



Japanischer Einmarsch in die Mandschurei 1931

Foto: iz3w-Archiv

Das Gedenken an Hiroshima und Nagasaki ermöglicht Japan, eine Opferrolle einzunehmen

► Rainer Werning ist Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Ost- und Südostasien, Vorstandsvorsitzender des Korea-Verband e.V. im Asienhaus (Essen) und Co-Autor des im Frühjahr erschienenen Buches »Unsere Opfer zählen nicht – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« (Verlag Assoziation A). Teil 2 des Artikels folgt in der nächsten Ausgabe der iz3w.



Film: Die Helden der Befreiung sind Weiße (o.l.)  
Indochina unter dem faschistischen Vichy-Regime (u.l.)  
Koreanische Zwangsprostituierte nach ihrer  
Befreiung durch alliierte Truppen 1945 (o.r.)  
Kriegspropaganda: Japan als Befreier vom  
westlichen Kolonialismus (u.r.)  
aus: »Unsere Opfer zählen nicht«, Rheinisches  
JournalistInnenbüro

## Kollektive Amnesie

### Vergangenheitspolitik in Asien 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs (Teil II)

Nach den militärischen Erfolgen in China und Korea expandierte Japan Anfang der 1940er Jahre auch in Richtung Südostasien und Pazifik. Die zunächst als Befreier vom Kolonialismus gefeierten japanischen Truppen stellten sich jedoch schnell als das noch größere Übel dar: Folter, Mord, Zwangsarbeit und Zwangspornition waren an der Tagesordnung. Bis heute sind die japanischen Kriegsverbrechen oftmals nicht einmal offiziell als solche anerkannt.

von Rainer Werning

► Zwischen 1930 und 1940 erlebte Japan ein phänomenales Wachstum. Die Industrieproduktion war um das Fünffache gewachsen, die jährliche Stahlproduktion von 1,8 auf 6,8 Millionen Tonnen und die Flugzeugproduktion von 400 auf 5.000 Stück gestiegen. Die japanische Wirtschaft war unter dem Kommando von Militärs in eine Kriegswirt-

schaft umgewandelt worden, wobei alles unternommen wurde, Vorräte strategisch bedeutsamer Rohstoffe anzulegen, die hauptsächlich aus China und Korea bezogen wurden. Die Militärausgaben wuchsen ebenfalls überproportional. Gemessen am Gesamthaushalt beliefen sie sich im Jahr 1931 auf knapp 30 Prozent und erreichten ihren Höhepunkt 1938 (ein Jahr nach der Invasion und Großoffensive gegen China) mit 75,4 Prozent. Allein von 1936 bis 1941 verdoppelten sich die Zahl der Wehrpflichtigen und die der Divisionsstärke. Über sechs Millionen Soldaten waren einsatzbereit. Ihr Feldzug gegen Ost- und Südostasien sowie Inseln im Pazifik

wurde legitimiert mit dem unermüdlichen Einsatz für die Errichtung der »Größeren ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre«<sup>1</sup>, dem »Kampf gegen den weißen Kolonialismus und Imperialismus«.

Für diesen Kampf benötigte Japan jedoch nicht nur ein starkes eigenes Militär, sondern

Millionen Chinesen und Koreaner mussten Zwangsarbeit leisten

auch Rohstoffe und zusätzliche menschliche Arbeitskräfte. Mit der militärischen Expansion gelangte man an beides. Der japanische Kampf gegen den »weißen Kolonialismus« wurde zum Plünderfeldzug durch ganz Südostasien.

#### »Kaninchen fangen«

► Millionen Chinesen und Koreaner mussten Zwangsarbeit leisten. Kojima Takao wurde 1939 in die Armee eingezogen und nach China in die Provinz Shantung geschickt. Als Zugkommandeur der kaiserlichen Armee hatte er den Befehl erhalten, »Jagd auf Arbeitskräfte zu machen«. »Unsere Aufgabe während des Krieges«, erinnert sich Kojima, »bestand darin, im Umkreis von 32 Kilometern alles zu tun, um Jugendliche und Männer im arbeitsfähigen Alter aufzuspüren. Operation „Kaninchen fangen“ hieß das. Ein Kommandeur hatte uns im September 1942 erzählt, dass unser Land an Arbeitskräftemangel leidet und wir deshalb tunlichst zusehen sollten, so viele Chinesen

wie möglich nach Japan zum Arbeitseinsatz zu verfrachten. Wir mussten Leute zu ausgesuchten Sammellagern treiben. Wir machten regelrecht Jagd auf sie auf den Feldern und in den Dörfern und übergaben sie der Militärpolizei. Die entschied dann, wer kräftig genug war. Denen, die ausgewählt wurden, band man die Arme auf dem Rücken zusammen und führte sie ab. Wenn Leute Widerstand wagten, rückten sofort Panzer und Kavallerieeinheiten ein.«

Einer, der die Operation »Kaninchen fangen« und die Zwangsarbeit in Chikkou (Osaka) überlebte, war Wei Yonglu. Er erzählt: »Sobald wir in Shimen ankamen, wurden uns gewaltsam die Haare geschnitten. Das tat sehr weh. Danach nahm man uns unsere Kleidung ab und wir wurden in einer Hütte untergebracht, die aus Bambus bestand und mit Strohmatten ausgelegt war. In dieser Hütte wusste man kaum, wer noch lebendig und wer schon tot war. Es war Ende Juni und es fing an, ununterbrochen zu regnen. Das Wasser ging mir bis an die Knie. Tagelang verbrachte ich so. Heute tun mir noch immer die Knie weh. Mitglieder der Einheit schleppten täglich bis zu 30 Leichen weg. Die niedrigste Zahl, an die ich mich erinnere, waren 16 Tote an einem Tag.« Klagen von Wei und ande-

Kriegsende nach Japan verschleppt. Dort mussten sie in Kohlebergwerken, Eisenerzminen, in Rüstungsfabriken sowie beim Bau von Straßen und Ausbaurbeiten von Häfen schuften. Ungefähr ein Viertel der während der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki ums Leben gekommenen Menschen waren koreanische Zwangsarbeiter. Ab der zweiten Hälfte des Jahres 1944 zwangsrekrutierte die japanische Regierung Arbeitskräfte unabhängig von ihrem Alter. Jungen im Alter von 13 oder 14 Jahren, manchmal noch jünger, waren davon betroffen. Zehntausend von ihnen wurden als Kindersoldaten in Südostasien und im Pazifik eingesetzt.

### Protest gegen »Selbstaufopferung«

► Massenhaft wurden überdies Frauen als Zwangsprostituierte missbraucht – unter dem Deckmantel der Jyoshi Teishintai (»Einheiten der Frauen für die Selbstaufopferung«). Der Löwenanteil der zirka 200.000 Zwangsprostituierten in eigens eingerichteten, über die gesamte Kriegsregion verteilten Militärbordellen der japanischen Streitkräfte waren Koreanerinnen und Chinesinnen. Außerdem waren Mädchen und Frauen aus

Burma, den Philippinen, Osttimor sowie Holländerinnen aus Niederländisch-Indien, wie Indonesien damals hieß, betroffen. Dem japanischen Generalstab ging es bei der Einrichtung solcher Militärbordelle darum, Unruhen in den jeweiligen Bevölkerungen infolge unkontrollierter Vergewaltigungen, die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten sowie den Verrat militärischer Geheimnisse zu vermeiden.

Die erste Frau, die dieses bis 1991 gänzlich tabuisierte Thema öffentlich machte, war die (mittlerweile verstorbene) Koreanerin Kim Hak-Sun. Seit dem 8. Januar 1992 demonstrieren alte koreanische Frauen im Zentrum der südkoreanischen Hauptstadt Seoul vor der japanischen Botschaft. Jeden Mittwoch zur Mittagszeit – bei klirrender Kälte oder sengender Hitze. Die Gruppe der Demonstrantinnen wird stets kleiner und das ihnen widerfahrene Unrecht erdrückender, solange Signale eines Schuldeingeständnisses aus Tokio ausbleiben. Dort stritt man das System von Militärbordellen zunächst ab. Als man schließlich einlenken musste, hieß es, für ein solches System seien Privatpersonen verantwortlich gewesen. 1998 stufte die UNO-Sonderberichterstatterin Gay McDougall die Vergewaltigungslager der japani-

### Abscheu vor dem »großen Bruder«

► »Die indonesische Bevölkerung hatte keine Achtung vor den Japanern, sondern schiere Angst, die auf die häufigen Misshandlungen durch Soldaten zurückzuführen war. Die Japaner betrachteten die Indonesier nicht nur als minderwertige Rasse, sondern eher noch als eine Herde Vieh, mit der sie umspringen konnten, wie es ihnen beliebte. Sie selbst fühlten sich als Herrenrasse (...) Viele Menschen wurden als Romusha, Zwangsarbeiter, von ihren Familien getrennt, um ohne Entschädigung Befestigungsanlagen zu errichten und fern der Heimat mit dem Himmel als einzigm Zeugen zu sterben. Nach dem Krieg erfuhr ich, dass mindestens vier Millionen javanische Bauern als Romusha ums Leben gekommen waren – als Futter für die militaristischen Nachkommen der Sonnengöttin. Vier Millionen! Die Städte quollen über vor Männern, die im verzweifelten Versuch, dem Tod zu entkommen, aus ihren Dörfern flohen.

(...) Ich konnte mich nicht dagegen wehren, eine gewisse Bewunderung für die Japaner zu empfinden, die Südostasiens Jahrhunderte langer Ankettung an Frankreich, England und Holland ein Ende bereitet hatten. Als sei es wirklich eine himmlische Macht, hatte Dai Nippon Teikoku, das Große Japanische Kaiserreich, mit einem einzigen Atemhauch die Vergangenheit weggeblasen. (...) Wie viele meiner Mitbürger hatte ich anfangs große Hoffnung auf die Befreiung vom Joch des Kolonialismus gelegt, die unser ‚großer Bruder‘ uns verkündete, doch wie bei vielen anderen schlugen meine positiven Erwartungen bald in Abscheu um, als ich gewahrt, erfassste und begriff, dass Japan nichts anderes als eine neue Kolonialmacht war, die sich als noch habgieriger und unmenschlicher erwies als die früheren..«

*Aus: Pramoedya Ananta Toer (2000): Stilles Lied eines Stummen – Aufzeichnungen aus Buru. Mit freundlicher Abdruckgenehmigung des Horlemann Verlages.*



Die Koreanerin Hwang Kum-Ju: »Solange ich lebe, warte ich auf ein Schuldeingeständnis aus Tokio«

ren Leidensgefährten vor japanischen Gerichten wurden bislang allesamt abgeschmettert.

Dasselbe Schicksal widerfuhr massenhaft Koreanerinnen und Koreanern. In ihren Fällen verwies die japanische Justiz auf den 1965 zwischen Tokio und Seoul ausgehandelten »Normalisierungsvertrag«, wodurch individuelle Klagen auf Entschädigung in Japan nicht möglich, da sie durch die Bereitstellung von Wirtschafts- und Finanzhilfe für Seoul abgegolten seien. In seiner Kolonie Korea hatte die japanische Regierung im April 1938 das Gesetz zur *Allgemeinen Mobilmachung* verkündet. In großem Stil wurden daraufhin Koreaner zu Arbeitsdiensten verpflichtet, um die japanische Kriegsmaschinerie aufrechtzuerhalten.

Über 4,5 Millionen Koreaner wurden auf diese Weise im Lande selbst mobilisiert und mindestens 1,6 Millionen von ihnen bis zum

schen Armee während des Zweiten Weltkriegs als eklatante Menschenrechtsverletzung ein. Schließlich machte eine internationale Juristinnengruppe anlässlich eines – symbolischen – Kriegsverbrechertribunals auch Kaiser Hirohito Mitte Dezember 2000 für die Zwangsprostitution verantwortlich und brandmarkte diese als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Den betroffenen Frauen ist es ein Dorn im Auge, dass Tokio über einen von Privatleuten eingerichteten Fonds selektiv Kompensa-

tionszahlungen an Überlebende gewährt, japanische Berufungsgerichte indes Entschädigungsklagen ehemaliger Zwangsprostituierter regelmäßig verwerfen. Allein in Südkorea, so berichtete die Seouler Tageszeitung Joong Ang Ilbo, lebten im Jahre 2002 noch insgesamt 132 offiziell registrierte frühere Zwangsprostituierte.

### Indonesiens verdrängte Epoche

► Die Gewaltherrschaft über weite Teile Ostasiens und die damit verbundene Ausbeutung von Arbeitskräften und Rohstoffen waren Voraussetzung für die weitere Expansion Japans. Nachdem sich die japanischen Besatzungstruppen in China und Korea festgesetzt hatten, drangen sie Richtung Süden vor. Die Ölfelder in Niederländisch-Indien, auf Sumatra und auf Borneo waren wichtige strategische Ziele, nachdem die USA und Großbritannien 1941 einen Ölboykott gegen Japan verhängt hatten. Besonders die holländische Kolonie Niederländisch-Indien war für die Japaner wegen ihrer Nähe zur Nordküste Australiens und wegen ihrer Ölreserven von besonderer Bedeutung.

Obwohl Holland selbst bereits im Mai 1940 von den Truppen Nazideutschlands überrannt worden war und sich die niederländische Regierung nach London abgesetzt hatte, leisteten die holländischen Kolonialtruppen auf Sumatra und Java noch bis Anfang März 1942 Widerstand gegen die Japaner. Dann mussten auch sie kapitulieren. Die antikoloniale Kriegspropaganda der Japaner gegen die Herren aus Europa stieß, wie der Theologe Professor Peter Latuihamallo betont, bei der indonesischen Bevölkerung auf mehr Sympathien als irgendwo sonst in Asien: »In der ersten

Zeit feierten viele in Indonesien die Landung der Japaner, weil sie die Holländer vertrieben hatten. Überall packten die Leute ihre rot-weißen indonesischen Fahnen aus und hissten sie neben der japanischen Flagge. Auch unser späterer Präsident Sukarno arbeitete als Freiwilliger für die Japaner. Er war zwar schon damals für die Unabhängigkeit, forderte uns Studenten jedoch dazu auf, die Japaner in ihrem Krieg zu unterstützen.« Ähnlich beschreibt dies Indonesiens bedeutsamster zeitgenössischer Autor Pramoedya Ananta Toer (*siehe Kasten*).

Einige Monate hielt in der Bevölkerung die große Erwartungshaltung an, Japan werde dem riesigen Inselreich als Befreier auch zur Unabhängigkeit verhelfen. Doch genau das sahen die Pläne in Tokio nicht vor, Indonesien sollte direkt von japanischen Truppen verwaltet werden. Die japanische Armee richtete zunächst auf Sumatra, Celebes (Sulawesi), Borneo (Kalimantan), in den Molukken

(Maluku) und West-Timor Kriegsgefangenen- und Internierungslager ein. Dann folgten Internierungen auf Java, von denen zuallererst die alliierten Kriegsgefangenen und Bürger der Länder betroffen waren, mit denen sich Japan im Krieg befand. Damals lebten knapp 300.000 Europäer auf dem Archipel, eine kleine Zahl im Vergleich zu der zirka 68 Millionen Einwohner zählenden Bevölkerung Indonesiens. Ungefähr hunderttausend holländische Zivilisten wurden von den Japanern interniert, die meisten davon im Jahre 1942.

Insgesamt sollen etwa 155 solcher Internierungslager über den gesamten Archipel verstreut gewesen sein. Die meisten von ihnen befanden sich auf Java, weil dort auch der größte Teil der Europäer vor Kriegsbeginn gelebt hatte. Drei Jahre lang blieben diese Menschen von der Außenwelt abgeschlossen und lebten unter Bedingungen, die sich von Monat zu Monat verschlechterten. Zirka 16.800 Internierte überlebten die Strapazen nicht.

### Im Schatten Nippons

► Weitaus schlimmer als das Schicksal der Holländer und Eurasier noch war das Los der einheimischen Bevölkerung. Die vermeintlichen Befreier entpuppten sich als gnadenlose Sklaventreiber, die immer mehr Menschen zur Zwangsarbeit verpflichteten. Romushas (Zwangsarbeiter) wurden vor allem beim Bau von Straßen und Brücken, dem Ausbau von Flughäfen sowie beim Ausheben von küstennahen Befestigungswällen eingesetzt. Für die japanischen Truppen blieb näm-

lich die Küstensicherung ein ungelöstes Problem; die langen Küsten waren zu riesig, um effektiv kontrolliert werden zu können.

Romushas wurden auch beim Bau anderer militärstrategisch bedeutsamer Projekte eingesetzt. Dazu zählten vor allem zwei Bahnprojekte: die Thailand-Burma-Bahn und die etwa 220 Kilometer lange Bahnlinie von Pakanbaroe (heute Pekanbaru) nach Muaro Sijunjung in Zentralsumatra. Diente erstere den Japanern als logistischer Brückenkopf, um Burma zu besetzen und die Invasion (Ost-)Indiens vorzubereiten, so sollte die Pakanbaroe-Bahn den Transportweg zwischen der Hafenstadt Padang auf Sumatra und Singapur verkürzen.

Von April 1943 bis zur Kapitulation Japans am 15. August 1945 dauerte der Bau dieser Bahn durch tropischen Dschungel. Insgesamt mussten etwa 6.500 Kriegsgefangene – vorwiegend Niederländer, außerdem einige Australier, Briten und US-Amerikaner – auf den Baustellen der Bahn arbeiten. Bei Kriegsende war ein Drittel von ihnen ums Leben gekommen. Weitaus höher noch war die Zahl der Opfer unter den Romushas; von schätzungsweise 98.000 zwangsrekrutierten Indo-

nesiern kamen 80 Prozent ums Leben oder sie galten als verschollen.

Heute wird weder in Indonesien noch im modernen Pekanbaru selbst an dieses Kapitel der Kriegsgeschichte erinnert. Zwar steht dort seit Mitte der 1970er Jahre im Gedenken der Opfer auf einer Plattform eine alte Lokomotive, doch dieses »Kriegsmonument« ist verrostet und vergessen – allenfalls für Kinder als Spielplatz interessant.

Ähnlich wie in Burma (dem heutigen Myanmar) und Thailand paktierten die Nationalisten in Indonesien zumindest zeitweilig mit dem japanischen Militarismus und machten aus ihrer Bewunderung des damit transportierten faschistoiden Weltbildes und Überheblichkeitswahns keinen Hehl. Auffällig ist, dass in diesen drei südostasiatischen Ländern die Kollaboration mit dem Aggressor am ausgeprägtesten war und nachfolgend die Herrschaft von Militärs am längsten währt(e). Im Falle Indonesiens kam hinzu, dass die Führung des Landes martialisch gegen Dissens in der eigenen Bevölkerung vorging und sich mit Westpapua und Osttimor völkerrechtswidrig fremde Territorien einverleibte.

All das bleibt bis heute im öffentlichen Diskurs ebenso ausgeklammert und verschwiegen wie die Zeit unter japanischer Besatzung. Gedacht wird am Unabhängigkeitstag – am 17. August beginnt Indonesien den 60. Jahrestag seiner Befreiung und Unabhängigkeit – lediglich des langwierigen Kampfes gegen die Holländer. Das Gebaren der eigenen Elite im Schatten Nippons und die Schandtaten der postkolonialen Führung sind tabuisiert, weil mit deren Aufarbeitung unweigerlich die Zitadellen noch heute herrschender Machtzentren in Politik, Wirtschaft und im Militär unter Beschuss gerieten.

### Anmerkung:

1 Am 1. August 1940 verkündete die Regierung in Tokio ihr Konzept der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre. Sie sollte eine Art japanischer Commonwealth sein, ein asiatisches Reich mit dem japanischen Kaiser an der Spitze. Als vorrangiges Ziel formulierte die Erklärung die Schaffung des »Weltfriedens«. Mit der Lösung »Asien den Asiaten« funktionalisierte Japan den antikolonialen und antiimperialistischen Widerstand gegen die westlichen Kolonialmächte. In den japanischen Medien wurden die Invasionen der kaiserlich-japanischen Truppen in Ostasien, Südostasien und im Pazifik als »Großer Ostasiatischer Krieg zur Befreiung Asiens vom Joch des europäischen und US-amerikanischen Kolonialismus« herunter gespielt.

► Rainer Werning, Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien, ist Vorstandsvorsitzender des Korea-Verband e.V. im Asienhaus (Essen) und Mitautor des Buches »Unsere Opfer zählen nicht – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« (Berlin/Hamburg 2005, Verlag Assoziation A).

► Die einzige deutsche Siedlerkolonie Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) wurde 1915 von der Südafrikanischen Union besetzt und 1919 durch den Versailler Vertrag zu deren Völkerbundsmandat erklärt. Die meisten der rund 10.000 Deutschen konnten sich damit jedoch nicht abfinden. Obwohl sie 1925 in die Südafrikanische Union eingebürgert wurden, blieb ihr Verhältnis zu deren Administration gespannt. Umso größere Hoffnungen erweckte die Machtergreifung der Nationalsozialisten, von der sich viele Siedler versprachen, »heim ins Reich« geholt zu werden.

In unserer fortlaufenden Reihe zu deutschem (Post-)Kolonialismus zeichnet der Autor Martin Eberhardt nach, wie sich das Verhältnis der Deutschen in Südwestafrika zu den Nationalsozialisten ent-

wickelte. Dabei wird unter anderem deutlich, dass der Kolonialrassismus der Siedler und die NS-Rassenlehre keineswegs in allen Punkten übereinstimmten.



Heldenverehrung: Bei der Windhoek-Show 1978 werden Bronze-Konterfeien von Hitler und dem südafrikanischen Präsidenten Paul Krüger angeboten

Foto: Namibia in Struggle

## Kein Heim im Reich

### Die Deutschen in Südwestafrika und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus

von Martin Eberhardt

► Der 30. Januar 1933 wurde von vielen der in der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika lebenden Deutschen mit Begeisterung aufgenommen. Der *Turngau Südwestafrika* hoffte, dass auch in Südwestafrika bald die neue Zeit beginnen möge. Erich von Schauroth, Geschäftsführer des *Deutschen Bundes für Südwestafrika* (DB), glaubte gar, die deutschen Siedler seien bereits »Nationalsozialisten reinsten Wassers«. Die Begeisterung für die NS-Machtübernahme ging durch alle Schichten und Statusgruppen der deutschen Siedlergemeinschaft, was auf den spezifischen Gegebenheiten des Mandatsgebiets Südwestafrika beruht.

Die Deutschen Südwestafrikas waren emotional stets Deutsche geblieben. Eine engere Bindung an die Südafrikanische Union, der 1919 das Völkerbundsmandat über Südwestafrika übertragen worden war, entwickelten sie nicht, obwohl 1925 über 90

Prozent von ihnen den Rat der Reichsregierung befolgt und die britisch-südafrikanische Staatsangehörigkeit angenommen hatten. Das Mandatssystem war für die allermeisten Deutschen nur ein Zwischenpiel. Die Hoffnung auf Rückgabe des Mandatsgebiets an das Deutsche Reich hatten viele nicht aufgegeben, verknüpften sie aber mit einer »nationalen Regierung« und nicht mit der Weimarer Republik, der viele Deutsche nicht nur in Südwestafrika vorwarfen, nicht genug für die Kolonialrevision zu tun.

#### Simple Motivation

► Auch der 1924 zunächst als landesweite Kulturorganisation zahlreicher deutscher Vereine gegründete *Deutsche Bund*, der durch die Einführung der beschränkten Selbstverwaltung 1925/26 zur Partei der deutschen Bevölkerungsgruppe geworden war, hielt am

Fernziel der Rückkehr Südwestafrikas unter deutsche Herrschaft fest. In der hitzigen Situation der 1920er Jahre forderten deren kompromisslose Befürworter immer wieder, eine »rein deutsche Politik« zu machen. Sie denunzierten all jene Deutsche als »Verräte«, die die Realitäten anerkennen wollten. Als 1932 in Deutschland die NSDAP stärkste Partei wurde, wandten sich viele der Radikalen von der Führung des DB unter seinem Vorsitzenden Albert Voigts ab und der NSDAP-Landesgruppe Südwestafrika zu. Das Scheitern des wenige Monate zuvor geschlossenen Kapstädter Abkommens Ende 1932, das Deutsch zur dritten Amtssprache gemacht hätte und die erleichterte Einbürgerung jener Deutschen vorsah, die nach 1925 eingewandert waren, bestätigte all jene, die Kompromisse entschieden abgelehnt hatten, weil sie in ihren Augen die Kolonialrevision beeinträchtigten. Ohne die zweite Einbürgerungs-

welle fehlten dem DB aber die Stimmen der noch nicht eingebürgerten Deutschen, so dass er in der »Legislative Assembly« immer mehr Einfluss zu verlieren drohte. Es war abzusehen, dass die Anliegen der deutschen Bevölkerungsgruppe über kurz oder lang nicht mehr durchgesetzt werden konnten. Die Rückkehr des Mandatsgebiets zum Deutschen Reich schien der einzige Ausweg aus dieser Lage zu sein.

Neben dem Scheitern des Kapstädter Abkommens gab es vor allem ökonomische Gründe für den Erfolg der NSDAP in Südwestafrika. Insbesondere deutsche Farmer und dabei besonders die Rinderfarmer in den nördlichen Landesteilen setzten auf die NSDAP. In der NSDAP-Landesgruppe waren sie, gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung, klar überrepräsentiert und besetzten zahlreiche Führungspositionen. Ihre Motivation war simpel: Sie sahen sich als Verlierer der kolonialen Neuordnung von 1919. Auf den südafrikanischen Fleischmärkten, wohin die große Masse der südwestafrikanischen Schlachtrinder ging, fühlten sie sich wegen ihrer höheren Transportkosten benachteiligt und sie warfen der Unionsregierung vor, südafrikanische Farmer bei der Zusammenstellung von Kontingenten für den Export nach Übersee zu bevorzugen. Gegen Ende der Weltwirtschaftskrise und wegen einer zeitgleich aufgetretenen Dürre standen viele Farmer vor dem Bankrott. Die koloniale Revision hätte den Farmern wieder den deutschen Markt geöffnet und sie von der billigen südafrikanischen Konkurrenz befreit.

Für die NSDAP begeisterten sich zudem viele junge Deutsche in Südwestafrika, was nicht weiter verwundert. Sie waren im Geiste eines um Selbsterhaltung ringenden »Deutschtums« erzogen worden. Die im Pfadfinderbund für Jungen praktizierte vor-militärische Erziehung und das dort vermittelte Gemeinschaftserlebnis bei Ausflügen und Abenden am Lagerfeuer bereitete Jugendliche auf die Gedankenwelt des Nationalsozialismus vor.

## Kanonen statt Butter

► Die NSDAP war jedoch auf die Erwartungen der Deutschen in Südwestafrika nicht im Geringsten vorbereitet. Die Partei hatte kein kolonialpolitisches Konzept und ihr Führer war an Kolonien nicht interessiert, obwohl Punkt 3 des NSDAP-Programms von 1920 die Kolonialrevision forderte. 1931 hatte Hitler die Wiedererlangung deutscher Kolonien zugunsten der Expansion nach Osteuropa auf die lange Bank geschoben. Bis 1935 übte sich das NS-Regime dann auch in kolonialer Zurückhaltung, um zu einem Ausgleich mit Großbritannien zu kommen und so freie Hand für die Eroberung von Lebensraum im Osten zu erhalten.<sup>1</sup> Dass sich dennoch 1933

das Kolonialreferat der NSDAP, das Außenpolitische Amt, die Auslandsabteilung (die spätere Auslandsorganisation – AO) und das Auswärtige Amt um die Vorherrschaft über die neuen »Volksgenossen« in der ehemaligen Kolonie Südwestafrika balgten, ist deshalb höchstens ein Beleg für die polykratische Struktur des NS-Regimes. Hitler konnten solche Machtkämpfe nur recht sein, denn sie stärkten seine Position als Führer, der solche Streitereien immer so entscheiden konnte, wie es ihm gerade günstig erschien.

Die NS-Begeisterung vieler deutscher Siedler 1933 sollte ihnen nichts Greifbares bringen. Seit dem Abschluss des ersten deutsch-südafrikanischen Verrechnungsabkommens im Dezember 1934 mühten sich Parteigenossen geradezu verzweifelt, aber weitgehend vergebens darum, dass Schlachtrinder und Butter deutscher Farmer in der ehemaligen Kolonie in die jährlichen Abkommen aufgenommen würden. 1936 hieß es lapidar, dies sei wegen »vordringlichen anderen Einfuhrbedarfs« nicht möglich. Albrecht Hagemann hat in seiner Studie über die deutsch-südafrikanischen Beziehungen während des »Dritten Reichs« gezeigt, worin dieser vordringliche Bedarf bestand: Wegen der forcierten Aufrüstung mussten Mangan und Industriediamanten für die deutsche Rüstungsindustrie bevorzugt in die Verrechnungsabkommen aufgenommen werden<sup>2</sup> – Kanonen statt südwestlicher Butter sozusagen.

Die ausbleibende wirtschaftliche Unterstützung führte jedoch nicht zur Abwendung von der NSDAP. Im Gegenteil dürfte sie viele NS-Anhänger bei der Stange gehalten haben, denn sie machte die Revisionsforderung um so dringlicher, was wegen des kolonial-politischen Kurswechsels des NS-Regimes 1935/36 nicht unbedeutend war. Nur wenn die Deutschen Südwestafrikas hinter dem »Dritten Reich« und seiner Kolonialforderung standen, machte sie Sinn und konnte mit ihr Druck auf die Westmächte ausgeübt werden. Das Regime spielte mit den Deutschen in Südwestafrika.

## Streit über Rassenfragen

► Während die weitgehend ausgebliebene wirtschaftliche Unterstützung das Desinteresse des NS-Regimes an Südwestafrika verdeutlicht, zeigte sich auf einem ganz anderen Gebiet, wie wenig die NSDAP sich mit kolonialen Fragen befasst hatte. Das wichtigste Gebot einer Siedlungskolonie in Afrika war Rassentrennung. Nur durch strikte Segregation in allen Lebensbereichen konnten die Kolonialherren verhindern, dass ihre als überlegen erachtete Kultur Elemente und Nor-

men aus der Kultur der kolonisierten Bevölkerung aufnahm und es allmählich zu einer Synthese kam. Die Schaffung von »Reservaten« für die afrikanische Bevölkerung etwa war Ausdruck der Bestrebungen, die Kontakte zwischen Kolonialherren und Kolonisierten auf ein Minimum zu reduzieren und klare Grenzen zwischen beiden Gruppen zu schaffen.

Besonders gefährlich für die weiße Herrschaft waren sexuelle Kontakte zwischen weiß und schwarz. »Mischlinge« waren eine Mensch gewordene Synthese von Kolonialherren und Kolonisierten, und sie orientierten sich in der Regel am sozial privilegierten weißen Vater (sexuelle Kontakte von weißen Frauen mit schwarzen Männern kamen praktisch nicht vor). Dass es um die soziale Stellung in der Kolonie ging und weniger um die viel beschworenen negativen Konsequenzen der »Blutmischung«, machte im November 1933 die Windhoeker Ortsgruppe

des Frontkämpferbundes *Stahlhelm* klar. Sie sprach in einem Antrag für ein schärferes Vorgehen gegen sexuelle Grenzverletzer unter den deutschen Siedlern zwar von einer »minderwertigen Mischlingsbevölkerung«, betonte aber, dass deren Entstehen immer das Ende der Vorherrschaft der höher stehenden »weißen Rasse« bedeute.

Die Forderung des Windhoeker *Stahlhelm* für die im November 1933 angesetzte Gleichschaltungsversammlung des *Deutschen Bundes* war nicht neu. Ehen und Geschlechtsverkehr mit Afrikanerinnen waren schon seit dem berüchtigten »Mischehen-verbot« des Gouverneurs Friedrich von Lindequist von 1905 geächtet. Allerdings deutet die Forderung des *Stahlhelm* an, dass dieses Gebot nicht in der gewünschten Weise respektiert wurde. Durch die Rassopolitik, die die NSDAP in Deutschland begonnen hatte, und auf die der *Stahlhelm* sich ausdrücklich berief, erhielt die Forderung nach konsequenter Rassentrennung jedoch neuen Auftrieb und theoretisch-ideologische Untermauerung.

Bemerkenswerterweise brachte die NSDAP dieser für den Machtbehalt der Weißen so wichtigen Frage zunächst kein Verständnis entgegen. Ausgerechnet NSDAP-Landesgruppenleiter Ernst Wandke war bald nach seinem Amtsantritt im Frühjahr 1932 unter Beschuss geraten, weil er ein Verhältnis mit einer schwarzen Frau unterhielt. Wandke verhehlte seine Beziehung nicht und wurde von seinem Vorgesetzten Willy Grothe von der Auslandsabteilung gedeckt. Grothe, der selbst lange Jahre in Afrika gelebt hatte, konnte nichts Schlimmes daran finden, wenn ein weißer Mann hin und wieder mit einer Afrikanerin schlief. Selbst der vom

Kolonialreferat der Partei Ende 1933 nach Windhoek entsandte ehemalige Schutztruppenoffizier und SS-Standartenführer Hans Bauszus meinte auf die Sache angesprochen nur, dass die Partei sich nicht dafür interessiere, was unterhalb des Bauchnabels ist.

Nachdem die NSDAP im November 1933, als der DB gleichgeschaltet wurde, keine Vorstellung über die Rassentrennung in afrikanischen Siedlungskolonien hatte, konnte der nach Windhoek entsandte Gleichschaltungsbeauftragte Bauszus auch nicht die Richtung vorgeben, wie künftig mit Mischehen und den betroffenen Ehepartnern umgegangen werden sollte. Somit wurde eine den Umständen angepasste Position eingenommen. Ein Teilnehmer meinte während der DB-Hauptversammlung, Kinder aus Mischehen sähen ganz unterschiedlich aus. Während einige von weißen Kindern kaum zu unterscheiden seien, wiesen andere ausgeprägte Merkmale der afrikanischen Mutter auf. Künftig, so wurde beschlossen, sollten weiße Männer keine Beziehungen mehr mit Afrikanerinnen bzw. Basterinnen<sup>3</sup> eingehen. Allerdings wurde auch entschieden, jene Deutsche nicht zu diskriminieren, die noch auf Anraten des deutschen Gouvernements eine »Mischehe« eingegangen waren. Außerdem sollten nicht rein weiße Bundesmitglieder, die auf deutscher Seite in Kriegen gekämpft hatten, nicht aus dem DB ausgeschlossen werden. Bemerkenswert ist, dass diese Frage nur ein untergeordneter Aspekt war, der lediglich im Zusammenhang damit diskutiert wurde, ob ein Deutscher »unbescholtener«, »ehrbar« oder »aufrecht« sein sollte, um in den gleichgeschalteten DB aufgenommen zu werden.

Erst im Januar 1934 teilte die Auslandsabteilung ihren Landesgruppen mit, es sei »mit dem nationalsozialistischen Empfinden« nicht vereinbar, wenn ein Deutscher eine Afrikanerin oder eine »Farbige« heirate. Jedoch wurde eingeschränkt, dass es »unbillig« wäre, einen mit einer »Farbigen- oder Mischnlingsfrau« verheirateten Deutschen aus der Partei auszuschließen, denn vor dem 30. Januar 1933 hätten die nationalsozialistischen Rassenvorstellungen nicht als allgemein bekannt und gültig vorausgesetzt werden können. Die Beurteilung solcher aus der »vornationalsozialistischen Zeit« stammenden Fälle habe sich nach den lokalen Verhältnissen zu richten. Diese Position spiegelte die unentschlossene Haltung der NSDAP zur »Rassenmischung« mit AfrikanerInnen wider.

Die NSDAP war eine deutsche Partei, und in Deutschland stand für die Nationalsozialisten der Kampf gegen die vermeintliche »jüdische Rasse« im Vordergrund. Eben mit Afrikanerinnen waren in Deutschland ein Randerscheinung, und es konnte darauf vertraut werden, dass deutsch-afrikanische Paare ohnehin viel deutlicher traditionell stigmatisiert wurden als die in der NS-Logik perfekt getarnten Juden.<sup>4</sup>

### Nicht zwangsläufig antisemitisch

► Anders als in kolonialen Fragen bewegte sich die NSDAP beim Antisemitismus auf bekanntem Terrain und sie war in Südwestafrika nicht erfolglos dabei, Stimmung gegen jüdische Einwohner zu machen. Die Ver-

südafrikanischen Administration zusammen. Und DB-Geschäftsführer Erich v. Schaueroth, der nach 1948 ein entschiedener Befürworter der Apartheid werden sollte, ging zunehmend auf Distanz zum Nationalsozialismus. Antisemitisches Propagandamaterial leitete er zumindest in einem Falle an den englischsprachigen *Windhoek Advertiser* weiter, was ihn in den Augen von NS-Anhängern zum Verräter machte.

Zudem schien Antisemitismus bei den Deutschen in Südwestafrika nur ein Randaspekt gewesen zu sein. Der oben erwähnte Antrag des Windhoeker *Stahlhelm* befasste sich nur mit der »Rassenmischung« mit Afrikanern, Juden wurden mit keinem Wort erwähnt. Und auch die Diskussion im *Deutschen Bund* befasste sich nicht mit Juden. Der

Antisemitismus, den die Nationalsozialisten ab 1933 in Südwestafrika zu entfachen versuchten, war sogar eher geeignet, die soziale Ordnung der kolonialen Gesellschaft aus den Angeln zu heben. Die Diskriminierung einer Teilgruppe der weißen Kolonialherren war in einer Siedlungskolonie, in der Weiße generell über den Schwarzen stehen mussten, gefährlich. Denn wenn nicht

mehr alle Weißen per se überlegen waren, war auf lange Sicht auch nicht zu halten, dass alle Schwarzen unterlegen waren. Es ist unklar, inwieweit dies der Windhoeker Administration klar gewesen war, als sie deutlich machte, dass sie Antisemitismus nicht dulden würde. Jedoch scheint das Problem den Vertretern des NS-Regimes aufgegangen zu sein. Die »Dienststelle Ribbentrop« in Berlin lehnte es 1935 kategorisch ab, dass auswandernde jüdische Deutsche in Südwestafrika Farmen erwarben. Im Fall der kolonialen Revision hätte die dann mögliche Verfolgung jüdischer Weiße die klare Trennung von Schwarzen und Weißen ausgehebelt.



Straßenschild in Windhoek, das an Hermann Görings Vater Heinrich erinnert. Dieser war von 1885-88 Reichskommissar in Südwestafrika

Foto: Namibia in Struggle

### Die NSDAP war auf die Erwartungen der Deutschen in Südwestafrika nicht vorbereitet

trautheit mit dem Denken in rassistischen Kategorien dürfte die Ausbreitung des nationalsozialistischen Antisemitismus unter den deutschen Siedlern erleichtert haben. Antisemitische Maßnahmen wie der Boykott jüdischer Geschäfte oder das Bekleben von Schaufenstern von Geschäften jüdischer Inhaber mit Hakenkreuzen in Lüderitzbucht wurden aber auch mit der wirtschaftlichen

Situation ideologisch begründet. Das Städtchen Lüderitzbuch lebte von der *Consolidated Diamond Mines* (CDM) Ernest Oppenheimers, die während der Weltwirtschaftskrise zahlreiche

Angestellte und Facharbeiter entließ. Diese mussten ihren Lebensunterhalt dann bei als entwürdigend empfundenen »Notstandsarbeiten« etwa im Straßenbau verdienen. NS-Propaganda vom angeblich ausbeuterischen jüdischen Kapital dürfte da auf offene Ohren gestoßen sein.

Eine Zwangsläufigkeit, dass Siedler, die von der Unterlegenheit der Afrikaner überzeugt waren, deshalb auch zu Antisemiten wurden, gab es jedoch nicht. Wer einen schärferen Umgang mit Afrikanern forderte, wie es der Farmer Köhler in einem Leserbrief in der *Allgemeinen Zeitung* im Juni 1936 tat, musste nicht unbedingt Nationalsozialist sein. Köhler war NS-Gegner und arbeitete während des Zweiten Weltkrieges mit der

### Zögerlicher Widerstand

► Durch den Nationalsozialismus erfuhr die koloniale Rassenfrage keine Verschärfung, denn im Glauben an die Unterlegenheit der Afrikaner war die NSDAP kein geeigneter Nachhilfelehrer. Ohnehin erlangte das Thema zu einer Zeit, in der die weiße Herrschaft gefestigt schien und die Folgen von Wirtschaftskrise und Dürre die Tagesordnung bestimmten, keine übermäßige Bedeutung. Der Glaube, die deutschen Siedler seien bereits Nationalsozialisten, erwies sich somit als Irrglaube. War die NSDAP Anfang 1933 unter den deutschen Siedlern durchaus mehrheitsfähig, verlor sie seit der Gleichschaltung des DB im November 1933 immer mehr an Zustimmung. Die von den NS-Anhängern

erzwungene Absetzung des DB-Vorsitzenden Albert Voigts missfiel den nationalkonservativen Deutschen in Südwestafrika. Sie wollten sich nicht vollständig von Berlin dominieren lassen und waren der Ansicht, der Nationalsozialismus müsse Rücksicht auf die spezielle Situation im Mandatsgebiet nehmen. Zum Konflikt führte dies besonders, weil sich die NSDAP-Landesgruppe unter ihrem neuen Leiter Heinrich Weigel nicht an die von Kolonialreferat und Auswärtigem Amt mitausgetriebene Aufgabentrennung von DB und NSDAP hielt, die dem DB die alleinige Repräsentation der deutschen Bevölkerung gegenüber

der Administration übertragen hatte. Weigel wollte mit Unterstützung der AO die volle Kontrolle über die deutsche Bevölkerungsgruppe. Der DB unter dem gemäßigten Voigts-Nachfolger Wilhelm Schwietering und dessen moderate Haltung gegenüber Administration und südafrikanischer Bevölkerung war Weigel dabei im Wege.

Trotz des seit 1934 immer härter werdenden Konflikts unter den deutschen Siedlern dauerte es, bis sich Widerstand gegen den Nationalsozialismus formierte. Dies lag nicht zuletzt daran, dass viele Siedler deutschnational orientiert waren und mit der Parteidemokratie der Weimarer Republik nichts hatten anfangen können. War ihnen anfänglich nicht klar, was die Unterschiede zwischen deutschnational und nationalsozialistisch waren, wollten sie später aus Loyalität zur »alten Heimat« nichts gegen die Partei unternehmen, schon gar nicht vor dem Hintergrund der eskalierenden Konfrontation mit Administration und Unionsregierung. Zumeist zogen sie sich ins Privatleben zurück, um Konflikten aus dem Weg zu gehen.

Nur wenige deutsche Siedler erkannten den fundamentalen Gegensatz von Nationalsozialismus und Demokratie. Zu ihnen gehörten der Farmer Martin Maier, der sich weigerte, dem gleichgeschalteten *Deutschen Bund* beizutreten, und der Assembly-Abgeordnete Wilhelm Fischer vom Arbeiterverband. Fischer legte sein Mandat nieder, wurde von NS-Anhängern bedroht und zog deshalb nach Südafrika. Zu solchem Verhalten gehörte jedoch Mut, denn wer so seine Ablehnung demonstrierte, wurde in der überschaubaren deutschen Gemeinschaft nicht nur schnell zum gemiedenen Außenseiter, er wurde auch von Parteigenossen bedroht, die davon überzeugt waren, Südwestafrika werde demnächst heim ins Reich geholt.

Erst nachdem 1935/36 der DB ein zweites mal gleichgeschaltet worden war und der von Berlin durchgesetzte »Bundesführer« Michael Neuendorf (der zugleich Leiter der seit Oktober 1934 illegalen NSDAP-Landesgruppe war) den Bund 1937 eigenmächtig auf-

löste, weil die Administration ihn zu einer »politischen Organisation« erklärt hatte und nicht eingebürgerte Mitglieder deshalb austreten mussten, gab es deutlichere Abgrenzungsversuche. Im August 1937 wurde in Windhoek der *Deutsche Südwest-Bund* (DSWB) gegründet, der wieder nach dem Prinzip innerverbändlicher Demokratie organisiert war und der staatsbürgerliche Loyalität zu Südafrika als Voraussetzung für die Mitgliedschaft nannte. Die AO versuchte umgehend, den DSWB unter Kontrolle zu bekommen, was ihr bis Januar 1939 gelang. Der DSWB scheiterte aber nicht nur am massiven Vorgehen des Regimes gegen ihn, sondern auch daran, dass sich seine führenden Vertreter nicht von ihrer Bindung an Deutschland freimachen konnten und doch wieder klein bei gaben.

Die immer massiver werdenden Eingriffe des NS-Regimes führten jedoch auch zu verstärktem Widerstand jener deutschen Siedler, die die Demokratie erhalten wollten. Am einfachsten konnte die Ablehnung des NS-Regimes durch einen Antrag auf Erlangung der südafrikanischen Staatsbürgerschaft deutlich gemacht werden, was auch bereits automatisch Naturalisierte tun konnten, die so ihre doppelte Staatsangehörigkeit verloren. Dies ist durchaus als Akt des Widerstands zu werten, da Antrag und Verleihung der südafrikanischen Staatsangehörigkeit im Amtsblatt veröffentlicht wurden und somit leicht nachvollzogen werden konnte, wer sich »außerhalb der deutschen Gemeinschaft« stellte, wie die NS-Anhänger sagten. Dass die Veröffentlichung andererseits Repressalien Tür und Tor öffnete, dürfte viele von diesem Schritt abgehalten haben.

## Kein monolithischer Block

► Nach der Gleichschaltung des DSWB wurde Anfang 1939 die *Deutsch-Afrikanische Partei* gegründet. Sie bekannte sich zur Demokratie (für Weiße) und zum Verbleib Südwestafrikas unter südafrikanischer Herrschaft. Im gleichen Jahr konstituierte sich auch eine *Volksdeutsche Gruppe von SWA*. Bis 1941 veröffentlichte sie vier Flugblätter, in denen sie zur Loyalität mit Südafrika aufrief und versuchte, über die Praktiken des NS-Regimes aufzuklären. Die Bedeutung von *Deutsch-Afrikanischer Partei* und *Volksdeutscher Gruppe* blieb zwar gering, sie zeigten aber, dass die Deutschen in Südwestafrika nicht alle begeisterte Nationalsozialisten waren und die deutsche Bevölkerung nicht der monolithische Block war, der oft in ihr gesehen wurde.

Der Graben, der wegen des Nationalsozialismus durch die Deutschen in Südwestafrika ging, war bei Kriegsbeginn 1939 tiefer als je zuvor. Dass viele Deutsche vor allem

nach dem deutschen Sieg über Frankreich ungeniert Begeisterung und Siegesgewissheit an den Tag legten, andere Deutsche hingegen mit jener Administration in Südwestafrika kooperierten, die mehr als 1.200 ihr verdächtigte NS-Anhänger internierte, verstärkte die Spannungen noch. Nach dem Zweiten Weltkrieg wandten sich deshalb nicht alle deutschen Siedler den burischen Nationalisten zu. Deren Einsatz für frühere NS-Anhänger verärgerte im Gegenteil die NS-Gegner unter den Deutschen nur.

Die Begeisterung vieler deutscher Siedler für das Dritte Reich rächte sich während und nach dem Zweiten Weltkrieg. 1942 wurde den automatisch eingebürgerten Deutschen die britisch-südafrikanische Staatsangehörigkeit wieder entzogen. Sie galten nun als »feindliche Ausländer« in einem Land, das sie als ihre Heimat sahen. An staatlichen Schulen wurde 1946 der Unterricht in deutscher Sprache abgeschafft. Auf der politischen Bühne verloren die Deutschen ihren Einfluss, den sie bis zum Beginn der 1930er Jahre besessen hatten. Eine eigene Partei der Deutschen, die ab 1949 wieder die südafrikanische Staatsbürgerschaft erwerben konnten, wurde nicht mehr gegründet. Allerdings war sie wegen der Spaltung der deutschen Gemeinschaft auch nicht möglich. Viele Deutsche hielten sich von der Politik fortan lieber fern. Zugegeben, sich während des Dritten Reichs falsch verhalten zu haben, kam ihnen nicht in den Sinn.

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> Zur NS-Kolonialpolitik siehe Klaus Hildebrand: *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919 – 1945*, München 1969, passim.

<sup>2</sup> Albrecht Hagemann: *Südafrika und das »Dritte Reich«. Rassenpolitische Affinität und machtpolitische Rivalität*, Frankfurt a.M./New York 1989, S. 151 – 156.

<sup>3</sup> Basterinnen sind weibliche Angehörige der Rehoboth Baster, einer homogenen »Mischlingsgruppe«, die sich 1870 bei Rehoboth niedergelassen hatte, über ein gewisses Sonderbewusstsein verfügte und lange Verbündete der deutschen Kolonialmacht gewesen waren.

<sup>4</sup> Birthe Kundrus: *Von Windhoek nach Nürnberg? Koloniale Mischehenverbote und die nationalsozialistische Rassengesetzgebung*, in: Dies. (Hg.): *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*, Frankfurt a.M./New York 2003, S. 114 – 120.

<sup>5</sup> Martin Eberhardt war zuletzt Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Konstanz. Der Artikel beruht auf seiner Dissertation »Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid. Die deutsche Bevölkerungsgruppe Südwestafrikas 1915 – 1965«, deren Veröffentlichung momentan vorbereitet wird. Dort finden sich auch alle Zitatnachweise.

# Der Feind des Feindes

## Die indische Unabhängigkeitsbewegung und ihr Verhältnis zu den Nazis

In Deutschland kaum wahrgenommen, zog der Zweite Weltkrieg auch in vielen Ländern der Dritten Welt eine Spur der Zerstörung und des Todes nach sich. Jedoch kämpften einige der seinerzeitigen antikolonialen Bewegungen keineswegs gegen das nationalsozialistische Deutschland, sondern kollaborierten mit ihm. Innerhalb der indischen Unabhängigkeitsbewegung gab es um das Verhältnis zu den Deutschen eine heftige Kontroverse: Während Gandhi und Nehru strikte Gegner der Nazis waren, operierte ihr Gegenspieler Subhas Chandra Bose zeitweilig von der Reichshauptstadt Berlin aus gegen die Briten.

Unser Autor Lou Marin kommt mit seinem Porträt des Kollaborateurs Bose einem Wunsch des Rheinischen JournalistInnenbüros nach. Dieses hatte in seinem bahnbrechenden Buch »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« (siehe iz3w 285) angeregt, einzelne darin angesprochene Aspekte zu vertiefen.

von Lou Marin

► Der antikoloniale Kampf um die Unabhängigkeit Indiens unter Gandhi gilt vielen sozialen Bewegungen als Beispiel für die Durchsetzungsfähigkeit gewaltfreier Kampfformen. Dieser historische Beispielcharakter ist jedoch in Indien in den 1990er Jahren aufgrund der Kultur- und Geschichtspolitik der hindufundamentalistischen *Indischen Volkspartei* (BJP) in den Hintergrund gedrängt worden. Dieser Angriff hängt direkt mit der vergangenheitspolitischen Aufwertung eines Gegners von Gandhi zusammen: Subhas Chandra Bose (1897-1945).

Bose bekämpfte Zeit seines politischen Lebens die gewaltfreie Strategie Gandhis. Er wurde in der zugesetzten Auseinandersetzung der Jahre 1939/40 aus den Gremien der indischen Unabhängigkeitsbewegung, des *Indian National Congress* (INC) ausgeschlossen. Daraufhin flüchtete Bose 1941 nach Berlin. Er versuchte zunächst von dort, später im Einflussbereich Japans von Singapur/ Burma aus eine indische nationale Befreiungsarmee aufzubauen. Sie sollte Indien von außen befreien, was jedoch militärisch fehlschlug.

1997 wäre Subhas Chandra Bose hundert Jahre alt geworden. Durch ein Gedenkjahr und zahlreiche Veranstaltungen wurde er damals in dem von der BJP regierten Indien gewürdigt. Im Jahr 2004 wurde Bose im bengalischen Kalkutta durch einen aufwendigen Kinofilm des Erfolgsregisseurs Shyam Benegal als nationaler Held gefeiert. Der damit einher-

gehende Kult des Militarismus und des Nationalismus verwischte die unüberbrückbaren Differenzen Boses zur Gewaltlosigkeit sowie zum gemäßigten Nationalismus von Gandhi.

Ebenfalls in den 1990er Jahren zeigte die deutsche Linke wachsendes Interesse an den weniger erfreulichen Aspekten der nationalen Befreiungsbewegungen. Im Zuge der Kritik an der Ideologie des Nationalismus stieg die Aufmerksamkeit für die Kollaboration einzelner Personen und Strömungen aus nationalen Unabhängigkeitsbewegungen mit den Nazis vor und während des Zweiten Weltkrieges. Das betrifft nicht nur den Großmufti von Jerusalem für die Arabienpolitik, sondern auch Bose für die Indienpolitik des Nationalsozialismus. Und so wird in dem Buch des Rheinischen JournalistInnenbüros über »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« Bose zu Recht als »Kollaborateur der Nazis« bezeichnet.<sup>1</sup> Jedoch muss stärker als vom Rheinischen JournalistInnenbüro betont werden, dass Bose sein Projekt, mit Hilfe Nazi-Deutschlands eine indische Nationalarmee aufzubauen, als nicht legitimierte Randfigur der antikolonialen Bewegung Indiens durchführte.

**Sozialismus und Faschismus**

► Bereits früh hatte Bose Kontakt mit einem Deutschen: 1929 traf Bose, damals Führer der Jugendbewegung des INC, den 25jährigen Hans Queling, der mit fünf anderen *Wandervögeln* unterwegs war. Seinen mehrjährigen Aufenthalt in Indien finanzierte Queling mit Vorträgen, Zeitungsberichten und Gitarrespiel, was Bose sehr beeindruckte. Später sollte sich dieser Kontakt auszahlen: Als Bose im Frühjahr 1941 in Berlin eintraf, war Queling in der Propaganda-Abteilung des Auswärtigen Amtes tätig. Weil er Englisch und Hindustani sprach und Bose persönlich kannte, wurde er zu dessen Betreuung abkommandiert.<sup>2</sup>

Aufgrund gesundheitlicher Probleme infolge mehrerer Gefängnisstrafen in Indien verbrachte Bose die Zeit zwischen 1933 und 1936 fast durchgängig in Europa, vor allem in Österreich, Deutschland und Italien. Hier nahm er jene Kontakte zu Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes (Frank, Prüfer, Dieckhoff u.a.) auf, auf die er später zurückgreifen sollte. Gelegentliche Eingaben Boses gegen dis-

kriminierende Praktiken der Nazis gegen in Deutschland studierende InderInnen sollten der Stabilität dieser Kontakte keinen Abbruch tun. Besonders beeinflusst wurde Bose während seines damaligen Europa-Aufenthaltes vom bewaffneten Freiheitskampf Irlands und vom italienischen Faschismus, was zu einer besonderen Verehrung Mussolinis führte, die dieser erwiderte.<sup>3</sup>

»Viele so genannte Linke stehen weiter rechts als die so genannten Rechten«

In seinem 1934 verfassten Buch »The Indian Struggle« bekannte sich Bose im Anschluss an seinen Mentor, den Bengalen C.R. Das, zu einer Synthese aus Faschismus und Sozialismus. Bose wähnte sich selbst als Sozialist, als Anwalt eines unterdrückten Landes, dessen Unabhängigkeit nur durch einen starken Nationalismus erreicht werden könne. Eine seit seiner Jugend – in der er eine paramilitärische Ausbildung genossen hatte – präsente Faszination für alles Militärische sorgte dabei für die Verbindung so weit auseinander liegender Ideologien wie Sozialismus und Faschismus.

Um als Führungsfigur innerhalb der Linken des INC aufsteigen zu können, musste Bose seine Sympathien für den Faschismus in den 1930er Jahren zurückrauben. Als er 1938 in einem Interview vom britischen Kommunisten und – neben George Orwell – profiliertesten Bose-Kritiker R. Palme Dutt darauf angesprochen wurde, ging Bose in die Defensive: »Was ich wirklich meinte, war, dass wir in Indien unsere nationale Freiheit wollten. Und wenn wir sie gewonnen haben, wollten wir in Richtung des Sozialismus fortschreiten. Das meinte ich, als ich von ‚einer Synthese zwischen Kommunismus und Faschismus‘ sprach. Vielleicht war mein Ausdruck nicht besonders glücklich gewählt. Aber ich will hervorheben, dass der Faschismus zu der Zeit, als ich das Buch schrieb, noch keinen imperialistischen Feldzug begonnen hatte und auf mich nur wie eine aggressive Form des Nationalismus wirkte.«

Solche verharmlosenden Einschätzungen waren für Bose typisch. Die Schuld am Angriffskrieg des faschistischen Italiens auf Abessinien gab er in einem Artikel in der *Modern Review* (1935) den Briten. Mussolini sei zum Krieg gezwungen gewesen, um seinen Einfluss in der Region zu wahren. Außerdem könnte Indien vom Abessinien-Krieg profitieren: »Es gibt zwei Wege, wie der Imperialismus beendet werden kann – entweder mittels eines Aufstands einer anti-imperialistischen Kraft oder durch den

gegenseitigen Vernichtungskrieg der Imperialisten selbst. Wenn der zweite Weg durch das Anwachsen des italienischen Imperialismus befördert wird, dann wird Abessinien nicht umsonst gelitten haben.«

Ähnlich zynisch war das Verhalten Boses in Bezug auf Antisemitismus. Zwar protestierte Bose explizit gegen einzelne Passagen in Hitlers »Mein Kampf«, die er als diskriminierend gegen InderInnen empfand. Gegen die antisemitische Hetze hatte er aber offensichtlich nichts einzuwenden. Und in einem Brief an Nehru vom 28. März 1939 wandte er sich »vom Standpunkt des nationalen Selbstinteresses« aus dagegen, dass Indien »zum Asyl für Juden« wurde. Bose war also bereits von der nationalsozialistischen Ideologie stark beeinflusst, als sein Konflikt mit Gandhi offen ausbrach. Angetreten als militanter Sozialist und Nationalist der Linken im INC, siegten in ihm 1939/40 Militarismus und Nationalismus über den Sozialismus. Wie die Faszination fürs Militärische seine sozialen und ethischen Überzeugungen dominierte, wird etwa in seinem Artikel »A Word about Germany« vom 13. März 1940 deutlich: »Es scheint so, dass in der modernen Kriegsführung Schnelligkeit und Beweglichkeit zunehmend wichtige Faktoren sind. (...) All diese Qualitäten besitzen die Nazis selbstverständlich. (...) Deutschland mag faschistisch oder imperialistisch sein, unbarmherzig oder grausam, aber man kann nicht umhin, diese Qualitäten zu bewundern. (...) Könnten diese Qualitäten nicht dazu benutzt werden, einer nobleren Sache zu dienen?«

### Bose gegen Gandhi

► 1938 war mit Bose nicht nur wieder ein Bengale, sondern zudem ein Angehöriger der nachstrebenden jüngeren Generation zum jährlich wechselnden Präsidenten des INC gewählt worden. Gandhi, der damals bereits 69 Jahre alt war, hatte die Wahl Boses befürwortet. Als im Januar 1939 der neue Präsident des INC, der jedes Kalenderjahr wechselte, gewählt werden sollte, stellte sich Bose gegen alle bisherige Konvention erneut zur Wahl. Er verband seine Wiederwahl mit einem Ultimatum an die britischen Kolonialherren. Er wollte gemäß dem traditionellen indischen Slogan »Der Feind meines Feindes ist mein Freund« die krisenhafte internationale Lage für nationale Zwecke nutzen. Innerhalb von sechs Monaten sollte Indien die Unabhängigkeit gewahrt werden. Andernfalls würde die – nach 1920-22 und 1930/31 – dritte große Massenkampagne zivilen Ungehorsams gestartet.

Gandhi sorgte sich dagegen um die aufkommende communalistische Gewalt zwischen Hindus und MuslimInnen und meinte, die nötige Geschlossenheit für solch eine Kampagne fehle. Gandhi entschied sich gegen Boses Wiederwahl und stellte mit P. Sita-

ramayya einen Gegenkandidaten auf (Gandhi selbst war 1935 offiziell aus dem INC ausgetreten, um unabhängig agierende gewaltfreie Aktionsgruppen aufzubauen, und kandidierte daher nicht mehr um Führungsfunktionen). Bose gewann in einer Kampfabstimmung mit 1580 gegen 1375 Stimmen im entscheidenden Delegiertengremium des INC, dem *Working Committee*. Viele der Linken im INC hatten ihn unterstützt.

Doch nun bekämpfte Gandhi Bose mit einer Taktik des Rückzugs: Er zog alle ihm nahe stehenden MitarbeiterInnen zurück und paralysierte damit praktisch das *Working Committee*. Jawaharlal Nehru wiederum, ebenfalls eine Galionsfigur der INC-Linken, näherte sich zu dieser Zeit immer mehr dem vergleichsweise als »rechts« geltenden Gandhi an. Er verwahrte sich dagegen, den Disput zwischen Bose und Gandhi als Links-Rechts-Konflikt zu begreifen, und schrieb am 4. Februar 1939 in einem Brief an Bose: »Mir scheint es so, als stünden viele so genannte Linke weiter rechts als die so genannten Rechten.« Für Gandhis Widerstand gegen Bose waren aber noch weitere Gründe ausschlaggebend: Gandhi wusste vermutlich von Boses Treffen mit deutschen Regierungsvertretern in Bombay im Dezember 1938. Zudem war Gandhi klar, dass Bose zwar zunächst den Versuch eines massenhaften gewaltfreien Kampfes befürworten würde, er jedoch bei dessen Scheitern zu anderen Mitteln greifen würde. »In einer Zeit, in der die Zündschnur zur Explosion der Weltkrise fast abgebrannt war, und in der er Gewalt und Korruption überhand nehmen sah, war Gandhi 1939 nicht mehr gewillt, Bose an der Spitze zu sehen.«<sup>4</sup>

Als es Bose nicht gelang, Gandhi und dessen Leute zurück ins *Working Committee* zu holen, trat er im Mai 1939 verärgert zurück, obwohl er die öffentliche Rückendeckung des bekannten bengalischen Dichters Tagore hatte. Er gründete eine eigene Fraktion im INC, den *Forward Bloc*, und rief im Juli 1939 auf eigene Faust zu einer Kampagne zivilen Ungehorsams auf, die jedoch abgesehen von seiner Hochburg Bengalen erfolglos blieb. Daraufhin schloss der INC im August 1939 Bose von allen wählbaren Gremien des INC für drei Jahre aus. Bose war innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung politisch erledigt.

### Flucht nach Nazi-Deutschland

► Als der Zweite Weltkrieg begann, war die Reaktion von Bose symptomatisch: Er tanzte wie ein fröhlicher Schuljunge. Er argumentierte, dass der Krieg ein imperialistischer sei, weil beide Seiten darum kämpften, koloniale Territorien zu gewinnen oder zu verteidigen. Der INC solle die Situation ausnutzen, um die Freiheit zu erringen, indem er sofort eine Bewegung zivilen Ungehorsams initiiere. Ganz anders reagierte Gandhi: Er sprach seine Sympathie für



die Alliierten aus. Er glaubte, es gebe einen deutlichen Unterschied zwischen den demokratischen Staaten Westeuropas und dem totalitaristischen Nazi-Staat mit seinem Anführer Hitler.<sup>5</sup>

Auch Nehru hatte seit Jahren vor den Gefahren der Nazi-Aggression gewarnt und unterschied strikt zwischen Demokratie und Faschismus. Er sah die Gerechtigkeit auf der Seite Großbritanniens, Frankreichs und Polens. Aber er war auch davon überzeugt, dass Großbritannien und Frankreich imperialistische Mächte waren und der Krieg ein Ergebnis der inneren Widersprüche des Kapitalismus sei. Er vertrat daher die Position, dass Indien weder am Krieg teilnehmen solle, bis es selbst die Freiheit errungen habe, noch Vorteile aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten Großbritanniens ziehen dürfe, indem es gerade jetzt eine Kampfphase einleite. Gandhi unterstützte diese Position, und sie wurde auch vom *Working Committee* angenommen.

Die Linken im INC mobilisierten gegen diese Entscheidung. Bose und sein *Forward Bloc*, die *Congress Socialist Party*, die *Communist Party* und andere sahen den Krieg als Gelegenheit, die Freiheit durch einen umfassenden Kampf gegen den britischen Imperialismus zu erringen. Bose wollte sogar, dass die Linke den INC spalten sollte, wenn dieser den Kampf nicht suche. Letzteres wurde jedoch von anderen Linken wie der *Communist Party* nicht geteilt.

In dieser verfahrenen Situation zeigte sich die politische Weitsicht des ebenso moralischen wie politischen Taktikers Gandhi. Im Oktober 1940, als einerseits der Druck der Linken, endlich loszuschlagen, zu stark wurde, andererseits der Luftkrieg um England (1940-41) bereits in vollem Gange war, begann Gandhi eine bisher noch nie praktizierte Kampagne des symbolischen »individuellen Satyagraha« (des gewaltfreien Widerstands). In dieser wurde der bisher übliche Massenwiderstand durch den Widerstand einzelner Satyagrahis ersetzt. Dadurch wurden relativ wenig britische Truppen und Ordnungskräfte gebunden, die im Krieg gegen Deutschland gebraucht wurden.

Doch die britische Kolonialmacht wusste diese Haltung des INC nicht zu schätzen. Ohne Konsultation wurden die indischen Truppen der *Royal Indian Army* an nahezu allen Kriegsfronten, auch in Europa, eingesetzt. Alle Angebote des INC, sich am Krieg gegen Deutschland und Japan zu beteiligen, wenn im Gegenzug die indische Unabhängigkeit garantiert werde, wurden von den Briten abgewiesen. Als England nach den ersten Rückschlägen der Wehrmacht ab 1941 nicht mehr

unmittelbar von einer Okkupation bedroht war, erhöhten sich aus Sicht Gandhis auch die ideologischen und praktischen Freiräume für Aktivitäten der indischen Unabhängigkeitsbewegung in einem Krieg, der sich womöglich noch viele Jahre hinziehen konnte. Im August 1942 begann unter Führung

erhofft – Sympathien für die indische Unabhängigkeit, ganz im Gegensatz zu Mussolini, dessen Politik tatsächlich die antikolonialen Bewegungen stärken wollte. Doch Bose zog die waffentechnisch und kriegstaktisch modernere Achsenmacht den militärisch schwachen Italienern vor.



Aus: »Subhas Chandra Bose, amar chitra katha No.77« (Comic aus Westbengalen)

Gandhis die »Quit-India«-Bewegung, die die Briten stark unter Druck setzte.

Bose dagegen war nach seiner neuerlichen politischen Niederlage endgültig isoliert und sah keine Möglichkeit mehr, seine Vorstellung vom unmittelbar nötigen Widerstand durchzusetzen. Er wollte nun aus indischen Soldaten eine Armee aufbauen, die Indien von außen befreien sollte. Doch bei wem sollte er Unterstützung suchen? Bei der Sowjetunion, in Deutschland oder Italien? Den Ausschlag gab neben seinen bereits bestehenden Kontakten nach Deutschland Boses Faszination für militärische Effizienz. Er floh im Januar 1941 von Kalkutta über Kabul und Moskau nach Berlin, wo er im April eintraf.

### Hitlers kalte Schulter

► Nun begann für Bose einerseits eine Phase weit reichender Kollaboration mit den Nazis, andererseits eine der Desillusionierung. Denn Hitler hatte keineswegs – wie von Bose

Sofort nach seiner Ankunft glaubte Bose, den Nazis Bedingungen stellen zu können. Er legte Unterstaatssekretär Woermann seine Pläne vor: Er wollte mit Unterstützung der

Achsenmächte eine indische Exilregierung aufstellen und Aufstände in Indien anfachen. Dann sollten die Achsenmächte mit 100.000 Soldaten in Indien einmarschieren, um

das Land von der britischen Herrschaft zu befreien.<sup>6</sup> Damit ging Bose noch über die Kriegsziele der Nazis hinaus. Die von ihm geforderte Erklärung der Achsenmächte über die Unterstützung der indischen Unabhängigkeit kam während seines Aufenthalts in Deutschland jedoch nicht zustande. Hitler fürchtete, dass eine Indienerklärung den Briten einen Vorwand zum Einmarsch in Afghanistan geben könne. Außerdem hielt er in seinem rassistischen Weltbild die Inder für unfähig, sich selbst zu regieren. Bei seinem Zusammentreffen mit Hitler am 27. Mai 1942 dankte Bose ihm für die Unterstützung, die er in Deutsch-

land erhalten habe, und bat ihn, ihm als erfahrener Revolutionär einige Ratschläge zu erteilen. Doch das bewog Hitler nicht dazu, Boses Forderungen nachzugeben.

Im Gegensatz zu nazistischen Ariosophen<sup>7</sup> wie etwa Himmler war Hitler überhaupt nicht indophil. Zwar war die NSDAP unter anderem aus der ariosophischen, alldeutschen und antisemitischen *Thule-Gesellschaft* hervorgegangen. Von dieser übernahm die NSDAP das aus dem indischen Hinduismus und aus dem Buddhismus stammende Hakenkreuz (das Hitler allerdings modifizierte, indem er die Haken nach rechts zeigen ließ). Aber zugleich stellte Hitler die Rechtmäßigkeit europäischer Kolonialmächte über antikoloniale Unabhängigkeitsbestrebungen, weil er meinte, die rassische Reinheit der vor 3000 Jahren in Indien eingewanderten Arierstämme sei inzwischen durch Rassenzuchung unwiederbringlich verseucht worden. Besonderen Hass entwickelte Hitler auf Gandhis Gewaltlosigkeit, die er alsbastardartiges Produkt der Rassenvermischung betrachtete. Folgerichtig rief er zu Gandhis Ermordung auf.<sup>8</sup>

Unter den Bedingungen des fortschreitenden Krieges und enttäuscht durch die un-nachgiebige Haltung Großbritanniens nahm die Nazi-Führung jedoch eine pragmatische Haltung gegenüber Bose ein. Sie unterstützte ihn in seinem Bemühen, die von Rommels Afrika-Korps gefangenen indischen Soldaten der britischen Armee zu einer *Indischen Legion* auszubilden. Dass mit dem Überfall auf die Sowjetunion seit Juni 1941 der direkte Landweg nach Indien verbaut war, beunruhigte Bose nur kurzzeitig. Jenseits jeder Realität träumte er weiter von der Eroberung Indiens über den Landweg.

Albert Speer zufolge erwog Hitler im Sommer 1942 kurzzeitig ebenfalls einen solchen Vorstoß nach Indien. Für diesen Fall hatte Gandhi jedoch bereits im Februar 1942 angekündigt: »Wenn die Nazis nach Indien kommen, werden sie vom Congress genauso bekämpft wie Großbritannien.« Boses Hoffnungen wurden aber vor allem durch die Niederlagen des Afrika-Korps enttäuscht. Seit Ende Mai 1942 bemühte sich Bose daher um eine Verlegung nach Japan, dessen Armeen Singapur besetzt und dabei viele indische Soldaten der Royal Indian Army gefangen genommen hatten und bald darauf in Burma an der indischen Grenze standen. Im Februar/März 1943 wurde Bose schließlich mit deutschen und japanischen U-Booten ins japanische Herrschaftsgebiet gebracht.

Wie wenig indes die Nazis Boses naive Forderungen kümmerten, verdeutlicht die triste Geschichte der *Indischen Legion*. Die auf ihrem Höchststand ungefähr 3.000 indische Soldaten umfassende Legion wurde entgegen Boses Willen zunächst in den Niederlan-

den, dann in Frankreich und Italien auf dem westeuropäischen Kriegsschauplatz eingesetzt. Das Gros der *Indischen Legion* schützte den Atlantikwall der Nazis südlich von Bordeaux und fiel beim Rückzug nach der Landung der Alliierten durch die brutale Bekämpfung von Résistance-Gruppen sowie einigen Fällen von Vergewaltigungen französischer Frauen auf. So endete die von Bose erträumte bewaffnete Befreiung Indiens am französischen Westwall.

### Bengalische Mythen

► Die Kollaboration Boses mit den Nazis war von bisher ungekannten, umfassenden Ausmaßen. Abgesehen von der Einrichtung der *Zentrale Freies Indien*, des in Indien empfangbaren Kurzwellensenders *Azad Hind* sowie zweisprachigen Propaganda-Publikationen und Zeitschriften wurden jedoch von den Nazis alle Forderungen Boses abgelehnt. Der stolze, militante Nationalist der indischen Linken wurde zu ihrer Marionette. Ein ähnliches Desaster sollte sich für Bose in Südostasien beim Aufbau und Kriegseinsatz der *Indian National Army* (INA) unter der Vorherrschaft Japans wiederholen.

Trotzdem schoss nach Boses bis heute nicht geklärtem Tod bei einem Flugzeugabsturz über Taiwan 1945 ein bengalisch-nationalistischer Mythos ins Kraut, der Bose zum fortschrittlichen und freiheitsliebenden Nationalhelden machte. Dieser Mythos richtete sich gegen Gandhi und dessen Strategie des gewaltfreien Widerstandes. Behauptet wird, nur in Boses *Indischer Legion* und in der INA hätte eine communalistische Einheit etabliert werden können, weil Hindus, Muslime und Sikhs nicht in getrennten Truppenteilen wie in der probritischen *Royal Indian Army*, sondern zusammen in denselben Einheiten kämpften. Ein solches Zusammenwirken der verschiedenen Religionsgemeinschaften hatte es jedoch in den gandianischen Kampagnen und Kommunen ebenfalls gegeben.

Der Mythos behauptet ferner, durch Boses Kampfverbände sei der Gehorsam innerhalb der Reihen der *Royal Indian Army* untergraben worden, so dass die Kolonialherren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr auf ihre Armee zählen konnten. Doch auch die Spaltung britisch-indischer Truppenteile, Überläufe sowie Meutereien und Desertionen hatte es bereits zu Zeiten gandianischer Massenkampagnen gegeben. Die Vorwürfe der bengalischen Bose-Apologen an Gandhi kulminieren schließlich in der Schuldzuweisung, er sei für die Teilung der Kolonie in Indien und Pakistan verantwortlich, die auch die Teilung Banglades bedeutete. Doch dafür waren vor allem die Kolonialmacht Großbritannien und ihre

Politik des »Teile und Herrsche« verantwortlich. Ob Bose die Teilung hätte verhindern können, gehört ins Reich der Spekulation.

Boses heutige Popularität in Bengalen röhrt daher vor allem aus einem verletzten Nationalstolz der Bengalis, deren intellektuelle Tradition groß ist, aber gleichzeitig eine gewisse Arroganz gegenüber dem – angeblich zurückgebliebenen – übrigen Indien aufweist. »Was Bengalens heute denkt, denkt ganz Indien morgen!«, lautet etwa ein bengalisch-nationalistischer Slogan. Nachdem im 19. Jahrhundert die kulturelle Erneuerung und erste Erfolge der Unabhängigkeitsbewegung immer von Bengalen ausgingen, verlagerte sich im frühen 20. Jahrhundert deren Zentrum auf die anderen Regionen Indiens.

Dass bengalische Politiker nach 1939 keinen größeren Einfluss auf die Unabhängigkeit(sbewegung) Indiens nehmen konnten, ist zum größten Teil Boses Strategie zuzuschreiben. Dem bengalischen Nationalismus ist mit solchen Realitäten aber bis heute nicht beizukommen. Eine selbstkritische Betrachtung der Rolle Boses sowie des gekränkten Nationalstolzes der Bengalen steht bis heute aus.

### Anmerkungen:

1 Rheinisches JournalistInnenbüro (Hg.): »Unsere Opfer zählen nicht.« Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, Verlag Assoziation A, Berlin/Hamburg 2005, S. 255ff.

2 Lothar Günther: Von Indien nach Annaburg. Indische Legion und Kriegsgefangene in Deutschland, Verlag am Park, Berlin 2003, S. 17f.

3 Detailliert geschildert wird diese Verbindung in dem materialreichen Buch von Jan Kuhlmann: Subhas Chandra Bose und die Indienpolitik der Achsenmächte, Berlin 2003.

4 Leonard A. Gordon: Brothers Against the Raj. Sarat & Subhas Chandra Bose, Calcutta 1990, S. 387.

5 Vgl. Bipan Chandra et al.: India's Struggle for Independence, Penguin, New Delhi 1988, S. 448f.

6 Kuhlmann, a.a.O., S. 131.

7 Die rassistische Lehre der Ariosophie wurde innerhalb der völkischen Bewegung von Guido List begründet und baute auf der Theosophie auf. Sie postulierte die Existenz einer »arischen Urrasse« in Nordeuropa, die unter allen Rassen die am höchsten entwickelten gewesen sei. Weil hellhäutige »Arier« auch nach Indien eingewandert waren, entwickelten viele Ariosophen und ihre Anhänger unter den Nationalsozialisten eine ausgeprägte Indophilie.

8 Kuhlmann, a.a.O., S. 55.

► Lou Marin lebt in Marseille und ist Mitarbeiter der Zeitschrift und des Verlages *Graswurzelrevolution*. Für letzteren übersetzte er das Buch von Claybourne Carson »Zeiten des Kampfes. Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afroamerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren« (Nettersheim 2004).



Foto: Chr. Ditsch/version

Welche Bedeutung hatte der (deutsche) Kolonialismus für den Nationalsozialismus? Diese Frage ist der Kern einer mitunter hitzigen Debatte, die seit einigen Jahren unter HistorikerInnen geführt wird. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Kolonalkrieg der deutschen Schutztruppe 1904–08 in Deutsch-Südwestafrika gegen die Herero und Nama. War dieser Krieg als Genozid ein Vorläu-

fer des NS-Vernichtungskrieges oder nicht? Und inwieweit kann der deutsche Ostfeldzug im Zweiten Weltkrieg als Kolonialkrieg gelten?

Diese Fragen waren Gegenstand eines Kolloquiums und eines Seminars an der Universität Freiburg, zu denen zwei profilierte ProtagonistInnen dieser Debatte eingeladen waren: der Kolonialhistoriker Jürgen Zimmerer und seine Kritike-

rin Birthe Kundrus, ebenfalls Historikerin. Im Rahmen unserer Reihe zum deutschen Kolonialismus präsentieren wir zwei einleitende Beiträge zur Debatte um (Dis-)Kontinuität. In den nächsten iz3w-Ausgaben folgen die Vortragsmanuskripte von Zimmerer und Kundrus sowie Auszüge aus der Diskussion. Die Langfassung aller Beiträge erscheint im Herbst 2008 auf [www.iz3w.org](http://www.iz3w.org).

## Vorläufer des Holocaust?

### Die Debatte um die (Dis-)Kontinuität von Kolonialismus und Nationalsozialismus

von Philip Geck und Anton Rühling

► Angestoßen wurde die Debatte über den Zusammenhang von deutschem Kolonialismus und Nationalsozialismus vor allem vom Kolonialhistoriker Jürgen Zimmerer. Er kam nach intensiver Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonalkrieg gegen die Herero und Nama zu dem Schluss, dass es sich hierbei um den »ersten Genozid des 20. Jahrhunderts« gehandelt habe. Zimmerer sieht in dem Krieg einen »ultimative[n] Tabubruch – zu denken und danach zu handeln, dass andere Ethnien einfach vernichtet werden können«<sup>1</sup>. Dieser Genozid sei ein »Vorläufer des Holocausts«. Dabei betont Zimmerer die große öffentliche Resonanz, die der Krieg bei den deutschen ZeitgenossInnen hervorrief und die sich im Erfolg von Kolonialliteratur

widerspiegelte. Die Erfahrung der deutschen Truppen in Südwestafrika, die allgemeine Kolonialbegeisterung im Deutschen Reich sowie personelle und institutionelle Kontinuitäten schufen laut Zimmerer ein »kulturelles Reservoir«, aus dem der Nationalsozialismus schöpfen konnte.<sup>2</sup>

Zimmerer will den Nationalsozialismus nicht nur auf koloniale Erfahrungen zurückführen, doch er sieht den Südwestafrikakrieg als »wichtigen Ideengeber«<sup>3</sup>, als »Bindeglied«<sup>4</sup> zwischen kolonialer Gewalt und den NS-Vernichtungsexzessen. Auch wenn Zimmerer die unterschiedliche Rolle des Staates in Kolonialismus und Nationalsozialismus anerkennt, sieht er die nationalsozialistischen Verbrechen als »radikalste Ausprägung« in

der Geschichte des Völkermords. Beide Kriege fielen somit unter die gemeinsame Kategorie des Genozids.

#### Zustimmung und Kritik

► Mit seinen Thesen fand Zimmerer einige Zustimmung. Auch Henning Melber und Reinhart Kößler sehen Kontinuitäten des deutschen Kolonialismus und stellen weitere deutsche Kolonialkriege zur Diskussion. In einer ganzen Serie von Kriegen, ob in Südwestafrika, Ostafrika oder Kamerun, sei der Völkermord zumindest als Möglichkeit in Betracht gezogen worden. Im Zuge der Post-colonial Studies postulieren Kößler / Melber eine Wechselwirkung zwischen Kolonien und

# Gegenläufige Erinnerungen

## Historizität und politischer Kontext der Debatten um Kolonialismus und Nationalsozialismus

von Jörg Später

► Kontinuitätsdebatten um den Nationalsozialismus führten bereits die ZeitgenossInnen. In Großbritannien und den USA fragte man sich, was der Grund dafür sei, dass die Deutschen fortwährend ihre Nachbarn überfielen und wieso eine zivilisierte Nation sowohl einen Goethe als auch einen Hitler hervorbringen konnte. Man suchte nach geistigen Traditionen, nach Vorläufern und konstruierte Ahnenreihen, die bis Nietzsche, Luther oder sogar Hermann dem Cherusker zurückreichten.

Die Frage »wie konnte es zu 1933 kommen?« beschäftigte auch deutsche Historiker unmittelbar nach 1945, meistens, um bestimmte deutsche Traditionen von der Anklage des »Auslands« freizusprechen. In den 1960er Jahren formulierte dann Fritz Fischer die These vom ersten deutschen Griff nach der Weltmacht während des Kaiserreiches – dem, so die Logik des Arguments, im Dritten Reich der zweite folgen sollte. Die Bielefelder Sozialhistoriker um Hans-Ulrich Wehler begaben sich um 1970 auf der Suche nach dem deutschen Sonderweg zu 1933 ins 19. Jahrhundert – um nicht wieder zurückzukehren, mit Ausnahme des Mentors, der jedoch dann den wenig sozialhistorischen Interpretations-

Es gibt einen westlich-jüdischen und einen antikolonialen 8. Mai

ansatz des ‚Charisma des Führers‘ zur Erklärung des Nationalsozialismus bemühte.

Unter heutigen ZeithistorikerInnen besteht so etwas wie ein Konsens darüber, dass der Erste Weltkrieg, also eine vorwiegend europäische Angelegenheit, die »Urkatastrophe« des »Jahrhunderts der Extreme« gewesen sei, mithin auch der Wegbereiter des Nationalsozialismus. Die Tat der Judenvernichtung wird dabei oft als »Zivilisationsbruch« (Dan Diner) behandelt, also als etwas Singuläres, eine Zäsur, die den Fluss der Geschichte unterbricht. Mit dem Begriff ist gemeint, dass der bürokratisch organisierte und zum Teil industriell durchgeführte Massen-

mord die Widerlegung einer Zivilisation bedeutet, deren Denken und Handeln einer Rationalität folge, die ein Mindestmaß antizipatorischen Vertrauens voraussetzt. Die Annahme, dass der Mord an den Jüdinnen und Juden einer Gegen-Rationalität oder einer »Terrorratio« (Jan Philipp Reemtsma) gefolgt sei, ist Ausdruck der Opferperspektive. Diese fragt nämlich in der Regel nicht: »Wie ist es eigentlich gewesen?« oder »Wie war es eigentlich möglich?«, sondern: »Warum ausgerechnet wir?« Sie findet die Antwort im Antisemitismus und konstatiert eine historische Krise. Nur in der

Psyche der Opfer lässt sich die Gegenrationaleität der Täter eruieren. Dan Diner hat dies anhand des Beispiels der Judenräte verdeutlicht: Diese spekulierten darauf, dass die Handlungen der Nazis auf Nützlichkeitserwägungen, etwa die Ausbeutung von Arbeitskraft, beruhen würden. Deshalb kooperierten sie – und führten die Juden ihrer Ermordung entgegen.

### Wo kam das her?

► Stimmen, die im deutschen Kolonialismus die Wurzeln des Nationalsozialismus bestimmten, waren dagegen rar, obwohl Hannah Arendt neben dem Antisemitismus den Imperialismus und die in Afrika »erprobten« Konzepte von Rasse und Bürokratie als einen »Ursprung totaler Herrschaft« ausmachte. Arendts Klassiker von 1951 wurde erst rund 15 Jahre später wieder aufgegriffen, als einerseits der DDR-Historiker Horst Drechsler und andererseits der westdeutsche Afrika-Historiker Helmut Bley den Massenmord an den Herero und Nama untersuchten. Vor allem Letzterer drehte die Frage um: Nicht mehr »Wo kommt das her?«, sondern »Wo führt koloniale Gewalt hin?« war nun erkenntnisleitend. Bley war die Wechselwirkung zwischen kolonialer Erfahrung, zeitgenössischen politischen und sozialen Ordnungsvorstellungen sowie der Anwendung und Weiterentwicklung moderner Herr-

Europa. Koloniale Herrschaftspraxis und Ideologie seien ein wichtiges Element auf dem Weg zum Dritten Reich.<sup>5</sup>

Die Verbindungslien, die Zimmerer zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus zeichnet, haben heftigen Widerspruch herausgefördert. KritikerInnen der Kontinuitätsthese wie Birthe Kundrus greifen Zimmerers Argumentation gleich im Ansatz an und bezweifeln, ob es sich im Herero und Nama-Krieg überhaupt um einen Genozid gehandelt habe. Zimmerer beruft sich in seiner Argumentation auf die UN-Genozidkonvention, für die eine Intention der Täter zur Vernichtung einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe ausschlaggebend ist. Es ist jedoch umstritten, ob der Wille zur Vernichtung wirklich gegeben war. Für die amerikanische Historikerin Isabel Hull liegt der Grund für die ausartende Gewalt des Kolonialkrieges in Südwestafrika in der deutschen Militärkultur, die den totalen militärischen Sieg forderte und dabei zerstörerische Tendenzen entwickelte, ohne dass eine totale Vernichtung geplant war. Die Pro-

klamation des deutschen Befehlshabers von Trotha, in der er die Herero praktisch für vogelfrei erklärt, sei *ex post facto* erfolgt. Schon davor habe das – nach damaligen Maßstäben – Versagen der deutschen Truppen die Gewaltspirale in Gang gesetzt.<sup>6</sup> Der Südwestafrikakrieg wird in dieser Lesart zu einer aus dem Ruder gelaufenen Strafaktion und nicht zu einem intendierten Völkermord.<sup>7</sup>

Robert Gerwarth und Stephan Malinowski sehen ein weiteres Problem in der Argumentation Zimmerers. Auf der einen Seite untersucht Zimmerer im Sinne der Postcolonial Studies die Verbindungen zwischen europäischem Kolonialismus und dem Nationalsozialismus, auf der anderen Seite konzentriert er sich vor allem auf einen deutschen Kolonialkrieg und rufe so Erinnerungen an die deutsche Sonderwegsthese wach. Denn eingebettet in den Kontext des westlichen Kolonialismus verliere der Südwestafrikakrieg seinen paradigmatischen Charakter – und ohne den »Tabubruch« werde Zimmerers These hinfällig.<sup>8</sup> Die strukturell ähnliche Kolonialpolitik der Briten und Franzosen habe

nicht zu faschistischen Staatsformen geführt, stellt auch Pascal Grosse heraus.<sup>9</sup>

Die KritikerInnen der Kontinuitätsthese sind sich darin einig, dass der Kolonialkrieg in keinem Verhältnis zu den Dimensionen des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges steht. Während in Südwestafrika wenige Tausend Soldaten zum Einsatz kamen, waren im Zweiten Weltkrieg bis zu 18 Millionen Soldaten beteiligt. Auch personelle Kontinuitäten wie die des General Lettow-Vorbeck, der als kolonialer Kriegsheld in der Weimarer Republik zum Idol der Rechten wurde, gehörten zu den Ausnahmen. Als viel entscheidender sehen die KritikerInnen den Ersten Weltkrieg mit seinen einschneidenden Veränderungen, den Zimmerer in seiner Argumentation nicht berücksichtigte.

### Ostland gleich Kolonialland?

► Im Rahmen dieser Debatte wird noch eine weitere Fragestellung diskutiert: War der nationalsozialistische Krieg gegen die UdSSR und Polen ein kolonialer Eroberungskrieg? In

schaftstechniken und ihrer Konsequenzen für das Zusammenleben der Menschen wichtig: »Afrikaner und Deutsche sind in diesem erbitterten Konflikten verändert worden.«

Die Neue Linke nach 1968 nahm diese Perspektive im Bemühen auf, den Kapitalismus als materiale Grundlage sowohl von Kolonialismus/ Imperialismus einerseits als auch von Faschismus andererseits zu bestimmen. Zum Beispiel untersuchte Peter Schmitt-Egner, der sich in einem studentischen Diskussionszusammenhang mit Dan Diner, Kanan Makiya und Tariq Ali bewegte, den Zusammenhang von Kolonialismus und Faschismus: »Die historische Kontinuität und strukturelle Affinität von Kolonialismus und Faschismus wird implizit und explizit im welthistorischen Zusammenhang des Imperialismus im Allgemeinen und des deutschen Kolonialismus im Besonderen dargestellt.« Das Argument der antikolonialen Kritiker der 1960er Jahre wie Frantz Fanon, Albert Memmi und Aimé Césaire, der Kolonialismus sei die konstitutive Außenseite des Kapitalismus und der Faschismus ein nach innen gekehrter Imperialismus, wurde hier wirkungsmächtig. Faschismus, Kolonialismus und Imperialismus wurden hier als ein kausaler Zusammenhang begriffen und allesamt auf den Kapitalismus zurückgeführt.

Mitte der 1980er Jahre wurde die eher theoretische und politische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus durch die empirische Erforschung von TäterInnen, Taten und Tatorten der Judenvernichtung abgelöst. Die koloniale Erfahrung spielte dabei keine Rolle. Generell herrschte in Deutschland hinsichtlich des eigenen, als kurz empfundenen und zeitlich weit entfernten kolonialen Engagements die Devise: »Wir nicht, die anderen auch« (so

Andreas Eckert). Gerade wegen Auschwitz wollte man an kolonialen Gewaltexzessen nicht auch noch schuld sein. Erst seit einigen Jahren ist über den Umweg der Postcolonial Studies die »situation coloniale« als mögliches Laboratorium von entgrenzter Gewalt, ideologischen Raum- und Rassekonstruktionen und imperialen Herrschaftsstrategien wiederentdeckt worden. Eine wichtige Rolle dafür spielten auch der Aufstieg transnationaler Geschichtsschreibung und vergleichender Genozidforschung, die Enthistorisierung des Holocaust als einer moralischen Ikone von Gut und Böse, der verstärkt geführte Menschenrechtsdiskurs und die Identitätspolitik von Opfern historischen Unrechts.

Diese Verweise auf die koloniale Situation sind allerdings von den NS-HistorikerInnen bislang nicht aufgegriffen worden, was bei denjenigen HistorikerInnen, die sich mit Kolonialkriegen beschäftigen, auf Unverständnis stößt. Hier treffen offensichtlich unterschiedliche Wissenserfahrungen und -traditionen aufeinander, oder um es mit Dan Diner zu sagen: »gegenläufige Gedächtnisse«.<sup>1</sup>

### Befreiung oder Unterdrückung?

► Die gegenläufigen Erinnerungen erklären nicht nur die Konkurrenz zwischen Kolonial- und NS-HistorikerInnen und den jeweiligen Opferperspektiven, sondern sind auch Subtext in vielen politischen Debatten, etwa über Israel, Islam oder Multikulturalismus. Ein Blick zurück auf die unmittelbare Nachkriegszeit zeigt, wie sich solche Diskurse herausbildeten. Nehmen wir den 8. Mai 1945: Dieser Tag ist in das westliche Gedächtnis als Tag der Befreiung eingegangen, als Überwindung von Na-

tionalsozialismus, Krieg und dessen, für was »Auschwitz« steht: extreme Gewalt, Rassismus, Antisemitismus. An jenem Tag demonstrierten in den algerischen Städten Sétif und Constantine Hunderttausende für ein unabhängiges, freies Algerien. Die Franzosen, die gerade noch algerische Soldaten für einen freiheitlich-demokratischen Krieg gegen Nazideutschland engagiert hatten, schlugen die Demonstration nieder und töteten Zehntausende. In einer antikolonialen Perspektive kann dieser 8. Mai also als Tag der erneuten Unterdrückung erscheinen.

Gerade unter arabischen Intellektuellen ist das Bewusstsein über dieses Auseinanderklaffen zwischen dem westlichen (und jüdischen) 8. Mai und dem antikolonialen 8. Mai im Laufe der Jahrzehnte wirkungsmächtig geworden. Verstärkt wurde das Auseinandertreten der Opfer nationalsozialistischer und kolonialer Gewalt durch die konkurrierenden Interpretationen des Mords an den Jüdinnen und Juden. Drei Jahre nach Kriegsende fielen symbolisch zwei Ereignisse fast nahezu zusammen, die diese Kluft vertieft und verdeutlichte: die Gründung des Staates Israel auf der einen Seite und die Erklärung der Menschenrechte in Verbund mit der UN-Genozidkonvention auf der anderen Seite. Die mit Gewalt verbundene Errichtung eines jüdischen Staates im mehrheitlich arabischen Palästina, die als kolonialistischer Akt gedeutet wurde, trug die Botschaft in sich: Nie wieder soll Juden das geschehen, was ihnen geschah – zumindest nicht ohne Gegenwehr. Die Antwort auf Auschwitz war eine partikularistische: Die Welt hat sich nicht verändert, aber wir Juden sind nun wehrhaft. Die »Kolonisierten« aber sahen sich fortan als »Opfer der Opfer«.

Konzepte wie »Rasse« und »Raum« sieht Zimmerer die grundlegenden Parallelen zwischen europäischem Kolonialismus und der nationalsozialistischen Expansions- und Vernichtungspolitik; hier geht er über den südwestafrikanischen Kontext hinaus. Ein rassistisches Weltbild und die damit verbundene Hierarchisierung der Ethnien bildete die Grundlage für eine

nach »Lebensraum« strebende Ideologie. Sowohl der Kolonialismus als auch der Nationalsozialismus griffen in ihrer Eroberungs- und Beherrschungspolitik auf dieses Denken zurück. Zimmerer interpretiert deshalb das »Ostland« als Kolonialland und sieht strukturelle Ähnlichkeiten zum Südwestafrikakrieg: »Die Einordnung als ‚Rassenkrieg‘, das Abdrängen in lebensfeindliche Ggenden, die Zerstörung der Nahrungsgrundlagen, die summarischen Exekutionen und die Vernichtung durch Vernachlässigung sind

deutliche Parallelen.«<sup>10</sup> Die asymmetrische Kriegsführung außerhalb der eigenen Staatsgrenzen und die Entmenschlichung des Gegners seien weitere Gemeinsamkeiten zwischen den europäischen Kolonialkriegen und dem NS-Krieg.

Letzteres gestehen auch Gerwarth und Malinowski zu. Im Nationalsozialismus fehle jedoch die Ambivalenz des Kolonialismus, der immer zwischen Entwicklung und Vernichtung geschwankt habe. Während die Kolonialherrschaft Kompromissstrukturen wie etwa den Aufbau lokaler Eliten entwickelt habe, sei die nationalsozialistische Vernichtung der osteuropäischen Länder »nicht Mittel, sondern Zweck«<sup>11</sup> gewesen. Hier, so Gerwarth und Malinowski, endeten die Parallelen. Zudem sei das NS-Regime ein neuer Staatstypus, in dem die Vernichtung im Einklang mit der Politik war, während es im Kolonialismus politische Kontrolle und Opposition gab.

### Methodische Überlegungen

► Die Debatte hat auch methodische Grundfragen der Geschichtswissenschaft aufgeworfen. Birthe Kundrus verweist auf die sehr unterschiedlichen Begriffe der Kontinuitätsthese. Egal ob von »Traditionen«, »Vorläufern«, »strukturellen Ähnlichkeiten« oder »Kontinuitäten« gesprochen werde – diese Schlüsselbegriffe blieben mehrdeutig. Oft werde ein kausaler Zusammenhang impliziert und nicht berücksichtigt, dass Gesellschaften selbst Traditionen produzieren. Für Kundrus ist die Rezeption in der Gegenwart wichtiger als Beharrungskräfte aus der Vergangenheit. Deshalb plädiert sie dafür, von »Transfer« zu sprechen, wenn das NS-Regime auf koloniale Begrifflichkeiten wie »Konzentrationslager« zurückgreift, diese jedoch auf die eigene Situation anwendet.<sup>12</sup>

Zudem kritisiert Kundrus die Verwendung des Genozid-Begriffes, der zwar zu wertvollen Fragestellungen geführt habe, mit seiner begrenzten Definition jedoch zu stark einen-

Die Erklärung der Menschenrechte und die Genozidkonvention waren dagegen eine universalistische Antwort auf »Auschwitz«: Nie wieder soll »dem Menschen« das geschehen, nie wieder darf eine religiöse, rassische oder kulturelle Gruppe vernichtet werden. Dass ein Jude und Überlebender des Holocaust, Raphael Lemkin, den Genozidbegriff prägte und mit der »rassischen Gruppe« die Juden gemeint waren (ohne diese Abstraktion wäre die Konvention nicht durchsetzbar gewesen, genauso wenig, wenn politischer Genozid oder Klassengenozid aufgenommen worden wären), änderte nichts daran, dass die »jüdische Erfahrung« verallgemeinert worden ist. »Auschwitz« gehörte nicht mehr nur den Juden (oder den Deutschen), sondern allen Unterdrückten, Ermordeten und »Verdammten dieser Erde« (Fanon).

Der ideologische Konflikt zwischen Kapitalismus und Kommunismus im Kalten Krieg hielt die »gegenläufigen Erinnerungen« in einer Latenzphase, wenngleich sie immer wieder durchbrachen, etwa als 1974 der Zionismus vor der UNO-Vollversammlung als Rassismus verurteilt und Israel damit auf die »Naziseite« gerückt wurde, was natürlich für Juden eine Ungeheuerlichkeit war. Der Clash der Perspektiven dauerte an, befeuerte das antisemitische Unbewusste der antizionistischen Neuen Linken der 1970er Jahre und fand in den 1980er und den 1990er Jahren Eingang in akademische Interpretationen der historischen Gewalterfahrungen – im Begriff des »Zivilisationsbruches« einerseits und der postkolonialen Kritik andererseits.

ge. Der Südwestafrikakrieg und der Ostfeldzug seien einzigartige historische Phänomene, die sich nicht unter der Kategorie Genozid vereinen ließen. Beide ähnelten sich in ihrer entgrenzten Gewalt, bei denen der situative Charakter überwogen habe – unabhängig von Kontinuitäten und Transfers.<sup>13</sup>

Zimmerers These hat den deutschen Kolonialismus neu zur Diskussion gestellt. Sein Versuch, dessen Bedeutung für das NS-Regime an konkreten Beispielen festzumachen, bleibt umstritten. Die weithin anerkannte Beziehung zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus ist nach wie vor schwer zu fassen. Der Vergleich regt jedoch an, das jeweilig Spezifische herauszuarbeiten und neu darüber nachzudenken, welche Rolle mögliche Vorläufer und situative Elemente im Nationalsozialismus gespielt haben.

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> Jürgen Zimmerer: Holocaust und Kolonialismus. Beitrag zu einer Archäologie des genozidalen Gedankens, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

## Symbol für das Böse

► Der Genozidbegriff, der nun Stein des Anstoßes in der Debatte um eine Kontinuität zwischen deutschem Kolonialismus und Nationalsozialismus ist, kam durch eine weitere Entwicklung der 1990er Jahre wieder ins Spiel (nachdem er während des Kalten Krieges keine Rolle spielte): der Sakralisierung des Holocaust. Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wurde in der Geschichtswissenschaft einerseits endlich der Mord an den Jüdinnen und Juden als das entscheidende Ereignis des Zweiten Weltkrieges entdeckt und erforscht. Vorher galt er als Kriegstragödie unter anderen oder ging in Faschismus- und Totalitarismusdebatten unter. Andererseits erging man sich in verallgemeinernden Rückschauen wie »Jahrhundert der Extreme«, »Jahrhundert der Gewalt« oder »Jahrhundert der Lager«. Einerseits wurden endlich Taten, Täter und Tatorte des Mordes an den europäischen Juden erforscht, andererseits wurde der Holocaust zu einer Erinnerungsikone, zum Symbol für das Böse schlechthin, auf den sich verschiedenste Opfergruppen bezogen – entweder vereinnahmend, etwa im Sinne von »Black Holocaust«, oder relativierend oder gar leugnend, um das Monopol der Juden auf die Opferrolle im »größten Menschheitsverbrechen aller Zeiten« zu brechen.

Immer spielte der Genozidbegriff dabei eine Rolle. In jedem Fall wurde er aus seinem Kontext – Zweiter Weltkrieg, deutsche Besatzungspolitik und »völkische Flurbereinigung« in Osteuropa – herausgelöst und damit enthis-

tisiert. Zugleich wurde er entweder verallgemeinert und vermenslicht oder aber, als Gegenbewegung, mystisch überhöht und mit den Geboten versehen: »Remember!« und »Du sollst nicht vergleichen!« So oder so ist die Beschäftigung mit dem Mord an Jüdinnen und Juden zu einer rein moralischen und politischen Angelegenheit geworden. Jedes große Massaker, jede »ethnische Säuberung«, jeder staatliche Massenmord wird zwangsläufig mit dem Holocaust in Relation gesetzt.

Die Globalisierung von Erinnerungskultur und der Aufstieg von Menschenrechtspolitik trugen das Übrige dazu bei, dass monetäre Opferkonkurrenz und makabre Opferranglisten, Identitätspolitik und Anerkennungspolitik die vergangenheitspolitischen Debatten bestimmen. Wahrscheinlich geht das kaum anders, vor allem wenn es um historische Schuld, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung geht. Nur kennen sollte man den doppelten Boden solcher scheinbar rein wissenschaftlichen Debatten. Die große Debatte um Kontinuitäten zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus ist wohl eher politisch motiviert und wird in dem Moment auf ein unaufgeregt Normalmaß gestutzt werden, wenn der in Deutsch-Südwestafrika geschehene »erste deutsche Genozid« endlich politisch anerkannt worden ist.

## Anmerkung:

<sup>1</sup> Siehe dazu Diners gleichlautenden Essay (Göttingen 2007), dem der Grundgedanke der folgenden Ausführungen entnommen ist.

► **Jörg Später** ist Historiker, freier Autor und ehemaliger Mitarbeiter des izw.

51 (2003), S. 1119.

<sup>2</sup> Jürgen Zimmerer: Rassenkrieg und Völkermord. Der Kolonialkrieg in Deutsch-Südwestafrika und die Globalgeschichte des Genozids, in: Genozid und Gedenken. Namibisch-deutsche Geschichte und Gegenwart, hrsg. v. Henning Melber, Frankfurt a. M. 2005, S. 48.

<sup>3</sup> Zimmerer: Holocaust und Kolonialismus, a.a.O., S. 1119.

<sup>4</sup> Jürgen Zimmerer: Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika. Der erste deutsche Genozid, in: Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen, hrsg. v. Jürgen Zimmerer und Joachim Zeller, Berlin 2003, S. 62.

<sup>5</sup> Reinhart Kößler/ Henning Melber: Völkermord und Gedenken. Der Genozid an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika 1904-1908, in: Völkermord und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, hrsg. v. Irmtrud Wojak und Susanne Meini, Frankfurt a. M. 2004, S. 37-75.

<sup>6</sup> Isabel V. Hull: Absolute Destruction. Military Culture and Practices of War in Imperial Germany, Ithaca and London 2005, S. 55; Birthe Kundrus: Kontinuitäten, Parallelen, Rezeptionen. Überlegungen zur »Kolonialisierung« des Nationalsozialismus, in: Werkstatt Geschichte 43 (2006), S. 45-62.

<sup>7</sup> Boris Barth: Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert. Geschichte, Theorie, Kontroversen, München 2006, S. 131.

<sup>8</sup> Robert Gerwarth/ Stephan Malinowski: Der Holocaust als »kolonialer Genozid«? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 33 (2007), S. 439-466.

<sup>9</sup> Pascal Grosse: What Does German Colonialism have to do with National Socialism. A Conceptual Framework, in: Germany's Colonial Past, hrsg. v. Eric Ames u.a., Lincoln u. London 2005, S. 115-134.

<sup>10</sup> Zimmerer: Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika, a.a.O., S. 60.

<sup>11</sup> Gerwarth/ Malinowski: »kolonialer Genozid«?, a.a.O., S. 458.

<sup>12</sup> Kundrus: Kontinuitäten, a.a.O.

<sup>13</sup> Birthe Kundrus/ Henning Strotbek: »Genozid«. Grenzen und Möglichkeiten eines Forschungsgriffs – ein Literaturbericht, in: Neue Politische Literatur 51 (2006), S. 397-423.



► Welche Verbindungslien bestehen zwischen dem deutschen Kolonialismus und dem Nationalsozialismus? Kann der Kolonialkrieg gegen die Herero und Nama als »Vorläufer des Holocaust« gelten? Und inwieweit war der nationalsozialistische Eroberungsfeldzug in Osteuropa ein Kolonialkrieg? Diese Fragen sind Gegenstand einer kontroversen Debatte, die vor allem zwischen KolonialhistorikerInnen und NS-HistorikerInnen geführt wird (siehe dazu die einführenden Beiträge von Philip Geck / Anton Rühling sowie Jörg Später in iz3w 308). Bei einem Kolloquium und in einem Seminar am Historischen Seminar der Universität Freiburg stellten zwei profilierte Beteiligte der Debatte ihre Standpunkte vor und diskutierten sie kritisch. Jürgen Zimmerer vertrat seine These, es gebe eine Genealogie der genozidalen Gewalt; letztere habe im Nationalsozialismus nur ihre extremste Ausprägung. Seine Kritikerin Birthe Kundrus hebt vor allem auf die Diskontinuität zwischen kolonialer und nationalsozialistischer Gewalt ab und hält den Genozidbegriff für wenig hilfreich.

Im Rahmen unserer Reihe zum deutschen Kolonialismus präsentieren wir die stark gekürzten Vortragsmanuskripte von Kundrus und Zimmerer. Im nächsten Heft bringen wir Auszüge aus der Diskussion. Die Langfassung aller Beiträge steht auf [www.iz3w.org](http://www.iz3w.org).

## Der erste deutsche Genozid

### Zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust

von **Jürgen Zimmerer**

28

► Die Deutschen tun sich schwer mit dem Kolonialismus. Lange Zeit an Universitäten wie im öffentlichen Bewusstsein ignoriert, wird er seit einigen Jahren zwar erinnert, jedoch meist exotisiert und banalisiert. Dabei gehört der Kolonialismus, das heißt die europäische Ausbreitung über den Globus, zu den weltgeschichtlich entscheidenden Entwicklungen der letzten Jahrtausendhälfte. Die Geschichte des europäischen Kolonialismus ist Globalgeschichte und Globalisierungsgeschichte in einem. Globalgeschichte spart keinen Kontinent aus und gesteht keinem a priori eine auserwählte Sonderposition zu. Die Überwindung der wissenschaftlich unfruchtbaren und eurozentrischen Annahme eines Sonderstatus' Europas, wie er in der

Unterscheidung europäisch-außereuropäisch zum Tragen kommt, ist eines der Ziele meines Ansatzes.

Globalgeschichte wird seit einigen Jahren unter vielerlei Gesichtspunkten geschrieben. Seltsam vernachlässigt scheint mir dabei die Geschichte der Massengewalt zu sein, insbesondere ‚ethnische Säuberungen‘ und Genozid. Auf theoretisch anspruchsvollem Niveau wird sie vor allem in und über Australien und Nordamerika geführt. Es ist dieser Kontext, in dem auch die Debatte über den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts steht – der Krieg gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika.

Betrachtet man genozidale Ereignisse in Australien, Nordamerika und Deutsch-Süd-

westafrika, fallen Parallelen und strukturelle Ähnlichkeiten auf. Der Siedlerkolonialismus, und damit haben wir es in den drei genannten Fällen zu tun, war der Versuch der Kontrolle und bevölkerungspolitischen Neuordnung größerer Territorien nach den Vorgaben einer von außen in die Region gekommenen Bevölkerung. Er basierte zwingend auf einer ethnisch verstandenen Hierarchisierung der Bevölkerung. Motiviert und auch gerechtfertigt wurden sowohl die Invasion als auch die Besetzung fremder Kontinente durch die Einteilung der Menschen in höhere, zum Herrschen bestimmte, und niedere, ihnen unterworfenen Rassen. Ob unverhohlene Raub oder Rechtfertigung als Zivilisationsmission, kaum irgendwo findet sich eine Akzeptanz

des indigenen Gegenübers als Gleicher, fast überall findet sich dagegen eine Zurücksetzung. Anders als mit essentieller Ungleichheit ließen sich der gigantische Landraub und die Ausbeutung, die mit dem Kolonialismus verbunden waren, auch gar nicht rechtfertigen. Am untersten Ende der Rangstufe imaginierte man nur allzu oft Gruppen, die angeblich dem Untergang geweiht waren. Hier nachzuhelfen erschien eher als weltgeschichtlicher Auftrag, denn als der brutale Massenraubmord, der es eigentlich war.

## Strukturen kolonialer Gewalt

► Im Siedlerkolonialismus kommt es deshalb besonders häufig zu genozidaler Gewalt: »Genocide has two phases: one, destruction of the national pattern of the oppressed group; the other, the imposition of the national pattern of the oppressor. This imposition, in turn, may be made upon the oppressed population which is allowed to remain, or upon the territory alone, after removal of the population and the colonization of the area by the oppressor's own nationals.« Das genau ist Siedlerkolonialismus: das Vorgefundene wird unterdrückt oder sogar beseitigt, und dann durch Neues ersetzt.

Die Frage, ob der Begriff des Genozids überhaupt auf den Kolonialismus anzuwenden sei, scheint sich mir dadurch zu erübrigen. Genozid ist kolonial. Das belegt auch die oben genannte Definition, die von keinem geringeren als Raphael Lemkin stammt, dem polnisch-jüdischen Juristen und Urheber des Völkermordkonzepts. Das Zitat stammt aus seiner grundlegenden Analyse der NS-Besatzungspolitik in Osteuropa, »Axis Rule in Occupied Europe«. Damit dürfte sich auch die Frage, ob man das Konzept Genozid zugleich auf den Kolonialismus und die nationalsozialistischen Verbrechen anwenden könne, erledigt haben: Das Konzept war von Lemkin ausdrücklich mit Blick auf beide Phänomene entwickelt worden. Er selbst schrieb in seiner Geschichte des Völkermordes auch über die Herero.

## Genealogie des Völkermordes

► Welche Rolle spielt nun aber der deutsche Kolonialkrieg in Namibia in dieser Globalgeschichte des Völkermordes? Es ist banal, festzustellen, dass koloniale Völkermorde nicht gleichgesetzt werden könnten mit den nationalsozialistischen. Dazu sind sie in der Form ihrer Ausführung und in der Auswahl ihrer Opfer wahrlich zu unterschiedlich. Überhaupt lassen sich keine zwei historischen Ereignisse gleichsetzen. Vergleichen muss man historische Ereignisse jedoch, da man ohne die logische Operation des Vergleichs auch

das jeweils Spezifische nicht feststellen kann. Die vergleichende Genozidforschung macht genau dies. Kritik über die angeblich damit verbundene Gleichsetzung ist deshalb polemisch und ideologisch, weder wissenschaftlich noch intellektuell redlich.

Wenn man nun das nationalsozialistische Eroberungs- und Vernichtungsprogramm als zutiefst kolonial begreift, basierend auf ähnlichen Konzepten von Rasse und Raum, dann stellt sich die Frage, wie man historisch die offensichtlichen Unterschiede bewältigen kann, ohne die Verbindungslien zu verwischen. Ich habe an anderer Stelle (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51:12 (2003), S. 1098-1119) von einer Genealogie des genozidalen Gedankens gesprochen, die man über den Siedlerkolonialismus bis zum Nationalsozialismus verfolgen könne. Die Suche nach Siedlungsland in Amerika, Australien und Afrika ist dabei funktionsäquivalent zum Lebensraum im Osten Europas während des Dritten Reiches. Hinsichtlich der Formen und Praktiken der Gewalt lässt sich eine immer großflächigere und bürokratisiertere Anwendung von Gewalt beobachten, abhängig vom historischen Entwicklungsstand des (europäischen) Staates.

Dies ist eine historische Entwicklung, ein

Verweis auf Ursprünge und Vorläufer, eine Genealogie eben, nicht aber die Begründung einer Kausalität oder einer monolinearen Kontinuität mit dem Charakter der historischen Unvermeidlichkeit. Innerhalb dieser Genealogie kommt dem Krieg gegen die Herero und Nama eine herausgehobene Bedeutung zu, da wir es mit einem kolonialen Pazifizierungskrieg zu tun haben, einer vierjährigen koordinierten Aktion, einem veritablen Krieg. Zudem kombinierte dieser Krieg das genozidale Massaker, die ‚ethnische Säuberung‘ und die Vernichtung durch Vernachlässigung in Lagern – ebenfalls Phänomene, auf die wir während des Zweiten Weltkriegs wieder treffen.

Im ersten deutschen Genozid tritt das historische Phänomen des Völkermords erstmals in die deutsche Geschichte ein. Und dieser Völkermord wird nicht vertuscht, er ist extrem populär. Gustav Frenssens Abenteuerbuch »Peter Moors Fahrt nach Südwest« ist das erfolgreichste Jugendbuch bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Darin wird der Völkermord offen mit der fehlenden »Kulturleistung« der Herero begründet. Keine Brunnen gebohrt und keine Häuser gebaut hätten sie und deshalb den Untergang verdient.

Exterminatorische Rhetorik hat es schon immer gegeben, im Falle der Herero und Nama wurde sie jedoch auch in die Praxis umgesetzt. Wenn man davon ausgeht, dass der Tabubruch darin besteht, nicht nur von Vernichtung zu reden, sondern sie in Lagern und

Massakern auch umzusetzen, dann wurde er in den Kolonien begangen. Deutsch-Südwestafrika scheint mir das Verbindungsglied zu sein zwischen der kolonialen Gewalt- und Vernichtungsgeschichte und der deutschen Geschichte und letztendlich dem Nationalsozialismus. Es ist aber über die Mordpolitik hinaus auch bedeutsam als Schauplatz des ersten deutschen Experiments mit dem Rassenstaat. Beides ist Ausdruck eines radikalen Kolonialismus und Beleg dafür, dass Deutschland in dieser Hinsicht den Anschluss an den europäischen Kolonialismus geschafft hatte. Die Radikalität begründet sich zum nicht geringen Teil gerade aus dem Versuch, aufzuholen, es ‚besser‘ zu machen als die anderen. In diesem Sinne war die nationalsozialistische Besetzungs- und Ausbeutungsplanung ein zweiter Versuch.

## Globalgeschichte des Genozids

► Diese These wird immer wieder mit dem Hinweis diffamiert, dass andere europäische Staaten noch drastischere Erfahrungen mit dem Kolonialismus gemacht hätten, es dort aber keine vergleichbaren Verbrechen wie die des Dritten Reiches gegeben habe. Dies verwechselt zum einen Kontinuität mit Kausalität. Zum anderen übersieht es die wichtige Unterscheidung, die zu machen ist zwischen der Frage, warum und wie es in Deutschland zur Machtübernahme der Nationalsozialisten kommen konnte, und der Frage, wie die Verbrechen umgesetzt wurden und wieso sie auf so weitgehende Zustimmung trafen. Der postkoloniale Ansatz erklärt nicht – und will es auch gar nicht –, warum die Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht kamen, sondern fragt nach den Vorbildern und Anregungen, auf die sie zurückgreifen konnten, nachdem die Entscheidung für einen neuen Veruch mit Kolonialismus gefallen war.

Vor allem aberbettet der postkoloniale Ansatz die nationalsozialistischen Verbrechen ein in die Geschichte des Kolonialismus und des Genozids. Er versteht sie als – sicherlich extrem radikalierte Ausprägung – eines weltgeschichtlichen Phänomens, nämlich des Siedlungskolonialismus und des ihm inhärenten Gewaltpotentials. Letzteres ist globalgeschichtlich nicht zu verstehen, wenn man seine radikalste Ausprägung aus der Untersuchung ausklammert. Gleichermaßen lässt sich eine Globalgeschichte des Genozids nicht schreiben ohne Rekurs sowohl auf die traditionell als kolonial betrachteten Völkermorde als auch auf die nationalsozialistischen. Ruanda hat gezeigt, dass sich auch nach dem Holocaust Völkermorde ereignen können, die Elemente von beiden enthalten.

► Jürgen Zimmerer ist Direktor des Centre for the Study of Genocide and Mass Violence, University of Sheffield.

# Entscheidende Unterschiede

## Der Genozidbegriff ist wenig hilfreich

von Birthe Kundrus

► Es ist zweifellos sinnvoll, Kolonialismus und Nationalsozialismus als Herrschaftsformen in ihren Gewaltdimensionen zu vergleichen. Ebenfalls lohnt es sich, darüber nachzudenken, welche Erkenntnisse die Übertragung von Analysekategorien zum Kolonialismus in die Zeit des »Dritten Reiches« bringen kann. Jürgen Zimmerer gebührt das Verdienst, diese Debatte angestoßen zu haben. Allerdings greift die Diskussion konzeptionell, methodisch und argumentativ an manchen Stellen zu kurz. Das Konzept »Genozid« führt uns in die Irre. Methodisch würde ich beim Thema »Verbindungslien« zwischen Kontinuitäten, Parallelen und Transfers unterscheiden wollen. Es gibt zwar einige Analogien zwischen dem exzessiven Gewalteinsetzen in Deutsch-Südwestafrika und beim deutschen Ostfeldzug, beide Ereignisse folgten aber jeweils anderen Logiken und entsprangen anderen Dynamiken.

### Erster deutscher Genozid?

► Nach Zimmerer sind es zwei Faktoren, die die Gewaltereignisse von 1904-1908 in Deutsch-Südwestafrika aus der Reihe der zeitgenössischen Kriege herausheben und in eine Verbindungslien mit der deutschen Kriegsführung im Osten 1939-1945 bringen sollen: die Systematik, mit der in »Südwest« gebrandschatzt und gemordet wurde, und das aus dieser Systematik und der Intentionalität dieser Tat resultierende Gesamtbild, das sich als Genozid klassifizieren lasse, analog zur UN-Genoziddefinition. Aber stimmt das? Nein. In beiden Fällen haben wir es mit Ereignissen massenhafter exzessiver Gewalt zu tun, es wurden Gewalttaten erlaubt, die andernorts verboten waren, und Gewaltexzesse diktieren, die normative Grenzen überschritten und deshalb besonderer Legitimation bedurften. Die Dynamiken dieser Entregelung waren aber sehr unterschiedlich, es waren zwei sehr ungleiche Szenarien exzessiver Gewaltentfaltung. Und weil die Wege zu dieser Brutalität, ihre Dimensionen, Logiken sich unterschieden, erscheint es verfehlt, beide Ereignisse auf denselben Typus festzulegen: den einer genozidalen Kriegsführung.

Die Genoziddefinition ist wenig hilfreich für eine historische Gewaltforschung. Mein Haupteinwand gegen den Begriff ist, dass er uns ein Bild von exzessiver Gewalt vermittelt, das die Intention der TäterInnen in den Mittel-

punkt stellt, andere Faktoren aber ausblendet, insbesondere den situativen Faktor, das Unvorhergesehene, das Chaos. Der Terminus Genozid suggeriert: Megagewaltereignisse dieser Art, Völkermorde, basierten hauptsächlich auf strategischer Planung, zielgerichteter Intention und abwägendem Kalkül. Das kann so sein, im Fall des Krieges gegen die Herero jedoch sind diese Momente nicht so hoch zu veranschlagen, wie Zimmerer annimmt. Der berüchtigte »Vernichtungsbefehl« von Trothas vom August 1904 war nicht

der Auftakt, sondern eine weitere Stufe der militärischen Aktionen. Er ist kein Befehl zum Völkermord, er intendiert nicht die Entgrenzung von Gewalt, sondern die Begrenzung und Regelung: er erteilt nochmals eine Carte Blanche zum Töten von Männern, untersagt aber Massaker an Frauen und Kindern, um die Disziplin der Truppe sicherzustellen. Der »Befehl« sanktioniert damit die Praktiken, die schon ausgeübt worden waren.

Trotha führte zwar wie alle deutschen Militärs seiner Zeit den Vernichtungsbegriff häufig im Munde. Letztlich aber scheint es, als ob die Bedeutungsoffenheit dieses Begriffes – zwischen Niederrangung des Gegners und tatsächlicher physischer Auslöschung einer ganzen Gesellschaft – ihm als Möglichkeitsraum diente, in dem er seine Pläne und Befehle anordnete.

### Imperial late comer

► Nur auf den ersten Blick bestätigt der »Herero-Genozid« die These von intentionalen Genoziden. Schaut man genauer hin, sieht man Lavieren und Unsicherheit und eine je nach Situation wieder neu formulierte Zielvorgabe. Auch im Hinblick auf die Lager ist schwer zu sagen, wie systematisch oder unsystematisch das Sterben von Seiten der Deutschen betrieben oder hingenommen wurde, wie sehr Inkompétence, Überforderung, Planlosigkeit die Szenerie beherrschten – oder tödliches Kalkül. Gerade wegen diesen Uneindeutigkeiten, wegen diesem Lavieren zwischen Vertreibung und Erschießen, Absicht und Überforderung, Unwillen und Unfähigkeit ist es unabdingbar, sich vom Konzept des Genozids zu lösen und nicht weiter auf einem Modell zu beharren, in dem es einen Lenker gibt, der alle von vornherein umbringen wollte. In der Regel geschieht es so eben nicht, sondern es gibt Eskalationen, Zusammenläufe, persönliche

Dispositionen, die wesentlich für Entgrenzungen oder Einhegungen sind. Für diese Dynamik sind die Geschehnisse in Afrika ein anschauliches Beispiel.

Wie lässt sich der Hererokrieg in einer Gewaltgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts verorten? Darüber kann man im Augenblick nur spekulieren, es mangelt an systematischen Vergleichsanalysen. Einerseits ließe sich angesichts der Eskalation anführen, dass dieser Fall den »üblichen« kolonialen Gewaltrahmen sprengte und aus der imperialen Pazifizierungs- und Annexionsgewalt »heraustrug«. Aber worin läge dann dieser deutsche Sonderweg? Gemessen an der Zahl der Toten und an gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Radikalisierungen wurde hier jedenfalls keine neue Stufe erreicht, blickt man auf andere koloniale Schauplätze, die Philippinen, Kuba oder auch Algerien. Immer wieder kam es zu Vertreibungen und Vernichtungszügen. Insofern könnte man andererseits zu der Überzeugung gelangen, dass die Ähnlichkeiten mit anderen Kolonalkriegen überwiegen.

Damit ließe sich formulieren: die exzessive Gewalt in Namibia war kein Anfang, sondern ein Endpunkt von grausamen *savage littoral wars* des 19. Jahrhunderts – mit den Deutschen auch auf diesem Gebiet als imperial *late comer*.

### Bedeutsam für den NS-Krieg?

► Wie ist es nun um die »afrikanischen Wurzeln« des Holocaust und des Vernichtungskrieges bestellt? Lassen sich die deutschen Massenverbrechen auch aus der deutschen Kolonialgeschichte erklären? Die These vom kolonialen Ideengeber und Bindeglied behauptet, es gebe eine Kontinuität der Gewalt. Die Stetigkeit bestünde in einer Brutalisierung, im Sinne eines den Krieg gegen die Herero überdauernden Abbaus von Hemmungen gegenüber gewaltamen Verhalten nicht allein gegen Afrikaner, sondern auch gegen andere »Rassen«, insbesondere Juden und »Slawen«. Mit anderen Worten: es habe eine spezifisch deutsche genozidale Disposition der Kriegsführung gegeben, die ihren Anfang im Völkermord an den Herero nahm und ihr Ende im Zweiten Weltkrieg fand.

Aber es ist schwer, einzuschätzen, ob die Deutschen etwas »lernten« aus den Geschehnissen im südlichen Afrika und ob es dann die Einsicht war, dass man ganze Völker umbringen kann. Außerdem: Warum hat der vorgebliche »Tabubruch« nicht bei den Ländern mit der längsten und langfristig gewaltreichs-

ten Kolonialtradition stattgefunden? Umgekehrt gilt: Wenn man feststellt, dass alle europäischen Staaten ein exzessives koloniales Gewalterbe aufweisen, allein aber die Deutschen mit dem Zweiten Weltkrieg das größte Maß an Zerstörung innerhalb Europas entfesselten, dann rückt das koloniale Erbe als Beschleunigungsmoment in den Hintergrund und offenbar andere Faktoren in den Vordergrund.

Des Weiteren würde ich Kontinuitäten von Transfers unterscheiden. Bei Transfers stehen weniger die Beharrungskräfte der Vergangenheit, als deren Rezeption durch die Nachkommen im Mittelpunkt. Also nicht, ob die Deutschen in ihrem Gewaltauftreten Großbritannien, das Spätosmanische Reich oder Stalin imitierten, nicht, wie die Briten tatsächlich Indien verwalteten, nicht, wie die Türken tatsächlich die Armenier umbrachten oder wie die Sowjetunion tatsächlich Vertreibungen auf ihrem Gebiet realisierte, wäre hier von Interesse, sondern wie im Prozess der Auseinandersetzung mit diesen Ideen, Einrichtungen und Taten der Nationalsozialismus seine eigene Gewaltförmigkeit mitproduzierte und dynamisierte.

## Gewollte Vernichtung

► Um eine weitere systematische Ebene geht es, wenn wir von Parallelen, von strukturellen Analogien sprechen. Dann würde die Frage lauten, ob sich in der NS-Kriegsführung Muster der deutschen bzw. europäischen Kolonialkriegsführung wieder finden. Auf dieser Ebene lassen sich durchaus Parallelen zwischen der Kriegsführung gegen die Herero und gegen die Sowjetunion finden: etwa die Grundstruktur von Eskalationsstufen, ähnliche Erwartungshaltungen hinsichtlich eines schnellen und raschen Sieges, ein möglichst rücksichtsloses Vorgehen, gespeist auch aus Rassismus und Überlegenheitsgefühlen, eine überwiegend fehlende Empathie mit dem Gegner, die Zerstörung von Lebens-

grundlagen, die Hereinnahme von nicht-deutschen Hilfsgruppen oder die berühmte deutsche Auftragstaktik, die den Soldaten vor Ort viel Spielraum für eigene Initiativen ließ.

Aber die ausschlaggebenden Konstellationen und Logiken der beiden Kriege unterschieden sich, weshalb die deutsche Kriegsführung im Osten ein ungleich größeres Des-

truktionsvermögen entwickelte. Der Krieg gegen die UdSSR war kein asymmetrischer Konflikt. Es handelte sich um einen staatlich getragenen Konflikt, ja mehr noch: Hier standen sich zwei Imperialmächte auf gleicher Augenhöhe gegenüber, die beide eine vielleicht nicht totale, aber doch erschöpfende

Kriegserfahrungen, nicht die Frustration eines einzelnen Oberbefehlshabers, nicht die Fixierung, den Gegner bestrafen und sich rächen zu wollen, sondern die Kollektivvision eines immerwährenden deutschen Kampfes hielt das Rad der Gewalt am Laufen. Im Osten wurde der Krieg politisch gewollt zum endgültigen Weltanschauungskampf, der Ausnahmezustand zum Normalzustand. Die politische Funktionalität entgrenzter Gewalt stand nicht mehr zur Debatte.

## Dünne Verbindungslien

► Auch mit Blick auf den Holocaust lassen sich zunächst strukturelle Parallelen konstatieren: der Krieg öffnete einen Möglichkeitsraum, hier wie dort galten die Herero bzw. die Juden als Problem. Beide sollten verschwinden, eine Lösung dazu wurde in Exterritorialisierungen gesucht. Aber es bedurfte für das Destruktionsvermögen der Shoah einer spezifischen Konstellation. Inzwischen gilt in der Forschung ein enger Zusammenhang von Antisemitismus, Kriegsführung, Besatzungspolitik, »Umwirkungsplänen« (»Generalplan Ost«) und Ernährungspolitik als wahrscheinlich. Alle diese Faktoren mündeten letztlich in ein hochverdichtetes und hochsystematisches Töten – unterschiedslos und geschlechtsübergreifend. We-

der führte also die Angst um einen eventuellen Prestige- oder Herrschaftsverlust wie in den Kolonien zu den Massentötungen in Ost-Europa, noch ergaben sie sich aus Kampfhandlungen. Der reale jüdische Widerstand spielte für die Vernichtungspraxis keine Rolle.

Kriegerische exzessive Gewalt war und ist ein höchst variables Ereignis, auch wenn das Ergebnis immer gleich entsetzlich erscheint. Mag das deutsche Morden in Afrika nicht auf systematische Ausrottung angelegt gewesen sein, so bleibt es eine verbrecherische Kriegsführung. Die Bedeutung der deutschen Kolonialgeschichte für die deutsche Geschichte wird aber nicht geschmälert, wenn sich die Verbindungslien zwischen ihrer Gewaltförmigkeit und dem eliminatorischen Ostkrieg der Nationalsozialisten als eher dünn erweisen.

► Birthe Kundrus ist Historikerin am Hamburger Institut für Sozialforschung.



Werbeposter des Reichskolonialbundes, 1937

Ressourcenmobilisierung und den Einsatz umfassend technischer Massenheere veranlassten.

Der Krieg gegen die Sowjetunion war als Vernichtungskrieg von Anfang an politisch gewollt. Wehrmacht und Heeresführung setzten die Forderungen Hitlers und der NS-

Spitze um: »rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes«. Es gab in Berlin nie die Überlegung auszusteigen, keine Intervention aufzuhören, kein kontrollierendes Domestizieren. Personelle Ablösungen mochten graduell etwas ändern, bewirkten aber keinen Richtungswechsel. Zugesetzt formuliert: Hier ging es nicht um das Versagen ziviler Einhegung, hier existierte überhaupt keine zivile Einhegung mehr. Und das ist ein entscheidender Unterschied. Weniger eskalierende

Die Kriegsführung im Osten entwickelte ein ungleich größeres Destruktionsvermögen

► Welche Verbindungslien bestehen zwischen dem deutschen Kolonialismus und dem Nationalsozialismus? Kann der Kolonialkrieg gegen die Herero und Nama als »Vorläufer des Holocaust« gelten? Und inwieweit war der nationalsozialistische Eroberungsfeldzug in Osteuropa ein Kolonialkrieg? Diese Fragen sind Gegenstand einer kontroversen Debatte, die vor allem zwischen KolonialhistorikerInnen und NS-HistorikerInnen geführt wird (siehe iz3w 308). Bei einem Kolloquium und in einem Seminar am Historischen Seminar der Universität Freiburg stellten zwei profilierte Beteiligte der Debatte ihre Standpunkte vor und diskutierten sie kritisch. Jürgen Zimmerer vertrat

die These, es gebe eine Genealogie der genozidalen Gewalt; letztere habe im Nationalsozialismus nur ihre extremste Ausprägung. Seine Kritikerin Birthe Kundrus hebt vor allem auf die Diskontinuität zwischen kolonialer und nationalsozialistischer Gewalt ab und hält den Genozidbegriff für wenig hilfreich (siehe die Vortragsmanuskripte in iz3w 309).

Im Rahmen unserer Reihe zum deutschen Kolonialismus präsentieren wir einige stark gekürzte Wortmeldungen aus der Diskussion mit Birthe Kundrus und Jürgen Zimmerer. Die Langfassung aller Beiträge steht auf [www.iz3w.org](http://www.iz3w.org).



## Geschichte der Gewalt

### Eine Diskussion über Genozide, Kolonialkriege und den Nationalsozialismus

► **Jürgen Zimmerer:** Frau Kundrus argumentierte, dass der Hererokrieg asymmetrisch, der Ostfeldzug der Nationalsozialisten hingegen symmetrisch gewesen sei. Die Unterscheidung sollte aber nicht zwischen asymmetrisch und symmetrisch getroffen werden, sondern zwischen eingehegtem und entgrenztem Krieg. Nicht jeder asymmetrischer Krieg ist auch ein entgrenzter Krieg. Kolonialkriege waren auf Grund der rassenideologischen Aufladung entgrenzte Kriege, und das ist der Ostfeldzug der Nationalsozialisten ebenfalls gewesen. In dieser Rassenideologie, die dem Anderen das Mensch-Sein abspricht, liegt eine fundamentale Ähnlichkeit zwischen den Kolonialkriegen und dem Krieg im Osten.

Zur Prozesshaftigkeit von Genoziden: Die moderne Genozidforschung ist doch – wie die moderne Holocaustforschung – schon längst weg vom Modell des Führerbefehls, der zentral gesteuerten Anordnung, in dem kein Platz für Prozesshaftigkeit bleibt. Für die Genozide in Kolonialkriegen und für den Krieg im Osteuropa geht man von einer ideologischen Aufladung aus, in der der Oberbefehlshaber oder die führende Gruppe ein »Machbarkeitsfenster« öffnet. In dieser Situation kommt dann der situative Kontext zum

Tragen. Das ist auch beim Hererokrieg zu sehen. Es ist möglich, die Herero zu vernichten, deshalb kann von Trotha das tun, und deshalb wird es auch ausgeführt.

Am Beispiel der Philippinen lässt sich zeigen, dass die amerikanische Armee dort ähnlich brutal vorging wie »Schutztruppe« in Deutsch-Südwestafrika. Nur wird diese teilweise von Washington zurückgerufen. Von Trotha jedoch wird von Berlin nicht gemäßregelt. Hier nimmt Frau Kundrus bei dem Versuch, den Genozid an den Herero zu widerlegen, die Propaganda von Trothas allzu wörtlich.

#### »Die Parallelisierung zu Auschwitz verschafft Legitimation«

nicht viel miteinander zu tun haben, außer dass es bestimmte Analogien gibt.

Hinter den beiden Kriegen steckte jeweils eine andere Logik. Bei der Kriegsführung gegen die Herero wurde seinerzeit im Deutschen Reich darüber debattiert, ob entfesselte Gewalt politisch funktional ist für das eigentliche Ziel – die Pazifizierung in Deutsch-Südwestafrika. Das lässt sich am Lavieren von Trothas und der Truppe ebenso wie an der vielfältigen öffentlichen Kritik an seiner Kriegsführung zeigen. Das alles spielt im Zweiten Weltkrieg überhaupt keine Rolle mehr. Hier ist entfesselte Gewalt das politische Moment. Es gibt keine zivile Instanz, die darüber reflektiert, ob sie politisch noch funktional ist oder nicht. Ruhe und Ordnung sind keine Kriterien für die Nationalsozialisten im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.

► **Jürgen Zimmerer:** Der nationalsozialistische Krieg im Osten oder das nationalsozialistische Imperium ist doch nicht nur dann kolonial, wenn es ein miniature alle möglichen Elemente des Kolonialismus abbildet. Es geht doch vielmehr um die destruktiven Elemente, um das Gewaltpotential des Kolonialismus. Dieses findet sich in Osteuropa wieder. Warum, Frau Kundrus, wehren Sie sich so sehr dagegen, dass man irgendetwas, was in Europa passierte, als kolonial bezeichnen könnte?



Foto: Chr. Ditsch / version-foto.de

► **Reinhart Kößler:** Zur Frage des Genozidbegriffes: Die Intentionalität war beim Herero-Krieg wesentlich eindeutiger, als Frau Kundrus das dargestellt hat. Die Briefe von Trothas, seine Auseinandersetzung mit Leutwein über die Frage der Vernichtung, sind einfach erdrückend: Es handelt sich um eine kontinuierliche Artikulation von Vernichtungswillen.

Jürgen Zimmerer hat darauf hingewiesen, dass der Genozid an den Herero in Deutschland seinerzeit breit kommuniziert wurde. Das unterscheidet ihn vom Holocaust zum Zeitpunkt des Geschehens. Über diesen Kolonialkrieg wurden die so genannten »Hottentottenwahlen« samt intensivem Wahlkampf geführt und es hat dazu eine breite zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegeben. Es ist damals eine Neuordnung der deutschen parteipolitischen Landschaft erfolgt. Diese war wichtig für die weitere Entwicklung des radikalen Nationalismus in Deutschland. Es geht bei diesen Fragen nicht unbedingt um politische Konzepte oder strategische Vorgehensweisen der Armee, sondern um Denkmuster. Und es geht um Entgrenzung von Gewalt.

Es gibt bis heute eine Verantwortung gegenüber dem Geschehen in Deutsch-Südwest. Diese Verantwortung sollte man nicht durch den Verweis schmälern, dass es vor über hundert Jahren oder in kleinerem Maßstab als der Holocaust geschehen ist. Es geht hier nicht um eine Gleichsetzung mit dem Holocaust. Es ist jedoch nicht unwichtig, das Geschehen in Deutsch-Südwest als ‚Völkermord‘ zu bezeichnen und das, was man von den Nachfahren der Überlebenden in Namibia hören kann, ernst zu nehmen. Dabei darf

es keine Opferkonkurrenz geben, in der diejenigen, die auf der Täterposition stehen, sich Unterschiede in der Artikulationsfähigkeit, der Lautstärke oder in der Evidenz zunutzen machen können.

► **Ulrich Herbert:** Frau Kundrus hat die Kategorien herausgearbeitet, die man zum Vergleich heranziehen kann. Dass verglichen werden muss, ist nachvollziehbar. Die erste Kategorie ist die direkte Kontinuität: Bis auf einige Veteranen aus dem Kolonialkrieg, die Funktionen im Dritten Reich innehatteten, findet sich keine signifikante personelle Kontinuität. Gleiches gilt für militärische Konzepte: Auch hier ist ein direkter Nachweis sehr schwierig. Alle Elemente einer direkten Kontinuität würde ich also zurückstellen.

Die zweite Kategorie sind Parallelen: Das sind strukturelle Kategorien, die man herausarbeitet, um zu zeigen, dass es jenseits der unterschiedlichen zeitlichen Dimensionen und Bedingungen bestimmte Grundstrukturen von Massengewalt gibt, die mit dem Konzept Genozid erfasst werden können – oder auch nicht. Auch davon bin ich nicht sehr überzeugt. Man wird eine ganze Reihe von Parallelen und Analogien zwischen Kolonialkriegen und dem Krieg der Nationalsozialisten finden können. Doch dass es ein zentrales Element gibt, das beides als Varianten einer bestimmten Grundstruktur herausstellt, halte ich für fraglich.

Am interessantesten finde ich das, was Frau Kundrus »Transfers« genannt hat. Denn

es lässt sich zeigen, dass die Vorstellungswelt eines Teiles der Protagonisten der NS-Eroberungspolitik koloniale Kategorien aufweist. Der Bezug auf das englische Kolonialreich taucht in der Korrespondenz insbesondere der SD- und RSHA-Führung immer wieder auf. Dieser koloniale Assoziationsrahmen der Nationalsozialisten kann durchaus weiter gefasst werden als ein bloßer Legitimierungsrahmen. Er greift auch nicht direkt auf Deutsch-Südwest zurück, sondern viel platter auf die »Indianer«, die man im Wesentlichen aus Indianerbüchern kennt. Das Indianerbild von Adolf Hitler, der sich ja sehr oft darauf bezieht, ist das von Karl May. Wer da nach bedeutsameren Analogien sucht, wird fehlgehen.

Es gibt also koloniale Träume und Perspektiven im Dritten Reich. Der tatsächliche kolonialpolitische Apparat der NSDAP spielte aber eine geringe Rolle. Die Deutsch-Südwestler galten im Dritten Reich als ein bisschen »vorgestrig«. Aber die Perspektive, ein Kolonialreich zu gewinnen – und zwar ein kontinentales Kolonialreich – war sehr virulent. Das gilt insbesondere für die Sowjetunion.

In dieser Hinsicht würde ich Frau Kundrus widersprechen. Zu Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion sah man ihn als einen asymmetrischen an, da man einen Sieg innerhalb von sechs Wochen erwartete. Dazu im Widerspruch steht allerdings das Empfinden einer strukturellen Defensive durch die deutsche Führung. Sie nahm an, dass man gegen eine Welt von Feinden zu kämpfen hat. Das war aber sehr stark bezogen auf den Westen und den Universalismus. Die Sowjetunion war gewissermaßen nur das kleine Anhängsel, das erobert werden musste, um sich auf London zu konzentrieren. So stellte sich die Situation im Frühjahr 1941 in der

»Kann man Verbrechen der Nationalsozialisten in eine Weltgeschichte des Kolonialismus einfügen?«

deutschen Führung dar. Die tatsächlichen Ereignisse resultieren also aus der Empfindung eines asymmetrischen Krieges und einer strukturellen Defensive, die beide schnelles und hartes Zuschlagen sowie eine radikale Entgrenzung implizieren.

Der Aspekt des Kolonialismus war in Bezug auf die Planung der deutschen Herrschaft in Osteuropa absolut zentral. Es ist unübersehbar: Der Generalplan Ost war ein kolonialer Plan. Interessant ist aber, dass der Rassismus, der beim Feldzug im Osten konstitutiv war, nicht unbedingt auf den Aspekt des Kolonial-

lismus verweist. Soweit es den Generalplan Ost angeht und sich auf die russische Bevölkerung bezieht, besteht die Parallele. In Bezug auf den Holocaust aber nicht. In Auschwitz passierte etwas völlig Anderes: Dort wird eine als Motor des Fortschritts des Westens und gleichzeitig des Bolschewismus ausgemachte Bevölkerungsgruppe biologisch verantwortlich gemacht für die Irritationen der Moderne und deswegen ausgerottet. Hier haben wir es gewissermaßen mit dem Gegenteil eines Hererokämpfers zu tun. Hier sollten Fortschritt und Universalismus aus völkischen Gründen ausgerottet werden.

An dieser Stelle empfinde ich Parallele, Analogie und auch Transfer als enorm problematisch.

Ich habe das beklemmende Gefühl, dass die Genoziddebatte zum Legitimationsgewinn geführt wird. Die Parallelisierung zu Auschwitz verschafft Legitimation, indem ich sagen kann: »Der Kolonialismus war genauso schlimm wie Auschwitz.« Letztlich führt dieses Unterfangen jedoch in die Irre und verkehrt sich unter Umständen sogar ins Gegenteil. Ein Beispiel: Kulturminister Neumann und einige andere versuchen sich seit Jahr und Tag an der Parallelisierung der »beiden deutschen Diktaturen«. Doch die DDR hat zwar Aktenberge hinterlassen, aber keine Leichenberge. Letztlich schaden Parallelen zum Legitimationsgewinn den eigenen analytisch-intellektuellen Zielen.

► **Jürgen Zimmerer:** Was eine bestimmte Strömung der Genozidforschung anbelangt, ist der letzte Einwand von Herrn Herbert gerechtfertigt. Das bedeutet jedoch nicht, dass das Genozidkonzept absurd oder ungeeignet sein muss. Wenn wir gänzlich auf den Begriff verzichten, haben wir als Wissenschaftler ein Problem: Er wird weiterhin überall verwendet, zum Beispiel in der Politik. Wir sollten eher prüfen, ob es möglich ist, das Genozidkonzept so theoretisch zu unterfüttern, dass es brauchbar ist.

Ich halte es für eine Unterstellung, die gesamte Genozidforschung strebe über den Vergleich des Kolonialismus mit dem Nationalsozialismus lediglich einen Legitimationsgewinn an. Umgekehrt kann man in der Weigerung, das Kolonialismuskonzept auf den Nationalsozialismus anzuwenden, eine Apologetik des Kolonialismus, ein Herunterspielen sehen.

► **Ulrich Herbert:** Der Ostfeldzug kann als Kolonialismus verstanden werden, aber doch nicht der Nationalsozialismus als Ganzes.

► **Jürgen Zimmerer:** Gewisse Elemente des Ostfeldzuges enthalten koloniale Elemente. Wenn man herausfinden möchte, was das spezifisch Neue an den nationalsozialistischen Verbrechen war, müssen wir uns von der Vorstellung lösen, es wäre nichts davon aus der Geschichte gekommen. Wenn manche Autoren die Reservatspolitik in Osteuropa als ein Novum der Weltgeschichte darstellen, bringt das die NS-Forschung überhaupt nicht weiter. Denn das Spezifische können wir nur verstehen, wenn wir bereit sind zuzugeben, dass manche Elemente so neu gar nicht waren.

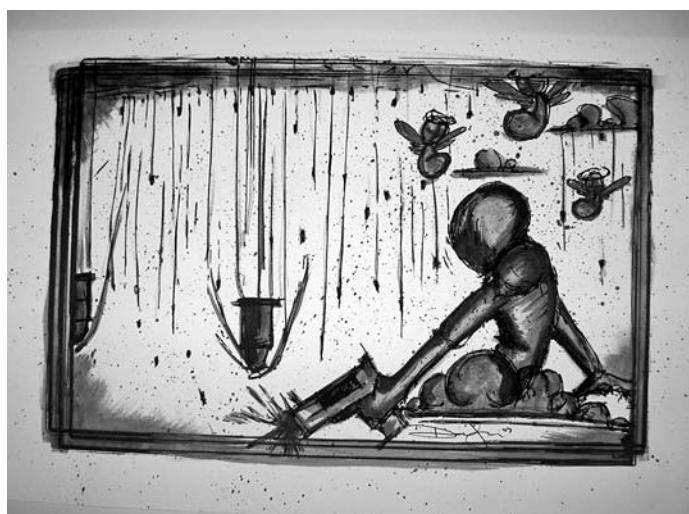
Viele Kolonialhistoriker und antirassistische Theoretiker behandeln den Antisemitismus, als sei er ein Unterfall von Rassismus. Es sei einfach nur eine bestimmte Gruppe, die Jüdinnen und Juden, die von rassistischer Unterdrückung betroffen seien. Das stimmt aber nicht. Der Kolonialrassismus sah in den »Schwarzen und Negern« zunächst minderbemittelte Menschen, denen geholfen werden musste – das waren »Kinder, die man erziehen muss«. Erst mit dem Hererokrieg kippte das in Deutschland, man nahm sie nun auch als Feind wahr oder als ungehorsam gewordene, pubertierende Kinder, die man mit harter Hand züchten muss. Es stand dabei aber immer eine absolute Überlegenheit gegenüber der »minderen schwarzen Rasse« im Vordergrund.

Beim Antisemitismus ist das anders. Die Juden wurden als perfide, als verschlagen, als Unterdrücker, als Verschwörer gehandelt. Sie wurden haftbar gemacht für das, was man die »Verwerfungen der Moderne« nennt. Man hat sie als überlegen und daher gefährlich angesehen. Und deshalb mussten sie laut NS-Ideologie vernichtet werden, weil sie eine große Gefahr für das »deutsche Volk«, aber auch für die ganze Welt darstellten. Das sind ganz an-

dere Perspektiven als beim Hererokrieg, und deshalb trifft die Rede »Von Windhuk nach Auschwitz« den Kern des Problems nicht.

► **Birthe Kundrus:** Das Problem am Genozidbegriff ist, dass dieser Begriff unheimlich viel leisten soll. Er hat eine wissenschaftliche, eine politische, eine rechtliche Funktion. Das ist eine Überforderung. Er legt politisch nahe, es gäbe eine Hierarchie der Opfer. Genozid ist sozusagen »the crime of all crimes«. Deshalb plädiere ich dafür, sich vom Genozidbegriff zu lösen und die Ereignisse anzuschauen. Wir kommen so zumindest um die Einordnung herum: »Dieser Fall ist ein Genozid, dieser nicht.« Wir wären bei Ereignissen von massenhaft entgrenzter Gewalt nicht sofort in diesen Genoziddiskurs verwickelt, der politisch, rechtlich, normativ und empirisch aufgeladen ist. Ich empfände das als Befreiung.

► **Jürgen Zimmerer:** Der Genozidbegriff ist schon ein rationalisierter und ent-emotionalisierter Begriff. Wenn wir ihn aufgeben, gewinnen wir nichts. Wir können postulieren, dass Wissenschaft von jeglicher Politik losgelöst ist. Wenn man aber der Meinung ist, dass man als Wissenschaftler eine politische und moralische Verantwortung hat, wenn man die Politik kritisch begleiten soll, dann müs-



Dennis Quijano »Genocide«

Deshalb plädiere ich dafür, den Nationalsozialismus auch einmal mit dem kolonialen Instrumentarium zu untersuchen, weil es uns weiter bringen kann. Eine der heiß diskutierten Fragen ist dabei immer: Wie werden so viele Deutsche zu willigen Vollstreckern, zu Tätern? Warum beginnt dieser Tabubruch, dieses Menschheitsverbrechen? Eine mögliche Antwort ist: Weil es ihnen nicht klar war, dass sie ein Menschheitsverbrechen begehen. Weil sie eben aus Karl May-Büchern, aus der Kolonialliteratur wussten, wie man mit »primitiven Völkern« umgeht. Und weil sie glaubten, dass das ganz normal sei, weil es durch alle anderen europäischen Kolonialmächte ebenso ausgeführt wurde.

► **Christian Stock:** Ein Aspekt, der bisher zu kurz kam, sind die ideologischen Hintergründe für die Kolonialverbrechen und die Shoah. Der Kolonialrassismus auf der einen Seite und der Vernichtungsantisemitismus auf der anderen Seite – sowie beim Feldzug gegen die Sowjetunion auch der Antikommunismus – unterscheiden sich als ideologische Motivlagen erheblich voneinander. Deswegen würde ich bei der Genealogie, die Herr Zimmerer herauszuarbeiten versucht, viel stärker auf die Brüche und Diskontinuitäten verweisen wollen.

sen wir den Genozidbegriff in diese Debatten führen und versuchen, ihn zu versachlichen. Denn außerhalb des Elfenbeinturms wird das Konzept benutzt, und mit ihm wird Politik gemacht. Übrigens von beiden Seiten. Es sind ja nicht nur die Nicht-Holocaust-Opfer, die den Begriff instrumentalisieren.

Warum gibt es den Begriff Genozid? Er stammt daher, dass Raphael Lemkin der Meinung war, dass es eine Art von Gewalt gibt, die sich von Krieg und anderen Formen von Massengewalt unterscheidet, weil sie ethnische und andere Kollektividentitäten biologisiert und vernichten will. Lemkin befasste sich mit Armenien und dem Holocaust und kam zu dem Schluss: Es gibt ein Verbrechen, das sich von Krieg und selbst von zivilen Opfern im Krieg unterscheidet. Weil es auch Kulturgüter zerstört, weil es Gruppen vernichtet, weil es – wenn möglich – auch die Erinnerung an die Gruppen zerstört.

Wenn wir uns darauf einigen, dass es diese Art Verbrechen gibt, brauchen wir einen Begriff dafür. Wenn wir – wie es Christian Gerlach versucht hat – von »extremely violent societies« sprechen, dann vermengen wir alle Arten von Verbrechen. Dann können wir diese spezifische Art von Verbrechen nicht mehr unterscheiden, die den Holocaust, den Judenmord so schrecklich macht, aber auch die Ermordung der Sinti und Roma und den Hererokrieg.

► **Heiko Wegmann:** Herr Zimmerer sagt, dass es die Erfahrung des Tabubruches gebraucht hätte, um im Nationalsozialismus Verbrechen noch größeren Ausmaßes zu ermöglichen. Frau Kundrus hat eingeworfen, man solle doch jenseits von Sonderwegstheorien Kolonialismus als Gewalterfahrung, als europäische Geschichte sehen. Als konkretes Beispiel würde ich hier den Abessinienfeldzug anführen. Im Oktober

1935 marschierte Italien mit einer gigantischen Kolonialarmee in Ostafrika ein, ein Kolonialkrieg bis dahin völlig unbekannten Ausmaßes. Die ersten Giftgasbombardierungen größerer Maßstabes gegen die Zivilbevölkerung fanden statt, und diejenigen Historiker, die sich damit befassen, weisen darauf hin: Zum Polenfeldzug gibt es starke Analogien.

Was nach Ende des Krieges (der Abessinienfeldzug hat nur sieben Monate gedauert) bis zur Befreiung Abessiniens passierte, hat sogar noch viel mehr Opfer gefordert. Es war das Ziel, bestimmte Gruppen, Bevölkerungsanteile, Religionsgemeinschaften auszuradieren. Die Nationalsozialisten haben sehr genau beobachtet, was seinerzeit passiert ist. Zudem hat es eine Wende in den deutsch-italienischen Beziehungen hervorgerufen. Die Haltung Italiens gegenüber Deutschland im Völkerbund hat sich verändert, nachdem

Deutschland Italien im Abessinienfeldzug unbehelligt vorgehen ließ.

► **Jürgen Zimmerer:** Es gibt Verbindungslien, die nicht durch personelle Kontinuität geprägt sind. Wenn man aber eine koloniale Mentalitätsstruktur, eine koloniale Vorstellungswelt konstatiert, heißt es sofort: »Das muss personell nachgewiesen werden«. Diese Gier nach personellen Kontinuitäten führt in der Praxis zu absurdem Ergebnissen: Als Verbindungslien zu proklamieren, dass der in Deutsch-Südwest aktive Heinrich Göring der Vater von Hermann Göring war, ist Quatsch. Interessanter ist doch: Kann man Verbrechen der Nationalsozialisten in eine Weltgeschichte des Kolonialismus einfügen? Wenn wir uns den Kolonialismus als große Matrix vorstellen, macht es Sinn – und wenn ja, in welchen Aspekten – den Nationalsozialismus einzurorden? Das geht auch mit dem Abessinienkrieg.

Und deshalb ist es mehr oder minder egal, ob es eine personelle Kontinuität gibt. Es ist auch unerheblich, ob Hitlers oder Himmlers Vorstellung über die englische Kolonialherrschaft in Indien irgendetwas mit der Realität zu tun hatte. Wichtig ist doch der Vorstellungsräum, den sie hatten. Und der speist sich aus dem deutschen und dem europäischen Kolonialismus, ja sogar aus Karl May-Büchern, aus rein fiktionalen Erzählungen. Daraus entsteht eine imperiale und koloniale Vorstellungswelt, die dann wirkungsmächtig wird.

► **Christian Stock:** Ihr Ansinnen, Verbindungslien aufzuzeigen, ist legitim. Aber Sie lassen eine Leerstelle. Sie sprechen nicht über die Brüche, die Diskontinuitäten, die unterschiedlichen Ideologien. Sie fragen auch nicht, warum Großbritannien als Erfinder des Concentration Camps im kolonialen Kontext später keine Vernichtungslager

hervorgebracht hat. Italien, das mit dem Abessinienkrieg einen brutalen Kolonialkrieg führte, war später ein faschistisches Land, Spanien mit seiner großen kolonialen Erfahrung ebenfalls. Die Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien waren hingegen niemals faschistisch. Warum das so war, ist nicht Ihr Forschungsinteresse. Daran entzündet sich die Kritik.

► **Birthe Kundrus:** Im Bereich der tatsächlichen Wiedererlangung von Kolonien würde ich durchaus Kontinuitäten feststellen, etwa bei Ritter von Epp. Diese Kontinuitäten sind aber auch immer mit Brüchen innerhalb der Ziele der Nationalsozialisten versehen. Der Wunsch, wieder an Kolonien zu gelangen, richtet sich nicht mehr auf die »alten« deutschen Kolonien, sondern auf Mittelafrica oder Madagaskar. Man glaubt, der Sieg über Frank-

reich liefere automatisch dessen Kolonien mit. Auch da mischt sich Altes mit Neuem.

Der Begriff des Transfers meint jedoch noch eine andere Idee: Transfer bedeutet, dass aus einem anderen Diskurs, aus einem anderen inhaltlichen Zusammenhang Momente übertragen werden. Aus der kolonialen Kriegsführung wird in die Kriegsführung gegen die Sowjetunion z.B. die Nichtunterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten übernommen. Oder die Ausrottung der Native Americans in den USA wird von den Nationalsozialisten als Legitimationsmuster aufgegriffen. Hitler sagte: »Wir müssen es nur machen wie die Amerikaner damals mit den Indianern.« Das ist auf der einen Seite eine Drohung gegenüber der jüdischen Bevölkerung, auf der anderen eine historische Legitimation, die er einzuholen versucht. Das ist der Transfer dabei.

Gleichzeitig hat ein Transfer aber immer ein Moment von Produktion. Es ist nicht nur eine Aneignung, nicht nur eine Eins-zu-eins-Kopie, sondern hier wird auch etwas seitens der Nationalsozialisten »produziert« und mit eigenen Vorstellungen aufgeladen. Das Transferierte verändert sich im Prozess dieser Übertragung. Das ist auch die eigentliche Herausforderung für weitere Forschung: Warum werden gerade bestimmte Momente aus der Jahrhunderte langen Kolonialgeschichte ausgewählt und von nationalsozialistischen Akteuren für bestimmte Zwecke eingesetzt?

Wir müssen gar nicht so defensiv argumentieren und den Kolonialismus über einen Vergleich mit Auschwitz oder dem Dritten Reich aufwerten. Lassen Sie uns offensiv sein und sagen: Es hat den Kolonialismus gegeben, und wir müssen akzeptieren, dass er bis heute Folgen hat. Diese liegen vielleicht nicht auf den von Ihnen vermuteten Gebieten, aber wir müssen die Bedeutung des Kolonialismus nicht nur durch eine Verbindung mit dem Nationalsozialismus hervorheben. Gerade, weil er bisher ein marginalisiertes Phänomen der deutschen Geschichte ist, wie Herr Zimmerer das eingangs richtig gesagt hat.

► **Jürgen Zimmerer:** Eine globale Gewaltgeschichte muss kontinentübergreifend argumentieren. Sie kann nicht Ereignisse ignorieren, weil sie nicht in Europa stattfinden. Das kann man schon an der Frage sehen, wann eigentlich der Zweite Weltkrieg beginnt. Wir denken meist 1939. Aber aus chinesischer Sicht ist es 1937. Die Zeit, in der Europa und Nordamerika die weltweiten Curricula bestimmten, dürfte sich definitiv dem Ende zu neigen. Die Globalgeschichte und die globalisierte Geschichte werden kommen, ob wir das akzeptieren oder nicht.

---

► Transkription: Fabian Holzheid.  
Redaktionelle Bearbeitung: Fabian Holzheid und Christian Stock

# Nazikollaborateure in der Dritten Welt

Auf dem Atoll Hikueru in der französischen Kolonie Polynesien ereignete sich im Oktober 1939 Bemerkenswertes. Der traditionelle Chef der Insel, Nohorai Sue, rief zum aktiven Widerstand gegen die Nationalsozialisten auf. Seine Begründung: »Deutschland hat sich vor aller Welt als eine Nation offenbart, die man ächten muss (...) Kaum zwei Jahrzehnte, nachdem die deutsche Nation, die anderen immer nur Übles wollte, niedergerungen war, ist sie schon wieder über andere Länder hergefallen, um sich die Reichtümer ihrer Bewohner und die Früchte ihrer Arbeit anzueignen.«

Einen solchen Scharfsinn wiesen bei weitem nicht alle AkteurInnen in den Ländern der Dritten Welt auf. Im Gegenteil, auch außerhalb Europas gab es massenhafte Kollaboration mit den Nazis, den italienischen Faschisten und den japanischen Aggressoren. Nicht selten kamen die Sympathisanten der faschistischen Achsenmächte aus antikolonialen Bewegungen, die Deutschlands Angriff gegen die Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien begrüßten. Indem antikoloniale AkteurInnen mit den faschistischen Mächten sympathisierten, in Nazi-Deutschland, Italien und Japan Exil suchten und fanden, Freiwillige für die Wehrmacht und die Waffen-SS rekrutierten und an der Seite der deutschen, italienischen und japanischen Truppen kämpften, wurden sie von Opfern zu Tätern. Einige beteiligten sich sogar an der Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden.

Es waren keineswegs nur unbedeutende Mitläufer, die mit den Nazis gemeinsame Sache machten, sondern oft einflussreiche Politiker: in Palästina der höchste religiöse und politische Repräsentant der AraberInnen (Hadj Amin el-Husseini), in Indien der zeitweilige Präsident des Indianischen Nationalkongresses (Subhas Chandra Bose) und in Argentinien der Staatspräsident (Juan Domingo Perón). Obwohl deren Kollaboration mit den Achsenmächten bekannt und vielfach belegt ist, werden sie in den jeweiligen Ländern bis heute von vielen als »Helden« verehrt.

Die Beschäftigung mit diesem Aspekt der Geschichte ist um so dringlicher, da es eine wachsende Tendenz unter deutschen WissenschaftlerInnen und PublizistInnen gibt, die Kollaboration von Nazisympathisanten aus anderen Kontinenten zu verharmlosen, zu verleugnen oder umzudeuten. Dieser Themenschwerpunkt erinnert daher nicht nur an wenig bekannte historische Fakten, sondern fordert auch zu einer kritischen Auseinandersetzung mit

dem Geschichtsrevisionismus auf. Schließlich findet dieser auch in Teilen der Linken ihren Widerhall, wie zahllose geschichtsblinde Kommentare etwa zum Nahostkonflikt belegen.

**D**er vorliegende Themenschwerpunkt ist für die **iz3w** ein Novum, denn sämtliche Beiträge wurden von einem einzigen Autor geschrieben: Karl Rössel. Er ist Mitarbeiter des Rheinischen JournalistInnenbüros in Köln, von dem das Buch »Unsere Opfer zählen nicht« (Hamburg/Berlin 2005) sowie die Unterrichtsmaterialien über »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« (Köln 2008) publiziert wurden. Die beiden Veröffentlichungen thematisieren ein weitgehend verdrängtes Kapitel der Geschichte: die Ausbeutung von Millionen Menschen aus Afrika, Asien, Ozeanien und Lateinamerika als Kolonialsoldaten, Zwangsarbeiter und Zwangsprostituierte durch die kriegsführenden Mächte im Zweiten Weltkrieg.

Die hier veröffentlichten Texte über Palästina, Indien und Argentinien beruhen auf einer dreiteiligen Sendereihe von Karl Rössel, die im November 2008 vom Radiosender SWR2 ausgestrahlt wurde. Nach der Sendung über »Deutsche Islamwissenschaftler und arabische Kriegsverbrecher« verlangte das von Rössel kritisierte Zentrum Moderner Orient (ZMO) eine Gegendarstellung sowie die Entfernung von Manuscript und Podcast von der Webseite des SWR. Das Justitiariat des Senders sah für eine Gegendarstellung keine Grundlage.

Trotzdem kürzte der SWR Manuscript und Audiofassung dieser Sendung um sechs Minuten, um Konflikten mit dem ZMO aus dem Weg zu gehen. Es hätten sich »hinsichtlich einiger Behauptungen des Autors nachträglich Zweifel an deren Belegbarkeit« ergeben. Karl Rössel wurde nicht konsultiert. Er verlangte daraufhin vom SWR, die zensierte Fassung der Sendung aus dem Netz zu nehmen, und erstellte für das **iz3w** eine ungekürzte und mit Quellenverweisen versehene Printfassung der Sendereihe. Die Diskussion über Nazikollaborateure ist nun mit der vorliegenden Artikelreihe eröffnet. Weiteren Beiträgen sehen wir gespannt entgegen.

Uns bleibt an dieser Stelle ein herzlicher Dank an Karl Rössel – nicht allein für die aufwändig recherchierten Beiträge, sondern auch dafür, dass sie exklusiv in der **iz3w** erscheinen.

*die redaktion*

## PS:

Karl Rössel bietet beim BUKO-Kongress vom 21. bis 24. Mai in Lüneburg zwei Veranstaltungen an: einen Vortrag zum Thema »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« und einen Workshop über »Nazikollaborateure und ihre deutschen Apologeten«.



Soldaten der  
»Deutsch-Arabischen Lehrabteilung«  
(DAL) 1943 im besetzten  
Griechenland.  
Foto: BArch, Bild 101I-177-1465-16 /  
Schlickum / CC-BY-SA

## »Die Fahne hoch...!«

Die faschistische »Internationale« von Buenos Aires bis Shanghai

Zweifellos haben auf allen Kontinenten mehr Menschen gegen die Faschisten gekämpft als an ihrer Seite. Doch es gab auch massenhafte und bedingungslose Kollaboration vieler Akteure aus der Dritten Welt. Die Befreiung vom europäischen Faschismus und vom japanischen Großmachtwahn wurde dadurch wesentlich erschwert.

von Karl Rössel

► Mit seinem Aufruf »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch« rief Karl Marx die internationale Arbeiterbewegung dazu auf, sich über nationale Grenzen hinweg zusammenzuschließen. Die Gründung der Ersten Internationale war 1864 die Folge davon. Bis 1938 entstanden aufgrund interner Spaltungen der Arbeiterbewegung vier Internationalen. Zu diesem Zeitpunkt hatten auch die faschistischen Bewegungen längst über nationale Zusammenschlüsse gebildet, selbst wenn diese nie unter dem Titel »Internationale« firmierten.

Die deutschen Nationalsozialisten gingen beim Aufbau ideologischer Außenposten in aller Welt zweigleisig vor. Zum einen spannten sie die im Ausland lebenden Deutschen für ihre Ziele ein und gründeten rund um den Globus Auslandsorganisationen (AO) der NSDAP. Zum anderen schlossen sie Bündnisse mit politischen Gruppierungen und Regierungen, die mit dem Faschismus sympathisierten und

den deutschen Krieg gegen die Alliierten unterstützten.

### Auslandsorganisation der NSDAP

► Allein in Lateinamerika lebten in den 1930er Jahren etwa eine Million Deutschstämmige, von denen die große Mehrheit mit den Nazis sympathisierte. »Wanderredner der Nazipartei zogen durch Latein-

amerika ... Die nazistischen Feiertage wurden auf südamerikanischem Boden nach entsprechenden, aus Berlin kommenden Richtlinien unter dem Hakenkreuzbanner gefeiert. Flottenbesuche,

Filmveranstaltungen, Winterhilfssammlungen, Eintopfsonntage hinterließen ihre Spuren.<sup>»1</sup> Vor allem in Chile, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Brasilien bedienten sich die Nazis eines weit verzweigten Netzes deutscher Vereine, Einrichtungen, Schulen und Kirchengemeinden.

Muslimische  
Freiwillige unterstützten  
die Todesschwadronen  
der Waffen-SS

Lokale Naziorganisationen waren in vielen südamerikanischen Staaten bereits 1931 entstanden (in Paraguay schon 1929). Die NSDAP-AO sorgte ab 1933 dafür, dass sämtliche Institutionen der Auslandsdeutschen gleichgeschaltet wurden. In den deutschen Schulen wurde faschistisches Gedankengut gelehrt, jüdische Kinder wurden der Schule verwiesen, und wo Eltern, wie in Buenos Aires, dagegen protestierten, drohten die Nazibehörden in Berlin, die finanziellen Zu- schüsse zu streichen. »Überall bildeten sich kleine Gruppen, die, als Stoßtrupps verkleidet, den Arm zum faschistischen Gruß erhoben«, schrieb Pablo Neruda über die Nazis in Chile. »Die alten Feudaloligarchien des Kontinents sympathisierten mit jeder Art von Antikommunismus. (...) In jenen Tagen der dröhrenden Hitlersiege musste ich mehr als einmal Straßen eines südchilenischen Dörfchens oder Städtchens zwischen wahren Wäldern von Hakenkreuzfahnen überqueren.<sup>»2</sup>

Die NSDAP-AO und der in Berlin ansässige Verein für das Deutschtum im Ausland koordinierten Aktivitäten dieser Art in aller Welt. So hetzte ihre Zweigstelle in Ägypten gegen die »Judenhochburg« Alexandria. Im so genannten Hansa-Klub in Kairo hielten deutsche Referenten Vorträge über das »Judentum« und »südarabische Rassenfragen«. In Shanghai gründeten deutsche Geschäftsleute eine Ortsgruppe der Nazipartei, und eine »Arier-Union« rief zum »Boykott jüdischer

Geschäfte« auf. Die Vertreter des NS-Regimes versuchten die japanischen Besatzer der chinesischen Hafenstadt dazu zu bewegen, die zehntausenden in einem Ghetto zusammen gepferchten jüdischen Flüchtlinge entweder verhungern zu lassen, mit manövrierunfähigen Schiffen im Meer zu versenken oder eine Gaskammer zu bauen, um sie zu vernichten.<sup>3</sup>

Auch im fernen Australien feierten deutsche Einwanderer in ihren Clubs den »Nationalen Tag der Arbeit« und »Führers Geburtstag«. Nazi-Redner konnten »mit freundlicher Unterstützung« des australischen Außenministeriums den Kontinent bereisen und Propagandafilme wie »Deutschland Erwache« vorführen. Dem Schriftsteller Egon Erwin Kisch wurde hingegen 1934 die Einreise zu einem antifaschistischen Kongress in Melbourne verwehrt.

Nicht nur die Auslandsdeutschen, auch manche Regierungen sympathisierten mit den faschistischen Regimes in Europa und zeigten sich von der autoritären Staatsführung sowie den militärischen »Erfolgen« der europäischen Kriegstreiber begeistert. In Lateinamerika z.B. übernahmen Nationalpopulisten wie der Brasilianer Getulio Vargas und der Argentinier Juan Domingo Perón Elemente faschistischer Herrschaft wie Führerkult, Massenaufmärsche und die korporative Einbindung der Gewerkschaften. Die meisten Regierungen Lateinamerikas brachen ihre diplomatischen Beziehungen zu Nazideutschland erst nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, dem japanischen Angriff auf die US-Flotte in Pearl Harbor und dem Kriegseintritt der USA im Jahre 1941 ab, zumeist erst auf massiven Druck der US-Regierung. Chile und Argentinien unterhielten noch bis 1943 bzw. 1944 enge Kontakte zum NS-Regime.

## Statthalter in französischen Kolonien

► Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Nordfrankreich unterzeichnete die in Vichy amtierende Kollaborationsregierung unter Marschall Philippe Pétain im Juni 1940 einen Waffenstillstandsvertrag, der dem NS-Regime auch die Ausbeutung der französischen Kolonien zusicherte. Deutsche Offiziere kontrollierten dies vor Ort (der Film »Casablanca« erinnert daran). In Westafrika, Madagaskar und Nordafrika kontrollierten Anhänger Petains die Kolonialadministration und setzten dessen antisemitische Sondergesetze rigoros um. Für rund 500.000 nordafrikanische Jüdinnen und Juden bedeutete dies gesellschaftliche Ächtung, Ausplünderung und Verfolgung.

In Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen unterhielten die deutschen, französischen und italienischen Faschisten mehr als hundert Arbeitslager, in die neben politi-

schen Oppositionellen und Deportierten aus Europa auch tausende Jüdinnen und Juden verschleppt wurden. Als Wachpersonal und Folterer volontierten Einheimische. »Zahlreiche Berichte von Augenzeugen belegen, dass

arabischen Soldaten, Polizisten und Arbeiter zu allem bereit waren – manchmal in wesentlichem, manchmal in geringerem Maße – um nach dem Vorbild der Judenverfolgung in Europa auch

gegen das nordafrikanische Judentum vorzugehen (...) Von den Außenbezirken Casablancas bis in die Wüstengegenden südlich von Tripolis dienten Araber überall als Wächter und Aufseher in den Arbeitslagern«.<sup>4</sup>

Aus den von Vichy kontrollierten Kolonien bezog die deutsche Rüstungsindustrie zudem kriegswichtige Rohstoffe. So lieferten die französischen Behörden aus Indochina Kautschuk für die Bereifung deutscher Militärfahrzeuge, bis der Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion 1941 die Anlieferung des Rohstoffs mit der transsibirischen Eisenbahn unmöglich machte. Im Maghreb beschlagnahmte die Vichy-Administration Lastwagen, Zelte und Nahrungsmittel zur Versorgung des deutschen »Afrikakorps«, das 1941 in Libyen und Ägypten einfiel.

Auch einige der führenden Honoratioren und wohlhabenden Familien in Algerien sahen in Marschall Pétain einen »ehrenwerten Herrn«. Sie halfen mit, tausende algerische Freiwillige für Arbeitseinsätze in deutschen Rüstungsfabriken anzuwerben. In Westafrika zeigten sich Dorfchefs – nicht selten gegen Bezahlung – bereit, die Vichy-Behörden bei der Rekrutierung von Kolonialsoldaten zu unterstützen. Auf ihren Befehl zogen Zehntausende junger Männer auf Seiten des Vichy-Regimes in den Krieg. In der westafrikanischen Hafenstadt Dakar, in der nordafrikanischen Wüste und in der französisch kontrollierten Levante (Syrien und Libyen) mussten sie gegen afrikanische Kolonialsoldaten ins Feld ziehen, die für de Gaulle und das Freie Frankreich kämpften.

## »Mein Kampf« im Nahen Osten

► Im Nahen Osten sympathisierten nicht nur bedeutende Teile der Bevölkerung, sondern auch höchste Regierungskreise mit den faschistischen Kriegstreibern. Und dies nicht trotz, sondern in vielen Fällen wegen des eliminatorischen Antisemitismus der Nationalsozialisten. König Ibn Saud von Saudi-Arabien empfand für Hitler die »größte Hochachtung«. Und Ägyptens König Faruk sandte ihm 1941 die Botschaft, er sei von »starker Bewunderung für (den) Führer und Hoch-

achtung vor dem deutschen Volk erfüllt«, dessen Sieg über England er sehnlichst herbeiwünschte.<sup>5</sup>

Vielerorts entstanden faschistische Parteien und Nachwuchsorganisationen nach dem Vorbild der Hitler-Jugend, wie die »Syrische Volkspartei« (1932), das »Junge Ägypten« (1933) sowie die irakische (1935) und palästinensische Futuwwa (1936). Vertreter dieser Organisationen nahmen an Reichsparteitagen der NSDAP in Nürnberg teil. Zum Teil waren sie persönlich von Baldur von Schirach, dem Führer der Hitler-Jugend, eingeladen worden, als dieser 1937 mit einer Delegation von Damaskus über Bagdad bis Teheran reiste.<sup>6</sup> In Ägypten und Marokko, Irak und Libanon kursierten in der Vorkriegszeit Übersetzungen von »Mein Kampf«. Sie waren mit Hitlers Einwilligung um die Passagen gekürzt worden, in de-



Thailands selbsternannter Führer Phibun Songkram  
1938



Subhas Chandra Bose stellte die Indische Legion der Wehrmacht auf

Foto: iz3w-Archiv

nen er seine rassistische Verachtung gegenüber Arabern offenbart hatte.

Während des Krieges gewährte das NS-Regime Kollaborateuren aus aller Welt, die vor den alliierten (Kolonial-)Mächten auf der Flucht waren, bereitwillig Exil und stellte ihnen Unterkünfte und Büros, Radiostationen und Mittel zum Druck von Zeitungen und Flugblättern in ihren jeweiligen Sprachen zur Verfügung. Politiker, Wissenschaftler und Journalisten aus zahlreichen Ländern ließen sich bereitwillig in den Propagandaapparat der Deutschen Abwehr eingliedern.

Auch zu Mussolini, der sich als »Schwert des Islam« gegen die britischen Kolonialherren anrieb, unterhielten arabische Führer freundschaftliche Kontakte. Adlige in Äthiopien kollaborierten mit den italienischen Besatzern, und zehntausende Soldaten aus Libyen, Eritrea und Somaliland kämpften von 1935 bis 1941 in Ostafrika an der Seite der faschistischen Truppen gegen die Alliierten.

Bei seinen Großveranstaltungen in Rom umgab sich der »Duce« gerne mit ausländischen Anhängern, die bereit waren, bei seinen Inszenierungen den Hofstaat zu spielen. So reisten zu einem von Mussolini im Dezember 1933 eröffneten Kongress »orientalischer Studenten« Hunderte Sympathisanten aus Persien, Ägypten und anderen arabischen Ländern sowie aus Thailand, Afghanistan, Indien, Japan und China an. Unter ihnen war

der indische Politiker Subhas Chandra Bose, der 1941 nach Berlin fliehen und dort zu den prominentesten Kollaborateuren des NS-Regimes gehören sollte.<sup>7</sup>

## Aufteilung der faschistischen Welt

► Nach Kriegsbeginn verständigten sich die faschistischen Achsenmächte darauf, die Welt, die sie erobern wollten, in Einflussbereiche aufzuteilen. Deutschland sollte Osteuropa, den vorderen Orient einschließlich Afghanistan und ein zentralafrikanisches Kolonialreich kontrollieren. Italien beanspruchte die Vorherrschaft in den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers vom Maghreb bis zum Nahen Osten sowie in Ostafrika. Japan wurden die Pazifikregion sowie weite Teile Asiens zugesprochen. Der 70. Längengrad (im Os-

ben. Auch die Nazis stellten schließlich eine Arabische Legion auf und vom besetzten Griechenland aus schickte der Sonderstab F (für Felmy) arabische Untergrundkommandos zu Sabotageakten in die britischen und französischen Kolonien des Nahen Ostens. Mit Hilfe prominenter arabischer Politiker im deutschen Exil wie Hadj Amin el-Husseini aus Palästina und Raschid Ali al-Ghailani aus dem Irak konnte das NS-Regime auch in den Balkanländern und den besetzten Provinzen im Süden der Sowjetunion muslimische Freiwillige rekrutieren: 200.000 Soldaten für die Wehrmacht und Zehntausende für die Todesschwadronen der Waffen-SS in Kroatien, Bosnien und Slowenien. Um ihre muslimischen Kollaborateure bei Laune zu halten, sorgte das NS-Regime dafür, dass sie »nach islamischen Regeln verpflegt« wurden und

herangezogen wurden. Die koreanische Oberschicht empfand es als Ehre, dass ihre Sprösslinge als Offiziere in China einmarschierten. In der Mandschurei installierte Japan den Vasallenstaat Mandschuko mit dem letzten chinesischen Kaiser Pu Yi an der Spitze, der in Peking vor Kriegsbeginn hatte abdanken müssen. (Eine Sequenz in dem Film »Der letzte Kaiser« von Bernardo Bertolucci erzählt davon.) Trotz des Vernichtungskriegs der japanischen Truppen mit Giftgasangriffen, Menschenversuchen und Massenmorden (allein in der damaligen chinesischen Hauptstadt Nanking massakrierten japanische Soldaten in wenigen Wochen mehr als 300.000 Menschen) waren auch chinesische Politiker der Nationalen Volkspartei wie Wang Jingwei bereit, in eine Pseudo-Regierung unter japanischer Oberaufsicht einzutreten.

Die französische Kolonie Indochina geriet ab Mitte 1940 unter die Kontrolle der Kollaborationsregierung in Vichy. Einheimische Feudalherren wie Bao Dai in Vietnam, Norodom Sihanouk in Kambodscha und Sisavang Vong in Laos ließen sich in Propagandabroschüren bereitwillig mit Marschall Pétain ablichten. Die Vichy-Behörden gründeten paramilitärische Jugendverbände mit zehntausenden Mitgliedern, die mit dem faschistischen Gruß salutierten und aus denen »zukünftige Führer« hervorgehen sollten. Als die japanischen Truppen 1940/41 ihren Vormarsch auf die malaiische Halbinsel und Richtung Indien vorbereiteten, gewährte ihnen die französische Kolonialverwaltung Militärstützpunkte wie den Hafen von Haiphong.

Das von dem Offizier Phibun Songkram regierte Thailand, das als einziges asiatisches Land neben Japan nie unter europäischer Kolonialherrschaft stand, gewährte den japanischen Truppen bei ihren Feldzügen nach Südostasien freies Geleit. Phibun, dem ein Militärputsch zur Macht verholfen hatte, machte keinen Hehl aus seiner Bewunderung für Hitler und Mussolini. Er legte sich selbst den Titel »po nam« (»Führer«) zu und baute mit der »Yawachon thahan« (»militärische Jugend«) eine straff organisierte faschistische Jugendbewegung auf. Alle Zeitungen in Bangkok mussten mit der Kopfzeile erscheinen: »Ein Land: Thailand. Ein Führer: Phibun. Ein Ziel: Sieg.« Seine nationalistische Ausrichtung kulminierte 1939 in der Umbenennung des Landes von Siam in Thailand, was buchstäblich als »Land der Thais« zu verstehen war und die Ausgrenzung der chinesischen Minderheit bedeutete. Um auch Thais aus den Nachbarländern heim in sein großthailändisches Reich zu holen, zetzelte Phibun 1940 mit japanischer Rückende-



Hadj Amin el-Husseini,  
Großmufti von Jerusalem  
und fanatischer Antisemit



Saudi-Arabia's King Ibn  
Saud welcomed Hitler  
with great respect



Aung San demanded for  
Burma a »strong government  
like in Germany«



Achmed Sukarno was  
on the side of the Japanese  
occupiers

ten des heutigen Pakistan und westlich der indischen Stadt Mumbai) bildete die Grenze zwischen der deutschen und japanischen Hemisphäre. Dort wollten die Streitkräfte beider Länder nach der »Befreiung« Indiens »vom britischen Joch« zusammentreffen. In ihren jeweiligen Interessensphären installierten die drei Mächte überall dort, wo sie über die militärische Kontrolle verfügten, Marionettengouvernements. In den Ländern, die noch unter alliierter (Kolonial-)Herrschaft standen, warben sie Kollaborateure für Sabotageakte und Überläufer für ihre Streitkräfte an.

Nazideutschland und Italien verständigten sich darauf, gefangene Kolonialsoldaten untereinander auszutauschen. Das NS-Regime überführte Häftlinge aus dem Maghreb und dem Nahen Osten nach Italien, weil Mussolini eine Arabische Legion aus Überläufern formieren wollte. Italien schickte indische Gefangene nach Deutschland in ein Lager bei Annaberg. Dies sollte Subhas Chandra Bose die Aufstellung einer Indischen Legion der Wehrmacht ermöglichen. Obwohl Hitler und Mussolini jede definitive Zusagen verweigerten, den arabischen Ländern und dem indischen Subkontinent nach Kriegsende die Unabhängigkeit zu gewähren, ließen sich tausende Überläufer bereitwillig in die faschistische Kriegsmaschinerie eingliedern.

Im weiteren Verlauf des Krieges wurde diese geographische Arbeitsteilung aufgegeben.

die SS richtete mit Hilfe des Palästinenserführers Husseini in Dresden eine »Mullah-Schule« ein, um die religiöse Betreuung dieser Truppen durch Imame zu gewährleisten. Viele der muslimischen Freiwilligen hielten ihren Nazi-Befehlshabern bis zum letzten Kriegstag die Treue, nicht wenige auch darüber hinaus.

## Treueschwüre für Japans Kaiser

► 1910 erklärte Japan Korea zu seiner Kolonie, 1931 besetzten japanische Truppen die chinesische Mandschurei, 1937 diente ein inszenierter Zwischenfall bei Peking als Vorwand für die Invasion des chinesischen Kernlandes, dem die Eroberung weiter Teile Asiens und der Pazifikregion folgte. In den unterworfenen Ländern verübten die japanischen Besatzer zahllose Massaker und trieben Millionen Menschen zu Zwangsarbeit und Kriegsdiensten aller Art. Trotzdem fand das japanische Kaiserreich zahlreiche willige Helfer in seinem Krieg zur Etablierung eines »großostasiatischen Reichs«.

In Korea gelang es den Besatzern, Teile der Elite in die Kolonialverwaltung einzubinden, vor allem Großgrundbesitzer, religiöse Führer und Intellektuelle. Die Kollaborateure durften ihre Kinder auf japanische Eliteuniversitäten und Militärakademien schicken, womit einheimische Kader für die Besatzungsbehörden

ckung Eroberungsfeldzüge nach Kambodscha und Laos an.

## Aun Sang und Sukarno

► Aun Sang in Burma, der Vater der heutigen Oppositionsführerin Aung Sang Suu Kyi, stand ebenfalls bis kurz vor Kriegsende auf Seiten der japanischen Invasoren. Diese gewährten ihm eine militärische Ausbildung und ernannten ihn zum Generalmajor. Aun Sang unterhielt Kontakte zu dem indischen Politiker Bose und trat wie dieser dafür ein, gemeinsam mit den faschistischen Achsenmächten gegen die Kolonialmacht Großbritannien zu kämpfen. Seine Zukunftsvision für Burma lautete: »Wir wollen eine starke Regierung wie zum Beispiel in Italien und Deutschland. Es soll nur eine Nation, einen Staat, eine Partei, einen Führer geben. Jeder muß sich dem Staat unterwerfen, der Vorrang vor dem Einzelnen hat.«<sup>8</sup> Erst als die japanische Niederlage unausweichlich war, wechselte Aun San zur antifaschistischen Volksbefreiungsliga.

Die japanischen Militärs zogen nach der Besetzung der malaiischen Halbinsel tausende einheimische Kadetten ein, um Kader für ihr Besetzungsregime heranzuziehen. Die meisten von ihnen gehörten zur Bevölkerungsmehrheit der Malaien. Allein in Singapur verfügten die mit den Besatzern kollaborierenden Nachbarschafts-Organisationen im September 1943 über 55 Sektionen mit 80.000 Mitgliedern. Die »Malai Giyugun«, ein Korps einheimischer Paramilitärs, schworen bei ihrer Vereidigung »dem japanischen Kaiserreich... immerwährende Treue«. Die malaiischen Kollaborateure beteiligten sich an der brutalen Verfolgung von ChinesInnen, die immerhin 38 Prozent der Bevölkerung stellten. Sie wurden zu Zehntausenden in Arbeitslager eingewiesen und zu Tausenden massakriert. Unter den Indern Malayas konnten die japanischen Militärs mit Hilfe von Bose weitere zehntausende Soldaten für ihren geplanten »Marsch auf Delhi« rekrutieren.

Als die japanischen Invasoren von Singapur aus in Niederländisch-Indien, dem heutigen Indonesien, einfielen, bereitete ihnen die einheimische Bevölkerung einen triumphalen Empfang. Fast alle ehemals oppositionellen Politiker und religiösen Funktionsträger waren zur Kollaboration mit den japanischen Besatzern bereit. Achmed Sukarno, der spätere Präsident des Landes, war als Vorsitzender des »Zentralen Beratungskomitees« der höchste indonesische Funktionsträger in der japanischen

Besetzungsbehörde. Zusammen mit seinem politischen Weggefährten Mohammad Hatta und einem Vertreter der großen muslimischen Gemeinde Indonesiens folgte Sukarno im November 1943 einer Einladung nach Tokio, wo der Kaiser öfters demonstrative Treffen mit Kollaborateuren aus verschiedenen Ländern inszenierte. Sukarno bedankte sich dort offiziell für die von den Japanern eingeleiteten »Reformen«. Selbst ihre Unabhängigkeitserklärung entwarfen die führenden indonesischen Politiker im August 1945 im Amtssitz des japanischen Admirals Maeda.

## Antikoloniale Rhetorik, koloniale Praxis

► Weitere Beispiele für die Kollaboration mit den japanischen Kriegstreibern ließen sich von Osttimor, den Philippinen, Mikronesien und anderen besetzten pazifischen Inseln aufführen. Für die massenhafte Unterstützung der japanischen Eroberungsfeldzüge liefert die antikoloniale Rhetorik der japanischen Führung (»Asien den Asiaten«) nur eine unzureichende Erklärung. Denn tatsächlich ließ Japan in keinem der besetzten Länder eine autonome Regierung zu. Die japanische Führung verachtete die Geschichte, Kultur und Sprache anderer Asiaten, ihr Überlegenheitswahn glich dem der westlichen Kolonialisten. Japans Kaiser sollte zum »Führer der asiatischen Rassen« werden. Und Japans Militärs wollten sich dafür die Rohstoffe und das »Menschenmaterial« Asiens und Ozeaniens einverleiben, was Zwangsarbeit, Zwangspros-

nischen Großmachtwahn gefällig zu erweisen. Dabei sah Hitler z.B. in Arabern »slackierte Halbaffen, die die Knute spüren sollen«.<sup>9</sup> Und die Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung waren für ihn »asiatische Gaukler«, weshalb er »als Germane Indien... immer noch lieber unter englischer Herrschaft sehe als unter einer anderen«.<sup>10</sup> Aber weder rassistische Tiraden wie diese noch

die Vernichtungskriege Japans in China, Deutschlands in Osteuropa und Italiens in Ostafrika konnten die Kollaborateure der faschistischen Achsenmächte in aller Welt irritieren. Selbst den Holocaust nahmen sie billigend in Kauf, wenn sie sich nicht sogar – wie der Palästinenserführer Husseini – aktiv daran beteiligten.

Umso bemerkenswerter ist, wie durchgängig dieses Thema in der hiesigen Geschichtsschreibung vernachlässigt wird. WissenschaftlerInnen und PublizistInnen hierzulande unternehmen weitaus mehr Bemühungen, das Ausmaß und den Charakter der Kollaboration zu verharmlosen und zu entschuldigen, als diese kritisch aufzuarbeiten und ihre bis weit in die Nachkriegszeit hinein reichen Auswirkungen zu analysieren. Die in den folgenden Beiträgen dokumentierten Geschichtsklitterungen deutscher WissenschaftlerInnen über Palästina, Indien und Argentinien illustrieren dies.

## Anmerkungen:

- 1 Kießling, Wolfgang: Exil in Lateinamerika. Leipzig 1980. S. 57
- 2 Neruda, Pablo: Ich bekenne, ich habe gelebt. Darmstadt/ Neuwied 1974. S. 125
- 3 Finkelgruen, Peter: Erlkönigs Reich. Die Geschichte einer Täuschung. Hamburg 1999. S. 195 f.
- 4 Satloff, Robert: Among the Righteous. Lost Stories from the Holocaust's long reach into Arab Lands. New York 2006. S. 173 f.
- 5 Mallmann, Klaus Michael; Cüppers, Martin: Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina. Darmstadt 2006. S. 43
- 6 Odermann, Heinz: Taktik gewinnt Schlachten – Strategie des Krieges. Zu einigen Aspekten der deutschen Nahost- und Nordafrikapolitik und -propaganda (1940-1942). In: Schwanitz, Wolfgang (Hg): Jenseits der Legenden. Araber, Juden, Deutsche. Berlin 1994. S. 105
- 7 Kuhlmann, Jan: Subhas Chandra Bose und die Indienpolitik der Achsenmächte. Berlin 2003. S. 94 f.
- 8 Zöllner, Hans-Bernd: Der Krieg als Vater der Unabhängigkeit. Subhas Chandra Bose und die Bedeutung des Zweiten Weltkriegs für Birmas Kampf um die Unabhängigkeit. In: südostasien informationen. 2/1995. S. 25
- 9 ADAP 1918-1945, Serie D, Vol. 7, S. 172. In: Wild, Stefan: National Socialism in the Arab East between 1933 and 1939. In: Die Welt des Islam. 25, 1985. S. 140
- 10 Hitler, Adolf: Mein Kampf. Zit. nach: Kuhlmann, Jan, a.a.O. S. 38



Briefmarke aus der französischen Kolonie Indochina, die über das Vichy-Regime mit Nazideutschland kollaborierte.

titation und Zwangsrekrutierungen von Millionen Menschen zur Folge hatte.

Ähnlich wie das japanische Regime suchten auch die europäischen Achsenmächte in anderen Kontinenten keinesfalls gleichberechtigte Bündnispartner, sondern Lakaien, die für ein wenig Beteiligung an der Macht bereit waren, sich dem deutschen und italie-



Der Großmufti von Jerusalem bei bosnischen Freiwilligen der Waffen-SS (November 1943). Foto: BArch, Bild 146-1980-036-05 / o. Ang. / CC-BY-SA

## Bloß nicht dämonisieren!

Deutsche WissenschaftlerInnen verharmlosen arabische Kriegsverbrecher

Es waren keineswegs nur Randgestalten, die im Nahen Osten mit den Nazis sympathisierten und kollaborierten. Vielmehr fungierte beispielsweise der höchste Repräsentant der Araber Palästinas, Amin el-Husseini, als SS-Gruppenführer. Und in Ägypten boten Nasser und Sadat Rommels Afrikakorps ihre Hilfe an. Doch trotz all der erschreckenden Fakten relativieren deutsche WissenschaftlerInnen die massenhafte Kollaboration in der Region bis heute.

von Karl Rössel

► Der Spielfilm »Exodus« aus dem Jahr 1960 nach dem gleichnamigen Bestseller des Schriftstellers Leon Uris erzählt die Geschichte von 600 Überlebenden des Holocaust. Sie kommen 1947 nach Palästina und geraten dort in die Auseinandersetzungen um die Zukunft des Landes. Als die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 29. November 1947 für die Aufteilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat votiert, eskaliert die Situation. Die Arabische Liga ruft zum »Krieg gegen die Juden« auf. In dem Film »Exodus« geben britische Soldaten den jüdischen Neuankömmlingen deshalb die Warnung mit auf den Weg: »Bleiben Sie vor

allem aus dem arabischen Sektor heraus. Wenn Sie von den Gangstern des Großmuftis erwischt werden, sind Sie erledigt. Die schneiden Ihnen die Kehle durch.«

Die Handlung des Films ist fiktiv, doch sie verweist auf reale historische Ereignisse und Personen aus der Zeit der Gründung des Staates Israel. Die prominenteste Figur auf arabischer Seite war der Großmufti von Jerusalem, Hadj Amin el-Husseini. Schon seit den

Amin el Husseini wurde von Himmler zum SS-Gruppenführer ernannt

1920er Jahren war er nicht nur das religiöse Oberhaupt der palästinensischen Muslime, sondern auch ihr höchster politischer Repräsentant. Als ihn die Arabische Liga 1946

in diesem Amt bestätigte, löste dies bei den jüdischen EinwandererInnen in Palästina große Bestürzung aus. Denn Husseini hatte die Kriegsjahre von 1941 bis 1945 in Nazideutschland verbracht, war dort von Heinrich Himmler zum SS-Gruppenführer ernannt worden und hatte sich als fanatischer Antisemit aktiv an der Verfolgung von Jüdin-nen und Juden beteiligt. Auch nach Kriegsende arbeitete er weiter mit seinen alten Kameraden aus Nazideutschland zusammen.

Der Spielfilm »Exodus« erinnert daran mit einer dramatischen Szene: Ein deutscher Nazi taucht bei dem arabischen Dorfvorsteher Tahah auf, der bis dahin mit seinen jüdischen NachbarInnen in Freundschaft zusammen gelebt hat. »Im Auftrag des Muftis« verlangt der Deutsche von Tahah, sich an der Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus Palästina zu beteiligen. Als dieser entgegnet, es gebe »650.000 Juden in Palästina«, antwortet der Deutsche: »Vorläufig noch!« und erklärt: »Der Großmufti war während des Krieges unser Gast in Berlin. Und da ich und eine Gruppe von Freunden jetzt seine Gäste sind, haben wir ihm unsere Erfahrungen in der Behandlung von Juden gern zur Verfügung gestellt.« ►

Der Roman »Exodus« war in den 1960er Jahren international ebenso erfolgreich wie der Film, der auch in der Bundesrepublik in vielen Kinos und im Fernsehen lief. Spätestens damit war thematisiert, dass arabische Kollaborateure der Nationalsozialisten im Nahen Osten weiterhin in Amt und Würden waren.

Husseini vertrat die Palästinenser in den 1950er Jahren bei Konferenzen der Blockfreien und war in den 1960ern Präsident der muslimischen Weltkonferenz. Obwohl er sich zu keinem Zeitpunkt von seiner Kollaboration mit dem NS-Regime distanzierte, blieb er bis zu seinem Tod 1974 unbehelligt. Die Alliierten verzichteten darauf, ihn vor Gericht zu stellen, um die Regierungen in den Ölförderländern des Nahen Ostens nicht gegen sich aufzubringen. Gegen diese Interessenkonstellation war auch der Nazijäger Simon Wiesenthal machtlos.

### Wiesenthals Enthüllungen

► Bereits 1947 publizierte Wiesenthal das Buch »Großmufti – Großagent der Achse«, in dem er zahlreiche arabische Nazikollaborateure aus Palästina, Syrien, dem Libanon, Iran, Irak, Saudi-Arabien, Marokko und Ägypten namentlich benannte.<sup>1</sup> Als vom NS-Regime anerkannter »Führer der Muslime und Araber« steht Husseini darin im Mittelpunkt. Wiesenthal dokumentierte, dass Husseini schon in den 1930er Jahren Kontakte zu den Nazis gesucht und sich 1941 an einem pro-deutschen Militärputsch im Irak beteiligt hatte. Nach dessen Niederschlagung war er nach Deutschland ins Exil geflohen, wo er in arabischsprachigen Propagandasendungen den »Krieg gegen die Alliierten und Juden« nach deutschem Vorbild zur »heiligen Pflicht« aller Muslime erklärte. Von Heinrich Himmler zum »SS-Gruppenführer« ernannt, rekrutierte Husseini muslimische Freiwillige für die Wehrmacht und die Waffen-SS. Er traf nicht nur mit Goebbels und Eichmann zusammen, sondern am 28. November 1941 auch mit Hitler, den er als »genialen Führer« bewunderte.<sup>2</sup>

Wiesenthal präsentierte

Belege dafür, dass Husseini persönlich bei der NS-Führung darauf drängte, tausenden jüdischer Männer, Frauen und Kinder aus Bulgarien, Rumänien und Ungarn die Ausreise nach Palästina zu verweigern und sie stattdessen in polnische Lager zu deportieren – in den sicheren Tod.<sup>3</sup> Dass Husseini, gegen den seit 1937 ein britischer Haftbefehl vorlag und der 1945 wegen der Rekrutierung von Todeskommandos der SS auf dem Balkan auf der jugoslawischen Kriegsverbrecherliste stand, trotz allem straffrei ausging, kommentierte Wiesenthal mit den Worten: »Hadj Amin el Husseini

(...), dessen Verbrechen an der Menschheit (...) zum Himmel schreien, ist scheinbar tabu. Seine Verbrechen blieben nicht nur ungerägt, sondern er hat die volle Möglichkeit, neue hinzuzufügen und seine Rolle weiter zu spielen.«<sup>4</sup>

Tatsächlich geriet die Mitverantwortung arabischer Kollaborateure für Verbrechen des NS-Regimes Jahrzehnte lang in Vergessenheit. Und als ihre Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten endlich thematisiert wurde, stieß sie bei hiesigen Nahost-ExpertInnen eher auf Verständnis als auf Kritik. Bis heute verteidigen viele deutsche IslamwissenschaftlerInnen Nazikollaborateure aus arabischen Ländern mit der Begründung, diese hätten lediglich mit dem NS-Regime kooperiert, um ihre Kolonialherren aus Großbritannien und

Untersuchung über »Das Dritte Reich, die Araber und Palästina«. Darin heißt es: »Etliche Autoren (tendieren) in eine weitgehend unkritische Richtung, indem sie die Verbindung zwischen arabischen Nationalisten und Nationalsozialisten verharmlosen, antisemitische Propaganda und Tat in der islamischen Welt als Ausdruck kultureller Verschiedenheit abtun und diesbezüglich vor „eurozentrierter“ Sicht warnen.«<sup>6</sup>

### SS-Todeskommando für Palästina

► Bezeichnend sei, so Mallmann und Cüppers, dass selbst das Todeskommando der SS, das mit der deutschen Panzerarmee in den Nahen Osten vorstoßen sollte und das Leben hunderttausender Jüdinnen und

Juden in Nordafrika und in Palästina bedrohte, »bis vor kurzem von der historischen Forschung gänzlich übersehen« worden sei. Mallmann erklärte dazu: »Aus allen Dokumenten, die wir mittlerweile kennen, ersehen wir genau, dass geplant war, den Holocaust, also die Vernichtung der Juden, auch auf den Nahen Osten auszudehnen.«<sup>7</sup>

Mallmann und Cüppers fanden Belege dafür, dass sich ab Juli 1942 ein Sonderkommando der SS für Nordafrika und Palästina bereithielt. Es

landete im November 1942 in Tunesien. Seine »Einsatzrichtlinien« lauteten: »(Das Sonderkommando) ist berechtigt, im Rahmen seines Auftrages in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung Esekutivmaßnahmen zu treffen.«<sup>8</sup>

Diese Formulierung, so Mallmann und Cüppers, »entsprach inhaltlich jenem Text, der seit dem Vorjahr die Grundlage für den Massenmord der Einsatzgruppen in der Sowjetunion bildete. Zentrale Passagen waren, weil sie sich offenbar in der Praxis bewährt hatten, einfach wortwörtlich übernommen worden.«<sup>9</sup>

Dafür stand auch der Befehlshaber des Kommandos, Obersturmbannführer Walther Rauff. Er war zuvor für die technische Ausrüstung der SS-Einsatzgruppen in der Sowjetunion zuständig gewesen und hatte dort Lastwagen so umbauen lassen, dass damit während der Fahrt Jüdinnen und Juden durch eingeleitete Abgase ermordet werden konnten. Mallmann und Cüppers schreiben über Rauff: »Offenbar (war) es gerade (...) die Vertrautheit mit dem Prozess der rationalisierten Vernichtung der Juden, die den findigen Obersturmbannführer auch für den neuen Posten als Chef einer mobilen Todesschwadron für den Nahen Osten prädestinierte.«<sup>10</sup>

Ähnlich wie in Osteuropa vertraute die NS-Führung auch im Nahen Osten darauf,



Trotz Kollaboration steile Nachkriegskarrieren:  
Gamal Abdel Nasser und Anwar el-Sadat



Fotos: iz3w-Archiv

### Nasser und Sadat boten Rommel 1942 ihre Dienste an

Frankreich los zu werden. Antisemitische und faschistische Haltungen arabischer Kollaborateure werden dabei übersehen.

Die erste kritische Biographie des Palästinenserführers Amin el-Husseini stammt bezeichnenderweise nicht von ArabistInnen, sondern von dem Politologen Klaus Gensicke. Die erweiterte und aktualisierte Fassung seiner Dissertation von 1988 erschien im Jahr 2007 unter dem Titel »Der Großmufti und die Nationalsozialisten«. In seiner Einführung kritisiert Gensicke, dass die Auseinandersetzung mit dem prominentesten arabischen Nazikollaborateur »im deutschen wissenschaftlichen und medialen Diskurs zur reinen Geschichtsklitterung degeneriert« sei: »Manche Autoren, die über die Geschichte der Palästinenser (...) schreiben, erklären den Mufti, (...) andere erwähnen ihn nur als unbedeutende Marginalie oder legen ganz einfach den Mantel des Schweigens über ihn.«<sup>5</sup>

Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers von der Forschungsstelle für die Aufklärung von NS-Verbrechen der Universität Stuttgart kamen zu einem ähnlichen Schluss. Die beiden Historiker veröffentlichten 2006 unter dem Titel »Halbmond und Hakenkreuz« eine umfassende deutschsprachige

den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung mit Hilfe »einheimischer« Freiwilliger durchführen zu können. Denn der Vormarsch der faschistischen Achsenmächte in Nordafrika und die Judenverfolgung Nazideutschlands stießen in arabischen Ländern auf breite Sympathien, wie Mallmann und Cüppers anhand zahlreicher Beispiele illustrieren: »Als das Deutsche Reich 1940 Frankreich bezwungen hatte, wurde bei Massendemonstrationen in Damaskus, Homs und Aleppo ein neues Lied gesungen, in dem es hieß: ‚Nie mehr Monsieur, nie mehr Mister – Im Himmel Allah, auf Erden Hitler.‘ (...) Im Jemen wurde damals nur italienischer Rundfunk gehört, und (...) zu dieser Zeit waren in den Schaufesten von Bagdad Hitler-Bilder ausgestellt.«<sup>11</sup>

Zeitgenössische Quellen bestätigen dieses Stimmungsbild. So berichtete Pierre von Paassen, Korrespondent für US-amerikanische Zeitungen 1943 im Nahen Osten: »Vierundzwanzig Stunden täglich schrieen die Radiostationen von Bari, Palermo und Berlin die Versprechungen Mussolinis – des ‚Schwertes des Islam‘ – in arabischer Sprache heraus: ‚Unermessliche Beute, Tod den Engländern und Juden!‘ (...) Im Rücken der britischen Armee (herrschte) eine unheilvolle Stille. Der junge König Faruk von Ägypten und seine Minister hatten sich geweigert, auch nur den kleinen Finger zur Verteidigung ihres angegriffenen Landes zu rühren. Wir wissen von Diplomaten, die damals in Kairo waren, dass die Nazisiege in den Palästen am Nil mit hoffnungsvollem Lächeln und bedeutungsvollem Blickeaustausch kommentiert wurden. In Palästina sagten die Efendis den Fellachen: „Jetzt geht hin und verkauft den Juden euer Land und zwar schnell, denn in einem Monat wird Hitler in Jerusalem sein, und ihr werdet nicht nur euer Land wiederhaben, sondern dazu alles, was die Juden besitzen! Lasst die Messer schärfen! Der große Tag wird bald anbrechen! Der Schutzherr der Juden ist geschlagen!“<sup>12</sup>

## Ignorante Islamwissenschaft

► ArabistInnen und IslamwissenschaftlerInnen hierzulande haben historische Fakten wie diese lange Zeit ignoriert, und viele relativieren sie noch heute. Prototypisch dokumentieren dies Publikationen des Zentrums Moderner Orient (ZMO). Das ZMO ist mit seinen mehreren Dutzend WissenschaftlerInnen die »einige Forschungseinrichtung Deutschlands, die sich interdisziplinär und in historisch-vergleichender Perspektive mit dem Nahen Osten, Afrika, Süd- und Südostasien befasst«, so die Selbstdarstellung. Es hat ein mehrjähriges Forschungsprojekt über »zeit-

genössische arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus« durchgeführt und die meisten deutschsprachigen Publikationen zum Thema veröffentlicht. René Wildangel, einer der am Projekt beteiligten Wissenschaftler, erklärte zur Intention des ZMO, dass es diesem darum ginge, dem »Klischee« zu begegnen, in der arabischen Welt habe es einen »überwiegend zustimmenden Blick« und »fast eine Begeisterung für Deutschland unter Hitler« gegeben.<sup>13</sup>

Um die von vielen Zeitzeugen bestätigte Begeisterung für Nazideutschland und seinen faschistischen Krieg in den arabischen Ländern als »Klischee« abtun zu können, werden in den Publikationen des ZMO zum Thema antisemitische und pro-faschistische Haltungen in den arabischen Ländern relativiert.



Der Großmufti von Jerusalem bei bosnischen Freiwilligen der Waffen-SS, November 1943

Den Islamwissenschaftler Höpp interessierte an dieser Geschichte lediglich der Einsatz von Koransuren im Rahmen der deutschen Militärsionage. Dass der ägyptische König und seine Militärs mit der SS kollaborierten und alliierte Militärgeheimnisse an die Nazis verrieten, war für ihn nicht der Rede wert. Sein Fazit lautete: »Diese Episode ist an sich gewiss bedeutsungslos; sie verdeutlicht lediglich einen von mehreren, letzten Endes gescheiterten Versuchen, einheimische Verbündete für den zunächst militärischen Vorstoß Deutschlands nach Nordafrika und den Nahen Osten ausfindig zu machen und schließlich zu gewinnen.«<sup>14</sup>

Tatsächlich fand Nazideutschland gerade in Ägypten zahllose »einheimische Verbündete« nicht nur im Königshaus, sondern auf allen Ebenen der Gesellschaft. Schon Ende der 1930er Jahre war die Anhängerchaft der ägyptischen Muslimbrüder von 8.000 auf 200.000 angestiegen. Die Organisation rief nach deutschem Vorbild zum Boykott jüdischer Geschäfte auf und forderte: »Juden raus aus Ägypten und Palästina!«. Infolge dieser Agitation kam es 1939 zu Sprengstoffanschlägen auf eine Synagoge und jüdische Privathäuser in Kairo.<sup>15</sup>

Die ägyptische Regierung hatte sich zwar vertraglich verpflichtet, im Falle eines Krieges auf der Seite Großbritanniens zu kämpfen. Aber die britischen Kommandeure scheuten sich, die ägyptische Armee mit ihren 40.000 Soldaten an der nordafrikanischen Front einzusetzen, weil sie deren Loyalität bezweifelten. Zu Recht, denn ägyptische Offiziere, darunter die späteren Präsidenten Gamal Abdel Nasser und Anwar el-Sadat, standen damals in ständigem Kontakt mit dem deutschen Kommando in Libyen und koordinierten ihre Aktivitäten mit dem Nazi-General Erwin Rommel. Sadat gestand dies später in seinem Buch »Revolt am Nil« freimütig ein. Im September 1942 traf sich Sadat in Kairo mit zwei deutschen Geheimagenten, die ihm gefälschte Papiere, Funkgeräte und 20.000 britische Pfund für seinen Versuch überreichten, den deutschen Truppen in Ägypten den Weg zu ebnen.

»Unermessliche Beute, Tod den Engländern und Juden!«

Doch die Briten kamen dem zuvor und nahmen Sadat und die beiden Deutschen fest. Auch der Chef des ägyptischen Generalstabs, Aziz Akli el-Masri, gehörte zum Kreis der Verschwörer und landete in Haft. Im Juli 1942 beriet der König mit dem von den Briten abgesetzten ehemaligen Regierungschef Ali Mahir bereits über die Zusammensetzung des Kabinetts, das mit den deutschen und italienischen Besatzern zusammenarbeiten sollte. Mit Scheikh el-Azhar,

dem Oberhaupt der Muslime in Ägypten, bereitete er einen fulminanten Empfang für die faschistischen Truppen vor, der »den Pomp, mit dem einstmais Napoleon willkommen geheißen wurde«, noch übertreffen sollte.

Fakten wie diese finden sich in den Publikationen des ZMO nicht, obwohl sie schon 1966 in einer Studie des polnischen Historikers Lukasz Hirszowicz nachzulesen waren. Hirszowicz hatte als erster entsprechende Dokumente des Auswärtigen Amts und anderer Regierungsstellen des NS-Regimes ausgewertet.<sup>16</sup> Wenn es auf Tagungen des Berliner ZMO um Ägypten ging, dann referierte dort zum Beispiel Wolfgang Schwanitz, der sich mit Fragen wie der Geschichte der »Deutschen Handelskammer in Ägypten« beschäftigte und deren wachsenden Einfluss in den 1930er Jahren beschrieb, ohne auf die faschistische Machtübernahme in Deutschland einzugehen. Schwanitz hielt dafür Belege für die guten deutsch-ägyptischen Beziehungen wie die folgenden aus dem Jahre 1938 für erwähnenswert: »Der ‚Führer und Reichskanzler‘ (Adolf Hitler) (schenkte) dem jungen König Faruk zu dessen Vermählung mit der schönen Farida großmütig ein ‚Mercedes-Benz-Sport-Cabriolet‘«.<sup>17</sup>

Im September 2002 lud das Zentrum Moderner Orient zu einer Konferenz über »Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus«. Schon der Titel suggeriert, dass sich Araber und Nazis allenfalls flüchtig auf der Promenade der Zeitgeschichte begegneten. Dementsprechend fielen auch die meisten der später in einem Sammelband veröffentlichten Referate aus. Bereits in der Einführung werden »pro-faschistische Araber« zum »Mythos« erklärt. Dass nationalistische Zeitungen und Politiker in Marokko in den 1930er Jahren Nazideutschland »röhmt« Hitler in Telegrammen die »tiefen Anerkennung des marokkanischen Volkes« übermittelten und später Häuserwände mit »Hakenkreuzgraffiti« beschmierten, wurde auf der Tagung so erklärt: »Sie rächte(n) sich damit an den französischen Behörden.«<sup>18</sup>

## Nazi-Putsch im Irak

► 1941 putschten pro-deutsche Militärs und Politiker im Irak gegen die von Großbritannien eingesetzte Regierung. Das NS-Regime unterstützte den Staatsstreich mit Geld, Waffen und Einsätzen deutscher Fliegerstaffeln. Doch britische Truppen konnten die Vormachtstellung der Alliierten im Irak behaupten. Die prominentesten Putschisten flohen ins Exil, viele von ihnen, darunter ihr Regierungschef Rachid Ali al-Ghailani, nach

Deutschland. Von den Nazis ausgehalten, verbreiteten sie über Rundfunk, Zeitungen und Flugblätter faschistische Kriegspropaganda im Nahen Osten.

Für Peter Wien vom ZMO waren dies keine Gründe, sich kritisch mit den irakischen Nazikollaborateuren auseinander zu setzen. Er beschreibt den Putsch im Irak vielmehr als »Generationenkonflikt«. Er erklärt die Tatsache, dass irakische Politiker Hitlers Buch »Mein Kampf« ins Arabische übersetzten, irakische Lehrer »auf Einladung von Goebbels« Nazideutschland besuchten und Anhänger der Putschisten Pogrome in den jüdischen Vierteln Bagdads verübten, als Folgen einer Modescheinung: »Es wäre (...) eindimensional, die Ereignisse auf eine geradlinige Rezeption nationalsozialistischen und faschistischen Gedankenguts im Irak zurückzuführen. (...) Es wurde modern, die Sehnsucht nach einem Führer auszudrücken, einem überlegenen

ihr je eigenes Zusammengehörigkeitsgefühl durch einfarbige Hemden zum Ausdruck brachten.«<sup>21</sup>

2004 publizierte das Zentrum Moderner Orient unter dem Titel »Mufti-Papiere« Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe des palästinensischen Nazikollaborateurs Amin el-Husseini aus den Jahren 1940 bis 1945. Diese erschreckende Sammlung antisemitischer Hetzreden erschien unkommentiert, eingeleitet lediglich durch ein knappes Vorwort des

Herausgebers Gerhard Höpp, das mit dem Satz beginnt: »Diese Veröffentlichung will nicht denunzieren, sondern einen wichtigen Lebensabschnitt des Mannes dokumentieren, der nach wie vor zu den umstrittensten politischen Persönlichkeiten in der modernen Geschichte des Vorderen Orients gehört.« Husseini sei für die einen »der Inbegriff verabscheuerwürdiger Kollaboration mit dem Nationalsozialismus und dem Faschismus« gewesen, für andere ein »großer Führer im nationalen Unabhängigkeitskampf«. Höpps Fazit: »Letzten Endes war (er) beides.«<sup>22</sup>

Als »umstritten«, aber keineswegs grundsätzlich kritikwürdig, beschrieb Höpp den Palästinenserführer auch in einer Studie über »das Bild Husseini in Wissenschaft und Publizistik seit 1941«. Darin verteidigte er den Nazikollaborateur als »Gefangenen im Dreieck« zwischen »Deutschen, Arabern und Juden« und suggerierte damit, dieser sei eher Opfer als Mittäter von NS-Verbrechen gewesen. Folgerichtig bezichtigt Höpp kritische Autoren wie den polnischen Historiker Lukasz Hirszowicz und den Husseini-Biographen Klaus Gensicke, »Dämonisierung« betrieben und »propagandistische Attacken« geführt zu haben.<sup>23</sup>

## Auf Seiten der Alliierten?

► Keine Einwände hatte Höpp gegen die »palästinensische Sicht« der Geschichte, die der »Palestinian Desk Officer« der Friedrich Naumann-Stiftung in Jerusalem, Suleiman Abu Dayyeh, in derselben Publikation präsentierte. Er preist Hadj Amin el-Husseini als »einzigartige politische Gestalt«, »herausragende Persönlichkeit in der palästinensischen Führung« und »größten Mufti Jerusalems«. Abu Dayyeh kommt zu dem Schluss: »Man kann in ihm einen idealen Politiker sehen, da er Gerechtigkeit und Rechtmäßigkeit über die politischen Tatsachen und Realitäten stellte. Und er wird (...) eines der Symbo-



Muslimische Freiwillige aus Turkestan in der Wehrmacht, Frankreich 1943,  
Foto: Bundesarchiv, Bild 101I-295-1561-04 / Karl Müller / CC-BY-SA

Charakter, der der Jugend als leuchtendes Beispiel dienen sollte.«<sup>19</sup>

Letztlich hätten die Araber, so Wiens Fazit, gar nicht begriffen, was es mit dem Nationalsozialismus auf sich hatte: »Während Nationalsozialismus heutzutage ein klares Bild einer Ideologie und einer historischen Epoche hervorruft, mag der Begriff für einen irakischen Intellektuellen zu der behandelten Zeit noch in die kombinierten, aber isolierten Bedeutungen von ‚Nationalismus‘ und ‚Sozialismus‘ zerfallen sein und dadurch besondere Attraktivität besessen haben.«<sup>20</sup>

Auch dafür, dass sich arabische Jugendliche in der Levante, also in Syrien und im Libanon, »von den paramilitärischen Formen und Symbolen der faschistischen Organisationen in Europa angesprochen« fühlten, liefert das ZMO eine verharmlosende Erklärung: »Gemeinsam war all diesen Gruppen, dass sie

le der palästinensischen Nationalbewegung bleiben.«<sup>24</sup>

Wenn selbst ein glühender Antisemit, SS-Funktionär und Kriegsverbrecher wie Husseini als Befreiungskämpfer durchgeht, vermögen die WissenschaftlerInnen des ZMO natürlich auch ansonsten kaum Nazisympathisanten und -kollaborateure in Palästina auszumachen. Diesen Eindruck vermittelt die bislang umfangreichste Studie des Zentrums Moderner Orient über »Palästina und den Nationalsozialismus«, die René Wildangel im Jahr 2007 vorlegte. Zwar muss auch Wildangel eingestehen: »Es ist richtig, dass es in Palästina zwischen 1933 und 1945 Zustimmung und zum Teil sogar Begeisterung für den Nationalsozialismus gab.«<sup>25</sup> Aber dann versucht er über 444 Seiten, das Gegenteil zu beweisen und den Nachweis zu erbringen, dass »kritische Stimmen zum Nationalsozialismus« in Palästina überwogen hätten. Als Belege dafür dienen ihm Artikel aus arabischen Zeitungen, obwohl diese »insgesamt weniger als zehn Prozent« der palästinensischen Bevölkerung erreichten und »seit 1932« unter der Zensur der britischen Mandatsmacht standen, die für pro-alliierte Inhalte sorgte.<sup>26</sup>

An den von Wildangel präsentierten Quellen erstaunt deshalb viel eher, wie oft es arabischen Journalisten trotz der britischen Zensur gelang, Hitler und Mussolini-Fotos »auf die ersten Seiten der Zeitungen« zu hieven, ausführliche Passagen aus »Mein Kampf«, dem NSDAP-Parteiprogramm und Hitler-Reden »ohne Kommentar« abzudrucken und mehrseitige Beilagen »mit deutschen Propagandafotos« etwa vom Nürnberger Parteitag zu verbreiten. Und in Berichten arabischer Korrespondenten aus Europa hieß es zum Beispiel: »Hitler ist der Prophet eines Nationalismus, der wahrhaft, treu, lebhaft, aktiv, kämpferisch und aufopferungsvoll ist. (...) Hitler ist der König der Herzen. Nicht nur des Herzens der starken und kraftvollen deutschen Nation, sondern der Herzen aller Aufrichtigen (...) in der ganzen Welt.«<sup>27</sup>

Obwohl Wildangel selbst auf faschistische Propaganda dieser Art verweist, versteigt er sich zur Behauptung, während des Zweiten Weltkriegs habe es »eine Konsensposition« der arabischen Bevölkerung Palästinas gegeben, »die Alliierten gegen die faschistischen Achsenmächte zu unterstützen«.<sup>28</sup> Dabei muss er selbst einräumen, dass »Araber in Palästina« zu Kriegszeiten »die NS-Propaganda begrüßt und verbreitet« und sich um Radios gedrängt hätten, in denen der Propagandasender der Nazis zu hören war. Und er zitiert einen arabischen Zeitzeugen mit der Aussage: »Man kann ‚nicht ignorieren‘, dass ‚die arabische öffentliche Meinung‘ (...) Sympa-

thien für die Achse (Rom-Berlin) pflegte‘, als ‚Hitler große Teile Europas unterwarf‘.«<sup>29</sup>

Wie man vor diesem Hintergrund zu dem Schluss kommen kann, es habe einen antifaschistischen »Konsens«, sprich: eine einheitliche pro-alliierte Position innerhalb der arabischen Bevölkerung Palästinas gegeben, ver-

obersten politischen Repräsentanten der Palästinenser aufsteigen, 1947 von der arabischen Liga in dieser Funktion bestätigt werden und 1948 in Gaza zum Präsidenten des palästinensischen Nationalrates gewählt werden konnte. Wildangel umgeht diesen Widerspruch, indem er die Nachkriegskarriere Husseini schlichtweg verschweigt. In der gesamten umfangreichen Studie findet sich dazu nicht mehr als die kryptische Formulierung: »Der arabischen Gesellschaft der letzten Kriegsjahre (fehlte) (...) genau zu diesem entscheidenden Zeitpunkt eine zentrale politische Vertretung, welche die Ansprüche gegenüber der Mandatsmacht wirksam hätte formulieren können. Statt dies in Abgrenzung zum Mufti zu tun, äußerte sich die Hilflosigkeit in der Überlegung, Amin al-Husseini erneut am politischen Prozess zu beteiligen.«<sup>32</sup>

Kein Wort verliert Wildangel auch darüber, dass Husseini 1947 von Ägypten aus erneut zum »Vernichtungskrieg« gegen die Juden aufrufen konnte. Als Kommandeur der von der Arabischen Liga aufgestellten »Errettungsarmee« stand Husseini dabei mit Fawzi al-Kaukji ein Gefolgsmann zur Seite, der sein Handwerk von 1941 bis 1945 ebenfalls in Nazideutschland gelernt hatte. Auch Jassir Arafat, der 1964 die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gründen sollte, gehörte schon 1947 zu Husseini's »Kämpfern« und nahm 1974 an dessen Beerdigung in Beirut teil. Noch in dem letzten Interview für das deutsche Fernsehen, das Husseini im Jahre 1964 einem WDR-Reporter gab, hatte sich der Palästinenserführer ausdrücklich und völlig ungeniert für die freundliche Aufnahme durch die Nazis bedankt und erklärt: »Während meines Deutschlandaufenthaltes in den Kriegsjahren erfuhr ich von den Deutschen jede Gastfreundschaft und eine ausgezeichnete Behandlung, eine Sache, an die ich mich immer erinnere und die ich sehr geschätzt habe.«<sup>33</sup> Fakten wie diese zu ignorieren, hat unter deutschen IslamwissenschafterInnen, ArabistInnen und NahosthistorikerInnen System, nicht nur bei René Wildangel, der inzwischen als Nahost-Referent für die Bundestagsfraktion der GRÜNEN arbeitet. Auch sein ZMO-Kollege Gerhard Höpp sparte in seinen Veröffentlichungen die Nachkriegskarriere Husseini's konsequent aus.

Allerdings verrät Höpps Bibliographie über »arabische politische Publizistik in Deutschland, 1896 – 1945« einiges über arabische Kollaborateure im Propagandaapparat der Nazis und ihre späteren Funktionen in ihren jeweiligen Heimatländern – wenn auch



Foto: IZ3W-Archiv

Husseini kollaborierte nicht im Geheimen: Wiener Illustrierte vom Januar 1944.

mag ZMO-Autor Wildangel auf Nachfrage nicht zu erklären. Er muss einräumen, dass er »an dieser Stelle diesen Begriff zu stark verwendet« habe.<sup>30</sup>

## Nachkriegskarrieren von Kollaborateuren

► Falsche, relativierende Wertungen über die Haltung der Palästinenser zum NS-Regime sind bei Wildangel nicht die Ausnahme, sondern die Regel. So behauptet er zum Beispiel, »große Teile der arabischen Bevölkerung« hätten ihrem Anführer Husseini die Gefolgschaft aufgekündigt, als dieser 1941 in Nazi-deutschland Exil fand. 1945 sei die Popularität des Palästinenserführers deshalb »auf dem Tiefpunkt« angekommen. Schon »im Herbst 1944« sei »längst klar« gewesen, »dass Amin el-Husseini weder Einfluss nehmen konnte noch aufgrund seiner intensiven Kollaboration mit der Achse nach dem Krieg vor Ort eine politische Rolle spielen würde.«<sup>31</sup>

Damit stellt sich allerdings die Frage, wie so der angeblich »diskreditierte« Großmufti unmittelbar nach Kriegsende wieder zum

Nazikollaborateur Husseini blieb auch nach 1945 Führer der Palästinenser

senschafterInnen, ArabistInnen und NahosthistorikerInnen System, nicht nur bei René Wildangel, der inzwischen als Nahost-Referent für die Bundestagsfraktion der GRÜNEN arbeitet. Auch sein ZMO-Kollege Gerhard Höpp sparte in seinen Veröffentlichungen die Nachkriegskarriere Husseini's konsequent aus.

Allerdings verrät Höpps Bibliographie über »arabische politische Publizistik in Deutschland, 1896 – 1945« einiges über arabische Kollaborateure im Propagandaapparat der Nazis und ihre späteren Funktionen in ihren jeweiligen Heimatländern – wenn auch

eher im Kleingedruckten. Der Ägypter Kamal ad-Din Galal z.B. fungierte 1941 als »Generalsekretär des Stiftungsrats des Islamischen Zentral-Instituts zu Berlin« und kehrte 1953 als »Presseattaché beim ägyptischen Generalkonsulat in Frankfurt/M.« nach Deutschland zurück.<sup>34</sup> Der Syrer Ma'mun al-Hamawi promovierte 1943 in Nazideutschland über »die Geschichte der arabischen Nationalbewegung« und war »nach 1945 Mitarbeiter im syrischen Außenministerium«.<sup>35</sup> Der Marokkaner Taqi ad-Din Hilali diente ab 1941 als »Sprecher arabischer Sendungen im Reichsrundfunk« und lehrte 1959 als Professor in Rabat.<sup>36</sup> Der Tunesier Yusuf ar-Ruwaisi leitete 1944 in Berlin das Büro der maghrebinischen Araber und stieg – 1946 in Frankreich noch »zum Tode verurteilt« – im Jahr 1948 ins »Politische Büro der Néo-Destour-Partei auf«, bevor er 1964 in Tunis Parlamentsabgeordneter wurde.<sup>37</sup> Der Iraker Gabir Umar war »1936 und 1938 Mitglied des Vorstands der ‚Vereinigung Arabischer Studierender‘ und des ‚Arabischen Klubs‘ in Berlin«, studierte dort bis 1944 Volkswirtschaft und konnte mit diesen Qualifikationen 1958 zum Bildungsminister im Irak aufsteigen<sup>38</sup>, während sein Landsmann und Mitsreiter in den arabischen Studentenorganisationen der Nazis, Ali as-Safi, ab 1941 als Sekretär des irakisches Putschistenführers Raschid Ali al-Ghailani in dessen Berliner Exil amtierte und 1954 im Irak das Amt des Wirtschaftsministers übernahm.<sup>39</sup>

## »Ein Feind der Juden«

► Kein ZMO-Mitarbeiter hat jemals ernsthaft die Frage aufgeworfen, welche Folgen es für den Nahost-Konflikt hatte, dass ein Nazi-kollaborateur wie Husseini nach 1945 der einflussreichste palästinensische Politiker blieb und dass mit Jassir Arafat einer seiner Gefolgsleute seine Nachfolge antrat. Auch dass Arafat seinen Mentor Husseini noch im Jahre 2002 als palästinensischen »Helden« bezeichnete<sup>40</sup>, ist Palästinaexperten wie Wildangel »nicht bekannt«.

Nicht einmal die Tatsache, dass Husseini nach 1945 weiterhin enge Kontakte zu deutschen NS-Verbrechern unterhielt, die im Nahen Osten untergetaucht waren, und diesen neuen Betätigungsfelder etwa beim Aufbau des ägyptischen Polizeiapparates vermittelte, ist für hiesige ArabistInnen, IslamwissenschaftlerInnen und NahosthistorikerInnen ein Thema. Darauf hinzuweisen, blieb kritischen JournalistInnen und HistorikerInnen überlassen. Sie deckten auf, dass zu Husseinis Freundenkreis nicht nur der Arzt des Konzentrationslagers Buchenwald, Hans Eisele, Hitlers Bankier François Genoud und der Goebbels-Vertraute Johannes van Leers gehörten, sondern auch der Eichmann-Stellvertreter Alois Brunner, der für die Ermordung von 120.000 Juden verantwortlich ist.

Georg Hafner und Esther Schapira vom Hessischen Rundfunk sind den Spuren des Massenmörders Brunner gefolgt und fanden heraus, dass er mit Hilfe Husseini in den 1950er Jahren in Syrien untertauchen konnte: »Der Großmufti rät ihm, nach Damaskus zu gehen, wo er gute Freunde habe, die ihm schon weiterhelfen würden. Die Familie Husseini hatte bereits in einer Wohnung in Damaskus Franz Stangl, den Kommandanten von Treblinka, untergebracht, und wo einer Platz hat, ist auch Platz für zwei, wird sich der Großmufti gesagt haben. Dass Brunner ein Kriegsverbrecher ist, war in den Augen seiner Helfershelfer nicht von Nachteil, denn ein Feind der Juden ist unser Freund, das war ein geflügeltes Wort in dieser Region.«<sup>41</sup>

## Anmerkungen:

- 1 Wiesenthal, Simon: Großmufti – Großagent der Achse. Salzburg, Wien 1947, S. 19ff.
- 2 Telegramm Husseini an Hitler vom 13.2.1942. Quelle: PArchAAB, Botschaft Rom (Q.), Geheime, Bd. 160, Bl. E260591. Zit. nach: Höpp, Gerhard (Hg.): Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940-1945. Zentrum Moderner Orient, Studien 16, Berlin 2004, S. 32
- 3 Wiesenthal, Simon, a.a.O. S. 43. Husseini Briefe an die NS-Führung sowie die Außenminister Ungarns, Rumäniens und Bulgariens, mit denen er die Ausreise jüdischer Flüchtlinge verhindern und ihre Einweisung in die polnischen Todeslager erreichen wollte, sind ebenfalls dokumentiert in: Höpp, Gerhard (Hg.): Mufti-Papiere, a.a.O.
- 4 Wiesenthal, Simon, a.a.O., S. 61 f.
- 5 Gensicke, Klaus: Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biographie Amin el-Husseini. Darmstadt 2007, S. 15
- 6 Mallmann, Klaus-Michael; Cüppers, Martin: Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina. Darmstadt 2006, S. 8
- 7 Mallmann, Klaus-Michael. In: Rommels Krieg. ZDF. 22.5.2007
- 8 OKW/WFst/Qu.I an Dt.Gen.b.Hqu.It.Wehrm. v. 13.7.1942, BA-MA,RW 5/690. Zit. nach: Mallmann, Klaus-Michael; Cüppers, Martin, a.a.O., S. 138
- 9 Ebd.
- 10 Ebd., S. 141
- 11 Ebd., S. 43
- 12 Van Paasen, Pierre: Der vergessene Alliierte. Buenos Aires 1945, S. 187
- 13 Wildangel, René in einem Interview mit dem Autor am 9.5.2008
- 14 Höpp, Gerhard: Der Koran als »Geheime Reichssache«. Bruchstücke deutscher Islampolitik zwischen 1938 und 1945. In: Preißler, Holger/Seiwert, Hubert (Hg.): Gnosisforschung und Religionsgeschichte. Marburg 1994, S. 437
- 15 Krämer, Gudrun: Minderheit, Millet, Nation? Die Juden in Ägypten 1914-1952. Wiesbaden 1982, S. 295
- 16 Hirschowitz, Lukasz: The Third Reich and the Arab East. London, Toronto 1966, S. 229 ff.
- 17 Schwanitz, Wolfgang: Deutsche in Kairo und Alexandrien über die Ägypter, Amerikaner, Briten, Franzosen, Russen, Japaner und Juden (1919-1939). In: Schwanitz, Wolfgang (Hg.): Jenseits der Legenden, Araber, Juden, Deutsche. Berlin 1994, S. 83
- 18 Baida, Jamaâ: Das Bild des Nationalsozialismus in der Presse Marokkos. In: Höpp, Gerhard/Wien, Peter/ Wildangel, René (Hg.): Blind für die Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus. Berlin 2004, S. 23. Eine der wenigen Ausnahmen von der geschichtsrevisionistischen Regel in dem Sammelband des ZMO ist der Beitrag von Götz Nordbruch über den Nationalsozialismus »als Thema aktueller Debatten in der ägyptischen Öffentlichkeit« (S. 269ff.), in dem eine erschreckende Sammlung antisemitischer Statements und Holocaust-Leugnungen aus Ägypten aufgelistet ist. Nordbruch ist kein Mitarbeiter des ZMO.
- 19 Wien, Peter: »Neue Generation« und Führersucht. Generationenkonflikt und totalitäre Tendenzen im Irak der dreißiger Jahre. In: Höpp, Gerhard/Wien, Peter/Wildangel, René (Hg.), a.a.O., S. 74 u. S. 78
- 20 Ebd., S. 91
- 21 Schumann, Christoph: Autun Sa'adas Radikalnationalismus in der Epoche des Faschismus. In: Höpp, Gerhard/Wien, Peter/Wildangel, René (Hg.), a.a.O., S. 156
- 22 Höpp, Gerhard (Hg.): Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940-1945. Zentrum Moderner Orient, Studien 16, Berlin 2004, S. 9 f.
- 23 Höpp, Gerhard: Der Gefangene im Dreieck. Zum Bild Amin al-Husseini in Wissenschaft und Publizistik seit 1941. Ein bio-bibliographischer Abriss. In: Zimmer-Winkel, Rainer (Hg.): Eine umstrittene Figur. Hadj Amin al-Husseini. Mufti von Jerusalem. Trier 1999, S. 5 ff.
- 24 Suleiman Abu Dayeh: Hadj Amin al-Husseini – Ein palästinensischer Führer und Kämpfer. In: Ebd., S. 35 ff.
- 25 Wildangel, René: Zwischen Achse und Mandatsmacht. Palästina und der Nationalsozialismus. Berlin 2007, S. 50
- 26 Ebd., S. 108 ff.
- 27 Ebd., S. 128 und S. 173 ff.
- 28 Ebd., S. 263
- 29 Ebd., S. 358
- 30 Im Interview mit dem Autor, a.a.O.
- 31 Ebd., S. 364
- 32 Ebd., S. 408
- 33 Die zitierten Passagen aus dem WDR-Interview mit Husseini wurden in der empfehlenswerten Fernsehdokumentation »Halbmond und Hakenkreuz – Der Großmufti von Jerusalem und sein Erbe« von Klaus von Münchhausen und Rainer C. M. Wagner am 20.10.1995 im Süddeutschen Rundfunk noch einmal ausgestrahlt.
- 34 Höpp, Gerhard: Texte aus der Fremde. Arabische politische Publizistik in Deutschland, 1896-1945. Eine Bibliographie. ZMO Arbeitshefte Nr. 18. Berlin 2000, S. 43
- 35 Ebd., S. 46
- 36 Ebd., S. 52
- 37 Ebd., S. 74
- 38 Ebd., S. 89 f.
- 39 Ebd., S. 77 f.
- 40 Al Quds, palästinensische Tageszeitung, vom 2.8.2002. In: Palestinian Media Watch ([www.pmw.org.il/bulletins-050802.html](http://www.pmw.org.il/bulletins-050802.html))
- 41 Hafner, Georg M.; Schapira, Esther: Die Akte Alois Brunner. Warum einer der größten Naziverbrecher noch immer auf freiem Fuß ist. Reinbeck bei Hamburg 2002, S. 268

# Auf Seiten der Waffen-SS

## Wie indische Kollaborateure zu Freiheitskämpfern umgedeutet werden

Die indische Unabhängigkeitsbewegung brachte neben Gandhi und Nehru auch einen prominenten Nazikollaborateur hervor: Subhas Chandra Bose. Dieser ging nicht nur eine Waffenbrüderschaft mit Nazideutschland und Japan ein. Er konnte dem Faschismus auch sonst allerhand gute Seiten abgewinnen. Dennoch wird Bose heute in Indien wie in Deutschland als »Patriot« verherrlicht.

von Karl Rössel

► »Subhas Chandra Bose, Patriot und Freiheitskämpfer für Indiens Unabhängigkeit. Zwischen Hitler und Gandhi kämpft er gegen die Kolonialmacht, die Briten. Ein abenteuerliches Leben und ein mysteriöser Tod.« Mit diesen Worten begann, unterlegt von dramatischer Filmmusik, eine deutsche Fernsehdokumentation über den indischen Politiker Bose, der im Zweiten Weltkrieg mit den faschistischen Achsenmächten kollaborierte. Die Koproduktion von arte und ZDF lief im Februar 2007 unter dem Titel: »Pakt mit dem Teufel – Boses Kampf um Indiens Unabhängigkeit.«<sup>1</sup>

Schon die ersten Zeitzeugen, die in dieser Dokumentation zu Wort kamen, verrieten, dass es eher um Heldenverehrung ging als um eine kritische Aufarbeitung der NS-Zeit und ihrer Auswirkungen auf den indischen Subkontinent. So bezeichnete zum Beispiel der Arzt Mahusudan Pal den Nazikollaborateur Bose als »Mann mit einer Vision für sein Land, die Zukunft, die Menschheit«. Deshalb sehnten sich noch

heute »millionen Inder... nach ihm, nach dem Menschen, der Ideologie, seinen Taten.«

### »Verehrter Führer«

► Zu Boses »Taten« gehörte die Rekrutierung indischer Freiwilliger für die Kriegsmaschinen Nazideutschlands und Japans, und in seiner Ideologie griff er Versatzstücke des europäischen Faschismus auf. Nach Kriegsbeginn war Bose voller Bewunderung für die militärischen Erfolge der deutschen Wehrmacht.<sup>2</sup> Er ahmte

den Personenkult Hitlers und Mussolinis nach, indem er sich den Beinamen »Netaji« (»verehrter Führer«) zulegte. In der Fernsehdokumentation verbreitete der Historiker

Jan Kuhlmann trotz alledem: »Man kann Bose eigentlich nicht als Nazi bezeichnen. Bose war ein indischer Nationalist, der Eins im Sinn hatte: die Unabhängigkeit seines Landes. Das war sein Bestreben. Und alles, was er gemacht hat, hat er diesem Ziel untergeordnet.«

Besonders begeistert war Bose vom Polizeiapparat des NS-Regimes

Kuhlmann hat am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität Berlin eine Dissertation über »Subhas Chandra Bose und die Indienpolitik der Achsenmächte« vorgelegt, die 2003 als Buch erschien. Schon seine darin angegebene Internetadresse [www.netaji.de](http://www.netaji.de) zeugt von fehlender Distanz zu Bose. Kuhlmanns Studie geriet dementsprechend zu einer fast 400 Seiten starken Verteidigungsschrift für den prominentesten indischen Nazikollaborateur. Sie beginnt mit den Sätzen: »Der Feind meines Feindes ist mein Freund: Dieser Grundgedanke führt in Kriegszeiten immer wieder Bündnisse zusammen, die unter anderen Umständen schwerlich Bestand haben könnten. Partner, die sonst nichts verbindet, die vielleicht nicht einmal Sympathie füreinander empfinden, schließen ein zeitlich begrenztes Abkommen zu beiderseitigem Nutzen, um ihre Kräfte im Kampf gegen einen gemeinsamen Gegner zu verbinden. Diesen Charakter hatte die Zusammenarbeit des indischen Nationalistenführers Subhas Chandra Bose mit den Regierungen Deutschlands und Italiens während des Zweiten Weltkrieges.«<sup>3</sup>

Kuhlmann vertritt zwar die These, Bose habe nichts mit den Nazis verbunden, liefert aber selbst zahlreiche Belege für das Gegen teil. So unterhielt Bose enge Kontakte zum Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, zum Gründer der Gestapo, Hermann Göring, sowie zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, dessen



Arbeit er bewunderte.<sup>4</sup> Goebbels notierte seinerseits über Bose: »Er organisiert seine Bewegung ganz nach nationalsozialistischem Muster und legt sich selbst den Titel ‚Führer‘ zu.«<sup>5</sup>

## Schulung bei der Hitlerjugend

► Bose studierte das politische System Nazi-deutschlands, um daraus »Anregungen für die Gestaltung der künftigen indischen Verfassung zu gewinnen«: »Eine der Einrichtungen, die ihn interessierten, war der Reichsarbeitsdienst. Einer (seiner) Mitarbeiter (...) wurde abgeordnet, sich (...) über die Grundlagen und Arbeitsweisen des Arbeitsdienstes unterrichten zu lassen und anschließend selbst ein Arbeitslager zu besuchen. Auch wünschte Bose, dass einige seiner jüngeren Mitarbeiter an Schulungen für den Führungsnachwuchs der Hitlerjugend teilnehmen.«<sup>6</sup>

Besonders begeistert war Bose vom Polizeiapparat des NS-Regimes inklusive SS und Gestapo. Deshalb bat er die Naziregierung um die Ausbildung indischer Polizisten, die den Kern einer politischen Polizei in Indien bilden sollten: »Anscheinend hatte Bose dieses Anliegen schon dem Reichsführer der SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, bei seinem Besuch in dessen Hauptquartier am 15. Juli 1942 vorgetragen. Offenbar hatten Bose die Methoden der deutschen Polizei so beeindruckt, dass er sie gern in Indien anwenden wollte.«<sup>7</sup> Himmler erfüllte Boses Wunsch und ließ im Februar 1943 indische Soldaten an einem Polizeilehrgang in Berlin teilnehmen. Boses Mitarbeiter stellten derweil Namenslisten von »feindlich gesinnten Personen« auf, die nach dem von ihm erhofften Einmarsch der faschistischen Achsenmächte in Indien »sofort festzusetzen« seien.<sup>8</sup>

Für viele deutsche IndologInnen und AsienexpertInnen sind das alles keine Gründe, Kritik an Bose zu üben. Und auch viele InderInnen verneinen dessen Sympathien für das NS-Regime schlichtweg. So erklärte zum Beispiel der indische Historiker Sugata Bose in der ZDF-arte-Fernsehdokumentation: »Subhas Sandra Bose kannte die dunkle Seite der Naziideologie und ich glaube, dass er sich auf einen Handel ähnlich wie dem in Goethes Faust einließ. Um die Herrschaft der Briten in Indien zu beenden, war er sogar bereit zu einem Pakt mit dem Teufel.«

Tatsächlich nahm Bose für die anvisierte Befreiung seiner Landsleute von der britischen Kolonialherrschaft nicht nur die Unterjochung und Ermordung von Millionen Menschen durch seine faschistischen Bündnispartner billigend in Kauf. Er stellte ihnen auch indische Truppen für ihre Vernichtungsfeldzüge in Europa und Asien zur Seite. Dies tat er keinesfalls nur aus taktischen Gründen, sondern aus

Überzeugung. Schon in den 1930er Jahren hatte Bose bei Europareisen Kontakte zu NS-Funktionären und zu Mussolini aufgenommen und in einem Interview mit der Zeitung *Giornale d’Italia* erklärt: »Im Faschismus bewundern wir vor allem den jungen Geist: die schöpferische Begeisterung.«<sup>9</sup>

Andere indische Politiker wie Jawaharlal Nehru und Mahatma Gandhi lehnten es hingegen strikt ab, im Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft mit den faschistischen Mächten zusammen zu arbeiten. Nehru empfand den »Triumph Hitlers und den braunen Terror, der darauf folgte«, als einen »großen Schock«.<sup>10</sup> Er kritisierte Bose, der sich als »nationaler Sozialist« einen linken Anstrich zu geben versuchte: »Mir scheint es so, als stünden viele so genannte Linke weiter rechts als die so genannten Rechten.«<sup>11</sup>



Freunde unter sich: Bose in Deutschland

Foto: iz3w-Archiv

Ende der 1930er Jahre war Boses Popularität in Indien so groß, dass er gegen den Willen Gandhis und Nehrus zum Präsidenten des Indischen Nationalkongresses gewählt wurde, der wichtigsten Organisation der antikolonialen Opposition. In dieser Funktion traf er 1938 den Landesgruppenleiter der NSDAP in Indien, Oswald Urchs.<sup>12</sup> (Schon im Juli 1933 hatte er bei einem Besuch in Berlin die NS-Führung um Geld und Waffen für

einen geplanten Aufstand gegen die britischen Kolonialherren gebeten.)<sup>13</sup> Auf Drängen Gandhis, der auf gewaltfreien Widerstand beharrte, musste Bose im April 1939 seine Führungsposition im Indischen Nationalkongress aufgeben. Er gründete daraufhin mit dem All India Forward Bloc eine eigene Partei, die schon bald auf größere öffentliche Resonanz stieß als die Kongresspartei Gandhis und Nehrus.

Als Bose im September 1939 erfuhr, dass sich Großbritannien im Krieg mit Nazi-deutschland befand, war er begeistert. In einer Rede vor 200.000 AnhängerInnen in Madras sagte er: »Die lange erhoffte Krise ist endlich ausgebrochen. Dies ist für Indien eine goldene Gelegenheit.«<sup>14</sup> Nehru hingegen rief dazu auf, »in der Stunde der Gefahr mit

Großbritannien zusammen zu arbeiten«. Gandhi erklärte unmissverständlich: »Wenn die Nazis nach Indien kommen, werden sie vom Congress genauso bekämpft wie Großbritannien.«<sup>15</sup>

## Exil in Nazideutschland

► 1940 stellten die britischen Kolonialbehörden Bose in Kalkutta unter Hausarrest. Aber mit Hilfe seiner Getreuen gelang ihm Anfang 1941 die Flucht über Afghanistan nach Berlin, wo ihm die Nazi-Regierung eine Botschaft im Berliner Tiergarten zur Verfügung stellte sowie eine Million Goldmark für den Aufbau der Zentrale Freies Indien. Für seinen Unabhängigkeitskampf an der Seite Hitlers heuerte Bose ein Dutzend weiterer Inder an.<sup>16</sup> Unterstützt vom Auswärtigen Amt und vom

Goebbelsschen Propagandaministerium produzierten sie in ihrer Berliner Zentrale Zeitschriften und Radiosendungen in indischen Sprachen. Ein »Sonderreferat« unterhielt enge Kontakte zum Oberkommando der deutschen Wehrmacht, mit dessen Hilfe Sabotageakte in Indien durchgeführt und eine indische Legion in Deutschland aufgebaut werden sollten.

Bose hoffte, mit indischen Truppen an der Seite der Wehrmacht in sein Land zurück marschieren zu können, um die britischen Kolonialherren zu verjagen. Dabei war es ihm erklärtermaßen »gleichgültig (...), was

die Deutschen in Europa machen«.<sup>17</sup> Der Vernichtungskrieg der Wehrmacht, die Kriegsverbrechen in den von Nazideutschland besetzten Ländern und der Völkermord an den Juden tangierten ihn nicht. Er lernte Deutsch, sah in Hitler einen »Revolutionär« und ver sprach den versammelten Nazi-funktionären bei der feierlichen Eröffnung der Zentrale Freies Indien im November 1941 seine Unterstützung bis zum »gemeinsamen« Endsieg.<sup>18</sup>

Für deutsche AsienspezialisatInnen ist selbst das Bekenntnis zum faschistischen Krieg kein Grund, Kritik an Bose zu üben. Im Gegenteil: Lothar Günther, Autor eines Buchs über die Indische Legion,<sup>19</sup> bewundert in der Dokumentation von ZDF und arte Boses Weitsicht, weil dieser im deutschen Exil schon »Briefmarken und Münzen« für ein unabhängiges Indien entworfen habe. Und nicht nur das: »Er war nach Meinung deutscher Beobachter so weit mit seinen Gedanken, dass er (...), wenn Indien unabhängig geworden wäre, seine Ideen der Staatsführung und der Regierung (sofort) hätte umsetzen können.«

Die von Bose entwickelten »Ideen der Staatsführung« beruhten auf einer »Synthese von Faschismus und Sozialismus«.<sup>20</sup> Aber auch davon ist in der fast einstündigen ZDF-

arte-Dokumentation nicht die Rede. Dafür wird die Liebesaffäre Boses mit seiner österreichischen Sekretärin und späteren Gattin umso ausführlicher ausgebreitet, untermalt von schnulziger Pianomusik. Auch die Tochter, die aus dieser Ehe hervor ging – Anita B. Pfaff, später Professorin für Volkswirtschaft an der Universität Augsburg –, darf im Fernsehen ihrem Vater die Ehre erweisen: »Meine Mutter hat mir immer versucht klarzumachen: Dein Vater war ein großer Mann, ein berühmter Mann, er hat sehr viel geleistet.«

## Inder bei der Wehrmacht

► Am 5. April 1942 vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch: »Bose ist augenblicklich in der indischen Frage das beste Pferd in unserem Stall.«<sup>21</sup> Schon kurz nach seiner Ankunft in Nazideutschland hatte Bose mit der Rekrutierung indischer Freiwilliger für die deutsche Wehrmacht begonnen. 1942 waren mehr als 15.000 indische Kriegsgefangene in deutschen Lagern inhaftiert. Es handelte sich um Angehörige der »Königlich Indischen Armee«, die mit 2,5 Millionen Soldaten auf Seiten der Alliierten die größte Kolonialtruppe aller Zeiten stellte. Im Wüstenkrieg in Nordafrika waren tausende Inder in deutsche Gefangenschaft geraten. Um Bose die Anwerbung von Überläufern zu erleichtern, verlegte das NS-Regime die indischen Gefangenen in ein Lager im ostdeutschen Annaburg.

So entstand die Indische Legion der Wehrmacht, die eine Stärke von 3.500 Mann erreichte und von deutschen Offizieren in Königsbrück ausgebildet wurde. AnwohnerInnen der sächsischen Kleinstadt erinnern sich noch heute gerne an ihre indischen Nachbarn aus der Nazizeit, wie die ZDF-arte-Dokumentation über Bose zeigt. »Wir haben mit denen gelebt«, erzählt einer der Zeitzeugen. Da die Inder »unter deutscher Fahne« und in »deutscher Uniform« aufgetreten seien, sei allen klar gewesen, »das (waren) Freunde von uns.«

Die Indische Legion schwor ihren Treue-Eid nicht nur auf Bose, sondern auch auf Hitler, und unterstand dem deutschen Oberkommando.<sup>22</sup> Als der Sieg der Roten Armee in Stalingrad Boses Vorhaben vereitelte, mit deutschen Verbänden über den Kaukasus bis nach Indien vorzustoßen, wurden seine indischen Soldaten 1943 an die Westfront verlegt. Die meisten folgten diesem Befehl und standen in Frankreich bald auch Landsleuten gegenüber, die für die Alliierten kämpften. Selbst als Heinrich Himmler die Indische Legion 1944 in die Waffen-SS eingliederte, weigerten sich nur wenige von Boses Soldaten, die Totenkopfuniform anzulegen.

ZDF und arte erwähnen in ihrer Dokumentation nichts von alledem. Dafür darf der damalige Übersetzer der indischen Waffen-SS-Einheit, Rudolf Hartog, in Kriegserinnerungen aus dem besetzten Frankreich schwelgen: »Wir hatten ein gutes Verhältnis mit den Franzosen, viel Wein gekriegt und was weiß ich. Es war eigentlich eine glückliche Zeit.« Nur die französischen Partisanen störten 1944 die deutsch-indische Idylle am Atlantikwall, was die Inder hätten »gar nicht verstehen« können, denn »die Franzosen waren ja unsere Freunde«. Aber dann hätten seine indischen Waffen-SS-Kameraden gesagt: »Okay, wenn das nun so ist, müssen wir eben durchmarschieren.« Und beim Kampf gegen die Résistance seien die Inder »wirklich gut« gewesen, denn »die konnten bei Nacht besser sehen als wir und sie konnten gut schießen.«

Dass die Indische Legion in Frankreich Jagd auf Partisanen machte, war dem deutschen Fernsehern kein kritisches Wort wert. Bei einem ihrer Angriffe auf ein Basislager der Résistance kamen so viele französische Widerstandskämpfer um, dass die wenigen Überlebenden ein Massengrab ausheben mussten. Selbst in dem Buch, das der SS-Mann Hartog über diese Zeit veröffentlicht hat, finden sich Hinweise auf diese Kriegsverbrechen. Es trägt den Titel »Im Zeichen des Tigers – Die indi-

an der Seite seiner indischen »Kameraden«, denen er bis zu ihrer Gefangennahme im April 1945 zur Seite stand. »Es gab einen bewegenden Abschied. Die Treuesten der Treuen (...), die mit uns waren, wussten, es war vielleicht für immer.«<sup>24</sup>

## Die Indische Legion machte in Frankreich Jagd auf Partisanen

Hartogs Kriegsverherrlichungen bezeichnet der Historiker Jan Kuhlmann als »ausgezeichnete (...) wissenschaftliche Darstellung«<sup>25</sup> und zitiert sie in seiner Dissertation entsprechend häufig. Und in der ZDF-arte-Fernsehdokumentation konnte der Waffen-SS-Mann Hartog unwidersprochen behaupten, ausgerechnet die Nazis hätten zur Überwindung von Rassenkonflikten in Indien beitragen wollen, indem sie Hindus, Muslims, Sikhs und Christen gemeinsam an die Front schickten: »Volksgemeinschaft war ja damals ein großes Wort und diese Legion sollte (...) zeigen, dass das geht.«

## Im Krieg für Japan

► 1943 brachte ein deutsches U-Boot Bose zurück nach Asien. Von Singapur aus rekrutierte Bose weitere 50.000 indische Freiwillige für den Krieg auf Seiten Japans und Deutschlands. Keiner der ZeitzeugInnen, die über Bose reden, und keiner der HistorikerInnen, die Bücher über die indischen Kollaboratoren der faschistischen Achsenmächte

publiziert haben, verschwendet einen Gedanken daran, wie wohl ein unabhängiges Indien unter japanisch-deutscher Aufsicht ausgesehen hätte. Dabei hatten die japanischen Militärs 1944, als Boses »Nationalarmee« an ihrer Seite von Burma aus in Nordindien einfiel, längst demonstriert, welche Terrorherrschaft sie in ihrem anvisierten »großasiatischen Reich« einzuführen gedachten. Allein in China hatten sie etwa 20 Millionen Menschen niedergemetzelt, womit der Zweite Weltkrieg dort mehr Opfer forderte als in Deutschland, Italien und Japan zusammen. In anderen besetzten Ländern Asiens hatten die japanischen Streitkräfte weitere Millionen Menschen massakriert und Hunderttausende zur Zwangsarbeit und Zwangsprostitution verschleppt.

Trotz alledem können deutsche wie indische Historiker ihr Bedauern kaum verborgen, dass es Boses Legionären 1944 nicht gelungen ist, zusammen mit den japanischen Streitkräften die Briten aus Indien zu vertreiben. Noch der Flugzeugabsturz des Nazikolaborateurs auf seiner Flucht vor den Alliierten im August 1945 wird zum tragischen Tod eines Nationalhelden verkündet, zum Beispiel von dem indischen Historiker Sugata Bose, der



Bestseller in indischen Buchläden (Frühjahr 2009)

Foto: G. Klas

sche Legion auf deutscher Seite 1941 bis 1945« und belegt, dass sein Autor auch vier Jahrzehnte nach Kriegsende noch kein Unrechtsbewusstsein für seine Rolle bei der Waffen-SS empfand.

Hartog schwärmt in dem Buch von den »Taten und Erfolgen der Legion« und denunziert französische Widerstandskämpfer in Nazonianer als »feindliche Agenten«, »Banden« oder gar »Terroristen«, deren Angriffe sein deutsch-indischer Waffen-SS-Trupp hätte abwehren müssen, indem er zum Beispiel einen »mit französischen Partisanen besetzten Pkw (...) durchsiebte«.<sup>23</sup> Die Fotos, die Hartog präsentiert, zeigen ihn mehrfach in Uniform

im Fernsehen über seinen Namensvetter sagt: »Er ist in einem tieferen Sinne unsterblich. Er wird ewig im kollektiven Gedächtnis der Inder bleiben«. Die Regierung Indiens solle deshalb »endlich« die »erforderlichen Schritte unternehmen«, um »seine sterblichen Überreste nach Indien« zu holen.

## Heldenverehrung in Indien ...

► Tatsächlich hat die indische Regierung schon früh Frieden mit dem Nazikollaborateur Bose geschlossen. Als die britischen Kolonialbehörden nach dem Kriegsende drei Offiziere seiner Legionärstruppen vor Gericht stellen wollten, demonstrierten hunderttausende Inder dagegen. Nehru, der im Krieg jede Zusammenarbeit mit den faschistischen Mächten abgelehnt hatte, übernahm deren Verteidigung.<sup>26</sup> Auch Gandhi erklärte Bose posthum zum »Freiheitskämpfer«, um dessen AnhängerInnen in die Mobilisierung gegen die Kolonialherrschaft einbeziehen zu können. Als die Unabhängigkeit 1947 durchgesetzt war, zeigte niemand mehr Interesse an einer Aufarbeitung der Kollaborationsgeschichte. Für viele Inder blieb Bose deshalb bis heute ein Held. Und so lautet auch der Titel eines 2004 produzierten Monumentalfilms des indischen Regisseurs Shyam Benegal: »Netaji: The Last Hero«.

In Indien sind Straßen, Schulen und Universitäten nach Bose benannt, der internationale Flughafen in Kalkutta und eine U-Bahnstation. Überlebensgro-

ße Bilder des Nazikollaborateurs nehmen darin eine ganze Wand ein, wovon sich seine Tochter Anita Pfaff beim Ortstermin für das deutsche Fernsehen erwartungsgemäß beeindruckt zeigte. Aber das wichtigste »Gedenken« für ihren Vater sei nicht »das Umgehen mit seiner Asche«, sondern »das Umgehen mit seinen Ideen, mit seinen Idealen und der Umsetzung dieser Ideen.«

Tatsächlich sind Boses Ideen in Indien noch erschreckend präsent. So berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 17. Dezember 2002: »Sechs von zehn Studenten nennen den Namen Adolf Hitler, wenn sie gefragt werden, welchen Menschen sie am meisten bewundern. Das ergab vor kurzem eine Umfrage im St. Stephen's College in Neu-Delhi, einem der Elite-Colleges Indiens.«

Im Jahr 1997, in dem Bose 100 Jahre alt geworden wäre, paradierten in Indien hunderttausend Schulkinder ihm zu Ehren durch die Straßen und die Regierung nahm ihn in den Pantheon der bedeutendsten Führer des indischen Freiheitskampfes in Delhi auf. Noch im Jahr 2009 werden überall in Indien Übersetzungen von Hitlers »Mein Kampf« in verschiedenen Sprachen von StraßenhändlerInnen und in Buchhandlungen verkauft und

Hindu-FundamentalistInnen äußern offen ihre Sympathien für den Nationalsozialismus.

## ... und in Deutschland

► Auch in Deutschland hat der Nazikollaborateur Bose mehr AnhängerInnen als KritikerInnen. So veranstaltete das Indische Kulturzentrum in Berlin zu seinem 100. Geburtstag ein großes »Bose-Symposium«. Die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt ihn als »vergessenen Freiheitshelden«.<sup>27</sup> Und die deutschen Offiziere der indischen SS-Legion konnten im Nachkriegsdeutschland problemlos Karriere machen. Hans Kutscher zum Beispiel war von 1941 bis 1943 Legionsadjutant, dann bis 1945 Bataillonsführer, in den 1950er Jahren wurde er Richter am Bundesverfassungsgericht, später Präsident des Europäischen Gerichtshofs.<sup>28</sup> Adalbert Seifritz, im Krieg Oberleutnant der Indischen Legion,<sup>29</sup> wurde in der Nachkriegszeit Minister für Bundesangelegenheiten in Baden-Württemberg.

Die deutschen Kommandanten der Legion pflegten nach dem Krieg weiter enge Kontakte zu ihren indischen Kameraden, so zum Beispiel zu Arathil Candeth Narayan Nambiar. Dieser war nach Boses Abreise Richtung Asien 1943 Leiter der Zentrale Freies Indien in Berlin und ab 1955 erster Botschafter der Indischen Union in der Bundesrepublik. Auch im indischen Konsulat in Frankfurt am Main sowie in den Botschaften Indiens in Österreich und der Schweiz fanden sich in den 1950er Jahren weitere ehemalige Kampfgefährten aus der indischen Waffen-SS-Truppe ein.

1953 griffen sie zusammen mit ihren deutschen Kriegskameraden eine Idee auf, die Bose genau zehn Jahre zuvor schon einmal verwirklicht hatte: die Gründung einer Deutsch-Indischen Gesellschaft mit Sitz in Stuttgart. Zu ihrem 50-jährigen Bestehen im Jahr 2003 gratulierten der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel, und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jürgen Chrobog, die sich offenbar nicht daran störten, dass die Festschrift keineswegs verschämt, sondern mit unverkennbarem Stolz an die deutsch-indische Waffenbrüderschaft im faschistischen Krieg erinnerte. Hans-Georg Wieck, ehemaliger deutscher Botschafter in Indien, schrieb darin: »Die Initiative für die Gründung der Deutsch-Indischen Gesellschaft ging nach dem Zweiten Weltkrieg von der 1951 in Stuttgart gebildeten Deutsch-Indischen Studiengesellschaft aus, in der sich mit Dr. Albert Seifritz und Wilhelm Lutz zwei Deutsche befanden, die während des Krieges in dem indischen Regiment Dienst taten, das auf deutscher Seite eingesetzt war.« Die Festschrift würdigte die beiden Kriegskameraden mit einem historischen Foto.<sup>30</sup>

Wes Geistes Kind sie waren, offenbart das Buch des Waffen-SS-Übersetzers Rudolf Hartog über die Indische Legion. Danach gehörte Wilhelm Lutz zu den Offizieren der Legion, die 1948 in Frankreich für Kriegsverbrechen wie »Mord, Brandstiftung, Plünderung, und Vergewaltigung« vor Gericht gestellt wurden. Lutz selbst beschreibt diesen Prozess ausführlich und auch, dass ihm die Anklage vorwarf, eine junge Französin vergewaltigt zu haben. Seine Reaktion darauf: »Ich legte gemessen die Hand an die Mütze und sagte: „Si elle était belle je l'avoue.“ (Wenn sie schön war, gebe ich es zu.) So gelacht hat man in diesem Gericht wahrscheinlich noch nie, die Runde ging an mich.«<sup>31</sup>

## Anmerkungen:

- 1 Pakt mit dem Teufel. Boses Kampf um Indiens Unabhängigkeit. Regie: Anja Freyhoff, Thomas Uhlmann, Izzy Charman. 55 Min., Ausstrahlung auf arte am 7. und 11.2.2007
- 2 Ebd. S. 30
- 3 Ebd. S. 11
- 4 Ebd. S. 229 und S. 264
- 5 Ebd. S. 310
- 6 Ebd. S. 262
- 7 Ebd. S. 262
- 8 Ebd.
- 9 Ebd. S. 32
- 10 Ebd. S. 70
- 11 zit. nach Marin, Lou: Der Feind des Feindes. Die indische Unabhängigkeitsbewegung und ihr Verhältnis zu den Nazis. In: iz3w 291, März 2006, S. 11
- 12 Kuhlmann, Jan: Subhas Chandra Bose und die Indienpolitik der Achsenmächte. Berlin 2003, S. 29f.
- 13 Ebd. S. 24
- 14 Ebd. S. 116
- 15 Ebd. S. 235
- 16 Ebd. S. 173ff.
- 17 Ebd. S. 174
- 18 Wochenschau-Auszug in der ZDF-arte-Dokumentation: »Pakt mit dem Teufel«, a.a.O.
- 19 Günther, Loether: Von Indien nach Annaburg. Indische Legion und Kriegsgefangene in Deutschland. Berlin 2003.
- 20 Kuhlmann, Jan, a.a.O., S. 22f.
- 21 Ebd. S. 221
- 22 Ebd. S. 295
- 23 Hartog, Rudolf: Im Zeichen des Tigers. Die Indische Legion auf deutscher Seite 1941-1945. Herford 1991. S. 139
- 24 Ebd. S. 177
- 25 Ebd. S. 15
- 26 Kuhlmann, Jan, a.a.O., S. 345
- 27 [www.bpb.de/themen/TVO056.html](http://www.bpb.de/themen/TVO056.html)
- 28 Hartog, Rudolf, a.a.O., S. 225
- 29 Ebd. S. 160 u. 164
- 30 Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der Deutsch-Indischen Gesellschaft 1953-2003. Stuttgart 2003. S. 22.
- 31 Hartog, Rudolf, a.a.O., S. 190



Foto: iz3w-Archiv

In freudiger Erwartung ... Aufmarsch in Roca y San Martin 1942

## Peróns deutsche Freunde

Die Fluchthilfe der argentinischen Regierung für Naziverbrecher

Mit dem Sieg der Alliierten über Deutschland endete die Kollaboration mit den Nazis keineswegs überall. In Argentinien etablierte sich mit Unterstützung der Regierung Perón ein handlungsfähiges Netzwerk der Fluchthilfe. Es ermöglichte selbst herausgehobenen Kriegsverbrechern ein vorerst unbehaftigtes Exil. Von alledem wollen deutsche Historiker und Publizisten nichts wissen.

von Karl Rössel

► »Schon während des Zweiten Weltkriegs stellte die argentinische Regierung Angehörigen der SS Reisepässe aus, darunter vor allem Experten für moderne Funktechnik«. Es waren erschreckende Fakten wie diese, die der argentinische Journalist Uki Goñi im Mai 2007 bei einer Lesung im Kölner NS-Dokumentationszentrum präsentierte.<sup>1</sup> Er stellte dort seine umfangreiche Forschungsarbeit über die organisierte Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher nach Argentinien vor.<sup>2</sup> Laut Goñis Recherchen waren die Sympathien des damaligen argentinischen Präsidenten Juan Perón für den Nationalsozialismus ein Grund dafür, das Interesse der argentinischen Regierung an deutschen Technikern ein weiterer.

Goñi hat für sein Buch Interviews mit 200 ZeitzeugInnen geführt und sechs Jahre lang

in argentinischen, US-amerikanischen und europäischen Archiven recherchiert. Dabei stieß er auf viele bislang unbekannte Dokumente. Sie belegen, dass ein von Argentinien aus organisiertes Netzwerk nach Kriegsende zahllosen Nazifunktionären zur Flucht nach Lateiname- rika verhalf, darunter auch berüchtigte Kriegsverbrechern und Massenmördern. Zu ihnen gehörten: Adolf Eichmann, als Leiter des Referats für Juden- und

Räumungsangelegenheiten im Reichssicherheitshauptamt verantwortlich für die Deportation und Ermordung von Millionen Juden; Josef Mengele, als KZ-Arzt von Auschwitz verantwortlich für Menschenversuche und die

Einweisung Zehntausender in die Gaskammern; Josef Schwammberger, als Kommandant mehrerer Arbeitslager in Polen verantwortlich für den Tod zahlloser Juden, und Erich Priebke, als rechte Hand des Gestapo-Chefs von Rom beteiligt an der Erschießung von 335 italienischen Geiseln.

In den ersten Jahren nach Kriegsende wanderten zehntausende Deutsche und Österreicher nach Argentinien ein. Ein großer Teil von ihnen kam illegal aus Europa, unter falschem Namen und mit gefälschten Papieren. Denn nach 1945 erteilten die Alliierten zunächst keine Ausreisegenehmigun-

gen. Zu denen, die nach Argentinien gingen, gehörten nicht nur deutsche Nazifunktionäre, sondern auch führende Kollaborateure des NS-Regimes aus ganz Europa. So konnte sich zum Beispiel fast die

gesamte Führungsriege des faschistischen Ustascha-Regimes aus Kroatien nach Argentinien absetzen – einschließlich ihres Regierungschefs Ante Pavelić, der hunderttausende Juden, Serben, Sinti und Roma hatte er-

Den Nürnberger Prozess kritisierte Perón als »Ungeheuerlichkeit«

morden lassen. Weitere in Europa gesuchte Kriegsverbrecher, die in Argentinien untertauchten, waren Pierre Daye, im Krieg Fraktionsvorsitzender der pro-nazistischen Kollaborateure im besetzten Belgien; René Lagrou, Gründer der flämischen SS; Georges Guibaud, Organisator faschistischer Milizen für das französische Kollaborationsregime von Vichy; und Radu Ghenea, Botschafter des von den Nazis installierten Marionettenregimes in Rumänien.<sup>3</sup>

»Als ich die entsprechenden Dokumente gefunden hatte, war ich selbst davon überrascht und fragte mich, wie ich sie so glaubwürdig präsentieren können, dass sie nicht als Fiktion oder bloße Erfindung abgetan würden«, so Goñi. »Schließlich geht es bei der Aufarbeitung dieser Geschichte um gewichtige Leute wie zum Beispiel Juan Perón, der zwar seit dreißig Jahren tot ist, aber in Argentinien noch immer wie ein Heiliger verehrt wird.«

## Perón bewunderte die Nazis

► Perón hatte schon als junger Offizier in den 1930er Jahren die faschistischen Länder Europas besucht. In Italien absolvierte er eine militärische Ausbildung in Mussolinis Armee. In Spanien traf er sich mit Funktionären des Regimes unter General Franco. Zurück in Argentinien unterhielt er enge Kontakte zum Geheimdienst der Nazis. Perón bewunderte »die militärische Disziplin« in Nazideutschland. Die Offiziers-Clique, mit der er sich 1943 in Argentinien an die Macht putschte, schloss »ein Abkommen über wechselseitige Zusammenarbeit« mit dem Chef des Nazi-Sicherheitsdienstes, Walter Schellenberg.<sup>4</sup>

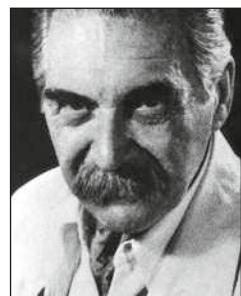
Als Argentinien im Februar 1945 auf Druck der Alliierten Deutschland den Krieg erklären musste, versicherte Perón seinen »deutschen Freunden«, dass es sich dabei um eine reine Formalität handelte. Rückblickend erklärte er dazu: »Obwohl es auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen mag, profitierte Deutschland von unserer Kriegserklärung. Argentinien würde als kriegsführendes Land das Recht haben, sich nach Kriegsende frei in Deutschland zu bewegen. Das bedeutete, dass unsere Flugzeuge und Schiffe in der Lage sein würden, wichtige Dienste zu erweisen. (...) Dadurch konnte eine große Anzahl von Personen nach Argentinien gebracht werden.«<sup>5</sup>

Den alliierten Prozess gegen NS-Kriegsverbrecher in Nürnberg kritisierte Perón als »Ungeheuerlichkeit« und »Infamie«. Seine Schlussfolgerung daraus lautete: »Uns wurde klar, dass (die alliierten Sieger) selber es verdient (gehabt) hätten, den Krieg zu verlieren.«<sup>6</sup> Entsprechend engagiert bemühte sich Perón nach seiner Wahl zum argentinischen

Präsidenten im Februar 1946 darum, Nazis zur Flucht zu verhelfen, denen Strafverfolgung durch die Justiz der alliierten Sieger drohte.

Nach Goñis Recherchen erhielt eine gesonderte Abteilung des argentinischen Geheimdienstes den Auftrag, diese Fluchthilfe zu organisieren. Der Deutsch-Argentinier Rodolfo Freude, dessen Familie während des Krieges zu den prominentesten Verfechtern des Nationalsozialismus innerhalb der deut-

grund von Aussagen deutscher Gefangener in Berichten des US-Geheimdienstes aufgetaucht. Internationale Prominenz erlangte er 1972 durch den Roman »Die Akte ODESSA« von Frederick Forsyth, der in seinem Nachwort versichert, von Zeitzeugen »authentische« Informationen über Nachfolgeorganisationen der SS erhalten zu haben: »Manche meiner Gewährsleute sind ehemalige Angehörige der SS, die nicht wussten, mit wem sie sprachen, und nicht wussten, dass ihre Mit-



Unterschlupf für Kriegsverbrecher: Ante Pavelic, Adolf Eichmann, Josef Mengele,

schen Gemeinde Argentiniens gehört hatte, leitete die Aktion.<sup>7</sup> Er hatte Verbindungen zur Einwanderungsbehörde und schickte 1947 Geheimagenten nach Europa, die illegale Fluchtwege für verfolgte Nazis ausfindig machen sollten.

Mit Hilfe der argentinischen Konsulate vor Ort entstand eine Route, die über Häfen in Schweden nach Buenos Aires führte. Führende Konstrukteure der deutschen Rüstungsindustrie gelangten auf diesem Weg nach Argentinien, um dort für die Luftwaffe Peróns zu arbeiten. Als diese Nordroute 1948 aufflog, wuchs die Bedeutung der Südroute. Diese

führte über die Schweiz und Österreich nach Italien, wo sich die Naziflüchtlinge in Genua zur Überfahrt nach Argentinien einschiffen konnten. Wie Goñi berichtet, hätten die Erkenntnisse, die er in seinem Buch präsentierte, »in bestimmten wissenschaftlichen Kreisen einen kleinen Schock ausgelöst«, und dies nicht nur in Argentinien, sondern »vor allem in Deutschland«. Denn dort »war man in den 1990er Jahren zu dem Schluss gekommen, dass es keinerlei organisierte Fluchthilfe gegeben habe.«

## Mythos ODESSA?

► Die deutsche Ausgabe von Uki Goñis Buch erschien 2006 unter dem Titel: »Odessa – Die wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher«. Tatsächlich kursierten bis dahin allerlei fragwürdige Geschichten über eine Fluchthilfeorganisation namens ODESSA. Der Name war erstmals kurz nach Kriegsende auf-

teilungen in einem Buch Verwendung finden würden. Andere haben mich ausdrücklich gebeten, ihre Namen nicht zu nennen.<sup>8</sup>

Forsyth dankte auch Simon Wiesenthal »für die kritische Durchsicht« seines Romans. In dem Spielfilm, der 1974 auf der Grundlage des Buches gedreht wurde, taucht eine Wiesenthal nachempfundene Figur als Ratgeber auf, um zu erklären, dass »O.D.E.S.S.A.« ein Kürzel sei für die »Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen«. Diese sei kurz vor Kriegsende gegründet worden, »um SS-Männern die Flucht zu ermöglichen, sie unbemerkt ins Ausland zu bringen, sie mit einer neuen Identität auszustatten.« Tausende hätten durch sie gefälschte Ausweise erhalten.

Wiesenthal war überzeugt davon, dass Nazis und SS-Leute in den Nachkriegsjahren geheime Organisationen zur gegenseitigen Hilfe gegründet hatten. Er benennt in seinen Publikationen mehrere davon. Allerdings konnte er keine weiteren Belege für eine Organisation namens ODESSA vorlegen. Deutsche HistorikerInnen und Lateinamerika-ExpertInnen zogen daraus den voreiligen Schluss, dass es keinerlei organisierte Fluchthilfe für NS-Verbrecher gegeben habe, und taten Hinweise darauf als »Phantasieprodukte« und »Legenden« ab. Die deutsche Ausgabe der umfangreichen Forschungsarbeit von Uki Goñi aus dem Jahre 2006 hat daran nichts geändert. Im Gegenteil: Der promovierte Historiker und ehemalige Diplomat in Diensten des Auswärtigen Amtes, Heinz Schneppen, legte als Antwort darauf 2007 ein Buch über »Mythen der Zeitgeschichte« vor. Unter dem Titel »Odessa und das Vierte Reich« behauptet er: »Alle seriösen Erkenntnisse sprechen gegen die Existenz einer SS-

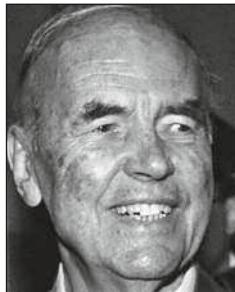
Fluchtorganisation namens ODESSA oder einer ähnlichen Gruppierung.«<sup>9</sup>

Goñi, der nie behauptet hat, dass es eine Organisation mit dem Namen ODESSA gab, antwortete darauf: »Dass mein Buch den Untertitel trägt ‚Odessa – Die wahre Geschichte‘ hat zu Irritationen geführt, bei WissenschaftlerInnen und anderen. Die Angriffe auf mein Buch sind allerdings eher politisch motiviert als geschichtswissenschaftlich begründet. Denn tatsächlich gab es die Flucht-

den Mut, mit dem er uns im offiziellen Nationalpalast empfing.«<sup>10</sup>

### Helpershelfer in Europa

► Die von Perón hofierten Kriegsverbrecher gründeten 1948 die »Argentinische Gesellschaft zum Empfang von Europäern«. Ihr Logo war ein Rettungsring rund um die Karte Europas, und ihr erklärt Ziel lautete, »gefährdeten Freunden auf dem Alten Kontinent



Fotos: iz3w-Archiv

Josef Schwammberger, Erich Priebe. Freundlich begrüßt von Juan und Evita Perón

hilfeorganisation von Carlos Fuldner und das, was ich darüber in den Dokumenten fand, übertrifft alles, was in fiktiven Romanen über die ODESSA geschrieben wurde.«

### Kriegsverbrecher im Präsidentenpalast

► Carlos Fuldner war als Sohn deutscher Eltern in Argentinien geboren worden, in den 1920er Jahren nach Hamburg zurückgekehrt und 1932 der SS beigetreten. Anfang der 1940er Jahre arbeitete er für den Sicherheitsdienst der SS. Laut Goñi war Fuldner »die ideale Person für die Fluchthilfe-Mission«: Er sprach perfekt Deutsch und hatte einen deutschen und einen argentinischen Pass. Ab 1947 war er wieder in Buenos Aires ansässig und fungierte dort als Spezialagent der Regierung Perón. Er schleuste die ersten Naziagenten ins Land und lud sie zu Versammlungen in den Präsidentenpalast ein. Bei einem dieser Treffen machte Perón den Vorschlag, einen Fluchtplan auszuarbeiten, um Naziflüchtlinge nach Argentinien zu schaffen. Das Geld dafür stellte seine Regierung.

Dies alles lässt sich nicht nur mit argentinischen Dokumenten belegen, sondern auch mit dem Tagebuch des belgischen Kriegsverbrechers Pierre Daye, der damals an den geheimen Treffen im Präsidentenpalast teilnahm und in seinen unveröffentlichten Memoiren notierte: »All diese Ausländer waren in ihren Herkunftslanden zum Tode verurteilt worden. Der Präsident wusste das, und ich bewundre seine unabhängige Geisteshaltung und

Nach 1947 ging die antisemitische Politik in Argentinien weiter

Visa und Mittel für die Einwanderung nach Argentinien zu besorgen.«<sup>11</sup>

1948 reiste Fuldner im Auftrag Peróns nach Europa, um in Genua und Bern mit Hilfe der argentinischen Konsulate die Voraussetzungen für die ungehinderte Durchschleusung von Naziflüchtlingen zu schaffen. Fuldners Kontaktmann in der Schweiz war der Chef der dortigen Polizei, Heinrich Rothmund. Er hatte im Krieg dafür gesorgt, dass die Schweizer Grenzen für flüchtende Jüdinnen und Juden verschlossen blieben, wie Goñi herausfand.

Fuldner trug Rothmund und dem damaligen Justizminister Eduard von Steiger sein Anliegen vor, Nazis aus Deutschland herauszuholen, »wofür er von den britischen und US-amerikanischen Besatzungsbehörden natürlich keine Erlaubnis« erhalten würde. Der Schweizer Polizeichef willigte ein, »die von Fuldner ausgewählten Nazis nachts illegal über die Grenze zu lassen«, so Goñi. In der Schweiz brauchten sie dann keine Einreise-

genehmigung mehr und konnten entweder nach Buenos Aires ausfliegen oder nach Genua weiterreisen und dort ein Schiff nach Argentinien nehmen. Die Zusammenarbeit des Schweizer Polizeichefs mit Peróns Agenten ist laut Goñi zweifelsfrei belegt: »Rothmund hat selbst in seinen Aufzeichnungen viele Details über seine Treffen mit Fuldner akribisch festgehalten. So intervenierte er zum Beispiel in einem Falle per Telefon, als Schweizer Polizisten einen Helpershelfer Fulnders festnehmen wollten, der gerade einen Nazi namens Erich Bachem über die Grenze geschmuggelt hatte.«

In Genua konnten die argentinischen Fluchthelfer ebenfalls auf die Hilfe mächtiger Institutionen bauen: »Die Nazis konnten problemlos ausreisen, weil sie Pässe vom Roten Kreuz bekamen, die von Priestern des Vatikans mit ihren Unterschriften beglaubigt waren. Diese Priester hatten ein Abkommen mit dem Roten Kreuz, wonach alle Personen, die direkt vom Vatikan geschickt wurden, Pässe erhalten sollten, ohne dass weitere Nachfragen gestellt wurden.«

Einer dieser Priester war Krunoslav Draganovic, der sich bis 1943 als Oberster der Ustascha-Faschisten in Kroatien persönlich an der Verfolgung von Juden und Serben beteiligt hatte. In Rom leitete er die kroatische Sektion der »Päpstlichen Hilfskommission für Flüchtlings- und Gefangenenebetreuung«.<sup>12</sup> Das Kloster San Girolamo, in dem er residierte, wurde zur Anlaufstelle für Kriegsverbrecher aller Art. »Der Vatikan hat immer bestritten, dass es eine direkte Verbindung zwischen Papst Pius XII. und Draganovic gab«, erklärt Goñi. »Aber ich habe im britischen Nationalarchiv in London zwei Briefe gefunden, in denen der Vatikan die britische Regierung als Besatzungsmacht Italiens darum bat, namentlich benannte kroatische Kriegsverbrecher nicht nach Jugoslawien auszuliefern. Draganovic briefete sich dabei ausdrücklich auf Papst Pius XII., was seine direkte Verbindung zum Papst belegt.«

Zu den Fluchthelfern der Nazis gehörten auch andere hohe kirchliche Würdenträger wie der österreichische Bischof Alois Hudal, dem die NSDAP ihr »goldenes Ehrenabzeichen« verliehen hatte. Von Hudal zitiert Goñi einen Brief an Perón persönlich, »in dem er um die Ausstellung von 5.000 Einreise-Visa für deutsche Soldaten bittet. Und es gibt den Schriftverkehr, in dem sich die nach Argentinien ausgereisten Kriegsverbrecher später bei Hudal für dessen Unterstützung bedankten.« Hudal selbst bezeugte in seinen Memoiren: »Die Erfahrungen des Krieges haben mich veranlasst, meine ganze karitative Arbeit in erster Linie den führenden Angehörigen des NS und Faschismus, besonders den sogenannten ‚Kriegsverbrechern‘ zu weihen, die von Kommunisten und ‚christlichen‘ Demokraten verfolgt wurden.«<sup>13</sup>

Von der Einwanderungsbehörde in Buenos Aires und vom argentinischen Konsulat in Genua erhielten Bischof Hudal und der kroatische Vatikanpriester Draganovic Einreisegenehmigungen nicht selten als Blanko-Vorlagen. Im Archiv der argentinischen Einreisebehörde stieß Goñi zum Beispiel auf eine pauschale Einreisebewilligung für 2.000 kroatische Flüchtlinge. Er fand zudem heraus, dass die Akten der Kriegsverbrecher Erich Priebe und Josef Mengele fortlaufend durchnummieriert waren. Goñi folgert daraus: »Wir können deshalb mit hundertprozentiger Sicherheit davon ausgehen, dass es eine Person gegeben haben muss, die zeit-

gleich die Anträge für die Hauptkriegsverbrecher eingereicht hat.«<sup>14</sup>

## Deutsche Geschichtsklitterungen

► Deutsche HistorikerInnen vermag dies alles nicht zu überzeugen. Sie verbreiten unbeirrt ihre These, die illegale Auswanderung tausender Nazi-Flüchtlinge nach Argentinien sei »unkoordiniert« und »individuell« erfolgt. Dabei wird auch der Anteil überzeugter Nazis unter den nach Argentinien Ausgewanderten mit Verweis auf die verschwindend kleine Zahl gerichtlich verurteilter Kriegsverbrecher relativiert. So zum Beispiel bei der »internationalen Fachkonferenz« über »Argentinien und das Dritte Reich«, die im Dezember 2006 an der Universität Köln stattfand. Im Anschluss daran erklärte der Kölner Professor Holger Meding im Namen der Veranstalter im Deutschlandfunk: »In den siebziger Jahren ist man noch ausgegangen davon, dass 50.000 Kriegsverbrecher in Argentinien lebten. Das ist hanebüchener Unsinn, wie man heutzutage weiß. Es sind vielleicht 30.000 bis 40.000 Deutschsprachige überhaupt nach Argentinien gekommen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Zahl derjenigen, die man als Kriegsverbrecher im engeren Sinne bezeichnen kann, bewegt sich im Zahlenraum zwischen 30 und vielleicht 70 Personen.«<sup>15</sup>

Mit dieser Aussage unterbot Meding sogar die Ergebnisse der internationalen Historikerkommission, die Ende der 1990er Jahre im Auftrag der argentinischen Regierung immerhin noch 180 Kriegsverbrecher hatte ausmachen können. Dies ist umso bemerkenswerter, als Meding selbst von 1997 bis 1999 Mitglied dieser Regierungskommission gewesen war und drei Jahre lang deren »europäische Abteilung« geleitet hatte. Uki Goñi hatte es darin nur ganze drei Tage ausgetragen. Dann sei ihm klar gewesen, dass auch die Arbeit dieser Kommission nur »ein weiteres Lehrstück« für die Versuche der argentinischen Regierung darstellte, »unangenehme Tatsachen aus der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte zu vertuschen«.<sup>16</sup> Obwohl die Kommission »die volle Rückendeckung der argentinischen Regierung genoss«, habe sie »nur 180 nach Argentinien eingereiste Kriegsverbrecher identifizieren« können, während er alleine bei den Recherchen für sein Buch auf 300 gestoßen sei.

Auf der Kölner Fachkonferenz über »Argentinien und den Nationalsozialismus« konnte Goñi die Ergebnisse seiner Recherchen nicht vortragen, denn er wurde nicht eingeladen, obwohl er zur selben Zeit auf einer Lesereise in Deutschland war. So blieb auch die in den Tagungsunterlagen verbreitete Behauptung unwidersprochen, die Einrichtung der international besetzten Historikerkommission im Jahre 1997 habe die Bereitschaft der argentinischen Regierung gezeigt, sich »dieser umstrittenen Phase der

argentinischen Geschichte zu stellen«. Dies belege auch die »Öffnung zahlreicher Archive unter Präsident Carlos Saúl Menem«.<sup>17</sup> Bei Goñi hingegen ist nachzulesen, dass die argentinische Regierung noch 1996, kurz bevor ihre Historikerkommission die Arbeit aufnahm, vertrauliche Dossiers über die Einreise von NS-Verbrechern aus ihren Archiven hatte entfernen und nachts verbrennen lassen.

Kritischen ForscherInnen standen die Regierungsarchive auch danach keineswegs offen. Goñi musste sich als Reporter der US-amerikanischen Zeitschrift TIME ausgeben, der sich ganz allgemein für das Thema Migration interessiere, um bei der argentinischen Einwanderungsbehörde recherchieren zu können: »Nur so kam ich in das Archiv, das sich in einem bedauerlichen Zustand befand. Überall lagen Papierhaufen auf dem Boden herum und in einem dieser Stapel, der offenbar zur Entsorgung bestimmt war, fand ich ein Dokument, das mit der Ankunft von Eichmann zu tun hatte. Mir blieb gar nichts anderes übrig, als die Archivare darauf hinzuweisen, denn ansonsten wäre das Dokument weggeworfen worden.« So erfuhren sie, wonach er suchte. »Es gab einen großen Aufstand: Mir wurde vorgeworfen, politisch motivierte Recherchen zu betreiben und ‚im Auftrag der Juden zu arbeiten‘, weshalb man mir den weiteren Zugang zu diesem Archiv verweigern werde.«

## Nazis rein, Juden raus!

► Den Vorwurf, für »die Juden« zu arbeiten, handelte sich Goñi ein, weil er die antisemitische Einwanderungspraxis unter Perón ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hatte: »Ich wusste aufgrund meiner eigenen Familiengeschichte, dass es eine schriftliche Anweisung der argentinischen Regierung gegeben hatte, keine Juden ins Land zu lassen. Mein Großvater, der in den dreißiger und vierziger Jahren Konsul in Bolivien, in Wien und Genua gewesen war, hatte mir davon erzählt. Aber andere argentinische Diplomaten und Wissenschaftler haben dies lange bestritten. Doch dann fand ich eine Kopie dieser Regierungsanweisung aus dem Jahre 1938 und präsentierte sie in meinem Buch.«

Das als »streng vertraulich« etikettierte Rundschreiben Nr. 11 der argentinischen Regierung an ihre Konsulate vom 12. Juli 1938 enthielt die Anweisung, »allen Personen ein Visum – auch ein Touristen- oder Transitvisum – zu verweigern, von denen anzunehmen ist, dass sie ihr Herkunftsland verlassen haben oder verlassen wollen, weil sie als uner-

wünschte Personen angesehen werden oder des Landes verwiesen wurden, ganz unabhängig vom Grund ihrer Ausweisung.«<sup>18</sup> Goñi schreibt dazu: »In der düsteren Atmosphäre Vorkriegeuropas war den argentinischen Diplomaten klar, dass die plump formulierte Anordnung auf eine ganze spezifische Gruppe von Menschen abzielte: Die ‚unerwünschten‘ Juden, die von deutschen Nazis und italienischen Faschisten aus ihrer Heimat vertrieben worden waren.«<sup>19</sup>

Nach der Publikation dieses antisemitischen Dekrets in Goñis Buch von 2002 verlangten jüdische Organisationen in Argentinien von der Regierung, diese Anweisung endlich aufzuheben. Denn formal war sie immer noch in Kraft. Viele Intellektuelle und Überlebende des Holocaust unterstützten diese Forderung in einem offenen Brief an den Außenminister. Daraufhin gab es

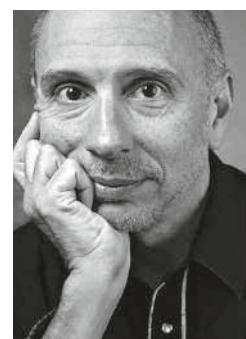


Foto: M. Aramburu

In Argentinien als »Nestbeschmutzer« beschimpft:  
Uki Goñi



Die italienische Ausgabe von »Mythos Odessa«

2005 ein symbolträchtiges Treffen mit dem argentinischen Präsidenten Néstor Kirchner, bei dem die geheime Anweisung endlich annulliert wurde.

Hierzulande wird die Einreise jüdischer Flüchtlinge nach Argentinien trotzdem weiter als Erfolgsstory präsentiert. So sagte der Historiker Holger Meding nach der Kölner Argentinien-Fachtagung dazu: »Die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge, das war eine Tat eigentlich der dreißiger und vierziger Jahre, da war's ja durchaus auch relevant, denn diejenigen, die aus Deutschland flohen, die suchten international eine neue Bleibe, und in Argentinien gab es die Möglichkeit eben unterzukommen, wenn auch oft illegal. Aber die Argentinier tolerierten das Ganze.«<sup>20</sup>

## Antisemit in der Einwanderungsbehörde

► Tatsächlich konnte von Toleranz gegenüber jüdischen EinwandererInnen seitens der argentinischen Regierung keine Rede sein. Am Vorabend des Holocaust verweigerten die Einwanderungsbehörden hunderten jüdi-

schen Passagieren die Erlaubnis, im Hafen von Buenos Aires von Bord ihrer Schiffe zu gehen. Und schon 1939 ging die legale Einwanderung von Juden um mehr als die Hälfte zurück, nicht nur wegen des Kriegsausbruchs in Europa, sondern auch aufgrund der an die argentinischen Konsulate in aller Welt verschickten Regierungsanweisung von 1938.<sup>21</sup>

Noch 1947 amtierte zudem mit Santiago Peralta ein ausgewiesener Antisemit als Direktor der argentinischen Einwanderungsbehörde, der in Deutschland Anthropologie studiert hatte, und der »erpicht darauf war, Schädel zu vermesseln« und Juden als »Zysten im Körper des Volkes« denunzierte, die es abzuwehren gelte.<sup>22</sup> In einem 1946 veröffentlichten Pamphlet schrieb Peralta, die Juden seien eine »parasitäre Pflanze«, unterstützt von »großen Imperien fremden Geldes« und »geistig umnachteten Regierungen«. Seinen Worten ließ der von Perón ernannte Chef der Einwanderungsbehörde entsprechende Taten folgen: Mitte Mai 1946 verweigerte er 70 Jüdinnen und Juden, die im Hafen von Buenos Aires angekommen waren, die Einreise nach Argentinien.<sup>23</sup>

Auch nach 1947 ging die antisemitische Politik weiter, wie Goñi berichtet: »So gab es einen weiteren Erlass Peróns, wonach allenfalls ältere Juden ins Land zu lassen seien, weil diese keine Nachkommen mehr zeugen könnten.« Wenn trotzdem schließlich in den 1940er Jahren zehntausende Jüdinnen und Juden nach Argentinien eingewandert seien, dann deshalb, weil es dort bereits »eine der größten jüdischen Gemeinden« gegeben habe. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg lebten etwa 500.000 Menschen jüdischen Glaubens in Argentinien, »die natürlich versuchten, ihre Familienangehörigen zu sich zu holen. Viele mussten sich allerdings als ‚Katholiken‘ ausgeben, um einreisen zu können, oder über die Nachbarländer Uruguay, Paraguay und Bolivien illegal die Grenze überschreiten.«

Die Auslandschefin der Tageszeitung »Die Welt«, Hildegard Stausberg, die im offiziellen Programm der Kölner Argentinien-Tagung ein Pressegespräch moderierte und anschließend selbst darüber berichtete, präsentierte ihrer Leserschaft hingegen eine andere Botschaft: »Argentinien (war) das Land, das (...) nach Palästina (...) die meisten jüdischen Emigranten aus Deutschland aufnahm.«<sup>24</sup>

## »Fachkräfte« für die Industrie

► Dass Argentinien nicht länger »vorschnell mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht« wird, wie in den Unterlagen der Kölner Fachtagung beklagt wird,<sup>25</sup> ist auch das Anliegen des Historikers und Ex-Botschafters Heinz Schneppen. Sein Vortrag setzte den Schlusspunkt der dreitägigen Konferenz unter der Überschrift »Odessa: Vom Mythos zur Ent-

mythisierung.« Eine Langfassung seines Referats präsentierte Schneppen 2007 in seinem Buch »Mythen der Zeitgeschichte«. Darin behauptet er, Peróns Einwanderungspolitik habe »kaum ideologische«, sondern vielmehr »handfeste materielle Motive« gehabt. Selbst dem SS-Mann Fuldner sei es lediglich um die Anwerbung von »Fachkräften« für die argentinische Industrie gegangen. Und nichts deutet darauf hin, dass der Vatikan und das Rote Kreuz die wahre Identität derjenigen gekannt hätten, denen sie zur Flucht nach Argentinien verhalfen.<sup>26</sup>

Schneppen rechnet auch die Zahl der NS-Kriegsverbrecher deutscher und österreichischer Herkunft in Argentinien weiter herunter und kommt nur noch auf »exakt 23 Personen«<sup>27</sup>, für die zudem »die Unschuldsvermutung des deutschen Strafrechts gelten« müsse, da nur fünf davon wirklich »rechtskräftig verurteilt worden« seien. Obwohl sich darunter Massenmörder wie Eichmann und Mengele befanden, schreibt Schneppen: »Keiner der Argentinienflüchtige gehört in der NS-Hierarchie zu den ‚ganz Großen‘.«<sup>28</sup>

Dass NS-Verbrecher wie Eichmann und Mengele in Argentinien Jahrzehnte lang unbekämpft blieben, ist für Schneppen kein politischer Skandal, für den die Regierungen Deutschlands und Argentiniens Verantwortung tragen, sondern eine Folge der komplizierten juristischen Verfahren und Auslieferungsbestimmungen. Uki Goñi nennt andere Gründe. So hätten zum Beispiel die deutschen Botschafter Werner Junkers und Ernst Günther Mohr, die in den 1950er und 1960er Jahren in Buenos Aires die Auslieferung von NS-Verbrechern hätten betreiben sollen, möglicherweise deshalb kein allzu großes Interesse daran gehabt, weil sie selber bereits dem NS-Regime als Diplomaten gedient hatten. Argentinische Staatsanwälte hätten zudem nachweislich kompromittierende Akten von Kriegsverbrechern in ihren Safes verschwinden lassen und durch die öffentliche Ankündigung bevorstehender Ermittlungen Naziflüchtlingen die Möglichkeit geboten, sich rechtzeitig ins benachbarte Paraguay abzusetzen.

Auch das diktatorisch regierte Paraguay wurde zu einer Hochburg für untergetauchte NS-Verbrecher in Lateinamerika. Und kein anderer als Heinz Schneppen amtierte dort von 1989 bis 1993 als deutscher Botschafter.<sup>29</sup>

## Anmerkungen:

- 1 Alle Zitate von Uki Goñi, die nicht aus seinem Buch stammen, sind Mitschnitten seiner Lesungen am 6.12.2006 in Bonn und am 16.5.2007 in Köln entnommen.
- 2 Goñi, Uki: Odessa – Die Wahre Geschichte. Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher. Berlin/Hamburg 2006

3 Detaillierte Angaben über alle Genannten und ihre Aufenthaltsorte in Argentinien finden sich in Goñis Buch, a.a.O.

4 Ebd., S. 37

5 Rom, Eugenio P.: Asi hablaba Juan Perón. Buenos Aires 1980. S. 107-109. Zit. nach Goñi a.a.O., S. 44

6 Schneppen, Heinz: Odessa und das Vierte Reich. Mythen der Zeitgeschichte. Berlin 2007, S. 199

7 Goñi Uki, a.a.O., S. 112 ff.

8 Forsyth, Frederik: Die Akte Odessa. München 1973, S. 395

9 Schneppen, Heinz, a.a.O., S. 22

10 Goñi, Uki, a.a.O., S. 124

11 Ebd., S. 178 f.

12 Ebd., S. 199 ff.

13 Schneppen, Heinz, a.a.O., S. 46

14 Goñi, Uki, a.a.O., S. 126

15 Meding, Holger. Interview im Deutschlandfunk vom 29.12.2006

16 Goñi, Uki, a.a.O., S. 301

17 Ismar, Georg: Argentinien und das Dritte Reich: Einleitende Gedanken zum Forschungsstand. In: Iberische und Lateinamerikanische Abteilung des Historischen Seminars der Universität zu Köln: Argentinien und das Dritte Reich. Mediale und reale Präsenz, Ideologietransfer, Folgewirkungen. Köln, 15. bis 17. Dezember 2006, S. 7. Als Band 4 der Deutsch-Lateinamerikanischen Forschungen erschien 2008 unter demselben Titel die Dokumentation der Tagung.

18 Goñi, Uki, a.a.O., S. 48

19 Ebd.

20 Meding, Holger. Interview im Deutschlandfunk vom 29.12.2006

21 Goñi, Uki, a.a.O., S. 50

22 Ebd., S. 57ff.

23 Ebd., S. 59

24 Stausberg, Hildegard: Selbst Hitler wurde in Argentinien vermutet. In: Die Welt vom 20.12.2006

25 Iberische und Lateinamerikanische Abteilung des Historischen Seminars der Universität zu Köln: Argentinien und das Dritte Reich, a.a.O., S. 17

26 Schneppen, Heinz, a.a.O., S. 201f.

27 Ebd., S. 123

28 Ebd., S. 125

29 Dass Schneppen alte Nazis als ehrenwerte Herren ansieht, offenbarte er im Jahre 2004 mit seiner öffentlichen Kampagne gegen den damaligen Außenminister Joseph Fischer. Als Dienstherr des Auswärtigen Amtes hatte Fischer die Anweisung erteilt, in der Hauspostille des Ministeriums keine Nachrufe mehr für verstorbene Diplomaten abzudrucken, die vor ihrem Dienst für die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der NSDAP gewesen waren. Schneppen empfand dies als »unsachlich, unanständig und unehrlich«. Er schaltete für den ehemaligen SS-Ehrenuntersturmführer und späteren Botschafter bei der NATO, Franz Krapf, selbst eine großformatige Todesanzeige in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (9.2.2005). Sie trug die Unterschriften von 120 Diplomaten, darunter fünf ehemalige Staatssekretäre. Darin hieß es über den verstorbenen SS-Mann: »Freunde, Kollegen und Mitarbeiter bewahren ihm ein ehrendes Andenken.«

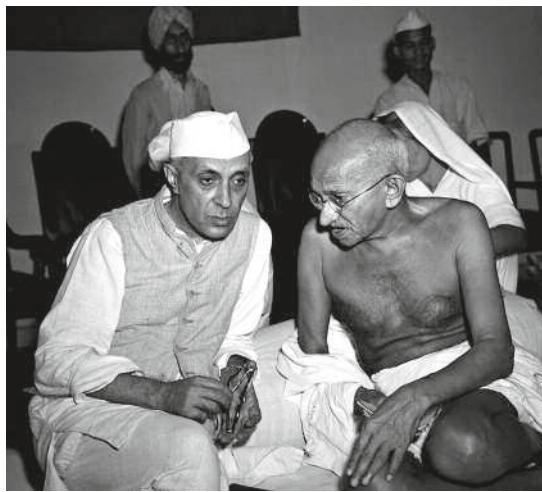


Foto: iz3w-Archiv

Jawaharlal Nehru und Mohandas Karamchand Gandhi:  
Im antikolonialen Widerstand *und* auf Seiten der Alliierten



Foto: K. Rössel

Luis Taruc, Anführer der Antijapanischen Volksbefreiungsarmee  
der Philippinen

# Notwendige Unterscheidungen

## Thesen wider den Geschichtsrevisionismus in Sachen Kollaboration

von Karl Rössel<sup>1</sup>

Kollaboration mit Nazis war kein unausweichlicher Sachzwang, auch nicht für antikoloniale Bewegungen in Ländern der Dritten Welt. Es gab Handlungsalternativen, wie das antifaschistische Engagement vieler seinerzeitiger AkteurInnen verdeutlicht. Die folgenden Thesen wollen zu mehr Trennschärfe bei der Diskussion über antikoloniale Befreiungskämpfe beitragen. Nötig ist diese Trennschärfe nicht nur hinsichtlich historischer Ereignisse, sondern auch bei heutigen Auseinandersetzungen etwa über den Nahostkonflikt.

der Nachkriegszeit fortbestanden. Und überall dort, wo Nazi-Sympathisanten nach dem Kriegsende Regierungsgewalt übernahmen oder behielten, waren diktatorische Herrschaftsverhältnisse die Folge: von Ägypten, Saudi-Arabien und dem Irak über Burma, Thailand und Indonesien bis nach Argentinien und Paraguay.

### Der Feind meines Feindes ist nicht automatisch mein Freund

► Eine der häufigsten Relativierungen der Kollaboration mit Nazis ist die Aussage: »Der Feind meines Feindes ist mein Freund.« Der Palästinenserführer Husseini hat sie in einer Rede vor Imamen der bosnischen SS-Division als »arabisches Sprichwort« ausgegeben.<sup>2</sup> Die einzige deutschsprachige Studie über den indischen Nazisympathisanten Bose beginnt mit diesen Worten<sup>3</sup>. Und auch in Publikationen anderer WissenschaftlerInnen wird der Satz gebetsmühlenartig wiederholt, etwa wenn es um Kollaborateure in Burma, Malaia, Ägypten und im Irak geht. Der Zweck dieses Satzes ist, die Kollaboration als lediglich taktische Maßnahme darzustellen und sie in einem mildernden Licht erscheinen zu lassen. Dabei verbot es auch im antikolonialen Befreiungskampf jede der Freiheit verpflichtete politische Strategie, Faschisten als »Freunde« anzusehen und mit ihnen Zweckbündnisse zu schließen, auch wenn diese gegen vermeintlich gemeinsame politische Gegner gerichtet waren.

### Nazikollaborateuren ging es nicht um Befreiung, sondern um Macht

► Die Vertreter von Unabhängigkeitsbewegungen, die im Kampf gegen ihre jeweiligen Kolonialmächte mit den Achsenmächten kollaborierten, waren Nationalisten, nicht Internationalisten. Ihnen ging es um die Beteiligung an der Macht, nicht um soziale Befreiung. Ansonsten hätte sich jede Zusammenarbeit mit Faschisten ausgeschlossen. Die Kollaborateure der Achsenmächte übernahmen in ihrer Ideologie und politischen Praxis Elemente faschistischer Herrschaft – sowohl während des Zweiten Weltkriegs als auch in der Nachkriegszeit. Sie sahen in der militärischen Gesellschaftsordnung der Achsenmächte Vorbilder für autoritäre Regierungsformen in ihren eigenen Ländern. Vielerorts wurden faschistische Parteien und Jugendorganisationen nach deutsch-italienischem Vorbild gegründet, von denen einige auch in

### Wer Vernichtungskriege und den Holocaust billigend in Kauf nahm, trägt Mitschuld daran

► Den Kollaborateuren waren die Verbrechen der kriegsführenden Mächte erklärtermaßen gleichgültig. Sie wussten um die italienischen Giftgaseinsätze in Äthiopien ab 1935, das japanische Massaker von Nanking

1937 und den Vernichtungskrieg der deut-

schen Wehrmacht in Osteuropa ab 1939. Sie haben die Verfolgung und Ermordung von Jüdin-

nern und Juden mit-

erlebt – sowohl als Exilanten in Nazideutschland als auch in vielen ihrer Heimatländer. Schließlich versuchten die Nazis ihren Vernichtungswahn noch in den letzten Winkeln der Erde zu exekutieren. Von Lateinamerika über Nordafrika und den Nahen Osten bis nach Indochina und Shanghai – überall wa-

ren einheimische Helfershelfer bereit, den antisemitischen Massenmördern zur Hand zu gehen. Führende Politiker, insbesondere in arabischen Ländern, riefen sogar selbst zur

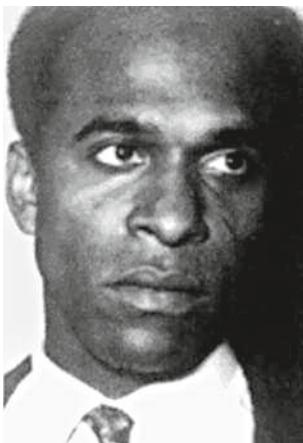


Foto: Rhein-Journalistinnenbüro

Frantz Fanon meldete sich freiwillig für die antifaschistischen Truppen des Freien Frankreichs

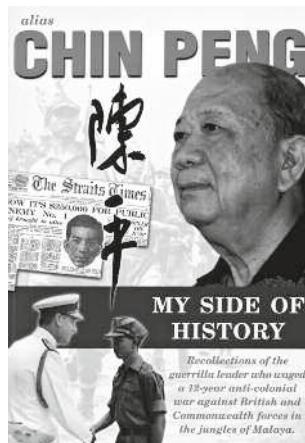


Foto: Rhein-Journalistinnenbüro

Chin Peng, malaiischer Kommunist, kämpfte im Untergrund gegen die japanische Besatzung



Stein des Anstoßes: ZMO-Studie

»Vernichtung der Juden« auf. Aber auch kollaborierende Unabhängigkeitsbewegungen, die dies nicht taten, tragen Mitschuld an den Kriegsverbrechen der Achsenmächte, weil sie diese widerspruchslos geschehen ließen. Die Kooperation mit faschistischen Kriegstreibern bedeutete nichts anderes als propagandistische und praktische Hilfestellung für deren Vorhaben.

### **Die Kollaboration erhöhte die Zahl der Kriegsopfer**

► Kollaboratoren haben die faschistischen Achsenmächte politisch, ökonomisch und in vielen Fällen auch militärisch unterstützt, und dies rund um den Globus und massenhaft. Selbst für die Todesschwadronen der Waffen-SS, die Giftgasbrigaden der italienischen Faschisten und die Mordkommandos der japanischen Besatzer ließen sich tausende Helfershelfer anheuern. Zehntausende meldeten sich freiwillig zur Arbeit in den Rüstungsindustrien der kriegstreibenden Mächte, Hunderttausende zum Kriegsdienst in deren Streitkräften und Millionen Menschen bejubelten deren Siege. Diese massenhafte Kollaboration hat die Befreiung der Welt vom europäischen Faschismus und japanischen Großmachtwahn wesentlich erschwert und verzögert. Die Folge davon waren Millionen Tote, die es ohne Kollaboration nicht gegeben hätte. In der apologetischen Literatur zum Thema Kollaboration (gleich zu welchem Land) finden diese Opfer bezeichnenderweise nirgends Erwähnung. Stattdessen wird Kollaboration als »Episode der Geschichte«, »Sachzwang«, »politisches Zweckbündnis« oder »Zeiterscheinung« verharmlost, was einer Missachtung der Opfer gleichkommt.

### **Den Faschisten ging es nicht um die Befreiung vom Kolonialismus**

► Wer den Nationalsozialisten, den italienischen Faschisten und den japanischen Führ-

ern zubilligt, ihnen sei es darum gegangen, mit Geld und Waffen antikolonialen Befreiungsbewegungen zum Durchbruch zu verhelfen, lässt sie wie Vorläufer der internationalen Solidaritätsbewegung erscheinen. Dies ist eine Revision der Geschichte, die von Besatzungsterror und Kriegsverbrechen in den von den Faschisten regierten und eroberten Ländern nichts wissen will. Tatsächlich suchten sie allerorts lediglich Büttel zur Realisierung ihrer eigenen Großmachphantasien, die selber einen kolonialen Charakter hatten. Die Rechtfertigung von Kollaboration ist deshalb eine Relativierung des Faschismus. Denn wer BündnispartnerInnen der Achsenmächte als »Freiheitskämpfer« tituliert, suggeriert, den Faschisten sei es mit ihrem Krieg um »Befreiung« gegangen.

### **Die Leugnung des Antisemitismus als Beweggrund zur Kollaboration erleichtert seine Verbreitung bis in die Gegenwart**

► Militärs wie Perón in Argentinien erschwertem mit ihrer antisemitischen Einwanderungspolitik jüdischen Flüchtlingen während und unmittelbar nach dem Krieg die Einreise. Aufgearbeitet wurde dieser Aspekt der argentinischen Geschichte nicht. So blieb der Antisemitismus in Argentinien bis in die Gegenwart virulent und führte noch in den 1990er Jahren zu Bombenanschlägen auf das jüdische Gemeindezentrum AMIA und die israelische Botschaft in Buenos Aires.

Durch die antisemitischen Sondergesetze der Vichy-Regierung in den französischen Kolonien wurden Juden in West- und Nord-Afrika, Indochina und der Pazifikregion aus dem öffentlichen Leben verbannt und verfolgt. Diese Ausgrenzung setzte sich auch nach 1945 fort. Nach dem Krieg um die Gründung Israels 1947/48 sahen sich allein in den französischen Kolonien Nordafrikas Hunderttausende Jüdinnen und Juden aufgrund zuneh-

mender Feindseligkeiten zur Flucht in die USA, nach Australien, Europa und Israel gezwungen. Ihre Zahl entsprach in etwa derjenigen der PalästinenserInnen, die damals flohen oder vertrieben wurden. Über diese palästinensische »Katastrophe«, »Nakba« genannt, haben deutsche ArabistInnen zahlreiche Studien veröffentlicht. Deren Rezeption »im israelisch-palästinensischen Konflikt« wird in manchen Publikationen sogar mit der Shoah verglichen,<sup>4</sup> sprich: mit dem industriell organisierten

deutschen Massenmord an sechs Millionen Juden. Mit dieser Gegenüberstellung wird den PalästinenserInnen eine vergleichbare Opferrolle attestiert wie den Jüdinnen und Juden. Dies ist nicht Wissenschaft, sondern von antizionistischen und antisemitischen Ressentiments geprägte Propaganda.

Der Antisemitismus in arabischen Ländern blieb nach Ende des Zweiten Weltkriegs so präsent, dass die Zahl von Juden in Marokko von 250.000 auf 5.000 und in Tunesien von 150.000 auf 1.500 zurückging, während Länder wie Algerien und Libyen nahezu ganz »judenfrei« wurden. Die Verleugnung antisemitischer Traditionen und die Weigerung, sich kritisch damit auseinander zu setzen, führten auch im nationalen Befreiungskampf Palästinas zu deren Perpetuierung bis in die Gegenwart. Nicht zufällig beruft sich die Hamas bis heute in ihrer Charta auf die antisemitische Hetzschrift »Die Protokolle der Weisen von Zion«. Deren erste Übersetzung ins Arabische erschien in den 1920er Jahren in Palästina, und als Großmufti von Jerusalem argumentierte Hussein schon Anfang der 1930er Jahre gegenüber der britischen Mandatsbehörde damit. Versatzstücke von Husseinis Hetzreden im Propagandasender der Nazis, in denen er »die arabische Welt« und »die Muslime« dazu aufrief, dem deutschen Beispiel zu folgen und für eine »endgültige Lösung« des »Judenproblems« zu sorgen, finden sich bis

heute nahezu wörtlich in den Statements und Programmen von Bewegungen wie Hamas und Hisbollah.

## Zur Kollaboration mit den Achsenmächten gab es eine Alternative: Widerstand gegen den Faschismus!

► Für die kompromisslose Gegnerschaft der Kolonisierten zu ihren britischen, französischen, niederländischen oder US-amerikanischen Kolonialherren gab es viele triftige Gründe. Trotzdem sympathisierten längst nicht alle in den Kolonien mit den faschistischen Achsenmächten, als diese den alliierten Kolonialmächten den Krieg erklärten. Frantz Fanon etwa, der in den 1950er Jahren zum Theoretiker der antikolonialen Bewegungen werden sollte, meldete sich im Zweiten Weltkrieg freiwillig, um mit den Truppen des Freien Frankreich gegen Nazideutschland zu kämpfen, da ihn »der Antisemitismus mitten ins Fleisch« treffe und er in Juden leidende Brüder sah.<sup>5</sup>

Luis Taruc, Anführer der Antijapanischen Volksbefreiungsarmee der Philippinen (Hukbalahap), mit 30.000 Kämpfern und 70.000 Reservisten eine der größten Partisanenbewegungen im Zweiten Weltkrieg, stellte den antifaschistischen Kampf über den Befreiungskampf gegen die Kolonialmacht USA: »Wir waren gegen Nazismus, Faschismus und den japanischen Militarismus, aber auch gegen den Imperialismus der Amerikaner. Aber wir kamen zu dem Ergebnis, das Letzterer das kleinere Übel darstellte.«<sup>6</sup> Chin Peng, antijapanischer Widerstandskämpfer in Malaya und später Generalsekretär der Kommunistischen Partei des Landes, schrieb in seiner Autobiographie: »Jeder von uns hatte die Wahl (...) Ich persönlich entschied mich, Freiheitskämpfer zu werden (...) Ich konnte keinerlei Kompromiss mit den Japanern schließen.«<sup>7</sup> In Indien riefen Gandhi und Nehru zum Kampf gegen die Nazis auf.

Auch in der arabischen Welt gab es antifaschistische Stimmen und Organisationen. So entstand in Ägypten eine »Liga gegen den deutschen Antisemitismus«, die 1.500 Mitglieder zählte.<sup>8</sup> In Algerien protestierten arabische Honoratioren gegen die antisemitischen Sondergesetze der Vichy-Administration und lehnten es ab, sich an beschlagnahmten jüdischen Wertsachen zu bereichern.<sup>9</sup> Selbst auf der abgelegenen Insel Hikuera in der französischen Kolonie Polynesien, erklärte der traditionelle Chef der Insel, Nohorai Sue, im Oktober 1939: »Deutsch-

land hat sich vor aller Welt als eine Nation offenbart, die man ächten muss (...) Kaum zwei Jahrzehnte, nachdem die deutsche Nation, die anderen immer nur Übles wollte, niedergerungen war, ist sie schon wieder über andere Länder hergefallen, um sich die Reichtümer ihrer Bewohner und die Früchte ihrer Arbeit anzueignen. Die Bevölkerung von Hikuera ist deshalb einhellig und unverzüglich bereit, jedem Aufruf zur Verteidigung Frankreichs zu folgen und dem Land zu Hilfe zu eilen.«<sup>10</sup>

Zahlreiche weitere Beispiele für antifaschistisches Bewusstsein in der Dritten Welt ließen sich anführen. Umso kritikwürdiger ist, dass die hiesigen ApologetInnen von Kollaborateuren deren Entscheidung, sich an die Seite der Faschisten zu stellen, durchweg so darstellen, als hätte es dazu keine Alternative gegeben.

## Wenn von »traditionell guten Beziehungen« zwischen Deutschland und Ländern der Dritten Welt die Rede ist, verheißt das nichts Gutes

► Zu den Lieblingsfloskeln deutscher AuslandskorrespondentInnen, FernsehkommentatorInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen über Länder der Dritten Welt gehört die von deren »traditionell guten Beziehungen« zu Deutschland. Dabei sind Anlässe und Wortwahl selten so verräterisch wie beim Besuch des deutschen Außenministers Klaus Kinkel 1997 in Indien, wo er bei einer Gedenkfeier für den Nazikollaborateur Bose vom Wiederaufleben einer alten »Achse« sprach.<sup>11</sup> Auch in wissenschaftlichen Publikationen etwa über arabische Länder ist nicht selten von guten, über Jahrzehnte gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland die Rede, ohne dass dabei die Zeit des Faschismus und die Kollaboration arabischer Politiker mit den Nazis als Zäsur vermerkt wäre.

## Deutsche WissenschaftlerInnen wollen das Nest nicht beschmutzen, in dem sie forschen

► Die Argumentationsmuster, mit denen WissenschaftlerInnen hierzulande Kollaborateure zu entschuldigen suchen, gleichen sich auffallend, ganz egal, ob es um Lateinamerika, Nordafrika, den Nahen und Mittleren Osten oder Asien geht. Damit stellt sich die Frage nach den Gründen dafür. Wenn es diesen WissenschaftlerInnen – wie sie durchweg beteuern – nicht darum geht, den Faschismus zu verharmlosen, die deutsche Geschichte zu beschönigen und antisemitische Ressenti-

ments zu bedienen, mag ihre eingeschränkte Wahrnehmung von Geschichte darauf beruhen, dass sie möglichst positive Bilder von den Ländern und Regionen vermitteln wollen, in denen sie forschen. Die Aufarbeitung unbequemer historischer Fakten erschwert in vielen Ländern die Forschungsarbeit, weshalb eher (regierungs-)offizielle Erwartungen an Geschichtsschreibung bedient werden. Schließlich müssen sich schon einheimische »Netzbeschützer« gegen erhebliche Widerstände behaupten, wie das Beispiel des argentinischen Historikers Uki Goñi zeigt. Insbesondere in Ländern, in denen es keine selbstkritischen Geschichtsdiskurse gibt, halten sich ausländische WissenschaftlerInnen mit Kritik zurück, um ihre Arbeitsgrundlagen nicht zu gefährden.

Doch selbst, wenn pragmatische Überlegungen wie diese der Hauptgrund dafür sein sollten, dass hierzulande das Phänomen der Kollaboration in der Dritten Welt weitgehend verschwiegen oder beschönigt wird, ist auch dies keine Entschuldigung dafür.

## Anmerkungen:

- Der Autor dankt Christa Aretz, Albrecht Kieser und der iz3w-Redaktion für Anregungen, Kritik und Verbesserungsvorschläge bei der Formulierung dieser Thesen.
- Höpp, Gerhard (Hg.): Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940-1945. Zentrum Moderner Orient, Studien16, Berlin 2004, S. 222
- Kuhlmann, Jan: Subhas Chandra Bose und die Indienpolitik der Achsenmächte. Berlin 2003, S. 11
- siehe z.B.: Joggerst, Karin: Vergegenwärtigte Vergangenheit(en). Die Rezeption der Shoah und Nakba im israelisch-palästinensischen Konflikt. In: Höpp, Gerhard/Wien, Peter/Wildangel; René: Blind für die Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus. Berlin 2004, S. 295
- Fanon, Frantz: Schwarze Haut, Weiße Masken. Frankfurt a.M. 1985, S. 66
- Taruc, Luis, im Interview mit dem Autor im Januar 2000 in Quezon City in den Philippinen.
- Ching Peng: My Side of History. Singapore 2003, S. 510f.
- Krämer, Gudrun: Minderheit, Millet, Natin? Die Juden in Ägypten 1914-1952. Wiesbaden 1982, S. 261f.
- Satloff, Robert: Among the Righteous. Lost Stories from the Holocaust's long reach into Arab Lands. New York 2006, S. 105ff.
- Goullelan, Pierre-Yves: Encyclopédie de la Polynésie. Band 7. La France en Polynésie 1842-1960. Papeete, Tahiti, 1986, S. 85
- Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes bestätigte auf Nachfrage den Besuch Kinkels in Indien, konnte aber Unterlagen über dessen dortige Rede angeblich nicht mehr finden. Sie ist hier zitiert nach:  
[www.uni-tuebingen.de/indologie/akisk/geschichte/ns-india.html](http://www.uni-tuebingen.de/indologie/akisk/geschichte/ns-india.html)

ten: „Ich danke Ihnen, die diese dankt aber auch uns durch diese kolonialen Gedanken erhoffen, weil nering an unsere in den kolonialen mwerde. Gehöden beißen der sprach dem Besen sie, die über den aus an Deutich-jane Wege gehen wunderlich, wenn bändne wie das mit waren, abseits stift dieses Staates. Heute ist es Forderungen, die ründne gleichzeitig zen Nation.

Wünsche die Wün- eute ist ihr Kampf Volkes. Das deut- tete Verunglimp- ls eine idämische erjäller Dästal feit- infäig iet, zu folo- lachspruch von der üstet zurückgewiesen elt werden, daß das nmüig die un- trüstung zurückweist.

wie jede Kultur- auf Kolonien und

sich erst recht das

Anspruch niemals

her Beifall)

dem uns wieder Recht

er Beziehung zuteil

Wagner, dem früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Exzellenz Dr. Schnee, Oberbürgermeister Dr. Kerber, zum Abschluß der Reichskolonialtagung in Freiburg



Niemannen-Straße  
Vorbeimarsch der Kolonialkrieger und der NS-Formationen vor General Ritter von Epp und Gauleiter Robert Wagner  
Personen von links nach rechts: General von Epp, Gauleiter Wagner, Oberstleutnant a. D. v. Voemken, Oberbürgermeister Dr. Kerber.

Raub unje Welt gelt Deutlich wiss der Führer vo Deutschland

die Frage di niemals gle

ja böh im Ge sei, der dann die großen Eu zum Leben ge

Und zu diese

Drei Gründpflichtung zur fungsmöglich

1. Um unte möglichsten und überflusses ei

2. erheben deutscher Kolon

### Großartig

Der gestrige bei zwei der n folge. Bei der auf dem Rück unseres deutsc ecola neuere grohartigen Sü Tennisplätzen h schwer erkämpft Australiens den runde der Davi stellen. (Ausfu

Aus: Der Alemann – Kampfblatt der Nationalsozialisten Oberbadens (17.6.1935)

## Kokospalme mit Hakenkreuz Die Kolonialbewegung in Freiburg während des Nationalsozialismus

Wie nationalsozialistisch war die Bewegung für deutschen Kolonialbesitz in Afrika? Wie kolonialistisch war umgekehrt der NS-Staat? Eine neue Forschungsperspektive für diese Fragen ist die lokale Ebene. Sie gibt Aufschlüsse darüber, wie das Kolonialthema unterhalb der ‚großen Politik‘ in der Gesellschaft verhandelt wurde. Das Beispiel Freiburg zeigt, wie eng die inhaltlichen und personellen Verquickungen sein konnten.

von Heiko Wegmann

► Die führende Kraft der Kolonialbewegung war die »Deutsche Kolonialgesellschaft« (DKG), das war in Freiburg nicht anders als im gesamten Deutschen Reich.<sup>1</sup> 1925 übernahm in Freiburg mit Max Knecht erstmals ein ehemaliger Kolonialoffizier den Vorsitz, nachdem die DKG zuvor vom Handelskammerpräsidenten Julius Mez und den Freiburger Professoren der Volkswirtschaft (Eugen von Philippovich), Geographie (Ludwig Neumann) und Geschichte (Michael Wolfgang) geführt worden war. Knecht erwirkte bald die Mitgliedschaft der Stadt Freiburg in seiner DKG-Ortsgruppe, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten aufrechterhalten wurde.

Oberstleutnant Knecht hatte während des Mai-Juli-Krieges 1905 an so genannten »Strafexpeditionen« in Deutsch-Ostafrika

teilgenommen und nach dem Kolonialdienst in Freiburg Karriere gemacht. Er beteiligte sich als Stadtverordneter an der Gleichschaltung des Gemeinderates. 1936 wurde er zum Führer des Landesverbands Baden des NS-Reichskriegerbundes (Kyffhäuserbund)

ernannt, in dem er ebenfalls massiv für den Kolonialgedanken warb. Die Ernennung motivierte ihn zu der Ankündigung:

»Es wird meine vornehmste Aufgabe sein, diese alten Soldaten als vollwertige Mitkämpfer in den Staat Adolf Hitler einzugliedern.« 1939 schmückte er sich neben der Kolonialuniform mit dem SS-Ehrendegen, den er als SS-Standartenführer von Heinrich Himmler verliehen bekam. (Nach 1945 stellte sich Knecht dann als völlig unpolitischer Militär dar).

### »Deutschland hat wie jede Kulturnation berechtigten Anspruch auf Kolonien«

Neben diesen Aktivitäten war Knecht Gründungsmitglied der »Geographischen Gesellschaft«, die koloniale Themen popularisierte. Viele weitere Beispiele ließen sich anfügen, wie Knecht den Kolonialgedanken in die Gesellschaft hineintrag, der von ihr häufig bereitwillig aufgenommen wurde. Knecht symbolisiert in Freiburg das Aufeinanderzugehen der »reaktionären«, dem Kaiserreich verbundenen Kolonialbewegung und der neueren NS-Bewegung, deren Verhältnis ja durchaus von Konflikten geprägt war. Dieses Zusammengehen verdeutlicht aber auch der »Verein ehemaliger Kolonialkrieger und -deutscher«. Aus einem Eigenbericht der Kameradschaft geht hervor, dass bereits im Juni 1933 bei einer Vorstandssitzung elf der zwölf anwesenden Vorstandsmitglieder Mitglied der NSDAP waren.<sup>2</sup>

### Die Reichskolonialtagung 1935

► Den Höhepunkt der Propagandatätigkeit Knechts bildeten die Tagung des Reichskolonialbundes (RKB) und die Kolonialausstellung 1935 in Freiburg. Der RKB war zu diesem Zeitpunkt die Dachorganisation der prokolonialen Organisationen unter Führung der DKG (1936 wurde die Kolonialbewegung in einer ebenfalls Reichskolonialbund benannten Organisation unter NS-Kontrolle gleich-

geschaltet). Freiburg wurde mehrere Tage lang Schauplatz zahlloser Treffen der verschiedenen kolonialen Verbände sowie mehrerer öffentlicher Großkundgebungen. Über 1.800 TagungsteilnehmerInnen und 900 Kolonalkrieger zeigten Präsenz.

In Hinblick auf die politische Großwetterlage standen Tagung und Ausstellung aus Sicht der Kolonialbewegten eigentlich unter keinem guten Stern. Innerhalb der obersten Partei- und Staatshierarchie der Nationalsozialisten tobte ein Kampf zwischen Kolonialbefürwortern und -gegnern (siehe Interview auf Seite 15). Im ersten Halbjahr 1935 wurden die deutsch-britischen Verhandlungen über ein Flottenabkommen geführt, das Deutschland eine begrenzte Wiederaufrüstung gestatten sollte. Allzu laute Misstöne in Form kolonialer Forderungen gegenüber Großbritannien, das sich in Form von Völkerbund-Mandaten ehemalige deutsche Kolonien einverlebt hatte, waren zu diesem Zeitpunkt nicht erwünscht. Das Propagandaministerium verfügte daher im Februar 1935 gegenüber der Presse, koloniale Mandatsfragen nicht in großen Artikeln zu behandeln. Der Stabsleiter von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, Martin Bormann, teilte den NSDAP-Dienststellen mit, koloniale Propaganda und Werbetätigkeit innerhalb und durch die Partei seien nicht erwünscht.

Unmittelbar vor der Unterzeichnung des Flottenabkommens am 18. Juni fand dennoch vom 13. bis 16. Juni 1935 die Reichskolonialtagung des bislang nur bedingt gleichgeschalteten Reichskolonialbundes in Freiburg statt. In riesigen Lettern rief der NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter von Baden, Robert Wagner, in der lokalen Presse zur Tagung auf: »Wir grüßen die Vorkämpfer für Raum und Volk. (...) Die Behauptung, Deutschland besitze nicht die Befähigung zu kolonisieren, weist das ganze deutsche Volk als eine Beleidigung zurück. Deutschland hat wie jede Kulturnation berechtigten Anspruch auf Kolonien. Diesen Anspruch werden wir auch durch die Kolonial-Ausstellung in Freiburg erheben und verteidigen.«

## »Sinnbild der deutschen Kraft«

► Ins selbe Horn stieß der Aufruf von Freiburgs Oberbürgermeister Dr. Franz Kerber: »Aus drei Gründen ist die Pflege des Kolonialgedankens eine nationalsozialistische Pflicht: Erstens brauchen wir als ‚Volk ohne Raum‘ Kolonien, um deutsche Menschen anzusiedeln und eigene Rohstoffgebiete zu besitzen. Zweitens ist uns der deutsche Kolonialbesitz unter ehrenrührigen Gesichtspunkten geraubt worden. Ein Deutschland der Ehre und der Freiheit muß auf Wiedergutmachung des unserem Volke zugefügten Unrechts dringen. (...) Die Stadt Freiburg ist stolz, die erste große Kolonialtagung, welche in dem wieder souverän gewordenen Deutschland abgehalten

ten wird, in ihren Mauern bergen zu dürfen. Wir werden im Südwesten des Reiches in der Pflege des kolonialen Gedankens hinter den übrigen Städten und Gauen nicht zurückstehen.« Das Besondere an Kerbers Aufruf ist die explizite Forderung nach »Lebensraum« in den Kolonien, wie ihn auch Wagner und Knecht forderten. Innerhalb der NSDAP war dies eigentlich unerwünscht und wurde etwa von der Clique um Reichsbauern-

führer Richard Walther Darré – selbst einmal Schüler der Kolonialschule Witzenhausen – scharf angegriffen. Denn laut Blut-und-Boden-Ideologie durfte der neue »artgerechte« Lebensraum nur im Osten sein. Ende 1933 schrieb Propaganda-Minister Goebbels in Bezug auf die Werbung für Überseesied-

Kolonialtagung ein Jahr zuvor in Kiel, aber bereits die Ebene darunter war stark vertreten. Es kamen die NS-Reichsfrauenführerin Gertrud Scholz-Klink sowie der erwähnte NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner, nebst acht ehemaligen

Gouverneuren und General von Lettow-Vorbeck. Wagner, ein früher Wegbegleiter Hitlers, war auf Betreiben Knechts Schirmherr der gleichzeitig

eröffneten Kolonialausstellung in der städtischen Festhalle. Diese sahen in drei Wochen über 22.000 BesucherInnen. Die hohe Zahl ging darauf zurück, dass im großen Stil Schulklassen, SA, SS, NS-Frauenschaft, NS-Arbeitsdienst, die TeilnehmerInnen der Kolonialtagung sowie einer teilnehmerstarken



Ritter von Epp bei der Pflanzung einer Kolonialeiche (16.6.35), Motiv: Stadtarchiv Freiburg

lung durch den Reichskolonialbund, dass sie mit Hinweis auf die Ostraumpolitik abzuweisen sei. »Der Nationalsozialismus kennt nur eine Heimat: Deutschland, nur ein Volk aus einem Blut, auf heimischem Boden. ... Die Propaganda unter der für Romantik und Abenteuer zugänglichen Jugend, zumal in den Schulen, erheischt besondere Überwachung, damit ihr nicht ein der nationalsozialistischen Erneuerung aus Blut und Boden entgegengesetztes Ideal des kolonialen Gedankens im Sinne der vorkriegszeitlichen Übersee-Politik eingeimpft wird.«<sup>3</sup>

Erstaunlich ist, wie breit die Teilnahme an der Tagung seitens der alten Kolonialbewegung einerseits und der NS-Hierarchie andererseits ausfiel. Zwar war die allerhöchste NS-Elite in Person von Hitler, Heß, Göring oder Goebbels nicht anwesend, wie schon bei der

Kraft-durch-Freude-Fahrt aus der Pfalz zur Ausstellung kamen.

Eine zentrale Figur der Kolonialbewegung war General Franz Ritter v. Epp, Bundesführer des Deutschen Kolonialkriegerbundes, Leiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP und zudem Reichsstatthalter von Bayern. In seiner Ansprache bei der Pflanzung einer Kolonialeiche vor der Freiburger Universität wird das ganze Pathos der Veranstaltung deutlich: »Im Boden zweier Erdteile stehen die Wurzeln des Baumes, im historischen Heimatboden des alten Kulturlandes der Rheinebene und im Sande, den alte Kolonialkrieger aus Südwest eigens zu diesem Zwecke (...) nach Deutschland gesandt haben. Möge dieser Baum als Sinnbild der alten deutschen Kraft wachsen und stark werden und möchten seine Zweige dereinst wieder

deutschen Geschlechtern Schatten spenden, die einen deutschen Kolonialbesitz als etwas Selbstverständliches wieder erleben«.<sup>4</sup>

## Ein OB macht Kolonialpolitik

► 1941 verzeichnete der Reichskolonialbund 2,1 Millionen Mitglieder, während die DKG in ihren besten Zeiten um 1914 nur 42.600 Mitglieder hatte. Am Beispiel Freiburgs lässt sich nachvollziehen, wie dies zustande kam. 1936 setzte sich OB Kerber nachdrücklich für die Expansion des soeben gleichgeschalteten respektive neu gegründeten Reichskolonialbundes ein. In einem Schreiben, das an die gesamte städtische Belegschaft – Beamte, Angestellte und Arbeiter – gerichtet war, wurde diese zum Beitritt in die Freiburger RKB-Ortsgruppe aufgefordert. Darin hieß es: »Um die Pläne unseres Führers verwirklichen zu helfen, muss der Kampf um Deutschlands koloniale Gleichberechtigung tatkräftig weitergeführt werden.« Dem Schreiben hingen die einzureichenden Einschreibunglisten gleich an. Ähnliche Aufforderungen waren kurz zuvor schon von der Reichspostdirektion an alle Beschäftigten ergangen.

Unterstützung hatte die »koloniale Sache« zwar schon jahrzehntelang von den vorigen Freiburger Oberbürgermeistern verschiedener Parteizugehörigkeit erhalten, aber der 1933 an die Macht gekommene Dr. Franz Kerber legte ein besonders großes Engagement an den Tag. Kerber war seit 1932 Kreisleiter der NSDAP sowie Hauptschriftleiter der NSDAP-Zeitung »Der Alemann«. Er veranlasste 1935 die umfassende organisatorische wie finanzielle Beteiligung der Stadt Freiburg an der RKB-Tagung und Ausstellung und hielt eine Rede bei der Kolonialkundgebung auf dem Münsterplatz.

1937 wurde Kerber Mitglied des exklusiven Kolonialbeirates Baden. Er vertrat dort die Landesdienststelle Baden des Deutschen Gemeindetages. Dem Beirat gehörten auch der ehemalige Gouverneur Theodor Seitz (Vorsitz), Max Egon Fürst zu Fürstenberg und Oberst-Arbeitsführer Helff vom Reichsarbeitsdienst sowie verschiedene Wirtschaftsführer an. Dort wurden nicht nur Fragen der Möglichkeit der Wiedererlangung von Kolonien erörtert. Man machte sich auch pragmatische Gedanken darüber, wie an geeignetes Personal für Verwaltung, Polizei und Militär in deutschen Kolonien zu gelangen sei (etwa durch Rekrutierung von Kolonialdeutschen aus Südwestafrika), welche Anforderungen an das Personal unter den veränderten Bedingungen langjähriger fremder Mandatsherrschaft zu stellen seien (es sollte beispielsweise Englisch oder Französisch können) und wie unter den gegebenen Bedin-

gungen koloniale Erfahrung erworben werden könnten (in deutschen Konsulaten oder als Volontäre deutscher Unternehmen in Afrika). Aus diesen Überlegungen wurden dann Vorschläge an die Bundesführung des RKB gerichtet.

## Unterstützt von der Wissenschaft

► Die Freiburger Universität verfolgte ebenfalls koloniale Ziele. Neben Vorlesungen wie »Die deutsche Kolonialfrage« im Rahmen der



Eine zentrale Figur: Ritter v. Epp

Volks- und Betriebswirtschaftslehre sowie im Fach Geschichte wurde im Wintersemester 1936/37 eine öffentliche »Kolonialwissenschaftliche Vortragsreihe« durchgeführt. Auch hier war eine breite Allianz am Werke, denn die Reihe wurde vom Rektor der Universität, dem Kreisverband des Reichskolonialbundes, der Geographischen Gesellschaft und dem Oberbadischen Freundeskreis der Deutschen Akademie veranstaltet. Neben den Professoren Gerhard Ritter und Walter Eucken aus Freiburg referierten Gouverneur Dr. h.c. Heinrich Schnee und Carl Troll, der eine Professor für koloniale Geographie in Berlin inne hatte und Berater bei der kolonialwissenschaftlichen Abteilung des Reichsforschungsrates war.

Bemerkenswert war die heterogene Zusammensetzung der Referenten bei der Vortragsreihe. Der erzkonservative Historiker Ritter und der ordoliberalen Ökonom Eucken standen im scharfen Widerspruch zum NS-Regime, während Schnee und Troll daran Teil hatten. Schnee war einer der führenden Kolonialrevisionisten Deutschlands, der die Bewegung als DKG-Präsident von 1930-36

maßgeblich dem Nationalsozialismus zugeführt hatte. Der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei wechselte 1933 zur NSDAP, für die er von 1933 bis 1945 erneut im Reichstag saß. In Trolls Buch »Das deutsche Kolonialproblem auf Grund einer ostafrikanischen Forschungsreise 1933/34« heißt es, bei der Suche nach neuem Lebensraum für die Deutschen seien der Osten, Südamerika und Afrika von besonderem Interesse. Im Zentrum seines Interesses standen die Höhenregionen Ostafrikas, weil sie relevant für die Besiedelung durch die »weiße Rasse« seien. Nach 1945 wurde Trolls Arbeitsschwerpunkt ausgerechnet die Entwicklungsländerforschung. So publizierte er zahlreiche Bücher wie »Die räumliche Differenzierung der Entwicklungsländer in ihrer Bedeutung für die Entwicklungshilfe« (1966) oder »Die Entwicklungsländer in ihrer kultur- und sozialgeographischen Differenzierung« (1969) und gab im Freiburger Herder-Verlag dessen Handatlas heraus.

Das Beispiel Freiburg verdeutlicht somit: Die Vorstellung, ein Recht auf die Unterwerfung und Ausbeutung afrikanischer Länder zu haben, lebte im Nationalsozialismus weiter, auch wenn es gegenüber der Osteroberung nicht als prioritär angesehen wurde. Die Reibungen zwischen den Ost- und Südexpanzionisten besagen nichts über eine vermeintliche Marginalität des Kolonialgedankes, denn die NS-Bewegung und das daraus hervorgegangene NS-Regime waren von Anfang an in vielerlei Hinsicht heterogen. Die Tatsache, dass »Deutsch-Mittelafrika« ein Traum blieb, sollte nicht dazu verleiten, diese koloniale Gedankenwelt wie auch die realen Planungen zu unterschätzen.

## Anmerkungen:

1 1933 blickte die in Freiburg ansässige »Oberbadische Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft« auf eine über fünfzig Jahre lange Geschichte zurück. An ihrem Anfang hatte der von Fabrikanten und Bankiers gegründete »Südwestdeutsche Verein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Ausland« gestanden.

2 Kolonial-Post Nr. 6 vom 23.6.1933, S. 72.

3 Vertrauliches Rundschatzschreiben des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda an sämtliche Landesstellen des Ministeriums vom 4.12.1933, zit. nach Klaus Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919 – 1945. München 1969, S. 863.

4 siehe Heiko Wegmann und Joachim Zeller: »Deutsche Erde zu deutscher Erde« – Die Pflanzung einer Kolonial-Eiche 1935 in Freiburg, <http://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/kolonialeiche.htm>.

Durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg und den darauf folgenden Versailler Vertrag musste Deutschland ab 1919 sämtliche Kolonien an die Alliierten abgeben. Während der Weimarer Republik versuchte eine kolonialrevisionistische Bewegung, den aus ihrer Sicht illegitimen und schmerzlichen Verlust der Kolonien rückgängig zu machen – ohne Erfolg

(siehe dazu den Beitrag von Susanne Heyn in iz3w 296). Große Teile der Kolonialrevisionisten, darunter viele ehemalige Angehörige der Deutschen Schutztruppen, richteten daher ihre Hoffnungen auf die Nationalsozialisten.

In seinem 2008 erschienenen Buch »Deutschland jenseits des Äquators?« zeichnet der Sozialwissenschaftler und Historiker Karsten Linne die NS-Kolonialplanungen für

Afrika nach. Er legt ein verblüffend weit verästeltes Geflecht von politischen Kolonialrevisionisten, Wissenschaftlern und praktischen Planern frei. Für das iz3w-Projekt [www.freiburg-postkolonial.de](http://www.freiburg-postkolonial.de) befragte Heiko Wegmann Linne zum keineswegs konfliktfreien Verhältnis von Kolonialbewegung und Nationalsozialisten.

## »Apartheid auf deutsch«

Interview mit dem Historiker Karsten Linne über den kolonialen NS-Staat

**Heiko Wegmann:** Wie ‚kolonial‘ war der nationalsozialistische Staat? Wer waren – abgesehen von der alten Kolonialbewegung – die einflussreichsten Befürworter deutscher Kolonien in Afrika? Und wer waren die wichtigsten Gegner innerhalb des Nationalsozialismus?

► **Karsten Linne:** Betrachtet man die Vielzahl der in das koloniale Projekt involvierten Institutionen und Personen, gewinnt man den Eindruck, dass der NS-Staat sehr kolonial eingestellt war. Einflussreiche Befürworter dieses Gedankens fanden sich im Auswärtigen Amt, in der Kriegsmarine und nicht zuletzt in den Privatfirmen, in vorderster Front die Berliner und hanseatischen Schifffahrts- und Handelsgesellschaften, aber auch die Deutsche Bank. Die Phalanx derer, die zumindest von der künftigen Existenz eines deutschen Imperiums in Afrika ausgingen, reichte aber noch viel weiter, teilweise bis in die Reihen der »Ostplaner«. Man denke nur an den Rassereferenten im Ostministerium, Erhard Wetzel. Er wollte die Deutschen aus Südbrasilien im Austausch für dorthin zu deportierende Polen »im afrikanischen Kolonialraum des Reiches« ansiedeln. Klammert man Hitler aus, der eine ambivalente Haltung zu afrikanischen Kolonien einnahm und die Forderung nach ihnen eher als taktisches Mittel einsetzte, so war der wohl mächtigste dezidierte Gegner der einflussreichen Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann. Er hielt Kolonien in Afrika für gänzlich unnötig und behinderte die Kolonialbewegung, wo er nur konnte.



Motiv: [freiburg-postkolonial.de](http://freiburg-postkolonial.de)

Die sich bis 1936 hinziehende Gleichschaltung der Kolonialbewegung wurde von dieser durchaus als Chance gesehen, das Kolonialthema im NS-Staat zu verankern. Wie nationalsozialistisch war die Kolonialbewegung? Gab es Brüche auf dem Weg vom Kaiser zum Führer?

► Die an sich eher bürgerlich-konservative Kolonialbewegung schaltete sich selbst gleich, entledigte sich ihrer jüdischen Mitglieder und passte sich dem nationalsozialistischen Gedankengut rasch und weitgehend vorbehaltlos an. Brüche gab es in dieser Hinsicht nur wenige, was in erster Linie daran

liegt, dass es immer Berührungspunkte zwischen beiden Bewegungen gab: angefangen vom Kampf gegen »Vernunft« bis zum verbindenden Rassismus. Es gab nur wenige führende Mitglieder der Kolonialbewegung, die gegen den Nationalsozialismus opponierten – und dann eher aus allgemein politischen Gründen heraus, wie beispielsweise das Vorstandsmitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft Konrad Adenauer.

Ihr Buch ist entlang verschiedener Phasen strukturiert, die das Auf und Ab der kolonialen Bewegung und Planungen kennzeichneten. Was waren die markanten Wendepunkte?

► Die Wendepunkte ergeben sich aus der politischen und militärischen Entwicklung. Sie sind schnell aufgezählt: 1933 als Hoffnung auf neue außenpolitische Stärke, ab 1936/37 die Einbindung der kolonialen Projekte in die forcierte Kriegsvorbereitung, dann der

Kriegsbeginn selbst. Noch wichtiger war aber der militärische Sieg über Frankreich im Juni 1940, der die Planungseuphorie immens befeuerte. Diese Hochphase der Kolonialplanungen lief bis Ende 1941, bis zur deutschen Niederlage vor Moskau, die ein rasches Kriegsende illusorisch erscheinen ließ. 1942 schwankte die Kolonialbewegung zwischen Hoffen und Bangen. Nach der alliierten Landung in Nordafrika im November 1942 und der folgenden deutschen Niederlage in Stalingrad sowie dem Rückzug aus dem Kaukasus schwanden die Hoffnungen auf afrikanische

sche Kolonien zusehends. Die Zeit der Abwicklung begann.

*Zahllose Ämter, Parteistellen, Forscher sowie wirtschaftliche und politische Interessenvereinigungen haben sich mit kolonialen Fragen befasst. Dabei gab es nicht nur ständig wechselnde Begehrlichkeiten, welche Länder man nun konkret haben wollte, sondern auch unterschiedliche Konzepte, welche Herrschaft man dort aufbauen wollte. Lässt sich dennoch grob umschreiben, was der Kern der Planungen war?*

► Es ging den meisten Kolonialplanern um die ehemaligen deutschen Kolonien, mindestens ergänzt durch den rohstoffreichen Belgischen Kongo. Die Wirtschafts- und vor allem die Sozialpolitik bildeten meines Erachtens den Kern der Planungen. Es sollte keine Massenansiedlung von Deutschen geben, diese sollten nur die leitenden Funktionen übernehmen. Die eigentliche Arbeit hätten die AfrikanerInnen zu tragen gehabt, deshalb die intensiven Überlegungen zur Arbeiterrekrutierung und zum Arbeitsmarkt insgesamt. Vor allem wollten die nationalsozialistischen Planer die »Proletarisierung« dieser afrikanischen Lohnarbeiter verhindern und appellierten darum an deren »Gemeinschaftssinn«. Die koloniale Wirtschaft sollte – stärker als in Deutschland selbst – staatlich gesteuert und reglementiert werden. Sie sollte in erster Linie die deutsche Wirtschaft mit Rohstoffen und Lebensmitteln ergänzen, vor allem für eine Schließung der deutschen »Fettlücke« durch pflanzliche Fette und Öle sorgen. Daneben ging es um Kautschuk, tropische Hölzer, Erze etc.

*Hatte man eine Art Apartheidstaat im Sinn?*

► Die Sozialpolitik stilisierten viele Planer geradezu zur »Grundlage der neuzeitlichen Überseekolonisation«. Natürlich hatte man bei deren Gestaltung eine »Apartheid auf deutsch« im Sinn, das ergab sich schon aus

der nationalsozialistischen »Rassenlehre«. In genau diese Richtung zielen die ausgefeilten Entwürfe kolonialer Gesetze, in erster Linie das rassistische

»Kolonialblutschutzgesetz«. Es sollte den Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und AfrikanerInnen verhindern, vor allem aber die »Rassenmischungen«. Einem Afrikaner, der Geschlechtsverkehr mit einer »weißen Frau« hatte, drohte die Todesstrafe. Nur wenn »mildernde Umstände« vorlagen, sollte auf Zuchthaus oder Gefängnis entschieden werden.

*Zur Frage der NS-Kolonialplanungen gibt es zwar keine breite Forschung, aber doch bemerkenswerte ältere Publikationen, etwa von Kum'a Ndumbe III. »Was wollte Hitler in Afrika?« (auf Deutsch 1993 erschienen) oder die sehr umfassende Studie von Klaus Hildebrand »Vom Reich zum Weltreich: Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919 – 1945«, die bereits 1969 erschienen ist. Im Klappentext Ihres Buches heißt es nun, Sie liefern »erstmals einen Überblick über die weitreichenden Kolonialplanungen im Nationalsozialismus auf dem Stand neuester Forschungsergebnisse.« Wie verorten Sie Ihr Buch gegenüber den älteren Arbeiten?*

► Es ist immer schwer, selbst darüber zu urteilen. Die sehr verdienstvollen älteren Arbeiten setzen andere Schwerpunkte, etwa auf die Person Hitlers oder auf den Repressionsapparat. Sie vernachlässigten die aus meiner Sicht zentralen sozial- und wirtschaftspolitischen Planungen. Eine wichtige Institution wie das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront taucht bei ihnen gar nicht oder kaum auf. Genauso wenig wurde die prominente Rolle der Kolonialwissenschaften beachtet. Als Überblick, der die Vorgeschichte mit einbezieht und Planungen sowie konkrete Vorbereitungen integriert, ist mein Versuch sicher neu. Hinzu kommt, dass ich zahlreiche Planungspapiere gefunden habe, die früher einfach nicht vorlagen. Und natürlich muss man berücksichtigen, dass sich die Forschungslage insgesamt gebessert hat: Arbeiten über AfrikanerInnen in Deutschland, um nur ein Beispiel zu nennen, gab es früher einfach nicht.

*Die Zusammenhänge von Nationalsozialismus und Kolonialismus werden derzeit vor allem im Kontext der Genozid-Frage debattiert. Dabei geht es insbesondere um Kontinuitäten und Dis-*

*kontinuitäten, möglichen Analogien und Transfers zwischen dem Herero-Nama-Krieg 1904 – 1907 und dem Ostfeldzug oder sogar dem Holocaust. Auf diese Fragen gehen Sie zwar in Ihrem Buch nicht ein, bringen aber ganz konkrete Beispiele, wie sich etwa Kolonialfirmen im Osten hinter der militärischen Front engagiert haben. Wie relevant waren solche Engagements?*

► Es sieht auf den ersten Blick obskur aus, wenn zum Beispiel die Deutsche Togo-Gesellschaft im ukrainischen Shitomir auftaucht. Aber für die Afrika-Firmen war der »Osteinsatz« der letzte Rettungsanker, da sie mit Kriegsbeginn ihr eigentliches Betätigungsgebiet verloren hatten. Und für die deutsche Besatzungspolitik im Osten – in erster Linie in Polen – waren die Firmen, die den überwiegenden Teil der Kreisgroßhändler im Generalgouvernement stellten, aufgrund ihrer »kolonialen Erfahrungen« unverzichtbar. Der letzte Punkt ist

durchaus nicht ironisch gemeint, sondern war ein wichtiger Faktor in der Debatte um den Einsatz der Firmen. Auch in deren internen Berichten wurde immer wieder betont, dass die »primitiven Verhältnisse« in Polen durchaus ähnlich mit denen in Afrika seien.

*Jenseits der Genozid-Debatte werden die nationalsozialistischen Kolonialplanungen für Afrika von NS-Historikern meistens nicht einmal erwähnt. Angesichts des realen Vernichtungsfeldzugs in Osteuropa scheint ihnen die Frage eines gar nicht errichteten afrikanischen Kolonialreichs nicht bedeutsam zu sein. Plädieren Sie demgegenüber für eine Neubewertung des NS-Kolonialismus?*

► Neben Auschwitz, neben dem Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht im Osten verblasst alles andere. Trotzdem finde ich den Hinweis auf die Kolonialplanungen für Afrika sehr wichtig – nicht im Sinne einer möglichen »Alternative« zur genozidalen Ostpolitik, sondern als Fortsetzung einer in Deutschland lange bestehenden und verfolgten Expansionsrichtung, nämlich der nach Süden. Diese interessierte Historiker lange Zeit gar nicht, später nur bezogen auf die reale Kolonialpolitik. Der »Kolonialismus ohne Kolonien« und der »Phantasieraum Afrika« fanden erst in letzter Zeit stärkere Beachtung. Insoweit ist »Neubewertung« sicher zu hoch gegriffen; aber ich plädiere dafür, die Kolonialplanungen trotz ihres offenkundigen Scheiterns als Kontinuität der Denktradition eines Teils der deutschen Eliten ernst zu nehmen.

► Karsten Linne ist Autor von »Deutschland jenseits des Äquators? NS-Kolonialpläne für Afrika« (Chr. Links Verlag, Berlin 2008). Vom selben Autor erschien: »Weiße Arbeiterführer« im »Kolonialen Ergänzungsraum«. Afrika als Ziel sozial- und wirtschaftspolitischer Planungen in der NS-Zeit (Münster 2002).



► Im Themenschwerpunkt der letzten iz3w-Ausgabe widmete sich Karl Rössel vom Rheinischen JournalistInnenbüro einer selten thematisierten historischen Tatsache: dass es von 1933 bis 45 in zahlreichen Dritte-Welt-Ländern intensive Kollaboration mit den Nazis gab. Anhand von Palästina, Indien und Argentinien zeichnete er nach, wie diese Kollaboration zu-

stande kam, welche Beweggründe sie hatte und welche Folgen sie bis heute hat. Zugleich warf Karl Rössel einigen deutschen WissenschaftlerInnen vor, diese Kollaboration zu ignorieren oder sogar zu verharmlosen. Über René Wildangel, der als Nahosthistoriker am Zentrum Moderner Orient (ZMO) zum Thema »Palästina und der Nationalsozialismus«

forschte, schreibt Rössel: »Falsche, relativierende Wertungen über die Haltung der Palästinenser zum NS-Regime sind bei Wildangel nicht die Ausnahme, sondern die Regel.« Der so kritisierte Wissenschaftler weist diese Vorwürfe zurück und vermutet in seiner hier präsentierten Replik »handfeste geschichtspolitische Motive« hinter Rössels Argumentation.

## Auf der Suche nach dem Skandal

### Eine Reaktion auf den Themenschwerpunkt »Nazikollaborateure in der Dritten Welt«

von René Wildangel

► Die Kollaborationsgeschichte des so genannten »Großmufti von Jerusalem«, Amin Al-Husaini, gilt als Vorzeigbeispiel für die vermeintlich allgemeine arabische oder islamische Sympathie für den Nationalsozialismus. Al-Husaini war seit den 1920er Jahren Führer der arabischen Aufstandsbewegung, die mit zunehmender Radikalität gegen die britische Mandatsmacht in Palästina und den »Yishuv«, die wachsende jüdische Gemeinschaft mit Anspruch auf Eigenstaatlichkeit, kämpfte. Dass er wie andere außereuropäische Kollaborateure dabei in Deutschland bereits frühzeitig einen strategischen Verbündeten erkannte, lässt sich mit dem Motto »der Feind meines Feindes ist mein Freund« beschreiben. Aber Al-Husaini ging weit darüber hinaus, da er während des Krieges nach Deutschland floh und dort den Antisemitismus der Nazis übernahm und nach Kräften für ihre verbrecherischen Ziele eintrat.

Obwohl Al-Husaini als Führer eines arabischen Aufstandes von der Kolonialmacht Großbritannien bereits 1937 aus Palästina vertrieben wurde, dominiert seine Kollaborationsgeschichte populäre Darstellungen der arabischen Gesellschaft dieser Zeit. Unzählige Werke sind über diese schillernde Gestalt erschienen.<sup>1</sup> Im Standardwerk der »Enzyklopädie des Holocaust« findet sich ein biographischer Artikel, der umfangreicher ist als die Einträge zu vielen Haupttätern des NS-Regimes – und länger als der Eintrag zu Adolf Hitler.<sup>2</sup> Einen Hinweis, warum der Großmufti und seine Kollaboration – jenseits des nachvollziehbaren historischen Interesses oder durchaus berechtigter moralischer Empörung – in den Jahrzehnten nach dem Krieg so



Ein bekanntes Foto, das ganz unterschiedlich interpretiert wird: Großmufti Amin Al-Husaini und Adolf Hitler 1941, Foto: Bundesarchiv, Bild 146-1987-004-09A, CC-BY-SA

in den Mittelpunkt rücken konnte, gibt Dan Diner: »Um die arabische Seite zumindest auf die zeitgeschichtliche Legitimation Israels zu verpflichten, finden sich marginale und gemessen an den relevanten ereignisgeschichtlichen Vorgängen eher abseitige Kollaborationshandlungen von Personen und Persönlichkeiten der arabischen Nationalbewegung mit den deutschen Nazis regelrecht zu einem Forschungszweig aufgewertet.«<sup>3</sup>

Dieser »Forschungszweig« zum Großmufti Al-Husaini zielt insbesondere mit zahlreichen populärwissenschaftlichen Publikationen nicht selten darauf ab, eine Seelenverwandtschaft »der Palästinenser« zum Nationalsozialismus oder sogar eine Mitschuld am Holocaust zu konstruieren. Die Wirkung auf den Nahostkonflikt, der nicht nur mit Panzern und Raketen geführt wird, sondern auch als Legitimationswettlauf zweier nationaler Bewegungen, die um Territorium streiten, ist enorm: Denn eine Nationalbewegung, die sich willig auf Hitlers Mordmaschine eingelassen hatte, verliert ihre moralische und politische Legitimität. Auch renommierte Wissen-

schaftler kommen hier gelegentlich zu erstaunlichen Ergebnissen, die historisch kaum haltbar sind. Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers gingen in ihrer 2006 erschienenen Veröffentlichung »Halbmond und Hakenkreuz« so weit, zu spekulieren, die arabische Bevölkerung hätte willentlich den Holocaust in Palästina organisiert, wäre Rommel mit seinen Truppen dorthin vorgedrungen. Sie führen zwar Quellen für entsprechende deutsche Planungen an, Belege für den Vorwurf einer arabischen Beteiligung an einem angeblich bevorstehenden »deutsch-arabischen Massenverbrechen« in Palästina<sup>4</sup> bleiben sie aber schuldig.

#### Diskreditierung arabischer Ansprüche

► Dass es für die prominente Thematisierung des »Großmuftis« und der angeblichen Affinität der arabischen bzw. islamischen Welt zu Nationalsozialismus und Antisemitismus handfeste geschichtspolitische Motive gibt, wurde in vielen Veröffentlichungen seit den 1950er Jahren deutlich. Das jüngste Beispiel ist der Themenschwerpunkt »Treueschwüre für die Nazis – Nazikollaborateure in der Dritten Welt«, den Karl Rössel in der iz3w 312 veröffentlicht hat. Rössel benutzt zum Beleg seiner These von der massenhaften Kollaboration tendenziöse Quellen wie das Buch »Großmufti – Großagent der Achse« von Simon Wiesenthal aus dem Jahr 1951, oder gar den zionistischen Sinnstiftungsroman »Exodus«, ohne deren Motive kritisch zu hinterfragen. Die wurden zum Beispiel während des Eichmann-Prozesses 1961 offenkundig, von dem

sich der israelische Ministerpräsident David Ben Gurion erhoffte, man könne die »Verbindung [der Nazi-Verbrecher] mit verschiedenen arabischen Herrschern« zur Sprache bringen. Es war Hannah Arendt, die in ihrem Bericht »Eichmann in Jerusalem« bemerkte, dass es hier weniger um Aufklärung von Kollaboration, als der Verbreitung des Narrativs der »pro-nazistischen Araber« ging – während sich zugleich die israelische Regierung bemühte, den neuen Verbündeten Westdeutschland, in dem bekanntermaßen zahlreiche Nazi-Größen ihre Karriere unbehelligt fortsetzen konnten, explizit zu schonen. Ein »anständiger Deutscher«, so Ben Gurion, sei ein anständiger Mensch, auch wenn er zu derselben Nation gehöre, die vor 20 Jahren bei der Ermordung von Millionen Juden geholfen habe. Von »anständigen Arabern«, so Hannah Arendt, sei nicht die Rede gewesen.<sup>5</sup>

Besonders seit dem israelischen Trauma des Yom-Kippur-Krieges von 1973 und der folgenden konservativen Wende unter Menachem Begin 1977 wurde verstärkt der Alpträum von den Arabern als den »neuen Nazis« beschworen. Dies führte zu einer inflationären Verwendung dieses Topos – auch wenn damit unweigerlich eine Banalisierung der Naziverbrechen einherging.<sup>6</sup> Die Bemühungen, Yassir Arafat – keine Person der Zeitgeschichte, gegen die es nicht genug Kritisches vorzubringen gab – in die Tradition des Großmufti (meist wird er in diesem Kontext fälschlich als sein Neffe bezeichnet) und damit in eine antisemitische Tradition zu rücken, waren ein starkes Instrument, um arabische Ansprüche im Nahostkonflikt zu diskreditieren.

Diese geschichtspolitische Dimension wurde nach dem 11. September 2001 und einer besonders in den USA im Sinne Huntingtons »Kampf der Kulturen« aufgeladenen Debatte befeuert. Vordenker der »Neocons« wie Daniel Pipes oder Christopher Hitchens bezogen sich bei ihrer Definition radikaler Fundamentalisten als »Islamofaschisten« auf den »Großmufti« und die Kollaboration der NS-Zeit. Im »Krieg gegen den Terror«, aber auch beim Irak-Krieg, in dem Saddam Hussein als »neuer Hitler« beschrieben wurde, erfüllten diese geschichtspolitischen Bilder ihren Dienst. Auch US-Präsident Bush propagierte den Begriff des Islamofaschismus, den in jüngster Zeit der berüchtigte Auslöser des »Historikerstreits«, Ernst Nolte, mit einem wirren, nicht nur den Islam verzerrenden, sondern auch antisemitischen Buch wiederzubeleben versucht.<sup>7</sup>

## Erst nach 1948 antisemitisch

► Rössel legt in seinem Artikel über eine angebliche »faschistische Internationale« nahe, »bedeutende Teile der Bevölkerung« im Nahen Osten hätten »mit den faschistischen Kriegstreibern« sympathisiert – und zwar weil sie den »eliminatorischen Antisemitismus«

der Nazis geteilt hätten. Mallmann/Cüppers behaupten sogar einen »vorrangig antisemitisch motivierte(n) Schulterschluss der Araber mit dem Dritten Reich, der als gemeinsame Geschäftsgrundlage die Bekämpfung jüdi-

lismus pauschal das Motiv unterstellt, den »Charakter der Kollaboration zu verharmlosen und zu entschuldigen«. Dabei bestreiten diese Forschungen keineswegs – wie Rössel behauptet – die Rolle Amin Al-Husainis oder auch anderer Kollaborateure; in der Geschichtswissenschaft gibt es kaum nennenswerte Kontroversen über ihre jeweiligen Beiträge zur Naziherrenschaft.

Stattdessen haben neuere Untersuchungen die Frage gestellt, inwiefern Araber und Muslime den Nationalsozialismus auch anders wahrgenommen haben. Genau dies war das Ziel eines von Rössel erwähnten, aber in seiner Intention verzerrt dargestellten Forschungsprojektes am Zentrum Moderner Orient (ZMO), ebenso wie mehrerer innovativer Beiträge zur Geschichtsschreibung, die oftmals sozial- und alltagsgeschichtliche Ansätze aufnehmen, um anhand arabischer Quellen die komplexe Wahrnehmung von Nationalsozialismus und Faschismus nachzuvozziehen.<sup>10</sup>

Es ist schade, dass Rössel mit dem Vorwurf, so würden »antisemitische und pro-faschistische Haltungen in den arabischen Ländern relativiert«, Forschungsergebnisse zu diskreditieren versucht, die offensichtlich nicht in sein Weltbild passen.

Warum, so eine Ausgangsfrage dieser Projekte, sollten alle Araber und Muslime per se den Nationalsozialismus unterstützt ha-

ben, wenn er die Araber als »Nicht-Arier« gering schätzte? War die Begeisterung für Mussolini wirklich ungebrochen, während er in Abessinien einen brutalen Kolonialkrieg auch gegen

Muslime führte? Was ist mit Hunderttausenden muslimischen und arabischen Kolonialsoldaten, die auf den Schlachtfeldern Europas im Krieg gegen die Nazis ums Leben kamen, was mit arabischen Intellektuellen oder Sozialisten, die andere Wahrnehmungen der Ereignisse in Europa, aber auch der Aussichten für den Nahen Osten hatten?

Israel Gershoni von der Universität Tel Aviv hat in mehreren Studien die umfangreiche Kritik ägyptischer Autoren am Nationalsozialismus und insbesondere auch an der Judenverfolgung erforscht.<sup>11</sup> Eine ähnliche Bandbreite zeigt die Analyse von Quellen im britischen Mandatsgebiet der 1930er und 1940er Jahre.<sup>12</sup> Für die arabische Gemeinschaft in Palästina war dies eine Umbruchzeit der Urbanisierung und Industrialisierung, in



»Von Kopf bis Fuß bewaffnet« (Karikatur aus Filastin, 31.12.1933)  
Bild: ZMO

schen Lebens im Nahen Osten im Blick hatte.<sup>8</sup> Dabei übersehen alle drei Autoren, dass die massenhafte Rezeption antisemitischer Texte erst mit der Zuspitzung des arabisch-israelischen Konflikts nach 1948 begann. Das zeigen Studien über die Rezeption antisemitischer Publikationen wie der »Protokolle der Weisen von Zion«<sup>9</sup>: Es waren zunächst christliche Araber, die diese Schriften in den 1920er Jahren importierten, bis sie in den 1950er Jahren massenhafte Verbreitung im Nahen Osten fanden. Der rassistisch begründete Antisemitismus blieb während des Zweiten Weltkrieges einem überwiegenden

Teil der islamischen Welt fremd, da keine mit Europa vergleichbare antijüdische Verfolgungsgeschichte existierte. Nicht der arabische Antisemitismus hat also den Nahostkonflikt hervorgebracht, wie Rössel und andere Autoren nahe legen, sondern der Konflikt dessen beklagenswerte Ausbreitung in fataler Weise begünstigt.

Angesichts der Fülle der Literatur zum Thema »Araber und Nationalsozialismus« und »arabischer Antisemitismus« bleibt unklar, warum Rössel bei der vergleichsweise gut erforschten Kollaborationsgeschichte den größten Nachholbedarf sieht, während er die erst in jüngerer Zeit ins Blickfeld der Forschung genommenen Fragestellungen nach anderen Erfahrungen und Begegnungen von Arabern mit dem Nationalsozia-

**يقطنون الموحشون أعداء العرب والمسلمين**  
يقطنون في الأجرام ويسعون إلى العرب بطرق مأثورة وغير مباشرة  
**بقلم محمد البركس - رئيسة نجف من شباب العرب**



ويقدلان فتحل اللذ وتحسح برطانيا العظيم ايضا

الله: من خطنا من بريطانيا سلطنة اوروبا جمهورية عراق حبيبنا

برلين: لذا ما عاصم وعدي في السر الایمن المتوجه وأهوله الى عرباً لعلة ا

درب طلاق: قطبان ريفلان: اصحاب اسلام



## رقصة الموت

Karikatur mit dem Titel »Todestanz« aus Al-Gami'a al-Islamiya (9. Mai 1936) Bild: ZMO

Titelblatt einer arabischen Propagandabroschüre gegen Hitler und Mussolini (15. Juli 1940) Bild: ZMO

der neuen Eliten mit gespaltenem Verhältnis zur Mandatsmacht entstanden. Neben Zielscheibe von Widerstand war Großbritannien auch Bezugspunkt, Vorbild und größter Arbeitgeber für die arabische Gemeinschaft. Entsprechend gebrochen war die Beurteilung des britischen Haupt-Kriegsgegners Deutschland. Naturgemäß hatten arabische Sozialisten, Intellektuelle und Journalisten sowie politische Gegner des Muftis einen anderen Blick auf NS-Deutschland, dessen rassistische Ideologie sowie den von dort ausgehenden – in Palästina nur als Nebenschauplatz stattfindenden – »Weltkrieg«.

### Gegen die NS-Propaganda

► Doch wurden diese Stimmen von der historischen Forschung selten dokumentiert und sind entsprechend wenig bekannt. So schrieb etwa die arabische Zeitung Ad-Difa 1936: »Europa wird keinen Frieden kennen, wenn es sich nicht vom Geist des Hakenkreuzes entfernt, der heute in Deutschland vorherrscht.«<sup>13</sup> In »Filastin« hieß es: »Die Juden werden unterdrückt, bloß weil sie Juden sind, nicht weiter, und dafür gibt es keine Rechtfertigung.«<sup>14</sup> Und auch jenseits moralischer Distanz gab es aus Sicht mancher arabischer Kommentatoren wenig Grund zur Begeisterung für Hitler. Dessen antijüdische Politik in den 30er Jahren umfasste eine staatlich geförderte Vertreibungspolitik (mit dem so genannten Haavara-Abkommen) nach Palästina, worauf die nationalistische Zeitung Al-Gamia Al-Islamiya hinwies: »Der Sieg Hitlers

ist ein gefährliches Ergebnis für die Araber in Palästina, seine Pläne gegenüber den Juden sind bekannt. Er wird nicht zögern, diese Pläne umzusetzen und wir werden Wellen von Flüchtlingen in dieses Land erleben.«<sup>15</sup> Ein Jahr nach dem nationalsozialistischen Überfall auf die Sowjetunion verurteilte 1942 ein arabischer Aufruf der damaligen jüdisch-arabischen kommunistischen Partei in Palästina Hitlers »Krieg gegen alle menschlichen

Prinzipien und gegen alle Völker der Welt, die arabische Welt eingeschlossen... Wir Araber schließen an diesem Tag unsere Reihen... für die Zerschlagung des Faschismus und die Verwirklichung der Freiheit.«<sup>16</sup> Die Auswertung umfangreicher ähnlicher Quellen macht deutlich, dass die NS-Propaganda nicht unwiderrufen blieb und keineswegs repräsentativ für die Wahrnehmung vor Ort war.

Auf der Suche nach Einzelfällen arabischen Widerstands im besetzten Nordafrika machte Robert Satloff vom konservativen US-Think Tank »Washington Institute« die Erfahrung, dass solche historischen Begebenheiten längst in das Fahrwasser des israelisch-palästinensischen Konflikts geraten waren. Zwar konnte er entsprechende Fälle aufspüren, nur selten waren die Betroffenen oder ihre Familien aber bereit, darüber zu sprechen. Dennoch war das bemerkenswerte Ergebnis seiner Arbeit, dass zum ersten und bisher einzigen Mal ein Araber, der Juden rettete, in die

»Allee der Gerechten unter den Völkern« in der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem aufgenommen wurde.

Die beschriebenen Arbeiten haben arabische Primärquellen analysiert. Wer sich dagegen ausschließlich auf deutsche Quellen

verlässt, kann beanspruchen, Aussagen zur Orientpolitik des Dritten Reiches, nicht aber zur arabischen Wahrnehmung Deutschlands zu machen. Dass Rössel in diesem Zusammenhang das ZMO und pauschal

»die deutschen Islamwissenschaftler« kritisiert, ist absurd, denn Regionalkenntnisse sind für die Kontextualisierung unerlässlich. Die grundlegenden, von Rössel unerwähnten Studien zum Thema (von Francis R. Nicosia, Lukasz Hirschowicz, Fritz Steppat, David Israeli, Stefan Wild und Alexander Schöchl<sup>17</sup>) wurden allesamt von Regionalwissenschaftlern verfasst.

### Im Minenfeld der Konfrontation

► Die Erforschung der arabischen Sichtweisen und Erfahrungen und ihre Einordnung in den historischen Kontext bedürfen weiterer Anstrengungen. Das gilt ebenso für die Themen Kollaboration und arabischer Antisemitismus wie die Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder die Erfahrungen der Opfer, sei es als Kriegsgefangene oder als Soldaten in den Kolonialarmeen im Weltkrieg. Die Ergebnisse solcher Arbeiten werden ähnlich komplex ausfallen wie die historische Re-

alität im Nahen Osten und ihre aufgeladenen geschichtspolitischen Diskurse. Das mag nicht immer unter plakativen Überschriften wie »Halbmond und Hakenkreuz« oder »Die Fahne hoch. Die faschistische Internationale...« (Karl Rössel) zu fassen sein. Aber wer andauernd den Konflikt geschichtspolitisch auflädt und das einseitige historisierte Bild der pro-nationalsozialistischen Araber bedient, erweist nicht zuletzt dem Kampf gegen die heutige Verbreitung des Antisemitismus in der arabischen Welt einen Bärendienst.

Mehr Sachlichkeit ist geboten, um dieses wichtige Thema aus dem Minenfeld der politischen Konfrontation zu holen. Seit sich US-Präsident Obama vom Terminus des »Islamofaschismus« verabschiedet hat und der Kultukampf gegen die »Achse des Bösen« einstweilen zu den Akten gelegt wurde, bietet sich dafür eine neue Gelegenheit.

## Anmerkungen:

**1** Siehe den Überblick bei Höpp, Gerhard: Der Gefangene im Dreieck. Zum Bild Amin al-Husseinis in Wissenschaft und Publizistik seit 1941. In: Zimmer-Winkel, Rainer (Hrsg.): Eine umstrittene Figur: Hadj Amin Al-Husaini – Mufti von Jerusalem, Trier 1999, S. 5-23. Sowie: Höpp, Gerhard, Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin Al-Husainis aus dem Exil, 1940-1945, Berlin 2001

**2** Vgl. Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung der europäischen Juden. Hrsg. von Israel Gutman, dt. Ausgabe, München 1989

**3** Diner, Dan: Gedächtnisseiten. Über jüdische und andere Geschichten, München 2003, S. 222

**4** Vgl. Mallmann, Klaus-Michael/ Cüppers, Martin: Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2006, S.169

**5** Zitiert nach Wildangel, René: Zwischen Achse und Mandatsmacht. Palästina und der Nationalsozialismus, Berlin 2007, S. 402

**6** Vgl. dazu besonders Segev, Tom: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbek 1995

**7** Nolte, Ernst: Die dritte radikale Widerstandsbe wegung: Der Islamismus. Landtverlag, Berlin 2009

**8** Mallmann, Klaus-Michael/ Cüppers, Martin: a.a.O., S. 166

**9** Wild, Stefan: »Mein Kampf« in arabischer Übersetzung, in: Welt des Islams. N.S. Bd. IX, 1964, S. 207-211. Ders.: Die Protokolle der Weisen von Zion, in: Islamstudien ohne Ende. Festschrift für Werner Ende zum 65. Geburtstag, Würzburg 2002, S. 517-526

**10** Vgl. den grundlegenden Band Höpp/ Wien/ Wildangel (Hrsg.): Blind für die Geschichte? Arabische Begegnungen mit dem Nationalsozialismus, Berlin 2004. Eine Übersicht über die Arbeit und Publikationen des Zentrum Moderner Orient ist zu finden unter [www.zmo.de](http://www.zmo.de)

**11** Gershoni, Israel: Confronting Nazism in Egypt – Tawfiq al-Hakim's Anti-Totalitarianism 1938-1945, in: Deutschlandbilder, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 26 (1997), S. 121-150. Ders.:

Egyptian Liberalism in an Age of »Crisis of Orientation«: Al-Risâla's Reaction to Fascism and Nazism, 1933-39, in: International Journal of Middle Eastern Studies 31 (1999), S. 551-576. Ders.: Licht im Schatten. Ägypten und der Faschismus, 1922-1937 (in Hebräisch), Tel Aviv 1999

**12** Vgl. dazu meine ausführliche Publikation »Zwischen Achse und Mandatsmacht. Palästina und der Nationalsozialismus«, Berlin 2007

**13** Ebd. S. 140

**14** Ebd. S. 151

**15** Ebd. S. 146

**16** Ebd. S. 308

**17** Schöchl, Alexander: Das Dritte Reich, die zionistische Bewegung und der Palästina-Konflikt, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), S. 646-674. Nicosia, Francis R.: The Third Reich and the Palestine Question, Austin 1985. Hirszowicz, Lukasz: The Third Reich and the Arab East, London 1966. Yisraeli, David: The Third Reich and Palestine, in: Middle Eastern Studies 7 (1971). Wild, Stefan: National Socialism in the Arab East between 1933 and 1939, in: Die Welt des Islams. N.S. Bd. IX, 1964, S. 207-211. Steppat, Fritz: Das Jahr 1933 und seine Folgen für die Länder des Vorderen Orients, in: Gerhard Schulz (Hrsg.): Die große Krise der dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1985, S. 261-278

► **René Wildangel** ist Historiker. Sein Buch »Zwischen Achse und Mandatsmacht – Palästina und der Nationalsozialismus« erschien 2007 im Klaus-Schwarz-Verlag.

## Leserbriefe zu Karl Rössel: Treueschwüre für die Nazis – Kollaborateure in der Dritten Welt. In: iz3w 312.

► Lieber Herr Rössel, mit Interesse habe ich Ihren Artikel über den indischen Nazi-kollaborateur Bose in der neuen iz3w gelesen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass der von Ihnen kritisierte Film »Pakt mit dem Teufel – Boses Kampf um Indiens Unabhängigkeit« nicht direkt eine Produktion von Arte und ZDF war, sondern eine Auftragsarbeit der Firma Polarfilm. Polarfilm ist in den Fokus antifaschistischer Recherche geraten, als die Firma 2004 den Film »Churchills Friedensfalle« produzierte. Wie der Titel bereits vermuten lässt, wird Hitler darin im Gegensatz zu Churchill als friedenswillig dargestellt. Der Hitlerstellvertreter Rudolf Hess wird in alter Nazimythes-Tradition »Friedensflieger« genannt.

Hess wird in einem weiteren Film, »Geheimakte Heß«, sogar noch einmal besonders von Polarfilm gewürdigt. »Geheimakte Heß« ist inzwischen ein Kultfilm der extremen Rechten in Deutschland und wurde mit Hilfe des rechtsextremen Historikers Olaf Rose (u.a. Berater der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen) erstellt. Be-

teiligt war auch Michael Vogt, ehemals aktiv bei der berüchtigten Münchner Burghschaft Danubia.

Weitere Werke weisen in eine ähnliche geschichtsrevisionistische Richtung. Die Beteiligung von extremen Rechten an Einzelproduktionen von Polarfilm ist kein Zufall. Einer der Geschäftsführer ist Karl Höffkes, Buchautor im rechtsextremen Grabert-Verlag, Beisitzer im Vorstand der extrem rechten Gesellschaft für freie Publizistik und jahrelang Redaktionsmitglied des nationalrevolutionären Blättchens »wir selbst«. In dem inzwischen eingestellten »wir selbst« fanden sich immer wieder Jubelhymnen auf nationale Befreiungsbewegungen. Nicht ohne Grund ist der Magazintitel die deutsche Übersetzung des irischen »Sinn Fein«, Name des politischen Flügels der IRA. Ein Film, der Bose als nationalen Befreiungskämpfer hochstilisiert, steht unzweifelhaft in dieser Tradition.

(Siehe auch Rainer Brahms: Die Firma Polarfilm, in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 76, 3-2007, Seite 42-43)

Ralf Schwarzenberg

► Mit großem Interesse habe ich den Themen-schwerpunkt zu Kollaboration mit den Nazis und den Achsenmächten gelesen. Problematisch finde ich, dass der Schwerpunkt von einem einzigen Autor gestaltet ist, daher auch nur eine Perspektive sichtbar wird. Dieses »Novum« wird zwar im Editorial auf Seite 18 erwähnt, aber nicht kritisch reflektiert. Ich möchte nun nicht unbedingt dafür plädieren, die Position des ZMO mit in den Schwerpunkt zu holen, da mir (zumindest nach der Darstellung von Rössel, anderes Wissen über das ZMO habe ich nicht) die relativierenden Darstellungen des ZMO untragbar erscheinen.

Eher würde ich dafür plädieren, Darstellungen von antifaschistischem Widerstand in Ländern des »globalen Südens« mit aufzunehmen. Den hat es zweifelsohne gegeben, wie auf S. 38 leider nur angedeutet wird. Mir erscheint ein Themen-schwerpunkt »Widerstand und Kollaboration« angemessener, da so einerseits die Komplexität, die Spannung und Widersprüchlichkeit stärker zum Ausdruck kommen und so andererseits weder Kollaboration verharmlost dargestellt wird, noch der relevante Widerstand ausgeblendet bzw. marginalisiert wird.

Tobias Linnemann



Foto: Farba Mbaye

## A nos morts – die vergessenen Befreier

► Mit Hiphop-Songs und poetischen Texten, Break-Dance und einer hinreißenden Choreographie vor historischen Fotos und Filmausschnitten erinnert die zeitgenössische Performance »A nos morts« an die Millionen Soldaten aus den französischen Kolonien, die 1914-18 an vorderster Front für Frankreich gekämpft haben und die im Zweiten Weltkrieg mithalfen, Europa vom

Faschismus zu befreien. Heute weitgehend vergessen, erweist ihnen das Projekt »Mémoires Vives« aus den Straßburger Banlieues seinen Respekt, indem es ein bedeutendes, aber verdrängtes Kapitel der Geschichte in moderner Form auf die Bühne bringt.

► »Die vergessenen Befreier« (*A nos morts*). Hiphop-Tanztheater in Erinnerung an die französischen Kolonialsoldaten von Compag-

nie Mémoires Vives (Straßburg) in französischer Sprache mit deutschen Untertiteln. Mit Yan Gilg, Farba Mbaye, Maeva Heitz, Sovannak Nam, Ibrahima M'Bodji, Christophe Roser, Yassine Allouache, Mickaël Stoll.

► Die Deutschlandpremiere ist am 20.9. um 20.00 Uhr im Haus der Berliner Festspiele, Schaperstraße 24, 10719 Berlin, [www.berlinerfestspiele.de](http://www.berlinerfestspiele.de)

## »Die Geschichte hat mich eingeholt«

Interview mit dem Hiphop-Musiker Yan Gilg über sein Stück  
»A nos morts«

68

**Karl Rössel:** Die Geschichte der Kolonialsoldaten, der »Tirailleurs«, ist in Frankreich wie in Deutschland nahezu vergessen. Wie seid Ihr auf die Idee gekommen, das Thema als Hiphop-Tanztheater auf die Bühne zu bringen?

► **Yan Gilg:** Man kann sagen, dass mich die Geschichte eingeholt hat. Ich war 35 Jahre alt, als ich in Straßburg dem bekannten marokkanischen Sänger Reda Bouchenak begegnete. Er stammt wie der Hauptdarsteller des Films »Indigènes«, Jamel Debbouze, aus Oujda und erzählte mir damals von den Dreh-

arbeiten des algerischen Regisseurs Rachid Bouchareb zu diesem Film. Wir haben daraufhin einen Song über die »Tirailleurs« geschrieben mit dem Titel »Unbekannte Soldaten«. Er ist auch auf unserer CD zu finden. Bei der Arbeit daran wurde mir aber klar, dass ich von diesem Thema eigentlich überhaupt keine Ahnung hatte. Ich habe dann im Internet unter dem Stichwort »Tirailleurs« gesucht und eine Nacht damit verbracht, alles, was ich fand, auszudrucken. Als mir der enorme Beitrag bewusst wurde, den Kolonialsolda-

ten für die Befreiung Frankreichs geleistet haben, empfand ich es als unglaublich, dass ich bis dahin nichts davon gehört hatte.

Hast Du bei den Recherchen mit HistorikerInnen zusammen gearbeitet?

► Da ich eher Hiphop-Künstler bin als Theatertyp, hatte ich zunächst nur vor, ein Album zum Thema zu produzieren. Aber dann stieß ich auf Informationen über afrikanische Soldaten im Ersten Weltkrieg und ihre Beteiligung an der Schlacht um den Chemin

des Dames 1917, auf Résistance-Kämpfer wie Hady Bah aus Guinea, auf de Gaulles afrikanische Armee im Zweiten Weltkrieg und deren Landung in der Provence. So entstand die Idee zu einem Theaterstück. Dafür brauchte ich allerdings einen breiteren historischen Background. Also habe ich mir zunächst Dokumentarfilme besorgt wie »C'est nous les Africains... Eux aussi ont libéré l'Alsace« von Jean Marie Fawer, »Baroud d'Honneur« von Grégoire Georges-Picot, »La Couleur du Sacrifice« von Mourad Boucif und »Les Oubliés de l'Histoire« von Daniel Kupferstein.

Dann habe ich in den Archiven des Verteidigungsministeriums nach historischen Fotos gesucht. Ich war mir sicher, dass sie für sich selbst sprechen, wenn man sie nur öffentlich zeigt. Schließlich habe ich Historiker um Hilfe gebeten wie Pascal Blanchard, Eric Deroo, Nicolas Bancel und Recham Belkacem. So entstand eine künstlerische Arbeit, die wesentlich auf historischen Arbeiten und Dokumenten beruht.

*Hast Du die Form einer Hiphop-Performance eher aufgrund Deines persönlichen künstlerischen Backgrounds gewählt oder weil sie den musikalischen Vorlieben der dritten Generation von MigrantInnen entspricht, den Nachfahren der »Tirailleurs«?*

► Aus beiden Gründen. Es gibt aber noch einen dritten. Wir sind Hiphop-KünstlerInnen und Hiphop ist unsere Kultur. Aber Hiphop ist eine Musik, die im Exil geboren wurde, die an die Deportation von AfrikanerInnen nach Amerika erinnert und an deren Migration nach Europa. Es ist eine Kultur, die sich aus dem Leid von Bevölkerungsgruppen entwickelt hat, die aus der Dritten Welt stammen. Manchen erscheint Hiphop deshalb als eine minderwertige Kultur, eine Kultur von Fremden, von »Negern«. Wurden Indigenen in der Kolonialgeschichte oft mit wilden Tieren verglichen, so wird auch die Kultur ihrer Nachfahren, der Hiphop, oft verächtlich als Musik von »Wilden« dargestellt. Dem wollen wir etwas entgegensetzen, indem wir die Geschichte der MigrantInnen und ihrer Vorfahren mit Hiphop erzählen.

*MigrantInnen stellen auch die meisten SängerInnen und TänzerInnen in dem Stück.*

► Ja, ich wollte die Kolonialarmee symbolisch auf die Bühne bringen und habe deshalb Darsteller aus Ländern des subsaharischen Afrikas, des arabisch-berberischen Maghrebs und aus Asien gesucht. Daneben sollten unbedingt auch Frauen auftreten. Denn die Rolle, die Frauen etwa in der Résistance oder in den Streitkräften und Waffenfabriken gespielt haben, ist in der von großen weißen Männern geprägten Geschichtsschreibung ebenso vergessen. Aber ich habe nicht ausschließ-

lich mit professionellen SchauspielerInnen gearbeitet. Schließlich bin ich auch Sozialarbeiter und zu meiner Arbeit gehört, talentierten Menschen, die bisher nicht die Möglichkeit hatten, sich künstlerisch auszudrücken, Gelegenheit dazu zu bieten. So sind einige über das Abenteuer »A nos morts« zu Profis geworden.

*War den DarstellerInnen das Thema aufgrund von Erfahrungen in ihren eigenen Familien vertraut?*

► Die Dimension des Themas ist auch manchen von ihnen erst durch ihre Mitarbeit an dem Theaterstück bewusst geworden. Einige haben erst dadurch herausgefunden, dass sie in Straßburg oder Mulhouse leben, weil ihre Großväter als Kolonialsoldaten dorthin kamen. Ihre Eltern oder Großeltern hatten darüber aus Scham nie geredet. Selbst ich als Weißer mit elsässischen Wurzeln habe erst durch die Arbeit an dem Stück verstanden, dass die afrikanischen, arabischen und asiatischen Soldaten auch meine Vorfahren sind – nicht meine biologischen, aber doch meine historischen.

*...als Befreier...*

► Genau!

*Hat die historische Bewusstwerdung der DarstellerInnen ihre Beziehungen zu dem Stück verändert?*

► Sie hat die Art und Weise geändert, wie wir mit dem Stück und den anschließenden Diskussionen mit dem Publikum umgehen.

Nicht jeder von uns hat den gleichen historischen Kenntnisstand und jeder musste seine eigene Herangehensweise finden, um tiefer in die Materie einzusteigen.

»Die Überlebenden warten bis heute vergeblich auf Anerkennung«

Farba Mbaye etwa musste sich mit dem französischen Massaker an den Kolonialsoldaten 1944 im senegalesischen Thiaroye auseinandersetzen, weil er die Geschichte auf der Bühne erzählt. Auch die anderen mussten sich mit historischen Ereignissen oder Personen beschäftigen, um sie vermitteln zu können.

*Wie waren die Reaktionen auf das Stück in Frankreich?*

► Bis heute hatten wir etwa 50 Vorführungen in Frankreich mit etwa 15.000 BesucherInnen. Die Reaktionen waren zum Teil unglaublich emotional und zeigten, wie wichtig es ist, über dieses Thema endlich zu sprechen. Denn die Überlebenden warten bis heute vergeblich auf Anerkennung. Nach den Aufführungen drückten deshalb manche spontan ihre Dankbarkeit aus und viele weinten. Das waren oft Menschen mit Migrationshintergrund, darunter Veteranen und ihre Nachfahren. Sie sagten: »Danke! Endlich

## Indigènes (*Tage des Ruhms*)

► Der algerische Regisseur Rachid Bouchareb erzählt in seinem Film die Geschichte von vier Kolonialsoldaten der französischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg: von ihrer Rekrutierung in Nordafrika bis zu ihren Kämpfen gegen die deutsche Wehrmacht in Italien, der Provence und schließlich in einem abgelegenen elsässischen Dorf bei der Befreiung Frankreichs von der Naziherrschaft.

Mit großartigen Schauspielern, die beim Festival in Cannes 2007 kollektiv als beste männliche Hauptdarsteller ausgezeichnet wurden, und bewegenden Bildern thematisiert dieser Film am Beispiel seiner vier Protagonisten die weitgehend vergessene Beteiligung Zehntausender afrikanischer Soldaten an den brutalen Schlachten im letzten Kriegswinter in Europa. Aufnahmen von französischen Friedhöfen, auf denen afrikanische Gefallene begraben sind, sowie von erbärmlichen Wohnheimen, in denen Veteranen aus dem Maghreb, die in Frankreich blieben, bis in die Gegenwart leben müssen, verweisen auf die Geschichtsvergessenheit in Europa und die bis heute anhaltende Diskriminierung der Kolonialsoldaten in Frankreich.

Rachid Bouchareb hat für diesen Film langwierige Recherchen in Archiven der französischen Regierung und in Bibliotheken durchgeführt. Aber die wichtigsten Hintergrund-Informationen lieferen ihm afrikanische Veteranen und ihre Nachfahren: »Wir haben Leute gesucht, die diese Epoche noch selbst miterlebt hatten, und sind dafür nach Bordeaux, Marseilles und Nantes gefahren, aber vor allem auch in den Senegal, nach Marokko und Algerien. Auf den Erfahrungen und Gefühlen dieser Zeitzeugen beruht unser Film. Bei den Gesprächen mit ihnen wurde mir auch klar, dass ich nicht die Geschichte eines einzelnen Soldaten erzählen wollte, sondern eine Geschichte, die für den gesamten afrikanischen Kontinent steht.«

► *Indigènes*. Spielfilm, 128 Min. Algerien/Marokko/Frankreich/Belgien 2006. Regie: Rachid Bouchareb. Darsteller: Bernard Blancan, Sami Bouajila, Jamel Debbo, Sami Naceri, Roschdy Zem.

► Die deutsche Fassung ist unter dem Titel »Tage des Ruhms« auf DVD bei Pandastorm Pictures zu beziehen ([www.pandastorm.com](http://www.pandastorm.com)). Sie wird in den Begleitprogrammen zur Wanderausstellung über »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« erstmals öffentlich gezeigt. Orte und Termine siehe [www.3www2.de](http://www.3www2.de)

zeigt mal jemand, was mein Vater oder Großvater durchgemacht haben.« Andere entschuldigten sich für ihre Vorurteile gegenüber der Hiphop-Kultur, der sie keine intelligente Auseinandersetzung mit der Geschichte zugeschrieben und die sie bis dahin nur mit dicken Autos, nackten Frauen, Pools und Champagner assoziiert hatten. Auch Weiße im Publikum stellten sich die Frage, warum sie von alledem bis dahin nichts erfahren hatten und versprachen, das Thema weiter zu verfolgen.

#### Gab es Reaktionen von offiziellen Stellen?

► PolitikerInnen registrieren den Erfolg eines Theaterstücks und folgen den Reaktionen des Publikums. Deshalb haben wir selbst von Konservativen Glückwünsche erhalten. Wir haben das Album samt Begleitheft an alle Mitglieder der Regierung Sarkozy verschickt und überwiegend positive Antworten erhalten. Das ist natürlich schizophren, wenn man bedenkt, dass Sarkozy noch im Februar 2005 ein Gesetz vorgelegt hat, wonach die Wohltaten der französischen Kolonisation in den Schulen stärker herausgestrichen werden sollten. Und bei seiner Amtseinführung hatte er erklärt, dass er das Beharren auf historischen Erinnerungen ebenso ablehne wie jede Reue für die französische Geschichte. Als sei es nicht längst überfällig, sich endlich bei denen zu entschuldigen, die Frankreich beraubt und ausgebeutet hat und zumindest symbolisch einzustehen: »Unsere Republik hat Fehler begangen«. Die Reaktionen auf

unser Stück waren damit ebenso paradox wie das Versprechen des damaligen Präsidenten Jacques Chirac nach der Premiere des Films »Indigènes«, endlich die Pensionen der Kolonialsoldaten anzuheben. Tatsächlich war seine Regierung längst vom obersten französischen Verwaltungsgericht wie vom Europäischen Gerichtshof dazu verurteilt worden, und er hatte ein ums andere Mal Berufung gegen die Urteile zugunsten afrikanischer Kolonialsoldaten eingelegt. Das ist alles reichlich zynisch.

*Sarkozy hat bei seinem Besuch in Dakar gesagt, Afrika habe keine Geschichte...*

► Das war tatsächlich noch schlimmer. Er hielt seine Rede in Dakar im Jahr 2007, aber sie klang, als stammte sie aus dem Jahr 1907.

#### Gab es in Afrika Reaktionen auf eure Arbeit, eure CD, euer Stück?

► Wir haben Kontakte in Marokko und der Elfenbeinküste, unsere CD ist im Senegal schon ein wenig bekannt und es gibt einige begeisterte Rückmeldungen von dort. Im Frühjahr 2009 haben wir das Stück beim Theaterfestival in Rabat auch erstmals in Afrika aufgeführt. Es waren rund 300 ZuschauerInnen im Saal, und es gab ähnlich bewegende Reaktionen wie in Frankreich. Wir haben viele junge KünstlerInnen, MusikerInnen und SchauspielerInnen kennen gelernt und wollen Anfang 2010 nach Marokko reisen, um eine langfristige Zusammenarbeit zu

begründen. Dabei wollen wir auch das Thema der Kolonialsoldaten weiter verfolgen in Kooperation mit den Verbänden von Veteränen, die es dort wie überall in Afrika gibt.

*Die Compagnie Mémoires Vives hat inzwischen auch ein weiteres Stück inszeniert...*

► »A nos morts« war der erste Teil einer Trilogie zur Kolonialgeschichte. Das zweite Stück trägt den Titel »Folies Colonies«. Darin geht es um die »Kongo-Konferenz« von 1884/85, bei der die europäischen Mächte, das Osmanische Reich und die USA Afrika unter sich aufgeteilt haben. Diese Konferenz fand in Berlin statt. Deshalb freuen wir uns, im September 2009 mit der deutschen Fassung von »A nos morts« unter dem Titel »Die vergessenen Befreier« erstmals auch in Berlin auftreten zu können. Wir hoffen sehr, dass weitere Aufführungen in Deutschland folgen.

► **Yan Gilg** ist Sozialarbeiter, Hiphop-Musiker und Mitbegründer der Compagnie Mémoires Vives in Straßburg. Er hat das Hiphop-Tanztheater-Stück »A nos norts« inszeniert, die Musik komponiert und die Videoinstallation zusammengestellt.

*Das Interview beruht auf Gesprächen, die Karl Rössel vom Rheinischen JournalistInnenbüro (Köln) mit Yan Gilg geführt hat. Transkription und Übersetzung aus dem Französischen: Sebastian Schmidt.*

## Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

(Wander-)Ausstellung von Recherche International e.V.

► Vor 70 Jahren begann der Zweite Weltkrieg – in Europa. In Afrika herrschte bereits seit 1935 Krieg. Geführt wurde er um Äthiopien, mit Soldaten aus 17 Ländern und drei Kontinenten. Und auch der japanische Angriff auf China hatte bereits 1937 begonnen. Bis 1945 leisteten Millionen Soldaten aus der Dritten Welt einen wichtigen Beitrag, um die Welt vom europäischen Faschismus und japanischen Großmachtwahn zu befreien. Dazu gehörten Inder und Chinesen, Afrikaner und Lateinamerikaner, Filipinos und Pazifikinsulaner, Männer und Frauen von allen Kontinenten. Sie leisteten freiwillig und aus antifaschistischem Bewusstsein oder zwangsrekrutiert Militär- und Arbeitsdienste für die kriegsführenden Kolonialmächte.

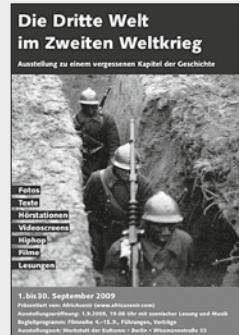
Weite Teile der Dritten Welt – von der lateinamerikanischen Küste über Nordafrika und den Nahen Osten bis nach Indien, Südostasien und Ozeanien – dienten auch als Schlachtfelder und blieben nach Kriegsende verwüstet zurück. Allein in China forderte der Krieg mehr Opfer als in Deutschland, Italien

und Japan zusammen. Bei der Befreiung der philippinischen Hauptstadt Manila von den japanischen Besatzern kamen mehr ZivilistInnen ums Leben als durch die Bombardements der Alliierten in Berlin, Dresden oder Köln.

In der Dritten Welt gab es allerdings nicht nur Opfer, sondern auch Kollaborateure der faschistischen Achsenmächte, die im Krieg an deren Seite kämpften – von Nordafrika und Palästina über den Irak und Indien bis nach Thailand und Indonesien.

Fakten wie diese kommen in der hiesigen Geschichtsschreibung bislang kaum vor. Die Ausstellung und das umfangreiche Begleitprogramm dazu erinnern daran.

► *Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. (Wander-) Ausstellung von Recherche International e.V. mit drei Video- und zehn Hörstationen. Ausstellungseröffnung ist am 1. September 2009, 19.00 Uhr in der Werkstatt der Kulturen,*



Wissmannstr. 32, 12049 Berlin-Neukölln. Ausstellungsdauer bis 30. September.

► Das Begleitprogramm in Berlin umfasst Filme, Lesungen, Vorträge, Führungen und das Hiphop-Tanztheater »Die vergessenen Befreier« (»A nos morts«). Zu den internationalen ReferentInnen gehören Kuma N'Dumbe und Charles Onana (beide Kamerun), Alice Cherki (Algerien), Raffael Scheck (USA) und Nataly Han (Korea/Berlin). Details zum Berliner Programm: [www.african.org](http://www.african.org)

► Bis Ende 2011 wird die Ausstellung auch in Tübingen, Freiburg (voraussichtlich Ende Februar 2010, organisiert vom iz3w), Wuppertal, Düsseldorf, Köln, Essen, Hamburg, Bielefeld, Nürnberg und Luzern zu sehen sein. Ausstellungsorte und Termine: [www.3www2.de](http://www.3www2.de)

# Auf der Suche nach Relativierungen

## Eine Antwort auf Réne Wildangels Replik zum Themen-schwerpunkt »Nazi-Kollaborateure«

von Karl Rössel

► René Wildangels Replik (in iz3w 313) auf meinen Themenschwerpunkt über »Nazi-Kollaborateure« (in iz3w 312) ist ebenso einseitig und von Geschichtsklitterungen geprägt wie seine Dissertation über »Palästina und der Nationalsozialismus«. Wieder ist aufschlussreicher, was er unterschlägt, als das, was er in dem Bemühen anführt, die Sympathien in arabischen Ländern für Nazideutschland, dessen Krieg und die Judenverfolgung zu verharmlosen.

Wildangel weiß, dass »eine Nationalbewegung, die sich willig auf Hitlers Mordmaschine« einließ, ihre »moralische und politische Legitimität« verloren hat. Um dem zu begegnen, konstruiert Wildangel eine Version der Geschichte, die in seiner Dissertation in der nicht weiter begründeten Behauptung gipfelt, unter der arabischen Bevölkerung Palästinas habe in den 1940er Jahren ein antifaschistischer »Konsens« geherrscht. Deshalb, so heißt es weiter, sei Palästinenserführer Hadj Amin el-Husseini aufgrund seines Exils in Nazideutschland politisch vollständig diskreditiert gewesen. Wildangel vermag auch in seiner Replik keinerlei Antwort auf meine Frage zu liefern, wieso der Kriegsverbrecher Husseini 1946 wieder zum obersten politischen Repräsentanten der Araber Palästinas werden und in dieser Funktion 1947 erneut zur Vernichtung der Juden aufrufen konnte. Indem er historische Fakten dieser Art und Bedeutung einfach ausblendet, verfolgt Wildangel genau jene »handfesten geschichtspolitischen Motive«, die er anderen unterstellt.

### Die Geschichte zurechtabiegen

► Der arabische Antisemitismus hat den Nahost-Konflikt nicht hervorgerufen. Allerdings wäre er zweifellos anders verlaufen, hätten nicht nach 1945 auf arabischer Seite einige Politiker Führungspositionen übernommen, die ihr politisches und militärisches Handwerk in Nazideutschland und im fa-

schistischen Italien gelernt hatten. Wildangel behauptet, dass »die massenhafte Rezeption antisemitischer Texte erst mit der Zuspitzung des arabisch-israelischen Konflikts nach 1948« eingesetzt habe, auch wenn die »Protokolle der Weisen von Zion« schon in den 1920er Jahren von »christlichen Arabern« importiert worden seien. Er sagt nicht, dass

Wildangel zitiert ungenau aus meinem iz3w-Schwerpunkt, um anschließend gegen angebliche Pauschalurteile zu polemisieren. Aber nicht »die« Islamwissenschaftler wurden von mir kritisiert, sondern »viele«, die sich wie die Nahost-ExpertInnen des ZMO aus unverhohler Parteilichkeit die Geschichte zurechtabiegen.

Ebenso wenig habe ich geschrieben, dass »alle Araber und Muslime per se den Nationalsozialismus unterstützt« hätten. Vielmehr liefert mein iz3w-Schwerpunkt Beispiele für antifaschistische Aktivitäten in arabischen Ländern, wie die ägyptische »Liga gegen deutschen Antisemitismus« in Ägypten. Darüber hinaus enthalten unsere im Editorial angegebenen Publikationen über »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« umfangreiche Kapitel über die »Hunderttausenden muslimischen und arabischen Kolonialsoldaten,

die auf den Schlachtfeldern Europas im Krieg gegen die Nazis ums Leben kamen«, an die Wildangel mich erinnern zu müssen glaubt. Schon allein deshalb ist Wildangels Versuch abwegig, die kritische Auseinandersetzung mit arabischen Nazi-Kollaborateuren in die Nähe von Bushs »Kultukampf gegen die 'Achse des Bösen'« zu rücken.

Simon Wiesenthals Buch über den Großmufti erschien auch nicht 1951, wie Wildangel meint, sondern schon 1947. Deshalb beeindruckt die Fülle der Details, die in dieser angeblich »tendenziösen Quelle« schon unmittelbar nach Kriegsende über die Kriegsverbrechen Husseini in den Jahren 1941 bis 1945 aufgelistet waren. Sich sechzig Jahre später über die eine oder andere Ungenauigkeit Wiesenthals auszulassen, wie es Wildangel in seiner Dissertation über Seiten hinweg tut, ist müßig. Wiesenthal sah schon 1947 genauer als Wildangel



Der Großmufti von Jerusalem bei bosnischen Freiwilligen der Waffen-SS, November 1943

Bundesarchiv, Bild 146-1978-070-05A Mielke / CC-BY-SA

Husseini damit schon in den 1930er Jahren gegenüber der britischen Mandatsmacht argumentierte.

Damals kämpfte Husseini als »Führer eines arabischen Aufstandes« auch nicht bloß gegen die britische Mandatsmacht und den »Yishuv«, wie Wildangel schreibt, sondern der Mufti ließ seine Schergen auch Hunderte Araber niedermetzeln, die für eine Verständigung mit den Juden in Palästina eintraten. Nach seiner Rückkehr aus Nazideutschland lehnte der fanatische Antisemit Husseini weiterhin jede »Zwei-Staaten-Regelung« ab und rief im Nazijargon zur »Vernichtung der Juden« auf. Auch

dazu nimmt Wildangel nicht Stellung. Stattdessen gibt er in seinem iz3w-Beitrag vor, die politische Stimmung in Palästina im Jahr 1948 genau zu kennen. Dass Husseini in diesem Jahr in Gaza zum Präsidenten des Palästinensischen Nationalrats gewählt wurde, ist für ihn nicht der Rede wert.

Wildangel nimmt nur wahr, was in sein araberfreundliches Raster passt

heute, welche Folgen die Rückkehr des Kriegsverbrechers Husseini in den Nahen Osten und die Fortsetzung seiner politischen Karriere für die Region haben sollte (»die brennende Lunte am Pulverfass der panislamischen Bewegung der Zukunft«).

In meinem iz3w-Schwerpunkt werden auch keineswegs »ausschließlich... deutsche Quellen« zitiert, wie Wildangel behauptet, sondern ebenso palästinensische, israelische, US-amerikanische, polnische, marokkanische und ägyptische. Freilich muss man dazu die Fußnoten lesen. Und der Historiker Lukasz Hirschowicz, dessen Studie laut Wildangel »unerwähnt« blieb, ist im Text sogar namentlich genannt – wenn auch als positives Gegenbeispiel zum ZMO!

### Im Fahrwasser des Nahostkonflikts

► Wildangel nimmt offenbar nur wahr, was in sein Araber-freundliches und antizionistisches Raster passt. Und so zitiert er selektiv aus der Forschungsarbeit des US-Wissenschaftlers Robert Satloff über den »langen Schatten des Holocausts in der arabischen Welt«. Wildangel erwähnt den »konservativen« Satloff, weil aufgrund dessen Arbeit »zum ersten und bisher einzigen Mal ein Araber, der Juden rettete, in die 'Allee der Gerechten unter den Völkern' in der Jerusa-

lemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vasem aufgenommen wurde.« Diese Aussage ist falsch oder zumindest voreilig. Denn der von Satloff vorgeschlagene Khaled Abdelwahab, der eine jüdische Familie in Tunesien vor den deutschen Besatzern gerettet hat, ist bislang (Stand August 2009) für Yad Vasem erst »nominiert«, noch nicht aufgenommen, auch wenn deutsche Tageszeitungen dies schon vor einem Jahr kolportierten.

Möglicherweise kennt Wildangel nur diese Presseberichte, nicht aber Satloffs Buch. Ansonsten hätte er sich womöglich gescheut, ausgerechnet darauf zu verweisen. Denn der US-amerikanische Nahost-Experte reiste zwar auch mit dem erklärten Ziel in den Maghreb, positive Geschichte(n) über Araber aufzuspüren, die im Zweiten Weltkrieg Juden halfen. Satloffs Beweggrund: Ihn erschreckte die Ignoranz der arabischen Welt gegenüber der Shoah, der dort grassierende Antisemitismus und die daraus gespeiste terroristische Gewalt. Deshalb recherchierte er zwei Jahre lang in Nordafrika nach arabischen Antifaschisten in der Hoffnung, mit Hilfe dieser positiven Leitfiguren Araber zu einer kritischeren Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus anregen zu können.

Aber Satloff besitzt die wissenschaftliche Redlichkeit, auch Ergebnisse seiner Recherchen zu präsentieren, die dem erhofften Resultat diametral widersprechen. So musste er feststellen, dass sich bei der Judenverfolgung in Nordafrika »überall« Araber als »willfähige Helfershelfer« erwiesen, weshalb es »lediglich einer Laune des Schicksals zu verdanken« sei, »dass nur vergleichsweise wenige Juden« – immerhin 4.000 bis 5.000 – »aufgrund der faschistischen Herrschaft in den arabischen Ländern umkamen.«<sup>1</sup> Satloff zitiert jüdische Überlebende, die in den 1940er Jahren in Arbeitslagern in Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen von arabischen Kollaborateuren gefoltert wurden. Im algerischen Djelfa, so ein Augenzeuge, vergruben die arabischen Wärter Gefangene »bis zum Hals im Sand und urinierten auf unsere Köpfe. Und wenn es einer wagte, seinen Kopf zu bewegen, dann schlugen sie ihm mit einem Stein den Schädel ein. (...) Niemand gab ihnen den Befehl, uns nackt an Pfähle zu binden, uns auszupütschen und an den Armen aufzuhängen. (...) Sie taten all dies aus freien Stücken und hatten ihren Spaß dabei.«<sup>2</sup> In der tunesischen Küstenstadt Gabès nahmen laut Satloff Araber die Verfolgung ihrer jüdischen Nachbarn im Mai 1941 selbst in die

Hand und zogen drei Tage lang plündernd und mordend durch jüdische Viertel – unbewilligt von den arabischen Polizisten.<sup>3</sup> Wildangel schreibt in iz3w 313, Satloff habe »auf der Suche nach Einzelfällen arabischen Widerstands im besetzten Nordafrika« feststellen müssen, »dass solche historischen Begebenheiten längst in das Fahrwasser des israelisch-palästinensischen Konflikts geraten waren«.

Wildangel verschweigt damit, was Satloff offen benennt: dass Nachfahren von Arabern, die Juden das Leben gerettet haben, mit ihm nicht darüber reden wollten, weil sie sich entweder dafür schämten, oder weil sie Angst hatten, von ihren heutigen arabischen Nachbarn dafür tatsächlich angegriffen zu werden.

### Marginalisierter Antifaschismus

► Es spricht für die Toleranz der iz3w-Redaktion, Wildangels Replik trotz ihrer Fehler und Auslassungen abgedruckt und mit von ihm gelieferten antifaschistischen Karikaturen aus arabischen Zeitungen illustriert zu haben. Un erwähnt bleibt, dass sämtliche, auch die in Wildangels Text zitierten arabischen Zeitungen aus Palästina spätestens ab 1932 der britischen Zensur unterstanden. Sie bezogen ihr antifaschistisches Material oftmals aus britischen Quellen, und sie erreichten nur einen Bruchteil der palästinensischen Bevölkerung. »Al-Gami'a al-islamiya« zum Beispiel hatte lediglich eine Auflage von 2.000 Exemplaren und »Filastin« erreichte nur die kleine »christlich-orthodoxe Minderheit« des Landes, wie Wildangel in einer Fußnote einräumen muss. Aus Belegen wie diesen einen antifaschistischen »Konsens« der arabischen Bevölkerung Palästinas zu konstruieren, wie Wildangel es in seiner Dissertation tut, ist so absurd, als würde man die politische Haltung der Deutschen aus den Inhalten der iz3w ableiten.

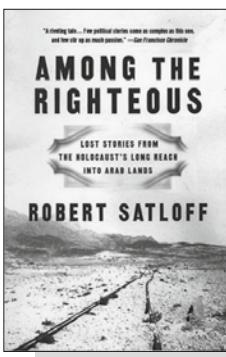
### Anmerkungen

<sup>1</sup> Satloff, Robert: *Among the Righteous. Lost Stories from the Holocaust's long reach into Arab Lands*. New York 2006. S. 79.

<sup>2</sup> ebd., S. 83

<sup>3</sup> ebd., S. 85

### In Gabès nahmen Araber die Verfolgung ihrer jüdischen Nachbarn selbst in die Hand



VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT	
<b>PERIPHERIE 113</b>	
Der Süden im Bilde	
Editorial	3
Olaf Kaltmeier & Sebastian Thies	Boliviens Staat im Bilde. Postkoloniale Repräsentationsverhältnisse und der strategische Einsatz von Kultur in der Entwicklungszusammenarbeit..... 7
Matthias Krings	Marke „Osama“. Über Kommunikation und Kommerz mit Bin-Laden-Bildern in Nigeria ..... 31
Marie-Hélène Gutberlet	Ruanda Medial – Genozid als Filmstoff und transnationales Medienergebnis ..... 56
Anne Jung	Erdachte Wirklichkeiten. Der Hollywood-Film <i>BLOOD DIAMOND</i> und die Aufklärungskoalition aus NGOs und Filmwirtschaft ..... 78
Uwe Hoering	PERIPHERIE-Stichwort: Bollywood ..... 99
Diskussion	
Peter Wahl	Schwellen- und Entwicklungsländer im Sog der Krise ..... 102
2009 - 140 S. - € 10,50	
ISBN: 978-3-89691-821-5	



# Erinnerung als Politikum

## Der Berliner Streit um die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«

Das Verhältnis zwischen MigrantInnen und Schwarzen Deutschen auf der einen Seite und weißen AntirassistInnen auf der anderen Seite war noch nie spannungsfrei. Zumeist geht es bei den Konflikten darum, wer für wen sprechen kann, wer aus welcher Position heraus wie argumentiert. Erinnert sei beispielsweise an die harschen Vorwürfe von Café Morgenland, die Ende 1990er Jahre Teilen der deutschen Linken »Rassismus« vorwarf, als in der Zeitschrift konkret die Taliban mit Vokabeln wie »Kopfwindeln« lächerlich gemacht wurden. Jüngst klagte Osara Igbinoba, Sprecher der MigrantInnen-Selbstorganisation The Voice, über die Zusammenarbeit mit deutschen antirassistischen Gruppen: »Teilweise hat dieser Konflikt damit zu tun, dass die deutsche Linke ihre Positionen, Konzepte und Organisationsmethoden oft als universelles Beispiel der Aufklärung, als fortschrittlichstes und politisch korrektes Vorbild betrachtet. Von den Flüchtlingen wird dabei erwartet, dass sie sich in beinahe allen Aspekten nach den deutschen Gruppen richten.«

Besonders heftig entluden sich die latenten Spannungen im aktuellen Konflikt um die Wanderausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«, die am 1. September in Berlin eröffnet

wurde (siehe iz3w 314). Eigentlich wäre hier zu erwarten gewesen, dass MigrantInnen und Schwarze Deutsche zusammen mit deutschen AntirassistInnen an einem gemeinsamen erinnerungspolitischem Strang ziehen. Ausstellungsmacher Karl Rössel ging es explizit darum, die



Foto: www.3www2.de

hierzulande ‚vergessenen‘ Seiten des Zweiten Weltkrieges zu thematisieren: Die Millionen Opfer, die der Krieg in vielen Ländern der Dritten Welt gefordert hat. Und die Ausstellung sollte über eine weitere Tatsache informieren, die in der hegemonialen Geschichtsschreibung nicht vor-

kommt: »Bis 1945 leisteten Millionen Soldaten aus der Dritten Welt einen wichtigen Beitrag, um die Welt vom europäischen Faschismus und japanischen Großmachtwahn zu befreien.«

Doch es kam zu einem heftigen Streit zwischen Rössel und Philippa Ebéné, der Geschäftsführerin der Werkstatt der Kulturen, wo die Ausstellung hätte gezeigt werden sollen. Ausgetragen wurde er nicht direkt, sondern über Pressemitteilungen und Pressekonferenzen. Umgehend wurde er von der Hauptstadtpresse aufgegriffen und von ihr ein ganz großer Kulturkonflikt inszeniert, teils mit unsäglicher Wortwahl. Nun gab es nur noch Polarisierung und Parteinahme, Angriff und Verteidigung schaukelten sich gegenseitig hoch. Das ursprüngliche Ziel, die Ignoranz der Mehrheitsgesellschaft zu kritisieren, geriet in den Hintergrund.

Wir dokumentieren im Folgenden in chronologischer Reihenfolge und in gekürzter Fassung einige zentrale Pressemitteilungen und Presseartikel rund um die Ausstellung – in der Hoffnung, auf dieser Grundlage in der kommenden Ausgabe eine tiefer gehende Debatte über (un-)angemessene Formen von Erinnerung und Vergangenheitspolitik führen zu können.

die redaktion

## Zensur in der Werkstatt der Kulturen

► Vom 1. bis 30. September sollte die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« in der Werkstatt der Kulturen in Berlin-Neukölln ihre Premiere erleben, bevor sie bis Ende 2011 durch zahlreiche weitere Städte touren wird. Als Tag der Eröffnung wurde bewusst der 1. September gewählt, der 70. Jahrestag des Kriegsbeginns in Europa (!), um der gängigen eurozentristischen Sichtweise auf den Zweiten Weltkrieg eine globale Perspektive entgegen zu setzen.

### Ein Jahr Vorbereitung torpediert

(...) Die Inhalte basieren auf zehnjährigen Recherchen des Rheinischen JournalistInnenbüros (Köln) in 30 Ländern der Dritten Welt, deren Ergebnisse 2005 in einem Buch (»Unsere Opfer zählen nicht«) und 2008 in Unterrichtsmaterialien publiziert wurden. Wie die Bücher so dokumentiert auch die Ausstellung die Kriegsfolgen in Afrika, Asien, Ozeanien, Südamerika und der Karibik. Erinnert wird an die Millionen vergessenen Kolonialsoldaten, Zwangsarbeiter und Zwangsprostituierten, die von den kriegsführenden (Kolonial-)

Mächten ausgebeutet wurden und von denen viele für die Befreiung der Welt vom europäischen Faschismus und vom japanischen Großmachtwahn gestorben sind.

### Unterkapitel Kollaboration

Neben diesen Hauptkapiteln thematisiert die Ausstellung auch die Judenverfolgung außerhalb Europas und die Kollaboration mit den faschistischen Achsenmächten in der Dritten Welt. Tatsächlich gab es dort nicht nur Widerstandskämpfer und Opfer, sondern auch überzeugte Faschisten und Sympathisanten der Nazis – auch in arabischen Ländern. In der Ausstellung werden einige prominente Kollaborateure namentlich genannt. Um Pauschalurteile vorzubeugen, wird unter dem Titel »Arabische Retter« auch auf arabische Antifaschisten hingewiesen, die Juden vor den deutschen Besatzern gerettet haben und es heißt dazu: »In jeder Phase der Judenverfolgung durch Nazis, Vichy und Faschisten in den arabischen Ländern, und überall, wo sie stattfand, gab es auch Araber, die Juden halfen.« (...)

### Zensur-Ultimatum eine Woche vor der Vernissage

Völlig unerwartet stellte Philippa Ebéné (...) eine Woche vor der Vernissage (...) mit Verweis auf ihr »Hausrecht« das Ultimatum, der Ausstellungsteil über arabische NS-Kollaborateure dürfe in der Werkstatt der Kulturen nicht gezeigt werden. (...) Selbst durch das Angebot einer Podiumsdiskussion und das Auslegen kontroverser Texte zum Thema ließ sich Philippa Ebéné nicht von ihrer Haltung abbringen. Da die OrganisatorInnen von Recherche International e.V. die Ausstellung auch in Berlin nur ganz oder gar nicht präsentieren wollten, suchte ihr Berliner Kooperationspartner alternative Räume und fand sie in den Uferhallen im Wedding (...)

Das Vorgehen von Philippa Ebéné ist ein Skandal. (...).

Recherche International e.V. (Köln),  
Pressemitteilung vom 24.8.2009

## Geschichtsaufarbeitung nach Neuköllner Art

► Der Vorgang erinnert an die »Idomeneo«-Absage in der Deutschen Oper. Deren Intendantin hatte im Herbst 2006 Mozarts Werk aus Angst vor islamistischen Attacken abgesetzt. Nun ist es die Werkstatt der Kulturen in Neukölln, die offenbar aus Sorge, nahöstliche Befindlichkeiten zu verletzen, einer seit Monaten geplanten Ausstellung die Tür verschließt. (...) In der Schau, die am 1. September eröffnen sollte, geht es um Soldaten aus Afrika und Asien, um Zwangsarbeiter und Sexsklaven. Und es geht, eher am Rande, um Kollaboration mit den Nazis. Diese gab es etwa in Indien oder Argentinien, aber eben auch im Nahen Osten. So schildert eine der umstrittenen Tafeln unter der Überschrift »Palästinenserführer und Kriegsverbrecher« wie der oberste Repräsentant Palästinas, Hadsch Amin al Husseini, in Deutschland von Heinrich Himmler zum SS-Gruppenführer ernannt wurde. Er rekrutierte in Bosnien muslimische Freiwillige für die Waffen-SS und wurde nach dem Krieg von den Alliierten als Kriegsverbrecher gesucht. Eine zweite Tafel benennt die »Sympathisanten der Faschisten im Nahen Osten«, etwa Ägyptens König Faruk; eine dritte würdigt »Arabische Retter«, die Juden vor dem Tod bewahrten.

Für die Werkstatt der Kulturen und deren Geschäftsführerin Philippa Ebéné sind diese Darstellungen aber nicht akzeptabel. Sie verlangt, die Tafeln zum Nahen Osten wegzulassen. (...) Den Vorwurf der Zensur weist Ebéné zurück. Sie sagt, dass ein Ausstellungskonzept, in dem auch Kollaboration und Mitschuld thematisiert würden, nie abgesprochen gewesen sei: »Geplant war eine Hommage an die gefallenen POCs (People of Colour), die Deutschland vom Faschismus befreiten.« Für eine Völkerschau nach dem Motto »Edler Wilder, böser Wilder« stehe die Werkstatt nicht zur Verfügung. Auch bei anderen Gedenkveranstaltungen, etwa zu Stauffenberg, zeige man nicht auf die Kollaborateure. Dass Rössel dies gemacht habe, sei »rassistisch«, meint Ebéné.

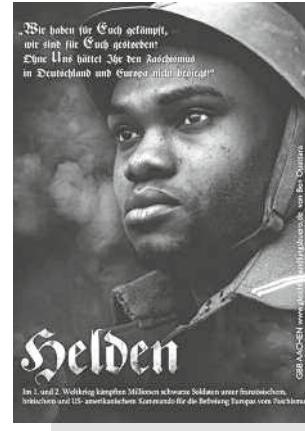
Verständnis für Ebénés Haltung und die Absage an Rössel äußert Berlins Migrations-

beauftragter Günter Piening. »In einem Viertel wie Neukölln brauchen wir eine differenzierte Darstellung der Verwicklung der arabischen Welt in den Zweiten Weltkrieg«, sagte er dem Tagesspiegel. Der Widerstand der

Araber gegen die Nazis werde in der Schau nicht ausreichend gewürdigt. Für Freitag hat er alle Beteiligten zum Gespräch eingeladen. (...) Mit Verärgerung reagierte Neuköllns Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) auf die Ausstellungsabsage der Werkstatt der Kulturen, die mit öffentlichen Geldern gefördert wird: »Gerade die Werkstatt reklamiert für sich, ein Ort der Freiheit und Kultur zu sein. Geschichte muss man aushalten können.«

Buschkowsky vermutet hinter der Absage die Intervention arabischer »Platzhirsche«.

Philipp Lichtenbeck,  
Tagesspiegel vom 27.8.2009



Motiv: www.3www2.de

## Werkstatt der Kulturen sagt Ausstellung ab

► Ihre Fassungslosigkeit ist Philippa Ebéné anzumerken: »Ich bekomme Mails, in denen ich als Antisemitin beschimpft werde! Ich bin jetzt ein Nazi!« Ebéné, seit 2008 Leiterin der Neuköllner Werkstatt der Kulturen, hat einen Eklat verursacht: Sie hat kurz vor deren Eröffnung die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« abgesagt. (...) Sie habe »eine Hommage an die ‚People of Colour‘« gewollt, jene »Nichtweißen, die gegen die Nazis gekämpft haben« – pünktlich zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs. Das sei zwar in weiten Teilen Inhalt der von Rössel erarbeiteten rund 100 Ausstellungstafeln, doch gerade am Ende widmeten diese sich vor allem denen, die mit den Nazis zusammengearbeitet haben (...).

So bleibe von der Ausstellung der Eindruck in Erinnerung, dass es ohne die Kollaborateure den Krieg, den Holocaust nie gegeben hätte. »Kann man nicht, statt gleichzeitig immer auch von Schuld zu sprechen, zum Jahrestag dieses Krieges einfach mal die würdigen, die im Kampf gegen die Nazis ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben?«, fragt Philippa Ebéné.

Zudem kritisiert sie die »für deutsche Bildungsbürger gedachte« Form der Ausstellung: Die ausschließlich deutschsprachigen und textlastigen Tafeln »gehen an unserem Publikum in der Werkstatt der Kulturen vorbei«. Sie habe ihre Vorstellungen und Änderungswün-

sche von Beginn an klar formuliert, sagt Ebéné. Die endgültigen Ausstellungstafeln seien ihr aber erst vor zwei Wochen gezeigt worden. »Da habe ich sofort gesagt: so nicht!«

Rössel erzählt eine andere Geschichte: Es habe kaum direkte Kommunikation zwischen ihm und der Werkstattleiterin gegeben. Seit dem Frühjahr seien ihr seine Bücher und von ihm erarbeitete Unterrichtsmaterialien bekannt, auf denen die Ausstellung beruhe: »Sie kannte unser Konzept.«

Als Mittler zwischen Ausstellungsmacher Rössel und Werkstattleiterin Ebéné war der in Berlin ansässige Verein AfricAvenir tätig, der die Ausstellung und ihr Rahmenprogramm hier vorbereitete. Der Vorschlag, einige Tafeln aus dem Ausstellungsteil über arabische Nazi-kollaborateure zu entfernen, sei nicht von der Werkstattleiterin, sondern als Kompromissvorschlag von AfricAvenir gemacht worden (...).

Den aktuellen Konflikt will Migrationsbeauftragter Günter Piening an diesem Freitag in einem Gespräch mit den Beteiligten klären. Vorab äußert er sich kritisch zu Ebénés Entscheidung: Historisches Lernen müsse in einer Einwanderungsstadt die gesamten Geschichtsbilder berücksichtigen: »Man kann nicht bestimmte Dinge ausschneiden«, so Piening.

Anke Wierth, taz Berlin vom 27.8.2009

## Der Mufti von 1000 Jahren

► Hadsch Amin al Husseini, oberster Repräsentant Palästinas, Mufti von Jerusalem, war ein guter Nazi-Freund. Von 1941 bis 1945 lebte er in Berlin, besprach sich mit Hitler, wurde von Himmler zum SS-Gruppenführer ernannt und gründete die muslimisch-bosnische SS-Division. 4000 jüdische Kinder wurden auf seinen Wunsch hin in den Tod geschickt. Diese und weitere Informationen sollten auf drei von 96 Schautafeln in der Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« zu sehen sein – in der Werkstatt der Kulturen in Neukölln. Bekannt ist die Werkstatt als Veranstalter des Karnevals der Kulturen, diesem fröhlichen Multikulti-Umzug, den der Regierende Bürgermeister gerne als Beweis für die Offenheit und Toleranz in Berlin heranzieht. Doch die Werkstatt zeigt sich als Hort feiger Intoleranz. Die drei Tafeln der Ausstellung, auf denen es um die Kollaboration arabischer Führer mit den Nazis geht, dürfen nicht gezeigt werden. Um die arabischen Organisationen nicht zu provozieren? Um den Einsatz linker Kreise für die Sache der Palästinenser nicht zu diskreditieren? Die Verantwortlichen sollten ihren Umzug umbenennen: in »Karneval der entarteten Kultur«.

Lorenz Maroldt, Kommentar im Tagesspiegel vom 27.8.2009

# Stellungnahme zur abgesagten Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« in der Werkstatt der Kulturen in Berlin

► (...) Unsere Initiative, die seit über 25 Jahren die Interessen Schwarzer Menschen vertretet, beobachtet mit wachsender Sorge die in der Medienlandschaft kursierenden diffamierenden Aussagen über Frau Ebéné und ihre angebliche Motivation, die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« in der Werkstatt der Kulturen nicht stattfinden zu lassen. (...) Bereits der Titel der nun kontrovers diskutierten Ausstellung macht jedoch deutlich, dass bei deren Inhalten mit Stigmatisierungen und Diskriminierungen zu rechnen ist.

So ist nicht etwa von Ländern und deren Bevölkerungen außerhalb Europas die Rede, sondern von der »Dritten Welt«. Dieses simplifizierende Labeling von People of Colour aus den USA, Australien, Neuseeland, Afrika, Europa, Südamerika und Asien als »Dritteweltländer« weist auf einen unzulässigen Wunsch nach Homogenisierung nichtweißer Menschen hin, der in einer unguten rassentheoretischen Tradition steht und macht so die

problematische Perspektive des Ausstellungs-Kurators erkennbar.

Die mediale und politische Kontroverse, die durch Philippa Ebénés konsequente und couragierte Entscheidung ausgelöst wurde, macht deutlich, dass anstelle einer sachlichen Debatte versucht wird, eine polemische und allzu simple, generalisierende Verbindung zwischen Muslimen und den nationalsozialistischen Verbrechen zu konstruieren.

Wie unter den oben genannten Voraussetzungen People of Colour, die bisher in der Geschichtsschreibung des Zweiten Weltkriegs ignoriert werden, in ihrer Rolle als BefreierInnen geehrt werden sollen, bleibt unklar.

Wir bedauern und kritisieren, dass es auch im Jahre 2009 offensichtlich noch immer nicht möglich ist, den Beitrag Schwarzer Menschen / People of Color zur Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus in würdiger Weise zu gedenken. Hier wird tradiert, was in der europäischen Geschichts-

schreibung Usus ist: Die Einteilung nichtweisser Menschen in »edle Wilde, böse Wilde«. Frau Ebéné hat diese simplifizierende Analyse, die in dieser Form gerade nicht auf die europäische Gemengelage von Kollaboration und Widerstand angewandt wird, zu Recht kritisiert. (...)

Philippa Ebéné hat als Geschäftsführerin von ihrem Recht Gebrauch gemacht, die gleichen Standards einzufordern, wie bei vergleichbaren Würdigungen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Hier gilt bekanntlich, dass Menschen die das NS-Regime bekämpften nicht im gleichen Atemzug mit Kollaborateuren genannt werden. Die weltweite Kollaboration mit dem NS-Regime sollte thematisiert werden – allerdings in einem angemessenen Rahmen. In diesem Zusammenhang von Zensur zu sprechen ist deshalb ebenso empörend wie falsch. (...)

*Initiative Schwarze Menschen in Deutschland,  
Pressemitteilung vom 30.8.2009*

## Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

► Es besteht kein Zweifel, dass die Befreiung der Welt vom deutschen und italienischen Faschismus sowie vom japanischen Größenwahn ohne die militärische, ökonomische und politische Rückendeckung durch die Dritte Welt nicht oder doch zumindest nicht in derselben Zeit hätte errungen werden können. Aber all diese historischen Fakten werden im hiesigen Geschichtsdiskurs systematisch ausgebündet. Das erklärt auch die Form dieser Ausstellung. Da kaum einer der genannten Fakten bekannt ist, also nur wenig vorausgesetzt werden kann, sind Texte zu den in dieser Ausstellung präsentierten 400 Fotos unverzichtbar. Wer zum Beispiel hat schon einmal von dem Massaker auf der Pazifikinsel Banaba gehört oder von den kriegsbedingten Hungerskatastrophen in Bengalen und Vietnam im Jahre 1943/44, die jeweils Millionen Tote forderten. (...)

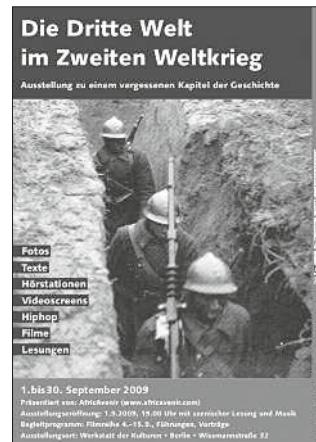
Fakten wie diese müssen erklärt und können nicht einfach mit Fotos dokumentiert werden, da diese kaum jemand einordnen könnte. (...) Damit bin ich bei den Vorwürfen und Anfeindungen gegenüber dieser Ausstellung (...). »Textlastigkeit« und damit lediglich interessant für Bildungsbürger lautete einer dieser Vorwürfe. (...) Auch MigrantInnen aus Neukölln dürften im übrigen mit dieser Ausstellung durchaus etwas anfangen können. Allerdings sind MigrantInnen tatsächlich nicht das Zielpublikum dieser Ausstellung, da

sie aufgrund eigener Erfahrungen in ihren Herkunfts ländern in der Regel um die globale Dimension des Zweiten Weltkriegs sehr viel besser wissen als andere. Dies belegen die Interviews, die wir für die Ausstellung geführt haben und die unter dem Titel »Kriegserinnerungen aus der Nachbarschaft« an einer der drei Videostationen zu sehen sind. Fast all unsere Interviewpartner mit Migrationshintergrund, die wir nach dem Zweiten Weltkrieg befragten, konnten dazu eine Geschichte erzählen, egal ob sie aus Indien, Südkorea oder dem Iran, Uganda, Kamerun, Senegal, Kongo oder Gambia kamen.

(...) Ein in der Öffentlichkeit kolportierter Vorwurf gegenüber dieser Ausstellung stimmt hingegen tatsächlich, wenn auch nicht in dem von den Kritikern intendierten Sinne: der Anteil arabischer Soldaten an der Befreiung Europas vom Faschismus wird tatsächlich nicht angemessen präsentiert. Er ist vielmehr deutlich überrepräsentiert, wie mir allerdings erst im Laufe der eigentümlichen Debatten um diese Ausstellung hier in Berlin auffiel. (...) Neben alledem sind die umstrittenen Tafeln über arabische Nazi-Kollaboratoren deutlich

untergewichtet. Dar auf ganz zu verzichten, wäre jedoch historisch unakzeptabel. Uns geht es nicht um platte Heldenverehrung, auch wenn in dieser Ausstellung viele vergessene Helden in Wort und Bild vorgestellt werden (...).

Auch unter den »People of Colour«, um einmal diese pauschalisierende Charakterisierung von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Gesinnung aufzugreifen, gab es jedoch keineswegs nur antifaschistische Helden, sondern auch zahllose Mitläufer, Faschisten und Kollaboratoren. Wer diese historischen Tatsachen zu ignorieren oder zu unterdrücken versucht, missachtet die Opfer dieser Kollaboratoren. (...) Die Folge dieser massenhaften Kollaboration waren Millionen Tote und wie fragwürdig die hier in Berlin um die Ausstellung geführte Debatte ist, verdeutlicht die Tatsache, dass die Opfer der weltweiten Kollaboration mehrheitlich »People of Colour« waren.



Motiv: www.3www2.de

schalisierende Charakterisierung von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Gesinnung aufzugreifen, gab es jedoch keineswegs nur antifaschistische Helden, sondern auch zahllose Mitläufer, Faschisten und Kollaboratoren. Wer diese historischen Tatsachen zu ignorieren oder zu unterdrücken versucht, missachtet die Opfer dieser Kollaboratoren. (...) Die Folge dieser massenhaften Kollaboration waren Millionen Tote und wie fragwürdig die hier in Berlin um die Ausstellung geführte Debatte ist, verdeutlicht die Tatsache, dass die Opfer der weltweiten Kollaboration mehrheitlich »People of Colour« waren.

*Karl Rössel, Redebeitrag zur Eröffnung der Ausstellung am 1.9.2009*

## Kritik an kolonialrassistischer Ausstellung

► Mit ihrer Entscheidung, die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« in der Werkstatt der Kulturen in der vorgelegten Form nicht zuzulassen hat sie (Frau Ebéné, die Red.) richtig gehandelt. So konnte die Reproduktion von Rassismus verhindert werden. Die Ausstellung, die vorgibt, Beiträge der Menschen aus der sog. »Dritten Welt« zur Befreiung vom Nationalsozialismus zu thematisieren, subsumiert tatsächlich alle nichtweißen Akteur/innen unter dem Begriff »Dritte Welt« – unabhängig davon, ob sie aus Afrika, Asien, USA, Europa oder Australien kommen.

So werden schwarze australische, neuseeländische oder amerikanische Soldaten zu »Dritteweltländer«. Dies ist purer Kolonialrassismus. Ziel der von Frau Ebéné gewünschten Veranstaltungsreihe war die Würdigung der nichtweißen Veteranen, die zur Befreiung Europas beitragen und in der deutschen Geschichtsschreibung marginalisiert werden.

Die Ausstellung, die als Hommage für Befreier und Opfer abgesprochen war, ent-

puppte sich jedoch als unakzeptable Gleichstellung von Befreieren vom Nationalsozialismus und Kollaborateuren mit dem NS-Regime. Damit werden Befreier und Opfer entwürdigt. Dafür ist die Schuld von weißen Deutschen und Nazis im Allgemeinen relativiert.

Migrationsrat  
Berlin-Brandenburg,  
Pressemitteilung  
vom 1.9.2009

## Überall Kollaborateure

► Es hätte alles so heimelig werden können. Berliner Antirassisten unter sich. Doch dann platzte dem eingeladenen Historiker der Krägen: Seine Erkenntnisse störten wohl nur den »sogenannten Diskurs«, polterte Historiker Götz Aly und verließ die Pressekonferenz, auf der, wie er es ausdrückte, »ein Übermaß an Gesinnungsethik« vorherrschte. Was war geschehen? (...) Anetta Kahane, die (jüdische) Chefin der Amadeu-Antonio-Stiftung, die sich dem Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus widmet und mit der »Werkstatt der Kulturen« zusammenarbeitet, (hatte) zur Pressekonferenz geladen, um die Diskussion zu »versachlichen«. Die endete im Eklat.

Sehr früh wurde nämlich deutlich, dass Ebéné jeden Hinweis auf die Kollaboration der Kolonialvölker mit den Deutschen deshalb ablehnt, weil das »ihre Opfer relativieren« würde. Die als Expertin für Kolonialismus geladene Anglistin Susan Arndt empörte sich darüber, dass ihrem Sohn in der Schule eine Diskussion über »Vor- und Nachteile des Kolonialismus« zugemutet werde. Diese »Objek-

tivierung« sei der Versuch, Schuld zu relativieren; und der Hinweis auf die Zusammenarbeit des Muftis mit Hitler etwa diene nur dem Ziel der Selbstentlastung der Deutschen. Es gehe also bei der Ablehnung der Ausstellung durch Ebéné »nicht um Zensur, sondern um Widerstand durch eine woman of colour«. Großer Jubel im kleinen Saal der Stiftung in der Liniestraße.

Da wurde es Götz Aly zu viel. Die Einseitigkeit der Ausstellung sei »antiaufklärerisch«, meinte er. Und das trotz der 18 Tafeln zur Kollaboration. So werde nicht nur verschwiegen, dass die in der Ausstellung gefeierten schwarzen Truppen der Briten und Franzosen »unfreiwillige Befreier« gewesen seien, sondern auch, dass »jedes Dorf in Südwestdeutschland von Vergewaltigungen durch schwarze Soldaten« berichten könne,



Motiv: www.3www2.de

die »nicht anders als die Russen« gehaust hätten.

Verschwiegen werde auch, dass »einer der größten Freunde Nazi-Deutschlands« Mahatma Gandhi gewesen sei. Und das, weil es nun einmal »gleichgerichtete Interessen« zwischen den antiimperialisti-

schen Kämpfern und dem »Feind ihres Feindes« gegeben habe. Er habe das Gefühl, so der Autor des Standardwerks »Hitlers Volksstaat«, das zum ersten Mal die handfesten materiellen Interessen untersuchte, die viele Deutsche an den NS-Staat banden, dass mit der von Ebéné gewollten »Hommage« an die *people of colour*, die gegen Hitler gekämpft hätten, das »Bild vom edlen Wilden« gepflegt werde. Das sei aber eine Vereinfachung, »die wir nicht brauchen«.

Alan Posener,  
Die WELT vom 3.9.2009

## Was man aus einem Streit über eine Ausstellung lernen kann

76

► (...) Der Verdacht, es sei in Neukölln nicht möglich, über die Zusammenarbeit arabischer Nationalisten mit den Nazis zu sprechen, sorgte für reichlich Aufmerksamkeit und reichlich schlechte Presse. Seitdem ist Ebéné auf der Flucht nach vorne. Sie und ihre Unterstützer versteigen sich in immer hältlosere Anwürfe. Zuletzt war zu lesen, es zeuge von einer »problematischen Einstellung« der Ausstellungsmacher, dass sie von »Dritter Welt« sprechen und damit den Erdteil erst an dritter Stelle nennen würden, nach allen anderen Weltregionen. (Bekanntlich ist der Ausdruck in Analogie zum »Dritten Stand« im französischen *ancien régime* gebildet.) Es geht um die richtige Form des Gedenkens, um Anerken-

nung, in manchen Fällen sicher auch um Entschädigung für oder wenigstens nachträgliche Entlohnung von Zwangsarbeitern und Kolonialsoldaten. Vielmehr: Es ginge darum, wenn nicht Ebénés Vorgehen zu einem erinnerungspolitischen Streit auf niedrigstem Niveau geführt hätte. Während Rössel und Kollegen nun von der einen Seite als »Kolonialrassisten« beschimpft werden, mobilisiert ihre Ausstellung heftige Ressentiments bei solchen, die es für »Gutmenschentum« halten, über Rassismus und Kolonialismus zu sprechen und deren Opfer zu würdigen.

Es ist, als führten die Beteiligten die Tragödie der europäischen Opfer des Nationalsozialismus auf globaler Ebene noch einmal auf,

und sie gerät vollends zur erinnerungspolitischen Farce. Da soll man sich nun zu Fragen verhalten, die nichts mit dem Thema zu tun haben und eine vernünftige Auseinandersetzung unmöglich machen: Unterstützt Du die arabischen Judenhasser? Oder bist Du für die Kolonialmächte und Sklavenhalter? Es ist wahr, mit dem Hinweis auf die Verstrickung von Opfern in die NS-Verbrechen wird die historische Verantwortung relativiert. Aber: »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« war zu komplex, um in ein simples Opfer-Täter-Schema gepresst zu werden.

Matthias Becker,  
Der FREITAG vom 10.9.2009

## Gebilligte Massaker

► Im Frankreichfeldzug des Zweiten Weltkriegs verübten Einheiten der Wehrmacht und der Waffen-SS Kriegsverbrechen, die sich spezifisch gegen schwarze französische Kolonialsoldaten richteten. Insbesondere von Ende Mai bis Ende Juni 1940 kam es zu zahlreichen »gebilligten Massakern« an schwarzen Kriegsgefangenen. In seinem Buch **Hitlers afrikanische Opfer** schätzt der Historiker Raffael Scheck die Zahl der Morde auf über 3.000. Rechne man die Fälle hinzu, in denen gar nicht erst Gefangene gemacht wurden, könnte die Zahl der Opfer bei 8.000 bis 10.000 liegen. Dies wäre etwa die Hälfte der im Krieg umgekommenen schwarzen Kolonialsoldaten und somit ein extrem hoher Anteil.

Verschiedene deutsche Einheiten verhielten sich völlig unterschiedlich, das Spektrum reichte von den Morden bis hin zu Beispielen korrekten und sogar freundlichen Verhaltens. Wie lassen sich also die Verbrechen erklären? Es gab dafür keinen offiziellen Befehl (wie etwa später im Ostfeldzug). Scheck führt aber eine Reihe Gründe an: Neben kleineren situativen Faktoren des Kriegsschauplatzes sieht er den Hauptgrund in

einer gezielten Kampagne von Hitler und Goebbels zur Verteufelung der schwarzen Kolonialsoldaten. Die Klassifizierung als 'kulturlose Bestien' bedeutete, dass man sie nicht als reguläre Soldaten ansah, sie also nicht durch das Kriegsrecht geschützt waren. Diese Propaganda baute auf leicht abrufbaren Stereotypen, die schon während des deutschen Kolonialkrieges gegen die Herero und Nama (1904-07) geprägt worden waren. Traditioniert wurden sie sodann im Ersten Weltkrieg und anschließend in der Kampagne gegen schwarze Besatzungssoldaten, die aller möglichen Greueln, insbesondere Vergewaltigungen, bezichtigt wurden.

Dass die rassistische Hetze der NS-Propaganda nicht nur dem politischen Schlagabtausch mit Frankreich diente, zeigt sich beispielsweise in einem Kriegsbericht der Freiburger



Zeitung über Kämpfe südlich der Somme vom 13. Juni 1940: »Hier hat der Franzose seine schwarzen 'Kameraden' eingesetzt. Aber er wird geschlagen an allen Stellen. Doppelt gilt die Vernichtung für die Schmach, wieder schwarze Soldaten in ihren zügellosen Instinkten und ihrer Mordgier auf deutsche Truppen loszulassen.«

Die Morde und Misshandlungen wurden nach dem vierwöchigen 'Blutrausch' weitgehend wieder eingestellt und die Behandlung in den Kriegsgefangenenlagern verbessert. Dies war unter anderem den wieder erstarkten deutschen Kolonialambitionen in Afrika geschuldet.

Heiko Wegmann

► Raffael Scheck: **Hitlers afrikanische Opfer. Die Massaker der Wehrmacht an schwarzen französischen Soldaten.** Hamburg/Berlin 2009, Verlag Assoziation A. 200 S., 20,00 Euro.

## »Sie wurden einfach erschossen«

*Interview mit Raffael Scheck über sein Buch »Hitlers afrikanische Opfer«*

**Karl Rössel:** Wie sind Sie auf das Thema Ihres Buches gekommen? Es ist ungewöhnlich, dass sich 60 Jahre lang niemand damit beschäftigt hat.

► **Raffael Scheck:** Als ich Doktoratsstudent war, las ich ein Buch über die Vichy-Zeit in Frankreich, in dem erwähnt wurde, dass 1940 in der Nähe von Lyon deutsche Panzer schwarze Soldaten der französischen Armee überrollt haben. Es wurde aber nicht angegeben, woher die Information stammt. Ich habe lange nicht daran gedacht und bin anderen Forschungen nachgegangen. Aber als in Deutschland über die Wehrmacht ausstellung diskutiert wurde, fiel mir auf, dass niemand den Frankreichfeldzug erwähnte. Es wurde über Polen geredet und vor allem über die Sowjetunion, Jugoslawien und Griechenland. Daraufhin habe ich versucht, die Stelle in dem Buch wieder zu finden und bin dabei auf weitere interessante Informationen gestoßen. Bis dahin hatte praktisch niemand zu den Massakern der Wehrmacht an afrikanischen Gefangenen in Frankreich gearbeitet. Aber in den Archiven – besonders in den französischen – fand sich viel Material darüber und ich habe dann angefangen, dieses systematisch zu erforschen.

Hängt die Nichtbehandlung dieses Themas mit der allgemeinen Ignoranz gegenüber der Beteiligung von Kolonialsoldaten am Zweiten Weltkrieg zusammen?

► Das ist ein wichtiger Faktor, denn dieses Thema insgesamt wurde in der deutschen und englischen Geschichtsschreibung lange ignoriert, etwas weniger in der französischen Literatur. Dass die große Mehrheit der Streitkräfte des Freien Frankreich bis Ende 1944 aus Afrikanern bestand, wurde auch mir deshalb erst klar, als ich mich intensiver mit dem Thema beschäftigte.

Wie erklären Sie sich, dass die Rolle der Kolonialsoldaten im Zweiten Weltkrieg erst in jüngster Zeit beschrieben worden ist?

► Ich glaube, dass es erst nach dem Ende des Kalten Krieges etwas mehr Offenheit dafür gab. Bis dahin war die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg von den Großmächten und damit von den eigenen europäischen Truppen dominiert. Unmittelbar nach dem Krieg hat niemand genau nachgeforscht, was mit den Kolonialsoldaten passiert ist. Die Alliierten hatten als Kolonialmächte kein großes Interesse daran. Frankreich z.B. wollte ja sein Kolonialregime mit kleineren Reformen

weiterhin behaupten und hat auch Revolten und Meutereien von Kolonialsoldaten brutal niedergeschlagen und dabei selbst Massaker verübt. Auch deshalb gab es lange Zeit kein besonderes Interesse daran, sich mit Verbrechen an afrikanischen Gefangenen zu beschäftigen.

Allerdings waren die Massaker der Wehrmacht an schwarzen Soldaten in Frankreich nie ganz vergessen. Schon in den 1940er und 1950er Jahren gab es vereinzelte Initiativen, Denkmäler zu errichten. Und es gab Lokalhistoriker, die Berichte von Augenzeugen und Quellen sammelten.

In Afrika sind die Massaker nicht vergessen. Afrikanische Familien pilgern bis heute zu den Friedhöfen, auf denen ihre Angehörigen begraben liegen, die von der Wehrmacht massakriert wurden. Welches Material haben Sie über das Vorgehen der deutschen Wehrmacht gefunden? Wurden schwarze und weiße Soldaten nach der Gefangennahme gezielt separiert?

► Im Gegensatz zu Polen, wo viele Massaker auf Initiative der Soldaten verübt wurden, ordneten in Frankreich oft die Befehlshabenden, die Offiziere, diese Massaker an. Sie trennten schwarze Soldaten von weißen, wo-



Französische Kriegsgefangene in einem Lager bei Straßburg (Mai 1940)  
Quelle: Scheck/ Assoziation A

bei Männer, die weder in die eine noch in die andere Kategorie zu passen schienen, zum Beispiel Nordafrikaner, von Ausnahmen abgesehen eher den Weißen zugeordnet wurden. Dann erhielten deutsche Soldaten den Befehl, die afrikanischen Gefangenen zu erschießen. In vielen Fällen haben Soldaten der Wehrmacht – sehr wahrscheinlich mit Einverständnis ihrer Offiziere – von vorneherein keine schwarzen Gefangenen gemacht und Afrikanern gar nicht erst die Möglichkeit gegeben, sich zu ergeben. Wenn sie es versuchten, wurden sie trotzdem getötet. Aber diese Eigeninitiative der deutschen Truppen wäre ohne die Billigung der Offiziere in keinem Fall möglich gewesen.

Die Offiziere haben auch Statistiken über Gefallene und Gefangene geführt. Sie belegen, dass die überwiegende Mehrheit der Gefangenen Weiße und die ganz große Mehrheit der feindlichen

Gefallenen Schwarze waren. Hätten die Offiziere nicht gewusst, warum dies so war, hätten sie sich fragen müssen: Wie kommt es, dass praktisch alle Toten schwarz sind und alle

Gefangen weiß? Allerdings heißt das nicht, dass die Ermordung von schwarzen Gefangenen ein grundsätzliches Prinzip war. Es gab schwarze Gefangene, die von Einheiten der deutschen Wehrmacht ermordet wurden, es gab andere, die korrekt behandelt wurden. Im Frankreichfeldzug war das Vorgehen inkonsistent.

*Es wurde lange Zeit versucht, das Bild aufrechtzuerhalten, die Wehrmacht hätte im Westen einen »sauberen« Krieg geführt – wenn es überhaupt Massaker gab, dann allenfalls von der SS. Die von Ihnen vorgelegten Dokumente aus Frankreich beweisen das Gegenteil.*

► Es gab Massaker der Waffen-SS, aber die große Mehrheit ging auf das Konto regulärer Wehrmachtstruppen.

*Die Offiziere, die Massaker befohlen haben, sind wahrscheinlich zum Teil namentlich bekannt. Gab es Versuche, die Verantwortlichen anzuklagen?*

► Leider nicht. Es gab gleich nach dem Krieg einige isolierte Versuche in Frankreich, die Verbrechen der Wehrmacht zu dokumentieren und Aussagen von überlebenden französischen Offizieren zu sammeln, die diese Massaker zum Teil noch in Berichten für die Vichy-

Regierung 1941/42 bezeugt hatten. Einige von ihnen gingen nach dem Krieg auch davon aus, dass sich die Justiz mit diesen Kriegsverbrechen auseinandersetzen würde. Aber auch die zuständigen fran-

zösischen Stellen haben nur Stückwerk geleistet und schnell wieder aufgegeben. Die französischen Untersuchungsbehörden haben sich intensiv mit Massakern an Mitgliedern der Résistance und an der Zivilbevölkerung beschäftigt. Aber ihr Engagement, die Massaker an Schwarzen aufzuarbeiten, scheint viel geringer gewesen zu sein.

*Hat dies damit zu tun, dass auch in den französischen Streitkräften Schwarze als minderwertig angesehen wurden?*

► Davon gingen jedenfalls die deutschen Offiziere und wahrscheinlich auch das Oberkommando der Wehrmacht aus. Sie nahmen an, wir können die Schwarzen ruhig erschießen, ohne – wie nach Massakern an Weißen – entsprechende Reaktionen von der Gegenseite erwarten zu müssen. Schwarze Soldaten wurden von allen Seiten nicht als gleichwertig anerkannt.

*Inwieweit waren die Verhaltensweisen der deutschen Wehrmachtsangehörigen geprägt von der rassistischen Ideologie der Nationalsozialisten, der hierarchischen Einteilung von Menschen nach Rassen?*

► Sehr stark. In den vierzehn Tagen, bevor die größten Massaker geschahen – Anfang/Mitte Juni 1940 – inszenierte das NS-Regime – auf Befehl von Goebbels und Hitler – eine riesige Propagandakampagne, in der Kolonialsoldaten der französischen Armee in die Nähe von Kriegsverbrechern gerückt und als »Wilde« dargestellt wurden, die es nicht wert seien wie weiße Kriegsgefangene behandelt zu werden. Im »Völkischen Beobachter« gab es blutrünstige Artikel mit dem Tenor: »Solche Bestien verdienen es, erschossen zu werden.«

Diese Propaganda scheint mir die Einstellung vieler Soldaten und insbesondere der Offiziere bestimmt zu haben, denn in den deutschen Gefechtsberichten spiegelt sie sich häufig wider. So heißt es etwa, Schwarze

»Wie kommt es, dass praktisch alle Toten schwarz sind und alle Gefangen weißen?«

würden »unehrenhaft« oder »auf tierische Art« kämpfen und seien deshalb auch nicht wie andere Gefangene zu behandeln. Aber man muss differenzieren: Es gab Offiziere, die zwar diese Vorurteile kritiklos übernommen und geteilt haben, aber letztlich doch keine Massaker angeordnet oder durchgeführt haben, etwa weil es Proteste dagegen aus den eigenen Reihen oder von gefangenen französischen Offizieren gab, die auf die Genfer Konvention verwiesen. Es gab auch deutsche Soldaten und Offiziere, die aus eigenem Antrieb sicherstellten, dass schwarzen Gefangenen nichts geschah. Es gab also eine sehr widersprüchliche Haltung unter den Wehrmachtssoldaten und -offizieren.

*Gibt es Parallelen zwischen der ideologischen Kampagne der Nazis gegen Kolonialsoldaten und der gegen »slawische Untermenschen« etwa in Jugoslawien und der Sowjetunion oder auch der antisemitischen Hetze gegenüber Juden? Sind die Argumentationslinien vergleichbar?*

► Es gab Ähnlichkeiten, aber ein Unterschied scheint mir darin zu liegen, dass die Naziideologie Schwarze als verführte »Naturwesen« präsentierte, quasi wie Tiere, die man aus dem Dschungel geholt, bewaffnet und auf Deutsche losgelassen hatte. Die Verantwortung dafür wurde eher den weißen Offizieren und den französischen Behörden angelastet, die diese so genannten »Wilden« rekrutiert hatten. Im Gefecht machte das allerdings keinen Unterschied. Im Nachhinein glaube ich, dass die Vorurteile gegenüber Schwarzen eher überwunden wurden als gegenüber Juden, da viele deutsche Wachsoldaten in der Zeit zwischen 1940 und 1945 in schwarzen Gefangen-

gen arme Kerle sahen, die von den Franzosen oder von Engländern gegen sie mobiliert worden waren, aber nicht aus eigenem Interesse gehandelt hatten. Dies hat manchmal auch dazu geführt, dass Schwarze in Gefangenenglagern im Laufe der Zeit etwas menschlicher behandelt wurden.

*Sie haben sich beschränkt auf die Zeit um 1940. Sind Ihnen weitere Beispiele für Kriegsverbrechen der Wehrmacht an Kolonialsoldaten aus den Jahren danach bekannt, also der deutschen Besatzungszeit oder den Kämpfen um die Befreiung Frankreichs 1944 oder auch aus denen in Italien und Nordafrika, an denen ja auch afrikanische Kolonialsoldaten in großer Zahl teilgenommen haben?*

► Es gab später keine vergleichbaren Propagandakampagnen der Nazis mehr. Es gab sicher noch einzelne Kriegsverbrechen, unter

anderem an schwarzen Soldaten der US-Armee, und auch Misshandlungen in den Kriegsgefangenenlagern, aber diese waren wohl eher Ausnahmen von der Regel. Nach dem Krieg ging es in einem Prozess um die angebliche Ermordung von etwa 1.000 afrikanischen Soldaten der französischen Armee durch ein SS-Kommando im hessischen Wetzlar. Aber diese konnte nie bewiesen werden, und auch ich habe bis jetzt kein Dokument gefunden, das sie belegt.

Die letzten Monate des Nazireiches sind allerdings extrem schwer zu erforschen. Die Wehrmacht hat noch in den letzten Kriegstagen etwa 10-15.000 Kolonialgefangene aus Frankreich nach Deutschland verschleppt. Was mit denen passiert ist, ist sehr schwer festzustellen. Sie wurden auf verschiedene Gefangenenglager verteilt, aber die Situation war chaotisch. Ich weiß, dass ziemlich viele von ihnen bei alliierten Bombenangriffen, bei Transporten in Zügen, in Lagern oder an den Orten, wo sie arbeiten mussten, ums Leben kamen.



»Die ›Retter Frankreichs‹ in Gefangenschaft« (NS-Propaganda-Foto vom Mai 1940), Quelle: Scheck / Assoziation A

*Gab es in der Nachkriegszeit Entschädigungsfordernisse von Angehörigen der afrikanischen Opfer oder von Veteranenverbänden aus Afrika?*

► Davon ist mir nichts bekannt.

*Wie waren die Reaktionen auf ihre Forschungsergebnisse in Deutschland?*

► Vor der Veröffentlichung meines Buches 2009 hatte ich schon im Januar 2006 eine Zusammenfassung meiner Forschungsergebnisse in der ZEIT publiziert. Die Reaktion darauf in Deutschland war überwiegend positiv, aber fast auch ein bisschen ritualistisch, im Sinne ritualistischer Selbstanschuldigungen. Ich hatte auch in diesem Artikel differenziert und darauf hingewiesen, dass nicht jeder Wehrmachtsangehörige die rassistischen Vorurteile gegenüber Afrikanern geteilt hatte und dass selbst die, die sie geteilt hatten, nicht in jedem Fall an den Massakern teilgenommen

haben. Aber die deutsche Presse hat den ZEIT-Artikel aufgegriffen, ohne diese Differenzierungen zu übernehmen, nach dem Motto: »Noch ein schlimmes Massaker und noch eine verbrecherische Seite des Nazi-Regimes«.

Kreise der extremen Rechten haben mich daraufhin angegriffen und behauptet, ich hätte das alles erfunden. So gab es einen Artikel in einer radikal rechten Zeitung, der behauptete, ich sei von der CIA bezahlt. Sie hat auch Fotos veröffentlicht, auf denen deutsche Wachsoldaten freundschaftlich vereint mit schwarzen Gefangenen zu sehen waren. Tatsächlich

hatte es nach 1940 auch Beziehungen dieser Art in einigen Gefangenenglagern gegeben.

*Welche Zeitung war das?*

► Die deutsche »Nationalzeitung«. Ich habe gestaunt, was die alles über mich herausgefunden haben.

*Ihr Buch ist auch in Frankreich und in den USA erschienen. Wie waren die Reaktionen dort?*

► In Frankreich gibt es inzwischen eine größere Bereitschaft, sich mit dem Beitrag von Afrikanern nicht nur im ersten Kriegsjahr 1940, sondern auch bei der Befreiung des Landes 1944/45 auseinanderzusetzen. Der Film »Indigènes«, der von Algeriern handelt, die bei der Befreiung Frankreichs eine zentrale Rolle spielten, hat 2006 dazu beigetragen. In den USA habe ich bis jetzt kein besonders großes Echo wahrgenommen. Dort scheint es die Haltung zu geben: »Noch einige weitere Massaker, aber wir wissen doch schon, wie schlimm die Wehrmacht war.« Ich habe allerdings einige Anfragen von Angehörigen schwarzer Soldaten der US-Armee bekommen, die wissen wollten, ob ihre Angehörigen von der Wehrmacht auch so behandelt wurden wie Schwarze aus der französischen Armee.

*Sie haben lange vergeblich einen deutschen Verlag für Ihr Buch gesucht. Warum?*

► Ich hatte das Buch schon vor der englischen Ausgabe deutschen Verlagen angeboten. Aber diese fanden, dass es für dieses Thema kein öffentliches Interesse gebe, was mich nach dem großen Interesse, auf das die Wehrmachtsausstellung gestoßen war, etwas überrascht hat. Schließlich füge ich ein weiteres, bislang verdrängtes Kapitel zur Geschichtsschreibung über diese Verbrechen hinzu. Deshalb dachte ich, dass dies viele Leute interessieren würde. Aber viele Verlage teilten diese Meinung nicht – und die müssen es ja schließlich wissen.

► Raffael Scheck ist Professor für europäische Geschichte der Neuesten Zeit am Colby College in Waterville, Maine (USA). Das Interview führte Karl Rössel.



## «Wenn Ihr das nächste Mal Krieg führt, dann bitte nicht bei uns!»

Eine alte Frau von der Inselgruppe Palau in Mikronesien.

Ausstellungstafel »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«

Im September war es in Berlin zu einem heftigen Streit um die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« gekommen (siehe iz3w 315). Die Leiterin der Werkstatt der Kulturen, Phillipa Ebéné, hatte die Ausstellung kurz vor Eröffnung aus ihren Räumern verbannt. Sie sei nicht die erwünschte Hommage an jene »Nicht-weißen, die gegen die Nazis gekämpft haben«, sondern stelle die Kollaboration mit Nazis zu

stark heraus. Weitere Kritikpunkte waren die »Textlastigkeit« und die »für deutsche Bildungsbürger gedachte« Form der Ausstellung. Ausstellungsmacher Karl Rössel sah im Vorgehen Ebénés einen Akt der »Zensur« und führte diesen auf den Unwillen zurück, sich mit den arabischen Kollaborateuren der Nazis zu befassen.

In dieser Ausgabe beginnen wir mit einer tiefergehenden Diskussion über (un-)angemessene

Formen von Erinnerung. Lotte Arndt und Chandra-Milena Danielzik kritisieren den in der Ausstellung ihrer Ansicht nach ungewollt zu Tage tretenden Eurozentrismus. Rössel ergänzte zwar einige Kapitel zur Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg, drehe aber nicht die Perspektive um. In der nächsten iz3w setzen wir die Debatte fort. Beiträge sind willkommen.

die redaktion

# Mitten im Schulatlas

## Eine Kritik der Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«

von Lotte Arndt und Chandra-Milena Danielzik

► Ohne die aufgeregte Mediendebatte hätte die Ausstellung in Berlin wohl kaum so viel Aufmerksamkeit erhalten. Zugleich wurde aber über die Schau selbst kaum diskutiert. Zu Unrecht: An das von Karl Rössel und seinen KollegInnen vom Rheinischen JournalistInnenbüro 2005 herausgegebene Buch »Unsere Opfer zählen nicht« anknüpfend, thematisiert die Ausstellung die Auswirkungen des

Zweiten Weltkriegs an Orten, deren Verwicklung in das Kriegsgeschehen in der deutschen Geschichtsschreibung zumeist nicht erwähnt wird. Und das ist ihr Verdienst.

Trotz des zu begrüßen- den Anliegens, die eurozentrische Geschichtsschreibung über diesen Krieg überwinden zu wollen, scheitert die Schau an diesem Vorhaben. Sie versucht, Menschen und Ländern des globalen Südens eine Stimme in der vorherrschenden europäischen Ge-

schichtsschreibung zu verleihen. Sie fragt jedoch nicht danach, welche Geschichten darin aus welchen Gründen wenig vertreten sind. Sie thematisiert kaum den aktiven Prozess des Verschweigens, durch den hegemoniale Geschichte hergestellt wird. Sie lässt die Frage aus, wer aus welchem Blickwinkel eigentlich wessen Geschichte/n erzählt. Sie reflektiert nicht die koloniale Tradition, in der

die Bedeutungs- und Wissensgenerierung über den globalen Süden durch EuropäerInnen steht: Die damaligen selbsternannten »EntdeckerInnen« markierten das ihnen »neue« Land als »Terra nullius«, als unbekanntes Niemandsland. Das ermöglichte ihnen nicht nur, Land, Menschen und Geschichte zu kolonialisieren und auszubeuten, sondern auch alles einem europäischen Wissenssystem unterzuordnen, in dem »die Welt« für sie erst existent wurde.

Die Ausstellung müsste sich für wechselseitige Veränderungsprozesse interessieren

Einen Bruch mit dieser Tradition zu vollziehen, würde unter anderem bedeuten, die hegemoniale europäische Sicht, die voller Auslassungen ist, selbst in den Blick zu nehmen. Ohne diese perspektivistische Wendung verbleibt die Ausstellung trotz der ergänzten internationalen Dimension bei einer europäischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs.

### Eine einzige Darstellungsebene ...

► Drei Gründe tragen zu diesem Scheitern bei. Erstens ist die in der Ausstellung eingenommene Perspektive Ausdruck der Nichtrezeption postkolonialer Kritikansätze durch einen Teil der internationalistischen Linken, zu der Rössel gehört. Diese lässt in guter Absicht, aber problematischer Umsetzung den Standort der eigenen Betrachtung des Weltgeschehens zum blinden Fleck werden. Bereits die Weltkarte im Eingangsbereich der Ausstellung zeigt diese Blindheit auf: In der Übersichtsansicht des Atlasformats holt sie die

sehr unterschiedlichen Kriegsgeschehnisse auf eine einzige Darstellungsebene. Das Verhältnis der Ereignisse untereinander und die Rückbindung an das europäische Kriegsgeschehen weichen dem eindimensionalen Überblick. Damit steht die Betrachterin wieder nur mitten im deutschen Schulatlas, den es doch gemäß dem Anliegen Rössels zu verlassen galt. Der Atlas wird mit der Ausstellung zwar um ein Kapitel erweitert, nicht jedoch in seiner Verortung hinterfragt.

Die Ausstellung suggeriert, ein Bild des globalen Geschehens aus der Vogelperspektive vermitteln zu können. Damit fällt sie hinter das Buch »Unsere Opfer zählen nicht« zurück, das die Kritik der Geschichtsschreibung in Deutschland zum Ausgangspunkt wählt – also eine partikulare Perspektive auf den Weltkrieg. Diese Kritik ist in der Kartendarstellung nicht sichtbar. Dabei wäre eine Genealogie dieser Perspektive ein Schlüssel zu den Auslassungen der hegemonialen Geschichtsschreibung. Welche Perspektiven würden sich ergeben, wenn der Blick auf den Krieg von einer japanischen Antifaschistin in Tokio aus gerichtet würde? Welche Auswirkungen hätte dies auf eine Kartendarstellung? Eine Ausstellung, die an den Fundamenten eurozentrischer Geschichtsschreibung gräbt, müsste verdeutlichen, dass es dabei um einen langwierigen Prozess geht, der das Hinterfragen vieler vermeintlich selbstverständlicher Repräsentationen einschließen und Europa selbst notwendig thematisieren müsste.

In der Ausstellung sind eine Vielzahl weitgehend beziehungsloser Geschehnisse aneinandergereiht. Den BetrachterInnen werden zwar wenig bekannte Fakten präsentiert, ohne jedoch den Prozess ihrer Entstehung, ihre ineinander verschrankten Geschichten zu zeigen. Die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs sind jedoch keine statischen Bausteine, die dem Gesamtbild hinzugefügt oder aus diesem entfernt werden können. Die Ausstellung hätte sich für wechselseitige Veränderungsprozesse, die durch eine gemeinsame Geschichte entstehen, interessieren müssen. In diesen können auch die Auslassungen offengelegt werden, die die Spuren dieser

Prozesse unsichtbar machen. Als reflexive Historie wird die Geschichtsschreibung selbst zum Thema. Die AkteurInnen einer solchen *histoire croisée* würden nicht mehr nur als StellvertreterInnen exemplarischer Geschichten, sondern als Subjekte gezeigt werden, die in ihrem Zusammentreffen ebenso Einfluss auf den Lauf der Geschehnisse nahmen, wie sie sich darin veränderten.

### ... und ein verkürzendes Format

► Der zweite Aspekt, der zum Scheitern des formulierten Ziels beiträgt, ist der Umgang mit dem Format Ausstellung, aus welchem sich zahlreiche Verkürzungen ergeben. Im Gegensatz zum Buch (und den Unterrichtsmaterialien) gibt dieses Format keinen Raum für textuelle Darstellungen von komplizierten

Kämpfen gegen die anhaltenden Folgen des Vergessens. Daran schließt die Suche nach Visualisierungen an, die nicht darauf beschränkt bleiben, eine knappe Version der Buchbeiträge abzubilden.

Im Buch gelingt es noch, Biographien von Personen zu erzählen, die dabei ihre jeweilige ganz eigene Geschichte bewahren und deren Geschichten trotzdem die Kräfteverhältnisse der Zeit und Kriegswirren deutlich machen. In der Ausstellung gehen die Geschichten der Einzelnen in der gewählten Darstellungsform des am Beispiel exemplifizierten Überblicks unter. Zudem beschränkt sich dieser oft auf die jeweiligen Regierungspolitiken. Stellvertreter für die thematisierten Gesellschaften werden so meist die Eliten. Oder es wird eine als unterschiedslose Masse dargestellte ‚Bevölkerung‘ angeführt. Klassenzugehörigkeiten und andere Stratifizierungen sowie innergesellschaftliche Kämpfe spielen hingegen kaum eine Rolle. Die in einer Gesellschaft marginalisierten Positionen werden so erneut an den Rand gedrängt.

Um soziale Strukturen und ihre Veränderungen sichtbar zu machen, wäre es beispielsweise sinnvoll gewesen, den Flughafen in Nandi auf den Fidschi-Inseln zum Ausgangspunkt einer Erzählung zu nehmen, anstatt nur anzuführen, dass im August 1943 im Pazifik-Krieg 8.518 Soldaten von den Fidschi-Inseln beteiligt waren. Der Flughafen ist heute einer der zentralen Knotenpunkte des Verkehrs im Süd pazifik. Gebaut wurde er unter Einsatz von Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg. Die britische Kolonialverwaltung verpflichtete alle Männer, ihre Dörfer für drei Monate zu verlassen

und auf der Baustelle zu arbeiten. Dieses aus dem Buch des Rheinischen JournalistInnenbüros entnommene Beispiel würde erlauben, die Positionierungen zwischen Einwilligung in die Situation und Widerstand gegen sie ebenso zu thematisieren wie die Frage, ob diese Kriegsbeteiligung die heutige Wahrnehmung Großbritanniens auf Fidschi prägt.

Die Ausstellung reißt hingegen viele Themen so kuriosisch an, dass der Betrachterin ohne umfangreiches Hintergrundwissen oder ergänzende Lektüre kaum eine Möglichkeit



**Hwang Kum-Ju** war 19 Jahre alt, als sie in der koreanischen Provinzstadt Hamhung einem Aufruf des japanischen Kaisers folgte, der «unverheirateten Mädchen und Frauen» für einen «dreijährigen Dienst in einer japanischen Rüstungsfabrik (...) eine Menge Geld» versprach. Tatsächlich landete sie mit zahlreichen weiteren Mädchen nach tagelanger Irrfahrt in verdunkelten Bahnwaggons in einem Militärgelände in der Mandschurei. Schon am nächsten Morgen wurde sie von einem japanischen Offizier vergewaltigt, danach über sechs Jahre von bis zu 40 Soldaten täglich. Hwang Kum-Ju blieb davon ihr Leben lang traumatisiert. In den 1990er Jahren gehörte sie zu den ersten, die von der japanischen Regierung Entschuldigungen und Entschädigungen für die massenhafte Verschleppung asiatischer Frauen in japanische Militärbordelle forderte.

### Hwang Kum-Ju – Südkorea



**Remedios Gomez-Paraisa** war eine der wenigen Frauen, die in der «Antijapanischen Volksbefreiungsarmee» der Philippinen (Hukbalahap) eine Kommandofunktion ausübte. In den 1990er Jahren stritt sie für die Anerkennung der Hukbalahap als Widerstandsbewegung und für Rentenzahlungen an die ehemaligen Partisanen durch die philippinische Regierung. Noch im Alter von 80 Jahren half sie ehemaligen Mitstreitern in einem kleinen Veteranen-Büro am Strandrand von Manila beim Ausfüllen ihrer Rentenanträge. Sie selbst erhielt im Jahr 2000 umgerechnet 60 Euro im Monat – zwei Euro am Tag für vier Jahre bewaffneten Kampf zur Befreiung ihres Landes.

### Remedios Gomez-Paraisa – Philippinen

Ausstellungstafeln »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«

Ereignisverflechtungen. Es kann auch nicht durch ellenlange schriftliche Abhandlungen auf Postern gelöst werden. Eher stellt sich die Frage, wie thematische Zugänge entlang von Problemkomplexen gesucht werden könnten, die vielleicht auch die geographische Aufteilung der Darstellung durchlässiger gemacht hätte. Solche Zugänge hätten sein können: Die Geschichte des Verschwindens von Geschichten und des Kampfs um ihre Anerkennung, die Konfrontation verschiedener Versionen von Geschichte oder die



bleibt, das Geschehen zu verstehen. Ihre zentrale These („Es waren Millionen Menschen am Krieg beteiligt, in deren Leben massiv eingegriffen wurde. Ohne diese Menschen hätte der Krieg einen anderen Verlauf genommen. Trotzdem sind ihre Geschichten in der deutschen Geschichtsschreibung kaum präsent“) gerät immer wieder zur bloßen Zahlen-schlacht. Mittels dieser gelingt es eben nicht, die komplexen Konstellationen zu erfassen, die der Zweite Weltkrieg in einer seinerzeit zu 85 Prozent kolonialisierten Welt mit sich brachte.

### Verzerrte Kollaboration ...

► Das Problem dieser Ausstellung ist also nicht, wie in der medialen Debatte dargestellt, die Thematisierung von Kollaboration an sich. Es ist vielmehr die Fortsetzung der oben kritisierten Verfahrensweisen, die die Darstellung von Kollaboration so problematisch macht. Die Tafeln zu arabischen Ländern sind nicht deshalb ärgerlich, weil sie den unbestrittenen Antisemitismus von Mohammed Amin el-Husseini benennen. Sondern weil sie in suggestiver Weise einen allgemeinen und weitgehend ahistorisch dargestellten „arabischen Antisemitismus“ unterstellen. Um innergesellschaftliche Kämpfe zwischen Regierungspositionen und politischen Fraktionierungen der Bevölkerungen scheren sie sich hingegen wenig. Auf einer Tafel, die die Zusammenarbeit politischer Führungspersonen mit den Nazis zeigt, wird durch einen einzelnen skandalisierenden Satz die flächendeckende Verbreitung von Antisemitismus im arabischen Raum behauptet. Belege werden nicht geliefert. Daran ändern die mit „arabische Retter“ überschriebenen Tafeln nichts. Auch sie geben keinen Aufschluss darüber, wie gerade in den späten 1930er und in den 40er Jahren der historisch in Europa zu verortende Antisemitismus in der Region ein wachsendes Gewicht und eine sich verändernde Bedeutung bekam.

Der Nahostkonflikt<sup>1</sup> steht untrennbar mit dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang. Doch während die Ausstellung die Gegenüberstellung von Kollaborateuren und Rettern statisch darstellt, hätte auch die Entstehung dieser konfliktreichen Situation im Kontext des Kriegs rekonstruiert werden können. Aber bereits die Darstellung der Führungsfiguren beim Ausstellungskapitel »Nazi-Kollaboratoren« verzerrt das Geschehen: Was

belegt es, eine so vielschichtige und widersprüchliche Figur wie den ägyptischen Nationalisten Nasser ausschließlich dadurch zu charakterisieren, »1942 in ständigem Kontakt mit dem Kommando der deutschen Afrikakorps« in Libyen gestanden zu haben? Ähnliches gilt für die als »Sympathisanten der Faschisten im Fernen Osten« porträtierten Figuren. Auffällig ist zudem die Gewichtung, die der Kollaboration im Nahen Osten einen herausgehobenen Platz zuweist, während die Darstellung der Konfrontation zwischen SympathisantInnen und GegnerInnen des Faschismus knapp ist.

### ... und ausgeblendeter Kolonialismus

► Ein drittes bedeutendes Problem der Ausstellung ist das geringe Interesse, das sie der Überlagerung von Kolonialismus und Zweitem Weltkrieg entgegenbringt. Das erscheint absurd, ist es doch der europäische Kolonialismus gewesen, der die AkteurInnen des globalen Nordens und Südens miteinander in

Unabhängigkeit bedeutete. Dies erwies sich als Trugschluss, als unmittelbar nach Kriegsende die koloniale Hierarchie wieder mit ganzer Härte durchgesetzt wurde.

Es sind solche Ereignisseverläufe, die die Bedeutungen des Kriegs ausmachen. So ist der 8. Mai 1945 in Algerien, wie die Ausstellung richtig erwähnt, eben nicht der Tag der Befreiung, sondern steht für die Repression durch französische Truppen, bei der Tausende AlgerierInnen ermordet wurden und die am Beginn des algerischen Unabhängigkeitskriegs stand.

Die Schau ist aber nur eingeschränkt willens, sich solchen Bedeutungsüberlagerungen zu stellen. Das lässt sich auch am Umgang mit Frantz Fanon zeigen: Es war seine Überzeugung von der universellen Geltung des französischen Gleichheitsversprechens, die den 18-jährigen Fanon dazu bewegte, sein Lyceum in Martinique zu verlassen und sich dem Kampf des Freien Frankreichs gegen das Vichy-Regime und den Nationalsozialismus anzuschließen. In der Ausstellung wird seine Identifikation mit dem Schicksal der Jüdinnen und Juden aber so selektiv zitiert, dass nicht sichtbar wird, dass es die Ernüchterung über einen Universalismus ist, der die Aufrechterhaltung der kolonialen Herrschaft stützt. Diese Ernüchterung mobisierte Fanon ein Jahrzehnt später im algerischen Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich.

Den Zweiten Weltkrieg global verstehen zu wollen, müsste heißen, ihn in seiner globalen Reichweite und seinen zugleich lokal

stark divergierenden Folgen zu thematisieren. Das schließt ein, die unterschiedliche Eingebundenheit der Geschlechter in den Krieg begleitende Geschehen zu analysieren. Dies misslingt in der Ausstellung fast rundum: Krieg ist hier im Wesentlichen eine Sache der Männer, die mit nackten Oberkörpern oder in Uniform in Kasernen, an der Front und im Schützengraben leben und kämpfen oder in Regierungspalästen Proklamationen verlesen. Die massiven Eingriffe, die die Mobilisierung für die Sozialstrukturen der daheimbleibenden Bevölkerungen bedeuteten, sogar wenn diese weder direkt in Kampfhandlungen noch in kriegswichtige Produktionen verwickelt waren, bleiben wenige thematisiert.

Eine deutlich wahrnehmbare Rolle erhalten Frauen in dieser Ausstellung nur an einem zentralen Punkt: Auf einer durch Format und Narration abgehobenen, deutlich größeren Tafel werden die Portraits von etwa zwanzig Frauen gezeigt, die je mit einem Satz zu ihren Erfahrungen als Zwangsprostituierte in

### Der Antifaschist Frantz Fanon aus Martinique

Frantz Fanon, in den 1950er Jahren internationaler Sprecher der algerischen Befreiungsbewegung FLN, stammte aus Martinique und meldete sich dort als 17-Jähriger freiwillig, um für das Freie Frankreich zu kämpfen. Er hatte sich früh mit den Auswirkungen des Rassismus beschäftigt. Der Völkermord der Deutschen an den Juden war ein wesentlicher Grund für ihn, in den Zweiten Weltkrieg zu ziehen. In seinem Buch «Schwarze Haut, weiße Masken» begründete er dies so: «Der koloniale Rassismus unterscheidet sich in nichts von den anderen Rassismen. Der Antisemitismus trifft mich mitten ins Fleisch, ich ergehe mich, eine entsetzliche Aberkennung zapft mir das Blut ab, man verweigert mir die Möglichkeit, ein Mensch zu sein. Ich kann mich von dem Schicksal nicht losagen, das meinem Bruder bereitet wird.»



### Das Einzelschicksal geht in der Menge der Gesichter unter

Beziehung gesetzt hat – eine Beziehung, die nicht von gleichen Handlungsspielräumen geprägt war.

Die Überlagerung von Kolonialismus und Weltkrieg würde sich nur erschließen, wenn die Bedeutungen und Auswirkungen, die der Krieg lokal entfaltete, ins Zentrum der Betrachtung gestellt worden wären. Das gelingt ansatzweise in jenem Teil, der sich den Massakern im algerischen Sétif und im senegalesischen Thiaroye 1945 widmet. In Thiaroye befand sich ein Demobilisierungslager für französische Kolonialsoldaten. Diese wurden

von der französischen Armee ermordet, als sie die Auszahlung ihres vollen Solds reklamierten. In dem in der Ausstellung gezeigten Film »L'ami Ya Bon« von Rachid Bouchareb und den begleitenden Texttafeln wird deutlich, dass für die meist zwangsrekrutierten Kolonialsoldaten die Kriegsteilnahme die Hoffnung auf ein Ende der kolonialen Unterwerfung, gleiche Rechte und die

japanischen Militärbordells zitiert werden. Ergänzend begleiten Audiostationen mit Interviews die Darstellung. Das Einzelschicksal geht in der Menge der Gesichter jedoch unter; die Hörstationen können dies nicht auffangen. Die »asiatischen Frauen«, wie sie an mindestens einer Stelle tituliert werden, werden als Opfer sexueller Gewalt zu den einzigen hervorgehobenen Beispielen von Frauen im Krieg.

Die Tafel zeigt zugleich die Ambivalenz des Versuchs, den Bevölkerungen der thematisierten Weltregionen durch Kurzbiographien, Zitate oder Audioaufnahmen individuelle Stimmen zu geben. Diese strukturieren aber nicht die Präsentationsperspektive, sondern treten nur als illustrative Beispiele für ihr regionales Kapitel auf. Sie werden als verallgemeinerungsfähig heranzitiert und sollen der dominanten Darstellung Authentizität

verleihen. Dadurch schreiben sie ihre Stellvertreterrolle für die »Dritte Welt« fest.

### Vermeintliche Souveränität

► Nicht nur die lückenhaften Darstellungen in deutschen Schulbüchern, die für Kurator Karl Rössel der Ausgangspunkt waren, zeigen also, wie wichtig eine Auseinandersetzung mit der globalen Dimension des Zweiten Weltkriegs ist. Wünschenswert sind zahlreiche Folgeprojekte von unterschiedlichen MacherInnen, damit ein Blick über den nationalen Tellerrand zumindest wahrscheinlich wird. Dabei ist aber die bloße Erweiterung der nationalen Geschichtsschreibung um einige Kapitel nicht ausreichend.

Eine globale Sicht kann nur gelingen, wenn die Verallgemeinerung der spezifischen Perspektive, in diesem Fall eines internatio-

nalistischen Deutschen, und die damit einhergehende vermeintlich souveräne Übersicht verlassen werden. Denn diese stehen dem Anliegen entgegen, dem Eurozentrismus der Geschichtsschreibung des Zweiten Weltkriegs entgegenzuwirken.

### Anmerkung

- 1 Bereits die Begriffe »Naher / Ferner Osten« und »Nahostkonflikt« zeugen von der eurozentrischen Perspektive, die in der deutschen Sprache festgeschrieben ist.

- 
- **Lotte Arndt** promoviert in Berlin und Paris. **Chandra-Milena Danielzik** ist Aktivistin der Gruppe Pa|kt – Perspektive Anti|koloniale Gegenwart und bei Fels – Für eine linke Strömung.



Muslimische Freiwillige der Wehrmacht 1943

Foto: 3www2

Muslimische Kriegsgefangene aus den zentralasiatischen Sowjetrepubliken wurden von der SS zunächst zu »asiatischen Untermenschen« stigmatisiert. Im Kriegsverlauf wurden sie auf Initiative des Reichsführer-SS Heinrich Himmler in »Freiwilligenverbänden« gegen die Rote Armee eingesetzt. Ein wichtiger Bestandteil dieses Plans war die Einrichtung der Dresdner SS-Schule für Mullahs. Dort wurden zwischen November 1944 und Februar 1945 Muslime zu Feldgeistlichen des Osttürkischen Waffenverbandes der SS ausgebildet. Die Schule verdeutlicht, dass die Kollaboration der NationalsozialistInnen mit Muslimen auch auf dem Reichsgebiet stattfand.

## Musterung einer Kollaboration

### Muslimische Kriegsgefangene aus der Sowjetunion und die Dresdner SS-Mullah-Schule

83

von Heike Ehrlich und Kathrin Krahl

► Dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion folgten anders als erwartet kein rascher Sieg, sondern lang währende Kämpfe. Mehrere Millionen RotarmistInnen wurden dabei von deutscher Seite gefangen genommen, darunter zahlreiche Angehörige der zentralasiatischen Sowjetrepubliken.<sup>1</sup> In

der rassistischen Hierarchie der NationalsozialistInnen rangierten die »asiatischen Untermenschen« noch unter den »Slawen«. Einsatzgruppen der SS verübten in verschiedenen Kriegsgefangenenlagern im Generalgouvernement und der Sowjetunion Massaker an zentralasiatischen Soldaten.<sup>2</sup> Die Wehrmacht

hingegen trennte bereits zwei Monate nach dem Überfall auf die Sowjetunion Kriegsgefangene aus den zentralasiatischen Sowjetrepubliken von den Übrigen, um mit ihnen 'Freiwilligenverbände' aufzustellen.<sup>3</sup> Diese so genannten »Ostlegionen« der Wehrmacht, darunter die »Turkestanische Legion« und die

»Kaukasisch-Mohammedanische Legion«, kämpften zunächst in der Ukraine und in Weißrussland gegen PartisanInnen.

Aufgrund der Kriegswende zuungunsten des Deutschen Reiches vollzog sich im Laufe der Jahre 1942/43 ein Wandel des rassistisch-ideologischen Umgangs mit den sowjetischen Muslimen. In der von dem Turkologen Johannes Benzing 1943 publizierten Studie »Turkestan« wird eine rassische Verwandschaftsbeziehung zwischen Deutschen und »Turkestanern« konstruiert. War vormals von »mordenden und vergewaltigenden Mongolen« die Rede, wurden sie nun zum Kulturvolk erhoben.<sup>4</sup> Die Waffen-SS warb ab Herbst 1943 um die Muslime unter den sowjetischen Kriegsgefangenen. Im Juli 1944 befahl Reichsführer-SS Heinrich Himmler, diese im zu gründenden Osttürkischen und im Kaukasischen Waffenverband zusammenzufassen. Die Motivation zur Gründung dieser Verbände beschrieb der Leiter des SS-Hauptamtes Gottlob Berger: »Endziel ist die Schaffung eines 'Osttürkischen Korps' zur politischen und militärischen Sammlung aller turkstämmigen mohammedanischen antibolschewistischen Kräfte zum Zwecke der inneren Zersplitterung der Sowjetunion.«<sup>5</sup> Die SS zielte auf die »Revolutionierung« der »Turkvölker«. Hierzu wurde sowohl ein radikaler antirussischer Nationalismus propagiert als auch an die islamische Identität appelliert.

Mit der wissenschaftlichen Vorbereitung der »Revolutionierung« der »Turkvölker« gegen die Sowjetunion wurde die Arbeitsgemeinschaft Turkestan beauftragt. Anfang 1944 war diese aus der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft als Zusammenschluss von Turkologen und anderer Orientalisten hervorgegangen. Die Arbeitsgemeinschaft unterstand der Leitung des SS-Obersturmbannführers Reiner Olzscha. Ihr Sitz war in der Dresdner Innenstadt.<sup>6</sup>

## In einer ‚arisiereten‘ Villa

► Die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft Turkestan umfassten die Gründung einer SS-Mullah-Schule.<sup>7</sup> Dort wurden Feld-Mullahs ausgebildet, die die Militäreinheiten muslimischer Freiwilliger bei der Einhaltung der islamischen Speisevorschriften und der muslimischen Begräbnisriten unterstützen sollten. Die Erfahrung hatte gezeigt, dass die bei der Wehrmacht tätigen Feld-Mullahs sich häufig als ungeeignet erwiesen. Die muslimischen Soldaten machten sich oft lustig über ihre Predigten und Gebetsübungen. Daher wurden sechswöchige Kurse geschaffen, in denen ihre Eignung geprüft wurde und sie ihre Kenntnisse als Feld-Mullahs verbessern sollten.<sup>8</sup>

Für die SS-Mullah-Schule wurde eine Villa in Dresden-Blasewitz gemietet. Sie hatte der Dresdner Jüdin Jenny Jacoby gehört, bevor sie »arisert« und im Anschluss als so genanntes »Judenhaus« von mehreren jüdischen Fa-

miliengruppen bewohnt wurde. Unter ihnen waren Victor und Eva Klemperer. Die meisten BewohnerInnen wurden 1942/43 nach Theresienstadt oder Auschwitz-Birkenau deportiert und ermordet.<sup>9</sup>

Im Zuge der islamischen ‚Umgestaltung‘ der Villa erhielt die große Eingangshalle Mosaikimitate und Koransprüche nach dem Vorbild zentralasiatischer Moscheen. Ein weiterer Raum wurde mit einer Gebetsnische ausgestattet und sollte als Betsaal dienen.<sup>10</sup> Die Suche nach muslimischem Lehrpersonal gestaltete sich schwierig. Für die Leitung wurde schließlich Professor Alim Idris gewonnen, ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes (AA). Er konnte allerdings nur drei Tage in der

er folgendes Glückwunschtelegramm an Himmler: »Anlaesslich der Eroeffnung des Imamen-Institutes der Ostuerken in Dresden, das als weiteres Zeichen für Ihr grosses Inter-

esse an der islamisch-deutschen Zusammenarbeit zu betrachten ist, uebermittel ich Ihnen den aufrichtigen Dank und die besten Gruesse der Muslimen. Ich versichere Sie, das diese Zusammenarbeit in dem ge-

meinsamen Kampf immer enger groesser und bis zum Endsieg andauern wird. Gez. Amin El Husseini Der Grossmufti z. Zt. Dresden«.<sup>11</sup> Dem Großmufti ist es allerdings nicht gelungen, alle auf Muslime zielenden Initiativen unter seiner Autorität zusammenzuführen. Seine



Betsaal der SS-Mullah-Schule

Foto: SLUB Dresden / Deutsche Fotothek / Kallmer, 1944

Woche in Dresden sein, da er in Berlin für die propagandistischen Radiosendungen für den sowjetisch-asiatischen Raum zuständig war.<sup>12</sup> In seiner Rede zur Eröffnung der SS-Mullah-Schule in Dresden appellierte SS-Gruppenführer Walter Schellenberg an die Bereitschaft der nichtrussischen Völker der Sowjetunion, »an der Seite Deutschlands gegen den Bolschewismus zu kämpfen.« Er nannte den Islam ein »wichtiges Bollwerk gegen eine nationale, völkische und kulturelle Entwurzelung der Osttürken«.<sup>13</sup>

## »Dankbar bis zum Endsieg«

► Von Anbeginn war auch Amin el-Husseini, der mit den Nazis kollaborierende Mufti von Jerusalem, in die Planungen für eine SS-Mullah-Schule in Dresden involviert. Er hatte das SS-Hauptamt von der Notwendigkeit einer solchen Einrichtung überzeugt und hoffte seinen Einfluss auf alle im Deutschen Reich lebenden Muslime auszuweiten. Zur Eröffnung der Schule am 27. November 1944 schickte

Beteiligung an der Dresdner Schule wurde auf die Prüfung des Lehrpersonals hinsichtlich seiner fachlichen Eignung reduziert.

Den Aufzeichnungen von SS-Obersturmbannführer Reiner Olzscha ist zu entnehmen, dass der geplante Unterricht arabische Schreib- und Leseübungen, Koranlesungen, Kommentare zum Koran, Geschichte des Islams und der islamischen Völker und Gebetsübungen umfasste.<sup>14</sup> In einem Bericht über seine Dienstreise zur Freiwilligen (Turk)Arbeits- und Ersatzbrigade schildert AA-Mitarbeiter Professor Idris die Inhalte seiner ideologischen Schulungen, von denen auch auf die Lehrinhalte an der SS-Mullah-Schule geschlossen werden kann: »In meinen politischen Vorträgen habe ich hauptsächlich die imperialistische und islamfeindliche Politik der drei Mächte England, Amerika und Sowjetunion und die islamfreundliche Politik Deutschlands (...) mit Beispielen aus der Geschichte dargelegt und bewiesen, dass im Falle eines anglo-amerikanischen-sowjetischen Sieges 2 Milliarden Menschen ohne Ausnahme lange Jahre Skla-

ven der 15.000.000 internationalen Juden sein würden (...). Deshalb müssen nicht nur die Türkischen Mohammedaner sondern auch andere Bevölkerungen Rußlands neben den tapferen deutschen Soldaten gegen die Anstürme Jüdisch-Sovjet-Rußlands unter Einsatz ihrer ganzen Kraft kämpfen«.<sup>15</sup>

Insgesamt wurden von Idris in der Dresdner SS-Mullah-Schule 62 muslimische Feldgeistliche ausgebildet. Es sind dreizehn Schüler bekannt, die als Lehrpersonal in der Dresdner Einrichtung bleiben sollten. Im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München liegen Namenslisten der Klassen I und II sowie zweisprachige Zeugnisdokumente vor. Nach den Luftangriffen auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945 stellte die Schule ihre Lehrtätigkeit ein. Die Mitarbeiter und Schüler flohen nach Weißenfels in Sachsen-Anhalt. Nach dem Mai 1945 verliert sich ihre Spur. Es gibt jedoch Hinweise, dass sich der Leiter der Schule, SS-Obersturmbannführer Reiner Olzscha, in amerikanische Kriegsgefangenschaft<sup>16</sup> begab und dass sich einige der muslimischen Kämpfer der Auslieferung an die Sowjetunion entzogen und sich im süddeutschen Raum niederließen.<sup>17</sup>

## Pragmatische Kollaboration

► Die Kollaboration muslimischer Kriegsgefangener mit den Nationalsozialisten wirft Fragen nach politischen und persönlichen Motiven der SS-Mullah-Schüler auf. Über ihre Beweggründe, auf die deutsche Seite zu wechseln, kann aufgrund des vorhandenen Quellenmaterials nur spekuliert werden, wie auch die Geschichte der SS-Mullah-Schule ausschließlich aus Dokumenten und Interviews deutscher SS-Angehöriger rekonstruiert werden kann. Mit Sicherheit lässt sich lediglich sagen, dass die Kollaboration muslimischer Kriegsgefangener aus der Sowjetunion unterschieden werden muss von der Kollaboration aus freien Stücken, wie sie von Karl Rössel für Muslime aus dem Maghreb und dem Nahen Osten beschrieben wurde.<sup>18</sup>

Zentral ist dabei die Definition des Begriffs der Freiwilligkeit. Angesichts der Verhältnisse in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern kann keineswegs von einer uneingeschränkt freien Entscheidung die Rede sein.<sup>19</sup> Andrej Angrick spricht von den Rekrutierungen als »Selektion zum Leben – allerdings um den Preis der Kollaboration und des Waffengangs«.<sup>20</sup> Der Leiter des SS-Hauptamtes, Berger, machte deutlich, wie rassistisch und instrumentell sein Verhältnis zu den turktatarischen Soldaten war: »Versagen sie, dann schießen wir sie tot. Eine einfache Sache.«<sup>21</sup>

Die umfangreichsten Ausführungen zu dieser Fragestellung macht der Historiker Patrik von Zur Mühlen, der zu dem Schluss kommt, dass persönliche Motive die politi-

schen Motive überwogen. Zwar verstanden die Nationalkomitees<sup>22</sup> der sowjetischen Freiwilligen auf deutscher Seite die Legionen als »nationale Befreiungssarneen«. Unbeantwortet bleibt aber mangels Quellen wie etwa Selbstezeugnissen die Frage, ob die Legionäre ihre Rolle selbst so interpretierten. Im Falle politischer Motive glaubt von Zur Mühlen, dass der Nationalismus vor etwaigen antikommunistischen Strömungen Vorrang hatte. Hinsichtlich der Loyalität macht von Zur Mühlen diverse Ausführungen zu Desertionen und Überläufen zu PartisanInnen und zurück zur

### Die Mullah-Schule wurde in einer »arisierteren« Villa untergebracht

Roten Armee: »... vor allem im Kaukasus desertierten mehrere kaukasische Verbände auf die sowjetische Seite, entweder aus Heimweh oder um nicht gegen die eigenen Landsleute kämpfen zu müssen«.<sup>23</sup> Die Desertionen zurück in die Rote Armee nahmen mit der sich abzeichnenden Niederlage der Deutschen zu.

Die Bedeutung ideologischer Schnittmengen mit den NationalsozialistInnen bleibt unklar. Inwieweit der Antisemitismus und dessen Vernichtungsiedeologie unter den SS-Feldmulahs verbreitet war, kann nicht rekonstruiert werden. Aus dem existierenden Material lässt sich ausschließlich eine pragmatische Kollaboration prognostizieren. Die Verbrechen gegen sowjetische Kriegsgefangene durch die Deutschen ließen Kollaboration zu einem Mittel des Überlebens werden. Der Preis bleibt jedoch die Mittäterschaft am Verbrennensystem.

## Anmerkungen

- 1 Heute Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan, Tadschikistan und Kasachstan.
- 2 Cwiklinski, Sebastian: Die Panturkismus-Politik der SS: Angehörige sowjetischer Turkvölker als Objekte und Subjekte der SS-Politik. In: Höpp, Gerhard und Reinwald, Brigitte (Hg.). *Fremdeinsätze: Afrikaner und Asiaten in europäischen Kriegen 1914–1945*. Berlin 2000, S. 152
- 3 Giljazov, Iskander: Die Muslime Rußlands in Deutschland während der Weltkriege als Subjekte und Objekte der Großmachtpolitik in: Höpp / Reinwald (Hg.), a.a.O., S. 145
- 4 Ellinger, Ekkehard: Deutsche Orientalistik zur Zeit des Nationalsozialismus 1933–45. Edingen-Neckarhausen 2006, S. 352
- 5 Cwiklinski, Sebastian. a.a.O., S. 153
- 6 Brentjes, Burchard: Die Arbeitsgemeinschaft Turkestan im Rahmen der DMG; in: Burchard Brentjes (Hg.): *60 Jahre Nationale Sowjetrepubliken in Mittelasien im Spiegel der Wissenschaften*, Halle/Saale 1985, S. 154
- 7 Neben der SS-Mullah-Schule in Dresden gab es eine Imam-Schule in Guben, an der Feldgeistliche für die bosnische SS-Division »Handshar« ausgebildet wurden. Außerdem fanden Imam- bzw. Mullah-Kurse bei dem Islamwissenschaftler Bertold Spuler am Islam-Institut der Universität Göttingen statt. Vgl. Hoffmann, Joachim: *Die Ostlegionen 1941–1943. Turkotataren, Kaukasier und Wolgaflinnen im deutschen Heer*, Freiburg 1976, S. 139
- 8 Bundesarchiv Abteilung III Außenstelle Berlin-Zehlendorf, Document Nr. A 54,7 R.920. Vgl. van Koningsveld, Pieter Sjoerd: *The Training of Imams by the Third Reich*, in: *The Study of Religion and the Academic Training for Muslim Clergy in Europe*, Leiden 2008, Appendix: S. 358
- 9 Klemperer, Victor: *Die Tagebücher 1933–1945, Kommentierte Gesamtausgabe*, Berlin 2007, Digitale Bibliothek 150
- 10 van Koningsveld, Pieter Sjoerd, a.a.O., S. 353
- 11 Heine, Peter: *Die Mullah-Kurse der Waffen-SS* in: G. Höpp und B. Reinewald (Hg.), a.a.O., S. 185
- 12 ebd, S. 184
- 13 Fernschreiben von Amin El Husseini an Hitler vom 27.11.1944, in: Höpp, Gerhard (Hg.): *Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil*, 1940 – 1945, Berlin 2001, S. 229
- 14 van Koningsveld, Pieter Sjoerd, a.a.O., S. 361
- 15 Prof. Idris an den General des Freiwilligen-Verbandes im OKH Hauptmann Michel am 19. Januar 1945. Archiv des Institutes für Zeitgeschichte, Film MA 356
- 16 Brentjes, Burchard, a.a.O., S. 158
- 17 von Zur Mühlen, Patrik: *Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern. Der Nationalismus der sowjetischen Orientvölker im Zweiten Weltkrieg*, Düsseldorf 1971, S. 226ff
- 18 Siehe seinen ThemenSchwerpunkt »Treue schwüre für die Nazis – Kollaborateure in der Dritten Welt« in iz3w 306.
- 19 Zwischen 1941 und 1945 gerieten weit über 5 Millionen sowjetische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 3,2 Millionen Rotarmisten kamen dabei durch Folter, Zwangsarbeit, Hunger oder Kälte ums Leben. Vgl. Christian Streit: *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Bonn 1997
- 20 Angrick, Andrej: *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941 – 1943*, Hamburg 2003
- 21 von Zur Mühlen, Patrik: S. 154
- 22 Nationalvertretungen der zentralasiatischen Sowjetrepubliken im Deutschen Reich, die von der deutschen Regierung die nationalen Unabhängigkeit ihrer Staaten garantiert haben wollten.
- 23 von Zur Mühlen, Patrik, a.a.O., S. 64 f
- 24 Titus Lenk: *Die SS-Mullah-Schule und die Arbeitsgemeinschaft Turkestan in Dresden*. <http://www.shoa.de/zweiter-weltkrieg/ueberfall-auf-die-sowjetunion/611.html>

► **Heike Ehrlich** arbeitet als Ingenieurin für Landschaftsplanung, **Kathrin Krahl** ist Mitarbeiterin im Kunsthaus Dresden. Auf die SS-Mullah-Schule stießen sie während ihrer Recherchen für *audioscript* zur Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Dresden 1933–1945.<sup>24</sup> *audioscript* ist eine Audioproduktion, die an ausgewählten Orten die deutsche Gesellschaft im Nationalsozialismus und ihre Kontinuitäten bis in die Gegenwart sowie den Umgang mit der Shoah fokussiert. *audioscript* steht in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung: [www.audioscript.net](http://www.audioscript.net)

► Die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« löste im vergangenen September einen heftigen Streit aus (siehe iz3w 315). Die Leiterin der Werkstatt der Kulturen, Phillipa Ebéné, hatte die Ausstellung aus ihren Räumen verbannt. Sie sei nicht die erwünschte Hommage an jene »Nichtweißen, die gegen die Nazis gekämpft haben«, sondern stelle die Kollaboration zu stark heraus. Weitere Vorwürfe waren die »Textlastigkeit« und die »für deutsche Bildungsbürger gedachte« Form der Ausstellung. Ausstellungsmacher Karl Rössel sah im Vorgehen Ebénés einen Akt

der »Zensur« und führte diesen auf den Unwillen zurück, sich mit den arabischen Kollaborateuren der Nazis zu befassen.

Lotte Arndt und Chandra-Milena Danielzik kritisierten in iz3w 316 den in der Ausstellung ungewollt zu Tage kommenden Eurozentrismus. Rössel ergänzte zwar einige Kapitel zur Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg, drehte aber nicht die Perspektive um. Um die Frage nach der angemessenen Perspektive geht es auch in der Replik von Udo Wolter und Christian Stock.

die redaktion

# So einfach ist es nicht

## Eine Replik auf die Kritik der Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«

von Christian Stock und Udo Wolter

► Es waren teilweise absurde Vorwürfe wie der des »Kolonialrassismus«, mit denen die Wanderausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« und ihr Kurator Karl Rössel überzogen wurden. Im Gegensatz dazu nehmen Lotte Arndt und Chandra-Milena Danielzik in ihrer Kritik das erklärte Anliegen der Ausstellung, die »eurozentrische Geschichtsschreibung über diesen Krieg überwinden zu wollen«, zwar auf den ersten Blick ernst und bezeichnen es als verdienstvoll. Allerdings ergibt noch im selben Satz ihr apodiktisches Urteil, dass »die Schau an diesem Vorhaben« scheitere. Diese suggeriere nämlich selbst »aus der Vogelperspektive« ein »Bild des globalen Geschehens« und erliege damit letztlich den Darstellungsmethoden der »hegemonialen Geschichtsschreibung«.

Als Beleg wird unter anderem das Format »Ausstellung« gegen das ihr zugrunde liegende Buch »Unsere Opfer zählen nicht – die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« herangezogen. Arndt/Danielzik gestehen zwar selbst zu, dass sich »Verkürzungen« auf Grund der Begrenztheit dieses Formates kaum vermeiden ließen. Sie messen die Ausstellung aber trotzdem an dem Anspruch einer komplexen und multiperspektivischen Darstellung der »ineinander verschränkten Geschichten« – und kommen dann zu dem zu erwartenden Ergebnis, dass die Ausstellung hinter das Buch zurückfalle. Auf die Idee, dass Ausstellung und Buch zusammengehören und AusstellungsbesucherInnen, die mehr wissen wollen, im Buch fündig werden, kommen Arndt/Danielzik nicht.

### Bemüht und ignorant

► Vor allem aber bleibt bei ihrer Kritik die entscheidende Frage unbeachtet, ob die Ausstellung gemessen an den Möglichkeiten und Einschränkungen, die dieses Format aufweist,

eindimensional ist oder nicht. Arndt/Danielzik werfen dem Format vor, »keinen Raum für textuelle Darstellungen von komplizierten Ereignisverflechtungen zu geben.« Gleich im nächsten Satz heißt es dann, das Problem könnte aber auch nicht durch »ellenlange schriftliche Abhandlungen auf Postern gelöst werden«. Ja, was denn nun? Karl Rössel hat in

auszusetzenden Vorwissen des Publikums, sondern auch an der vorgefundenen Materiallage. Gerade weil die große Bedeutung der Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg zumindest hierzulande weitgehend negiert wurde, existierten keine Bestände, auf die man einfach hätte zurückgreifen können. Es ist das große Verdienst von Karl Rössel und seiner Mit-



Alice Cherki ist Psychiaterin und Autorin. In Algier in einer jüdischen Familie geboren hatte sie 1940 schon als Kind unter den antisemitischen Gesetzen des Vichy-Regimes zu leiden, die auch in französischen Kolonien exekutiert wurden.

In den 1950er Jahren revolutionierte sie mit Frantz Fanon das algerische Psychiatriesesen und im Algerienkrieg kämpfte sie an seiner Seite gegen die französische Kolonialherrschaft. Im Jahre 2000 publizierte sie eine Biographie des Theoretikers der antikolonialen Befreiungsbewegungen, die auch in deutscher Sprache erschienen ist (*Frantz Fanon – Ein Portrait. Hamburg* 2002). Darin beschreibt sie auch, wie bedeutsam die Erfahrungen Fanons im Zweiten Weltkrieg für seine späteren Analysen des Rassismus und Kolonialismus waren.

**HÖRSTATION**  
108 kHz

### Alice Cherki – Algerien

Ausstellungstafel »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«

seiner Eröffnungsrede ein trifftiges Argument vorgebracht, warum die Ausstellung die »im hiesigen Geschichtsdiskurs systematisch ausgeblendet historischen Fakten« in Textdarstellungen präsentiert, die für eine Ausstellung tatsächlich ungewöhnlich ausführlich sind: »Fakten wie diese müssen erklärt und können nicht einfach mit Fotos dokumentiert werden, da diese kaum jemand einordnen könnte. Allerdings muss niemand alle Texte lesen, damit das Ziel dieser Ausstellung erreicht wird.« Die rund 400 präsentierten Fotos sprechen tatsächlich ebenfalls eine deutliche Sprache.

Messen müsste man das Gelingen oder Scheitern einer Ausstellung nicht nur am vor-

streiterInnen von recherche international, zahlreiche O-Töne, Materialien und Bilddokumente ausfindig und zugänglich gemacht zu haben, die ansonsten niemals das Licht der Öffentlichkeit erblickt hätten. Eine faire Kritik hätte diese Ausgangslage und auch die schlechte Qualität vieler Bilddokumente berücksichtigt. Bereits die enorme Vielfalt der in Ausstellung (und Buch) präsentierten Materialien widerspricht diametral dem Vorwurf der Eindimensionalität.

Die von Arndt/Danielzik zur Untermauerung dieses Vorwurfs aufgebotenen Beispiele sind daher zwangsläufig bemüht. So wird der Flughafen Nandi auf den Fidschi-Inseln aufgeführt, der unter Einsatz von Zwangs-

arbeit im Zweiten Weltkrieg gebaut wurde. Diese Geschichte sei im Buch enthalten, aber nicht in der Ausstellung, wo sie die »Positionierungen zwischen Einwilligung in die Situation und Widerstand gegen sie (...) zu thematisieren« erlaubt hätte. Sieht man jedoch auf die entsprechenden Ausstellungstafeln, so steht da etwa über »die Inselgruppen Samoa, Fidschi und vor allem die Neuen Hebriden (das heutige Vanuatu)« zu lesen: »Dort entstand 1942 auf der Insel Espiritu Santo die «Island Command Base IV» – Trainingsgelände, Erholungsort und Krankenlager für eine halbe Million Soldaten aus den USA, Australien und Neuseeland. Die Bewohner der von den US-Militärs okkupierten Inseln mussten zu Zehntausenden als billige Hilfskräfte, Bauarbeiter, Nahrungslieferanten und Kundschafter herhalten.« Der Vorwurf, die Ausstellung habe den Einsatz von Zwangsarbeit und anderen Formen erzwungener Kooperation ausgeblendet, lässt sich also schwerlich halten.

In den zahlreichen Hörrstationen der Ausstellung kommen zudem mehrere Überlebende aus dem pazifischen Raum ausführlich zu Wort – samt ihrer Sicht auf die damaligen Ereignisse und ihrer Kritik an den damaligen Kolonialmächten, die ihre Leistungen nie anerkannt hätten. Wird damit nicht genau das eingelöst, was Arndt / Danielzik fordern: Nämlich die AkteurInnen als Subjekte zu zeigen, die »ebenso Einfluss auf den Lauf der Geschehnisse nahmen, wie sie sich darin veränderten«? Es lässt sich auch als Ignoranz der KritikerInnen interpretieren, dass sie solche prominent präsentierten Stimmen als bloßes Beiwerk abtun.

## Partikular versus universal

► Doch letztlich geht es Arndt / Danielzik wie anderen KritikerInnen gar nicht um die einzelnen Geschehnisse und ihre Darstellung, sondern um die Gesamtperspektive der Ausstellung, die als universalistisch und damit »hegemonial« kritisiert wird. Sie sei »Ausdruck der Nichtrezeption postkolonialer Kritikansätze durch einen Teil der internationalistischen Linken, zu der Rössel gehöre.« Damit reihen sie sich in den Chor all derjenigen postkolonialistisch inspirierten AntirassistInnen ein, die jede universalistisch begründete gesellschaftskritische Perspektive per se als »eurozentrisch« denunzieren. Oft ohne das explizit auszuweisen oder gar zu begründen, beschränkt sich diese Variante postkolonialer Kritik auf eine partikulare Perspektive aus Sicht nicht-weißer Opfergruppen. Eine par-

teiische, subjektive »Opfersicht« ist dabei nicht das Problem (absurd wird es freilich, wenn weiße AntirassistInnen sich in diese Rolle begeben), sie ist sogar unverzichtbar. Das Problem entsteht erst, wenn jegliche selbstkritische Reflexion über die (Selbst-) Konstruktion von Identitäten und Zuschreibungen unterbleibt.

Als Beispiel sei die unhinterfragte Bezeichnung »People of Colour« angeführt, die im Streit um die Ausstellung immer gegen diese ins Feld geführt wurde. Sie vereinheitlicht die Bevölkerung dreier Kontinente zu einem unterschiedslosen Kollektiv – nicht anders als der von dieser Szene abgelehnte Begriff »Dritte Welt«. Während letzterer aber immer-

ten Länder hat Karl Rössel nicht nur in der Ausstellung, sondern auch in begleitenden Interviews und Stellungnahmen ausführlich thematisiert (sowie im Themenschwerpunkt Kollaboration in iz3w 312). Die Verknüpfung von Herrschaftsinteressen mit autoritär-nationalistischen und antisemitischen Einstellungen kommt bei ihm keineswegs zu kurz. Freilich muss man das auch zur Kenntnis nehmen wollen.

## Fanon als Kronzeuge

► Auffallend an der Auseinandersetzung um die Ausstellung ist, dass der antikoloniale Aktivist und Theoretiker Frantz Fanon von beiden Seiten in Anspruch genommen wird. Verdeutlichen lässt sich daran vor allem eines: die identitäre Schieflage der ganzen Auseinandersetzung um die Ausstellung.

Arndt und Danielzik fahren Fanon als Kronzeuge gegen den universalistischen Ansatz der Ausstellung auf. Sie behaupten, Fanons »Ernüchterung über einen Universalismus (...), der die Aufrechterhaltung der kolonialen Herrschaft stützt«, habe ihn zur Beteiligung am algerischen Befreiungskampf getrieben. Doch so einfach ist es nicht. Die Ernüchterung über die auch durch das antifaschistische »Freie Frankreich« ausgeübte koloniale Unterdrückung ist zwar tatsächlich ein wesentlicher Beweggrund für Fanons Engagement in Algerien gewesen. Aber sie bewegte ihn keineswegs zur Rücknahme der universellen Geltung von Menschenrechten und Aufklärung.

Im Gegenteil: Noch auf den letzten Seiten der »Verdammten dieser Erde« heißt es in einem flammendem Appell: »Für die dritte Welt geht es darum, eine Geschichte des Menschen zu beginnen, die den von Europa einst vertretenen großartigen Lehren, aber zugleich auch den Verbrechen Europas Rechnung trägt.« Mit anderen Worten: Es ist gerade der Verrat Europas an seinen eigenen aufklärerischen Idealen, der sich in dessen kolonialen Untaten manifestiert, und der die antikoloniale Revolution als umfassende Emanzipation für die ganze Menschheit auf die Tagesordnung setzt. Diesen universalistischen Gestus hat Fanon nie aufgegeben.

Dem Verzicht auf bloße identitäre und partikulare Parteinaufnahme zugunsten der Kolonisierten ist es auch geschuldet, dass Fanon wie kaum ein anderer antikolonialer Theore-



**Yoro Ba – Senegal**

Ausstellungstafel »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«

HÖRSTATION  
2010

hin ein kritisch gemeinter Klassenbegriff ist (zumindest begriffshistorisch), rekurrenz »People of Colour« auf Hautfarbe als homogenisierendes Identitätsmerkmal. Das ist kein Fortschritt, sondern ein Rückfall hinter einen Internationalismus, der sich zumindest in Teilen mit diesen und anderen Fragen weitaus reflektierter befasste als die heutige »Light«-Version des Postkolonialismus. Auch in der Ausstellung wird übrigens der gewählte Begriff »Dritte Welt« kritisch hinterfragt.

Besonders deutlich wird der Verzicht auf eine universalistische Perspektive – die Herrschaftsverhältnisse umfassend kritisiert und nicht bloß partikular – in der auch von Arndt / Danielzik eingenommenen Abwehrhaltung gegen die Thematisierung von Kollaboration. Der Vorwurf, die Ausstellung würde in »suggestiver Weise einen allgemeinen und weitgehend ahistorisch dargestellten ‚arabischen Antisemitismus‘ unterstellen«, bestätigt sich bei näherer Betrachtung nicht. Gleicher gilt für die darauf folgende Behauptung, »um innergesellschaftliche Kämpfe zwischen Regierungspositionen und politischen Fraktionierungen der Bevölkerungen scheren sie (die Ausstellungstafeln, der Red.) sich hingen wenig.« Gerade die Motivationslage der Kollaborateure aus den Eliten der kolonisier-

Fanon war die personifizierte Dialektik der antikolonialen Aufklärung

tiker gegen die Fehlentwicklungen postkolonialer Regimes zu Felde zog. Diese zeichneten sich bereits zu seinen Lebzeiten ab, ob nun in Gestalt autoritärer Einparteienregimes oder in den Führerkulten, mit denen sich zu autokratischen Despoten mutierte vormalige Befreiungskämpfer inszenieren ließen. Auch Rassismus unter den Kolonisierten geißelt Fanon in den »Verdammten dieser Erde« schonungslos. Er stellt sich gegen die Pogrome in der damaligen Elfenbeinküste gegen »ausländische« HändlerInnen aus den afrikanischen Nachbarstaaten, aber auch gegen den Rassismus in nordafrikanischen Ländern gegenüber SchwarzafrikanerInnen, den Fanon selbst zu spüren bekam. Das alles wird von Fanon in seinen »Verdammten dieser Erde« regelrecht herausgeschrien. Ausgerechnet ihn als Kronzeugen gegen die Thematisierung der Kollaboration in der Ausstellung und deren universalistischen Ansatz in Anspruch zu nehmen, ist daher absurd.

Doch genauso wenig eignet sich Fanon als Gewährsmann der Gegenseite. Zunächst weist Karl Rössel berechtigt mit einem Zitat aus Fanons »Schwarze Haut, weiße Masken« darauf hin, dass dieser im Gegensatz zu vielen anderen Antikolonialisten keineswegs Judenverfolgung und Rassismus/ Kolonialismus gegeneinander ausspielte. Ganz im Gegenteil war es Fanons Empathie mit den Opfern des Antisemitismus, die zum Ausgangspunkt seines antifaschistischen Engagements als Freiwilliger im Zweiten Weltkrieg und seines antirassistischen Aktivismus wurde. Jedoch bezeichnet Fanon einige Seiten weiter die Juden als »Weiße« und deren Verfolgung sarkastisch als »Familengeschichte«. Zwar geht es ihm dabei um den Unterschied, dass der Jude vom Antisemiten erst »aufgespürt« werden müsse, während der Schwarze aufgrund seiner bloßen Erscheinung bereits durch den ersten weißen Blick rassistisch »fixiert« werde. Aber solche Formulierungen haben, wenn auch womöglich gegen Fanons Intention, zur Opferkonkurrenz zwischen ‚weißen‘ und ‚schwarzen‘ Opfern beigetragen.

### Antisemitismus wird herausgekürzt

► Für Fanon war kritische Analyse des Antisemitismus in Jean-Paul Sartres Schrift »Be trachtungen zur Judenfrage« der Ausgangspunkt, von dem aus er bestimmte Parallelen zum Rassismus zog. Im heutigen Antirassismus und Postkolonialismus ist dagegen genau das umgekehrte Vorgehen zur schlechten Gewohnheit geworden: Die Shoah wird solcherart in die Geschichte des Rassismus

und Kolonialismus eingemeindet, dass sie allenfalls noch als Fortsetzung kolonialer Raub- und Vernichtungszüge erscheint. In besonders eklatanter Form nachzulesen ist das in dem Machwerk »Weisse Barbarei« der afro-kolumbianischen Autorin Rosalía Plumelle Uribe. Die bekannte Schriftstellerin und Globalisierungskritikerin Arundhati Roy kürzte

jüngst in einer Rede auf dem Berliner Literaturfestival den Antisemitismus gleich komplett aus der Geschichte des Holocaust. Für sie »standen die osteuropäischen und westrussischen Juden Hitlers kolonialem Ehrgeiz im Weg und mussten, wie zuvor die indigenen Völker Afrikas, Amerikas und Asiens, versklavt oder liquidiert werden.«

Solcher Unfug ist leider durchaus repräsentativ für die postkoloniale Szene und hat einiges

mit den Affekten zu tun, die sich gegen die Thematisierung von Kollaboration in der Ausstellung austobten. In dieser identitären Geschichtskonstruktion ist kein Platz für die Kritik des Antisemitismus als eigenständiger Vernichtungswahn, der sich keineswegs aus kolonialen Expansionszielen erklären lässt. Erst recht ist die Thematisierung von Kollaboration und NS-Begeisterung unter den Kolonisierten unter dieser Opferperspektive ein Tabu. Die universalistische Perspektive von Rössel auf eine ungeteilte, an historischer Wahrheit orientierte Rekonstruktion der (Ereignis-)Geschichte wird dementsprechend als hegemonialer Affront zurückgewiesen.

Doch auch wenn eine derart postkolonial verkürzte Rezeption Fanons ihm nicht gerecht wird, so taugt er umgekehrt in universalistischer Perspektive nicht zur Lichtgestalt. Während der Arbeit als Arzt und Psychiater für die FLN in Tunesien stieß ihm zwar der Antisemitismus unter seinen muslimisch-arabischen Kollegen übel auf, zumal er dort selbst im Zuge einer Intrige eines »zionistischen Komplotts« bezichtigt wurde. Doch äußerte er seine Kritik an diesen antisemitischen Haltungen wohl aus taktischen Gründen nicht öffentlich, wie seine Mitstreiterin Alice Cherki in ihrer Fanon-Biographie schreibt. Bei seiner Konstruktion einer im Befreiungskampf zu entwickelnden »nationalen Kultur« griff Fanon auf fragwürdige Identitätsstiftende Muster zurück und verpflichtete die »befreiten« Individuen rigoros auf die nationale Staatsgemeinschaft. Vor allem der auch von Fanon vertretene Topos des

»neuen Menschen« erwies sich als höchst anschlussfähig für totalitäre Formen politischer Herrschaft. Mit dem messianischen Tonfall, in dem er den manichäischen Gegensatz zwischen Kolonialherrschern und Unterdrückten beschwore, brach er auch die ideologischen Linien des Antiimperialismus nicht auf.

In gewisser Hinsicht war Fanon die personifizierte Dialektik der antikolonialen Aufklärung. In den Debatten des Postkolonialismus um Fanon zu Beginn der 1990er Jahre war man sich dieser Widersprüche immerhin noch bewusst. So bestand der Postcolonial- und Queer-Theoretiker Kobena Mercer Mitte der 1990er Jahre vehement auf einer kritischen Auseinandersetzung mit Fanons Homophobie (die vor allem in »Schwarze Haut, weiße Masken« zum Ausdruck kam) und warnte vor dessen fetischistischer Ikonisierung. Man war hier offensichtlich schon mal weiter, als sich das heute im Streit um die Ausstellung darstellt.

### Ausblenden und Runterspielen

► Die identitätskritischen Qualitäten des Postkolonialismus waren in den 1990er Jahren Gegenstand streitbarer Debatten um das Aufbrechen eingefahrener linker Wahrnehmungsmuster. Heute kommt das Gros postkolonialer Positionen als poststrukturalistisch aufgehübschte Version eines simplen Antiimperialismus daher. Der Streit um die Ausstellung verdeutlicht dabei besonders erschreckend, wie sich weite Teile des Postkolonialismus im Mainstream des Gut-und-Böse-Antirassismus sedimentiert haben und dort

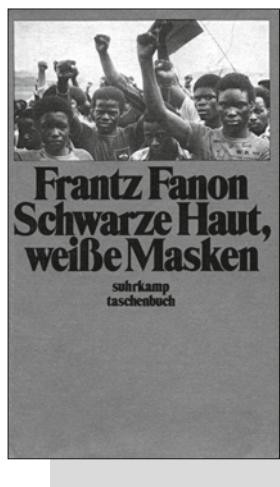
zur bloßen identitären Schwarz-Weiß-Position geronnen sind.

Viel von dem, was sich heute mit dem Label »postcolonial« schmückt, fällt weit hinter den kritischen Anspruch zurück,

mit dem die UrheberInnen dieser Perspektive einst auftraten. Nicht zuletzt schlägt sich das in einer eindimensionalen Rezeption der »critical whiteness studies« nieder. Deren moralisch bestimmter Grundton lautet: Über die Opfer des weißen Mannes nihil nisi bene (spreche nur Gutes). Antisemiten und Kollaborateure des Nationalsozialismus in kolonisierten Ländern stören diesen Blickwinkel genauso wie gegenwärtige Jihadisten, sie werden daher ausgeblendet oder heruntergespielt. Für die Kritik des Rassismus hat diese Blindheit fatale Folgen.

► Udo Wolter lebt und arbeitet in Berlin und ist Autor des Buches »Das obskure Subjekt der Begierde – Frantz Fanon und die Fallstricke des Subjekts der Befreiung«.

Christian Stock ist Redakteur der iz3w.





„Endlich wissen,  
was man da so  
brüllt!“ Quinn

„Original Demo-Feeling,  
aber ohne Platzangst, Bullenstress  
und ewig Latschen. Wie früher,  
nur besser!“ Anna



40 historische  
und aktuelle Parolen  
im Schuber inkl.  
24-seitigem Booklet

## EIN SPIEL für junge und alte Linke

und eine Zeitreise in die Geschichte linker  
Parolen und Demosprüche



17 Euro zzgl. Portokosten zu bestellen  
über: [info@iz3w.org](mailto:info@iz3w.org)

[www.iz3w.org/  
goodies/demo-memo](http://www.iz3w.org/goodies/demo-memo)



Kooperation  
unter allen Umständen:  
Delegation der  
Uni Wuppertal bei der  
Isfahan University of  
Technology (Juni 2009)  
Foto: S. Streck

## Die Deutschen und der Iran

Ein Streitgespräch zwischen MdB Gernot Erler und Buchautor Matthias Küntzel

Am 1. Juni 2010 diskutierten SPD-Politiker Gernot Erler und Buchautor Matthias Küntzel über das Verhältnis Deutschlands zum Iran. Ein geladen dazu hatten das iz3w und die Deutsch-Israelische Gesellschaft – Arbeitsgemeinschaft Freiburg. Anlass war unter anderem das zehnjährige Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen dem iranischen Isfahan und Freiburg. Im Folgenden dokumentieren wir den stark gekürzten und bearbeiteten Mitschnitt der Veranstaltung. Eine Langfassung steht auf [www.iz3w.org](http://www.iz3w.org).

*Die Gretchenfrage, um die es hier heute geht, lautet: »Wie sich zu diesem Regime verhalten?« Es gibt zwei Optionen: Internationaler Druck, Wirtschaftssanktionen und politische Isolierung, vorzugsweise im Rahmen der UNO. Oder aber Dialog und Kooperation – nicht um mit dem Regime zu kollaborieren, sondern um das Beste für den Frieden und die iranische Bevölkerung heraus zu holen. Diese beiden Standpunkte können wir nur in Form eines Streitgespräches diskutieren, und deswegen haben wir zwei profilierte Vertreter der jeweiligen Position eingeladen.*

► **Matthias Küntzel:** Die iranische Bewegung für Demokratie und Freiheit hat die Städtepartnerschaft zwischen Freiburg und Isfahan in ein neues Licht gerückt. Im Herbst 2008 begründete Bürgermeister Salomon die Städtepartnerschaft wie folgt: »Isfahan war immer eine Vorreiterstadt für eine Politik der Öffnung und des Dialogs, eine Stadt mit einer selbstbewussten und gegenüber westlichen Werten und Demokratiemodellen sehr aufgeschlossenen Bürgerschaft.« Was unternimmt die Stadt Freiburg, um diese Bürgerschaft Isfahans gegen die

Repression des Ahmadinedschad-Regimes zu unterstützen? Ich meine, dass man sich spätestens seit dem Juni 2009 entscheiden muss.

In den verschiedenen Texten des Freundeskreises Freiburg-Isfahan ist immer die Rede von »den« Isfahanern. Aber es gibt nicht mehr »die« Isfahaner: Es gibt einerseits Isfahani, die Demonstranten erschießen oder die für Ahmadinedschad auf die Straße gehen. Und es gibt andererseits Menschen in Isfahan, die willkürlich verhaftet, im schlimmsten Fall auch getötet werden, weil sie für die Demokratie auf die Straße gehen. Deswegen glaube ich schon, dass man jetzt Partei ergreifen muss, auch seitens Freiburgs im Rahmen dieser Städtepartnerschaft, für diejenigen, die für Gleichberechtigung, Demokratie und mehr Freiheit kämpfen.

Ich kenne das Gegenargument, das zum Beispiel Günther Burger von der Stadt Freiburg verwendet. Er hat gesagt: »Wir haben die Partnerschaft mit Isfahan, wir haben keine mit Iran.« Aber das geht nicht. Schon alleine deswegen, weil der Bürgermeister von Isfahan zu den engen Freunden von Ahmadinedschad gehört. Hier ist eine ganz klare Entscheidung notwendig.

► **Christian Stock (iz3w):** Über das Verhältnis zum Iran wird in der deutschen Öffentlichkeit quer durch die politischen Lager heftig gestritten. Verstärkt hat sich dies seit dem Amtsantritt von Präsident Ahmadinedschad, dessen bekannteste Äußerung lautet, Israel solle von der Landkarte gewischt werden. Gestützt werden die Befürchtungen durch das Atomprogramm, das mit hoher Wahrscheinlichkeit dem Bau einer Atombombe dient. Verstärkt im Gespräch ist der Iran seit den Präsidentschaftswahlen im Juni 2009, die Ahmadinedschad angeblich gewonnen hat. Seitdem gab es massive Proteste, die mit Gewalt unterdrückt wurden.

»Heute argumentiert in der Welt kein anderes Regime so antisemitisch wie Iran«

Man kann nicht sagen, ich bin gleichzeitig für die eine Seite *und* für die andere Seite.

Was ich jetzt im Folgenden über das Großregime Iran erklären möchte, gilt gleichermaßen auch für das Kleinregime, das die Bürger von Isfahan unterdrückt. Die erste Frage, die mir vorgelegt wurde, lautet: »Warum halten Sie das Mullah-Regime für brandgefährlich?« Es war immer schon sehr gefährlich. Aber im Juni 2009 nach diesem Wahldurchbruch hat sich die innerhalb des islamistischen Denkmodells gefährlichste Variante an die Macht geputscht. Bis dahin hatte die iranische Führung immer damit angegeben, ein Vogel mit zwei Flügeln zu sein. Nun hat man den reformerischen Flügel abgekappt, nur der andere Flügel ist übrig geblieben.

Dieser Flügel ist aus drei Gründen so gefährlich. Erstens: Weil er einem apokalyptischen Geschichtsmodell anhängt. Ahmadinedschad unterscheidet sich von seinem Konkurrenten Moussawi vor allen Dingen in der Frage, wie man mit dem schiitischen Messias, mit dem so genannten zwölften Imam, umgeht. Ahmadinedschad behauptet, er würde eine Art Vorreiter für diesen Messias sein, und der komme dann, wenn Chaos herrscht und errette die Welt. Das ist ein apokalyptisches Szenario, welches es bisher in den verschiedenen anderen Tendenzen des Islamismus im Iran nicht als dominante Kraft gab.

Das koppelt sich mit Punkt zwei: Mit einem Antisemitismus, der nicht auf den ersten Blick erkennbar ist, weil wir die Bilder kennen, in denen Ahmadinedschad bei der Holocaustleugner-Konferenz einen Rabbi umarmt. Er spricht nicht von »Juden«, er spricht von »Weltzionismus«. Aber wenn wir genau hinhören, merken wir, dass er das Wort Zionismus exakt in dem gleichen Sinn gebraucht wie Hitler das Wort Judas. Er sagt, die Weltzionisten sind schuld an allem Übel der Welt. Sie kontrollieren Medien, Wirtschaft und Politik in den westlichen Ländern. Insofern ist das ein sehr antisemitisches Regime.

Der dritte Punkt: Das Regime zielt nicht darauf ab, regionale Stabilität herbei zu führen. Es propagiert Instabilität, ist expansiv, es erklärt in den Stellungnahmen seiner Ideologen, dass man die gesamte Welt zu dieser Interpretation des Korans bringen müsse, die im Iran im Moment mit Terror durchgesetzt wird. Der Terror im Iran seit Juni 2009 ist eigentlich nur das Vorspiel für Terror nach außen. Man hätte auch Moussawi gewinnen lassen können. Aber das Regime war so auf die Fortsetzung dieser Form von Außenpolitik erpicht, dass man sogar die größtmögliche

che Glaubwürdigkeitskrise in Kauf nahm, um an der Atom- und Außenpolitik festzuhalten zu können. Mit diesem Regime ist eine Kriegsgefahr verbunden, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht existiert hat.

Die zweite Frage an mich lautete: »Was kritisieren Sie an der deutschen Politik gegenüber dem Iran?« Deutschland ist in Bezug auf Iran in einer ganz besonderen Stellung. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts war Deutschland der Wunschpartner, weil Iran eine Macht suchte, die nicht kolonialistisch aktiv, aber technologisch auf hohem Stand war. Die Deutschen suchten ein Land, das noch nicht kolonialistisch verteilt war, aber Rohstoffe besaß. Im Ersten Weltkrieg wurde die Zusammenarbeit sehr stark. Man hatte Kaiser Wilhelm II als heimlichen Moslem und Befreier Irans verehrt. Es gab eine Dschihad-Bewegung im Ersten Weltkrieg, die gegen die Briten und die Russen auch von Berlin aus unterstützt worden ist. Aufgrund dieser Vorgänge gab es zur Zeit der Weimarer Republik

unter Reza Schah eine sehr starke Tendenz, sich antibritisches, aber prodeutsch auszurichten, was dazu geführt hat, dass deutsche Industrien den Grundstock für die iranische Industrie gelegt haben. Das ist der Grund dafür, warum der frühere Geschäftsführer der deutsch-iranischen Industrie- und Handelskammer in Teheran erklärt, zwei Drittel der iranischen Industrie basiere auf deutscher

Technik. Deutschland stellt also ein wichtiges Moment in der industriellen Entwicklung dar, und deshalb existiert ein großer Hebel, um über Embargos oder Sanktionen iranische Politik zu beeinflussen.

Heute argumentiert in der Welt kein anderes Regime so antisemitisch wie Iran. Iran ist das einzige Land der Welt, das die Holocaustleugnung zu einem Thema seiner Außenpolitik gemacht

hat. Es gibt in Deutschland eine historische Verantwortung, dass man nach all dem, was hier passiert ist, nicht einfach eine Art Appeasement betreiben darf gegenüber dem einzigen Land, das diese Art von Erlösungs-Antisemitismus propagiert, diesen ganz gefährlichen Antisemitismus.

Der dritte Punkt: Es gibt kein anderes Gebiet, auf dem Deutschland so massiv weltpolitisch intervenieren kann. Denn neben den fünf Atommächten im UN-Sicherheitsrat ist Deutschland die sechste Macht, der die Iran-Akte in die Hand gelegt worden ist. Was im

Auswärtigen Amt iranpolitisch entschieden wird, hat globale Bedeutung. Vor diesem Hintergrund bin ich sehr überrascht über das niedrige Niveau der außenpolitischen Diskussion in Deutschland über diese Frage. Man hält seit hundert Jahren an einem Konzept fest, nämlich Einbindung und Widerstand gegen jede Form, Iran vielleicht doch zu isolieren.

Die dritte Frage an mich lautete: »Wieso bevorzugen Sie Druck und Sanktionen gegen das Regime gegenüber einer Dialogpolitik?« Natürlich bin ich für Dialog, er ist die zivilisierte Form der Auseinandersetzung. In diesem Fall haut aber der Dialog nicht hin, er setzt Partner voraus, die ihn von beiden Seiten wollen. Wenn ich aber einen Gegner habe, der mich vernichten möchte, der den Westen als oberstes Feindbild betrachtet, dann wird in dem Maße, in dem ich freundlich zu ihm bin,

diese Freundlichkeit verhöhnt und für andere Interessen genutzt.

Wir haben es besonders klar erlebt am Beispiel Obama, der sich geradezu angedient hatte. Er hat zum Neujahrsfest der Ira-

ner Texte geschrieben, die schon mehr waren, als nur eine offene Hand zu reichen. Es gab die historische Chance: Man hätte Moussawi die Wahl gewinnen lassen können, man hätte sich sogar ein Gipfeltreffen zwischen Moussawi und Obama vorstellen können. Es war die Chance der Entspannung gegeben. Das Regime unter Revolutionsführer Khamenei hat anders entschieden. Und hat dafür sogar die innenpolitische Krise in Kauf genommen, um Ahmadinedschad weiter durchzusetzen. Wer es nicht vorher wusste, wurde jetzt zumindest darüber belehrt, dass es nicht von den USA abhängt, wie sich das iranische Regime verhält. Iran geht es offenkundig nicht um Sicherheitsbedrohungen seiner Nation, wenn es diese Atompolitik betreibt. Sonst hätte man das Angebot von Obama gerne aufgenommen. Man hat diesen Weg brusk abgeschlagen, weil es um andere Interessen geht, die unabhängig von den USA formuliert werden und die mit Destabilisierung und expansiven Plänen zu tun haben.

Die letzte Frage an mich lautet: Was halten Sie von der Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan? Ich bin für internationale Solidarität, aber wir müssen sie mit Inhalt füllen. Man kann mit der Stadtverwaltung von Isfahan solidarisch sein. Dann würde man die Verbrennen, die sie begeht, verschweigen und Normalität suggerieren, wo Ausnahmezustand herrscht. Dann würde man die Kulisse der Kultur vorschlieben, damit man die Unterdrückung dahinter nicht so klar erkennt. Man kann aber auch solidarisch sein mit denjenigen, die von diesem Regime verfolgt, gefoltert, als Frauen unterdrückt werden. Wenn jetzt hier in Freiburg wieder der »Markt der Städtepartnerschaften« ansteht, und Isfahan



Freiburg, Rathausplatz

Foto: iz3w-Archiv

soll dort der Schwerpunkt sein, dann würde man aus diesem Anlass wenigstens eine Straße in Freiburg nach Neda benennen, der Frau, die bei den Protesten getötet wurde.

► **Gernot Erler:** Die erste Frage an mich richtet sich auf die Einschätzung des Regimes in Teheran. Erstens glaube ich, dass es eine Katastrophe ist und eine Gefahr für die eigene Bevölkerung darstellt. Nach den Präsidentschaftswahlen im letzten Juni hat sich das dramatisiert: Mit den Massenverhaftungen, mit der Gewalt gegen die Opposition, mit den brutalen Einschüchterungsversuchen und einer zunehmenden Abschottungspolitik. Leider muss man auch sagen, dass seit dieser Zeit – in der es auch bei uns in Freiburg viel Sympathie für die Opposition im Iran gegeben hat – eine Entwicklung stattfand, die eine Stabilisierung des Regimes gebracht hat. Wir beobachten heute einen Rückzug der iranischen Opposition in ein Grassroots-Dasein, eine wirkliche Bewegung von ganz unten, ohne eine sichtbare Führung, im Augenblick auch ohne große Chancen, sich verständlich zu machen im eigenen Land. Heute sitzt das Regime wieder deutlich fester im Sattel als etwa im Sommer und Herbst 2009.

Zweitens: Das Regime stellt eine Gefahr für die gesamte Region dar, besonders für Israel, aber auch für den Nahost-Friedensprozess. Iran unterstützt die Gegner Israels, die Hamas und die Hisbollah. Teheran versucht, Syrien auf der Spur eines Frontstaates im Nahostkonflikt zu halten, und es gibt auch erhebliche Spannungen mit den arabischen Staaten am Golf. Allerdings würde ich das nicht so ausdrücken wie Matthias Kuntzel. Es ist nicht so, dass der Iran aus irgendwelchen ‚teuflischen‘ Überlegungen heraus ausschließlich Interesse an Destabilisierung hat. Dass er nicht an einer Lösung des Nahost-Friedensproblems Interesse hat, ist ganz eindeutig. Das Palästinenser-Thema stellt eine Art Legitimationsgrundlage für die radikalen Positionen in der iranischen Führung dar. Aber es gibt durchaus auch einen völlig anderen Iran. Zum Beispiel ist der Iran in Afghanistan und im Irak an Stabilisierung interessiert, weil es dort den eigenen Interessen nützt. Eines muss man erkennen: Eine Lösung des Nahostproblems und eine Friedenslösung des Palästinenserproblems wird es ohne und gegen den Iran nicht geben. Daraus muss man Schlussfolgerungen für die eigene Politik ziehen.

Drittens: Das Atomprogramm ist eine tödliche Gefahr für Israel. So wird es auch von den Nachbarn des Iran wahrgenommen. Sollte es tatsächlich zum Bau einer iranischen

Atombombe kommen, wird das Wahrscheinlichste ein atomares Wettrüsten in dieser Region sein. Dann würden die ganzen schönen Ideen wie eine atomwaffenfreie Welt in weite Ferne gerückt.

Wie verhält es sich nun mit den politischen und wirtschaftlichen Sanktionen? Hierbei muss ich eine ganz andere historische Einordnung versuchen als Herr Kuntzel, der stark auf die deutsch-iranische bilaterale Schiene abhob. Für mich ist der Ausgangspunkt ein völlig anderer: Der 11. September 2001 und die amerikanische Politik danach. Nach *nine eleven* gab es die militärische Intervention in

bei bisher zwei Fällen – das Problem mit dem Iran auf dem Verhandlungsweg zu lösen.

Das, was die Europäer da angestoßen haben, ist eine Alternative zu einer militärischen Lösung, deren Gefährlichkeit wir im Augenblick sowohl in Afghanistan als auch im Irak vorgeführt bekommen. Es hat ein Verhandlungsprozess begonnen, der von Anfang an darauf abgezielt hat, eine beiderseitige Gewinnsituation herbei zu führen. Wir wollten, dass auf der einen Seite die Iraner ihre Programme offen legen, dass sie den Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach Unterbrechung ihrer Konversionstätigkeit,

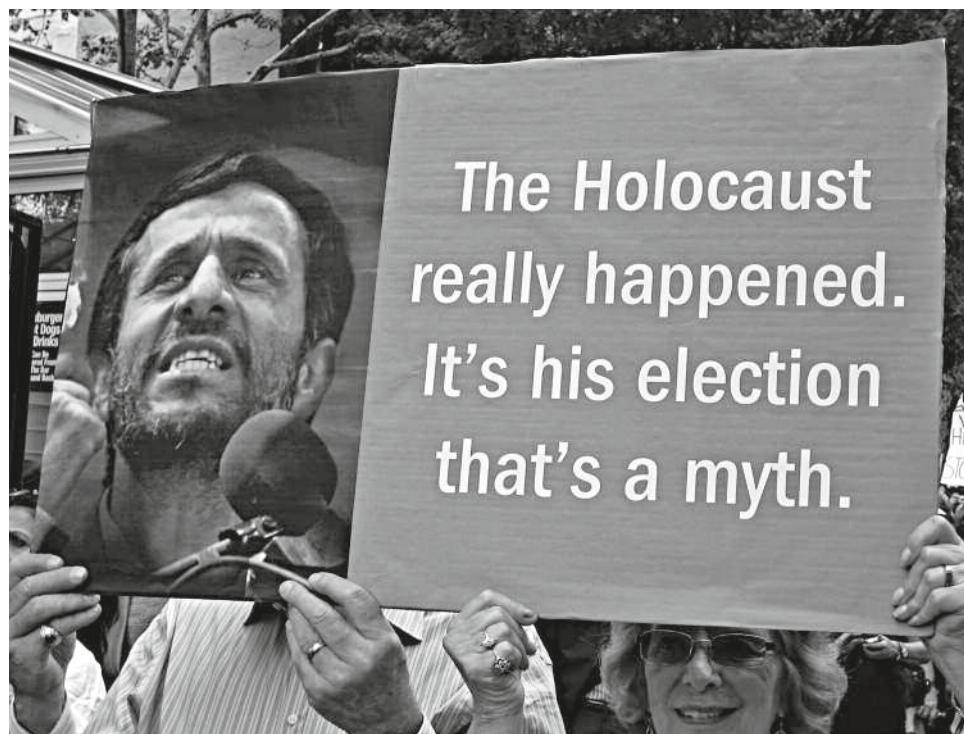


Foto: iz3w-Archiv

Afghanistan und die Rede im Januar 2002 von George W. Bush über die »Achse des Bösen«, in der direkt nach dem Irak der Iran auftauchte.

Es wurde dann ganz offen diskutiert, ob jetzt nicht die »Achse des Bösen« weiter verfolgt wird von der amerikanischen Politik. Das hätte geheißen: gleich weitermachen mit militärischer Intervention im Iran. Es ist kein Zufall, dass genau an dieser Stelle das einsetzt, was Sie kritisieren und sogar teilweise mit »Appeasement« bezeichnet haben – was meines Erachtens eine historische Fehlinterpretation der Anwendungsfähigkeit dieses Begriffes ist. Exakt als Alternative zur amerikanischen militärischen Interventionspolitik, die ihren Höhepunkt 2003 im Irak-Krieg hatte und die sich mit einem weiteren Krieg im Iran fortzusetzen drohte, sind die drei europäischen Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland tätig geworden. Sie haben versucht, einen politischen Prozess in Gang zu setzen, um – anders als George W. Bush

ihrer Anreicherungstätigkeit nachkommen. Aber wir wollten auf der anderen Seite, dass sie dafür auch einen erheblichen Strauß von Gegenleistungen bekommen. Am deutlichsten niedergelegt ist das in dem Angebot vom 5. August 2005, wo diese drei europäischen Staaten – und das stimmt, Deutschland hat dabei eine wichtige Rolle gespielt – angeboten haben, die damals schon bestehenden Sanktionen gegen den Iran aufzuheben, sogar eine Kooperation im zivilen Nuklearbereich anzubieten, in der Hochtechnologie zusammenzuarbeiten, die westlichen Märkte weiter zu öffnen für den Iran und obendrein einen Sicherheitsdialog zu führen. Einschließlich – und das war eigentlich sensationell damals – einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten.

Wir hatten gehofft, dass es der iranischen Führung nicht so leicht fallen würde, dieses attraktive Angebot auszuschlagen, mussten aber erhebliche Lektionen lernen. Nämlich, dass der Iran nicht unzufrieden mit diesem

Angebot war, es aber von den falschen Partnern kam. Iran hat diese Aktion der drei europäischen Staaten nie als vollwertig genommen, weil Amerika nicht dabei war.

Im Augenblick gibt es eine neue Steigerung des Drucks auf den Iran. Der Katalog der Sanktionen ist sehr lang. Er richtet sich gezielt gegen verschiedene Gruppierungen im Iran, zum Beispiel sollen die Gelder der Revolutionsgarden eingefroren werden. Es gibt Investitionsverbote für iranische Investitionen im Ausland in bestimmten Bereichen und weitgehende Handelsbeschränkungen, ganz besonders im militärischen Bereich. Es gibt die Erlaubnis, Handelsschiffe, die in den Iran oder aus dem Iran kommen, auf hoher See und auch in Häfen zu kontrollieren. Das sind erhebliche Sanktionen.

Ich bin gefragt worden: »Wie ist Ihr Verhältnis zu Sanktionen?« Ich habe mich immer gegen eine Politik der Ausgrenzung und der Isolierung des Iran gewandt. Die europäische Irangruppe und damit auch die deutsche hat eine Alternative zum katastrophalen Abgleiten in militärische Interventionen gesucht. Wir wissen, dass dieses Regime nicht bereit ist, ohne Druck auf die Forderungen der Weltgemeinschaft einzugehen. Aber die Sanktionen, die beschlossen worden sind, bleiben im Kontext des Versuches, eine politische Lösung für dieses Problem zu finden. Sie sind jederzeit rücknehmbar und immer verbunden mit der Aufrechterhaltung der politischen Angebotspalette.

Zur Zwischenbilanz dieser Dialogpolitik: Es ist bisher nicht gegückt, den Iran dazu zu bringen, die Forderungen der Weltgemeinschaft zu erfüllen. Also, es gibt keine positive Bilanz. Ich weiß aber nicht, wie ich anders eine Kriegssituation vermeiden kann als auf diese Karte der politischen Verhandlungen und auf eine doubletrack-Strategie zu setzen: auf die Angebote, die auf dem Tisch liegen, und auf die langsam aber sicher verstärkten Sanktionen. Die aber nie den Charakter einer Mausefalle haben, wie das etwa im Irak der Fall war.

Zur Städtepartnerschaft: Was sind eigentlich Städtepartnerschaften? Sie sind Teil einer Aussöhnungspolitik mit den ehemaligen Gegnern im Zweiten Weltkrieg. Es gibt sie vor allen Dingen mit den Staaten, in denen wir schreckliches Unrecht getan haben. Das bedeutet aber, dass Städtepartnerschaften eins auf keinen Fall sind: Instrumente, die man für politische Ziele einsetzt. Wir haben hier in Freiburg Solidaritätsveranstaltungen mit der iranischen Opposition durchgeführt. Natürlich habe ich mich zusammen mit dem Rektor der Universität damals nach dem Juni – als wir hörten, dass in Isfahan Studenten geprügelt worden sind und es dort Tote gegeben hat – zum Beispiel an die Universität in Teheran gewandt. Und wir haben nicht nur protestiert, sondern auch Aufklärung, auch im Namen der Städtepartnerschaft, erbetteln.

Aber das ist etwas anderes, als eine Städtepartnerschaft zu einem Instrument mit politischen Zielen zu machen.

Die Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan ist für den Iran viel unbedeuter als für uns. Sie widerspricht vollkommen der dortigen Abschottungspolitik.

Jeder Kontakt mit Ausländern ist auch eine Chance, Informationen zu bekommen, die man heute nur unter Einsatz von erheblichen Risiken im Iran

bekommen kann. Diese Chance aufrecht zu erhalten, das alleine macht eine Städtepartnerschaft schon sinnvoll. Wir halten ja eine Balance: Es gibt keine offiziellen Kontakte zwischen der Freiburger Stadtverwaltung und der Isfahans. Die hat es gegeben, aber sie sind wegen der unerträglichen Äußerungen von Ahmadinedschad gegenüber Israel und dem Holocaust abgebrochen worden.

► **Küntzel:** Herr Erler, der Brief, den Sie an die Universität geschickt hatten nach dem Verprügeln der Studenten, der wurde doch nicht beantwortet?

► **Erler:** Ja.

► **Küntzel:** Ja. Und es gibt durchaus die offiziellen Kontakte. Zum Beispiel am 24. März 2010: Herr Dr. Roustazadeh, Direktor der internationalen Angelegenheiten der Stadt Isfahan, besucht Freiburg und führt Gespräche mit OB Herrn Dr. Salomon. Die Städtepartnerschaft wird auf dieser offiziellen Ebene – dass die Führung der Stadt Isfahan die Führung der Stadt Freiburg besucht – fortgesetzt. Und diese Führung ist verantwortlich für den Terror, der in Isfahan stattfindet. Von ihr bekommen Sie keine Antwort, wenn Sie dorthin schreiben. Was ist das für eine Partnerschaft?

► **Erler:** Herr Küntzel, warum wollen Sie den Isfahanern die Möglichkeit nehmen, durch die jährlich stattfindenden Bürgerreisen westliche Gäste zu befragen, ob das stimmt, was in ihren Zeitungen steht: Dass der Westen im Augenblick nichts anderes macht, als das Land durch Spione zu unterwandern. Warum wollen Sie den Isfahanern diese Chance nehmen, in direkten Kontakt zu Ausländern zu kommen? Was hätten wir davon, keiner fährt mehr hin? Wahrscheinlich würden die Isfahaner nicht mal unterrichtet werden davon, dass die Städtepartnerschaft nicht mehr besteht.

► **Küntzel:** Ihre Gegenüberstellung lautete, etwas zugespielt: Wir haben eigentlich nur die Möglichkeit, militärisch los zu schlagen oder den Dialog zu führen – und das andere dazwischen ist eigentlich kaum eine Option. Ich sehe das anders. Ich unterstütze zum Bei-

spiel die Politik von Bill Clinton in den 90er Jahren. Nachdem er lange versucht hat, den Dialog zu führen und dieser gescheitert ist, hat er eine massive Sanktionspolitik eingeleitet. Die amerikanische Industrie war entsetzt, weil sie mit Iran Geschäfte machen wollte.

Clinton hat gesagt: Mit Terrorregimes, die Hisbollah oder Hamas unterstützen, kann man nicht Geschäfte machen wollen. Clinton hat die eigene Wirtschaft an die Kandare genommen mit der Argumentation, dass man

dann als amerikanischer Staat weltweit dafür mobilisieren kann, dass andere Länder sich anschließen. Damals hat die Bundesrepublik – die sozial-liberale Koalition und auch die rot-grüne Koalition – dagegen gehalten.

Ich meine, es gibt diesen dritten Weg der massiven friedlichen Druckausübung auf die Führung des Iran über die wirtschaftlichen und politischen Mittel. In dieser mittleren Linie geht es nicht um Krieg führen oder Dialog, sondern um gezielten Druckaufbau. Da hat Deutschland sich bisher als Bremse erwiesen, und das muss geändert werden, wenn man die Kriegsgefahr im Nahen Osten wirklich beenden will.

► **Erler:** Es gab auch vor George W. Bush Eindämmungsversuche, aber richtig dramatisch ist es doch in der Zeit von Bush geworden. Der hat nun wirklich voll auf die Karte Druck, Ausgrenzung und Isolierung gesetzt. Es ist eine Tatsache, dass diese amerikanische Politik heute auch von Amerika als gescheitert angesehen wird. Obama geht – viel kritisiert dafür, auch im eigenen Land – andere Wege. Schlüssig und einfach, weil man ja nicht unbedingt Sinn darin sehen kann, eine Politik des Druckes fortzusetzen, die gescheitert ist.

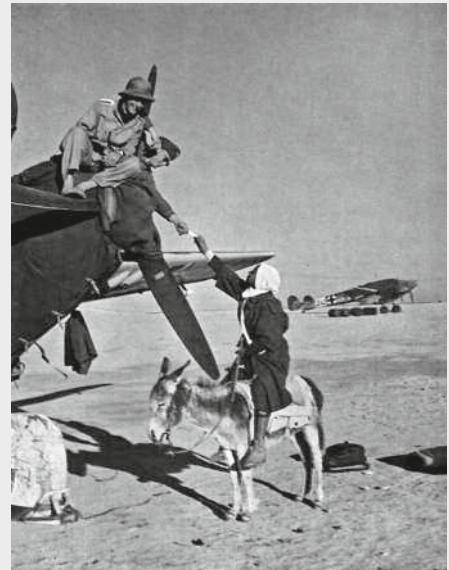
Ich muss zugeben, dass die Politik, eine Verbindung zu schaffen zwischen Angebot und Druck, bisher nicht das erreicht hat, was wir uns erwünscht haben. Und natürlich haben Sie in einem Punkt auch Recht: Ich bin auf keinen Fall auf der Seite derer, die sagen, es gibt keine Alternativen. In der Politik gibt es immer Alternativen.

► **Gernot Erler** (MdB, SPD) war von 2005 bis 2009 als Staatsminister im Auswärtigen Amt an der Formulierung und Umsetzung deutscher Außenpolitik beteiligt. Erler ist einer der wichtigsten Protagonisten der rot-grünen Dialogpolitik gegenüber dem Iran.

► **Matthias Küntzel** ist Politikwissenschaftler und Publizist aus Hamburg. In seinem Buch »Die Deutschen und der Iran – Geschichte und Gegenwart einer verhängnisvollen Freundschaft« wendet er sich gegen die Dialogpolitik mit dem iranischen Regime. Transkription: Sebastian Krüger.



Das Deutsche Afrikakorps bemüht sich um gute Beziehungen (zirka 1942)



Quelle: iz3w-Archiv

Die nationalsozialistische Propaganda wie auch die Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg waren keineswegs nur auf Europa beschränkt. In der iz3w haben wir zuletzt mehrfach berichtet, wie die Nationalsozialisten in ganz Afrika, Asien und Lateinamerika versuchten, Kollaboratoren zu gewinnen. Im Themenschwer-

punkt »Treueschwüre für die Nazis« (in iz3w 312) hat Karl Rössel gezeigt, dass dies allzu oft von Erfolg gekrönt war. In iz3w 316 berichteten Heike Ehrlich und Kathrin Krahl über die Mullah-Schule in Dresden, mit der die Nazis die Indoctrination der Muslime befördern wollten. Der vorliegende Beitrag von Vera Henßler

beleuchtet die NS-Auslandspropaganda in die arabisch-islamische Welt. Welchen Zweck hatte sie, was waren ihre zentralen Argumentationsfiguren, und welche Schlüsse sind daraus für die kritische Analyse des Antisemitismus zu ziehen?

## »Das Werk des Propheten vollenden« Die Auslandspropaganda der Nationalsozialisten in die arabisch-islamische Welt<sup>1</sup>

von **Vera Henßler**

► In den letzten Jahren wurde die Kollaboration arabischer Nationalisten mit dem NS-Regime zunehmend thematisiert. Die Frage nach den Zielen und Bestimmungen der NS-Propaganda in den arabischen-muslimischen Raum und die sich darin abzeichnenden Verschiebungen der Prioritäten gegenüber den dortigen Kooperationspartnern ist hingegen oft nur nebensächlich betrachtet worden. Dabei ermöglicht es die Befassung mit der Nahostpropaganda, die Entwicklungen der NS-Kriegszielpolitik gegenüber den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens zu analysieren.

Bereits während des Ersten Weltkrieges hatte Deutschland mit der neu gegründeten »Nachrichtenstelle für den Orient« eine Politik verfolgt, die eine »Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde«<sup>2</sup> anstrebte. Mittels der Propagierung des »Heiligen Krieges« gegen die Kolonialmächte sollten Aufstände forcierter werden, die schließlich die Truppen der Entente und damit die Gegner Deutschlands

im Nahen und Mittleren Osten binden sollten.<sup>3</sup> Die Anklage der britischen und französischen Kolonialmächte im arabischen Raum durch die deutsche Propaganda klammerte dabei natürlich Deutschlands eigene Rolle als Kolonialmacht bewusst aus. Ende des Jahres 1916 wurde die so genannte »Djihadpropaganda« jedoch wieder eingestellt – sie hatte keine nennenswerten Erfolge erzielen können.

Nach der deutschen Niederlage wurde die »Hetzpropaganda« der Entente von der politischen Rechten immer wieder als Ursache für die Niederlage Deutschlands angeführt. Eine intensive Auseinandersetzung über die Effektivierung propagandistischer Mittel, die vielfach über militärische Schriften ausgetragen wurde, führte in der Debatte der Weimarer Republik zu dem Ergebnis, dass für zukünftige kriegerische Auseinandersetzungen die Ausrichtung der Propaganda auf die Massen Vorbedingung für militärische Erfolge sein müsse.<sup>4</sup> Sowohl durch technische Neuentwicklungen wie etwa dem Rundfunk als

auch durch die Anwendung von Massenpsychologie wurde so die Propaganda während des Zweiten Weltkrieges erstmals weltweit als Instrument der auf die Masse gerichteten Information eingesetzt.

### Kooperation mit Nationalisten

► Während die innerdeutsche Propaganda dazu diente, die Herrschaft der Nationalsozialisten zu stabilisieren und die Bevölkerung auf einen Krieg einzuschwören, hatte die Auslandspropaganda die Funktion, die Bevölkerungen in deutschen Kriegzielgebieten zur Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zu animieren oder zumindest die Propaganda der Kriegsgegner zu neutralisieren. Die nationalsozialistische Rassenideologie vor Augen, scheint das Ziel der Gewinnung großer Teile der muslimischen Bevölkerung Nordafrikas und des arabischen Mittelmeerraumes zur Kollaboration mit dem NS-Regime zunächst absurd. Hitler hatte »die Araber« als »bestenfalls lackierte Halbaffen, die die Knute spüren wollen« bezeichnet.<sup>5</sup> Doch die Analyse der so genannten Orientpropaganda zeigt, dass

diese scheinbare Diskrepanz zwischen NS-Ideologie und Kriegszielpolitik sich mittels einer wirkungsmächtigen Ideologie überbrücken ließ, die auch in der NS-Propaganda für das Ausland eine wichtige Rolle spielte: dem Antisemitismus.

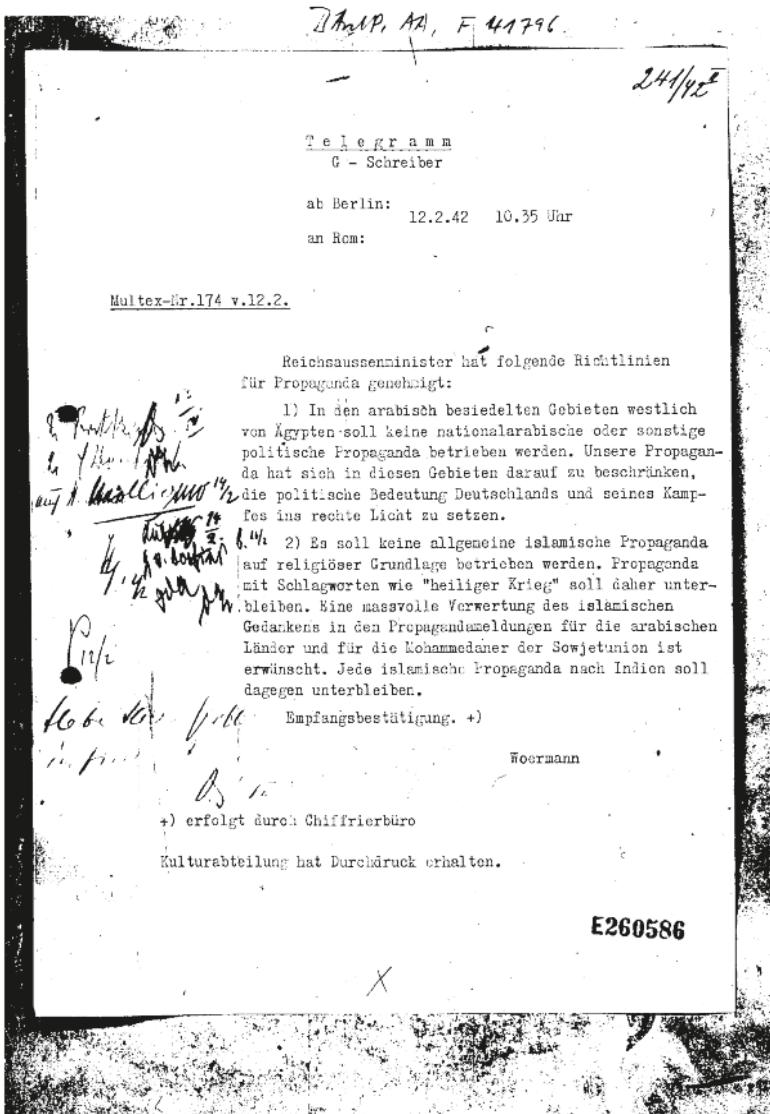
An die Nahostpolitik des Ersten Weltkrieges knüpfte das NS-Regime jedoch nicht nahtlos an. Obwohl sich bereits bald nach der Machtübergabe an Hitler einzelne Protagonisten der arabischen Nationalbewegung an Deutschland wandten, um Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Kolonialmächte und gegen die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina zu erhalten<sup>6</sup>, verhielt sich das NS-Regime zunächst zurückhaltend. Nicht nur Waffenlieferungen und finanzielle Unterstützung wurden abgelehnt, sondern auch die ideologische Verbreitung des Nationalsozialismus, da dieser »keine Exportware« sei.<sup>7</sup>

Ursache für die deutsche Zurückhaltung war zum einen das Ziel, England als Bündnispartner gewinnen zu können. Gegen die Kooperation mit arabischen Nationalisten sprach zum anderen das 1933 zwischen Deutschland und der Jewish Agency geschlossene Haavara-Abkommen, das die Auswanderung der jüdischen Bevölkerung nach Palästina beschleunigen und gleichzeitig den befürchteten Wirtschaftsboykott gegen Deutschland abdampfen sollte. Die jüdischen EmigrantInnen

mussten an Deutschland Geld zahlen, womit der NS-Staat wiederum den Warenexport nach Palästina finanzierte. Schließlich spielte auch die im Oktober 1936 getroffene Einigung zwischen Deutschland und Italien, die den Mittelmeerraum als vorrangig italienische Einflussphäre festlegte, zunächst eine Rolle.<sup>8</sup>

Die Beziehungen Deutschlands zu den europäischen Mächten waren daher stets Ausgangspunkt für die Überlegungen hinsichtlich der Kooperation mit arabischen antikolonialen Nationalisten. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, als deutlich wurde, dass

England für eine Zusammenarbeit mit Deutschland nicht mehr zu gewinnen sein würde, das Haavara-Abkommen keine Rolle mehr spielte und die Abmachungen mit Italien von deutscher Seite immer wieder unterlaufen wurden, änderte sich jedoch die deutsche Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten. Im Juni 1941 bestimmte die Führung der Wehrmacht schließlich die »Ausnutzung der arabischen Freiheitsbewegung für deutsche Zwecke.<sup>9</sup>



Propaganda-Richtlinien für die arabische Welt (1942)

tische Propaganda ausstrahlte.<sup>10</sup> Nachdem Großbritannien in Reaktion darauf selbst begann, Propaganda in den Mittelmeerraum zu senden, kam es zu einem regelrechten Propagandakrieg, der im April 1938 mit einer englisch-italienischen Übereinkunft beendet wurde, in der sich beide Länder zum Verzicht auf unruhestiftende Propaganda verpflichteten.<sup>11</sup> Daraufhin wurde der Nahe Osten zunehmend zum deutschen Propagandafeld, wobei von den bereits durch Italien und England zahlreich in der Bevölkerung verteilten Radiogeräten profitiert werden konnte. Im April 1939 ging das arabischsprachige Programm in Zeesen bei Berlin auf Sendung.<sup>12</sup>

## »Von Arabern zu Arabern«

► Die arabischen Sendungen hatten nach einer 1940 ausgearbeiteten Konzeption des Auswärtigen Amtes (AA), das ab 1939 für die Propagandaarbeit im Ausland zuständig war, mehrere inhaltliche Grundpfeiler. Danach sollten »Araber zu Arabern sprechen«, wofür arabische Pressestimmen zitiert und arabische Nationalisten im deutschen Exil als Sprecher eingesetzt wurden. Ein nicht unwesentlicher Programmteil betraf religiöse Sendungen, die arabischen Sendungen wurden zudem mit Koranrezitationen eingeleitet.<sup>13</sup> In den Sendungen wurde immer wieder auf die nicht eingehaltenen Versprechen Englands gegenüber der arabischen Unabhängigkeitsbewegung hingewiesen. Während Deutschland bereits im Ersten Weltkrieg

Der Rundfunk nahm unter den diversen Propagandamitteln des NS-Staates für das Ausland die wichtigste Stelle ein. Die Kurzwellensender, die zu Friedenszeiten eine Verbindung zu den im Ausland lebenden Deutschen halten sollten, wurden während des Krieges zu einem wirksamen Propagandainstrument, das auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt werden konnte.

Italien hatte bereits 1935 bei den Kriegsvorbereitungen im Vorfeld des Einmarsches in Äthiopien mit einem in Bari stationierten Kurzwellensender operiert, der in erster Linie auf Ägypten und Palästina gerichtete antibri-

mit antikolonialen Bewegungen des arabischen Raumes zusammengearbeitet hatte, gab es seitens Großbritanniens Zugeständnisse an die arabischen Nationalbewegungen bezüglich ihrer Unabhängigkeit nach Ende des Krieges, um so deren Zusammenarbeit mit dem Osmanischen Reich zu verhindern und Unruhen in den eigenen Kolonien entgegenzuwirken. Die faktische Politik sah aber anders aus: 1916 wurde das Sykes-Picot-Abkommen zwischen Frankreich und England abgeschlossen, das die Aufteilung der Einflussphären im Nahen Osten unter den zwei Kolonialmächten regelte. In Verbindung

mit der Balfour-Deklaration, in der sich Großbritannien 1917 für die Etablierung einer jüdischen Heimstätte in Palästina ausgesprochen hatte, wurde das Sykes-Picot-Abkommen von der NS-Propaganda immer wieder als »englischer Betrug an den Arabern« thematisiert.

Die Bevölkerungen Deutschlands und der arabischen Staaten wurden demgegenüber in arabischsprachigen Radiosendungen aus Deutschland als historisches Bündnis konstruiert:<sup>14</sup> »Die beiden großen Völker haben viele Eigenschaften und Tugenden gemeinsam. Beide sind durch ihren kriegerischen Mut, ihre Heldenhaftigkeit und männliche Gesinnung bekannt, und beide schätzen die Ehre und verherrlichen das Recht und die Freiheit.«<sup>15</sup> Die Parallelisierung des Islam mit der NS-Ideologie spielte dabei eine herausragende Rolle. In den Radiobeiträgen wurde der Islam immer wieder als dem NS ebenbürtig dargestellt, da beide durch Gehorsam, Gemeinschaft und Gemeinnutz anstatt Individualismus und Eigennutz gekennzeichnet seien.

Obwohl die Propaganda sich kontinuierlich der islamischen Religion bediente, wendete sie sich mitnichten an alle Muslime. So betonten die Propagandarichtlinien, dass der Schwerpunkt stets nationalistisch anstatt religiös ausgerichtet sein solle. Angebracht sei eine »maßvolle Verwertung des islamischen Gedankens in den Propagandameldungen für die islamischen Länder.«<sup>16</sup> Die Ablehnung des Panislamismus in der Propaganda wurde einerseits mit der geringeren Wirksamkeit und andererseits mit einer nicht möglichen Differenzierung auf einzelne Länder begründet. So würde die Propagierung des panislamischen Gedankens das Verhältnis zur Türkei stören, die den Intentionen zur Bildung eines großarabischen Reiches mit Misstrauen begegne.<sup>17</sup> Für die Vorsicht bei der Verwendung religiöser Elemente in der Propaganda sprach auch die Erfahrung, die Italien gemacht hatte: In der italienischen Rundfunkpropaganda waren Koranentzüge verbreitet worden, was nach Aussagen eines NS-Wissenschaftlers zu Entrüstung unter Muslimen geführt habe.<sup>18</sup>

## Konstruierte jüdische Bedrohung

- Die Intensität der deutschen Propaganda hing stets von der militärischen Präsenz deutscher Truppen im jeweiligen Raum ab. Nach der Landung der Alliierten in Nordafrika im November 1942 und während des Vormarsches des Afrikakorps wurde die Propaganda

für die dortigen Bevölkerungen massiv intensiviert. Im Mittelpunkt stand die antisematische Imagination einer jüdischen Weltmacht, die auf der einen Seite Deutschland und auf der anderen Seite die arabische Welt bedrohe. Obwohl Antisemitismus seit 1933 eine konstituierende und legitimierende Rolle für das NS-Regime spielte, erreichte die antisemitische Propaganda erst während des Zweiten

sche Weltfeind: »In einer Zeit, da England und Amerika im schwersten Kampfe stehen, wagt Charlie Chaplin, der englischer Staatsangehöriger ist, und große Gelder in Amerika verdient, zu erklären, dass er weder mit England noch mit Amerika etwas zu tun habe, vielmehr Weltbürger sei. Das ist die Sprache der unverantwortlichen Profitmacher, die in jeder Nation ein Parasitendasein führen möchten.«<sup>24</sup>

Während der Nationalismus zwischen dem Selbst und dem Anderen unterscheidet, wird im nationalen Antisemitismus eine »Figur des Dritten« eingeführt, die zu der Dichotomie »eigene versus fremde Nation« eine dritte Position einnimmt, die in diesem Denken als die Negation der Nation konzeptualisiert ist. »Der Jude« wird zum Bedrohungspotential der Nation schlechthin, da er nicht als andere Hälfte eines semantischen Begriffspaares gedacht wird, sondern als die absolute Negation des Nationalstaatsgedankens, als Nicht-Identisches.<sup>25</sup> Nicht

nur das »eigene Volk« wird hier als Antipode zum Judentum konstruiert, sondern alle »Völker« seien Feinde der Juden.

In einem nach der Landung der Alliierten in Marokko abgeworfenen Flugblatt heißt es: »Denkt daran, daß hinter jedem USA-Soldaten ein Jude steht, der in Amerika darauf wartet, nach Marokko zu kommen, um Euch Euer Land wegzunehmen.«<sup>26</sup> Die Konstruktion einer Verschwörung des Judentums, das hinter der amerikanischen Landung in Nordafrika

stehe, wurde von der Propaganda als ideologischer Gegenpart zu einer alten, marokkanischen Kultur gesetzt, die nun bedroht sei. Dies ist

## Die deutschen Niederlagen in Stalingrad und Nordafrika wurden antisemitisch aufgeladen

ten Weltkrieges ihren Höhepunkt.<sup>19</sup> Die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung wurde in öffentlichen Reden immer wieder formuliert und mit Ankündigungen von der Ermordung der Jüdinnen und Juden verbunden.<sup>20</sup> Beispielhaft dafür ist eine Rede Hitlers im Berliner Sportpalast, die im Nachhinein als »Parole der Woche« in einer Auflage von 125.000 Exemplaren gedruckt und eine Woche lang als Plakat an Lifthasssäulen im gesamten Deutschen Reich nachzulesen war.<sup>21</sup> Darin heißt es: »Wenn das Judentum einen internationalen Weltkrieg zur Ausrottung etwa der arischen Völker Europas ansetzt, dann werden nicht die arischen Völker ausgerottet werden, sondern das Judentum.«<sup>22</sup> Mit der Schlacht um Stalingrad und der so eingeleiteten Kriegswende erreichte die zuvor schon konstant artikulierte antisemitische Verschwörungsiedeologie einen noch höheren Grad an Aggressivität. Die deutschen Niederlagen in Stalingrad und Nordafrika wurden ebenso wie die Bombardierungen seitens der Alliierten antisemitisch aufgeladen, um die vermeintliche jüdische Macht zu belegen.<sup>23</sup>

Die Bedeutung der antisemitischen Ideologie für die Auslandspropaganda in den arabischen Raum kann kaum überschätzt werden. Als zentrales Motiv taucht immer wieder die Vorstellung eines Judentums auf, das nicht der eigenen Nation verbunden sei, sondern lediglich aus Eigeninteresse handele. So lautete es in einem Radiobeitrag zum Thema »Der jüdi-

Ausdruck einer als Dichotomie verstandenen Differenzierung von Gemeinschaft und Gesellschaft, die ebenfalls konstitutiv für den modernen Antisemitismus ist.<sup>27</sup> Die Gemeinschaft, hier Marokko, wird als traditionell, wertvoll und naturhaft dargestellt. Gleichzeitig wird eine Bedrohung dieser durch die Gesellschaft, die durch »die Juden« oder auch »die Amerikaner« vertreten werde, konstatiert. Dieser Antimodernismus ist untrennbar mit dem antisemitischen Verschwörungsgedanken verbunden.

Einhergehend mit der Konstruktion »des Juden« als antinationaler Akteur spielte der Versuch der ideologischen Verknüpfung von Islam und Antisemitismus eine bedeutende Rolle. Nachdem Versuche Heinrich Himmlers, Belege dafür zu finden, dass »der Führer im Koran bereits vorausgesagt und beauftragt



Klare Verhältnisse: Deutsches Afrikakorps

Quelle: iz3w-Archiv

sei, das Werk des Propheten zu vollenden«<sup>28</sup>, scheiterten, stöberte die im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) gelegene Forschungsstelle Orient schließlich eine muslimische Legende auf, die für die Propaganda zu einer eliminatorisch-antisemitischen Prophezeiung verarbeitet wurde. In millionenfach gedruckten Flugblättern hieß es:

»O Araber, seht ihr, dass die Zeit des Dadjdjal gekommen ist? Erkennt ihr ihn wieder, den feisten kraushaarigen Juden, der die ganze Welt betrügt und beherrscht, und den Arabern ihr Land stiehlt? Wahrlich, er ist ein Ungeheuer, und seine Verbündeten sind Satanasse! Es ist uns gelehrt worden, dass die Herrschaft des Dadjdjal nicht dauern wird. Abdallâh b. Umar al-Baydâwî [muslimischer Gelehrter des 13. Jh. V.H.] sagte, dass Gott seinen Diener senden wird, der den Dadjdjal mit seiner Lanze töten und seine Paläste zerstören wird.«<sup>29</sup>

Die Analyse der NS-Propaganda kann somit aufzeigen, dass die antisemitische Ideologie als Beleg für ein vermeintlich historisch gewachsenes Bündnis zwischen NS-Deutschland und der muslimisch-arabischen Welt diente. Die Flexibilität antisemitischer Ideologie ermöglicht die Verknüpfung des Antisemitismus mit dem Islam oder mit Ideologien wie Nationalismus und Antimodernismus.

## Antisemitismus: ein Exportprodukt?

► Inwiefern kann der heutige islamistische Antisemitismus, der aus dem arabischen Nationalismus hervorgegangen ist, als deutsches Exportprodukt betrachtet werden? Die Analyse der NS-Auslandspropaganda legt diese These nahe, zumal bestimmte antisemitische Theoreme als auch Publikationen wie etwa »Die Protokolle der Weisen von Zion« oder diverse Übersetzungen von Hitlers »Mein Kampf«, die heute in der arabischen Welt kursieren, tatsächlich europäischen Ursprungs sind. Es sollte dabei aber nicht vergessen werden, dass der Antisemitismus sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft immer auch eine projizierende Funktion innehat. Antisemitisches Denken dient in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Zusammenhängen zur (V)erklärung ambivalenter, nicht verstandener komplexer Strukturen und gesellschaftlicher Veränderungs- und Modernisierungsprozesse. Eine »Übernahme« von aus dem europäischen Kontext entstandenen antisemitischen Ideologien durch nichteuropäische Gesellschaften geht also immer damit einher, dass sich bestimmte Entwicklungstendenzen der Gesellschaften ähneln, für deren Verarbeitung die antisemitische Ideologie eine Funktion einnimmt.

Um beim Beispiel der arabischen Gesellschaften zu bleiben: Der frühe arabische Nationalismus bediente sich der säkularen Na-

tionsidee, die nach dem Ersten Weltkrieg zunehmend apologetisch und regressiv wurde und sich auch gegen interne KritikerInnen durchsetzte, als Legitimation für den Dekolonialisierungsprozess. In den letzten Jahrzehnten hingegen ist eine rückläufige Tendenz zu beobachten, indem die Religion für viele arabische Gesellschaften an Bedeutung gewinnt, was wiederum auch in der Krise des Nationalstaates begründet liegt.<sup>30</sup> In der Extremform des Djihadismus ist Antisemitismus erneut ein Hauptangelpunkt. Der Islamwissenschaftler Jochen Müller bringt es so auf den Punkt: Antisemitismus ist sowohl Kitt im Sinne gemeinschaftsstiftender Funktion, als auch Ventil in Zeiten der Krise.<sup>31</sup> Die Bekämpfung des Antisemitismus muss daher immer auch eine Analyse der jeweiligen ökonomischen, politischen, rechtlichen und sozialen Dimensionen umfassen.

## Anmerkungen

- 1 Obwohl sich die NS-Propaganda an die muslimische Bevölkerung der unterschiedlichsten Regionen, so etwa des Kaukasus oder auch Indiens wandte, liegt hier der Fokus auf dem arabischen und nordafrikanischen Raum.
- 2 Max Freiherr von Oppenheim: Denkschrift »Die Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde«, abgedruckt in Wolfgang Schwanitz: Max von Oppenheim und der »Heilige Krieg«. Zwei Denkschriften zur Revolutionierung islamischer Gebiete 1914 und 1940, in: Sozial.Geschichte, Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Nr. 19, Bern 2004, S.28-59.
- 3 Vgl. Maren Bragulla: Die Nachrichtenstelle für den Orient. Fallstudie einer Propagandainstitution im Ersten Weltkrieg, Saarbrücken 2007.
- 4 Vgl. Reiner Rutz: Signal. Eine deutsche Illustrierte als Propagandainstrument im Zweiten Weltkrieg, Essen 2007, S.26.
- 5 Hitler in einer Ansprache am 22.08.1939, zitiert nach: Klaus Gensicke: Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biografie Amin el-Husseinîs, Darmstadt 2007, S.38.
- 6 Vgl. Lukasz Hirschowicz: The Third Reich and the Arab East, London 1966, S.33.
- 7 Vgl. Francis Nicosia: Arab Nationalism and National Socialist Germany, 1933-1939: Ideological and Strategic Incompatibility, in: International Journal for Middle Eastern Studies (IJMES) 12, Cambridge 1980, S. 351-372, hier S.355.
- 8 Vgl. Andreas Hillgruber: Das »Dritte Reich« und der Nahe/Mittlere Osten 1933-1939, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 1/2, Köln 1988, S.135-146, hier S.141f.
- 9 Vgl. Heinz Tillmann: Deutsche Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg, Berlin/Ost 1965, S.311; Hirschowicz 1966, S.197ff.
- 10 Vgl. Seth Arsenian: Wartime Propaganda in the Middle East, in: Middle East Journal, Nr.2, Washington 1948, S.419.
- 11 Vgl. Tillmann: 1965, S.83.
- 12 Vgl. Werner Schwipps: Wortschlacht im Äther, in: Deutsche Welle (Hrsg.), Der deutsche Auslandsrundfunk im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1971, S.13-97, hier S.14.
- 13 Vgl. Gerd Rühle, Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung des AA an Reichsaßenminister vom 5.5.1941, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), R67482.
- 14 Vgl. Heinz Odermann: Taktik gewinnt Schlachten – Strategie des Krieges. Zu einigen Aspekten der deutschen Nahost- und Nordafrikapolitik und -Propaganda (1939-1942), in: Wolfgang Schwanitz (Hrsg.): Jenseits der Legenden. Araber, Juden, Deutsche, Berlin 1994, S. 93-110, hier S.105.
- 15 Radiokommentar der Sender in arabischer Sprache vom 12.12.1940, zitiert nach Odermann, 1994, S.105f.
- 16 Vgl. Propagandardichtlinien des Reichsaßenministers, Fernschreiben vom 12.02.1942, Zentrum Moderner Orient (ZMO), Gerhard Höpp, Nachlass, 1.10.8\_y.
- 17 Vgl. Aufzeichnungen Curt Prüfers vom AA vom 3.12.1942, ADAP, Serie E, Bd.4, Nr.249, S.443f.
- 18 Vgl. Dr. Ludwig Ferdinand Clauß, Sonderforschungsauftrag »Die Rassen im Kampf«, Brief an das SS-Hauptamt vom 26.2.1945, Höpp, Nachlass, 1.10.8.
- 19 Vgl. Jeffrey Herf: The Jewish Enemy. Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust, Cambridge/London 2006, S.266.
- 20 Diverse Beispiele lassen sich in den verschiedensten öffentlichen Reden finden. Siehe dazu: Walter Roller/ Susanne Höschel (Hrsg.): Judenverfolgung und jüdisches Leben unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, Bd.1 – Tondokumente und Rundfunksendungen 1930-1946, Potsdam 1996.
- 21 Vgl. Herf: 2006, S.168.
- 22 Adolf Hitler, Ansprache auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast zur Eröffnung des Kriegswinterhilfswerks vom 30.9.1942, in: Roller/ Höschel: Judenverfolgung, S.216.
- 23 Vgl. Herf: Jewish Enemy, S.230.
- 24 31. Sitzung des Arabienkomitees, Protokoll vom 15.4.1942, Höpp, Nachlass, 01.10.6.
- 25 Vgl. Klaus Holz: Die antisemitische Konstruktion des »Dritten« und die nationale Ordnung der Welt, in Christina von Braun (Hrsg.): Das »bewegliche« Vorurteil, Aspekte des internationalen Antisemitismus, Würzburg 2004, S.43-63.
- 26 Massenhaft in Französisch-Marokko abgeworfenes Flugblatt, zitiert nach Claus-Michael Mallmann, Martin Cüppers: Halbmond und Hakenkreuz. Das dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2006, S. 214
- 27 Vgl. Klaus Holz: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg 2005, S.23ff.
- 28 Himmler an RSHA vom 14.5.1943, Höpp, Nachlass, 1.10.44.
- 29 Höpp, Nachlass, 1.10.6.
- 30 Vgl. Bassam Tibi: Vom Gottesreich zum Nationalstaat. Islam und panarabischer Nationalismus, Frankfurt am Main 1991. Tibi zeigt auf, wie sich auf Grund interner gesellschaftlicher Entwicklungen und unter Einwirkung des Kolonialismus der arabische Nationalismus von einer Bewegung, die sich die verschiedenen bürgerlichen Gesellschaften als Vorbild nahm, zu einer völkischen Ideologie entwickelte.
- 31 Vgl. Jochen Müller: Ventil und Kitt. Die Funktion von Israel und 'den Juden' in der Ideologie des arabischen Nationalismus, in: Initiative Antisemitismuskritik, Israel in deutschen Wohnzimmern. Realität und antisemitische Wahrnehmungsmuster des Nahostkonflikts, Stuttgart 2005, S.45-71.

# Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

Das iz3w präsentiert umfangreiches Begleitprogramm zur Ausstellung in Freiburg

Der Zweite Weltkrieg war nicht auf Europa und Japan beschränkt, wie es die gängige Geschichtsschreibung nahe legt. Die nun in Freiburg gezeigte Wanderausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« verdeutlicht, welche großen Opfer der Krieg in Afrika, Asien und Lateinamerika forderte, spart aber auch die Kollaboration mit Nazis nicht aus. Im Begleitprogramm werden Vorträge, Filme mit Regisseur- und Zeitzeugenbesuchen sowie ein HipHop-Musical präsentiert.

► Die von recherche international erstellte Ausstellung zeigt, wie sehr die Folgen des Zweiten Weltkrieges in Afrika, Asien und Ozeanien bis heute präsent sind. Das veranschaulichen auf besonders prägnante Weise die Filme im Begleitprogramm. Insbesondere afrikanische Filmemacher haben sich mit diesem Thema auseinandergesetzt. Ousmane Sembène, einer der ersten auch international anerkannten Filmemacher Afrikas, hatte selbst als Kolonialsoldat an der Befreiung Deutschlands mitgewirkt. Nach der Unabhängigkeit Senegals verarbeitete er seine Kriegserfahrungen in dem preisgekrönten Spielfilm »Camp de Thiaroye« (1987). Er erzählt von dem Massaker, das französische Streitkräfte 1944 in der Kaserne von Thiaroye bei Dakar an revoltierenden westafrikanischen Soldaten verübt hatten. Ein Klassiker des afrikanischen Kinos.

In Mittelpunkt von »Indigènes« (Tage des Ruhms / 2006) des Algeriers Rachid Bouchareb steht die Geschichte von vier Kolonialsoldaten der französischen Streitkräfte: von ihrer Rekrutierung in Nordafrika bis zu ihren Fronteinsätzen gegen die deutsche Wehrmacht in Italien, der Provence und schließlich in einem abgelegenen Dorf im Elsass. Mit großartigen Schauspielern – Bernard Blancan, Sami Bouajila, Jamel Debbouze, Samy Naceri und Roschdy Zem wurden beim Filmfestival in Cannes 2007 kollektiv als beste männliche Hauptdarsteller ausgezeichnet – und ergreifenden Bildern erinnert dieser Film an die Beteiligung zehntausender afrikanischer Soldaten an den brutalen Schlachten des letzten Kriegswinters in Europa.

Neben diesen Spielfilmen sind Dokumentarfilme zu den afrikanischen Kolonialsoldaten zu sehen. Grégoire Georges-Picot begleitet in »Baroud d'honneur« (Eine Frage der Ehre/ 2006) sechzig Jahre nach Landung der alliierten Truppen in der Provence fünfzehn afrikanische Veteranen, die zu Gedenkfeierlichkeiten nach Frankreich eingeladen sind. Sie stehen stellvertretend für hunderttausende Afrikaner, die für die Befreiung Europas ihr Leben riskierten. In »C'est nous les Africains...«

(Auch Afrikaner haben das Elsass befreit/ 1994) von Jean-Marie Fawer berichten Überlebende, wie sie rekrutiert und in De Gaulles Armee des Freien Frankreich diskriminiert wurden. Einige, die im Elsass geblieben sind, wurden »zwar auf dem Papier Franzosen«, fühlten sich aber auch ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende nicht gleichberechtigt.

Vom selben Regisseur ist »Histoires Vives« (Geschichte wird gemacht / 2007), eine Doku über die Entstehung des HipHop-Musicals »Die vergessenen Befreier«. Darin schildern die Beteiligten ihre persönlichen Beziehungen zum Thema. »Wir haben es zur Aufgabe gemacht, die Seiten der französischen Geschichte zu füllen, die bislang fehlten«, sagt Yassine, einer der Choreographen der Künstlergruppe »Memoires Vives« aus Straßburg. Die französischen Musikerinnen und Tänzerinnen erinnern daran mit Hiphop-Songs und Break-Dance vor Installationen mit historischen Filmausschnitten.

Drei ganz unterschiedliche Dokus beleuchten die Kriegsregionen Asien und Ozeanien: In »Unterwegs als sicherer Ort« (1997) begleitet der Filmemacher Dietrich Schubert den Schriftsteller Peter Finkelgruen auf einer Reise von Köln über München und Prag bis nach Haifa und Shanghai. 1942 wurde Finkelgruens Großvater im KZ Theresienstadt ermordet. Der Täter, der SS-Aufseher Anton Malloth, lebte zum Zeitpunkt der Dreharbeiten unbehelligt in einem Münchener Altenheim. Dabei war der Mord aktenkundig und Malloth in der Tschechoslowakei zum Tode verurteilt worden. Die Auseinandersetzung mit dem Mord an seinem Großvater wurde für Finkelgruen zu einer Spurensuche nach der Geschichte seiner Familie.

Die preisgekrönte Dokumentation »Angels of War« (Kriegsengel/1982) von Andrew Pike widmet sich den Folgen des Zweiten Weltkrieges für die BewohnerInnen Neuguineas. 1942 marschierten dort hunderttausende japanische und alliierte Soldaten ein, um ihre Schlachten auszutragen. Der Film konfrontiert die Berichte von Zeitzeugen mit der Kriegspropaganda in japanischen Wochenschauen.

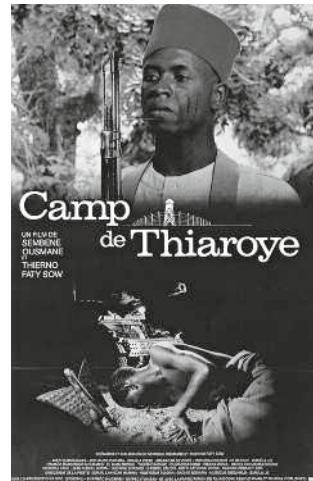
»63 Years On« (2008) dokumentiert die sexuelle Versklavung hunderttausender Frauen durch die japanischen Streitkräfte in Asien und der Pazifikregion. Beispielhaft werden fünf Betroffene aus China, Korea, den Philippinen und den Niederlanden vorgestellt. Die von den japanischen Besatzern als »comfort women« (Trostfrauen) titulierten Opfer berichten von ihrer Verschleppung und ihrem qualvollen Alltag in den Militärbordellen.

In den Vorträgen wird der Fokus auf Afrika gelegt. Die Publizistin Alice Cherki (Paris/ Algerien) spricht über das Vichy-Regime in Algerien und die Bedeutung des Zweiten Weltkrieges für die antikolonialen Theorien Frantz Fanons.

Mit dem Thema »Deutsche Propaganda gegen afrikanische Kolonialsoldaten«

beschäftigen sich die Historikerin Sandra Maß und Heiko Wegmann von freiburg-postkolonial. Im April 1945 hatten Kolonialsoldaten aus Marokko, Algerien, Tunesien und dem Senegal wesentlichen Anteil an der Befreiung des Elsass und Badens vom Nationalsozialismus. Ihre Wahrnehmung durch die deutsche Nachkriegsöffentlichkeit konnte auf rassistischen Bildern von afrikanischen Soldaten aufbauen, die seit den Kolonialkriegen zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den Kampagnen gegen die Rheinlandbesetzung in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus verbreitet waren.

► Die Ausstellung wird ab dem 5. November im Kommunalen Kino Freiburg und im Centre Culturel Français Freiburg gezeigt. Die Filme laufen im Kommunalen Kino, die Vorträge werden im Centre Culturel Français gehalten. Termine siehe [www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)



# »Ignoranz gegenüber den BewohnerInnen«

*Interview mit Karl Rössel über atomaren Kolonialismus in Ozeanien*

Die Ignoranz der Medien über die Folgen der Reaktorkatastrophe von Fukushima für die BewohnerInnen der Pazifikregion hat geschichtliche Vorläufer. Im Zweiten Weltkrieg dienten die pazifischen Inseln als Schlachtfeld, danach als nukleares Testgebiet. Ihre BewohnerInnen wurden dabei stets vergessen.

**iz3w:** Über den atomaren Gau in Fukushima berichteten sämtliche Medien hierzulande vergleichsweise ausführlich. Du hast diese Berichterstattung dennoch öffentlich kritisiert<sup>1</sup>. Warum?

► **Karl Rössel:** Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima sprachen zahllose Fernseh-, Rundfunk- und Pressekommentatoren unisono davon, welches »Glück im Unglück« es doch sei, dass die radioaktiven Wolken nicht Richtung Tokio, China oder Russland getrieben wurden, sondern in den Pazifik, so als sei dieser unbewohnt. Tatsächlich leben auf den pazifischen Inseln Millionen Menschen und abgesehen von der Umgebung von Tschernobyl dürfte es kaum eine Region geben, die nach dem Zweiten Weltkrieg so breit und massiv radioaktiv verstrahlt wurde wie Ozeanien.

Nach der Befreiung der pazifischen Inseln von japanischer Besatzung im Jahre 1945 erwiesen sich die Alliierten rasch als neue Besitzer. Denn sie wollten die Region jetzt für ihre militärischen Zwecke nutzen. Mit der beginnenden Blockkonfrontation erhielt der Pazifik eine herausragende strategische Bedeutung. Schon in den ersten Nachkriegsjahren entstanden deshalb überall in der Pazifikregion neue Militärstützpunkte. Dabei wurde der Eindruck vermittelt, dass es sich um eine weitgehend leere, unbewohnte Region handelte, die sich deshalb auch als Atomtestgelände der Großmächte eignete. Tatsächlich zündeten die USA und Frankreich bis 1996 in Ozeanien insgesamt mehr als 300 Atom-, Wasserstoff-, Plutonium- und Neutronenbomben. Für

Atombombentests auf Moruroa, einem Atoll in der französischen Kolonie Polynesien ein paar hundert Kilometer von Tahiti entfernt, baute Frankreich ein riesiges militärisches Testgelände. 15.000 französische Soldaten, Wissenschaftler und Arbeiter wurden dorthin gekarrt. Das Gebiet wurde zur Sperrzone erklärt. Die Veröffentlichung von Gesundheitsstatistiken aus der Region war seit den ersten Tests verboten – auch unter Präsident François Mitterand. Als sich das Greenpeace Schiff

»Rainbow Warrior« 1985 auf den Weg nach Polynesien machte, um dort die radioaktive Strahlung zu messen, wurde es im Auftrag Mitterands vom französischen Geheimdienst in einem Hafen in

Neuseeland in die Luft gesprengt. Der Greenpeace-Fotograf Fernando Pereira wurde dabei ermordet – Staatsterrorismus im Auftrag eines »sozialistischen« Präsidenten.

Tatsächlich ist die radioaktive Verseuchung der Region bis heute an vielen Orten nachweisbar. Schließlich kreuzen auch Kriegsschiffe und Flugzeugträger mit mehr als 10.000 Atomsprengköpfen an Bord durch den pazifischen Ozean, und in den Anrainerstaaten stehen mehr als 200 Atomkraftwerke. Deren Betreiber haben radioaktiven Müll an vielen Stellen im pazifischen Ozean versenkt. Auf den Marianeninseln wurden deshalb bereits in den 1980er Jahren Kinder mit sechs Fingern und verstümmelten Gliedmaßen geboren. Die Marianen liegen im Norden Mikronesiens und damit Japan von allen pazifischen Inseln am nächsten. Sie hatten deshalb schon im Zweiten Weltkrieg eine herausragende Be-

deutung. Erst von der Marianeninsel Tinian aus geriet das japanische Festland in Reichweite der schweren US-amerikanischen Militärflugzeuge, die im August 1945 die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwarfen und damit das atomare Zeitalter einläuteten. Aber selbst Fakten wie diese, die die drohende Gefährdung der BewohnerInnen der Marianen und anderer mikronesischer Inselgruppen durch die radioaktiven Wolken aus Fukushima verdeutlichen könnten, kommen in der Medienberichterstattung nicht vor.

War diese Ignoranz schon immer so deutlich?

► Die Berichterstattung über Ozeanien dokumentiert beispielhaft, dass Geschehnisse außerhalb der industrialisierten Machtzentren bis heute kaum oder allenfalls verzerrt wahrgenommen werden. Das zeigt auch ein Blick in die Geschichtsschreibung. Über die Kolonialgeschichte der Pazifikregion wie über deren neokoloniale militärische Ausplunderung in der Nachkriegszeit findet sich kaum Literatur. Wie wenig Beachtung die BewohnerInnen der Pazifikregion finden, zeigte prototypisch ein Dokumentarfilm über »den Krieg im Pazifik«, den der prominenteste Fernsehhistoriker der Republik, Guido Knopp, im September 2004 im ZDF präsentierte. Darin kam tatsächlich nicht ein einziger Inselbewohner in Wort oder Bild vor. Nur japanische Kamikaze-Flieger und amerikanische Marine-Soldaten waren zu sehen und zwar, wie Knopp stolz betonte, erstmals »in Farbe«. Dazu hieß es im Off-Kommentar, dass die grausamsten Schlachten im Pazifik auf »unbewohnten Inseln« stattgefunden hätten. Tatsächlich lebten allein in Neuguinea zwei Millionen Menschen, als dort 1942 innerhalb weniger Wochen 1,8 Millionen japanische, US-amerikanische und australische Soldaten landeten und die Insel zu einem der Hauptschlachtfelder des Zweiten Weltkriegs machten.

Ähnlich verheerende Folgen hatte der Zweite Weltkrieg für die BewohnerInnen der Salomon-Insel, des Zentralpazifiks und Mikronesiens. In Palau kam ein Drittel der BewohnerInnen im Krieg ums Leben, auf Saipan stand danach nahezu kein Haus mehr und jeder Zwölftete Inselbewohner war umgekommen. Dem ZDF war all das noch sechs Jahrzehnte nach Kriegsende in einer 45-minütigen Dokumentation nicht einen einzigen Satz wert. Es ist diese Ignoranz gegenüber den BewohnerInnen der pazifischen Inseln, die sich heute in der Berichterstattung zur Atomkatastrophe in Japan fortsetzt.

*Die Ausblendung der Pazifikregion aus der publizistischen Wahrnehmung hierzulande steht in keinem Verhältnis zu deren militärischer Bedeutung.*

► Tatsächlich wurde keine Region in der Nachkriegszeit so massiv militärisch aufgerüstet wie Ozeanien. Das galt insbesondere in den 1980er Jahren. Damals verfolgten die USA unter Präsident Ronald Reagan eine Militärstrategie der so genannten »Vorwärtsverteidigung«. Danach wurde in einem Halbkreis von 10.000 Kilometern westlich des US-amerikanischen Festlands ein dichter Gürtel von Militärbasen aufgebaut: vom japanischen Okinawa über Südkorea, Taiwan, die Philippinen und Mikronesien bis nach Australien und Neuseeland. Ende der 1980er Jahre waren dort 360.000 Soldaten stationiert, und die größten US-Stützpunkte außerhalb der Vereinigten Staaten standen nicht in Europa, sondern mit der Subic Naval Base und der Clark Air Base in den Philippinen. Bis zu zwei Millionen US-Soldaten machten auf diesen beiden Stützpunkten jährlich Station. Bis in die 1990er Jahre führten die USA all ihre Kriege von dort: vom Vietnamkrieg über den Koreakrieg bis hin zum ersten Golfkrieg.

Zur militärischen Infrastruktur für die US-Kriegsführung zählten auch Stützpunkte auf den mikronesischen Inseln Guam und Yap, Überwachungsanlagen für U-Boote auf den nördlichen Marianen und Radarstationen für die US Luftwaffe auf Kwajalein, einem Atoll der Marshall Inseln im Nordpazifik. Schon 1960 hatten US-Militärs die BewohnerInnen des Atolls dazu gezwungen, auf die 13 Mal

kleinere Insel Ebeye umzusiedeln, um die Lagune von Kwajalein als Testgelände für Langstreckenraketen nutzen zu können. Diese werden in Kalifornien abgeschossen und sollen nach mehr als 7.000 Kilometern Flug dort im Nordpazifik landen. Tatsächlich sind Raketen auch schon auf bewohnten Inseln niedergegangen. Wie die USA, so testeten auch die Sowjetunion und China Interkontinentalraketen im Pazifik. Chinesische Raketen schlugen bereits nördlich der Fidschi-Inseln ein.

*Wie reagieren die BewohnerInnen des Pazifiks auf die atomare und militärische Ausplünderung ihrer Region?*

► Schon in den 1980er Jahren hieß es auf einem Protest-Plakat der pazifischen Kirchenkonferenz gegen die Verseuchung Ozeaniens durch Atommüll, Bombentests und Waffenslager: »Wenn alles so sicher ist, dann deponiert es in Tokio, testet es in Paris und lagert es in Washington, aber haltet den Pazifik atomfrei!« Seit 1975 trafen sich Initiativen aus ganz Ozeanien alle drei Jahre zur 'Nuclear Free and Independent Pacific Conference'. Dazu gehörten bewaffnete Befreiungsbewegungen, Anti-Atom- und Umweltinitiativen, Frauen- und Kirchengruppen sowie VertreterInnen ethnischer Minderheiten und indigener Bevölkerungen aus den Anrainerstaaten des Pazifiks.

Die Bewegung verfügte viele Jahre über ein Organisationsbüro auf den Fidschi-Inseln, das 'Pacific Concerns Resource Center'. Es ist im Wesentlichen dieser pazifikweiten Oppositionsbewegung zu verdanken, dass die Atombombentests in der Region Anfang der 1990er Jahre eingestellt werden mussten. Als der französische Präsident Jacques Chirac unmittelbar nach seiner Wahl im Juni 1995 eine Wiederaufnahme der Atombombentests in Moruroa ankündigte, eskalierten die politischen Auseinandersetzungen auf Tahiti, der Hauptinsel Französisch Polynesiens. Trotz massiver Einsätze französischer Polizisten und Militärs legten Streiks und Demonstrationen die Hauptstadt Papeete lahm, und der internationale Flughafen ging in Flammen auf. Erst danach erschienen die Bombentests auch Chirac politisch nicht länger durchsetzbar. Die Unabhängigkeit blieb den französischen Pazifikkolonien jedoch bis heute verwehrt.

*Meldet sich die damalige Protestbewegung angesichts der jetzigen Atomkatastrophe zu Wort?*

► Leider musste die Bewegung ihr Büro, das 'Pacific Concerns Resource Center', aufgrund mangelnder finanzieller Unterstützung vor einiger Zeit schließen, und auch die 'Nuclear Free and Independent Pacific Conference' hat schon seit einigen Jahren nicht mehr stattfinden können. So gibt es zu Fukushima nur Wortmeldungen von einzelnen Initiativen und Institutionen wie zum Beispiel der pazifischen Kirchenkonferenz. Diese kritiserte in einer Presseerklärung vom 21. April 2011, dass die Regierungen der südpazifischen Inselstaaten, die ihre Region 1985 zur »atomfreien Zone« erklärt haben, bislang keinerlei Stellungnahme zu der »drohenden weiträumigen Verseuchung des pazifischen Öko-Systems« durch die Atomkatastrophe in Japan abgegeben hätten. Immerhin hätte der Vorsitzende der Tokyo Electric Power Company auf einer Pressekonferenz erklärt, dass es noch neun Monate dauern werde, bis die Fukushima-Reaktoren unter Kontrolle seien. Und das bedeutet, dass »die Communities im Pazifik« bis mindestens Januar 2012 »unausweichlich durch das radioaktive Material gefährdet sind, das in Japan in den pazifischen Ozean gepumpt wird.« Die Regierungen der Inselstaaten sollten deshalb »die japanischen Botschafter« einbestellen und darauf drängen, dass die weitere radioaktive Verseuchung des pazifischen Ozeans sofort gestoppt werde.

## Anmerkung

1 Vgl. Eröffnungsrede zur Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« am 2. April 2011 in Göttingen. Nachzulesen unter: [www.3www2.de/images/stories/Goettingen/RoeEr.pdf](http://www.3www2.de/images/stories/Goettingen/RoeEr.pdf)

► Karl Rössel ist Journalist und konzipierte die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg.«

Interview: Rosa Lehmann. Transkription: Anne Ritter.

# Blinde Flecken auf der Leinwand

## Die Ausgrenzung der Dritten Welt in Filmen über den Zweiten Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg war im wahrsten Sinne des Wortes ein Welt-Krieg, der auf allen Kontinenten ausgetragen wurde. In ihm kämpften mehr Soldaten aus der Dritten Welt als aus Europa. Umso mehr irritiert, wie konsequent die Beteiligung von Menschen aus der Dritten Welt an diesem Krieg nicht nur in der Geschichtsschreibung, sondern auch in den Medien und im Kino ignoriert wird.

von Karl Rössel

► Die Zahl der Spielfilme über den Zweiten Weltkrieg ist unüberschaubar. Es gibt kein anderes historisches Ereignis, das sich so umfassend in der internationalen Kinematographie widergespiegelt. Und doch gibt es bislang kaum einen Spielfilm aus einer der kriegsführenden Nationen, in dem die Rolle der Kolonisierten angemessen dargestellt wäre. Meist dienen ehemalige Kolonien in Kriegsfilmen lediglich als exotische Kulisse für die Heldenataten weißer Soldaten, und »Einheimische« treten allenfalls als StatistInnen oder als gefügte Untertanen auf.

Der Schriftsteller Eduardo Galeano aus Uruguay beschreibt in seinem Buch »Das Jahrhundert des Sturms – Erinnerungen an das Feuer«, wie sich die von der US-Regierung während des Zweiten Weltkriegs ausgerufene »neue Partnerschaft« mit den lateinamerikanischen Ländern in Filmen aus Hollywood widerspiegeln: »Die Länder Lateinamerikas geben als ihren Beitrag billige Rohstoffe, billige Nahrungsmittel und den einen oder anderen Soldaten. Das Kino röhmt die gemeinsame Sache... Donald Duck bekommt einen brasilianischen Freund, den kleinen Papagei José Carioca.« In den Hollywoodfilmen der Kriegsjahre brachten die Helden »auf pazifischen Inseln oder europäischen Schlachtfeldern haufenweise Japaner und Deutsche um: Jeder Star hat an seiner Seite einen sympathischen, etwas tragen und einfältigen Latino, der den blonden Bruder aus dem Norden bewundert und ihm als Echo und Schatten dient, als treuer Knappe, lustiger Musikant, als Bote und als Koch.«

### Barmänner, nicht Partisanen

► Ein Beispiel für Filme dieser Art vor asiatischer Kulisse ist **Schnellboote von Bataan** von John Ford (1945), den öffentlich-rechtliche

Fernsehsender immer wieder rund um Jahrestage des Kriegsbeginns oder -endes ausstrahlen. Darin zeigen US-amerikanische Soldaten eines Schnellbootgeschwaders nach dem japanischen Angriff auf die Philippinen im Dezember 1941, »was in ihnen und ihren Boo-

richten über den Zweiten Weltkrieg teilweise bewusst ausgespart. Schließlich waren auch die Gesellschaften der alliierten Kriegsnationen durch und durch rassistisch. Das US-Verteidigungsministerium ließ 1944 eigens einen Propagandafilm mit dem Titel **The**



Kommt bei Guido Knopp nicht vor:  
Dorfbewohner Neuguineas schleppen Lasten von der Küste  
zu den alliierten Truppen in den Bergen

ten steckt«. In der Realität kämpften Hunderttausende philippinische Soldaten und Partisanen von 1942 bis 1944 alleine gegen die japanischen Invasoren, da die Truppen ihrer US-amerikanischen Kolonialherren das Land schon nach den ersten japanischen Angriffen fluchtartig verlassen hatten. Als die alliierten Truppen nach fast drei Jahren auf die philippinischen Inseln zurückkehrten, waren die meisten Provinzen des Landes von antijapanischen Guerillas bereits befreit. Mehr als eine Million Filipinos und Filipinas bezahlten ihren Widerstand gegen die japanischen Besatzer mit dem Leben, allein auf der Halbinsel Bataan waren es Zehntausende. In dem Film von John Ford gibt es jedoch weder philippinische Soldaten noch Partisanen. Filipinos treten darin nur als Barmänner und Messdiener auf.

Bilder von Kolonialsoldaten blieben auch in Kriegsreportagen und Wochenschauben-

**Negro Soldier** produzierten, um in der von Rassentrennung geprägten US-amerikanischen Gesellschaft Verständnis für die Einsätze afroamerikanischer Soldaten in den Streitkräften zu wecken. Insgesamt kämpften etwa 1,2 Millionen schwarze US-Soldaten im Zweiten Weltkrieg, aber in den Spielfilmen über diesen Krieg sind sie meist ebenso wenig zu sehen wie die Bevölkerungen der Kolonien, in denen er ausgetragen wurde.

An dieser Ausblendung hat sich bis in die jüngste Vergangenheit wenig geändert, wie der US-amerikanische Kriegsfilm **Der Schmale Grat** von Terrence Malick demonstriert, der 1999 bei der Berlinale mit der höchsten Auszeichnung bedacht wurde, dem Goldenen Bären. Der Film spielt auf den Salomon-Inseln, die 1942 eines der Haupt Schlachtfelder des Zweiten Weltkriegs im Südpazifik waren. Dort rekrutierten japani-

sche wie alliierte Militärs Tausende Insulaner, nicht selten mit Zwang: als Frontsoldaten, Kundschafter, Küstenwächter, Spione, Führer, Funker, Sanitäter, Träger, Fahrer, Fischer und als Hilfsarbeiter beim Bau von Flugpisten, Straßen, Hafenanlagen, Bunkern und Kasernen. Einheimische Frauen dienten den fremden Soldaten als Köchinnen, Wäscherinnen und Prostituierte.

In dem fast dreistündigen Berlinale-Gewinnerfilm taucht nur in einer Szene ein einzelner Insulaner im Lendenschurz auf, der scheinbar unbeteiligt an einer US-amerikanischen Einheit vorbei schlendert, und es gibt eine kurze Sequenz über ein Dorf unter Pal-

auf der kleinen Insel Tulagi 1945 völlig ausgebombt war, musste auf Kriegstrümmern unweit des Flughafens eine neue Hauptstadt aus dem Boden gestampft werden: Honiara. Der Weg vom Flughafen dorthin ist noch heute mit verfallenen Baracken und Bunkern, Geschützen und Bombenkratern, Flugzeugwracks und verrotteten Panzerresten gesäumt. An den Stränden der Insel rosten Wracks von Kriegsschiffen und Landebooten vor sich hin. Die Hügel westlich von Honiara heißen seit dem Krieg selbst auf Landkarten »Bloody Ridge« (»Blutiger Grat«), weil dort erbitterte Schlachten stattfanden. Und die Meerenge vor der Hauptstadt wird »Iron Bot-

auf Guadalcanal teilgenommen hat und es somit besser wissen müsste.

### Mythos vom River Kwai

► Dass in Filmen wie **Höllenhunde des Pazifik** mit Ronald Reagan in der Hauptrolle und **Der Seemann und die Nonne** von John Huston, der »1944 irgendwo im Südpazifik« spielen soll, die BewohnerInnen der Region keine Rolle spielen, verwundert nicht. Denn diese 1957 realisierten, klischeebeladenen Streifen stammen aus einer Zeit, als die Befreiung von kolonialer Herrschaft in vielen Teilen der Welt noch ausstand. (In Hustons



Nach der Befreiung der Insel Tarawa von japanischer Besetzung überreichen Frauen und Kinder den alliierten Truppen einen Bastteppich mit der Inschrift: »Unser Beitrag zum Krieg«. – Im Spielfilm von Clint Eastwood gibt es nur US-amerikanische und japanische Kriegsteilnehmer



Fotos: Archiv Rössel / iz3w-Archiv

men, in dem der US-amerikanische Protagonist des Films Ruhe vom Kriegsgeschehen und eine Freundin unter den einheimischen Mädchen sucht. Die idyllischen Bilder aus dem Dorf vermitteln den Eindruck, als seien die InselbewohnerInnen vom Krieg verschont geblieben und hätten weit weg vom Kampfgeschehen gelebt.

De facto waren die Salomon-Inseln bei Kriegsende jedoch so zerstört, dass die Folgen noch sechs Jahrzehnte später unübersehbar sind. Wer die Hauptinsel Guadalcanal heute besucht, landet auf dem Henderson Air Field, einem Flughafen, der im Krieg gebaut und nach einem dort gefallenen US-Offizier benannt wurde. Da der Sitz der britischen Kolonialverwaltung

tom Sound« genannt, »Sund mit eisernem Boden«, da hier 48 japanische und US-amerikanische Kriegsschiffe auf dem Grund des Pazifiks verrotten.

38.000 japanische Soldaten und mehr als 7.000 US-amerikanische kamen bei den

Kämpfen auf den Salomonen ums Leben. Wie viele BewohnerInnen der Inseln starben, ist nicht bekannt, denn ihre Opfer wurden – wie in den meisten Kolonien – nicht gezählt. Es müssen Tausende gewesen sein. Aber in einem Spielfilm wie »Der Schmale Grat« wird ihr Einsatz nicht einmal erwähnt, obwohl das Drehbuch auf dem Roman eines Soldaten namens James Jones beruht, der selbst an den Schlachten

Film ergreifen »die Eingeborenen« schon bei den ersten Anzeichen japanischer Angriffe panikartig die Flucht von einem fiktiven Atoll, so dass nur ein unerschrockener US-amerikanischer Seemann und eine weiße Nonne dort zurückbleiben.)

Aus demselben Jahr stammt auch der Spielfilm **Die Brücke am Kwai**, der 1957 drei Oscars gewann und dessen Musik, der River Kwai-March, zum Evergreen wurde. Der Film erzählt vom Bau der Thailand-Burma-Bahn, einem der größten Bauprojekte der japanischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg. Die Bahnlinie sollte die thailändische Hauptstadt Bangkok mit dem burmesischen Rangun verbinden. Zwangsarbeiter mussten dafür 1942/43 über 415 Kilometer Schienen durch hohe Berge und unzugängliche Dschungel verlegen. Denn die geplante Eroberung Indiens ließ sich nur bewerkstelligen, wenn

»Jeder Star hat an seiner Seite einen sympathischen, etwas tragen und einfältigen Latino«

Weiß, männlich, gewalttätig:  
John Wayne und Robert Montgomery in  
»Schnellboote vor Bataan«

große japanische Truppenkontingente mit samt schwerem Gerät rasch an die Front nach Burma geschafft werden konnten. Tatsächlich rollten schon ab Oktober 1943 täglich 3.000 Tonnen Waffen und Nachschub über diese Bahnstrecke.

Die Strecke führt allerdings gar nicht über den River Kwai, wie die Filmhandlung vorgibt. »Aber viele einflussreiche Leute aus der Tourismusbranche haben den Mythos aufrechterhalten«, erzählt Hugh Cope, Geschäftsführer des »Thailand-Burma-Eisenbahnzentrums« in Kanchanaburi. Damals lag hier die japanische Kommandozentrale für die Bauarbeiten, am Zusammenfluss des kleinen und großen Kwaes, der in seinem weiteren Verlauf Mae Khlong heißt. Ausländische Besucher ließen sich von der »Brücke über den River Kwai« bis heute »magisch anziehen«, erklärt Cope, »und thailändische Geschäftsleute profitieren von dieser Neugier«, weshalb der Drehort des Films bis heute weitaus bekannter ist als der reale historische Schauplatz.

Das Drehbuch des Spielfilms beruht auf einer Erzählung des Franzosen Pierre Boulle, der selbst Kriegsgefangener war. Er beschreibt, dass die Japaner die Bahnarbeiter wie Sklaven behandelten. Allerdings sind in dem Film fast ausschließlich alliierte Kriegsgefangene zu sehen. Tatsächlich setzten die Japaner auch etwa 62.000 niederländische, australische, britische und US-amerikanische Gefangene als Zwangsarbeiter ein, etwa 12.000 von ihnen überlebten die Torturen nicht. Doch an der Strecke arbeiteten dreimal so viele Asiaten, rund 200.000 Mann, und von ihnen kam fast die Hälfte um.

Videoaufnahmen und Dokumente im Museum von Kanchanaburi zeigen, dass die Japaner sie wie Vieh in Eisenbahnwaggons aus den besetzten Ländern Südostasiens herantransportierten. Sie pferchten sie in Bamboohütten, deren Böden sich in der Regenzeit in glitschigen Morast verwandelten. Koreanische Vorarbeiter trieben sie erbarmungslos an, und Krankheiten wie Malaria und Cholera rafften täglich Hunderte dahin. In der Umgebung von Kanchanaburi gibt es mehrere Friedhöfe, auf denen die Opfer der »Todesbahn« begraben sind. Die Gräber der alliierten Kriegsgefangenen werden im Auftrag der britischen »Commonwealth War Graves Commission« gepflegt, und auf den meisten Grabsteinen sind die Namen der Toten eingraviert. An die fast 100.000 asiatischen Opfer dagegen erinnern nur einige namenlose Gräber und Gedenksteine mit der

Inschrift »Ihre Namen kennt nur Gott allein«. Bevor die Japaner im Zweiten Weltkrieg kapitulierten, vernichteten sie in Burma und Thailand sämtliche Akten über die asiatischen Zwangsarbeiter. Das kleine private Museum in Kanchanaburi bemüht sich darum, die Erinnerung an sie wach zu halten, während der weltweit gezeigte Spielfilm über den Eisenbahnbau mit dazu beiträgt, sie zu verschütten.

### Komplett ignorierte Zwangsumsiedlung

► Selbst bei anspruchsvollen Projekten wie *Flags of our fathers* und *Letters of Iwo Jima* von Clint Eastwood aus dem Jahre 2006 setzt sich die Ausblendung der Kolonisierten in westlichen Filmproduktionen über den Zweiten Weltkrieg nahezu unverändert fort. In diesen beiden Spielfilmen wird die Geschichte des Kampfes um die nordpazifische Insel Iwo Jima im Jahr 1944 aus verschiedenen Perspektiven erzählt: im ersten Film aus Sicht US-amerikanischer Soldaten, im zweiten aus der ihrer japanischen Gegner. Dies ermöglicht eine faszinierende Gegenüberstellung, die sich – positiv betrachtet – als eindrucksvolles Plädoyer gegen den Krieg interpretieren lässt. Über die Figur von Ira Hayes erinnert Eastwood im ersten Film auch an den vergessenen Einsatz der

etwa 25.000 Native Americans im Zweiten Weltkrieg. Der Film zeigt, dass Hayes nach der Eroberung von Iwo Jima zwar die US-Flagge auf einer Bergkuppe der Insel hissen durfte, aber nach seiner Heimkehr in die Vereinigten Staaten als Native American weiterhin diskriminiert wurde und in US-amerikanischen Kneipen kein Bier trinken durfte. Er starb schließlich verarmt und vergessen in einem Straßengraben.

Die BewohnerInnen der nordpazifischen Inseln jedoch, auf denen die beiden Filme spielen, werden auch von Clint Eastwood komplett ignoriert. Zwar setzt er den Aufmarsch der US-Marine mit Dutzenden Kriegsschiffen von der Insel Tarawa im Zentralpazifik, die bis 1944 von japanischen Truppen besetzt war, eindrucksvoll ins Bild. Aber er verschweigt, dass BewohnerInnen der Insel ihr Leben unter der japanischen Besatzung riskierten, um die alliierten Militärs über geheime Funkstationen vor japanischen

Kriegsschiffen und anrückenden Bombengeschwadern zu warnen. Nur dank dieser Informationen konnten alliierte Truppen auf der Nachbarinsel Funafuti eine Flugpiste bauen, was die Bombardierung der japanischen Stellungen auf Tarawa ermöglichte. Dafür wurden die 4.000 BewohnerInnen der Insel auf ein kleines Eiland zwangsumgesiedelt und 2.000 einheimische Männer für ein Arbeitsbataillon rekrutiert, das Zehntausende Kokospalmen fällen musste, um Platz für die Startbahn zu schaffen. Die InselbewohnerInnen verloren damit ihre Lebensgrundlage und leiden darunter bis heute. In den beiden Filmen von Clint Eastwood, die zusammen mehr als fünf Stunden dauern, ist von alledem nichts zu sehen.

### Ausgeblendete Kriegsjahre

► Unverhohlener noch als die genannten Spielfilmregisseure stellt der bekannteste deutsche Fernsehhistoriker, Guido Knopp, den Kriegsverlauf im Pazifik auf den Kopf. In der von ihm betreuten Reihe ZDF-History präsentierte Knopp am 4. September 2004 eine Dokumentation mit dem Titel »Von Hawaii nach Iwo Jima – Der Krieg im Pazifik«. Darin wurde behauptet, die meisten der im Zweiten Weltkrieg umkämpften pazifischen Inseln seien »unbewohnt« gewesen. Folglich kam in der 45-minütigen Sendung auch kein/e einzige/r InsulanerIn zu Wort. Dabei lebten allein in Neuguinea zwei Millionen EinwohnerInnen, als 1942 japanische und alliierte Soldaten auf der Insel einmarschierten. Um ihren Krieg in den unwegsamen Bergen Neuguineas austragen zu können, rekrutierten Japaner wie Alliierte dort jeweils 50.000 einheimische Träger, Hilfsarbeiter und Soldaten.

Den ZDF-HistorikerInnen war deren Schicksal kein Wort und kein Bild wert, ebenso wenig wie das von Hunderttausenden weiterer BewohnerInnen der pazifischen Inseln, auf denen der Krieg ausgetragen wurde. Die ZDF-AutorInnen übersprangen einfach die entscheidenden Jahre des Pazifikkrieges 1942 und 1943 und gingen vom japanischen Angriff auf die US-Flotte in Pearl Harbor Ende 1941 (auf der dicht bewohnten Insel O'ahu in Hawaii gelegen) direkt zum Kampf um das tatsächlich von ZivilistInnen geräumte Felseiland Iwo Jima in der Schlussphase des Krieges 1944/45 über.

Dabei hätte schon ein Blick ins Internet den ZDF-HistorikerInnen gezeigt, welche gravierenden Folgen der Zweite Weltkrieg in den Jahren zwischen diesen beiden Ereignissen für die BewohnerInnen des Pazifiks hatte – vom Süd- über den Zentralpazifik bis nach Mikronesien. Auf der dortigen Inselgruppe Palau kam im Krieg ein Drittel der Bevölkerung um, auf Guam stand nach der »Befrei-



Kriegserfahrungen von Kolonialisierten sind in Fernseh-Dokus nicht der Rede wert

ung« nahezu kein Haus mehr. Die Folgen des Krieges für die BewohnerInnen der pazifischen Inseln sind detailliert erforscht und dokumentiert worden – etwa von HistorikerInnen der Universität des Südpazifiks in Hawaii. Und es gibt ausgezeichnetes Filmmaterial darüber, wie etwa die preisgekrönte australische Dokumentation *Angels of war* aus dem Jahr 1982. Der Film wurde damals auch im Forum der Berliner Filmfestspiele vorgestellt. ZeitzeugInnen aus Neuguinea schildern darin die verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs für die BewohnerInnen der Insel.

### Neuaufage der »schwarzen Schmach«

► Dass Kriegserfahrungen von Kolonisierten in hiesigen Fernseh-Dokumentationen bis heute nicht der Rede wert sind, zeigte unlängst eine Produktion des Hessischen Rundfunks. Die Dokumentation **1945 – Als die Franzosen Deutschland besetzten** von Christine Rütten, die im Mai 2011 gleich dreimal in arte ausgestrahlt wurde, kommt zwar nicht umhin zu erwähnen, dass zu den fran-

zösischen Truppen, die Süddeutschland besetzten, auch afrikanische Kolonialsoldaten gehörten. Es sind sogar Bilder von nordafrikanischen Truppen zu sehen. Doch als InterviewpartnerInnen tauchen auch in diesem Film ausschließlich weiße französische und deutsche ZeitzeugInnen auf. Deutsche Frauen schildern rückblickend ihre »Angst« vor den einrückenden »schwarzen« Soldaten, und der Off-Kommentar liefert mit Verweisen auf »Übergriffe« und »Vergewaltigungen« durch marokkanische Soldaten die Begründung dafür. Erst am Bodensee hätten die französischen Kommandanten ihre Kolonialtruppen »im Griff« gehabt, heißt es da zum Beispiel. Kein marokkanischer Zeitzeuge und auch keiner der französischen Offiziere, die Kolonialtruppen befehligt haben, werden zum Realitätsgehalt dieser einseitigen Berichte über Kriegsverbrechen von Afrikanern befragt, und afrikanische Historiker schon gar nicht.

Dabei wäre zum Beispiel in Belkacem Rechams Studie »Les musulmans algériens dans l'armée française« nachzulesen gewesen, dass Gewalt gegen Frauen auch in Süd-

deutschland keineswegs nur oder überproportional von Afrikanern ausgeübt wurde, sondern auch von französischen und russischen Soldaten. Ihnen hatten deutsche Soldaten in den von der Wehrmacht besetzten Ländern jahrelang vorexerziert, wie man die Zivilbevölkerung terrorisiert. Von der HR-Dokumentation hingegen bleibt der Eindruck zurück, dass (Süd-)Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg einmal mehr von einer »schwarzen Schmach« heimgesucht worden sei, so wie es Geschichtsrevisionisten schon nach dem Ersten Weltkrieg verbreitet hatten.

Damit auch Erfahrungen von Kolonialsoldaten aus dem Zweiten Weltkrieg endlich in (Spiel-)Filmen zum Sujet wurden, mussten Kriegsteilnehmer aus der Dritten Welt schon selbst Kameras zur Hand nehmen.

*Dazu mehr in der nächsten Ausgabe der iz3w.*

---

► **Karl Rössel** arbeitet beim Rheinischen JournalistInnenbüro und bei Recherche International e.V. Er ist Koautor des Standardwerks »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«.

## Wie die Nazis aus »Casablanca« verschwanden

► Der Spielfilm »Casablanca« (USA 1942) zeigt die marokkanische Hafenstadt zur Zeit des Zweiten Weltkriegs als Treffpunkt von Verfolgten, Abenteurern, Widerstandskämpfern, Faschisten und Mitläufern. Er erzählt die Geschichte zweier Liebender, die durch den deutschen Einmarsch in Paris voneinander getrennt wurden. Rick (Humphrey Bogart) betreibt danach in Casablanca eine Bar, bis seine Geliebte Lisa (Ingrid Bergmann) in die Stadt kommt, um ihren Mann, den Widerstandskämpfer Victor Laszlo, vor den Nazis in Sicherheit zu bringen. In dem Film verdeutlicht der deutsche Major Strasser den Einfluss des NS-Regimes auf die französischen Kolonien zur Zeit des Kollaborationsregimes von Vichy, das auch Arbeitslager für Oppositionelle in Nordafrika betrieb. So mussten zum Beispiel Häftlinge aus Lagern im Südosten Marokkos Schienen durch Wüstengebiete verlegen, weil die Vichy-Behörden eine Eisenbahn durch die Sahara bis an den Niger bauen wollten, um Rohstoffe für den Krieg der Achsenmächte heranzuschaffen.

Den Widerstand repräsentieren in dem Film Franzosen, die sich in Ricks Café treffen und Nazigesänge von deutschen Militärs mit der Marseillaise übertönen. Der französische Ortskommandant, Captain Renault, ist korrupt und nutzt die Not politisch Verfolgter aus, die in Casablanca stranden, und denen nur er Papiere besorgen kann. Aber er ist kein Freund des Vichy-Regimes und deckt deshalb

in der dramatischen Schlusszene Rick, als der am Flughafen der Stadt den Nazimajor Strasser erschießt, um Laszlo und Lisa zur Flucht zu verhelfen. Dieser Beginn »einer wunderbaren Freundschaft« zwischen Renault und Rick gehört zu den bekanntesten Szenen der Filmgeschichte. Renault wirft demonstrativ eine Mineralwasserflasche aus Vichy in den Müllheimer des Flughafens und rät seinem neu gewonnenen Freund Rick, eine Weile ins zentralafrikanische Brazzaville zu reisen, bis sich – nach dem Tod General Strassers – die Lage wieder beruhigt habe. Brazzaville ist damals die Hauptstadt Französisch-Äquatorialafrikas und die einzige Kolonie, die De Gaulles Aufruf zum Widerstand gegen Nazideutschland und Vichy gefolgt ist. Hier verfügen seine – überwiegend aus Afrikanern bestehenden – Truppen des Freien Frankreichs über ihren ersten Stützpunkt, und hier sind auch Verfolgte der Nazis seit 1942 in Sicherheit.

AfrikanerInnen kommen auch in diesem in Hollywood produzierten Film allenfalls als Statisten vor. Immerhin tauchen darin Verweise auf die Einbeziehung Afrikas in den Zweiten Weltkrieg auf – wenn auch nur am Rande. So wird der Widerstandskämpfer Laszlo verdächtigt, Waffen für die äthiopischen Partisanen geschmuggelt zu haben,

die seit 1935 in Ostafrika gegen die italienischen Invasionstruppen kämpfen. General Strasser steht stellvertretend für die deutschen Offiziere und Gestapo-Funktionäre, die seit dem Waffenstillstand zwischen Marshall Pétain und Hitler im Juni 1940 darüber wachten, dass die von der Vichy-Regierung zugesagten Rohstofflieferungen für die deutsche Rüstungsindustrie aus den französischen Kolonien geliefert und politische Oppositionelle vor Ort verfolgt wurden.

Der antifaschistische

Gehalt des Films wurde

in eine unpolitische

Agentenstory verfälscht

Im westdeutschen Nachkriegsdeutschland war jedoch selbst das schon zu viel der Erinnerungen an die faschistische Vergangenheit und die kolonialen Begierden der Nazis in Afrika. Bis 1970 lief »Casablanca« in der BRD nur in einer censierten Fassung in den Kinos, aus der alle Verweise auf die Nazis und das Vichy-Regime heraus geschnitten worden waren. Den Widerstandskämpfer Lazlo hatten die deutschen Zensoren bei der Synchronisation in einen norwegischen Atomphysiker verwandelt. Der antifaschistische Gehalt des Films wurde so in eine unpolitische Agentenstory verfälscht, womit auch die zaghafte Anspielungen auf die Folgen des Zweiten Weltkriegs für Afrika einmal mehr von den hiesigen Kinoleinwänden verbannt waren.



Foto: Filmstill aus »Indigènes«

Die Einsätze von Millionen Soldaten, ZwangsarbeiterInnen und Zwangsprostituierten aus der Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg blieben in Spielfilmen aus den kriegsführenden Nationen durchweg ausgeblendet (siehe iz3w 326). Ehemalige Kolonialsoldaten – wie Ousmane Sembène aus dem Senegal –

mussten schon selbst Filmkameras zur Hand nehmen, um an ihre Beteiligung an der Befreiung der Welt vom deutschen Naziterror, dem italienischen Faschismus und dem japanischen Großmachtwahn zu erinnern.

In seiner fortlaufenden Reihe über Filme zur Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg würdigt unser

Autor Karl Rössel nicht nur den antifaschistischen Kampf vieler AfrikanerInnen, sondern auch dessen cineastische Darstellung. In der nächsten Ausgabe der iz3w berichtet Rössel von Dokumentarfilmen aus Afrika über den Zweiten Weltkrieg.

die redaktion

## Kolonialsoldaten hinter der Kamera

### Der Zweite Weltkrieg in Spielfilmen aus Afrika

von Karl Rössel

► »Der Filmregisseur besitzt ein Werkzeug, das sich seinen Wünschen anpasst: Aufnahme, Gegenschuss, Fahraufnahme, die Dauer einer Einstellung, die ausdrucksvolle Stille des Horizonts... Die Großaufnahme eines Gesichts ist der grenzenlose Horizont einer Seele und veränderlich wie das Meer. Und die Augen, der Blick sind eine offene Tür. Flüchtiges Sichtbarwerden ist wie ein heimliches Beobachten, und dieses Ausdrucksmittel, das nur dem Filmregisseur zu eigen ist, verleiht ihm einen sicheren Vorteil gegenüber dem schreibenden Autor.«

So beschrieb der Senegalese Ousmane Sembène die Unterschiede zwischen der Schriftstellerei und dem Filmemachen. Er

muss es wissen. Schließlich hat er es als Autodidakt in beiden Kunstformen zu großer Meisterschaft gebracht. Anders als viele seiner afrikanischen SchriftstellerkollegInnen hat Sembène nie eine europäische Hochschule besucht. Seine Schulausbildung endete schon mit 14 Jahren, als er in seiner Heimat, der Provinz Casamance, einen französischen Lehrer ohrfeigte, der rassistische Sprüche von sich gab, und deshalb von der Schule verwiesen wurde.

Sembène lernte Europa als Kriegsschauplatz kennen, als er 1942 im Alter von 19 Jahren in die französische Kolonialarmee eingehen-

zogen wurde. Er kämpfte an Fronten in Italien und Deutschland gegen die Nationalsozialisten und gehörte 1945 zu den Befreien von Baden-Baden.

Rückblickend schrieb Sembène später, dass die Kriegserfahrungen nicht nur für ihn, sondern für viele schwarze Soldaten den kolonialen Mythos von der angeblichen Überlegenheit der EuropäerInnen nachhaltig zerstört hätten: »Im Krieg haben wir diejenigen, die uns gestern noch kolonisiert hatten, nackt gesehen. Wir haben Seite an Seite mit ihnen gekämpft, Hunger und Durst gemeinsam erlitten und

über denselben Schmerz geweint. Danach war klar: es gibt eigentlich keinerlei Unterschiede zwischen uns. Und trotzdem wurden wir von ihnen ebenso unterdrückt, wie andere von den Nazis. Was uns verbittert hat, war, dass (die Franzosen) sich eher mit deutschen Soldaten anfreundeten, als mit uns, ihren schwarzen Kameraden. Diese Erfahrungen haben vieles verändert.«

## Abendschule für kleine Leute

► Als der Krieg endete, war Sembène laut eigener Aussage »fast noch ein Analphabet«. 1948 kehrte er als blinder Passagier auf einem Schiff nach Europa zurück, arbeitete zunächst als Mechaniker in einer Autofabrik in Paris und dann fast ein Jahrzehnt lang als Docker im Hafen von Marseille. Hier brachte er sich das Lesen und Schreiben weitgehend selbst bei. Seine Schulen waren die Organisationen der französischen Arbeiterbewegung, seine Lehrer die Kader der Kommunistischen Partei, und sein Studium absolvierte er in der Bibliothek der Gewerkschaft CGT. Auch dort stieß ihm allerdings negativ auf, dass die meisten Bücher über Afrika von EuropäerInnen verfasst waren und seinen Kontinent aus einer verzerrten Perspektive darstellen. Aus Verärgerung darüber griff er schließlich selbst zur Feder und legte 1956 seinen ersten Roman vor: »Le Docker noir«. Darin beschrieb er das Leben eines senegalesischen Hafenarbeits in Marseille, der sich nebenbei als Schriftsteller versucht. Die autobiographischen Bezüge waren offenkundig. Romane über den Senegal folgten.

Als erklärter Marxist plädierte Sembène nach der Unabhängigkeit seines Landes im Jahr 1960 für eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, für einen »afrikanischen Sozialismus«, der sich allerdings nur mit der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen ließe. Diese vermochte Sembène jedoch mit seinen sozialkritischen Romanen kaum zu erreichen, weil zwei von drei Senegaleßen nicht lesen konnten. Deshalb besuchte er 1961/62 die Filmhochschule »Maxim Gorki« in Moskau. Denn im Kino sah er die »die große Abendschule« der einfachen Leute.

Mit seinen drei ersten Spielfilmen **Borom Sarret** (über einen armen Kutscher in Dakar), **La Noire de...** (über ein afrikanisches Dienstmädchen in Frankreich) und **Mandabi** (über korrupte senegalesische Bürokraten) feierte Sembène internationale Erfolge: »Ich (war) sehr glücklich und stolz auf mich, wie ein junger Mann nach dem ersten Rendezvous mit einer Geliebten. Ich reiste durch die ganze Welt. Und wie ein Clown glaubte ich, alles sei gut. Als ich dann in den Senegal zurückkehrte, habe ich meine Filme auch auf dem Land gezeigt. Dort wurde ich von einem jungen Bauern mit der Frage konfrontiert: ‚Für wen machen Sie eigentlich ihre Filme?‘ Ich antwortete: ‚Für Sie!‘ Da sagte er: ‚Wir sprechen

aber kein französisch, all ihre Darsteller in den Filmen sprechen jedoch französisch, ob sie nun Dienstmädchen oder Bauern spielen.‘ Ich wusste sofort: Er hatte Recht. Ich hatte bis dahin Jahrmarktkino gemacht, und musste nun von diesem jungen Bauern lernen, dass ein Künstler, der sich nicht auf sein Publikum bezieht, auch nicht ausdrücken vermag, was dieses bewegt. Seitdem wird in all meinen Filmen afrikanisch gesprochen.«

Dazu gehörte 1971 mit **Emitaï** auch der erste Spielfilm über den Zweiten Weltkrieg aus afrikanischer Perspektive. Sembène drehte ihn in den senegalesischen Landessprachen Wolof und Dioula. Er zeigt, dass dieser Welt-Krieg selbst für ein abgelegenes Dorf in der südsenegalischen Casamance noch dramatische Folgen hatte: Erst rekrutiert die Kolonialverwaltung dort junge Männer gewaltsam für Fronteinsätze in Europa, dann fordert sie einen Teil der Reisernte zur Versorgung der französischen Truppen. Als die DorfbewohnerInnen sich weigern, diesen Befehl zu befolgen, taucht ein Trupp afrikanischer Kolonialsoldaten unter dem Kommando französischer Offiziere auf. Die Soldaten erschießen jede/n, der/die Widerstand leistet und verweigern dem ermordeten Dorfältesten ein angemessenes Begräbnis. Sie nehmen die Frauen, die traditionell für die Ernte zuständig sind, gefangen und lassen sie auf dem Dorfplatz in sengender Sonne hungern und dursten, um sie zur Herausgabe des versteckten Reis' zu zwingen. An der Brutalität, mit der die französische Verwaltung Kriegsabgaben eintreibt, ändert sich auch nichts, als die Kolonialbeamten der Kollaborations-Regierung von Vichy in Westafrika 1942/43 durch Anhänger des Freien Frankreich abgelöst werden. Die französischen Befehlshaber vor Ort bleiben dieselben. Sembène illustriert dies in einer Schlüsselszene des Films, in der Soldaten auf dem Dorfplatz das Portrait von Marschall Philipp Pétain durch ein Plakat von Charles De Gaulle ersetzen, während ansonsten alles beim (schlechten) Alten bleibt.

## Massaker des Freien Frankreich

► Mit **Camp de Thiaroye** realisierte Sembène 1989 einen weiteren Spielfilm, in dem er Erfahrungen verarbeitete, die er als Kolonialsoldat der französischen Truppen gesammelt hatte. Der Film beginnt im November 1944 mit der Landung von etwa 1.300 Kolonialsoldaten im Hafen von Dakar, von denen viele seit der französischen Kapitulation im Juni 1940 in deutscher Kriegsgefangenschaft gewesen waren. Zurück im Senegal empfängt sie ein französischer Offizier mit den pathetischen Worten: »Tapfere Tirailleurs! Eurem Mut und Eurer Hingabe ist es zu verdanken, dass unser geliebtes Land, unser geschunde-

nes, blutendes und ausgelaugtes Frankreich, aus seiner Asche wieder aufersteht. Der Opferbereitschaft all seiner Kinder, seien sie nun weiß oder schwarz, ist es zu verdanken, dass Frankreich als Nation bestehen bleibt.«

Nach dieser Ansprache werden die Soldaten ins Camp de Thiaroye eingewiesen, eine Kaserne am Stadtrand von Dakar. Dort warten sie nicht nur auf ihre Heimreise in Länder wie Mali, Niger, Obervolta und die Elfenbeinküste, die damals alle zur Kolonie »Französisch Westafrika« gehören, sondern sie for-



Ousmane Sembène

Foto: iz3w-Archiv

dern auch die Auszahlung ihres restlichen Solds sowie der Entlassungsprämien und Entschädigungen für ihre Haftzeiten in deutschen Lagern, die ihnen in Europa versprochen worden waren.

Doch die französischen Kolonialoffiziere in Dakar, viele von ihnen ehemalige Sympathisanten des Vichy-Regimes, wollen davon nichts wissen. Die Tirailleurs nehmen deshalb einen französischen General gefangen, um mit ihm zu verhandeln. Dieser gibt ihnen sein »Ehrenwort als Offizier«, höchstpersönlich in Dakar dafür zu sorgen, dass sie erhielten, was ihnen zustehe. Daraufhin lassen die meuterten Soldaten den General frei und feiern ihren Erfolg. Noch in derselben Nacht umstellen französische Panzer das Lager und eröffnen schließlich um fünf Uhr morgens das Feuer. Als die Tirailleurs, vom Lärm der Geschosse aufgeschreckt, schlaftrunken aus ihren Baracken taumeln, werden sie mit Maschinengewehren niedergemetzelt. Bei Sonnenaufgang ist der Kasernenhof von Leichen übersät. Die Überlebenden verscharrten die Toten notdürftig in der Erde.

Sembène verwies auf die realen Ereignisse, auf denen sein Film beruht, indem er die dramatischen Bilder vom Massaker an den Kolonialsoldaten in Thiaroye mit den historisch überlieferten Daten und Uhrzeiten aus der Nacht vom 31. November auf den 1. Dezember 1944 untertitelte. Nach offiziellen Angaben des französischen Militärs wurden bei dem Massaker zwei Dutzend Tirailleurs getötet und 34 verletzt. Nach westafrikanische

schen Schätzungen sollen es eher 300 gewesen sein.

Als wir 1999 im Rahmen von Recherchen für das Projekt »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« Sembène in seinem Büro in Dakar besuchten, empfahl er uns, den Friedhof zu besuchen, auf dem die Ermordeten von Thiaroye 1944 verscharrt wurden. Der senegalesische Dokumentarfilmer Malick Ndiaye führte uns dorthin. An einer vierstrigigen Ausfallstraße der senegalesischen Hauptstadt zeigte er uns erst das Camp de Thiaroye, das noch immer als Militärkaserne genutzt wurde. Dann führte er uns über einen verborgenen Fußweg zwischen Hütten, Holzverschlägen und Geestrüpp zu einem großen stählernen Tor. Es war in eine hohe Mauer eingelassen und nicht verschlossen. Dahinter verbarg sich ein Feld mit verwahrlosten Gräbern. Ndiaye erklärte: »Hunderte Familienväter, die für Frankreich in den Krieg gezogen sind, liegen hier begraben. Es ist furchtbar. Nicht einmal eine Gedenktafel erinnert an sie. Kein Hinweisschild und keine Namen auf den Gräbern. Nichts. Die Toten sollten aus dem Gedächtnis der Menschen einfach ausgelöscht werden. Aber die Leute haben sie nicht vergessen.« Dies ist nicht zuletzt dem weit über Westafrika hinaus bekannt gewordenen Spielfilm von Ousmane Sembène zu verdanken.

Um die Diskriminierung afrikanischer Kolonialsoldaten in der französischen Armee geht es auch in dem Spielfilm *Tasuma, Le feu* (2004) aus Burkina Faso. Regisseur Sanou Kollo Daniel hat den Zweiten Weltkrieg zwar nicht mehr selbst miterlebt. Aber sein Vater war Kolonialsoldat und Sanou Kollo hat dessen Kriegserinnerungen sowie die anderer Veteranen aus Burkina Faso 2006 auch in einem Dokumentarfilm festgehalten (*Droit de Mémoire*, Ko-Regisseur: Pierre Ernest Rouamba).

Sein Spielfilm spielt in einem Bergdorf in Burkina Faso und erzählt auf humorvolle Weise von einem ehemaligen Kolonialsoldat, der unter französischem Kommando an Kriegsfronten in Indochina und Algerien gekämpft hat, aber seit Jahren vergeblich auf seine Pension wartet. Er greift schließlich zu einer drastischen Maßnahme, um sie zu erhalten. Er radelt in die Stadt und zwingt die Bürokraten in den Amtsstuben mit angelegtem Gewehr, seine Forderungen zu erfüllen.

## Ein Film mit Wirkung

► Wird die Missachtung afrikanischer Soldaten in den französischen Streitkräfte in Daniels Komödie eher satirisch angeprangert und in einem Happy End aufgelöst, so zeigt der

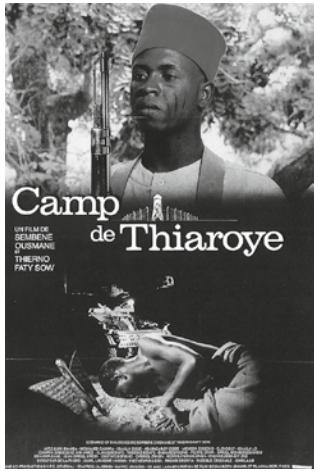
Algerier Rachid Bouchareb sie in *Indigènes* – Tage des Ruhms (\*) bis zur tödlichen Konsequenz. Sein Spielfilm ist ein klassisches Kriegsdrama mit monumentalen Bildern und dramatischen Schlachtszenen. Es unterscheidet sich jedoch von der gängigen Machart des Genres schon dadurch, dass die vier Hauptprotagonisten nicht weiße Soldaten aus Europa oder den USA sind, sondern Araber aus Nordafrika. Der Film folgt ihnen von ihrer Rekrutierung für die französischen Streitkräfte im Maghreb bis zu ihren Fronteinsätzen gegen die deutsche Wehrmacht in Italien, der Provence und schließlich in einem abgelegenen elässischen Dorf.

Mit beeindruckenden Schauspielern, die beim Filmfestival in Cannes 2006 kollektiv als beste männliche Hauptdarsteller ausgezeichnet wurden, und in eindringlichen Bildern über das Geschehen an der Front im Kriegswinter 1944 erinnert der Film an den entscheidenden Anteil, den Hundertausende afrikanische Soldaten an

der Befreiung Europas hatten. In der Schlusssequenz verweisen aktuelle Aufnahmen von französischen Friedhöfen, auf denen zahllose afrikanische Gefallene begraben sind, sowie von erbärmlichen Wohnheimen, in denen Veteranen aus dem Maghreb heute in Frankreich leben müssen, auf die Geschichtsvergessenheit in Europa.

Rachid Bouchareb hat für diesen Film langwierige Recherchen in französischen Staatsarchiven und Bibliotheken durchgeführt, aber die wichtigsten Hintergrund-Informationen lieferten ihm afrikanische Veteranen und ihre Nachfahren: »Wir haben Leute gesucht, die diese Epoche noch selbst miterlebt hatten, und sind dafür nach Bordeaux, Marseille und Nantes gefahren, aber vor allem auch in den Senegal, nach Marokko und Algerien. Auf den Erfahrungen und Gefühlen dieser Zeitzeugen beruht unser Film. Bei den Gesprächen mit ihnen wurde mir klar, dass ich nicht die Geschichte eines einzelnen Soldaten erzählen wollte, sondern eine Geschichte, die für den gesamten afrikanischen Kontinent steht.«

Zu den Recherchen für den Film nahm Regisseur Bouchareb seine späteren Hauptdarsteller, darunter auch Jamel Debbouze, der zugleich Ko-Produzent war, mit nach Nord- und Westafrika. Die Begegnungen der Filmcrew mit den Veteranen haben Morad Aït Habbouche und Hervé Corbière in einem Dokumentarfilm festgehalten. Er trägt den Titel



**Jamal, Rachid, Roschdy, Samy..., petits-fils de tirailleurs** (Jamal, Rachid, Roschdy, Samy... Die Enkel der »Tirailleurs«) (\*) und zeigt beispielsweise ihren Besuch bei Youb Lalleg in einem abgelegenen algerischen Bergdorf. So gebrechlich der alte Mann auch wirkt, er erinnert sich noch genau daran, wie er im Februar 1941 eingezogen und mit seinem algerischen Regiment an europäische Kriegsfronten geschickt wurde. Er wurde so zum Vorbild für eine der Hauptfiguren in »Indigènes«.

Bouchareb geht es nicht nur darum, an die Rolle afrikanischer Kolonialsoldaten im Zweiten Weltkrieg zu erinnern, er unterstützt auch die Forderung der Überlebenden, ihre Kriegsrenten denen von französischen Veteranen anzugeleichen. So nutzte er die Preisverleihung in Cannes medienwirksam, indem er nordafrikanische Veteranen einlud, mit ihm und seinem prämierten Ensemble über den Roten Teppich auf die Bühne zu treten. Ein demonstrativer Akt mit Folgen: Der damalige französische Staatspräsident Jacques Chirac ließ die Renten für afrikanische Invaliden anheben. Der politische Druck, der durch den großen Erfolg des Films in den französischen Kinos entstanden war, dürfte Chirac kurz vor den anstehenden Wahlen zu diesem Schritt bewogen haben. Immerhin zog Boucharebs Film in Frankreich 3,2 Millionen KinobesucherInnen an. Weitere 4,2 Millionen sahen ihn im Fernsehen, was einer Einschaltquote von fast 20 Prozent entsprach.

Das Kriegsepos um die vier Kolonialsoldaten fand auch internationale Beachtung und war 2007 in den USA für einen Oscar in der

Der 8. Mai ist in  
Algerien bis heute ein  
Tag der Trauer

Kategorie »bester ausländischer Film« nominiert. Es ist bezeichnend, dass der Film trotz dieser weltweiten Beachtung nie in die deutschen Kinos kam und hierzulande – außer

für Begleitveranstaltungen zur Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« – nur als Home-Video erhältlich ist.

Rachid Bouchareb hatte schon vor seinem Spielfilm mit *L'ami y'a bon* (Der Freund aus den Kolonien) (\*) einen Animationsfilm zum Thema realisiert. In stilisierten, schwarz-weiß gezeichneten Bildern (nur die französische Flagge weht demonstrativ in blau-weiß-rot) erzählt dieser Kurzfilm die Geschichte eines senegalesischen Bauern, der 1939 nach der auch in den Kolonien geltenden französischen Generalmobilmachung nach Europa in den Krieg ziehen muss. 1940 in deutsche Gefangenschaft geraten, kehrt er 1944 in den Senegal zurück. Zusammen mit anderen fordert er seinen ausstehenden Sold und wird deshalb auf Befehl eines weißen Offiziers von Maschinengewehrschützen niedergemetzelt. In der letzten Szene sind nur noch die Schuhe von dutzenden Toten auf dem Kasernenhof zu sehen. Der Abspann erinnert an die reale Vorlage dafür: das Massaker von Thiaroye.

Mit seinem jüngsten Spielfilm **Hors la loi**, der 2010 im Wettbewerb von Cannes lief, setzte Rachid Bouchareb seine cineastische Aufarbeitung der französischen Kolonialgeschichte fort. Mit derselben Crew wie in »Indigènes« (u.a. Jamel Debbouze, Roschdy Zem, Sami Bouajila) erzählt er diesmal von drei Brüdern und ihrer unterschiedlichen Haltung im algerischen Unabhängigkeitskampf. Nachdem ihre Familie ihr Land an französische SiedlerInnen verloren hat, nimmt einer der Brüder Rache an einem algerischen Erfüllungsgehilfen der KolonialistInnen. Der zweite zieht mit den französischen Streitkräften in den Vietnamkrieg. Und der dritte landet als Funktionär der algerischen Unabhängigkeitsbewegung in einem französischen Gefängnis.

### Eine politische Tragödie

► Irgendwann treffen die drei in einem der slumähnlichen Hüttenviertel, die es in den 1950er Jahren für nordafrikanische MigrantInnen in Frankreich gab, wieder zusammen. Hier geraten die Brüder in die politischen Fraktionskämpfe der Algerier, zu denen die Erpressung von Revolutionssteuern und die Ermordung Andersdenkender gehört. »Revolutionen fressen ihre Kinder und spucken sie dann wieder aus«, erklärte Regisseur Bouchareb dazu. »In jedem Kampf um Befreiung passieren furchtbare menschliche Tragödien.«

Machte sich Bouchareb durch die offene Darstellung der Fraktionskämpfe zwischen der Befreiungsbewegung FLN und Anhängern des Nationalisten Messali Hadj in Algerien unbeliebt, so drohten Reaktionäre in Frankreich wegen angeblicher Verunglimpfung der französischen Geschichte mit Anschlägen auf das Festivalkino in Cannes.

Hauptgrund dafür war die Eingangsszene des Films, in der eines der größten Massaker der französischen Kolonialgeschichte detailliert nachgestellt ist: der 8. Mai 1945 in Sétif. An diesem Tag feierten auch in Algerien Menschen überall das Ende des Krieges in Europa, schließlich hatten hunderttausende nordafrikanische Soldaten dazu beigetragen und die algerischen Truppen konnten nun endlich nach Hause zurückkehren.

Die algerische Unabhängigkeitsbewegung nutzte die Gelegenheit, um nach der Befreiung Frankreichs vom Naziterror auch Freiheit für Algerien zu fordern. Beim Umzug durch die Straßen von Sétif tauchten deshalb neben den alliierten Flaggen auch algerische Fahnen auf. Französische Siedler schossen daraufhin wahllos in die Menge, gewaltsame Auseinandersetzungen in der gesamten Region waren die Folge. Französische Milizen und Fremdenlegionäre machten schließlich Jagd auf angebliche Aufständische und die französische Luftwaffe flog Bombenangriffe auf zahlreiche Dörfer. Französischen Quellen zufolge kamen 6.000 bis 8.000 AlgerierInnen an diesem Tag ums Leben, algerische Quellen sprechen von bis zu 45.000 Opfern. Der 8. Mai, in Frankreich ein nationaler Feiertag, ist deshalb in Algerien bis heute ein Tag der Trauer.

In der Realität wie in Boucharebs Film markierte der 8. Mai 1945 den Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes in Algerien, weil ausgerechnet die Regierung des Freien

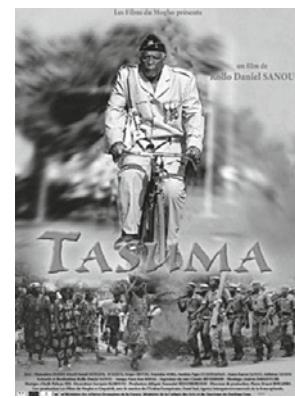
Frankreich unter De Gaulle mit dem Massaker von Sétif demonstrierte, dass sie keinesfalls bereits war, den afrikanischen Kolonien, deren Soldaten Frankreich vom Naziterror befreit hatten, die Freiheit zuzugestehen. Ein achtjähriger Unabhängigkeitskrieg von 1954 bis 1962 mit Millionen Toten war die Folge.

Dass die Erinnerung an Fakten wie diese in Frankreich noch immer hysterische Reaktionen auslöst, ist Folge des reaktionären Rollbacks unter Präsident Nicolas Sarkozy. Der Präsident wollte per Gesetz festschreiben, dass die französische Kolonialgeschichte in Schul- und Geschichtsbüchern positiv darzustellen sei.

Dabei ist das Kolonialgemetzel vom 8. Mai 1945 inzwischen nicht nur in historischen Studien zweifelsfrei belegt, sondern auch in mehreren Dokumentarfilmen durch Archivaufnahmen und ZeitzeugInnen. (Dazu mehr in der nächsten Ausgabe der iz3w.)

► **Karl Rössel** ist Mitarbeiter im Rheinischen JournalistInnenbüro in Köln.

*Die mit (\*) markierten Filme können bei Recherche International e.V. auf DVD mit deutschen Untertiteln für öffentliche Vorführungen ausgeliehen werden. Auf der Webseite des Ausstellungsprojekts »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« ([www.3www2.de](http://www.3www2.de)) finden sich Hinweise auf weitere Filme zum Thema.*



## Anthony Quinn als libyscher Freiheitskämpfer

► Als die diesjährigen Revolten in Nordafrika Libyen erreichten, war in den Medien einiges über die Freundschaft Berlusconis mit Gaddafi zu lesen. Nirgends fand sich ein Hinweis auf den brutalen Kolonalkrieg, den Italien in den 1920er Jahren führte, um die ehemals osmanischen Provinzen Tripolitanien und Cyrenaika zu unterjochen. Laut Aram Mattioli, einem der wenigen europäischen Historiker, die sich intensiv mit den italienischen Kolonialkriegen vor und während des Zweiten Weltkriegs befasst haben, hatte das nordafrikanische Wüstenland schon im ersten Jahrzehnt der faschistischen Kolonialherrschaft »rund 100.000 Opfer zu beklagen«. Libyen sei für Mussolini eine »Schule der Gewalt« und nur das Vorspiel für den »faschistischen Vernichtungskrieg« gewesen, den Italien ab 1935 in Äthiopien führte und mit dem der Zweite Weltkrieg in Afrika begann.

Bereits 1980 entstand ein Spielfilm, der eindrucksvoll an die italienische Unterjochung Libyens erinnert: Omar Mukhtar – Lion of the desert. Der mit Unterstützung der libyschen Regierung vom syrischen Regisseur Moustapha Akkad gedrehte Film zeigt, dass die italienischen Militärs in diesem Kolonialkrieg erstmals Panzer und Kampfflugzeuge einsetzten – Waffen, die es im Ersten Weltkrieg noch nicht gegeben hatte. Die libyschen Freiheitskämpfer um den Beduinenführer Omar Mukhtar (gespielt von Anthony Quinn) verfügten hingegen nur über einfache Gewehre und leisteten dennoch hartnäckig Widerstand. Die Folge war ein erbarmungsloser Vernichtungsfeldzug des von Mussolini ernannten Generals Rodolfo Graziani gegen die libysche Guerilla. Graziani ließ ganze Landstriche verwüsten und zehntausende gefangene Beduinen in Konzentra-

tionslager einweisen. Er nutzte die im libyschen Wüstenkrieg gesammelten Erfahrungen im Oktober 1935 beim Angriff auf Äthiopien, bei dem die italienische Luftwaffe auch Giftgas einsetzte.

Der über 156 Minuten spannende Spielfilm von Akkad beeindruckt insbesondere deshalb, weil die kolonialen Gräuel der italienischen Invasoren darin nicht nur eindringlich nachgestellt, sondern teils auch mit historischen Schwarz-Weiß-Aufnahmen aus Filmarchiven dokumentiert sind. Umso bedauerlicher ist es, dass es für diesen Film – wegen Streitigkeiten um die Filmrechte zwischen libyschen und italienischen Institutionen – keine öffentlichen Vorführrechte gibt. DVDs mit der englischen Fassung können allerdings über Internetanbieter erworben werden.

# Logik der Unterwerfung

## Der Spielfilm »Schlacht um Algier« ist eine zeitlose Anklage des Kolonialismus

von Gerhard Hanloser

► Manchmal dauert es sehr lange, bis gute Filme auf dem deutschen Markt erhältlich sind. Umso mehr erfreut es, wenn es dann endlich soweit ist, wie im Falle des Spielfilms »Schlacht um Algier«. In dem erstmalig in deutscher Sprache auf DVD erhältlichen Film von 1966 zeigt der italienische Regisseur Gillo Pontecorvo den Kampf zwischen algerischen Aufständischen in den 1950er Jahren und der französischen Besatzungsmacht. Der Film präsentiert in neorealisticcher Deutlichkeit den Einsatz der Folter durch die französische Armee bei ihrem »schmutzigen Krieg« in Algerien. Das überwiegend mit LaiendarstellerInnen gedrehte Werk zeigt schonungslos die Spirale der Gewalt von Terror und Gegenterror. Es idealisiert weder die eine Seite, doch dämonisiert es die andere. Der französische Kolonialismus erscheint überdeutlich als strukturelles Problem.

Die algerische antikoloniale Befreiungsbewegung FNL (Front National de Libération) war ab 1956 zu Methoden des urbanen Terrorismus übergegangen. Die Bombenkampagne der FNL bekommt in »Schlacht um Algier« eine Bebilderung, die nichts beschönigt. Genauso quälend sind die Darstellungen der Folterung sowie deren zynische Rechtfertigung durch Colonel Mathieu (Jean Martin), den obersten französischen Militär. Mit dem heutigen Wissen über die korrupt-repressiven Befreiungsbewegungen an der Macht bekommen auch die Passagen des Filmes, in denen die FNL der 1950er Jahre als bereits repressiv wirkender Staat im Staate auftritt, eine fast schon prophetische Hellsichtigkeit.

Jeder Film wird zu jeder Zeit anders betrachtet und ruft andere Reaktionen hervor. 1966 wurde »Schlacht um Algerien« beim Mostra-Festival in Venedig mit dem Goldenen Löwen ausgezeichnet, denn das Fast-Dokumentarische, der vollständige Verzicht auf Nachaufnahmen ist eine formale Meisterleistung. Die französische Delegation boykottierte jedoch die Preisverleihung, und die Ausstrahlung des Films wurde in Frankreich zunächst verboten. Bei einer der ersten Aufführungen in einem Pariser Kino Anfang der 1970er Jahre explodierte eine Bombe, die höchstwahrscheinlich von Rechtsextremen gelegt wurde.

Ende der 1960er Jahre, in der sich radikalisierenden Studenten- und Jugendbewegung, wurde »Schlacht um Algier« zu einer Art Kultfilm. Die militante Black Panther Party in den USA soll ihn zuweilen als eine Art Schulungsfilm benutzt haben. Interessant

wäre, die Wirkung des Films auf die Militanzdebatte der 68er-Bewegungen zu untersuchen, zeigt er doch, dass durch einen allumfassenden, gewaltfreien Streik, der durch die FLN ausgerufen wurde, um die algerische Frage in die UNO zu bekommen, sich der französischen Armee die Möglichkeit eröffnete, mit großflächiger Repression die Widerstandsstrukturen zu brechen. In diesem Sinne konnte der Film die Strategie der militärischen Selbstverteidigung und die Guerilla-Ideologie innerhalb der globalen Neuen Linken unterfüttern.

Als überzeitliche Problematisierung von bloß scheinbarer imperialer Übermacht und den Gefahren asymmetrischer Kriegsführung durch Guerillaeinheiten wurde »Schlacht um Algier« offensichtlich auch vom Pentagon begriffen. 2003 führte es im Zuge des »war on terror« den Film den haus eigenen Kriegsstrategen zu Schulungszwecken vor.

Dem zweistündigen Werk lässt sich heute noch ein weiterer Aspekt abgewinnen, wenn man es vor dem Hintergrund der Debatten um Kolonialismus und Antifaschismus betrachtet. Mit dem Buch und der Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« wurde darauf aufmerksam gemacht, wie wenig die Leistungen der aus den Kolonien stammenden Soldaten beim Niederringen des Nazi-Faschismus historisch gewürdigt wurde. Und es ist kein Geheimnis mehr, wie wenig die siegreichen Alliierten gewillt waren, ihr koloniales Erbe aufzugeben und den antifaschistischen Kampf in einer universalistischen Befreiungsperspektive münden zu lassen.

Saadi Yacef, Produzent des Filmes und Autor des ihm zugrunde liegenden Buches »Souvenirs de la Bataille d'Algier« von 1962 war einer der Anführer der Front de Libération Nationale während des algerischen Unabhängigkeitskrieges und führender Militärstrategie der FNL. Er erklärt in einem auf der DVD abrufbaren Gespräch, dass für ihn die Niederschlagung von algerischen Freudenkundgebungen über das Ende des Faschismus ein entscheidendes Erlebnis darstellte. Das soeben befreite Frankreich zelebrierte die Résistance und verlängerte gleichzeitig

den Kolonialismus. Und auch für den Filmemacher Pontecorvo, Sohn einer jüdischen Industriellenfamilie, spielte der Zweite Weltkrieg eine entscheidende Rolle, schließlich hatte er sich den italienischen Partisanen angeschlossen.

So entfaltet auch eine Szene in dem Film eine besondere, weil ambivalente Wirkung: Der französische Colonel wird mit aller Vorsicht durch loyale Pressevertreter zur Folterpraxis der Armee befragt, worauf er seine moralische Integrität mit dem Hinweis zu verteidigen versucht: »Viele von uns sind ehemalige Résistance-Kämpfer, waren in Buchenwald oder Dachau.« Und tatsächlich präsentiert der Film auch Colonel Mathieu nicht als sadistische Bestie, sondern als einen der Logik kolonialer Herrschaft unterworfenen Akteur, als eine soldatische »Charaktermaske« des Systems Kolonialismus. Er hält den Pressevertretern entgegen: »Wir haben eine grundsätzliche Wahl getroffen: Wir wollen in Algerien bleiben, während diese Leute uns hier nicht haben wollen. Sie, meine Damen und Herren von

der Presse, haben diese Entscheidung geteilt. Dann müssen Sie aber auch die Konsequenzen, die daraus erwachsen, mit uns teilen.« In dieser (Selbst-)Legitimation steckt die schärfste Anklage des Kolonialismus als Ganzem.

Die Frage der politischen und sozialen Emanzipation stellt sich mit dem »arabischen Frühling« wieder neu – und ganz anders. Die Dialektik von terroristischer Gewalt und sozialer Befreiung – wie sie noch der Vordenker der Entkolonialisierung Frantz Fanon propagierte und auch »Schlacht von Algier« nahe legte – ist überholt. Von den jüngsten Erhebungen sind sowohl Regierungen betroffen, die Teil der neokolonialen Herrschaftsverhältnisse sind, wie auch Länder, deren staatliche Verfasstheit aus den antikolonialen Befreiungskämpfen hervorging. »Schlacht um Algier« ist deshalb auch eine Dokumentation der Vorgeschichte des »arabischen Frühlings«.

► *Schlacht um Algier. Drama, Algerien-Italien 1966, Pierrot Le Fou. Alive 2011, DVD, ca. 120 min, ca. 16 Euro. Bonus: Gespräche mit Regisseur und Produzent*



In den letzten beiden Ausgaben der iz3w (326 und 327) befasste sich Karl Rössel mit Spielfilmen, deren Sujet die Verstrickung der Dritten Welt in den Zweiten Weltkrieg ist. Im dritten Teil seiner fortlaufenden Reihe stellt Karl Rössel Dokumentarfilme vor, in denen die große Bedeutung afrikanischer Kolonialsoldaten für die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus gewürdigt wird. Eines wird in fast allen Filmen deutlich: Der Einsatz der teils zwangsrekrutierten afrikanischen Soldaten wird bis heute weder in Frankreich noch in Deutschland auch nur annähernd anerkannt.

die redaktion



Filmstill aus: »Auch Afrikaner haben das Elsass befreit«

## Die Befreier Europas

### Dokumentarfilme über afrikanische Kolonialsoldaten in französischen Diensten

von Karl Rössel

► Auf der Leinwand ist ein Foto zu sehen: Charles de Gaulle dekoriert einen uniformierten afrikanischen Soldaten mit einem Orden. Danach schweift die Kamera im senegalesischen Ministerium für Kriegsveteranen und Kriegsopfer über dicke Stapel handschriftlich ausgefüllter Akten aus welkem Papier. Neben Portraitfotos und Namen wie Male Ifra und Etienne Bingue prangt auf den zahllosen Blättern der Stempel »Mort pour la France«. Es sind Sterbeurkunden und auf denen, die im Film zu sehen sind, ist als Todesursache vermerkt: »Von Deutschen getötet«. Dann erscheint eine Landkarte von Afrika, darauf hervorgehoben die Kolonien »Togoland«, »Kamerun«, »Deutsch-Südwestafrika« und »Deutsch-Ostafrika«.

Dazu ertönt der Kommentar aus dem Off: »Die Afrikaner lernen Deutschland kennen durch die ‚Gesellschaft für Kolonisation‘, die am 28. März 1884 in Berlin gegründet wurde. Ziel dieser Gesellschaft ist es, afrikanische Gebiete zu erobern, und zwar im Auftrag Deutschlands. Zur Tragödie wird diese Politik mit dem Aufstand der Hereros. Diese aus Namibia stammenden stolzen und kämpferischen Menschen verteidigen ihr Land hartnäckig gegen die deutschen Invasoren. Einer der Gegner der Hereros war Heinrich Göring,

Vater des Nationalsozialisten Hermann Göring. Er organisiert Strafexpeditionen gegen die Hereros. Folter, Massaker, rassistische Erniedrigung – nichts bleibt den Hereros erspart... Fast 60.000 Hereros werden getötet... Die Hereros wurden auch Opfer der ersten Konzentrationslager, die 1905 eingerichtet wurden.«

#### Von der Wehrmacht hingerichtet

► Mit diesen Worten beginnt der Dokumentarfilm *La France et ses libérateurs* (»Frankreich und seine Befreier«) (\*). Damit stellt der aus Kamerun stammende Regisseur, Charles Onana, von Anfang an klar, wer die Hauptverantwortung dafür trägt, dass in den Weltkriegen Hunderttausende Afrikaner zur Verteidigung Frankreichs an europäische Kriegsfronten ziehen mussten. Über familiäre Kontinuitäten wie jene von Heinrich zu Hermann Göring und die Erinnerung an deutsche Genozide und Konzentrationslager in Afrika verweist Onana zudem darauf, dass die deutsche Kolonialherrschaft nur ein Vorläufer des auf Rassenwahn basierenden Vernichtungskriegs war, den Nazideutschland ab 1939 führte. Nicht zufällig kommt als erster Interviewpartner in diesem Film Theodor Wonja

Michael zu Wort, der als Schwarzer Deutscher die Nazizeit und Lagerhaft überlebt hat.

Erst nach diesen wichtigen Verweisen auf deutsche Schuld analysiert Charles Onana, wie afrikanische Kolonialsoldaten in den französischen Streitkräften behandelt wurden und werden. Onana ist kein gelernter Filmemacher, sondern hat Anthropologie und internationale Beziehungen studiert, als Journalist gearbeitet und den Verlag Editions Duboiris in Paris gegründet. 2003 legte er eine fundierte historische Untersuchung über die Behandlung afrikanischer (Kolonial-) Soldaten in der französischen Armee vor, die unter dem Titel »La France et ses Tirailleurs« als Buch erschien. Unlängst folgte eine Biographie von Charles N'Tschorere, einem der wenigen Offiziere afrikanischer Herkunft in der französischen Armee. 1940 bei der Verteidigung Frankreichs in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten, wurde er von der Wehrmacht hingerichtet, weil er darauf bestand, von den Deutschen wie weiße französische Offiziere behandelt zu werden.

Charles Onana wurde aufgrund seiner profunden historischen Kenntnisse über die Beteiligung von Afrikanern im Zweiten Weltkrieg bei der Produktion der Dokumentarfilme *La couleur du sacrifice* von Mourad Boucif

über Kolonialsoldaten aus dem Maghreb ebenso zu Rate gezogen wie bei der Realisation des Films **Devoir de mémoire** von Cheikh Tidiane Ndiaye aus dem Senegal und des Spielfilms **Indigènes** (Tage des Ruhms) (\*) von Rachid Bouchareb aus Algerien (siehe hierzu iz3w 327).

### Vergessene Geschichte

► Onanas erste eigene Dokumentation zum Thema ist zwar filmästhetisch eher konventionell, dafür inhaltlich aber umso ergiebiger. So vertreten in dem Film prominente afrikanische Veteranen wie Ahmadou-Mahtar M'Bow, der ehemalige Generalsekretär der UNESCO aus dem Senegal, die These, dass Frankreich ohne die hunderttausenden Soldaten aus den afrikanischen Kolonien nicht zu den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs gehört und heute kein Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hätte.

Im Zweiten Weltkrieg, sagt der ehemalige Offizier der französischen Kolonialtruppen im Tschad, Serge Borochovitch, in Onanas Film, seien nur »beschämend wenige« Franzosen bereit gewesen, für das Freie Frankreich einzutreten. So hätten sich im Juni 1940 von den »35.000 Franzosen«, die vor der Kapitulation Frankreichs nach England hatten fliehen können, »nur 2.500« de Gaulle angeschlossen, um gegen Nazideutschland und die Kollaborationsregierung von Vichy zu kämpfen. Die restlichen Franzosen seien nach Frankreich zurückgekehrt, »nachdem sie die Antrittsrede von Marschall Philipp Pétain gehört hatten.« Aber Fakten wie diese würden in Frankreich bis heute ebenso verschwiegen wie die Tatsache, dass de Gaulles Truppen noch bis 1944 »zu 66 Prozent aus Afrikanern bestanden«. Erst als klar gewesen sei, wer in diesem Krieg die Oberhand behalten würde, hätten sich mehr Franzosen dem Widerstand angeschlossen.

Tatsächlich musste de Gaulle später in seinen Mémoires eingestehen, dass Frankreich erst »in den ausgedehnten Weiten Afrikas... eine neue Armee zur Verteidigung seiner Souveränität aufstellen [...] und damit die Kräfteverhältnisse an der Front umkehren konnte. Afrika, in Reichweite der Halbinseln Italien, Balkan und Spanien gelegen, bot eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für die Rückeroberung Europas.« Gedankt hat es Frankreich seinen afrikanischen Befreieren nicht, wie Onana in seinem Film belegt: »Für hundert Euro Kriegsrente, die ein weißer Franzose bekommt, erhält ein Senegalese nur 4 Euro, ein Malier 3,80 Euro, jemand aus der Elfenbeinküste 3,50 Euro, ein Algerier 2,50 Euro und ein Veteran aus Indochina 1,50 Euro.«

Die Diskriminierung afrikanischer Soldaten in den französischen Streitkräften ist inzwischen in zahlreichen Dokumentarfilmen thematisiert worden. So liefen im April 2005 beim 15. Festival des Pariser Cinema d'Ailleurs, das der Regisseur Sanvie Panou aus Benin im Quartier Latin betreibt, insgesamt 28 Spiel- und Dokumentarfilme über »schwarze Soldaten in französischen Kriegen«. Seitdem sind weitere

von Kolonialsoldaten aus ihren jeweiligen Herkunftsländern. So lässt Imunga Ivanga in **Les Tirailleurs d'ailleurs** Veteranen aus Gabun, darunter seinen Vater, von ihren Kriegserlebnissen berichten. In **Tirailleurs Sénégalais du Niger** von Thierry Dubois kommen Kolonialsoldaten aus dem Sahel zu Wort und in **Devoir de Mémoire** von Cheick Tidiane Ndiaye Kriegsteilnehmer aus dem Senegal.

Einer der ersten Filme eines französischen Regisseurs über afrikanische Kolonialsoldaten im Zweiten Weltkrieg ist **Soldats Noirs – l'histoire oubliée** von Eric Deroo aus dem Jahr 1985. Darin erzählt der Regisseur, wie er bei Dreharbeiten für einen anderen Film in den Ardennen in einem Dorfcafé zufällig erfuhr, dass dort im Mai/Juni 1940 »Senegalesen« für Frankreich gegen die Wehrmacht gekämpft hätten. Deroo hatte davon noch nie gehört, da die Erinnerung an den Beitrag von Kolonialsoldaten zur Befreiung Europas vom Naziteror Mitte der 1980er Jahre in Frankreich noch nahezu vergessen war. Deroo recherchierte in der Region, fand Soldatenfriedhöfe mit zahllosen afrikanischen Namen, einen französischen Offizier, der Kolonialtruppen kommandiert hatte, und machte sich schließlich mit der Kamera auf den Weg nach Westafrika in der Hoffnung, dort noch afrikanische Veteranen aufzuspüren und interviewen zu können.

Vor Ort stellte Deroo zu seiner Überraschung fest, dass überall ehemalige Kriegsteilnehmer

lebten. Selbst in kleinen Ortschaften an der malischen Grenze trafen sich die »anciens combattants« noch immer in Veteranenclubs und erzählten ihm bereitwillig von ihren Kriegseinsätzen zur Befreiung Frankreichs in der Hoffnung, dass diese endlich auch in Europa wahrgenommen und honoriert würden. So wichtig es war, 1985 endlich an die »vergessene Geschichte« (»l'histoire oubliée«) der afrikanischen Kolonialsoldaten zu erinnern, so gab Deroo doch zwanzig Jahre später, als sein Film auf DVD erschien, in einem Interview zu, dass er in seiner Dokumentation noch ein zu romantisches Bild von der »Waffenbrüderschaft« schwarzer und weißer Soldaten im Zweiten Weltkrieg gezeichnet habe. Tatsächlich seien afrikanische Soldaten keineswegs immer freiwillig in den Krieg gezogen, oft als Kanonenfutter missbraucht und um ihre Pensionen betrogen worden.



sowohl von afrikanischen als auch von französischen Regisseuren hinzugetragen.

Dazu gehören Dokumentationen über Afrikaner im Ersten Weltkrieg wie **Dans les tranchées, L'Afrique, l'aventure ambiguë** von Florida Sadki, in dem Jean-Pierre Koita in Nordfrankreich den Spuren seines Vaters Demba Koita folgt, der schon mit 16 Jahren aus dem Senegal in europäische Schützengräben abkommandiert wurde und bei der Schlacht an der Marne ums Leben kam. In **Les combattants africains de la grande guerre** von Laurent Dussaux erinnern Zeitzeugen unter anderem aus Burkina Faso daran, dass schon im Ersten Weltkrieg mehr als 200.000 Soldaten allein aus Westafrika für Frankreich kämpften.

Im Zweiten Weltkrieg war die Zahl der Rekrutierten noch höher, insgesamt kamen eine Million Afrikaner unter französischem Kommando zum Einsatz. Zahlreiche afrikanische Regisseure erinnern daran mit Portraits

500.000 Nordafrikaner haben für die Befreiung Frankreichs gekämpft

Andere Dokumentarfilme wie **Félix Eboué, le visionnaire** von Barcha Bauer erinnern an historische Persönlichkeiten, die im Zweiten Weltkrieg eine herausragende Rolle spielten und dafür in Afrika bis heute hohes Ansehen genießen. Eboué stammte aus der französischen Kolonie Guayane und übernahm als erster Schwarzer den Posten eines Kolonialgouverneurs (in Französisch Äquatorialafrika). Als einziger hoher Kolonialfunktionär unterstützte er schon

im Juni 1940 de Gaulle und stellte ihm mit dem Fort Lamy (heute im Tschad) einen ersten Stützpunkt zur Rekrutierung afrikanischer Truppen für das Freie Frankreich zur Verfügung. 1944 gehörte Eboué zu den Initiatoren der Konferenz von Brazzaville, bei der den französischen Kolonien nach Kriegsende größere Selbstbestimmungsrechte versprochen wurden (ein Versprechen, das nach 1945 enttäuscht wurde).

**Hady Bah, la dignité retrouvée** von Gilles Nivet erinnert an einen afrikanischen Anführer der französischen Résistance. Mamadou Hady Bah kam 1938 als Koch eines Kolonialbeamten aus seinem Heimatland Guinea nach Frankreich. Als Soldat des 12. Regiments der »Tirailleurs Sénégalaïs« (»Senegalschützen«) geriet er im Juni 1940 in deutsche Gefangenschaft. Doch zusammen mit anderen gelang ihm die Flucht. In den Vogesen kämpfte er mit der Résistance weiter gegen die deutschen Besatzer. Als er den Deutschen im Juli 1943 erneut in die Hände fiel, brachte ihn die Gestapo trotz schwerer Folterungen nicht zum Sprechen. Am 18. Dezember 1943 wurde der Widerstandskämpfer exekutiert.

Auch die französische Künstlergruppe »Mémoires Vives« aus Straßburg, die fast durchweg aus MigrantInnen der zweiten Generation

besteht, erinnert in ihrem Hiphop-Musical »A Nos Morts« (»Die vergessenen Befreier«) an den afrikanischen Widerstandskämpfer und andere Kolonialsoldaten. Neben Theater-, Musik- und Tanzszenen projiziert die Gruppe bei ihren Aufführungen beeindruckende his-

torische Filmaufnahmen und Fotos von afrikanischen Soldaten auf eine Großleinwand.

Dazu gehört auch Hady Bah, dem ein Song gewidmet ist. Darin heißt es: »Dein Schweigen hat Leben gerettet. Dein Leiden hat weiteres Leid verhindert. Du warst stärker als deine Feinde und hast deine Folterer mit deinem Mut beschämmt.«

Über die Arbeit an diesem Theaterstück begannen die DarstellerInnen, sich intensiver mit der Kolonialgeschichte des Zweiten Weltkriegs im Allgemeinen und der Rolle ihrer Familien darin im Besonderen zu beschäftigen. Dieser Prozess ist in der Dokumentation **Histoires Vives** (Geschichte wird gemacht) (\*) eindrucksvoll festgehalten, die der Tunseier Fitouri Belhiba und der Franzose Jean Marie Fawer realisiert haben. Wie Yassine Allouache, einer der Choreographen der Künstlergruppe in dem Film erzählt, besteht ihr Ziel darin, »die Seiten der französischen Geschichte zu füllen, die bislang fehlten.« (siehe das Interview mit Yan Gilg, dem Gründer von »Mémoires Vives«, in iz3w 314)

### Soldaten zweiter Klasse

► Jean-Marie Fawer hat mit **C'est nous les Africains... Eux aussi ont libéré l'Alsace** (Auch Afrikaner haben das Elsass befreit) (\*) bereits 1994 einen Dokumentarfilm über Nordafrikaner gedreht, die an der Befreiung des Elsass (und damit auch Süddeutschlands) von den Nazis beteiligt waren. Zu Beginn zeigt

er Bilder von einem Friedhof mit Kriegsgräbern arabischer Kolonialsoldaten. Dann folgt der mit Archivaufnahmen illustrierte Hinweis, dass insgesamt 500.000 Nordafrikaner für die Befreiung Frankreichs von der Naziherrschaft gekämpft haben. Viele von ihnen sahen sich im Kriegswinter 1944 an der deutschen Grenze erstmals mit Eiseskälte und Schnee konfrontiert.

Überlebende berichten, dass sie zwar von der elsässischen Bevölkerung als Befreier willkommen geheißen, von ihren französischen Befehlshabern jedoch als Soldaten zweiter Klasse behandelt wurden. Einige, die im Elsass geblieben sind, wurden »zwar auf dem Papier Franzosen«, fühlten sich aber auch ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende noch nicht als gleichberechtigte Menschen anerkannt.

Dass die afrikanischen Soldaten nicht nur diskriminiert, sondern nach der Befreiung 1945 von französischen Truppen in einigen Fällen sogar massakriert wurden, ist in Filmen aus jüngerer Zeit dokumentiert, die in der kommenden Ausgabe der iz3w vorgestellt werden.

*Die mit (\*) markierten Filme können bei Recherche International e.V. auf DVD für öffentliche Aufführungen ausgeliehen werden, die meisten mit deutschen Untertiteln. Die Kontaktadresse und Hinweise auf weitere Filme zum Thema stehen auf der Webseite des Ausstellungsprojekts »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« ([www.3www2.de](http://www.3www2.de)).*

► **Karl Rössel** ist Mitarbeiter von Recherche International e.V. und Ko-Autor des Standardwerks »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« (Assoziation A, Berlin / Hamburg 2005).

## Deutsche Minen in der libyschen Wüste

► Als im Frühjahr 2011 die Revolte in den arabischen Ländern Libyen erfasste und die NATO militärisch intervenierte, berichteten zwar alle Medien hierzulande darüber. Aber historische Verweise auf den Krieg, den deutsch-italienische Truppen ab 1940 in der Region geführt hatten, fanden sich in der Berichterstattung über Nordafrika kaum. Lediglich der arabische Fernsehsender Al Jazeera erinnerte in einem dreiteiligen Dokumentarfilm unter dem Titel *Mines of Alamein* daran, dass in dem unlängst wieder umkämpften libysch-ägyptischen Grenzgebiet noch immer Tausende Minen liegen, die beim Angriff der faschistischen Achsenmächte auf Ägypten verlegt worden waren.

Laut dieser Fernsehdokumentation wurden bis heute mindestens 900 Männer,

Frauen und Kinder schwer verletzt oder gar getötet, weil sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs niemand darum kümmerte, die Minen zu räumen. So reißerisch aufgemacht und schwer erträglich die Fernsehbilder von verstümmelten Gliedmaßen und erblindeten Opfern in der Al Jazeera-Dokumentation auch sind, so skandalös ist die Aussage von Ulrich Tietze, deutscher Berater eines UN-Entwicklungsprogramms in der Region. Laut ihm sei es allein »Aufgabe der ägyptischen Regierung«, die Minenopfer zu entschädigen: »Die Unfälle passieren auf ägyptischem Staatsgebiet, also ist der ägyptische Staat auch dafür zuständig, Entschädigungen zu zahlen.«



Welchen großen Beitrag afrikanische Soldaten für die Befreiung Europas vom Nationalsozialismus leisteten, wurde in Dokumentarfilmen gewürdigt, die hierzulande weitgehend unbekannt sind. Unser Autor Karl Rössel stellte einige davon in den letzten drei iz3w-Ausgaben vor.

Im vierten Teil seiner fortlaufenden Reihe über Filme zum Thema »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« befasst sich Rössel mit Dokumentarfilmen, die ein besonders erschütterndes Sujet haben: Viele Afrikaner hatten für ihre Mitwirkung an der Befreiung Europas einen hohen persönlichen Preis zu zahlen. Zehntausende gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft. Und zahlreiche algerische Kriegsheimkehrer erfuhren nach ihrer Rückkehr Ende Mai 1945, dass ihre Familien von französischen Truppen massakriert worden waren, weil sie am 8. Mai nicht nur das Kriegsende gefeiert, sondern auch Freiheit für ihr Land gefordert hatten.



## »Meine Braut ist die Freiheit«

### Dokumentarfilme über afrikanische Kolonialsoldaten in französischen Diensten (Teil 2)

von Karl Rössel

► Dejoie-Robin und Armelle Mabon zeigen in ihrer Dokumentation *Oubliés et Trahis: Les prisonniers de guerre coloniaux et nord-africains*, dass bereits im Juni 1940 – nach der französischen Kapitulation – mehr als 60.000 Kolonialsoldaten in deutsche Straf- und Arbeitslager eingewiesen und dort auch von französischen Kollaborateuren der Nazis bewacht wurden.

Der aus der Elfenbeinküste stammende Regisseur Serge Bilé erinnert in *Noirs dans le Camps Nazis* daran, dass afrikanische Kriegsgefangene in den Lagern auch auf Schwarze Deutsche trafen, die nach den rassistischen Gesetzen des NS-Regimes inhaftiert worden waren. Einige von ihnen wurden in Konzentrationslager wie Sachsenhausen, Ravensbrück und Mauthausen deportiert und manche kehrten von dort nie mehr zurück. Serge Bilé hat die Geschichten seiner Zeitzeugen aus Deutschland, Frankreich und dem Senegal auch in einem Buch zusammengefasst, das in

deutscher Übersetzung erschienen ist (»Das schwarze Blut meiner Brüder«).

#### Deutsche Kriegsverbrechen

► Bernard Simon, der die Produktionsgesellschaft Arc-en-Ciel betreibt, hat gleich vier Dokumentarfilme über Kolonialsoldaten der französischen Streitkräfte realisiert. In seinem Film *Frères de sang* (Blutsbrüder) (\*) geht er der Geschichte der Rekrutierung von Soldaten in Afrika durch die Kolonialmacht Frankreich nach, und zwar von der Zeit Napoleons III. über den Ersten und Zweiten Weltkrieg bis zur Unabhängigkeit der meisten afrikanischen Staaten in den 1960er Jahren. Dafür reiste der Regisseur quer durch West- und Zentralafrika, um Interviews mit Veteranen zu führen, darunter solche, die an den Landemanövern der Alliierten auf der Insel Elba und in der Provence beteiligt waren.

Auch dieser Film beginnt mit der Erinnerung an ein deutsches Kriegsverbrechen: Ein

junger Senegalese steht vor dem Grab seines Großvaters Bakary Goudiaby, der auf dem afrikanischen Soldatenfriedhof von Chasseley begraben ist. Dieser Friedhof wird in Westafrika »Tata« genannt und ist zu einer Pilgerstätte für AfrikanerInnen geworden. Denn hier sind die Soldaten des 25. Regiments der »Tireilleurs Sénégalaïs« begraben, die im Juni 1940 von der Deutschen Wehrmacht massakriert wurden, obwohl sie sich ergeben hatten. Dies war nur eines von zahlreichen Massakern, bei denen die Wehrmacht in Nordfrankreich insgesamt mindestens 3.000 afrikanische Gefangene ermordete. AnwohnerInnen aus dem Dorf Chasseley konnten damals zwei der »Senegalschützen«, Gouro Dialo und Amadou Diouf, verstecken. In einer berührenden Szene des Films erzählt eine alte Dame, wie sie sich als Kind mit den beiden angefreundet und sie als ihre Beschützer angesehen hatte.

Doch so freundschaftlich waren die Beziehungen der Franzosen zu ihren Kolonialsol-

## Afrikanische Spenden für britische Bombenopfer

► Wie in der afrikanischen Kinematographie insgesamt, sind bemerkenswerte Filme aus anglophonien Kolonien auch zum Thema Zweiter Weltkrieg seltene Ausnahmen von der (frankophonen) Regel. Zwar finden sich im Imperial War Museum in London historische Aufnahmen von Kolonialsoldaten in britischen Diensten aus Indien, Nepal, Neuguinea, Westafrika, Kenia, der Karibik und Südafrika. Aber es gibt kaum Dokumentarfilme, die diese Bilder zeigen.

Zu den Ausnahmen gehört die südafrikanische Fernsehproduktion *A Pair of Boots and a Bicycle* von Vincent Moloi über schwarze Soldaten aus Südafrika, die unter britischem Kommando unter anderem in Nordafrika kämpften. Der Titel verweist darauf, dass die afrikanischen Truppen der britischen Streitkräfte nach 1945 keine Kriegsrente erhielten, sondern bei ihrer Demobilisierung allenfalls auf ein Paar Stiefel oder ein Fahrrad als Anerkennung hoffen durften.

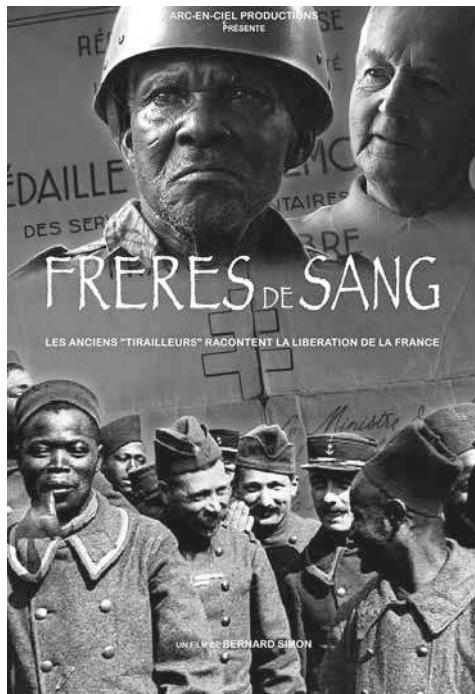
Die bemerkenswerteste Dokumentation über die Bedeutung Afrikas für die britische Kriegsführung stammt von Barima Adu-Asamoah aus Ghana. *Africans in World War II* enthält seltene Archivbilder von äthiopischen Partisanen, die ab 1935 gegen die Invasionstruppen des faschistischen Italien kämpften, sowie von Kolonialsoldaten der Royal African Frontier Force und der Kings African Rifles aus West- und Ostafrika. Gezeigt werden auch Bilder von den 100.000 afrikanischen Soldaten, die von britischen Militärs auf den indischen Subkontinent verschifft wurden, um den Vormarsch japanischer Truppen an der Grenze zu Burma aufzuhalten.

Der Film verweist zudem auf die ökonomische Bedeutung des afrikanischen Kontinents im Zweiten Weltkrieg, die sich nicht nur in der Lieferung von Gold im Wert von einer Million Pfund zur Aufbesserung der britischen Kriegskasse niederschlug, sondern auch in der von Tausenden Rindern der Massai zur Versorgung der britischen Truppen. Eine der eindrucksvollsten Szenen des Films zeigt britische Kolonialoffiziere in weißen Uniformen, die nach den ersten deutschen Bombardements auf London in Ostafrika Spenden für ausgebombte britische Kinder sammeln. Ärmlich gekleidete AfrikanerInnen müssen vor ihnen Schlange stehen und Mais, Hirse, Ziegen und Geld für britische Kriegsopfer abgeben.

Barima Adu-Asamoah, der zeitweise in London lebte und dort in Film- und Militärarchiven recherchierte, realisierte diesen Dokumentarfilm schon 1995. Zur Millenniumswende gründete er die »Africa-VE2000 Foundation« in Accra und London, wobei das VE für »Victory in Europe« stand. Die Stiftung sollte dazu dienen, an »die Beiträge zu erinnern, die Afrikaner im Ersten und Zweiten Weltkrieg geleistet haben, um insbesondere Europa und der westlichen Welt ein Leben in Frieden zu ermöglichen, wie wir es heute kennen.« Um dieses Ziel zu erreichen, sollte auch »ein virtuelles Museum mit Informationen über Afrikaner, Afro-Amerikaner und Soldaten aus der Karibik in den Weltkriegen« entstehen. Jedoch konnte Barima Adu-Asamoah seine Pläne nicht realisieren und auch sein Film, der in den 1990er Jahren in einigen britischen Kinos lief, ist heute nirgends mehr erhältlich.

daten nur selten, wie der Film mit Archivmaterial illustriert. Schon im Ersten Weltkrieg wurden Hunderttausende Afrikaner von französischen Kolonialbeamten zwangsrekrutiert. Viele der jungen Männer »wussten nicht, dass sie nach Frankreich kamen, um in Kälte und Schlamm zu sterben«. Dasselbe wiederholte sich im Zweiten Weltkrieg in noch größerem Maßstab: »In nur wenigen Wochen konnten mehr Soldaten in den Übersee-Gebieten mobilisiert werden als während des gesamten Krieges von 1914 bis 1918«. Schon in den ersten Wochen des Krieges in Nordfrankreich, so ist in dem Film zu erfahren, seien »63.000 schwarze Soldaten in vorderster Linie gefallen«. Später mussten Afrikaner unter französischem Kommando »aufeinander schießen«, weil sie »von Casablanca bis Beirut« auf beiden Seiten der Front eingesetzt wurden, die einen rekrutiert von Kolonialbeamten des Vichy-Regimes, die anderen von Offizieren des Freien Frankreich.

Für die Landeanöver der Alliierten in Europa rekrutierte de Gaulle ab 1943 weitere »Hunderttausende aus Nord- und Westafrika«. Als Frankreich dank ihrer Einsätze die deutschen Besatzer besiegt hatte, leistete ein französischer



Bürgermeister den Schwur: »Wir werden die Senegalesen und Guineer nie vergessen, die uns befreit haben«. Tatsächlich wurden die afrikanischen Soldaten bei Kriegsende auf ihrem Rückmarsch nach Südfrankreich als Sieger gefeiert und »überall zum Tanz eingeladen«. Ein Veteran erzählt: »Ich bin mit so vielen Blumen gebunden überhäuft worden, dass ich sie nicht

mehr tragen konnte, so glücklich waren die Leute.« Doch im südfranzösischen Toulon angekommen, gab es für die afrikanischen Soldaten »kein Schiff und kein Flugzeug«, um sie nach Hause zu bringen. Und noch am 60. Jahrestag der Befreiung von Toulon im Jahre 2004 warteten Veteranen aus Afrika, wie sie in dem Film beklagen, vergeblich auf angemessene Renten für ihre Kriegseinsätze.

### »Undankbarkeit« der Kolonialmacht

► Neben dieser filmisch verarbeiteten Geschichte der Kolonialsoldaten hat Bernard Simon mit *Zidou l'Gouddam – Les survivants* (\*) eine Dokumentation über Veteranen der französischen Armee aus Marokko gedreht und mit *Tirailleurs Malgaches* (\*) eine weitere in Madagaskar. Dort stellte der Dokumentarfilmer im Radio sein Vorhaben vor, die Erinnerungen ehemaliger Kolonialsoldaten aufzuschreiben zu wollen. Sofort meldeten sich zahlreiche Zeitzeugen aus allen Teilen der ostafrikanischen Insel – von der Hafenstadt Tamatave, aus der die Soldaten zu ihren Kriegseinsätzen in Europa verschifft worden waren, über die Hauptstadt Tananarive, wo sie sich noch heute in Veteranenclubs treffen, bis zur abgelegenen Bergregion von Fian-

aransoa. Viele der alten Männer erschienen zu den Interviews in ihren alten Uniformjacken mit Orden an den Revers. Diese hatten sie von ihren französischen Kommandanten allerdings nicht nur für Einsätze im Zweiten Weltkrieg erhalten, sondern auch in Kolonialkriegen nach 1945 wie etwa in Algerien und Vietnam. Allen gemeinsam war die Verbitterung darüber, von Frankreich »verraten und vergessen« worden zu sein.

Auf besonders eindrucksvolle Weise dokumentiert dies auch Grégoire Georges-Picot in **Baroud d'honneur**

(Eine Frage der Ehre) (\*). Sechzig Jahre nach der Landung der alliierten Truppen in der Provence sind im Jahr 2004 erstmals auch 15 nordafrikanische Veteranen zu Gedenkfeierlichkeiten nach Frankreich eingeladen. Die Kamera folgt zweien, den Marokkanern El Ghazi Amnaye und Hammou Lhedmat. Es ist ihr erster Besuch in Frankreich seit dem Kriegsende und sie erfahren dabei, dass sie als Kriegsteilnehmer das Recht auf französische Pensionszahlungen hätten, wenn sie mindestens neun von zwölf Monaten im Jahr in Frankreich

### Französische Kolonialbehörden ließen Tausende algerische ZivilistInnen niedermetzeln

lebten. So landen sie schließlich in einem der trostlosen Heime in Südfrankreich, in denen Dutzende alte Kämpfer aus Nordafrika verbittert und isoliert die Zeit totschlagen, um französische Kriegsrenten zu beziehen und ihren Familien zu Hause damit das Überleben sichern zu können. Der Film zeichnet sich dadurch aus, dass er nicht wie manche andere lediglich »Talking Heads« präsentiert, sondern den Protagonisten in Form eines Roadmovies bei ihrer Reise durch Frankreich folgt und dabei

auch ihre spontanen Dialoge untereinander einfängt. Die Verbitterung der alten Männer über die »Undankbarkeit« der Kolonialmacht kommt dadurch umso deutlicher zum Ausdruck.

Brutalster Ausdruck der »Undankbarkeit« seitens des Freien Frankreich waren die Ereignisse rund um den 8. Mai 1945, den Tag des Kriegsendes in Europa, in der französischen Kolonie Algerien. Dort ließen die französischen Kolonialbehörden Tausende algerische ZivilistInnen niedermetzeln, nur weil diese nach

der Befreiung Frankreichs auch Freiheit für ihr Land gefordert und bei Umzügen in Städten wie Sétif und Constantine neben französischen auch algerische Fahnen mitgeführt hatten.

Inzwischen liegen nicht nur detaillierte historische Forschungsarbeiten über dieses französische Kolonialverbrechen vor, sondern auch mehrere aufrüttelnde Dokumentarfilme. Dazu gehört **Mémoires du 8 Mai 1945** von Mariem Hamidat und François Nemeta, in dem neben anderen Larbi Djamaï als Zeuge zu Wort kommt. Er wurde im Mai 1945 von den Franzosen inhaftiert und blieb bis zur Unabhängigkeit Algeriens 17 Jahre lang in Haft. Djamaï erzählt, dass französische Milizen in den Tagen nach dem 8. Mai 1945 durch algerische Dörfer zogen und dort »Gruppen von jeweils 25 Männern zusammen trieben«, sie Gräber ausheben ließen und dann eine Gruppe nach der anderen massakrierten. »Die Leichen wurden in den Gruben übereinander gestapelt.«

### Jagd auf Freiheitskämpfer

- Die Dokumentation **L'autre 8 Mai 1945 – Aux Origines de la guerre d'Algérie** von

## Francos afrikanische Söldner Marokkaner im Spanischen Bürgerkrieg

von Karl Rössel

► »Es überrascht, dass Franco als Symbol für seinen Sieg ein Kreuz wählte«, sagt der spanische Schriftsteller José María Ridao in dem Dokumentarfilm **Die Vergessenen** (»Los Perdedores«). Schließlich habe der Aufstand des faschistischen Putschgenerals Francisco Franco »in Marokko« begonnen, »auf islamischem Boden«. Und in seinem von 1936 bis 1939 geführten Krieg gegen die Spanische Republik sei Franco »auf die Unterstützung muslimischer Truppen« angewiesen gewesen. Doch nach Kriegsende, so heißt es in dem Film weiter, habe die spanische Rechte, deren »Hass gegen Muslime und Juden Tradition« sei, den entscheidenden Beitrag Zehntausender nordafrikanischer Soldaten zu Francos Sieg über die Republikaner verdrängt und verleugnet.

Im Film ist das gigantische Kreuz zu sehen, das Franco nach dem Krieg »von republikanischen Gefangenen in Zwangsarbeit« im Gebirge von Guadarrama über einer pompösen »Gedenkstätte für die Gefallenen« errichten ließ. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, dass im spanischen Bürgerkrieg Christen gegen »marxistische Atheisten« den Sieg errungen hätten. Wie der Journalist und Umweltaktivist Antonio Rodríguez bezeugt, sei jedoch selbst »die mythenbeladene Gegend

von Covadonga« in Asturien, die seit einer Schlacht im 8. Jahrhundert in der spanischen Geschichtsschreibung »als Symbol für den Sieg der Christen über die Muslime« glorifiziert werde, im spanischen Bürgerkrieg »von muslimischen Truppen eingenommen worden«. Um die letzte Erinnerung daran auszulöschen, solle der muslimische Friedhof von Covadonga einem Golfplatz weichen: »Wir erhielten die erstaunliche Auskunft, dass das spanische Gesetz, das christliche Friedhöfe schützt, für den muslimischen Friedhof nicht gelte.«

Verweise wie diese auf Zusammenhänge von rassistischen Traditionen zu politischen Auseinandersetzungen im heutigen Spanien zeichnen den Dokumentarfilm des im nordafrikanischen Melilla geborenen Regisseurs Driss Deiback aus. Mit eindrucksvollen Archivaufnahmen und Zeitzeugen erinnert er an die verdrängte Geschichte der afrikanischen Kolonialsoldaten im Spanischen Bürgerkrieg. Allein im Militärarchiv von Tetuan, einer Stadt im Norden Marokkos, lagern – wie im Film zu sehen ist – »90.000 Akten ehemaliger marokkanischer Kämpfer«. Nach Aussage des Archivars Mustapha El Merroun wurden die Kämpfer »in deutschen Flugzeugen der Marke Junkers 52« vom Flughafen in Tetuan nach

Spanien geflogen und dort »ohne jede Ahnung und militärische Ausbildung... als Kanonenfutter an vorderste Front geschickt«. Francos Rekruteure boten den meist in Armut lebenden Männern »zwei Monatslöhne im Voraus sowie Zucker und Öl«. Und man sagte ihnen: »Wenn die Republikaner den Krieg gewinnen, kommen sie nach Marokko, stecken eure Moscheen in Brand und vergewaltigen eure Frauen.« Trotzdem folgten längst nicht alle »aus freiem Willen... dem Hilferuf des Abendlandes«, wie es in einem faschistischen Wochenschau-Beitrag tönt. Kriegsveteranen wie Hammou El Houcine bezeugen, dass Francos Schergen »aus allen Dörfern der Rif-Region... Männer mit Gewalt« verschleppten, darunter auch zahllose Minderjährige: »Sie fälschten einfach das Alter der Rekruten.«

Tatsächlich hätte Francos Putsch gegen die Spanische Republik ohne seine afrikanischen Truppen kaum Erfolg gehabt. Seine Ausgangsbasis war das »Spanische Protektorat« im Norden Marokkos, das in den 1920er Jahren in einem grausamen Krieg unterjocht worden war. Seitdem verstanden sich die an diesem Feldzug beteiligten »Helden des Afrikakrieges«, auch »Africanistas« genannt, als Elite der spanischen Armee. Nicht nur in den Ko-

Yasmina Adi zeigt, dass die französische Kolonialverwaltung allein in der Provinz um Sétif 40.000 Soldaten mobilisierte, um die Unabhängigkeitsforderungen der AlgerierInnen bei den Feierlichkeiten zum Kriegsende zu ersticken. Wie die historischen Archivaufnahmen zeigen, waren darunter auch zahlreiche Marokkaner und schwarze Soldaten aus dem Senegal, die nach der Befreiung Frankreichs von deutscher Besatzung unter französischem Befehl Jagd auf algerische Freiheitskämpfer machten. Laut Landrum Bolling, der damals als US-Korrespondent vor Ort war, flog die französische Luftwaffe mindestens 300 Bombenangriffe auf algerische Ortschaften, und noch 30 Kilometer außerhalb von Sétif sah er »brennende Dörfer«. Selbst in offiziellen Unterlagen der US-Botschaft in Algerien war von »17.000 Toten« die Rede. Algerische Quellen nennen noch weitaus höhere Opferzahlen.

Eindringliche Aussagen von Zeitzeugen liefert auch der Film *Les Massacres de Sétif, un certain 8 Mai 1945* (Die Massaker von Sétif – Ein anderer 8. Mai) (\*) von Mehdi Lallaoui und Bernard Langlois. Sie beschreiben, dass viele algerische Soldaten, die für die Be-

freiung Europas gekämpft hatten, ihre Familien nicht mehr wieder fanden, als sie Ende Mai 1945 aus dem Krieg zurückkehrten. So auch Lounés Hanouze: »Als ich in Kerrata ankam, stand da eine lange Schlange von Menschen. Sie wollten mir etwas sagen, aber sie weinten. Ich fragte: „Wo sind meine Leute. Wo ist mein Vater?“ Schließlich erklärte man mir: „Man hat sie zuerst auf einem Lastwagen gesehen. Dann wurden sie zur Schlucht von Kerrata gebracht.“ Dort, an der Brücke – sie heißt heute Hanouze-Brücke –, wurden mein Vater und meine Brüder vor die Wahl gestellt: Sollen wir mit ihm beginnen oder mit Euch? Ich glaube, mein Vater wurde als erster erschossen. Wir kommen aus dem Krieg zurück und unsere Familien sind füsiliert. Das kann man nicht vergessen.«

Wie der Film zeigt, hinterließen die französischen Mörder in der Schlucht von Kerrata noch stolz ihre Spuren. In meterhohen Lettern steht dort in eine Felswand eingemeißelt: »Légion Etrangère Français – 8 Mai 1945«. Seit der Unabhängigkeit ist die Straße in Sétif, in der die ersten Schüsse fielen, nach dem 8. Mai 1945 benannt. An der Wand vor dem ehemaligen »Café de France« erinnert

eine Gedenktafel an den »ersten Märtyrer, Saal Bouzid«, der hier erschossen wurde. Und neben einem verfallenen Kalkofen in der Region Sétif steht die arabische Inschrift: »Diesen Ofen benutzten die Franzosen, um die Leichen der Märtyrer vom 8. Mai 1945 zu verbrennen. Er zeugt von den Gräueln und erzählt den künftigen Generationen die Geschichte der Freiheit: „Sie ist meine Braut, aber ihre Mitgift ist Blut.“«

*Die mit (\*) markierten Filme können bei Recherche International e.V. auf DVD für öffentliche Aufführungen ausgeliehen werden, die meisten mit deutschen Untertiteln. Die Kontaktadresse und Hinweise auf weitere Filme zum Thema stehen auf der Webseite des Ausstellungsprojekts »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« ([www.3www2.de](http://www.3www2.de)).*

► **Karl Rössel** ist Mitarbeiter von Recherche International e.V. und Ko-Autor der Unterrichtsmaterialien »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« (Köln 2008. Eine Neuauflage erscheint im Frühjahr 2012).

Ionien, sondern auch in Spanien selbst gingen sie rücksichtslos gegen politische Gegner vor. 1934 schlug Franco einen Arbeiteraufstand in Asturien mit solcher Brutalität nieder, dass die republikanische Regierung ihn auf die Kanarischen Inseln versetzte. Doch dort konnte er mit Generälen des spanischen Kolonialheeres seinen Putsch vorbereiten. Von Las Palmas aus setzte er am 18. Juli 1936 mit einer gekaperten Lufthansa-Maschine nach Tétuan über, der Hauptstadt »Spanisch-Marokkos«, um dort Soldaten für seinen Feldzug bis Madrid zu rekrutieren.

Selbst Francos Leibgarde bestand aus »Moros«, wie die maurischen Soldaten genannt wurden. Hattar Mohamed war einer von ihnen. Im Bürgerkrieg »von einer Kugel im Mund getroffen und viermal operiert«, erhielt er für seine Einsätze »neun Orden«, die er vor der Kamera stolz präsentierte. Aber nach Kriegsende wurde er »von Spanien rausgeworfen und vergessen«. Fast alle der im Film interviewten marokkanischen Veteranen fühlen sich von Franco »missbraucht und verraten«, da sie vom spanischen Staat entweder gar keine oder nur lächerliche Renten in Höhe von 4 bis 5 Euro im Monat beziehen. Die Historikerin Rosa María de Madariaga erklärt das damit, dass die nordafrikanischen Veteranen in Spanien keine Lobby hätten: »Die spanische Rechte stört, dass Muslime zu ihrem

Sieg beigetragen haben, die spanische Linke, dass Muslime den Rechten zum Sieg verholfen haben.«

»Wenn ich gewusst hätte, was ich heute weiß«, sagt einer der marokkanischen Zeitzeugen in dem Film, »wäre ich zu den Republikanern übergegangen«. Anderen wie Ben Trieb sind »die Roten« bis heute unheimlich, weil sie »nicht zwischen Männern und Frauen unterschieden«: »Was für eine Demütigung und Schande, Frauen im Schützengraben gegenüberzustehen«. Es gab somit auch politische Gemeinsamkeiten von »Moros« mit Franquisten.

Dabei standen ihnen in den Schützengräben auch Hunderte

MarokkanerInnen und Freiwillige aus anderen arabischen Ländern gegenüber, wie etwa der Algerier Rabah Oussighoum, der zu den internationalen Brigaden ging, »um zu zeigen, dass nicht alle Araber Faschisten sind«. Mit ihm kämpften zahlreiche Lateinamerikaner sowie Araber und Juden aus dem Nahen Osten auf Seiten der RepublikanerInnen. Insgesamt meldeten sich 7.000 jüdische KämpferInnen zu den Brigaden, 300 davon aus Palästina. An deren Einsätze erinnert der israelische Dokumentarfilm *Madrid before Haifa* von Eran Torbiner. Die jüdischen Interviewpartner sahen voraus, dass in Spanien eine entscheidende Schlacht auch gegen die

deutschen und italienischen Faschisten geführt wurde. Deshalb war ihnen – wie es der Titel des Films ausdrückt – die Verteidigung des republikanischen Madrids damals wichtiger als der Aufbau eines Kibbuz im palästinensischen Hanita.

Nach ihrer Niederlage 1939 erhielt Nordafrika auch für die republikanischen Spanien-KämpferInnen eine große Bedeutung: als Fluchtpunkt. Tausende Männer, Frauen und Kinder versuchten damals, Spanien zu verlassen. Die französischen Kolonialbehörden in Algerien nahmen einige von ihnen auf. Für seine Dokumentation *Dans le silence, je sens rouler la terre* machte sich der Algerier Mohamed Lakhdar Tati auf die Suche nach Spuren der Camps, in denen die republikanischen Flüchtlinge 1939 landeten. Aber diese sind in Algerien heute ebenso vergessen wie die Tatsache, dass die Spanienkämpfer dort in der Falle saßen, als das mit den Nazis kollaborierende Vichy-Regime 1940 die Verwaltung der französischen Kolonien übernahm.

Fortan kontrollierten die faschistischen Achsenmächte den Maghreb, vom französischen Protektorat Marokko bis zur italienischen Kolonie Libyen. Sie errichteten dort mehr als hundert Lager für Oppositionelle aus der Region, für nordafrikanische Juden (von denen etwa 5.000 umkamen) und ehemalige Spanienkämpfer. Ihre Wächter und Folterer waren meist arabische Freiwillige. Aber daran mag sich – wie Tatis Film zeigt – in Algerien heute niemand erinnern.

### Es gab politische Gemeinsamkeiten zwischen »Moros« und Franquisten



Terminologie der Rasseforschung im frühen 20. Jahrhundert

Foto: R. Magg

## Schädelrassen oder Rassetyphen? Ein Paradigmenwechsel im wissenschaftlichen Rassismus

Bis etwa 1900 teilte die Physische Anthropologie Menschen anhand weniger Merkmale in »Rassen« ein. Der Befund von »langschädeligen« und »rundköpfigen« Menschen galt dabei als Nachweis. Das Aufkommen der ‚menschlichen Erblehre‘ hatte jedoch ab den 1920er Jahren einen anders orientierten wissenschaftlichen Rassismus zur Folge.

von Christoph Seidler

► Im Jahr 1914 erschienen im Band 16 der *Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie* zwei Studien. Die eine beschäftigte sich mit »38 Kehlköpfen von Hottentotten und 12 von Hereros«, die durch die »Gelegenheit der Afrika-Wirren« ihren Weg in die Sammlung der Berliner Charité gefunden hatten. Die andere handelte von »Rassenanatomischen Untersuchungen an 17 Hottentottenköpfen«, die »von Gefangenen aus dem Aufstande in Deutsch-Südwest-Afrika im Jahre 1904« stammten, welche »auf der Haifisch-Insel interniert und dort an Krankheiten, meist an Skorbut, gestorben« seien. Erfreut über das reichhaltige »Material« begaben sich die Wissenschaftler an zwei Hauptfragen. Zum ersten ging es um den »rassenanatomischen Vergleich« von Gesichtsmuskulatur und Kehlköpfen bei Menschen unterschiedlicher Hautfarbe. Zum zweiten um die »Bewertung mit Hilfe der vergleichenden Betrachtung«.

Doch die vergleichende Bewertung machte Schwierigkeiten. So ergab die Untersuchung der Gesichtsmuskulatur lediglich, »dass auch bei fremden Rassen die Schwankungsbreite

nicht unbeträchtlich ist«. Ein »beweiskräftiges Urteil darüber, ob die Hottentotten in Bezug auf ihre Gesichtsmuskulatur einen niedereren Zustand darstellen als der Weiße«, sei »zur Zeit nicht möglich«. Dafür sei etwa »das bisher untersuchte Material fremder Rassenzugehörigkeit immer noch zu klein und zu ungleich«. Unbeirrt konstatierten jedoch beide Autoren »zweifellose Rassenunterschiede«, wobei »Grad, Breite und Richtung der Variation«, wie allgemein wissenschaftlich üblich, »weiteren Untersuchungen vorbehalten« sein sollten.

### Rassenforschung im Wandel

► Weiteren Studien dieser Art stand jedoch ein innerwissenschaftlicher Paradigmenwechsel entgegen, der auf die 1913 veröffentlichte Studie des Freiburger Anthropologen Eugen Fischer (1874-1967) über »Die Rehobother Bastards und das Bastardisierungsproblem beim Menschen« zurück zu führen ist. Fischer hatte für diese Studie acht Wochen im südwestafrikanischen Rehoboth eine »Mischbevölkerung« untersucht, die aus Ehen zwischen

Buren und »Hottentotten« hervorgegangen war. Fischers Buch ist oft und zu Recht zitiert worden, um den wissenschaftlichen Rassismus deutlich zu machen, der die Strukturen kolonialer Unterdrückung legitimierte. Dafür stehen insbesondere Fischers Formulierungen, die »Bastards« seien »kulturell, nach geistiger Leistungsfähigkeit gegen die reinen Weißen *minderwertig*«, und noch »jedes europäische Volk« hätte eine Vermischung mit derart »minderwertigen Elementen« mit »geistigem und kulturellem Niedergang« gebüßt.

Jenseits der Kolonialapologie war diese Studie innerfachlich in zweierlei Hinsicht von großer Bedeutung. Das Ergebnis, dass menschliche »Rassen« sich nach Mendelschen Regeln genauso kreuzen wie zahllose Tier- und Pflanzenrasen« hatte zur Folge, dass nur noch diejenigen menschlichen Merkmale als »Rassenmerkmale« angenommen wurden, die vererbt waren. Konsequent initiierte Fischer bis etwa 1925 ein Forschungsprogramm, das eine menschliche »Erblichkeitslehre« inthronisieren wollte. Zum anderen legte die Studie den Schluss nahe, dass sich nicht nur körperliche Eigenschaften mendelnd vererben, sondern auch »geistige Rassenmerkmale«. Deren Erforschung sei zwar »unendlich schwierig«, notierte Fischers Schüler Wilhelm Mühlmann im Jahr 1927. Doch gerade hier sah er das Kennzeichen einer »modernen Anthropologie«, die sich von der »älteren physischen Anthropologie« dadurch abhebe, dass sie sich »nicht mehr scheute, über geistige Dinge mitzureden«.

Bereits 1913 hatte eine Studie des deutsch-jüdischen Anthropologen Franz Boas zudem sämtliche taxonomische Grundannahmen der biometrischen anthropologischen »Rassenforschung« erschüttert. Boas hatte über fünf Jahre hinweg die Köpfe von 18.000 amerikanischen EinwanderInnen verschiedener Herkunft vermessen und mit den Maßen der nachfolgenden Generation verglichen. Dabei war er zu dem Ergebnis gekommen, dass sich die Kopfformen der Kinder unter dem Einfluss der amerikanischen Umwelt verändert haben. Somit könne von der bislang angenommenen statischen Unveränderlichkeit der »Rassen« keine Rede mehr sein. Die politische Implikation dieses Forschungsergebnisses bestand für Boas in der Ablehnung von rassistisch begründeten Einreiseverboten der amerikanischen Einwanderungsbehörden gegenüber Süd- und OsteuropäerInnen. Eugen Fischer rezipierte Boas' Ergebnisse positiv, wenn auch mit anderen ideologischen Implikationen.

## Abschied von der »Schädelmesserei«?

► Etwa 1926 beauftragte Fischer in Freiburg Wilhelm Mühlmann mit einer klassisch anthropometrisch-craniologischen Untersuchung. Hintergrund waren Gräberfunde, die erbracht hatten, dass die badische Bevölkerung früher erheblich »längere« Köpfe gehabt habe. Der ältere Befund sollte noch einmal untersucht werden, denn die Diagnose einer »Verrundung« von süddeutschen Köpfen hatte rasenpolitische Bedeutung. Für die »nordische Rasse« galten lange Köpfe als charakteristisch. Wäre die süddeutsche Bevölkerung »entnorbert« worden? Mit dem Ergebnis, dass die »Verrundung« der Köpfe auch auf (noch näher zu untersuchende) Umwelteinflüsse zurückgeführt werden könnte, wurde die ältere Hypothese der Abwanderung von »nordischen Langköpfen« revidiert. Die somit flexibel gewordene Schädelform war dadurch allerdings für eine Definition menschlicher »Rassen« völlig unbrauchbar geworden. In der Folge entstand ein zunehmend dynamischer »Rasse«-Begriff, der sich von statischen »Systemrassen« weg bewegte und sich Prozesse der »Rassenbildung« vorstellte.

Mühlmann rezipierte die Situation innerhalb der deutschen Anthropologie Mitte der 1920er Jahre denn auch als Krise. Die Erkenntnis der Plastizität menschlicher Schädel habe, in Verbindung mit der Wirkung des Vererbungsprinzips auf die »Rassenkunde«, das Abrücken von der älteren, formenkundlich-anatomischen Richtung bewirkt. Fischer habe in der Rehbother Studie nachgewiesen, dass »Hautfarbe, Haarfarbe, Nasenform u.a.« durch Erbfaktoren bestimmt seien; das »Wesen des Rassischen« sei mithin in der Erblichkeit zu suchen. Nun müsse »alles, was bis jetzt als Rassenmerkmal galt, auf seine Erblichkeit hin untersucht werden«. Das Gefühl, die Rassen-

forschung sei in einem definitorischen »circulus vitiosus« gefangen, führte jedoch keineswegs zur Einsicht, dass die Kategorie der menschlichen »Rasse« eine Chimäre darstellt. Vielmehr trennten sich nun die Wege.

## Fischers Anthropobiologie

► Als neu berufener Direktor des Berliner Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik (KWI) unterstrich Eugen Fischer in seiner Antrittsrede 1927, dass nun, da »Anthropologie und Erblichkeitslehre untrennbar voneinander geworden« seien, »alle Probleme des problematischen Begriffs Rassenkunde im allgemeinsten Sinne« erforscht werden sollen. Wenn, wie Fischer betonte, »bei der Ausgestaltung des Menschen«, der *Phänogenese*, neben der Vererbung auch die Umwelt wirksam sei, musste die Forschung zum *Genotypus* vordringen, um Menschen in Rassen einzuteilen. Mit »Schädelmesserei«, so Fischer, werde sich sein Institut nun nicht mehr abgeben.

Das Kraftwort unterstreicht die Abkehr von der klassischen Anthropologie, die spätestens 1890 in eine »Sackgasse« geraten sei, als der ungarische Anthropologe von Török für den Versuch, »lange« von »runden« Menschenschädeln zu unterscheiden, über 5.000 Messpunkte festgelegt hatte. Die »metrische Scheinexactheit« sage über das »Wesen« der »Rassen« nichts aus. Diese glaubte Fischer nun auf dem Weg der Erbbiologie in den Griff zu bekommen – was nicht hieß, dass er auf Forschungen an menschlichen Schädeln ganz verzichtet hätte. Diese Studien standen dann allerdings unter zunehmend genetischen Fragestellungen, insbesondere nach dem Verhältnis von »Erbe« und »Umwelt«.

Fischers Institut ist dabei ein Sinnbild jener »angewandten Rassenforschung«, die in der Zeit des Nationalsozialismus massive Unterstützung erhielt. Einerseits fertigte man für das NS-Reichssippenamt »Rassegutachten« an, die aus dem Blickwinkel der oben umrissten Phänogenetik oberflächlich erscheinen mussten. Andererseits suchte man effizientere Rassentests zu entwickeln, wofür man, da das Genom (noch) nicht greifbar war, über Chromosomen, Enzyme, Hormone und insbesondere das Bluteiweiß spekulierte und entsprechende Forschungsprojekte auf den Weg brachte. Das dafür benötigte »Material« an Blutproben bezogen die Forscher des KWI aus deutschen Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagern – wie auch dasjenige für ihre »Zwillingsforschung«, mittels derer das Verhältnis von Erbe und Umwelt geklärt werden sollte. »Minderwertigkeit« begründete das Institut währenddessen mit Hilfe erbbiologischer Termini. So stellten Fischer und an-

dere in einem Gutachten über die sogenannten »Rheinlandbastarde« – Kinder deutscher Frauen und afrikanischer Soldaten der französischen Armee – 1934 eine angeblich »minderwertige geistige und seelische Veranlagung« der Betroffenen fest, was 1937 zur Zwangssterilisation von 400 Kindern führte.

## Ungeordnetes Vergessen

► Nicht alle Anthropologen wollten allerdings diesen Weg hin zur »Erblichkeitsforschung« mitgehen. So argumentierte der Anthropologe Walter Scheidt (wie auch Wilhelm Mühlmann), dass bei der Frage nach der »Ausprägung des menschlichen Phänotypus« die soziale Auslese die entscheidende Rolle spiele. »Ausleevorgänge« könnte man aber nur am »lebenden Menschen« und in der Umwelt studieren, keinesfalls an der Erbmasse.

Gleichzeitig blieb jedoch der »Schädelindex« eine Grundlage für die verbreiteten Rassenbilder. Fischers Konkurrent Egon Freiherr von Eickstedt glaubte mit seiner Hilfe in Europa »nordische« von »ostischen« oder »mediterranen« Menschen unterscheiden zu können – Juden hingegen stellte er als »nicht immer meßbaren, aber anhand von Gesichtsausdruck und Gesichtszügen schon mit flüchtigem Blick erkennbaren Typus« dar. In Afrika illustrierte er mittels anthropologischer »Schädel-Index-Karten« den angeblich kulturbringen- den Einfluss »langschädeliger« Bevölkerungsgruppen. Doch galt dies bereits als »hypothetische Klassifikation«; denn »diese Neger«, so hieß es 1936 in der »Völkerkunde von Afrika« des Fischer-Schülers Hermann Baumann, seien »anthropologisch noch zu wenig untersucht« um allein auf dieser Grundlage eine scharf abgrenzbare »Rassengliederung« erarbeiten zu können.

## Von Kronzeugen wurden die Schädel zu Randnotizen des Rassismus

Die hier nur angedeuteten Forschungsansätze innerhalb der deutschen Anthropologie in der Zeit nach der »Schädelmesserei« mögen erhellen, warum die zu Zeiten des deutschen Kolonialismus gesammelten Körperteile sukzessive in den universitären Archiven einem anscheinend ungeordneten Vergessen anheim fielen. Von Kronzeugen wurden sie zu Randnotizen im wissenschaftlichen Rassismus der deutschen Anthropologie.

## Literatur

- Hans-Walter Schmuohl (Hg.) (2009): Kulturrelativismus und Antirassismus. Bielefeld.
- Ders. (Hg.) (2003): Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933. Göttingen.

► Christoph Seidler ist Historiker und lebt in Freiburg.



Bilder einer Bewegung (II): Kundgebung der Hamas in Gaza 1996

Foto: R.Maro/version-foto.de

# Die Drohung des Ummasozialismus

## Islamismus in der globalen postnazistischen Konstellation

von Stephan Grigat

► Einst war der Hinweis, man solle nicht jedes Gemetzel in der Weltgeschichte als Holocaust und nicht jedes autoritäre Regime als faschistisch bezeichnen, ein berechtigter Einwand gegen die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen. Doch heute sind die Warnungen vor einer ‚Inflationierung des Faschismusbegriffs‘ und einer ‚Instrumentalisierung der Shoah‘ Floskeln geworden, welche die Verharmlosung und Verdrängung aktueller Gefahren befördern – allen voran jenen, die vom iranischen Regime ausgehen.

### Gemeinschaft der Märtyrer

► Was das iranische Regime auch von anderen islamisch geprägten Despotien unterscheidet, ist die Kombination aus einer messianistisch-apokalyptischen, um den Mahdi-Glauben<sup>1</sup> zentrierten islamistischen Ideologie, Antisemitismus und dem Streben nach der Technologie der Massenvernichtung. Ganz wie den Nazis, nur deutlich weniger erfolgreich, geht es solchen Islamisten nicht einfach um die Indienstnahme eines Staatsvolks zum Zwecke von Ausbeutung und Herrschaft, sondern um die Konstitution einer »Gemeinschaft, die das Märtyrertum be-

grüßt«, wie Khomeini es formulierte. Trotz aller bestehenden gravierenden Unterschiede hinsichtlich des historischen Kontexts, der ideologisch-politischen Begründungszusammenhänge, der ökonomischen und politischen Struktur sowie der militärischen Schlagkraft, ähnelt die *Feindbestimmung* dieses Regimes jener des Nationalsozialismus – mit seinem Hass auf Kommunismus und Materialismus, Liberalität und westlicher »Plutokratie«, Individualität, Emanzipation und Zionismus.

Das gilt in ähnlicher Weise für die zentralen Ausprägungen des sunnitischen Islamismus. Yusuf al-Qaradawi, als Fernsehprediger auf Al Jazeera und Vorsitzender des European Council for Fatwa and Research gegenwärtig einer der einflussreichsten Vordenker des sunnitischen Islam, hält sich im Gegensatz zum iranischen Regime nicht lange mit der Leugnung des Holocaust auf, sondern erklärt ihn für vorbildlich: Hitler sei die »gerechte Strafe Allahs für die Juden« gewesen und in der Zukunft sollten die Muslime selbst Hand anlegen: »So Gott will, wird das nächste Mal diese Strafe durch die Hand der Gläubigen erfolgen.« Die ägyptische Muslimbrüderchaft, aus der al-Qaradawi stammt und die für fast alle späteren Richtungen des radikalen Islam einschließ-

lich der schiitischen prägend war, entstand nahezu zeitgleich mit den faschistischen Massenbewegungen in Europa. Der sprunghafte Anstieg ihrer Mitglieder resultierte Anfang der 1930er Jahre ganz so wie beim europäischen Faschismus und Nationalsozialismus aus einer massenhaften wahnhaft projektiven Reaktionsweise auf die hereinbrechende krisenhafte kapitalistische Moderne.

Auch wenn die politische Programmatik mit den religiösen Schriften des Islam legitimiert wurde und sich beispielsweise hinsichtlich Sexualmoral und Geschlechterpolitik von Faschismus und Nationalsozialismus unterschied, glich sie doch in zentralen politökonomischen Punkten jener der radikalen Rechten in Europa: Ablehnung von Parlamentarismus und Parteidemokratie, Kampf gegen Liberalismus und Marxismus, Abschaffung des Zinses, Proklamierung einer Gemeinschaft von Kapital und Arbeit, zu deren Verteidigung gegen die sie angeblich zerstörenden Kräfte der als jüdisch gebrandmarkten Abstraktion man angetreten war. Hassan al-Bannas Buch »Todesindustrie« von 1938 oder Sayyid Qutbs »Unser Kampf mit den Juden« von 1950 sind in zahlreichen Punkten kompatibel mit der NS-Ideologie,

insbesondere hinsichtlich Opferbereitschaft, Todeskult und Antisemitismus. Und sie waren und sind keine Pamphlete isolierter Spinner, sondern fanden und finden im arabischen Raum und in islamisch dominierten Ländern Verbreitung in Millionenauflagen.

## Was wird verharmlost?

► Der Begriff des »Islamfaschismus« führt heute insbesondere bei Linken zu reflexhaften Abwehrreaktionen, die darin stets einen »Kampfbegriff der Neokonservativen« wittern. Doch wurde er gerade von linken Gegnern der Revolution Khomeinis bereits 1979 verwendet. Überraschend wäre eher gewesen, wenn sie *nicht* auf diesen Begriff verfallen wären – angesichts einer antisemitischen Massenbewegung mit ausgeprägtem Führerkult, die eine Märtyrerideologie proklamiert, permanente Kampagnen gegen ‚Schädlinge am großen Ganzen‘ initiiert, hemmungslos brutale Gewalt gegen politische Gegner zur Anwendung bringt und einen »Dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Ost und West beschwört.

Doch keineswegs nur in Bezug auf den Iran und unabhängig von der Diskussion, wie sinnvoll es jenseits einer ebenso berechtigten wie notwendigen Polemik ist, von »Islam-Nazis« oder »Islam-Faschisten« zu sprechen, stellt sich die Frage, wie Gruppierungen adäquat bezeichnet werden sollen, die vermeintliche und tatsächliche Abweichler, Kommunisten, emanzipierte Frauen, Liberale, Homosexuelle und Juden hassen; die Israel erklärtermaßen zerstören möchten und hinter allem als schlecht oder bedrohlich Wahrgenommenem ein ‚jüdisches Prinzip‘ wittern; die einem Kult des Todes huldigen, deren Vorläufer enge Kontakte und freundschaftliche Beziehungen zu Nazi-Deutschland unterhalten haben, die die »Protokolle der Weisen von Zion« als Lektüre schätzen, und, im Fall der Hisbollah, bis heute gerne mit dem Hitlergruß aufmarschieren?

Angesichts der zentralen Rolle, die der Antisemitismus in allen Strömungen des Islamismus spielt, wäre zu fragen, ob der Begriff des *Islamfaschismus* nicht bereits zur Verharmlung tendiert und es vielmehr darum ginge, die Verwandtschaft mit der Nazi-Ideologie stärker herauszustellen. In keiner anderen politischen Bewegung und Ideologie ist der eliminatorische Antisemitismus als eines der zentralen Elemente der Nazi-Ideologie gegenwärtig so präsent und massenwirksam wie in den unterschiedlichen Ausprägungen des Islamismus. Insofern wundert es überhaupt nicht, dass die überwiegende Mehrheit der europäischen Nazi-Szene zu den neidvollen Bewunderern von Gruppierungen wie der Hisbollah oder Regimes wie dem iranischen gehört.

Niemand leugnet die offenkundigen Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus an der Macht und der islamistischen oder

auch arabisch-nationalistischen Mobilmachung (die in Ägypten gerade wieder an Aktualität gewinnt und deren historische Führungsfigur Gamal Abdel Nasser sich bezüglich des Antisemitismus kaum von seinen radikal-islamistischen anfänglichen Verbündeten und späteren Konkurrenten unterschied). Die Unterstellung, konsequente Kritiker des Islamismus würden ihn mit dem Nationalsozialismus einfach in eins setzen, ist ein billiger Propagandatrick, der insbesondere bei den linken Verharmlosern der islamistischen Mobilmachung und des orthodox-konservativen Mainstream-Islams beliebt ist. Der Anspruch besteht gerade darin, sowohl Gemeinsamkeiten als auch Differenzen zwischen deutsch-völkischer und islamisch-djihadistischer Erweckungsbewegung herauszuarbeiten, ohne durch den Verweis auf die selbstverständlich existierenden Unterschiede Letztere zu verharmlosen.

So man nicht von einem islamistischen Nazismus sprechen möchte, wäre eine treffende Bezeichnung für viele Ausprägungen des Islamismus eventuell der Begriff Umma-sozialismus. Er signalisiert sowohl eine Anlehnung als auch eine Abgrenzung der Djihadisten zum nationalsozialistischen Vorbild, impliziert die wohlfahrtsstaatlichen Elemente der islamistischen Ideologie mit ihrer Almosenökonomie, der Gemeinwohlverpflichtung und dem Ressentiment gegenüber dem Zins, wie es schon für diverse frühsozialistische Entwürfe charakteristisch war, bringt also den kapitalistischen Antikapitalismus zumindest zur Sprache, verweist aber auch auf die Umma als antinationales Projekt einer Gemeinschaft aller Muslime, das zugleich auf Unterschiede zur Rassenkonstruktion der Nazis verweist. Der antinationale Aspekt, der bestimmte Ausprägungen des Islamismus deutlich vom germanisch-deutschnationalen Größenwahn der Nazis unterscheidet, kommt bei Khomeini besonders deutlich zum Ausdruck, der davon sprach, der Iran könne ruhig »in Rauch aufgehen, wenn nur der Islam im Rest der Welt triumphiert.«

## NGOs der Vernichtung

► Einwände gegen Versuche, Gemeinsamkeiten des Islamismus oder des arabischen Nationalismus mit dem Nationalsozialismus herauszuarbeiten, die darauf hinweisen, dass weder Hamas, Hisbollah oder Al Kaida noch die baathistischen Rackets in Syrien, sudanesische Reitermilizen oder das iranische Regime über einen industrialisierten und hochgerüsteten Nationalstaat verfügen, sprechen das Offensichtliche aus und erkennen doch zugleich die aktuellen Gefahren im globalisierten Postnazismus. Das Gefährliche in der heutigen Situation besteht gerade darin, dass sich zum

schlanken Staat der Elendsverwaltung die Selbstdomänen mit ihrem Outsourcing der Vernichtung und der Individualisierung des Faschismus gesellen.

Gerhard Scheit hat das auf den Punkt gebracht, als er vor fast zehn Jahren angesichts der antisemitischen Massaker in der Zweiten Intifada schrieb: »Was einmal als totaler Staat behauptet werden konnte, ist in den Rackets aufbewahrt [...] – sei's von Hisbollah, Hamas, Al-Qaida oder wie diese NGOs der Vernichtung

In keiner anderen politischen Bewegung ist der Antisemitismus gegenwärtig so präsent

alle heißen. Soweit sich die Rackets überhaupt zum Gewaltmonopol des Staats zusammenschließen [...], fehlt ihnen das ökonomische Potential, die Vernichtungsanstrengung als Staat nach außen hin fortzusetzen.

[...] Bei einem technischen Standard allerdings, der kleine Massenvernichtungswaffen herzustellen erlaubt, ist dieser [...] Unterschied zum nationalsozialistischen Vernichtungsstaat auf Dauer [...] wenig beruhigend. [...] Wie die Shoah nicht auf die industrielle Menschenvernichtung reduziert werden darf [...], so falsch wäre es, prinzipiell davon auszugehen, dass die Wiederholung von Auschwitz in denselben Formen stattfinden.«

Genau das meinen israelische Autoren unterschiedlichster politischer Couleur, wenn sie angesichts von Äußerungen wie jener von al-Qaradawi auf das massenmörderische Potenzial des Islamismus verweisen, und wenn sie angesichts der iranischen Vernichtungsdrohungen und Atomambitionen vor der Möglichkeit einer zweiten Shoah warnen – einer Möglichkeit, die ohne die tatkräftige Mithilfe des Rechtsnachfolgers des Dritten Reiches wohl kaum in dieser Form bestehen würde.

Nicht nur ist Deutschland nach 1945 ein postfaschistischer Staat, sondern wir leben heute in einer *globalen* postnazistischen Konstellation. Wer den Islamismus in der Welt nach Auschwitz nicht auch vom Nationalsozialismus her denkt, verharmlost ihn bereits.

## Anmerkung

1 Mahdi ist der verborgene 12. schiitische Imam, der einst zurückkehren soll. Laut Verfassung der »Islamischen Republik« ist er, nicht der Oberste Geistliche Führer, das Staatsoberhaupt im Iran. Die »Herrschaft der Rechtsgelehrten« soll durch islamischen Tugend-terror nach Innen und Export der islamischen Revolution seine Rückkehr vorbereiten.

► Stephan Grigat ist Lehrbeauftragter an der Uni Wien und Herausgeber von »Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert« sowie Mitherausgeber von »Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung«.



Kriegsgefangene der Deutschen im Ersten Weltkrieg, vom Fotografen als 'Kulturträger' aus Senegal, Guinea u.a. bezeichnet

Quelle: Recherche International e.V.

1. Senegal  
2. Guinea  
3. Somalia  
4. Tunis  
5. Anam  
6. Sudan  
7. Dahomey

### Die Dritte Welt im Ersten Weltkrieg

► Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht wurde der Erste Weltkrieg nicht nur auf europäischem Boden ausgetragen, sondern zu erheblichen Teilen auch in Afrika, Asien und Ozeanien. Im Einleitungsbeitrag zu unserer Reihe über die »Dritte Welt im Ersten Weltkrieg« stellte Uwe Schulte-Varendorff die Bedeutung der Kolonien

als Schlachtfelder für die Großmächte heraus (in iz3w 338). In der letzten Ausgabe (339) schilderte Tilman Lüdtke die Versuche des Deutschen Reiches, Muslime als Waffenbrüder zu instrumentalisieren.

Im ersten Teil seines Beitrages über Kolonialsoldaten, die von europäischen Mächten einge-

setzt wurden, berichtet Karl Rössel von den zahllosen Opfern, die dies mit sich brachte. Im zweiten Teil (in iz3w 341) wird er die Zwangskonskription von Kolonialsoldaten durch Großbritannien und die Rolle afrikanischer Soldaten in Frankreichs Truppen näher beleuchten.

## »Die Front ist die Hölle«

Im Ersten Weltkrieg wurden Millionen Kolonialsoldaten eingesetzt (Teil I)

von Karl Rössel

► In einer Szene des Theaterstücks »A Nos Morts« der französischen Compagnie »Mémoires Vives«<sup>1</sup> tritt ein Schwarzer mit einer weißen Friedensfahne auf die Bühne. Er spricht zu einem französischen Polizisten, der unsichtbar bleibt, und versucht, diesen davon zu überzeugen, ihn nicht abzuschieben. Dabei verweist er auf ein Buch in seiner Hand, das den Titel trägt »La Force Noir« (Schwarze Streitkräfte). Es erschien 1910 und sein Autor, General Charles Mangin, plädiert darin für die massive Rekrutierung von Soldaten aus den Kolonien für zukünftige Kriege in Europa.

Der Protagonist auf der Bühne fragt den Gendarm: »Wissen Sie, wozu ich heute noch gut bin und was ich in Ihrem schönen ‚blau-weiß-roten‘ Frankreich zu suchen habe?« Und zitiert als Antwort aus dem Buch von General Mangin: »Mit schwarzen Soldaten lassen sich alle Truppenteile aufstocken. Man kann sie als Infanteristen und Kavalleristen einsetzen, sogar auf Kamelen.« General Mangin, so der schwarze Schauspieler weiter, habe genau erkannt, »zu was wir taugen«, nämlich »als Kanonenfutter«. Zitat aus dem Buch Mangins: »Der schwarze Soldat hat ein Nervensystem,

das weniger entwickelt und weniger schmerzempfindlich ist. Er verfügt deshalb über eine beträchtliche Widerstandskraft. Die Unbekümmertheit und der Fatalismus des Schwarzen werden so zu Qualitäten, zumal sein Vertrauen in die Vorgesetzten unerschütterlich ist.«

Der Schwarze auf der Theaterbühne resümiert: »Sie sehen, Herr Gendarm, Sie müssen mich in Ihrem Land lassen. Ich mag zwar nur ein armer Schwarzer sein, aber im Schützengraben ist mein Körper so wirkungsvoll wie Stacheldraht.« Schließlich habe schon General Mangin geschrieben, dass Schwarze Frank-

reich militärisch »noch sehr nützlich sein« könnten: »In zukünftigen Schlachten werden diese Primitiven, für die das Leben nur wenig zählt und deren junges Blut feurig brodelt, als warte es nur darauf, verströmt zu werden, sicher dazu beitragen, die altbewährten ‚französischen Kräfte‘ wieder zu erwecken, falls dies einmal nötig sein sollte.«

## »Die Franzosen haben uns belogen«

► Nur vier Jahre nach Erscheinen des rassistischen Pamphlets von Mangin, mit Beginn des Ersten Weltkriegs, war es dann so weit, wie das Theaterstück »Die vergessenen Befreier« mit Hilfe eindrucksvoller historischer Filmaufnahmen und Fotos von Rekrutierungen in den Kolonien rund um den Globus zeigt: »Sie gehen an Bord der Schiffe in Dakar, Saigon, Haiphong und Saint-Louis im Senegal. In Massen landen sie in Marseille, werden in Frejus gedrillt und dann geht's ab an die Front. Regimenter kommen per Schiff und Zug aus den Kolonien. Allein an der Marne kämpfen mehr als 450.000 Indigene: 150.000 aus Algerien, 140.000 aus Westafrika, 45.000 aus Indochina, 40.000 Tunesier, 35.000 Madagassen, 15.000 Marokkaner.«

Die französischen Befehlshaber versprechen den Kolonialsoldaten: »Wenn Ihr wie wir Euer Blut vergießt, bekommt ihr auch dieselben Rechte.« Auch deshalb schicken afrikanische Dorfchefs und Eltern ihre Söhne in den Krieg. Beispielhaft für diese Haltung ist ein in dem Theaterstück zitiertes Brief vom 21. Juli 1915, versandt von Bouba Diarra aus der malischen Stadt Ségué an seinen Sohn, Senegalschütze Nummer 4053 bei der 8. Kompanie in Menton. Darin heißt es: »Mein lieber Sohn, gehorche Deinen Vorgesetzten und hab' keine Angst. Denk daran, dass Du ausgezogen bist, um zu kämpfen. Zeig' den Franzosen, dass Du sie liebst. Opfere Dich für sie und für uns alle.«

Der Kommentar dazu auf der Theaterbühne ist eindeutig: »Teilnahme am Ersten Weltkrieg, das bedeutet: Industrieller und chemischer Tod, Hölle in den Schützengräben an starren Fronten. Kälte, Schlamm, Hunger, Angst und Spanische Grippe. Gas, Bomben, Männer, die durchdrehen. Die Franzosen haben uns belogen, diese Hundesöh-

ne! Mögen sie an all ihrer Macht verrecken! Die Front ist die Hölle, wüst wie der Mond. Menschen ersticken an Bombensplittern und Schlamm. Frankreich verliert seine Männer und schickt ‚Indigene‘ aus den Kolonien an die Front, rekrutiert in Afrika und Asien, mit Gewalt und leeren Versprechen.« Und in der Schlusszene des Theateraktes über den Ersten Weltkrieg heißt es in einem Lied: »Sie haben aus Frauen Witwen gemacht und aus Kindern

Waisen, die unter Kriegsdenkmälern stehen. Es ist schwer, das alles zu vergessen und sich eine bessere Zukunft vorzustellen.«

Tatsächlich sollte die Zukunft der Kolonisierten, was ihre Kriegseinsätze anging, noch dramatischer ausfallen, denn die Rekrutierungen in den Kolonien waren im Zweiten Weltkrieg noch massenhafter. Kamen im Ersten Weltkrieg etwa eine Millionen Soldaten allein aus Afrika zum Einsatz, so sollten es im Zweiten mehr als doppelt so viele werden.<sup>2</sup>

Auch nach 1945 rekrutierten die Kolonialmächte für ihre Kriege gegen Unabhängigkeitsbewegungen weiterhin Kolonialsoldaten. So schickte zum Beispiel Frankreich zehntausende Westafrikaner in den Algerienkrieg und weitere 60.000 in den Vietnamkrieg. Noch heute lässt Frankreich Kriege, in denen es um die Wahrung seiner wirtschaftlichen und militärischen Interessen geht, nach Möglichkeit von Afrikanern ausfechten – derzeit etwa in Mali.

## »Billiger als europäische Soldaten«

► Die Rekrutierung von Kolonialsoldaten begann bereits lange vor dem Ersten Weltkrieg. Ohne den Einsatz einheimischer Hilfstruppen wäre die Kolonialisierung weiter Teile der Welt durch die europäischen Mächte nicht oder nicht in dem erreichten Ausmaß möglich gewesen. Um in für sie unzugängliches Hinterland jenseits der Küsten einzudringen und profitträchtige Rohstoffe sowie fruchtbare Land aufzuspüren, waren die europäischen Invasoren überall auf ortskundige Helfer angewiesen.

So rekrutierten die britischen Kolonialisten schon bald nach ihrer Landung an der Ostküste Australiens Aborigines als paramilitärische Hilfstruppen. Ohne diese »Black Troopers« wären die europäischen Eindringlinge schon an der Überquerung der schwer zugänglichen Blue Mountains unweit von Sydney gescheitert, hinter denen sich die fruchtbaren Ebenen von New South Wales verbargen. Aborigines wurden als Kundschafter und Fährtenleser eingesetzt, um entflohenen europäischen Sträflinge einzufangen. 1837 fassten die Briten einheimische Hilfspolizisten erstmals zu regulären Einheiten zusammen, den »Native Police Forces«. Diese bestanden

aus jungen Aborigines, die am Rande weißer Siedlungen lebten und ihre bisherigen Lebensformen hatten aufgeben müssen. Geködert mit importierten Waren und ausgestattet mit europäischen Waffen, ließen sie sich dazu bewegen, gegen ihre eigenen Leute Krieg zu führen. Andere gingen zum Militär, um den Frondiensten und Hungerlöhnen auf den Farmen der weißen Siedler zu entfliehen. Selbst wenn ihr Sold im Vergleich zu dem europäi-

schen Soldaten verschwindend gering war, erlaubte er den »Black Troopers« doch eine größere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit als anderen Aborigines.

Die schwarzen Hilfstruppen wurden meist fern von ihrer jeweiligen Herkunftsregion eingesetzt, um Aborigines von ihrem Land zu vertreiben. Dabei machten sich die Briten traditionelle Konflikte unter den Einheimischen zu Nutze. Aborigines waren »billiger« als englische Soldaten. Und die Briten wollten durch die Rekrutierung von Kolonialtruppen Verluste in den eigenen Reihen vermeiden, wie die britische Kolonialverwaltung im australischen Queensland in einem Schreiben an die Regierung in London 1861 freimütig einräumte: »Die nördliche Hälfte von Queensland, in der vor allem feindselige Eingeborene zu finden sind, ist größer als das französische Empire und liegt vollständig in den Tropen. Die Todesträger unter englischen Truppen wäre in diesem Klima nahezu ebenso hoch wie in Indien. [...] Englische Soldaten wären zudem nicht in der Lage, Aborigines zu verfolgen, wenn sie sich in den nahezu undurchdringlichen Busch und Dschungel Nordaustraliens zurückziehen.«<sup>3</sup>

## »Kräftige Menschenstämme«

► Auch Deutschland rekrutierte nicht nur in Afrika, sondern auch in Ozeanien in den drei Jahrzehnten seiner Kolonialherrschaft (von 1884 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914) paramilitärische Hilfs- und Polizeitruppen. Ende des 19. Jahrhunderts verfügte Deutschland mit den Marschall-, Marianen-, Karolinen- und Palau-Inseln, Nauru, Westsamoia, Neuguinea sowie den Salomon-Inseln Bouga und Bougainville über ein Kolonialimperium im Pazifik, das fast sechs Mal so groß war wie das Deutsche Reich. Die deutschen Invasoren raubten Land, zerstörten Gärten, Felder und Wälder, schlachteten Vieh, machten Jagd auf Frauen und zwangen Männer zu Arbeitsdiensten auf Kokosplantagen und zu Militärdiensten.

Schon Adolph von Hansemann, Mitgründer der »Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln zu Hamburg« und Kolonialpropagandist der ersten Stunde, schwärzte davon, dass etwa auf der Insel Neuguinea nicht nur »beste Häfen« sowie eine »erhabene Natur und aller Reichtum der tropischen Vegetation« zu finden seien, sondern auch wehrfähige Männer: »Kräftige Menschenstämme bewohnen die Nordküste... Gerade Deutschland mit der ihm zu Gebote stehenden militärischen Organisationskraft sollte es gelingen, bei Begründung einer Kolonie eingeborene Volksstämme mit kriegerischen Eigenschaften unter Disziplin zu bringen und aus diesen Eigenschaften für das Verteidigungssystem der Kolonie Nutzen zu ziehen.«<sup>4</sup>

Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs gelang es den deutschen Kolonialherren jedoch nicht, einheimische Hilfstruppen in nennenswertem Umfang zu rekrutieren. Australische und britische Truppen konnten deshalb Neuguinea, das Bismarck-Archipel und die Phosphatinsel Nauru einnehmen, ohne auf große Gegenwehr zu stoßen. Soldaten aus Neuseeland besetzten Westsamoan, und auf den von Deutschen besetzten Inseln Mikronesiens im Nordpazifik marschierten japanische Truppen ein.

## »Europäischer Kannibalismus«

► Auch die neuen Herren zwangen die Einheimischen in den vormals deutschen Pazifikkolonien zu Arbeits- und Kriegsdiensten. Die neuseeländische Verwaltung in Samoa regierte mit Ausnahmegesetzen, übernahm die von den Deutschen gebildeten einheimischen Polizeitruppen und neuseeländische Soldaten führten sich auf wie Feudalherren. Sie hielten sich »Black Boys« (Melanesier) als Diener und »Koolis« (Chinesen) als Köche. Neuseeland bildete auf Samoa zudem Kolonialsoldaten aus Tonga, Samoa und von den Cook-Inseln aus und schickte sie mit Einheiten neuseeländischer Maoris auf die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges in Europa.

Die britischen Kolonialherren setzten hundert Insulaner von Fidschi an Fronten in Frankreich und Italien ein, Australien sandte eine Division aus Papua und mindestens 300 Aborigines in den Ersten Weltkrieg und Frankreich fasste Kolonialsoldaten aus Neukaledonien, Wallis, Futuna und Tahiti zu einem Pazifikbataillon zusammen und schickte dieses an die 20.000 Kilometer entfernten europäischen Fronten. In Neukaledonien legte die französische Kolonialverwaltung für jede Region Mindestquoten einheimischer Rekruten fest. Gegen diese Form der Zwangsrekrutierung kam es 1917 auf der Hauptinsel Grande Terre zum Aufstand. Ein Anführer der Kanak namens Noel rief dazu auf, statt für Frankreich in Europa lieber gegen die französische Kolonialherrschaft in Neukaledonien zu kämpfen. Bei der Niederschlagung der bewaffneten Revolte erschossen die französischen Truppen 200 Insulaner.

Insgesamt mussten 1.134 Kanak in den Ersten Weltkrieg ziehen. Wie einer von ihnen nach seiner Rückkehr beschrieb, hätten sie »voll Trauer geweint, als sie das Gemetzel der Europäer untereinander sahen«. Es erinnerte sie an den »Kannibalismus von Wilden«, wie es ihn früher auch in Neukaledonien gegeben habe. Der europäischen Form des »Kannibalismus« fielen 374 Kanak zum Opfer, jeder Dritte der in Neukaledonien rekrutierten Kolonialsoldaten.<sup>5</sup>

## 1,6 Millionen Inder im Weltkrieg

► Auch in Asien rekrutierten die Kolonialisten bereits seit dem Einmarsch der ersten spanischen Invasoren im 16. Jahrhundert ein-

heimische Hilfstruppen. Diese dienten nicht nur als Führer, Träger, Wächter und Kundshafter, sondern auch als Polizisten und Soldaten. Letztere mussten bei den Eroberungsfeldzügen der Europäer gegen ihre eigenen Landsleute kämpfen und wurden in Kriegen gegen konkurrierende Kolonialmächte eingesetzt, so wie zum Beispiel unter französischem Kommando in Indochina und unter holländischem in Indonesien.

Als US-Truppen die spanischen Kolonialherren Ende des 19. Jahrhunderts von den Philippinen vertrieben und die Filipinos den Abzug der spanischen Truppen nutzten, um am 12. Juni 1898 die Unabhängigkeit ihres Landes zu proklamieren, überzogen die USA den Inselstaat mit einem Krieg, der zum historisch größten kolonialen Massaker in Asien wurde. Auch sie griffen dabei auf einheimische Kollaborateure zurück. Bei dem Gemetzel starben etwa eine Million Menschen – ein Sechstel der philippinischen Bevölkerung.

Mit dem indischen Subkontinent herrschte Großbritannien in Asien über das größte Kolonialreich und rekrutierte die meisten Kolonialsoldaten. Dabei unterschieden die britischen Militärs zwischen vermeintlich »nicht-kriegerischen« und »kriegerischen Rassen«. Zu letzteren zählten sie vor allem Sikhs, Pathanen und Belutschen aus den westlichen und nördlichen Regionen Indiens sowie nepalesische Gurkhas. Als Großbritannien 1815 Krieg gegen das Himalaya-Königreich Nepal führte, leisteten die Gurkhas erbitterten Widerstand. Nach ihrer Unterwerfung verpflichteten britische Offiziere die kriegserfahrenen Gurkhas, als Gebirgsjäger und Elite-truppen für die Streitkräfte des Empires zu dienen. Damit begann die bis in die Gegenwart reichende Tradition der Gurkha-Regimenter in der britischen Armee.

Bei Beginn des Ersten Weltkriegs lebten auf dem indischen Subkontinent (zu dem neben Indien auch die heutigen Staaten Pakistan, Bangladesch und Sri Lanka gehörten) etwa 315 Millionen Menschen. Die Briten sahen in der größten ihrer Kolonien »das Juwel der Krone und das höchste Symbol der Macht und des Stolzes ihres Imperiums«.<sup>6</sup> 1914 rekrutierte die britische Kolonialverwaltung 1.679.000 Inder sowie 59.000 Gurkhas aus Nepal, die zusammen ein Fünftel der fast neun Millionen Mann zählenden britischen Streitkräfte im Ersten Weltkrieg stellten.

Indische Eliteeinheiten wie das 129. Bataillon des Duke of Connaught's Own Baluchi Regiments halfen der kriegsgeschwächten British Expeditionary Force (BEF), die vorrückenden deutschen Truppen an der Einnahme der strategisch wichtigen Hafenstädte Boulogne in Frankreich und Nieuwpoort in Belgien zu hindern. Insgesamt kamen 140.000 indische Soldaten an französischen und belgischen

Fronten gegen die deutschen Truppen zum Einsatz, davon 90.000 Mann in Kampfverbänden. Etwa 898.000 Inder kämpften in Ost- und Westafrika, in Ägypten und Palästina, in Aden und am Persischen Golf sowie in China. Das britische Oberkommando setzte indische Einheiten zudem gegen türkische Truppen ein.<sup>7</sup>

Britische Offiziere schätzten den Einsatz und die Tapferkeit der indischen Soldaten. Doch das hielt sie nicht davon ab, den Indern mit rassistischem Hochmut und Misstrauen zu begegnen. Weil Unabhängigkeitsbestrebungen in Indien damals an Stärke gewannen und es antibritisches Unruhen gab, ließen die britischen Behörden ihre indischen Soldaten streng überwachen, weil sie diese »revolutionärer Umtreibe« verdächtigten. Im französischen Boulogne kontrollierte eine Zensurbehörde die Feldpost der Inder und fing auch

»Hätte ich das alles vorher gewusst, wäre ich nie hierher gekommen«

Briefe verwundeter indischer Soldaten aus englischen Lazaretten ab. In einem davon – nachzulesen in der British Library – schrieb ein indischer Soldat am 2. Dezember 1915 aus dem York Place

Hospital an seine Familie: »Wir Inder werden hier wie Gefangene behandelt. Überall sind wir von Stacheldraht und Wachposten umgeben. Aus London herauszukommen ist schier unmöglich. Nicht mal New Milton können wir sehen. Hätte ich das alles vorher gewusst, wäre ich nie hierher gekommen. Um die Wahrheit zu sagen: Niemals zuvor in meinem Leben musste ich so viel Leid ertragen. Gewiss, wir werden ausreichend versorgt und erhalten angemessene Kleidung. Doch das Wesentliche – die Freiheit – wird uns vorenthalten.«

61.400 Inder starben im Ersten Weltkrieg, 71.000 wurden verwundet und 11.100 gefangen genommen.

## »Kolonien militärisch voll ausnutzen«

► Als die Kolonialmächte auf der Berliner Kongo-Konferenz 1884 den Kontinent Afrika untereinander aufteilten, schrieben sie in der so genannten Kongoakte fest, im Falle eines Krieges zwischen den europäischen Mächten Neutralität in den afrikanischen Kolonien zu wahren. Der englandfreudliche deutsche Kolonialminister der wilhelminischen Ära, Wilhelm Solf, wandte sich deshalb zunächst gegen den Aufbau starker »Schutztruppen« in den deutschen Kolonien. Nach der herrschenden deutschen Doktrin sollte auch der Erste Weltkrieg in Europa entschieden werden.

Als die Truppen der Entente jedoch die schlecht geschützten deutschen Kolonien eine nach der anderen einnahmen – Togo 1914, Deutsch-Südwestafrika 1915 und Kamerun 1916 – änderte sich die Lage. Während offizielle deutsche Stellen den Einsatz afrika-



Quelle: Recherche Internationale e.V.

Kriegsgefangene der Deutschen im Ersten Weltkrieg: Arabische Soldaten aus Algier

nischer Soldaten durch die Kriegsgegner öffentlich anprangerten, forderte Erich Ludendorff von der Obersten Heeresleitung im November 1917, »dass in Zukunft auch unsere Kolonien militärisch voll ausgenutzt werden. [...] Es wird [...] nötig sein, sobald die Kolonialbesitzfrage geregelt ist, Maßnahmen zu treffen, die die Aufstellung einer Kolonialarmee in Afrika zum Ziel haben.«<sup>8</sup>

Der Historiker Gregory Martin kommt zu dem Schluss, »dass Deutschland ebenso wie Frankreich und Großbritannien in einer Notlage jeglicher Einsatz von Soldaten recht war, ohne Rücksicht auf die Vorkriegszeit und die in der deutschen Kriegspropaganda mit so viel Pathos gepriesene ‚Solidarität der weißen Rasse‘«.<sup>9</sup> Das Vorgehen Lettow-Vorbecks in Deutsch-Ostafrika ist Beleg dafür. Er ließ vier Jahre lang 14.000 afrikanische Soldaten (»Askaris« genannt) und ztausende Träger in Guerillataktik gegen alliierte Streitkräfte von 373.000 Mann antreten.

Der tansanische Historiker John Ilife schreibt über Lettow-Vorbeck: »[Er] kämpfte einen Guerillakrieg, den er mit den höchsten militärischen Fähigkeiten führte, der aber gleichzeitig ein Feldzug äußerster Skrupellosigkeit war, in dem eine kleine, schwer bewaffnete Streitmacht ihren Nachschub von Zivilisten erpresste, für die sie keine Verantwortung empfand.«<sup>10</sup>

Lettow-Vorbecks Kampagne war »der Höhepunkt der Ausbeutung Afrikas: seine Verwendung als reines Schlachtfeld«.<sup>11</sup>

Die afrikanische Bevölkerung trug die Hauptlast des Krieges. An den Fronten standen die Askaris unter deutschem Kommando englischen Kolonialeinheiten aus der Goldküste

(heute Ghana), Gambia, Nigeria, Indien und Britisch-Ostafrika (heute Kenia) gegenüber. Auf beiden Seiten waren zu- dem tausende Träger zwangsverpflichtet wor-

den, um die Ausrüstung der Offiziere, Waffen, Geschütze und Zelte über unwegsames Gelände zu schleppen. »Insgesamt kamen nach Schätzungen eines deutschen Beamten auf Seiten der Deutschen zwischen 100.000 und 120.000, bei den Alliierten ungefähr 250.000 Träger ums Leben.« 300.000 Zivilisten starben an Hunger und Krankheiten.<sup>12</sup>

Rücksichtslos zog der deutsche Generalmajor Lettow-Vorbeck Ernten und Vorräte bei den einheimischen Bauern ein und ließ ganze Landstriche nach den Schlachten verwüstet zurück. Im Deutschen Reich haben diese Verbrechen seinem Ruhm als erfolgreicher »Löwe von Afrika« keinen Abbruch getan. Seine Erinnerungen an den Afrikafeldzug mit dem Titel »Heia Safari« gehörten nach dem Ersten Weltkrieg zu den meistgelesenen Büchern über Afrika.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Recherche International e.V. hat das Tanztheaterstück »A Nos Morts« (»Die vergessenen Befreier«) für Begleitveranstaltungen zur Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« mit deutschen Obertiteln versehen. Da es an Kolonialsoldaten in beiden Weltkriegen erinnert, ist es empfehlenswert auch für Veranstaltungsserien zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs und dessen weitgehend verdrängter Kolonialgeschichte. Siehe [www.3www2.de](http://www.3www2.de) und [www.cie-memoires-vives.org](http://www.cie-memoires-vives.org)

<sup>2</sup> vgl. Recherche International e.V. / Rheinisches JournalistInnenbüro: »Unsere Opfer zählen nicht«. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg. Hamburg/ Berlin 2005.

<sup>3</sup> Henry Reynolds: With the White People. The Crucial Role of Aborigines in the Exploration and Development of Australia. Ringwood, Victoria 1990. S. 56f.

<sup>4</sup> Horst Gründer (Hg.): »...da und dort ein junges Deutschland gründen«. Rassismus, Kolonien und kolonialer Gedanke vom 16. bis 20. Jahrhundert. München 1999. S. 78

<sup>5</sup> Les Kanak et la Grande Guerre 1914-1918. Dossier in: Mwa Véé. Revue culturelle Kanak 11. Nouméa. Neukaledonien, Dezember 1995. S. 22 ff.

<sup>6</sup> Christopher Somerville: Our War. How the British Commonwealth fought the Second World War. London 1998. S. 9

<sup>7</sup> David Smurthwaite: The Indian Army in the Era of Two World Wars. In: Alan J. Guy/ Peter B. Boyden (Hg.): Soldiers of the Raj. The Indian Army 1600-1947. London 1997. S. 162ff.

<sup>8</sup> Gerhard Höpp (Hg.): Fremdeinsätze – Afrikaner und Asiaten in europäischen Kriegen, 1914-1945. Berlin 2000. S. 29.

<sup>9</sup> Gregory Martin.: Koloniale Truppenkontingente im Ersten Weltkrieg. In: ebd., S. 15-34

<sup>10</sup> Martin Baer/ Olaf Schröter: Eine Kopfjagd. Deutsche in Ostafrika. Berlin 2001. S. 36

<sup>11</sup> ebd.

<sup>12</sup> ebd. S. 137

► **Karl Rössel** ist Mitautor des Buches »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« und Kurator der gleichnamigen Wanderausstellung, die noch bis Ende Januar in Karlsruhe zu sehen ist (siehe [www.3www2.de](http://www.3www2.de)). In **iz3w 312** erschien von ihm ein Themenschwerpunkt zu Nazi-Kollaborateuren in der Dritten Welt.

## Die Dritte Welt im Ersten Weltkrieg

► Der Erste Weltkrieg wurde nicht nur auf europäischem Boden ausgetragen, sondern zu erheblichen Teilen auch in Afrika, Asien und Ozeanien. Im Eröffnungsbeitrag zu unserer Reihe über die »Dritte Welt im Ersten Weltkrieg« stellte Uwe Schulte-Varendorff die Bedeutung der Kolonien

als Schlachtfelder für die Großmächte heraus (in iz3w 338). In iz3w 339 schilderte Tilman Lüdtke die Versuche des Deutschen Reiches, Muslime als Waffenbrüder zu instrumentalisieren.

Im ersten Teil seines Beitrages über Kolonialsoldaten, die von europäischen Mächten einge-

setzt wurden, berichtete Karl Rössel von den zahllosen Opfern, die dies mit sich brachte (in iz3w 340). Im hier präsentierten zweiten Teil beleuchtet er die Zwangsrekrutierungen und Einsätze von afrikanischen Kolonialsoldaten durch Großbritannien und die französischen Streitkräfte.

# »Es gibt nichts Schlimmeres«

## Im Ersten Weltkrieg wurden Millionen Kolonialsoldaten eingesetzt (Teil 2)

von Karl Rössel

► Wie alle Kolonalmächte rekrutierte auch Großbritannien für seine Eroberungsfeldzüge nicht nur in Indien und Nordamerika, sondern auch in Afrika einheimische Soldaten. Anfang des 20. Jahrhunderts verfügte das britische Oberkommando bereits über koloniale Armeen in verschiedenen Regionen Afrikas. Die »West African Frontier Force« umfasste Soldaten aus Gambia, Sierra-Leone, der Goldküste und Nigeria. Die Siedlerstaaten Südafrika und Südrhodesien (heute Simbabwe) stellten eigene Armeen auf Seiten der britischen Streitkräfte. In Ostafrika gab es seit 1902 die »King's African Rifles« mit Soldaten aus Kenia, Uganda, Tanganjika (heute Tansania) und Njassaland (heute Malawi). Bei Bedarf setzten die Briten auch das »Somali Camel Corps« aus Britisch-Somaliland (dem heutigen Somalia) und das »Northern Rhodesian Regiment« (aus dem heutigen Sambia) bei ihren kolonialen Feldzügen mit ein.

### Nicht gegen Europäer

► Allerdings wollten die britischen Befehlsgeber bewaffnete Afrikaner zunächst »nicht gegen Europäer« einsetzen. Sie fürchteten, dies könnte ihre Untertanen auf die Idee bringen, die Waffen irgendwann auf ihre Unterdrücker zu richten. Darum setzten sie Afrikaner gegen die Deutschen in Ostafrika zunächst nur als unbewaffnete Träger britischer und indischer Einheiten ein. Wurden die Hilfskräfte anfangs noch mit ökonomischen Anreizen angeworben – sie wurden besser bezahlt als zivile Arbeiter –, so gingen die britischen Militärs 1917 zu brutalen Massenaushebungen über. Sie fingen junge Männer bei Sportveranstaltungen oder nächtlichen Razzien ein. In Kenias Machakos-Distrikt verpflichteten Beamte drei von vier unverheirateten jungen Männern, insgesamt 120.000. Uganda und Njassaland stellten über 100.000 Träger. Eine halbe Million Af-

rikaner sollen auf diese Weise zum Kriegsdienst eingezogen worden sein.<sup>1</sup>

Die Zwangsrekrutierungen wurden erst eingestellt, als die Distriktkommissare meldeten, die Bevölkerung werde bald offen revoltieren. Flucht und Desertion waren bei den afrikanischen Trägern an der Tagesordnung, da viele von ihnen an Krankheiten und Unterernährung litten. Hinzu kam die unmenschliche und rassistische Behandlung durch die stets weißen britischen Offiziere, die lange im kollektiven Gedächtnis vieler OstafrikanerInnen haften blieb.

Erst als sich die britischen Militärs in Deutsch-Ostafrika nicht gegen Lettow-Vorbecks Kolonialtruppe durchsetzen konnten, beschlossen sie, neben Trägern auch einheimische Soldaten zu rekrutieren. Der südafrikanische General Jan Christian Smuts, der einzige Vertreter der Commonwealth-Länder im britischen Kriegskabinett, stockte die »King's African Rifles« zwischen 1916 und 1918 auf 31.000 Mann auf. Erstmals arbeiteten Afrikaner unter britischem Kommando auch als ausgebildete Artilleristen, Fernmelder, Sanitäter, Aufklärer und Militärpolizisten mit.

83.000 schwarze und 2.000 Cape Corps-Soldaten aus Südafrika sowie Einheiten der »West African Frontier Force« rückten 1916 nach Deutsch-Ostafrika ein. Letztere hatten zuvor schon in Togo und Kamerun deutsche Kolonialtruppen besiegt. Smuts setzte darauf, dass die afrikanischen Soldaten auch die Askaris (ostafrikanische Söldner im Dienste der Deutschen) niederringen und so die Verluste an weißen südafrikanischen Soldaten in Grenzen halten könnten. Den Kolonialtruppen blieb es deshalb überlassen, das sehr viel kleinere deutsche Heer durch Ostafrika zu verfolgen, bis Lettow-Vorbeck am 25. November 1918 in der Stadt

Abercorn im heutigen Sambia endlich aufgab, zwei Wochen nach der Kapitulation des Deutschen Reiches in Europa.

### Afrikaner im »Grande Guerre«

► Schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts eroberten »Tirailleurs Sénégalaïs« (»Senegalschützen« – so die Bezeichnung der französischen Militärs für ihre afrikanischen Soldaten) Gebiete für ihre Kolonialherren. 1912 unterwarfen sie zum Beispiel Marokko. Die Eroberung des riesigen französischen Kolonialreiches, das zwanzig Mal größer war als das so genannte Mutterland, wäre ohne Hilfsruppen aus den Kolonien nicht möglich gewesen. Im Ersten Weltkrieg konnte Frankreich deshalb auf Kolonialtruppen mit langer Tradition und großen militärischen Erfahrungen zurückgreifen.

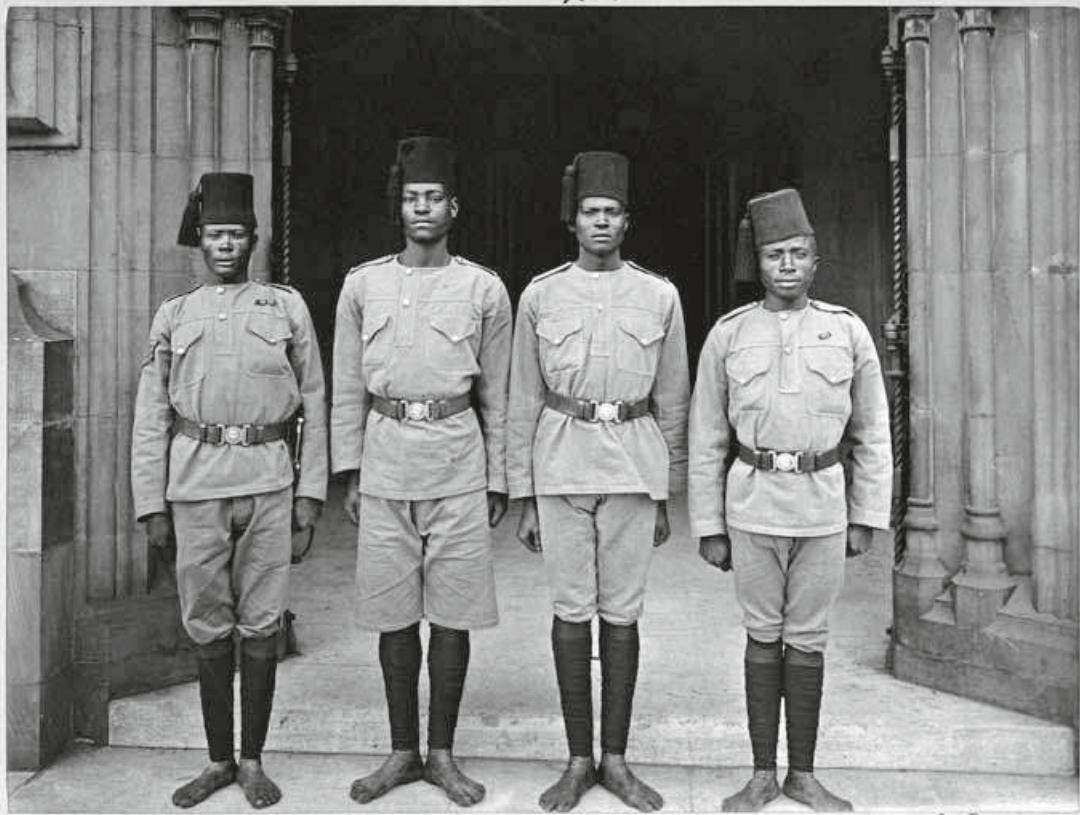
»Alles begann mit der Kolonisation. Es gibt nichts Schlimmeres, als kolonisiert zu werden«, erzählt Issa Ougoiba, Veteran der französischen Kolonialtruppen aus dem Zweiten Weltkrieg,

1997 bei einem Treffen in Bamako, der Hauptstadt Malis. Der greise Mann mit dem grauen Haarkranz trifft sich häufig mit anderen ehemaligen Kolonialsoldaten im »Maison d'anciens combattants«, einem einfachen Clubhaus für Veteranen, wie es sie überall in Westafrika gibt – von Dakar bis Ouagadougou und von Abidjan bis Niamey.

»Schon 1857 haben sie unsere Großväter an die Front geschickt«, berichtet der Pensionär unter beifälligem Nicken seiner ehemaligen Kameraden. »Sie mussten gegen Türken kämpfen. Aus der Kolonie Senegal kam dann das erste Kontingent afrikanischer Soldaten, das die Franzosen in Europa eingesetzt haben.«

Napoleon III. hatte am 21. Juli 1857 Kolonialsoldaten aus Westafrika per Dekret als »Tirailleurs Sénégalaïs« zu einer Truppe zu-

These men are Soudanese descended from Ermine Pasha's Expedition.



Sergeant and three privates of the King Edward VII's African Rifles  
marked XX is a Skillick and fought against us at Komdiernou where he was a) 1902

Soldaten der britischen »King Edward VII's African Rifles«

Foto: Sir John Benjamin Stone

sammengefasst und ihnen damit den Namen gegeben, den alle westafrikanischen Kolonialsoldaten noch im Ersten und Zweiten Weltkrieg ungeachtet ihres Herkunftslandes tragen sollten. »Als der Erste Weltkrieg ausbrach, haben sie hier in Westafrika wieder Truppen ausgehoben und unsere Väter in dem Krieg geschickt, der von 1914 bis 1918 zwischen Deutschland und anderen europäischen Mächten ausgetragen wurde. Wir waren kolonisiert und wurden nicht gefragt. Es hieß, es gehe um die Befreiung Frankreichs. Also haben wir das Land der Franzosen befreit, ohne zu wissen, warum – im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg«, erzählt Issa Ougoiba.

Von der Ära Napoleon Bonapartes bis zum Ersten Weltkrieg rekrutierten die französischen Militärs mehr als eine Million Männer aus Kolonien in den Antillen, in Ozeanien und vor allem in Afrika. Anfang des 20. Jahrhunderts führte Frankreich die allgemeine Wehrpflicht ein, die auch in den Kolonien galt. Der Historiker Myron Eschenberg schreibt: »Nur Frankreich installierte eine allgemeine Wehrpflicht für Männer in Friedens- wie in Kriegszeiten von 1912 bis 1960. (...) Frankreich unterschied sich von anderen Mächten durch seine Entschlossenheit, die Tirailleurs Sénégalaïs extensiv als Expeditionskorps in jedem Winkel seines Kolonialreiches einzusetzen.« Dazu gehörten auch Einsätze von Kolonialsoldaten auf europäischen Kriegsschauplätzen. Die britischen Befehlshaber hingegen »vermieden es akri-

bisch, nicht weiße Truppen für die Verteidigung der Heimat (...) oder zur Besetzung fremder Territorien einzuplanen. Kurzum, die Franzosen taten etwas, was andere Kolonialmächte nicht wagten: Sie bewaffneten und trainierten eine große Zahl potentiell rebellischer kolonialer Untertanen in dem, was man euphemistisch moderne Kriegsführung nannte.«<sup>2</sup> Häufig blieben Afrikaner aus wirtschaftlicher Not auch nach ihrem Kriegsdienst als Zeitsoldaten in den französischen Kolonialtruppen. Charles Mangin, französischer General im Ersten Weltkrieg und prominentester Befürworter einer »Force Noire« (sprich: einer afrikanischen Kolonialtruppe) räumte freimüttig ein, dass Frankreich sein riesiges Kolonialreich in Afrika von Anfang an nur mit afrikanischen Hilfstruppen begründen und sichern konnte: »Die Eroberung Westafrikas ist das Werk senegalesischer Truppen. Sie haben Frankreich ein Gebiet vermacht, das größer ist als Europa.«<sup>3</sup>

### Tirailleurs, Goumiers und Spahis

► Kolonialbataillone der »Tirailleurs Sénégalaïs« entstanden in Westafrika (1823), Algerien (1835), Zentralafrika (1857) und Madagaskar (1884). In Marokko wurden sie nach ihrer arabischen Herkunft »Goumiers« genannt, in Algerien und Tunesien »Spahis« (1908). Die französischen Befehlshaber glaubten, dass ihre Armeen aus den afrikanischen

Kolonien potentielle Kriegsgegner in Europa »zum Nachdenken bringen dürften«<sup>4</sup> und vor allem Deutschland davon abhalten würden, Frankreich anzugreifen. Ein Irrglaube, wie sich herausstellen sollte.

Als sich 1914 abzeichnete, dass es zum Krieg kommen würde, hatte der französische Kriegsminister Adolphe Messimy zunächst Schwierigkeiten, im französischen Parlament eine Mehrheit für die allgemeine Mobilfahrt in den Kolonien durchzusetzen. Vor allem sozialistische und kommunistische Abgeordnete waren dagegen. Sie befürchteten, dass afrikanische Soldaten gegen französische Arbeiter eingesetzt würden. Jean Jaurès, Marxist, Pazifist und Gründer der kommunistischen Zeitung *L'Humanité*, hatte schon früher kritisiert, dass eine koloniale Armee nicht nur »der Bourgeoisie und dem Kapital gegen das Proletariat« in der Metropole zu Diensten sein könnte, sondern auch, »um Krieg gegen die einheimische muslimische Bevölkerung in Nordafrika zu führen und den familiären Zusammenhalt der Schwarzen zu untergraben«.<sup>5</sup>

Demgegenüber argumentierte General Charles Mangin, schwarze Streitkräfte seien »gestern nützlich gewesen, heute notwendig und morgen unentbehrlich«.<sup>6</sup> Er verwies auf die Niederschlagung einer Revolte im Jahre 1898 in Französisch-Sudan, wozu weite Teile Westafrikas zählten. Dort habe ihn »die Kampfkraft einer kleinen Einheit von 150 afrikanischen Infanteristen verblüfft«. Es sei ihnen

gelungen, »1.300 Soldaten des Mahdi«, eines aufständischen politischen und religiösen Führers aus der Region, zurückzuschlagen. »Die Afrikaner haben ein Nervensystem, das weniger entwickelt und deshalb weniger schmerzempfindlich ist«, lautete seine rassistische Erklärung. Das überzeugte 1912 auch die französische Nationalversammlung. Der Weg für eine generelle Mobilmachung in West- und Nordafrika war bereitet.

## »Lieber sterben als in den Krieg«

► »Das Konzept, die Einheimischen militärisch einzubeziehen, entspricht dem Geist und den Prinzipien der Kolonisation, die Frankreich allen Untertanen in seinem Herrschaftsbereich aufzwingen will. Die Wehrpflicht spielt der zivilen Kolonialverwaltung in die Hände; sie kann damit Intellektuelle disziplinieren, die sie als Soldaten in den Süden zwangsversetzt. Die Soldaten werden zwangsrekrutiert und ‚die schwarze Armee‘ [der Senegalesen] wird gegen ‚die bronzenen Armeen‘ [der muslimischen Algerier] ausgespielt.«<sup>7</sup> Mit diesen Wörtern begründete der arabische Oberleutnant in der französischen Armee, El-Hadj Abdellah Bou Kabouya, kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges seine Desertion. Tatsächlich mobilisierte Frankreich für diesen Krieg mehr Männer als je zuvor, sowohl aus Europa wie aus Übersee.

Der senegalesische Schriftsteller Bakary Diallo, einer der wenigen afrikanischen Augenzeugen, der seine Erfahrungen aufgeschrieben hat, erinnert sich an die Kriegserklärung der Franzosen: »Der Oberfeldwebel las einen Bericht vor. Der war irgendwie sehr lang, und wir verstanden nur zwei Dinge: „Deutschland hat Frankreich den Krieg erklärt. (...) Und Frankreich ruft alle seine Kinder auf, es zu verteidigen.“<sup>8</sup>

In den Kolonien gab es durchaus Widerstand gegen den erzwungenen Kriegsdienst. So hatten sich zum Beispiel in Algerien viele Jugendliche geweigert, dem Stellungsbefehl Folge zu leisten und es vorgezogen, außer Landes zu gehen. Die Zahl der ausreisenden Kriegsdienstverweigerer war so groß, dass die französische Kolonialadministration am Vorabend des Krieges jegliche Auswanderung untersagte. Auch Eltern protestierten in Algerien gegen die Zwangsrekrutierung ihrer Söhne und erklärten in einer Petition an die Kolonialbehörde, »lieber sterben zu wollen, als ihre Kinder in den Krieg ziehen zu lassen«.<sup>9</sup>

Rund acht Millionen Franzosen zogen in die Schlacht gegen Deutschland, und jeder Dritte von ihnen ließ dabei sein Leben.<sup>10</sup> Allein in Französisch-Westafrika (Afrique Oriental Française, AOF, heute Mauretanien, Senegal, Mali, Burkina Faso, Niger, Guinea, Elfenbeinküste, Togo, Benin) rekrutierten die französischen Kolonialbehörden 180.000 Tirailleurs Sénégalaïs. 136.000 von ihnen mussten an Fronten in Europa kämpfen, etwa 30.000 starben.

Algerien stellte 158.000 Soldaten für die französische Armee. Von ihnen nahmen bis zu 125.000 aktiv am Krieg teil. Wie viele gefallen sind, verletzt oder vermisst wurden, ist »nie offiziell bekannt gemacht worden«.<sup>11</sup> Über die algerischen Opfer im Ersten Weltkrieg finden sich deshalb die unterschiedlichsten Angaben, manche davon offenkundig in der Absicht veröffentlicht, die Gemüter in den Kolonien zu beruhigen. So spricht der französische Historiker Ch. R. Ageron von 19.075 Toten und 6.096 Vermissten.<sup>12</sup> Die Kolonialrevue »L’Afrique française« nannte dagegen 1919, kurz nach Kriegsende, 56.000 Tote und

80.000 Verletzte aus Algerien.<sup>13</sup> Dem entsprechen in etwa auch die Angaben der Zeitschrift »La Revue indigène«, wonach 30 Prozent der algerischen Soldaten gefallen und 50 Prozent verletzt wurden.<sup>14</sup>

Auch über die Opfer der Soldaten aus anderen nordafrikanischen Ländern liegen keine genauen Zahlen vor. Bekannt ist nur, dass circa 80.000 Tunesier und 40.000 Marokkaner auf der Seite Frankreichs in den Ersten Weltkrieg zogen. Weitere 41.000 Mann kamen aus Madagaskar hinzu, »von denen ein Fünftel nie mehr zurückkehrte, also fast 10.000 für Frankreich in den Tod gingen«.<sup>15</sup> All diese

Zahlen sind nur Näherungswerte, weil die Opfer der Kolonialsoldaten nie gesondert erfasst, sondern meist zu denen der französischen Streitkräfte insgesamt gezählt

wurden. Dennoch lässt sich schließen, dass fast eine halbe Million Afrikaner im Ersten Weltkrieg auf Seiten Frankreichs gekämpft haben und mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als 100.000 umgekommen sind.

Viele von ihnen fielen auf europäischen Schlachtfeldern. Sie wurden »ohne Vorbereitung auf den Grabenkrieg« an die Front in Europa geschickt und buchstäblich verheizt.<sup>16</sup> Algerische Einheiten sind zum Beispiel in Nordfrankreich »von der überlegenen deutschen Artillerie und deren automatischen Waffen zu Tausenden niedergemetzelt worden oder den klimatischen Härten zum Opfer gefallen. Demoralisierung, Panik, Befehlsverweigerung und Fahnenflucht prägten die Situation im ersten Kriegswinter.« Vereinzelt wurden Deserteure auf der Flucht erschossen oder vor versammelter Mannschaft exekutiert. Tirailleurs beteiligten sich 1917 in Verdun und Chemin-des-Dames an der Großoffensive des Generals

## Napoleons »schwarzer Herkules«

► Einer der ersten Kolonialsoldaten in französischen Diensten war Joseph Damingue. 1761 in Kuba als Sohn eines Schwarzen geboren und aus ungeklärten Gründen in Bordeaux gestrandet, wurde er Soldat und gehörte schließlich zur Leibgarde Napoleon Bonapartes. Bei seinen Eroberungsfeldzügen umgab sich der französische General und spätere Kaiser mit einer Truppe von Soldaten, die »aus allen Ecken [seines Reiches] und aus unterschiedlichsten sozialen Schichten« zusammengesetzt war.

Napoleon Bonaparte war die Herkunft seiner Soldaten gleichgültig. Ihm war die Haltung der Soldaten »im Angesicht des Feindes« wichtig. Jeder war willkommen, »solange er über eine starke Statur und ein kühnes Herz verfügte«. Joseph Damingue hatte beides. Obwohl er weder lesen noch schreiben konnte, ernannte ihn Napoleon Bonaparte zum Kommandanten der Kavallerieschwadron seiner Leibgarde und gab ihm wegen seiner Kraft und Kühnheit den Spitznamen »Hercule«.

Joseph Damingue war der erste Schwarze, der in der französischen Armee Karriere mache. Zu einer Zeit, als der Sklavenhandel blühte und weiße Herren in den Kolonien Schwarze wie Vieh verschacherten,

kommandierte Joseph Damingue »eine Kompanie junger und auserwählter Männer, die Weiße waren und Bonaparte bis auf den Gipfel seines Ruhms begleiten sollten«. Eine Ironie der Geschichte, denn Napoleon Bonaparte verfocht nicht nur strikt die Sklaverei, sondern führte nach dem kurzen demokratischen Frühling der Französischen Revolution die Monarchie wieder ein und ließ sich selbst zum Kaiser küren.

Bei alledem hielt er an seinem »schwarzen Herkules« als Kommandanten der Leibgarde fest. Und so stand Joseph Damingue bei Feldzügen in Österreich, Italien und Irland an Napoleons Seite. In Ägypten ernannte er ihn zum Kommandanten des ersten »schwarzen Pionierbataillons«. Dort lieferte sich Damingue bei Aboukir eine Schlacht mit Afrikanern, die auf Seiten der Briten kämpften und aus dem Westsudan stammten. Wenig später, am 14. August 1806, ordnete Napoleon per kaiserlichem Dekret an, in Neapel, wo sein Bruder Joseph regierte, die ersten regulären französischen Kolonialtruppen aufzustellen: die »Royal Africains«.

*Quelle: Ibrahim Baba Kaké: Mémoires d’Afrique. Les Légions Noires. Paris 1976, S. 18*



Kriegsgefangene der Deutschen: Afrikaner der französischen Kolonialarmee in Flandern (Bildausschnitt)

Quelle: Recherche international e.V.

Nivelles, der »wie andere Verfechter der ‚Force Noire‘ davon überzeugt war, dass die Afrikaner eine primitive angeborene Kampflust und ein Nervensystem besäßen, das weniger hoch entwickelt war als das der Europäer, was sie relativ unempfindlich gegenüber Schmerz und Gefahr machte und daher prädestinierte, als Sturmtruppen eingesetzt zu werden.«<sup>17</sup>

### Deutsche Hetze gegen »Negertruppen«

► In Deutschland hetzten Medien und Politiker gegen den Einsatz von »Negertruppen« und beobachteten zugleich neidisch ihre Erfolge. General Erich Ludendorff notierte in seinen Memoiren, dass Frankreichs Nutzen aus seinem Kolonialreich nicht hoch genug einzuschätzen sei. Schließlich habe der Feind vor allem im entscheidenden Sommer 1918 den Krieg »in weiten Teilen mit farbigen Truppen geführt«.<sup>18</sup> Die deutsche Presse denuncierte die afrikanischen Soldaten derweil als »blutdürstige Barbaren«, »Kopfjäger« und »Kannibalen« und schürte so die Furcht der deutschen Soldaten.

Kolonialsoldat Bakary Diallo schreibt in seinen Erinnerungen: »Ein Deutscher, der unsere Stellungen mit seinen verwechselt hatte, wurde mitsamt dem Kaffee, der ihm zugeteilt worden war, von einem senegalesischen Wachsoldaten gefangen genommen. Als er sich von Tirailleurs umgeben sah, begann er zu schlotten. Armer Kerl, hättest du dir diese Möglichkeit nicht ebenso gut vorstellen können wie den Gewinn von Ruhm und Ehre? Die Schwarzen, die du für Wilde gehalten hattest, nahmen dich im Krieg gefangen. Aber statt dir die Gurgel durchzutrennen, behandelten sie dich wie einen Gefangenen. Möge deine Angst dich morgen, nach der Schlacht, nicht davon abhalten, in deinem Land zu bezeugen, dass dir eine Form von Gerechtigkeit widerfahren ist, die das Ansehen der Menschheit zu rehabilitieren vermag, die aus Wilden aller Art besteht.«<sup>19</sup>

Auch nach dem Ersten Weltkrieg rekrutierte Frankreich weiterhin massenhaft Soldaten in den Kolonien. Die allgemeine Wehrpflicht blieb in Kraft. Von 1919 bis 1939 zogen die Kolonialbehörden in West- und Zentralafrika etwa 10.000 bis 12.000 Mann jährlich ein. In Algerien schwankte die Zahl der Rekrutierten zwischen 7.000 und 12.000 pro Jahr. Insgesamt leisteten auch in den Zwischenkriegsjahren fast eine halbe Million Afrikaner Militärdienst in den französischen Streitkräften. Ein Grund dafür war die demographische Entwicklung in Frankreich: Die Zahl der kriegstauglichen Franzosen war durch die hohen Verluste im Ersten Weltkrieg beträchtlich gesunken, und die Geburtenrate blieb in den ersten Nachkriegsjahren sehr gering.

### Gegen die Unterwerfung Afrikas

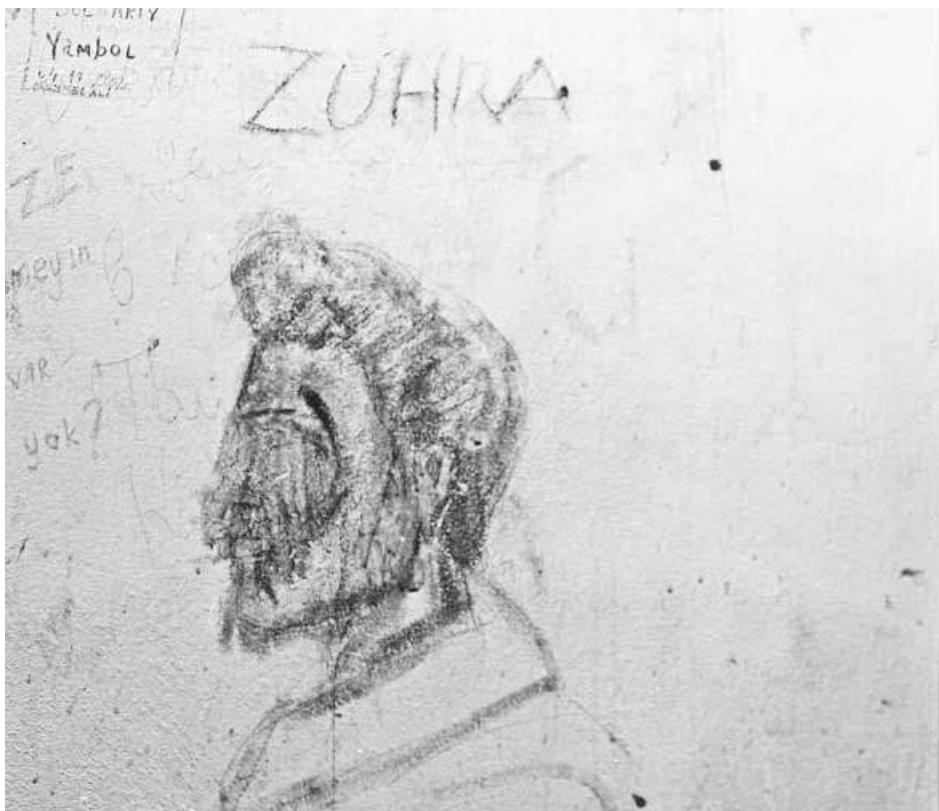
► Frankreich hielt außerdem an seinen Kolonialtruppen fest, um die konkurrierende Macht Großbritannien in Schach zu halten und um mögliche Aufstände der kolonisierten Bevölkerung niederschlagen zu können. Zudem rechneten französische Militärstrategen damit, die nach dem Ersten Weltkrieg von Deutschland übernommenen afrikanischen Kolonien irgendwann mit Hilfe einheimischer Truppen gegen deutsche Ansprüche verteidigen zu müssen.

Abwegig war das nicht. Schließlich entwarfen die Nazis nur 15 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Pläne zur Eroberung eines Kolonialreiches in Afrika, das ein Drittel des gesamten Kontinents umfassen sollte. Die Unterwerfung Afrikas durch die faschistischen Achsenmächte wurde indes nicht von französischen Militärstrategen verhindert, sondern von der Roten Armee in Stalingrad, die den geplanten deutschen Vormarsch über den Kaukasus in den Nahen Osten vereitelte, und von der Kolonialarmee unter britischem Kommando in Nordafrika. In ihr kämpften Soldaten aus Afrika, Asien, Australien und Ozeanien.

### Anmerkungen

- 1 Timothy H. Parsons: *The African Rank and File. Social Implications in the King's African Rifles, 1902-1964*. Portsmouth, Oxford, Cape Town, Nairobi, Kampala 1999. S. 2
- 2 Myron Echenberg: *Colonial Conscripts. The Tirailleurs Sénégalaïs in French West Africa, 1857-1960*. Portsmouth, London 1991. S. 4.
- 3 Charles Mangin: *La Force Noire*. Buch I, Paris 1910. o.S.
- 4 Ebd., Buch IV, Kapitel 1, o.S.
- 5 Vgl. Cathérine Coquery-Vidrovitch, Georg d'Odile: *L'Afrique Occidentale au temps des Français: Colonisateurs et Colonisés*. Paris 1992. S. 70
- 6 Mangin, a.a.O., Buch I und II, o.S.
- 7 M. Kaddache: *Histoire du nationalisme algérien, question nationale algérienne 1919-1951*. Algier 1981. S. 89
- 8 Echenberg, a.a.O., S. 89
- 9 Belkacem Recham: *Les Musulmans Algériens dans l'Armée Française (1919-1945)*. Paris 1996. S. 21
- 10 Laut Angaben des Archive du S.H.A.T. (Service Historique de l'Armée de Terre), Vincennes
- 11 Recham, a.a.O., S. 23 f.
- 12 Ebd. S. 23
- 13 *L'Afrique française. Revue coloniale en Algérie*. 1919.
- 14 *La Revue indigène. Journal des Colons en Afrique du Nord*, Juli 1919.
- 15 Fano Rakotoarisoa: *Archives-Histoire: Madagascar et la 1ère guerre mondiale. Echos du Capricorne*. Hörfunkmanuskript, 11.11.1998.
- 16 Höpp (2000), a.a.O., S. 26
- 17 Ebd., S. 27
- 18 Kaké, a.a.O., S. 5
- 19 Echenberg, a.a.O., S. 38

► **Karl Rössel** ist Mitautor des Buches »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« und Kurator der gleichnamigen Wanderausstellung (siehe [www.3ww2.de](http://www.3ww2.de)). In **iz3w 312** erschien von ihm ein Themenschwerpunkt zu Nazi-Kollaborateuren in der Dritten Welt.



Bleistiftzeichnung im Frauentrakt des Abschiebegewahrsams Berlin-Köpenick. Foto: L. Goldstein

# Kontinuierliche Verweigerung

## Die Geschichte des Asyls während des Nationalsozialismus

»Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«, schrieben 1948 die UrheberInnen des Grundgesetzes in den Artikel 16. Niemand sollte zumindest in Deutschland mehr erleben, was vielen EmigrantInnen während des Nationalsozialismus widerfuhr: Abwehr und Ausgrenzung. Ein Rückblick auf die Geschichte des Asyls während des NS verweist auf erschreckende Kontinuitäten zur Gegenwart.

von Andreas Marquet

► Das 20. Jahrhundert mit seinen extremen modernen wie antimodernen Ausprägungen war auch ein Jahrhundert der Migration in all ihren Erscheinungsformen. In den letzten Jahren vermehrte ins Bewusstsein in Deutschland gerückt wurden Flucht und Vertreibung Deutschstämmiger aus osteuropäischen Ländern. Das Verhältnis von Täter- und Opferschaft wurde dabei oft einer Revision unterzogen. Zugleich zeigten Bemühungen, das Ausmaß von nationalsozialistischer Verfolgung und dadurch ausgelöster Flucht darzustellen, nur begrenzte Erfolge. Die Geschichte der Exilforschung spiegelt damit auch die Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit wider.

Nur ein Bruchteil derer, die vor den Nationalsozialisten flüchteten und Asyl fanden, kehrte nach 1945 nach Deutschland zurück. Diejenigen, die remigrierten, fanden ein Klima der Reserviertheit, oftmals der Ablehnung vor. Insofern ist die randständige Position der Schutzsuchenden im politischen Diskurs, wie

sie heute konstatiert werden muss, eine Konstante, nicht eine Ausnahme. Dies trifft auch auf die Bemühungen der Staatengemeinschaft zu, wenn es darum geht, die Grenzen zu öffnen und jenen Asyl zu gewähren, die ihre Heimat verlassen mussten.

### Gezwungen zur Flucht ...

► Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Emigration während der Nazi-Zeit, dass sie sich nur näherungsweise quantifizieren lässt. Dies liegt an den Beschränkungen und Auflagen, mit denen zahlreiche Staaten die Einreise der Hitler-Flüchtlinge zu verhindern trachteten, was naturgemäß illegale Grenzübertritte beförderte. So schwanken die Schätzungen für die Zahl der EmigrantInnen allein für 1933 zwischen 59.000 und 65.000. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs waren es bereits 300.000 Menschen. Die gesamte Emigration lässt sich auf 390.000 Personen beziffern.

Der Anstieg der Emigration und insbesondere ihr wellenartiger Verlauf deuten auf die verschiedenen Beweggründe der Flüchtlinge hin. Während die unmittelbare Gefährdung nach der nationalsozialistischen Machtübernahme viele Persönlichkeiten aus der Politik zur Flucht veranlasste, setzten nach antisemitischen Gesetzen und Ausschreitungen größere Emigrationsschübe der jüdischen Bevölkerung ein. Oftmals überlagerten sich die Motive, Deutschland zu verlassen, eine allzu holzschnittartige Einteilung verbietet sich daher.

Gemein war den EmigrantInnen in der Regel die oftmals völlig ungewohnte prekäre ökonomische Lage, in der sie sich einrichten mussten. Hilfskomitees etablierten sich rasch zur festen Anlaufstelle in rechtlichen Fragen ebenso wie bei materiellen Zuwendungen. Diese Komitees waren zumeist in einem weltanschaulichen oder religiösen Kontext angesiedelt, der mit den Schwesternorganisationen der Aufnahmeländer in Verbindung stand. Allerdings waren die Asylgesetze der Aufnahmeländer von ungleich größerer Bedeutung und beeinflussten daher auch die Heterogenität der EmigrantInnenorganisationen.

Insbesondere in der Anfangszeit des NS-Regimes war unter vielen EmigrantInnen der Glaube verbreitet, die nationalsozialistische Herrschaft werde von kurzer Dauer sein. Die Anrainerstaaten Deutschlands waren auch aus

diesem Grund bevorzugte Fluchttorte, wobei gerade politische EmigrantInnen von kurzen Wegen über die grüne Grenze, beim Schmuggel von Informationen und Propaganda sowie der Aufrechterhaltung des Kontakts mit den GesinnungsfreundInnen in Deutschland zu profitieren suchten. Sie agierten, wie es der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer ausdrückte, »mit dem Gesicht nach Deutschland«.

### ... in die Nachbarländer

► Die Tschechoslowakei wurde unter diesen Umständen eines der wichtigsten Exilländer, Prag war bedeutendes Zentrum der Hitler-Flüchtlinge. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten war die tschechoslowakische Asylgesetzgebung äußerst liberal, wurden doch die Niederlassungsfreiheit, ein liberales Arbeitsrecht und auch die Möglichkeit politischer Tätigkeit, die notwendig gegen den Nachbarstaat gerichtet war, garantiert. Die Annexion zunächst der Gebiete mit sudetendeutscher Bevölkerung sowie anschließend die Einverleibung des verbliebenen Staats 1938/39 führten zur ersten größeren Flüchtlingsbewegung außerhalb Deutschlands.

Die Bedeutung Frankreichs, das schon seit 1933 wichtiges Aufnahmeland war, stieg daraufhin weiter an. Dabei war die Asylgesetzgebung Frankreichs, das zu Beginn der NS-Zeit noch an seine große liberale Asyltradition anknüpfte, unter innenpolitischem Druck und mit Verweis auf die ökonomischen Folgen der Weltwirtschaftskrise einer restriktiven Wende unterzogen worden. Quotenregelungen in zahlreichen Berufsfeldern verdammten EmigrantInnen oftmals zur Arbeitslosigkeit, gegenseitige Koppelungen von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen bildeten einen schwer zu durchbrechenden Teufelskreis.

Dennoch hatte sich Paris frühzeitig zum Zentrum politischer Initiativen entwickelt. Der Versuch, eine »Volksfront« zu bilden, die über parteipolitische Grenzen hinweg gegen die NationalsozialistInnen Stellung bezog, war nicht zuletzt ein Zeichen an die Staatengemeinschaft, dass es ein »anderes Deutschland« gibt. Für dieses zu sprechen reklamierten nicht alleine die AnhängerInnen der Volksfront für sich. Letztere zerbrach an der Unnachgiebigkeit der politischen AkteurInnen und scheiterte 1937 endgültig.

Als Nachbarland hätte auch die Schweiz eine wichtige Rolle als Exil spielen können – zumal ein teilweise gemeinsamer Sprachraum die kulturellen Hürden niedrig erscheinen ließ. Jedoch war der Schweiz in erster Linie daran gelegen, ihren Status der Neutralität zu bewahren und hierfür beispielsweise politische Tätigkeit scharf zu ahnden. Bliebe als herzuhebendes Aufnahmeland noch Großbritannien, dessen Bedeutung spätestens seit Kriegsausbruch stark anstieg. Auch die britische Asylgesetzgebung war nicht frei von Restriktionen, die beispielsweise in den Inter-

nierungslagern für EmigrantInnen kurzzeitig Niederschlag fanden.

Als Folge des Zweiten Weltkriegs war die erfolgreiche Flucht nach Übersee (oder Großbritannien) eine Überlebensfrage geworden. Damit einher ging eine weitere »Zersiedelung« der Emigration, wobei die USA nicht nur als Bündnispartner der Anti-Hitler-Koalition, sondern auch als Aufnahmeland herausstachen. Zudem muss Palästina besondere Bedeutung für die jüdische Emigration beigegeben werden.

Insbesondere der deutsche Einmarsch in Frankreich 1940 kam derart schlagartig, dass er die EmigrantInnen weitgehend unvorbereitet traf. Das im kollaborierenden Vichy-Frankreich liegende Marseille wurde zum letzten Ausweg und gleichzeitig zur Falle. In dramatischen Rettungsaktionen wurden Flüchtlinge mit Not-Visa für die USA ausgestattet und auf abenteuerlichen Routen über die Pyrenäen und durch das faschistische Spanien nach Portugal gebracht, wo die Atlantik-Passage endgültige Rettung versprach.

### Scheiternde Humanität

► Die Hoffnungen der EmigrantInnen auf eine internationale Lösung der Flüchtlingsfrage hatten spätestens mit dem Rücktritt des Flüchtlingskommissars des Völkerbundes, James G. McDonald, im Dezember 1935 einen herben Dämpfer erlitten. Der »einfachen Menschlichkeit« müsse der Vorzug gegeben werden, forderte McDonald vergebens. Ihm war es nicht gelungen, einen Standard zur Anerkennung der Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich durchzusetzen. Der Völkerbund erwies sich als zahnloser Tiger.

Konferenzen und Kampagnen sollten öffentlichen Druck auf die Staatengemeinschaft ausüben. Die im November 1935 gegründete »Fédération des Émigrés d'Allemagne en France« (FEAF) bündelte als loser Dachverband die Interessen von insgesamt 15 Organisationen in Frankreich, die Asylrechtsthemen und Unterstützungsleistungen verbanden. Im Juli 1936 entsandte die FEAF zur internationalen Flüchtlingskonferenz in Genf vier Vertreter.

Zur Vorbereitung der Genfer Konferenz hatte die FEAF in Paris kurz zuvor eigens eine Konferenz veranstaltet, die einen Entwurf zur Definition des politischen Flüchtlings erarbeitete. Mit dem »Comité de liaison« war eine offizielle Schnittstelle der EmigrantInnenvertreterInnen beim Völkerbund geschaffen worden. Mit der Beteiligung am »Comité consultatif« erreichten EmigrantInnen sogar direkte Mitwirkung an regierungsmäßiger Stelle. Dieser beim französischen Innenministerium angesiedelten Kommission oblag die Entscheidung über die Anerkennung als politischer Flüchtlings-

im Sinne der rechtsverbindlichen, wenngleich verbesserungswürdigen Definition.

Es war offenbar geworden, dass die Organisation und Konzentration von Interessen ein Erfolg versprechender Weg war. Die Gründung der »Zentralvereinigung der deutschen Emigration« (ZVE) als ein Ergebnis der Genfer Konferenz erschien insofern folgerichtig. Die ZVE war wie die FEAF als Dachverband konzipiert und sollte in den jeweiligen Asyl ländern Landessektionen unterhalten. Allerdings blieb die ZVE faktisch auf Frankreich beschränkt und konnte die ihr zugedachte internationale Statur nicht gewinnen.

Die Ergebnisse von Genf reichten nicht aus, um den Problemen der Flüchtlinge wirksam zu begegnen. So wurde beispielsweise der gesamte Komplex des Arbeitsrechts ausgespart und blieb weiterhin nationalen Regelungen unterworfen. Im Juni 1938 wurde in Evian eine weitere Konferenz eröffnet, nachdem in Genf erneut wenig ertragreiche internationale Bemühungen stattgefunden hatten; auch Vertreter der ZVE nahmen daran teil. Doch auch in Evian wurden die drängendsten Probleme nicht beseitigt. Die Staaten hielten an ihren Bestimmungen fest und begegneten den Flüchtlingen mit starren Einwanderungsquoten.

### Vermeidbar und zynisch

► Die deutschen Annexionen beendeten schließlich jede Hoffnung auf eine internationale Lösung der Flüchtlingsprobleme. Initiativen wie die Not-Visa für die USA waren eine bloße Reaktion auf diese Situation, sie wurden situativ ausgegeben und kamen nur einer ausgewählten Elite zugute.

Das Gros der Flüchtlinge hatte mit Repressionen und Beschränkungen zu leben gelernt. Die Selbstorganisation der Emigration war ein steiniger Weg und schien doch der einzige gangbare gewesen zu sein. Mit Expertise und Engagement beschritten ihn zahlreiche EmigrantInnen in der Hoffnung, auf die Staatengemeinschaft einwirken zu können. Dass diese sich wiederholt zu großen Konferenzen traf, nicht jedoch zu großen Lösungen fand, war tragisch.

Dass solche Verhaltensmuster der internationalen Politik bis heute immer wiederkehren, ist mehr als nur vermeidbar – es ist zynisch. Die Aktualität der historischen Parallelen ist evident. Im Ringen um die Deutungshoheit erinnerungspolitischer Diskurse werden sie freilich zugunsten deutschen Opfertums weitgehend marginalisiert.

► Andreas Marquet ist Archivar des P. Walter Jacob Archivs der Walter A. Berendsohn Forschungsstelle für deutsche Exilliteratur und veröffentlicht Texte zu Arbeiterbewegung, Flucht, Vertreibung und Exil.

## Die Dritte Welt im Ersten Weltkrieg

► In diesem Jahr jährt sich der Beginn des Ersten Weltkrieges zum hundertsten Mal. Wie befürchtet spielen die Millionen außereuropäischen Opfer des von europäischen Mächten geführten Krieges in hiesigen Medien kaum eine Rolle. Anlass für die iz3w, in einer fortlaufenden Reihe über die teilweise bis heute andauernden Folgen des Ersten Weltkrieges in Ländern des Südens zu berichten. In iz3w 338 gab Uwe Schulte-Varendorff einen Überblick über die außereuropä-

ischen kolonialen Schauplätze des Krieges. Tilman Lüdke stellte in iz3w 339 die Versuche des Deutschen Reiches dar, Muslime als Waffenbrüder zu gewinnen. In iz3w 340 und 341 schilderte Karl Rössel den Einsatz von Millionen Kolonialsoldaten in Europa.

In seinem hier präsentierten Beitrag informiert Oliver Schulten darüber, wie europäische Kolonialmächte den Ersten Weltkrieg in Ostafrika ausfechten ließen – zu Lasten von Millionen AfrikanerInnen.



Commonwealth-Grabstätte für alliierte Weltkriegssoldaten im kenianischen Taita-Park

Foto: iz3w-Archiv

»Wenn zwei Elefanten kämpfen,  
ist es das Gras, was darunter leidet«

Afrikanisches Sprichwort

# Die Folgen sind bis heute spürbar

## Das koloniale Ostafrika im Ersten Weltkrieg

von Oliver Schulten

► Die heutigen Staaten Ruanda, Burundi und das festländische Tansania bildeten von 1885 bis 1917 die Kolonie Deutsch-Ostafrika, kurz DOA. Sie war so groß wie das Deutsche Reich und Frankreich zusammen. Hier lebten etwa 7,5 Millionen Menschen, die Hälfte davon in Ruanda und Burundi. In der Kolonie wurden über 120 Sprachen gesprochen. Die ausländische Bevölkerung stellten gerade einmal 5.336 EuropäerInnen und 15.000 AsiatInnen.

DOA war umringt von anderen europäischen Einflussgebieten: Im Norden befanden

sich die britischen Protektorate Kenia und Uganda, im Westen der belgische Kongo, im Südwesten die englischen Gebiete Malawi und Sambia. Im Süden grenzte DOA an Portugiesisch-Ostafrika, das heutige Mosambik. Die vorgelagerte Insel Sansibar stand unter britischer Kontrolle.

Als die Deutschen ab 1884 versuchten, ein Handelsnetz von der Küste aus in das Landesinnere zu etablieren, stießen sie bereits vier Jahre später auf massiven Widerstand. Die etablierten Händler wehrten sich gegen die

vordringenden Deutschen. Diese Auseinandersetzungen wurden als »Araber-Aufstand« bekannt. Bis in die 1890er Jahre drangen die deutschen Kolonialisten weiter nach Osten vor und etablierten eine Verwaltung bis an die Grenze des Kongo.

In den folgenden Jahren wurden fragwürdige »Schutzbriefe« mit lokalen Machthabern unterschrieben: Oft gingen die AfrikanerInnen davon aus, nur Niederlassungs- und Nutzungsrechte auszusprechen. Die Deutschen allerdings interpretierten diese Vorgänge als Abtretung

aller politischen Macht plus kompletter Enteignung. Sie unterdrückten brutal jeden Widerstand, der sich besonders gegen Hütten- und Kopfsteuer sowie Zwangsanbau richtete. Der Höhepunkt war der Maji-Maji-Krieg (1905-07, siehe iz3w 276 und 288). Erstmals taten sich verschiedenste Bevölkerungen gegen die Kolonialmacht Deutschland zusammen und versuchten die Europäer zu vertreiben. Geweihtes Wasser (Maji-Maji) sollte die Angreifer für Gewehrkugeln der Deutschen unverwundbar machen. In den zwei Jahren dauernden Kämpfen befand sich der gesamte Süden der Kolonie im Kriegszustand. Die Deutschen reagierten mit Terror. Nach der Niederschlagung folgte eine drei Jahre währende Hungersnot. In manchen Regionen starb etwa die Hälfte der Bevölkerung. Bis zum Ersten Weltkrieg kosteten über 80 Unterwerfungsfeldzüge mehr als 300.000 Menschen das Leben.

Die Versuche der deutschen Kolonialregierung, afrikanische Bäuerinnen und Bauern dazu zu bewegen, ihre Produktion auf den Export auszurichten, schlugen fehl. Also ging das Gouvernement zur direkten Landbesiedlung durch EuropäerInnen über. Die Folge waren Proteste und Aufstände gegen Zwangseigentum. Weiter verschlimmert wurde das Elend der einheimischen Menschen durch die Steuerpflicht: Da es kaum Bargeld gab, mussten Steuern als Naturalien oder durch Arbeitsdienste bezahlt werden. Damit wurden vor allem junge Männer zum Einsatz auf den von europäischen Siedlern betriebenen Plantagen gezwungen. Die Deutschen konnten auf über 800.000 arbeitsfähige Menschen zugreifen. Die Kolonie rechnete sich trotzdem nicht: Das Deutsche Reich musste insgesamt 122 Millionen Mark in DOA pumpen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges standen mehrere Bezirke noch immer unter Militärverwaltung.

## Land als Pfand

► Am 5. August 1914 wurde das Kriegsrecht über DOA verhängt. Alle Deutschen waren zum »Widerstand« gegen die Alliierten aufgerufen. Noch im selben Monat zerstörten britische Truppen die Kommunikationswege der Deutschen. Deren Kolonien waren fortan isoliert. Nach der Eroberung Togos, Namibias und Kameruns konzentrierten sich die Alliierten auf DOA. Großbritannien ging es dabei vor allem um territoriale Gewinne – nach der Devise »Land als Pfand«.

Neben europäischen Soldaten kamen Einheiten und Träger aus 23 Ländern zur Kriegsführung nach Ostafrika – aus Malawi, Sambia, Simbabwe, Uganda, Kenia, Kongo, Südafrika, Gambia, Ghana, Nigeria, Sierra Leone, Botswana, Swasiland, Somalia, Mosambik und dem Sudan. Eingesetzt wurden außerdem Jamaikaner und Divisionen aus Rajasthan, Kaschmir, Afghanistan und Punjab. Frankreich lieferte Kriegsmaterial und Lebensmittel.

Weitere französische Unterstützung durch Truppen lehnten Großbritannien und Südafrika ab: Man wollte Frankreichs Einfluss in Ostafrika begrenzen.

Die Briten setzten zu Beginn auf schweres Gerät: Waffentechnik, gepanzerte Fahrzeuge, Flugzeuge und Lkw sollten den Sieg bringen. Unklare Befehlsbefugnisse, mangelnde Kommunikation und Planung, veraltete Karten und vor allem die örtlichen Verhältnisse sorgten für einen Strich durch diese Rechnung. Unwegsames Gelände, zwei Regenzeiten im Jahr sowie Krankheiten setzten den Alliierten zu. Außerdem fehlten funktionierende Infrastruktur und ausreichend ausgebildete Soldaten. Daher konnten deutsche Verbände von 1914 bis 1916 erfolgreich Angriffe durchführen und alliierte Truppen schwächen. Bevorzugte Ziele waren Nachschub- und Kommunikationswege, etwa die britische Uganda-Bahn.

## Das Ende von DOA

► 1916 griffen die Alliierten die deutsche Kolonie zugleich aus Kenia, dem Kongo, aus Sambia und aus Malawi an. Parallel dazu wurden die Küstenstädte am Indischen Ozean eingenommen. Über die Hälfte von DOA kam unter alliierte Kontrolle. Die Deutschen wechselten daraufhin vom Stellungs- zum Bewegungskrieg: Da kein Nachschub zu erwarten war, waren offene Schlachten sinnlos. Nur erbeutete Lebensmittel, Munition und Waffen hielten die deutschen Soldaten am Leben. Störmanöver, permanentes Ausweichen, Sabotage und kleinere Angriffe bestimmten fortan den Alltag der »Schutztruppe«.

Diese Taktik hatte allerdings keinen Erfolg: Die Alliierten schafften es bis 1917, die Deutschen innerhalb der Kolonie handlungsunfähig zu machen. Alle wichtigen Städte und Eisenbahnverbindungen waren erobert. Immer wieder ergaben sich deutsche Offiziere mit ihren Truppen angesichts fehlenden Nachschubs an Medizin, Waffen, Wasser und Nahrung sowie aus Mangel an Hilfe durch die lokale Bevölkerung. Die deutsche Schutztruppe war in den Süden abgedrängt, die Kolonie hatte aufgehört zu existieren. Ende 1917 wurde DOA britisches Protektorat. In der Zeit zwischen 1917-1918 kämpfte Kommandeur Paul von Lettow-Vorbeck außerhalb von DOA gegen die Alliierten weiter. Den Anweisungen

des Gouvernements, keine weiteren Gefechte auszutragen, widersetzte er sich und kämpfte in Mosambik und Sambia bis zum November 1918 gegen die nachsetzenden alliierten Verbände. Erst nach dem Waffenstillstand in Europa legte auch er seine Waffen nieder. Nach dem Friedensschluss 1919 wurde die ehemalige deutsche Kolonie britisches Völkerbunds-Mandat.

Wie zahlreiche andere Kommandeure wurde auch Lettow-Vorbeck in den Nachkriegsjahren zum Helden stilisiert (siehe iz3w 299). Ungeachtet der verübten Kriegsverbrechen wurde er als »Held von Ostafrika« bezeichnet. 1919 schlug er mit 10.000 Soldaten einen



Ein Tourismusmanager des kenianischen Taita-Parks präsentiert Artefakte des Ersten Weltkrieges

Aufstand in Hamburg niedergeschlagen. 1920 wurde er wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch aus der Armee entlassen. Während des Nationalsozialismus wurden Straßen und Kasernen nach ihm benannt. 1964 starb er in Hamburg, ohne sich jemals für seine Verbrechen verantworten zu müssen.

## Söldner für Europa

► Eines haben beide europäische Kriegsparteien gemeinsam: Sowohl die Armeen der Alliierten als auch die der Deutschen bestanden aus afrikanischen Soldaten, den sogenannten Askari, die von europäischen Offizieren befehligt wurden. Einen Großteil der

deutschen Schutztruppe stellten somit ehemalige Sklaven, Berufssoldaten, Söldner sowie als »Kriminelle« Stigmatisierte. Ihr Lohn war Bargeld und Beute nach einem Sieg. Ein Drittel dieser Truppe waren landesfremde Söldner, der Rest Einheimische. Bis 1916 hatte das deutsche Reich 3.007 Europäer und 12.100 Askari zusammengezogen. Wenn nötig, warben deutsche Offiziere zusätzliche irreguläre Einheiten an.

Die Zahl der Askari schrumpfte durch Desertion von 3.000 Mann, Vermisste und das Überlaufen von etwa tausend zu den Alliierten. Die militärischen Kolonnen bestanden auch aus den Familien der Askari. Sie suchten nach

Krankheiten den europäischen Soldaten zu setzen, entschied die britische Militärspitze, verstärkt Afrikaner kämpfen zu lassen. Das Ergebnis: Ab 1918 bestanden 90 Prozent aller Truppen aus Afrikanern.

## Ohne Träger keine Bewegung

► Die Zeit zwischen 1916 bis 1918 wird oft als »Safari-Krieg« bezeichnet. Die ‚Hauptwaffe‘ der Truppen waren dabei ihre Beine: Die Alliierten mussten hinter den Deutschen herlaufen, wenn sie siegen wollten. Es gab kaum Straßen, die Eisenbahnlinien waren nicht gut ausgebaut, abziehende Truppen zerstörten die restliche Infrastruktur. Ohne die brutale Ausbeutung von zehntausenden Trägern hätte es den Krieg in Ostafrika daher nicht gegeben. Die Männer mussten sechs bis sieben Stunden täglich marschieren, mit Lasten von bis zu 30 Kilogramm auf Köpfen und Schultern. Sie mussten Bergpässe und Sümpfe überwinden, Kranke oder Erschöpfte wurden geschlagen und zurückgelassen. Nachts wurden die Träger von Bewaffneten bewacht und zusammenggebunden, um ihre Flucht zu verhindern.

Die vor dem Krieg eingeführten Steuerlisten in den Kolonien erfassten alle gesunden Männer. Anhand dieser Listen wurden Träger rekrutiert: ‚Anwerber‘ zogen durch die Dörfer und lasen Namen vor, die Menschen wurden gesammelt und aneinandergefesselt. Aus den Dörfern marschierte man dann zu Depots. Die Briten rekrutierten für den Krieg in DOA etwa 550.000 Männer in Malawi, Kenia und Uganda. Aus dem Kongo kamen 260.000 Träger, aus Westafrika 10.000, aus Mosambik 90.000. In Tansania rekrutierten Alliierte und Deutsche etwa 670.000 Träger. Die Zahl der insgesamt eingesetzten Träger liegt bei um die 1,5 Millionen Menschen.

Die Träger waren für eine gewisse Zeit verpflichtet, nur wenige dienten den ganzen Krieg hindurch. Größtenteils arbeiteten sie hinter den Linien beim Nachschub und der Aufrechterhaltung von Kommunikationslinien. Wer als Träger an die Front geriet, war Angriffen ausgesetzt, da der jeweilige Gegner versuchte, den Nachschub zu unterbrechen. Der Transport von Waren und Waffen war allerdings nicht die einzige Aufgabe der Träger: Sie mussten Straßen und Brücken bauen oder kochen.

Und sie waren Opfer der Kolonialbürokratie: Träger in Kenia mussten Ausweiskarten tragen, auf denen vermerkt war, wie sie hießen und wie lange sie Dienst getan hatten. Diese

Karten gingen während der Kämpfe oft verloren oder Offiziere nahmen sie weg. Zusätzlich verschwanden Meldelisten in den Depots. Wenn das passierte, konnten die Träger keine Bezahlung einfordern. Außerdem wurde der vereinbarte Lohn oft gar nicht oder nur zum Teil gezahlt. Selbst wenn ein Träger belegen konnte, wie lange er gearbeitet hatte, musste er unter Umständen bis Ende der 1920er Jahre auf den Lohn warten.

## »Wie Tiere eingefangen«

► Lockte anfänglich eine gute Bezahlung viele Menschen in den Träger- oder Armeedienst, reichte diese Motivation ab 1916 nicht mehr aus. Die Europäer griffen zum Mittel der Zwangsrekrutierungen, die in der Regel über die lokalen Chiefs liefen. Wer sich weigerte, sah sich von Absetzung, Verhaftung oder dem Tod bedroht. Hinzu kamen mobile Polizeieinheiten, die meist nachts waffenfähige Männer rekrutierten: Sie zogen von Haus zu Haus und nahmen jeden Mann mit, den sie finden konnten. Die Menschen wurden aneinandergefesselt und abtransportiert.

Durch erhöhte Abgaben und Steuern wurde der Zahlungsdruck so erhöht, dass die Betroffenen die Geldforderungen nur durch Lohnarbeit erfüllen konnten. Säumige Steuerzahler wurden verhaftet und zum Trägerdienst verpflichtet. Auch wurden Frauen als Geiseln genommen, um so die Männer zum Trägerdienst zu zwingen. Ein Augenzeugenbericht belegt, dass die Männer in den Dörfern »wie Tiere eingefangen« wurden. Ein belgischer Kommandant bezeichnete die Rekrutierung von Trägern und Askaris als »Sklavenjagden«. Wer floh, musste mit Verfolgung und Erschießung rechnen.

Die Unterdrückungskulisse aus Zwangsrekrutierungen, Steuererhöhungen und Beschlagnahmung von Nahrungsmitteln löste Massenflüchten aus. Ganze Landstriche verödeten, die Felder lagen brach, Dörfer waren verlassen. Durchziehende Truppenverbände hatten alle verfügbaren Lebensmittel beschlagnahmt. Um dem Feind das Nachrücken zu erschweren, zerstörten die Truppen die vorhandene Infrastruktur, sprengten Straßen, Brücken und Eisenbahnen. Diese Politik der verbrannten Erde löste Hungersnöte aus, von denen etwa 300.000 Menschen betroffen waren. Das Elend war so groß, dass nicht einmal Zeit blieb, um Tote zu bestatten.

Auf der Suche nach Nahrung und Wasser zogen tausende Flüchtlinge durch das Land. Diese Wanderungen sowie die Truppenbewegungen führten zur Ausbreitung von Krankheiten wie Malaria, Pocken und Typhus. Hinzu kam die Syphilis – vor allem wegen der sprunghaft ansteigenden Prostitution. ►



Foto: iz3w-Archiv

Nahrungsmitteln und Wasser, sammelten Feuerholz, kochten, nähten, flickten Uniformen, versorgten Kranke und Verwundete. Kinder wurden als Melder, Post-Transporteur und Signalgeber eingesetzt.

Die Alliierten haben etwa 240.000 Soldaten eingesetzt: 80.000 Europäer und weiße Südafrikaner, 35.000 Inder und 125.000 Afrikaner. Bis 1916 diente Kenia als Operationsbasis, in der Truppen und Träger zusammengezogen wurden. Die alliierten Armeen bestanden beispielsweise aus den King's African Rifles (etwa 35.000 Mann), der Force Publique (etwa 25.000 Mann) sowie der Nyasaland Native Force. Portugal setzte rund 20.000 Soldaten ein. Nachdem vor allem

Deutsche wie Alliierte griffen zu Zwangsrekrutierungen afrikanischer Männer

Auch die traditionelle Landwirtschaft veränderte sich dramatisch: Im Kongo zwang die Kolonialverwaltung die Bäuerinnen und Bauern, zur Versorgung der Truppen Reis anzupflanzen, in Malawi Mais, in Mosambik Baumwolle. Dadurch wurde die bisherige Agrarstruktur umgestellt oder brach zusammen. Das schlug unmittelbar auf die Struktur der Dörfer und ihr Sozialgefüge durch: Da die Chiefs oft »Vermittler« zwischen Kolonialverwaltung und Bevölkerung waren beziehungsweise in diese Rolle gezwungen wurden, veränderte sich ihre Stellung innerhalb der Gemeinschaft negativ. Viele Chiefs verloren das ihnen bislang entgegen gebrachte Vertrauen. Die Folge: Nach europäischen Berichten brach ab 1916 die »öffentliche Sicherheit« zusammen. Viehtransporte waren nur noch nachts möglich, tagsüber drohten Überfälle. Den Menschen blieben gegen die Armut oft nur noch Diebstahl und Betteln. Außerdem blühte der Menschenhandel wieder auf: Der Verkauf eines Jungen brachte eine Kuh, der eines Mädchens zwei Kühe.

## Aufstände und Gegenwehr

► Angesichts von Zwangsrekrutierungen, Zwangsarbeit, Verwüstungen, Preissteigerungen, Steuererhöhungen, Misshandlungen und Hunger erhob sich in allen ostafrikanischen Kolonien massiver Widerstand gegen den Krieg der Europäer. Die meisten Menschen flohen vor anrückenden Truppen in unwegsames Gelände, versteckten sich oder gingen in andere Kolonien. Bestimmte Gruppen entschieden sich auch für bewaffnete Gegenwehr: So kämpften der Mumbo-Kult in Kenia und die Nyabingi-Bewegung in Uganda-Ruanda jahrelang gegen die europäischen Truppen. Parallel dazu schlossen sich in Malawi viele Menschen der Nyau-Bewegung an. In Kenia und Mosambik erhoben sich ganze Bevölkerungen. Nur mit militärischer Gewalt konnten diese Aufstände niedergeschlagen werden. In Tansania verbündeten sich eine Reihe größerer Ethnien mit einer längeren Widerstandsgeschichte wie Hehe und Makonde mit den Alliierten und kämpften gegen die Deutschen.

Auch gegen die Belgier im Kongo richteten sich zahlreiche Aufstände. Unruhen in der Kivu-Region sowie Aufstände der Bashi-Lele und Luba wurden brutal niedergeschlagen. Hinzu kamen Meutereien innerhalb der Force Publique. In Uganda erhoben sich Kiga und Tutsi. Chiefs der Ganda protestierten gegen Zwangsrekrutierungen: Sie verglichen die Arbeit für die Briten mit der alten Sklaverei.

Viele Träger in den Kolonialarmeen leisteten ebenfalls Widerstand. Schon direkt nach der Rekrutierung flohen viele auf dem Weg zu den Depots. Während des Krieges entzogen sich viele Träger durch Flucht, andere stellten sich

krank oder täuschten Geisteskrankheiten vor. Berichtet wird auch von Männern, die absichtlich verdorbenes Essen oder Wasser zu sich nahmen, um einsatzunfähig zu werden. Hinzu kam alltäglicher passiver Widerstand durch bewusstes »Dummstellen« oder langsames Arbeiten.

Die Zivilbevölkerung dagegen musste sich andere Widerstandswege suchen: Man weigerte sich, Arbeiter, Träger oder Soldaten zu stellen, hielt Lebensmittelabgaben zurück,

versteckte Vorräte oder kochte das von den Europäern zugeteilte Saatgut, bevor man es einpflanzte. Als dann Lebensmittel eingefordert wurden, zeigten die Bauern, dass nichts gewachsen war. In Tansania

wurden deutsche Rekrutierungspatrullen von Dorfbewohnern mit schlechtem Bier vergiftet, belgische Einheiten sind von der Bevölkerung angegriffen worden. In Malawi wurden Regierungsvertreter bei Rekrutierungsversuchen verjagt und auch verprügelt.

Auch Chiefs leisteten Widerstand: Einige weigerten sich, den Behörden die Namen von truppenfähigen Männern zu melden und ließen Rekrutierungsfürchtlinge nicht verfolgen. Zu beobachten war auch eine Häufung von Überfällen auf deutsche Nachschublager: Der Hunger der Bevölkerung war zu groß geworden. Vor allem Hehe griffen wiederholt deutsche Patrouillen an und eigneten sich deren Vieh an.

## »Unglaublich grausam«

► Während des Krieges in DOA verloren die Alliierten insgesamt 10.000 Soldaten und über 100.000 Träger. Auf deutscher Seite sollen ebenfalls 100.000 Träger gestorben sein. Hinzu kamen tausende Opfer, die den Folgen von Malaria, Pocken, Typhus, Mangelernährung, Durchfall und Hunger erlagen. Die Gesamtzahl der zivilen Opfer des Krieges wird mit über einer halben Million angegeben.

Territorial ging der größte Teil der ehemaligen Kolonie DOA als Völkerbunds-Mandat an Großbritannien. Ruanda und Burundi übernahmen die Belgier. Einen kleinen Teil, das Kionga-Dreieck, erhielt Portugal. Träger und Askaris berichteten nach dem Krieg, dass kaum jemand verstanden habe, wofür die Kämpfe geführt worden seien. Ein Veteran beschrieb den Krieg als »unglaublich grausam«: In vorkolonialer Zeit habe es keine Auseinandersetzungen gegeben, die solch hohe Opferzahlen gefordert hätten.

Vor dem Krieg hatten relativ wenige AfrikanerInnen außerhalb ihrer Gemeinschaften gearbeitet. Während des Krieges änderte sich das dramatisch: Tausende Menschen waren nun auf Bargeld angewiesen, um Nahrungsmittel und Steuern bezahlen zu können. Auf den Krieg folgte der Wiederaufbau: Ganze

Landstriche waren nicht mehr bewohnbar, Felder vernichtet, Brunnen zugeschüttet oder vergiftet. Außerdem galt es, Verwundete und invalide zu versorgen. Die Kolonialverwaltungen allerdings forderten weiterhin Arbeitsdienste und Steuern von der afrikanischen Bevölkerung. Die Lebensmittelpreise waren gestiegen. Ab 1921 schlügen internationale Wirtschaftskrisen auf Afrika durch: Die Bäuerinnen und Bauern verarmten weiter, der Zwang, für EuropäerInnen zu arbeiten, wuchs. Die Landeswährungen brachen im Vergleich zur Vorkriegszeit um etwa die Hälfte ein. Das hatte Folgen beispielsweise für Kriegsveteranen, die ihren Sold gespart hatten, um Vieh oder Land zu kaufen.

Die während des Krieges entwickelte Trägerökonomie wurde nahtlos fortgeführt, indem die Erfassung und Verwaltung tausender ArbeiterInnen nun der Kolonialwirtschaft zugute kam. Die massive Umformung der Gesellschaften in Ostafrika durch europäische Kolonialisten wirkt bis heute nach: Viele Menschen zogen auf der Suche nach Arbeit in die Städte. Innerhalb von 40 Jahren war ein Heer von LohnarbeiterInnen entstanden, das die SklavInnen des 19. Jahrhunderts ersetzte.

Viele AfrikanerInnen hatten sich von ihrem Kampfeinsatz im Ersten Weltkrieg eine Verbesserung der Lebensumstände und mehr politische Einflussnahme erhofft. Diese Versprechen wurden auch von den neuen Kolonialmächten nicht erfüllt. In den Jahren nach 1918 sind unter diesem Eindruck zahlreiche politische Organisationen und Gewerkschaften entstanden. Die Ideen des Panafricanismus bekamen im ganzen östlichen und südlichen Afrika viele AnhängerInnen.

An den Hauptforderungen dieser Zeit ist traurige Kriegsrealität abzulesen: Reklamiert wurden die Einführung eines internationalen Schutzes für die Menschen Afrikas, die Abschaffung der Zwangsarbeit, die Beteiligung von AfrikanerInnen an der Machtausübung in ihren Ländern sowie die Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitswesens. Nicht zuletzt sollten die Bodenschätze den AfrikanerInnen selbst zur Verfügung stehen. Bis heute sind diese Probleme nur teilweise oder gar nicht gelöst worden.

## Literatur

- Ross Anderson: The Forgotten Front: The East African Campaign, 1914-1918. Stroud 2004.
- Geoffrey Hodges: Kariakor. The Carrier Corps. The Story of the Military Labour Forces in the Conquest of German East Africa 1914-1918. Nairobi 1999.
- Edward Paice: World War I. The African Front. New York 2008.
- Michael Pesek: Das Ende eines Kolonialreiches: Ostafrika im Ersten Weltkrieg. Frankfurt/M. 2010.

► Oliver Schulten ist Afrika-Historiker aus Wuppertal.

# »Clevere Ausnutzung der religiösen Frage«

## Ein neues Standardwerk über die Kollaboration von Nazis und Muslimen

von Matthias Küntzel

► Die wissenschaftliche Debatte über die historische Zusammenarbeit der Nazis mit der islamischen Welt ist eine angelsächsische Domäne, für die sich ausgerechnet in Deutschland nur wenige interessieren. So wurde das 2009 erschienene Buch des Historikers Jeffrey Herf über die »Nazi Propaganda For The Arab World« ins Französische, Italienische und Japanische übersetzt, nicht aber ins Deutsche. Das preisgekrönte Buch von Meir Litvak und Esther Webman »From Empathy to Denial. Arab Responses to the Holocaust« (2009) liegt nur auf Englisch vor. Gleiches gilt für die Studie »Nazis, Islamists, and the Making of the Modern Middle East« (2014) von Barry Rubin und Wolfgang G. Schwanitz. 2011 veröffentlichte die Zeitschrift »Geschichte und Gesellschaft« ein 140-seitiges Sonderheft zum Thema »Arab Responses to Fascism and Nazism« und 2012 publizierte die Zeitschrift »Die Welt des Islam« ein 300-seitiges Sonderheft zum Thema »Islamofascism« – jeweils auf Englisch.

Da kann es wenig wundern, dass der in Detmold aufgewachsene Historiker David Motadel, der an der Universität in Cambridge lehrt, seine 500-seitige Studie über **Islam und Nazi Germany's War** ebenfalls auf Englisch schrieb. Der Autor verwandte für seine Darstellung nicht nur europäische, sondern auch arabische und persischsprachige Quellen. Er hat nicht nur in deutschen, britischen und amerikanischen Archiven, sondern auch in tschechischen, russischen, lettischen und albanischen recherchiert.

Sein Thema ist keineswegs randständig, sondern für die Geschichtsschreibung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs hoch relevant: Schon Ende 1941 erkannten die Nazis, dass der Krieg gegen die Sowjetunion ohne die Rekrutierung »fremdvölkischer« Legionen nicht zu gewinnen war. Bei der Auswahl der in Frage kommenden »Völker« zeigte Hitler eine überraschende Präferenz: Er sah nur in den Muslimen wirklich zuverlässige Soldaten und unterstützte deren Rekrutierung bedingungslos. Auch das Oberkommando der Wehrmacht rechtfertigte die Rekrutierung der Muslime nicht allein mit dem Männermangel in der Armee, sondern auch mit der Religion – ausgehend von der Annahme, dass der Islam die soldatischen Qualitäten erhöhe.

Diese Präferenz trug dazu bei, dass vier der sechs Freiwilligen-Legionen, die die Wehrmacht im Osten in Stellung brachte, muslimisch waren: eine Turkestanische Legion mit 110.000 bis 180.000 Soldaten, eine Kaukasisch-Mohammedanische Legion mit 25.000 bis 38.000 Soldaten, eine Nordkaukasische Legion mit 28.000 sowie eine Wolgatatarische Legion mit 35.000 bis 40.000 Soldaten.



Soldaten der Turkestanischen Legion an der Westfront in Lothringen (1943)

Foto: K. Müller

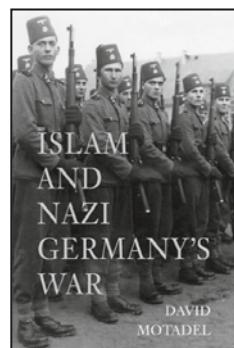
Drei muslimische Bataillone nahmen an der Schlacht um Stalingrad und sechs muslimische Bataillone an der Verteidigung Berlins teil. Am Ende des Krieges waren allein an der Ostfront mehrere zehntausend muslimische Soldaten für die Nazis gefallen.

### »Hitler zeigte große Sympathien«

► Im ersten Teil seines Buches zeichnet Motadel die Islampolitik im Kaiserreich und das ab Sommer 1941 steigende Interesse der Nazi-Führung am Islam nach. Interessant sind seine Belege für die Islamverehrung führender Nazigrößen. »Hitler zeigte große Sympathien für den Islam«, berichtete zum Beispiel Hermann Neubacher, ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amts. Er sei überzeugt gewesen, dass, »die Deutschen, wären sie Muslime gewesen, in ihrer Geschichte mehr erreicht hätten.« Der zweite Teil der Studie (»Muslims in the War Zones«) geht auf die Islampolitik der Nazis im Nahen Osten, an der Ostfront und auf dem Balkan ein.

Sein Nahost-Kapitel konzentriert sich auf die Propaganda, mit der die Nazis die Araber auf ihre Seite zu ziehen suchten. Er betont »die Zentralität der Verweise auf den Islam« in dieser Propaganda und deren antisemitischen Kern: »Die deutsche Propaganda kombinierte den Islam mit antijüdischer Agitation, und dies in einem Ausmaß, das die moderne islamische Welt bisher nicht kannte.«

Motadel befasst sich erstmals auch mit der Frage, wie Muslime und die Alliierten auf diese deutsche Islam-Propaganda reagierten. Die ägyptischen Muslimbrüder, so seine Bilanz, hätten diese Propaganda zwar geschätzt. Gleichwohl sei deren Erfolg hinter den Erwartungen der Nazis weit zurückgeblieben. An der Ostfront sah die Lage anders aus. Hier wurde die vorrückende Wehrmacht als Befreier der Muslime von sowjetischer Herrschaft gefeiert. Also nutzten die Deutschen »die Religion als eines ihrer wichtigsten Instrumente der Kriegsführung.« Sie restaurierten und politisierten die Moscheen und etablierten »Mohammedanische Komitees«, die sie als »zentrale Säule der deutschen Herrschaft« nutzten. »Es ist



interessant«, notierte Joseph Goebbels im Januar 1942 über den Nazi-Aktivismus auf der Krim, »als wie bedeutsam sich die clevere Ausnutzung der religiösen Frage hier erwies.«

Auf dem Balkan fanden die deutschen Stellen – anders als im Kaukasus und auf der Krim – intakte islamische Institutionen und Netzwerke vor. Hier ging die Initiative von Muslimen aus: »Die deutschen Truppen waren über die enthusiastische Begrüßung, mit der sie große Teile der muslimischen Bevölkerung empfingen, überrascht.« Im April 1941 organisierten muslimische Führer aus Anlass von Hitlers Geburtstag Massenkundgebungen und feierliche Gebete in den Moscheen, zu denen die deutschen Militärbehörden eingeladen wurden. Ab 1943 nutzen die Nazis auch hier den Islam als politisches Instrument. Motadel hat die hierfür verwendeten Propagandamaterialien im Freiburger Militärarchiv neu entdeckt.

Im dritten Teil seiner Studie (»Muslims in the Army«) behandelt Motadel die religiös begründeten Sondermaßnahmen für Muslime in deutschen Kampfeinheiten sowie die weltanschauliche Schulung, die diese Muslime durchliefen. Auch hier fördert der Autor neue Quellen zutage: So präsentiert er Propagandazeitungen, die die Nazis zum Beispiel unter dem Titel »Ghazavat« (Heiliger Krieg) zwischen 1942 und 1945 für muslimische Soldaten erstellten – Zeitungen, die mit Texten, aber auch mit Fotos, Versen und Liedern die muslimischen Soldaten aufzustacheln suchten.

Man agitierte gegen die Sowjetunion, gegen Großbritannien und gegen die Juden. Der Palästina-Konflikt erhielt – selbst an der Ostfront! – enormen Raum: »Bilder von Juden als Feinde des Islam wurden oft mit Aufforderungen zur islamischen Solidarität mit den Palästinensern ... in Verbindung gebracht... Es wurde oft und in einer übertriebenen Weise über Unruhen in Palästina berichtet. Man stellte diese als Teil eines Globalkonflikts dar, mit dem die Gesamtheit der muslimischen Welt verbunden sei«, schreibt Motadel.

Auffällig war darüber hinaus das Bemühen der Propagandaorgane, »die Soldaten über den Islam aufzuklären und die Entwicklung einer islamischen Identität unter ihnen zu befördern.« Dies schien notwendig gewesen zu sein. Motadel zitiert Nazi-Größen, die sich darüber beklagen, dass kaum ein muslimischer Soldat zum Gebet käme, wenn es nicht die Verpflichtung hierzu gäbe. Er zeigt, dass das Alkoholverbot, das die Nazis als vermeintliche Islam-Vorgabe zu garantieren suchten, besonders bei Muslimen aus dem Osten auf Unverständnis stieß.

Die »islamische Identität« war also oftmals nicht vorhanden, sondern musste von den Nazis erst geschaffen werden. Und es war auch nicht irgendeine »islamische Identität«, die die Deutschen ihren muslimischen Vollstreckern aufzudrängen suchten, sondern man war davon überzeugt, »dass für die militärischen Imame nur eine enge Auslegung des Islam geeignet sei«, eine Auslegung, die



Foto: iz3w-Archiv

zugleich den Hass auf Juden zum Kernbestand islamischer Identität erklärt.

### An erster Stelle Antisemitismus

► Hinterließ diese Indoktrination Spuren in der islamischen Welt? Motadel lässt uns in dieser Hinsicht allein. Die Frage, ob die Ergebnisse seiner Recherchen dazu beitragen können, den Antisemitismus und die Krise des gegenwärtigen Islam besser zu deuten, wird von ihm nicht gestellt. Stattdessen wählt Motadel einen anderen interpretativen Rahmen und einen anderen Gegenwartsbezug: Er betrachtet die Islampolitik der Nazis als eine »Episode« in einer langen Geschichte der Versuche nicht-muslimischer Großmächte, den Islam für die eigenen strategischen Interessen zu instrumentalisieren, und führt als jüngeres Beispiel den in den 1980er Jahren von den USA geförderten Dschihad gegen die Sowjets in Afghanistan an.

Vielelleicht liegt es an dieser Einordnung, dass Motadel den ideologischen Faktor herunterspielt: »Es war die militärische Situation, die zu Deutschlands Kampagne für eine islamische Mobilisierung geführt hat«, behauptet er. »Ideologische Erwägungen spielten nur eine marginale Rolle.« Dies ist wenig überzeugend. So setzte die pro-islamische Wende der deutschen Nahostpolitik bereits im Sommer 1937 anlässlich des britischen »Peel-Plans« ein. Bereits im

Mai 1938 schwor Goebbels die deutschen Medien auf eine islamfreundliche Einstellung ein. Zur selben Zeit veröffentlichte ein Nazi-Verlag den Aufruf »Islam-Judentum« des Muftis von Jerusalem. Im April 1939 begann Radio Zeesen sein islamfreundliches, arabischsprachiges Programm. Dies zeigt, dass die islamfreundliche Politik der Nazis schon vor Beginn des Krieges begann, also unabhängig von militärischen Erwägungen.

Es ist zwar richtig, dass Hitler seine rassistische Ideologie hintan stellen musste, um die Kooperation mit Muslimen zu ermöglichen. Doch war auch diese Prioritätensetzung ideologisch motiviert: Der antiarabische Rassismus hatte sich dem antisemitischen Gesamtkonzept der Nazis unterzuordnen.

Dessen ungeachtet hat Motadel eine wichtige Studie geschrieben, die das Wissen über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs erheblich erweitert. Er hat eine beispiellose Menge an Material zu einem gut lesbaren Buch verarbeitet. Es ist ein Standardwerk, an dem sich künftige ForscherInnen werden abarbeiten müssen. Ob es eine Übersetzung ins Deutsche geben wird? Die Chancen stehen schlecht.

► David Motadel: *Islam and Nazi Germany's War*. The Belknap Press of Harvard University Press 2014. 512 Seiten, 30,00 Euro.

► Matthias Küntzel ist Politikwissenschaftler, Pädagoge und Publizist in Hamburg.



Im Oktober 2016 wurde diese Gedenkstatue vor der Universität von Shanghai errichtet

Foto: Japan Times, Kyodo

## Reden wäre Gold

### Japan übt Stillschweigen über die Kriegsverbrechen an Zwangsprostituierten in Asien

Die Regierungen Japans und Südkoreas schlossen Ende Dezember 2015 ein Abkommen über den Umgang mit den Kriegsverbrechen an Frauen in japanischen Militärbordellen. Weil es von den Betroffenen als völlig unzureichend abgelehnt wird, kommt es zu heftigen Protesten innerhalb der südkoreanischen Gesellschaft und darüber hinaus. Das Scheitern einer angemessenen Vergangenheitspolitik ist bis in die Freiburger Stadtpolitik spürbar.

von Mira Krebs

► Im südkoreanischen Busan kam es Anfang Januar zu Protesten gegen ein Denkmal, das eine südkoreanische Gruppe vor der japanischen Botschaft aufgestellt hatte. Es handelte sich um ein Mädchen aus Bronze, das an das Schicksal von rund 200.000 Zwangsprostituierten erinnert, die während der japanischen Besatzung und im Zweiten Weltkrieg in verschiedenen asiatischen Ländern Gewalt erlitten hatten. Rund 85 dieser Mädchenstatuen stehen in südkoreanischen Städten. Sie erinnern an ein Kriegsverbrechen: Die verharmlosend als »Trostfrauen«<sup>1</sup> (Comfort Women) bezeichneten Sexsklavinnen waren ab 1932 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vom japanischen Militär ausgebeutet worden.

Die Statuen symbolisieren außerdem den Protest gegen ein Abkommen, das die Regierungen Japans und Südkoreas ohne die aktive Beteiligung der betroffenen Frauen im Dezember 2015 geschlossen hatten, um den jahrzehntelangen Streit um die Trostfrauen politisch beizulegen. Das Abkommen, das einen finanziellen Entschädigungsfonds vorsieht, wurde von den Opfern nicht angenommen. Die Mädchenstatuen dienen damit nicht nur dem Gedenken an die Verbrechen und das Leid der Zwangsprostituierten, sondern sind auch Ausdruck des Scheiterns des Abkommens.

Inzwischen protestiert auch Japan, und zwar gegen die Protest- und Gedenkstatue in Busan, indem es kurzerhand seinen Konsul aus der Stadt abzog. Protest gegen das Abkommen, Protest gegen den Protest: Offensichtlich hat das Abkommen versagt. Bis jetzt konnte es aufgrund des heftigen Protests gegen die vertraglich ausgehandelten Regelungen nicht umgesetzt werden. Das Gegenteil ist eingetreten: Der Widerstand innerhalb weiter Teile der Zivilbevölkerung Südkoreas, internationale Kritik sowie Japans Reaktionen auf beides sorgen für eine Verhärtung an allen Fronten.

#### Stillschweigen unerwünscht

► Die ehemaligen Trostfrauen und ihre UnterstützerInnen halten eine kritische Auseinandersetzung der japanischen Gesellschaft mit

ihrer eigenen Vergangenheit für notwendig. Dieser Wunsch stößt bei der japanischen Regierung jedoch bis heute auf taube Ohren, wenn nicht gar auf Ablehnung. Eine Erinnerungskultur in Form von öffentlicher Repräsentation der Geschichte der Trostfrauen wird von Japans Spitze verachtet. Stattdessen beschwert sich die Regierung, dass die südkoreanische Regierung die dortigen Opfergruppen nicht stillhält.

Dabei illustrieren die Friedensstatuen, die seit 2011 weltweit an verschiedenen Orten aufgestellt wurden, Japans Schwierigkeiten, das Verbrechen an den Trostfrauen zu handhaben. Wöchentlich abgehaltene Demonstrationen vor der Nase japanischer Diplomatinnen in Seoul sind ebenfalls zur Erinnerungsgebärde an die eigene Kriegsschuld geworden. Die japanische Regierung absolviert einen Seiltanz im offiziellen Umgang mit dem Verbrechen an den Trostfrauen. Massiver Druck des Auslands sowie starker Einfluss aus der ultra-rechten Szene im Innern verkomplizieren jeden Schritt des Handelns der regierenden Entscheidungsträger. Die Mädchenstatuen legen den Finger noch tiefer die Wunde.

Wegen heftiger Reaktionen aus Japan hatte die Stadt Freiburg im September 2016 die Aufstellung einer von der südkoreanischen Partnerstadt Suwon gestifteten Friedensstatue – es wäre die erste dieser Art in Europa gewesen – wieder zurückgezogen. Der Freiburger Bürgermeister, Dieter Salomon, fühlte sich durch den Kollegen der Partnerstadt in Südkorea manipuliert, als Unmut aufkam und die japanische Partnerstadt Matsuyama Freiburg mit der Kündigung der Städtefreundschaft drohte. Es obliege jedem Land selbst, mit den dunklen Kapiteln seiner eigenen Vergangenheit umzugehen, meinte Salomon im Nachhinein. Damit rettete er zwar das Verhältnis zur japanischen Partnerstadt, verleugnete zugleich aber das zur koreanischen Seite. Kritische japanische Stimmen, die in Japan eine Aufarbeitung des japanischen Faschismus und der eigenen Geschichte fordern, wurden nicht zu Rate gezogen. Das mögliche Argument, es sei nicht angemessen, mit einer solchen Statue auf die Verfehlungen anderer zu zeigen, ohne den Blick zugleich auch auf vergleichbare Verbrechen der Wehrmacht an Frauen und der deutschen Kriegsschuld zu richten, war jedenfalls nicht die ausschlaggebende Begründung für den Rückzug. Das Angebot aus Suwon hätte Salomon auch als Chance für eine größere öffentliche Debatte über eine angemessene Erinnerungspolitik für derlei Kriegsverbrechen nutzen können. Die hat er vertan.

Weder diplomatische Begründungen, noch die Suche nach kulturellen Missverständnissen sollten die Hoffnung auf Aufarbeitung der traumatischen Vergangenheit der Frauen behindern. Einseitig vollführte Vergessens- und Verdrängungsmechanismen kommen letztendlich auch keiner globalen Kulturpolitik zugute. Die Errichtung einer Statue für »Frieden« – nicht als Abmahnung – auf neutralen Grund könnte als einladende Freundschaftsgeste in Richtung beider Nationen ausgesandt werden, hängt doch so viel von einer aufwerten Erinnerungskultur in einem sinnschaffenden Kontext ab.

Was Anlass für die Diskussionen im nordöstlichen Asien gab, betrifft auch Südostasien und Teile des pazifischen Raums, die im Zweiten Weltkrieg unter der Besatzung des japanischen Militärs litten. Obwohl der Anteil weiblicher Opfer sexueller Gewaltverbrechen der japanischer Soldaten in Südostasien weitaus geringer war als in Korea, geben die Misshandlungen von Frauen und Mädchen, ganz unabhängig von Zahlen und Statistiken, Grund für die Auseinandersetzung mit der historisch wenig aufgearbeiteten Vergan-

genheit. Ein weiterer Grund ist die Bedeutung, welche der Umgang mit Geschichte auch für die Gegenwart hat oder haben kann. Das System von Sexsklavinnen der japanisch-kaiserlichen Armee wurde in einigen Ländern des heutigen Südostasiens weitgehend ersetzt durch den Sextourismus aus aller Welt, wie der Autor Toshiyuki Tanaka anmerkt. Wenn dem so ist, wäre eine bewusste Aufarbeitung der Geschichte nicht ohne Wirkung auf die Praxis der Gegenwart.

## Sexsklavinnen im Krieg

► Auf Grundlage offizieller Dokumente ist bekannt, dass für die japanische Armee vorgesehene Prostitutionseinrichtungen in China, Hong Kong, Französisch Indochina, Niederländisch-Indien, auf den Philippinen und in Teilen Borneos, in Malaysia, Singapur, Burma, Thailand, Neu Guinea, auf der Inselgruppe Okinawa, den Bonin-Inseln und Hokkaido (Japan) und auf Sachalin (heutiges Russland) existierten. Weitere Standorte in Asien sind aus Memoiren japanischer Marine- und Armeeangehöriger bekannt. Um den Nachschub an Sexsklavinnen für die Soldaten konstant zu halten, wurden in den besetzten Zonen Frauen verschiedener ethnischer Herkunft herbeigeschafft. Darunter befanden sich anfangs hauptsächlich Koreanerinnen und Chinesinnen sowie Japanerinnen (wobei Letztere einen Sonderstatus innehatten). Später kamen Frauen taiwanischer, philippinischer, indonesischer, vietnamesischer, holländischer, malaysischer, thailändischer und weiterer ethnischer Herkunftslinien hinzu. Gesamtschätzungen aller Trostfrauen des japanischen Militärs belaufen sich auf 80.000 bis 200.000 Frauen und Mädchen ab einem

Alter von knapp elf Jahren. Überdurchschnittlich jung waren die entführten oder durch Täuschungsmanöver gelockten Sexsklavinnen auf den Philippinen.

Vereinzelt gab es auch reguläre Prostituierte, die sich aufgrund besserer Verdienstchancen für die Sexarbeit bei den Japanern entschieden. Es gilt als wahrscheinlich, dass beim Einfall Japans in Niederländisch-Indien 1942 viele der bereits bestehenden Bordelle in so genannte »Trostfrauen-Stationen« für die Armee umgewandelt wurden. Stießen die Eroberer zu Beginn noch auf Zustimmung innerhalb der einheimischen Bevölkerung, da diese glaubte, mit dem Kriegseintritt der Japaner ihre Unabhängigkeit von der niederländischen Kolonialmacht wiederzugewinnen, änderte sich das bald. Viele Frauen trieb die bittere Armut in die Hände ihrer Peiniger. Manchmal wurden sie vor die Wahl gestellt, ihren Dienst als Zwangsarbeiterinnen in den Fabriken oder als Ianfu (japanischer Ausdruck für Trostfrauen) zu verrichten. Aus freien Stücken folgten die wenigsten Frauen, anders als es von konservativen GegnerInnen eines Schuldbekenntnisses von Japan behauptet wird.

Mit Schiffen oder Lastwagen wurden sie in die von Japan besetzten Gebiete gebracht, oft fernab von zu Hause, um den Schlangen stehenden Soldaten zu allen Tages- und Nachtzeiten zur Verfügung zu stehen. Dabei lag der Durchschnitt an Männern für eine Trostfrau pro Tag bei 15, 20 oder 30, über Zeiträume von drei Wochen bis zu acht Jahren. Neben sexueller Gewalt erlebten viele der Frauen physische und psychische Misshandlungen, die sie zu körperlichen und geistigen Krüppeln machen, wenn sie nicht schon früher starben.

Nach Japans Kapitulation am 2. September 1945 wurden nur in Einzelfällen Vorkehrungen für die Rückführung der Frauen in

ihre Heimatländer getroffen. Niemand kann genau sagen, wie viele Frauen dazu die finanziellen Mittel nicht aufbringen konnten oder aus Angst vor Diskriminierung ihre Heimreise nie antraten.

## Hinschauen und aufarbeiten

► Seit Ende des Zweiten Weltkrieges gab es hin und wieder Anläufe, Japan für seine Kriegseinsätze und aufgrund seiner Verbrechen als Kolonialist zur Rechenschaft zu ziehen. Die Tokioter Prozesse dauerten vom 3. Mai 1946 bis zum 12. November 1948. Sie fungierten in ähnlicher Weise wie die Nürnberger Prozesse, doch gelten sie als vergessen und wenig wirkungsvoll hinsichtlich der Aufarbeitung innerhalb Japans. So summiert Elazar Barkan, Historiker auf dem Gebiet der Konfliktforschung: »Japans Weigerung, sich mit der Zeit des Krieges auseinanderzusetzen, kann man nicht mehr als ‚Zurückhaltung‘ bezeichnen. Die japanische Regierung und Gesellschaft haben eine intensive und erfolgreiche Unterdrückung aller Informationen über den Krieg betrieben, in denen Japan nicht als friedliebende Nation dargestellt wird oder in denen irgendetwas Negatives über die japanische Geschichte erwähnt wird« (Barkan: 107).

Die japanische Friedensforscherin Madoka Futamura gelangt zu dem Ergebnis, dass die Auswirkungen der Tokioter Prozesse im Nachkriegs-Japan nahe legen, dass internationale Kriegstribunale per se keineswegs Aussöhnung und nachhaltigen Frieden versprechen. Japans Passivität, so Futamura, sei als Negativerfahrung von Krieg, Niederlage und Schuldfragen zu deuten, die dem nationalen Gedächtnis weiterhin anhaften und dem Akt der Versöhnung im Wege stehen.

Auch für die Angelegenheit der Trostfrauen galten die zweieinhalb Jahre andauernden Tokioter Prozesse als wenig befriedigend. Erst die ab dem Frühjahr 1992 auf UN-Ebene aufkommenden Diskussionen brachten neue Hoffnungen für die Opfer sexueller Gewalt und Versklavung mit sich. Bis 1993 leugnete die japanische Regierung Verwicklungen in die Organisation des »Trostfrauen«-Systems. Neue Beweismittel, Aussagen von ZeitzeugInnen und Berichte des japanischen Wissenschaftlers Yoshiaki Yoshimi über die Betroffenen in der liberalen Zeitung Asahi führten allmählich zum Wiederaufkeimen einer Diskussion über die Probleme, die mit der Aufarbeitung zusammenhingen.

Auf den Philippinen arbeitete die NGO Task Force for Filipina Victims of Military Sexual Slavery by Japan an der Erforschung der Vergangenheit philippinischer Trostfrauen. Die International Commission of Jurists (ICJ), eine Menschenrechts-NGO mit JuristInnen aus aller Welt, veröffentlichte 1994 einen Bericht auf Grundlage von Erkenntnissen, die von unabhängigen Gesandten auf einer Mission in den beiden Koreas und auf den Philippinen gewonnen wurden. Um die Aufklärung der Umstände sexueller Gewalt an koreanischen und philippinischen Trostfrauen voranzutreiben und zu Gerechtigkeit für die Opfer beizutragen, warben sie bei der japanischen Regierung für die Umsetzung unmittelbarer Maßnahmen zur vollen Entschädigung der Opfer.

Zwei Jahre darauf beschäftigte sich der UN-Kommissar für Menschenrechte wiederholt mit der Trostfrauen-Thematik. Im Report der Sonderberichterstatterin Radhika Coomaraswamy im Auftrag des Internationalen Büros für Menschenrechte wird der japanischen Regierung nahe gelegt, pädagogische Maßnahmen zu ergreifen, wie die Darstellung der Vergangenheit von Trostfrauen in den nationalen Geschichtsbüchern. Daraufhin bildeten sich zwei widerstreitende Strömungen in Japan: Die Progressiven setzten sich für

eine Aufarbeitung der Trostfrauen-Vergangenheit in den Geschichtsbüchern ein, die konservativen Kräfte wetterten dagegen.

Neben diesen Anstrengungen für die Aufarbeitung auf Regierungs-, UN- und auf zivilgesellschaftlicher Ebene gab es eine Reihe an Literatur, Dokumentationen und weiteren Medien, welche die Ereignisse und Debatten um die Trostfrauen aufgriffen. Es entstanden Netzwerke zwischen Frauen und NGOs in Asien und weltweit, wie zum Beispiel das Women's International War Crimes Tribunal on Japan's Military Sexual Slavery, um den »alternden ‚Trostfrauen‘« eine Form von Rechenschaftspflicht des japanischen Militärs während des Zweiten Weltkrieges zuzugestehen. Nicht minder aktiv waren und sind lokale Initiativen in Nordamerika, Großbritannien, Europa und Asien, die im kleinen Rahmen Informationsveranstaltungen organisieren, Zeitzeuginnen einladen oder symbolisch aktiv sind, um von Japans Regierung eine Entschuldigung sowie eine angemessene Kompensation für die noch lebenden Trostfrauen einzufordern. Vor allem aber geht es darum, dass die japanische Regierung eine Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit in der eigenen Gesellschaft nicht weiter blockiert, sondern aktiv fördert.

Solange die Vergangenheit tausender missbrauchter Frauen und Mädchen in Asien und im pazifischen Raum ausgeblendet, verleugnet, verdrängt oder verharmlost wird, solange es immer noch Zeitzeuginnen gibt, die sich dafür schämen, ihre Erfahrungen als Sexsklavinnen der japanischen Armee öffentlich zu machen, solange diesen Frauen weiterhin nur Entschuldigungsfloskeln und mickrige Entschädigungszahlungen für den Verlust ihrer Jugend und ihre lebenslangen Traumata angeboten werden, ist eine transnationale Gerechtigkeit und Versöhnung nicht in Sicht.

Erzwungene (Kinder-)Prostitution stellt auf den Philippinen, in Thailand und weiteren Teilen Südostasiens noch immer ein florierendes Geschäft dar. Gerade die schwächsten Mitglieder der Gesellschaften geraten leicht in die Fänge organisierter Sexsklaverei. Eine Auseinandersetzung mit der eigenen Trostfrauen-Vergangenheit könnte in diesen Gesellschaften dazu beitragen, ein geschärftes Bewusstsein auch für die aktuelle sexuelle Ausbeutung zu schaffen und gegen Missstände aufzubegehen. Entgegen des weit verbreiteten Sprichwortes, Schweigen sei Gold, wäre Reden der fruchtvollere Ansatz für Gerechtigkeit.

## Anmerkung

<sup>1</sup> Im Nachfolgenden wird der Ausdruck distanziert verwendet. Der euphemistische Begriff »Trostfrauen« war Teil des gewaltvollen Diskurses und diskriminierenden Denkens des japanischen Militärs zu dieser Zeit. Gemeint sind hier alle Frauen, die in diesem Gewaltverhältnis zu emotionalen und sexuellen Diensten gezwungen wurden.

## Literatur

- Elazar Barkan: Völker klagen an: Eine neue internationale Moral. Düsseldorf, 2002
- Madoka Futamura: Wartime tribunals and transnational justice: The Tokyo trial and the Nuremberg legacy. London, New York, 2008
- Toshiyuki Tanaka: Japan's comfort women. Sexual slavery and prostitution during World War II and the US Occupation. London, 2002
- Yoshiaki Yoshimi: Comfort Women: Sexual Slavery in the Japanese Military During World War II. New York, 2000

► **Mira Krebs** ist Studentin an der Universität Freiburg. Sie engagiert sich gegen den Rückzug der Stadt Freiburg von dem Vorhaben, eine gestiftete Friedenstatue für »Trostfrauen« zu errichten.

# Kontinentaler Perspektivwechsel

## Die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« wird in Kapstadt gezeigt

von Christa Aretz

► Wenn in Erzählungen über die Jagd immer die Jäger über die Löwen triumphieren, dann deshalb, weil die Jäger und nicht die Löwen die Geschichten erzählen. So lautet ein afrikanisches Sprichwort, das sich auf die Geschichtsschreibung übertragen lässt. Auch sie wird von denen geprägt, die über die Macht und die Mittel dazu verfügen. In kolonialen Zeiten waren dies die Kolonialherren, weshalb es in postkolonialen Gesellschaften wichtig ist, Geschichtsschreibung zu entkolonialisieren und einen Perspektivwechsel vorzunehmen.

So lautete der Tenor der Reden, als am 28. Februar die vom Kölner Verein *recherche international* erarbeitete Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« erstmals in einer englischsprachigen Version in Kapstadt eröffnet wurde. Gezeigt wird sie im Castle of Good Hope. Das von niederländischen Kolonisatoren 1666 erbaute und bis heute militärisch genutzte mächtige Fort ist das älteste Gebäude des Landes und schon deshalb ein passender Ort für die Ausstellungspräsentation, weil hier ein Teil der insgesamt 335.000 südafrikanischen Männer und Frauen für Einsätze im Zweiten Weltkrieg rekrutiert wurden. Doch ihre Kriegsdienste sind in der gängigen Geschichtsschreibung ebenso weitgehend vergessen wie die von Millionen anderen Menschen aus Afrika, Asien, Ozeanien und Südamerika.

Die Ausstellung, die in Deutschland und der Schweiz bereits an 60 Orten zu sehen war, erinnert mit Text- und Bildtafeln, Hörrstationen und Videos an die »vergessenen Befreier« Europas und an den Preis, den sie für den Kampf gegen Nationalsozialismus und Faschismus zahlen mussten: Weite Teile der Dritten Welt dienten als Schlachtfelder und blieben nach Kriegsende verwüstet und vermint zurück. Auf allen Kontinenten wurden Rohstoffe für die Rüstungsindustrien der kriegsführenden Mächte ausgeplündert, allein in Afrika mussten Hundertausende dafür Zwangsarbeit leisten. Insgesamt gab es im Zweiten Weltkrieg in der Dritten Welt mehr Tote als in Deutschland, Italien und Japan zusammen.

»Die Ausstellung ist ein Beispiel für entkolonialisierte Geschichtsschreibung«

abschütteln können, sei es notwendig, sich der Beiträge bewusst zu werden, die AfrikanerInnen zur globalen Geschichte der Menschheit beigetragen hätten.

Deshalb soll die Ausstellung auch in anderen südafrikanischen Städten gezeigt werden. Anschlusstermine im Freedom Park von Pretoria (ab Juli 2017) und im Holocaust & Genocide Centre in Johannesburg (ab Januar 2018) stehen bereits fest. Für diese Ausstellungstournee hat Denis Goldberg ergänzende historische Informationen über die Rolle Südafrikas im Zweiten Weltkrieg zusammengestellt. Sie erinnern unter anderem an die Diskriminierung schwarzer Kriegsteilnehmer, die schlechter bezahlt und ausgerüstet wurden als weiße Soldaten, keine Waffen bedienen und lediglich Hildsdiene etwa als Träger und Fahrer leisten durften.

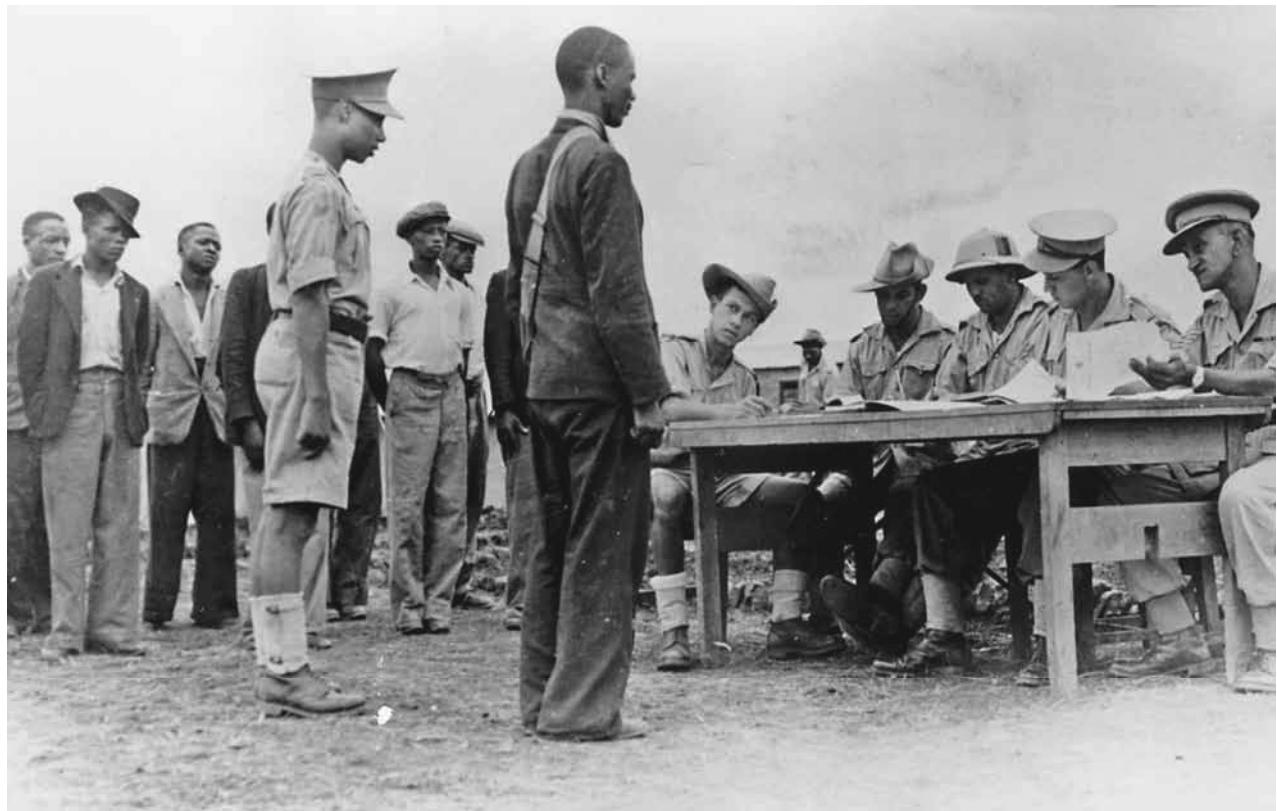
Als Kampfgefährte Nelson Mandelas hat Denis Goldberg selbst Geschichte geschrieben und musste dafür 22 Jahre Haft im Zentralgefängnis von Pretoria ertragen, bis er 1985 endlich entlassen wurde und im Londoner Exil weiter für die Abschaffung der Apartheid kämpfen konnte. Die Anerkennung, die er dafür heute in Südafrika genießt, zeigte sich an der großen Zahl der geladenen Gäste bei der Ausstellungseröffnung in Kapstadt. So waren unter den BesucherInnen ehemalige Untergrundkämpfende des ANC, die inzwischen hohe Positionen in den südafrikanischen Streitkräften einnehmen, PolitikerInnen und MuseumsdirektorInnen, diplomatische VertreterInnen, KünstlerInnen, JournalistInnen und Fotografinnen, die zur Zeit der Apartheid für legendäre Zeitschriften wie »Drum« gearbeitet haben.

Zum Einstieg traten Kinder und Jugendliche der Kronendal Music Academy auf, einer Musikschule, die Denis Goldberg in seinem Wohnort Hout Bay mit gegründet hat. Sie boten zur Ausstellungseröffnung ein jazziges Medley aus Liedern des südafrikanischen Befreiungskampfes und Beethovens »Ode an die Freude« als Ausdruck der Hoffnung auf Überwindung der rassistischen Spaltung der Gesellschaft.

Calvyn Gilfellan, Direktor des Militärmuseums im Castle of Good Hope, betonte, wie wichtig es sei, gerade an einem Ort, der »das Zeitalter des Kolonialismus und Imperialismus repräsentiere«, andere Sichtweisen auf die Geschichte zu bieten. Deshalb sei auch die Einrichtung eines antikolonialen Dokumentationszentrums im Castle of Good Hope in der Diskussion. Mit Colonel de Castro, Oberst der südafrikanischen Luftwaffe und Kommandant der Air Base in Kapstadt, plädierte auch ein hochrangiger Militär für ein Umdenken und einen anderen Umgang mit Geschichte. Das Militär steuerte historische Gegenstände für die südafrikanische Abteilung der Ausstellung bei, so zum Beispiel ein Armeefahrrad des Typs, mit dem Kriegsheimkehrer abgespeist wurden, denen Rentenzahlungen für ihre Kriegsdienste verwehrt blieben.

Für die InitiatorInnen von *recherche international* erklärte der aus Köln angereiste Kurator Karl Rössel, es sei eine große Auszeichnung und die Erfüllung eines lange gehegten Wunschs, die Ausstellung

► Seit ANC-Veteran Denis Goldberg diese Ausstellung vor sechs Jahren erstmals in Deutschland gesehen hat, verfolgte er die Idee, sie auch in Südafrika zu präsentieren. Denn sie gebe, wie er nun in seiner Eröffnungsrede in Kapstadt erklärte, »Menschen in Afrika und anderswo, die für die Befreiung der Welt von Naziterror und Faschismus gekämpft haben, ihre Würde zurück«. Für Goldberg passt die Ausstellungspräsentation zu der an südafrikanischen Universitäten derzeit geführten Diskussion um eine Entkolonialisierung der Bildung: »Viele reden darüber, und wir präsentieren mit der Ausstellung nun ein Beispiel für entkolonialisierte Geschichtsschreibung.« Gerade für ein Land wie Südafrika, das erst vor zwei Jahrzehnten das rassistische Kolonialregime der Apartheid habe



Unsere Befreier: Rekrutierung von Freiwilligen für das Cape Corps (Mai 1940). Foto: Department of Defence Documentation Centre, Pretoria

endlich auch in einem der Länder vorstellen zu können, in dem die Recherchen für dieses Projekt vor mehr als 20 Jahren begannen. Schließlich sei ein globales Geschichtsverständnis auch für die Entwicklung eines solidarischen Miteinanders in der Gegenwart von zentraler Bedeutung.

### Beschämendes Europa

► Vor dem Hintergrund, dass hunderttausende AfrikanerInnen für die Befreiung Europas vom Faschismus gekämpft hätten, sei es »beschämend, mit welcher Hysterie das reiche Europa heutzutage auf die Ankunft afrikanischer Flüchtlinge an seinen Grenzen reagiere«, so Rössel. Selbst die Kinder und EnkelInnen der AfrikanerInnen, die für Europas Freiheit ihr Leben ließen, erhielten heute kein Visum mehr, um die Gräber ihrer Vorfahren auf europäischen Friedhöfen zu besuchen. Historische Ignoranz dieser Art zu überwinden und das Bewusstsein für die Verantwortung der Industrienationen zu fördern, die ganze Kontinente durch Kolonialismus und Krieg verwüstet haben, sei deshalb ein hochaktuelles Ziel der Ausstellungspräsentation, ob in Deutschland, Südafrika oder anderswo.

Für Tina Jerman von der EXILE Kulturkoordination in Essen, die sich mit um Fördergelder für die englischsprachige Ausstellungsversion für Südafrika bemüht hat, ist dieses Projekt ein Beispiel für gelungenen Kulturaustausch. Seit der Zeit der Anti-Apartheid-Bewegung seien viele Ausstellungen und Gäste aus Südafrika in Deutschland vorgestellt worden. Nun werde erstmals ein Projekt nach Kapstadt vermittelt, das Aspekte der Zeitgeschichte zur Diskussion stelle, die für beide Länder von großer Bedeutung seien.

► Christa Aretz ist Mitarbeiterin von FilmInitiativ e.V. in Köln.

### Aus einem Statement von Denis Goldberg:

► Diese bemerkenswerte, von *recherche international* erstellte Ausstellung wird nun auf Englisch gezeigt. Sie präsentiert eine dekolonisierte Geschichte der Dritten Welt im Zweiten Weltkrieg. Viel zu lange wurde Afrika von Historikern und Ideologen als bloßer Spielball der Geschichte dargestellt. Diese Ausstellung zeigt, dass Afrika – und die Dritte Welt als Ganzes – immer Geschichte machte und noch immer macht.



Diese Ausstellung tritt dazu an, die Würde der Menschen in Afrika und andernorts wieder herzustellen. Sie konstatiert zum Beispiel, dass im Zweiten Weltkrieg mehr Soldaten aus der Dritten Welt kämpften als aus ganz Europa zusammengenommen. Sie zeigt, dass die Kolonialsoldaten von ihren imperialistischen Herren zum Kämpfen gezwungen worden waren. Die Soldaten starben in riesiger Zahl, und ihre Familien erhielten keinerlei Kompensation für den Verlust. Auch die überlebenden Soldaten wurden nicht entschädigt (wenn sie Glück hatten, wurden sie mit einem Fahrrad oder Stiefeln abgespeist).

Als die Ausstellung in Essen gezeigt wurde, wurde ich darum gebeten, sie zu eröffnen. Ich war damals positiv erstaunt, als ich die Eröffnungstafel sah: Ein Foto eines schwarzen Soldaten mit dem Titel »Unsere Befreier« vor den Nazis.

Wir glauben, dass die Ausstellung Themen behandelt, die für ein besseres Verständnis unserer turbulenten Welt relevant sind, und dass sie ein kraftvolles Plädoyer für mehr Toleranz und gegen Rassismus sowie religiöse Bigotterie darstellt.



Postkarte aus Amiens 1914/15 : »Le passage de l'armée d'Afrique«

Scan: Claude Shoshany

## Zeitenwende 1918

### Das Ende des Ersten Weltkrieges in Afrika

Den Ersten Weltkrieg verbinden viele mit den Schlachten zwischen deutschen und französischen Truppen, etwa in Verdun. Doch der Krieg wurde auch außerhalb Europas ausgetragen und forderte dort viele Millionen Opfer. In Afrika wirkten sich die Kriegsfolgen weit nach 1918 aus, ganz überwunden sind die Altlasten des Krieges bis heute nicht.

von Oliver Schulten

142

► Im Ersten Weltkrieg starben weltweit 17 Millionen Menschen, davon sieben Millionen ZivilistInnen. Dieser Krieg wurde zwar hauptsächlich in Europa ausgetragen, aber auch im Nahen Osten, Ostasien, Ozeanien und in Afrika. Etwa 70 Millionen Menschen standen weltweit unter Waffen. Die Darstellung des Krieges in Deutschland ist dennoch nach wie vor eurozentrisch geprägt und verdrängt damit die Regionen außerhalb Europas aus dem Bewusstsein der Menschen. Nur wenige sind mit der deutschen Kolonialgeschichte in Afrika vertraut und noch weniger mit den Ereignissen zwischen 1914 bis 1918 und den Folgen des Krieges für den Kontinent. Alleine in Afrika wurden über 2,3 Millionen Menschen für den Krieg rekrutiert und mehr als 700.000 AfrikanerInnen in Europa eingesetzt. Etwa vier Millionen AfrikanerInnen fielen den direkten und indirekten Folgen des Weltkrieges zum Opfer.

Offiziell hatten die Alliierten dabei das Kriegsziel, den deutschen Handelskonkurrenten vom afrikanischen Kontinent zu vertreiben, ihre Kolonialreiche miteinander zu verbinden und sie dabei zu vergrößern. Großbritannien beabsichtigte unter anderem, die Kap-Kairo-Linie zu verwirklichen, die Ägypten und Südafrika durch eine Eisenbahnlinie verbunden hätte. Frankreich strebte eine Verbindung

zwischen Französisch-Äquatorialafrika und Madagaskar sowie zwischen den nord- und westafrikanischen Besitzungen an. Südafrika, Belgien und Portugal beteiligten sich am Krieg, um weiteres Siedlungsland hinzuzugewinnen.

Bis Ende 1917 hatten alliierte Verbände alle deutschen Kolonien erobert und die deutschen Offiziere zur Aufgabe gezwungen. Togo fiel im August 1914, Namibia im Juni 1915, Kamerun wurde im Januar 1916 aufgegeben, im Mai desselben Jahres Ruanda und im Juni Burundi. Tansania wurde Ende 1917 vollständig von den Alliierten kontrolliert. Mit der Aufgabe der letzten aktiven deutschen Offiziere am 25.11.1918 in Sambia fand der Krieg in Afrika ein offizielles Ende.

Der Erste Weltkrieg wurde jedoch nicht nur in den deutschen Kolonien geführt, sondern der gesamte Kontinent wurde in Mitleidenschaft gezogen. Während die weitere europäische Eroberung in einigen Ländern wie Niger und Somalia kriegsbedingt ausgesetzt wurde, kam es zu Kampfhandlungen in Ägypten, Libyen und im Sudan. Darfur wurde 1916 von den Briten erobert und die Sanussi-Bruderschaft, ein islamischer Sufi-Orden, leistete mit deutscher Unterstützung erheblichen Widerstand in Nordafrika. Des Weiteren unterstützten die Deutschen die Buren-Rebellion von 1914 in Südafrika und versuchten, sowohl im Sudan als auch in Äthiopien die lokalen Regierenden zu einem Aufstand gegen die Briten zu bewegen. In Westafrika hatte das Deutsche Reich eine Seeblockade von Dakar im Senegal errichtet und Monrovia in Liberia mit U-Booten angegriffen. Hier sollten amerikanische und französische Nachschublinien unterbrochen werden.

Zur Zahl der afrikanischen Opfer des Krieges gibt es nur vage Angaben. In der Literatur finden sich Zahlen wie 250.000 tote Soldaten und Träger sowie 750.000 getötete ZivilistInnen. Diese

Zahlen scheinen jedoch erheblich zu niedrig angesetzt zu sein, da allein in Tansania eine Million Menschen im Krieg und an seinen Folgen, vor allem Hunger und Krankheiten, gestorben sein sollen. In Kenia, Mosambik und Uganda waren es weitere 525.000 Opfer. Durch permanente Truppenbewegungen konnten sich Schlafkrankheit, Rinderpest und die Spanische Grippe rasch ausbreiten, welche 1918/19 weitere zwei Millionen Opfer in Afrika forderten; weltweit waren es mindestens 25 Millionen.

### In Versailles aufgeteilt

► Mit dem 1919 abgeschlossenen Vertrag von Versailles kamen die ehemaligen deutschen Kolonien unter Mandatsverwaltung des Völkerbundes. Er übertrug die Regionen den jeweiligen Siegermächten mit dem Auftrag, diese Länder zu verwalten, zu entwickeln und auf eine Unabhängigkeit vorzubereiten. Togo und Kamerun wurden unter Frankreich und England aufgeteilt, Namibia kam unter südafrikanische Verwaltung, Ruanda und Burundi unter belgische. Tansania wurde den Briten überlassen.

Hierbei darf nicht vergessen werden, dass auch das Osmanische Reich Besitzungen in Afrika unterhielt und den Krieg an der Seite des Deutschen Reiches verloren hatte. Offiziell übte Istanbul bis zum Vertrag von Versailles die Macht in Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Eritrea und Somalia aus. Auch diese Länder wurden unter den Siegermächten Großbritannien, Italien und Frankreich aufgeteilt. Um 1920 hatte Großbritannien dann auch die größte Ausdehnung seines Imperiums in der Geschichte erreicht. Der Prozess der Aufteilung war bis in die 1940er Jahre noch nicht abgeschlossen und fand erst ein Ende, nachdem Frankreich und Großbritannien auch Italien als Kolonialmacht ausschalteten und aus Afrika vertrieben.

In den neuen Mandatsgebieten wurden neue Verwaltungen, Nationalsprachen, Währungen, Steuer-, Schul- und Arbeitssysteme eingeführt. Auch in religiösen Fragen veränderten sich die Verhältnisse: Andere Missionen kamen ins Land, Protestantismus wurde durch Katholizismus ersetzt und umgekehrt. In den 1920er und 30er Jahren kehrten dann deutsche SiedlerInnen, HändlerInnen, FarmerInnen und Missionare vor allem in Namibia auf »ihren« Grund und Boden zurück. Die Frage nach dem Recht auf das Land wurde bis heute nicht abschließend geklärt. Herero und Nama kämpfen in Namibia noch immer um die Rückgabe ihres Landes, welches durch das Deutsche Reich und Südafrika enteignet wurde.

### Armut als direkte Kriegsfolge

► Der Erste Weltkrieg brachte gravierende wirtschaftliche und soziale Umwälzungen für die afrikanischen Gesellschaften mit sich. Auch wenn diese Veränderungen schon vor dem Krieg begonnen hatten, trafen sie die Menschen danach besonders hart. Ganze Landstriche waren nicht mehr bewohnbar. Felder waren zerstört

worden und Brunnen zugeschüttet oder vergiftet. Viele Menschen waren abgewandert und neue Grenzziehungen führen bis heute zu Konflikten. Ganze ethnische Gruppen wurden geteilt, wie etwa im Fall der Ewe in Togo. Oftmals mussten sie das Land ihrer Ahnen verlassen. Die Ältesten in den Dörfern und die Chiefs hatten an Autorität verloren, da viele von ihnen mit den europäischen Mächten kooperieren mussten und nun dafür kritisiert wurden. Sie

konnten die Katastrophen, welche der Krieg mit sich brachte, nicht verhindern und ihre Gemeinschaften nicht ausreichend schützen. Viele Menschen, die zuvor bei den Deutschen angestellt waren, wurden arbeitslos und konnten ihren ausstehenden Lohn nicht mehr einfordern. Dies betraf besonders die Angehörigen der Schutztruppe, Träger und PlantagenarbeiterInnen.

Durch den massiven Einsatz von afrikanischen ZwangsarbeiterInnen in der Kriegsindustrie, vor allem in Europa, konnten die Felder in den Dörfern nicht mehr bestellt werden, da Arbeitskräfte fehlten. Hinzu kamen die Rekrutierungen als Soldaten und Träger für die jeweilige Kriegspartei und die Beschlagnahmungen von Lebensmitteln, Rindern und Ziegen durch die alliierten und deutschen Truppen. Dadurch verloren viele Familien ihre Lebensgrundlage und Hungersnöte brachen aus. Durch Nahrungsmittellieferungen aus dem Ausland sollte dies abgemildert werden, verursachte aber eine erneute Verschuldung der afrikanischen Bauern – ebenfalls ein Problem, welches bis heute anhält.

Vor dem Krieg hatten nur wenige Menschen außerhalb ihrer Gemeinschaften gearbeitet. Während des Krieges und danach änderte sich dies dramatisch, da tausende Menschen auf Bargeld angewiesen waren, um Nahrungsmittel und Steuern bezahlen zu können. Nach 1918 wurden diese weiter erhöht, um den Krieg und die Folgen finanzieren zu können, was zur Verarmung großer Teile der Bevölkerung führte. Das soziale Gefüge der einzelnen Gemeinschaften brach auseinander.

Bereits vor 1914 begann die erzwungene Umstellung der lokalen Wirtschaften auf Exportgüter wie Kaffee, Baumwolle und Sisal. Während des Krieges

musste die Landwirtschaft auf die Versorgung der Soldaten umgestellt werden, etwa durch den Anbau von Mais und Reis. Die heimischen Landwirtschaften reichten nun für die Selbstversorgung nicht mehr aus. Außerdem hatte der Krieg zur Unterbrechung des Handels mit Europa geführt, wodurch Netzwerke und Einkommen der afrikanischen ZuliefererInnen zusammenbrachen. In Ländern wie Liberia brach die Exportwirtschaft zusammen, da 80 Prozent der Güter nach Deutschland transportiert worden waren und nun keine Abnehmer mehr fanden.

Nach 1918 boomte die Elektro- und Automobilindustrie weltweit. Der Bedarf an Rohstoffen, vor allem an Kupfer, stieg gewaltig an. Finanzkräftige Investoren aus den USA, Europa und Südafrika

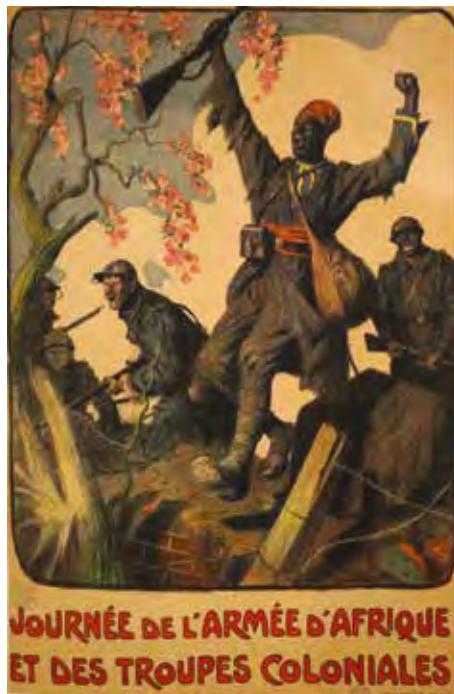


Foto: G. Garitan

Ausstellungsplakat über die Kolonialtruppen im französischen Vitry-le-François

### Alle Versprechungen der Kolonialmächte blieben leere Worte

pumpten Unsummen in den Ausbau und die Förderung von Metallen in Afrika. Hierfür wurden weitere Arbeitskräfte in den Minen gebraucht, vor allem im Kongo – ein Prozess, der bis heute andauert. Ein Heer von TagelöhnerInnen und WanderarbeiterInnen entstand. Die SklavInnen des 19. Jahrhunderts wurden durch diese Arbeitskräfte ersetzt und aus FarmerInnen wurden städtische Lohnarbeitende, welche meist zu denselben schlechten Bedingungen leben und arbeiten mussten wie die ehemaligen SklavInnen.

Schon bald fielen die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Güter und die Arbeitslosigkeit stieg an, vor allem in den Bereichen Hafenanarbeit und Transport. Die Weltwirtschaftskrise von 1929/30 kündigte sich hier bereits an. Hinzu kamen der Anstieg der Lebensmittelpreise und der Wertverlust der einzelnen Währungen. Zahlreiche Rückkehrende, Verwundete und Invalide mussten versorgt werden, sie suchten nun meist in den Städten ein Auskommen. Die Entstehung von Armenvierteln und Slums wurde dadurch beschleunigt. Die Sold- und Rentenauszahlungen für afrikanische Soldaten und Träger verzögerten sich bis in die 1920er Jahre, somit waren diese Menschen auf ständige Hilfe angewiesen. In einigen Fällen schafften es die Veteranen, eine neue Existenz als Bauer, Minenarbeiter oder Händler aufzubauen. Andere ließen sich erneut als Soldaten oder Beamte anstellen. Wieder andere gingen in die Politik und bildeten den Nukleus der ersten Gewerkschaften und politischen Organisationen.

Die Folgen des Ersten Weltkrieges stürzten die Kolonialmächte in eine schwere Krise, die durch den Zweiten Weltkrieg noch befördert wurde und in den 1960er Jahren in der Auflösung der Kolonialreiche gipfelte. In der Fachliteratur wird der Erste Weltkrieg daher auch als »Anfang vom Ende des Kolonialismus« in Afrika bezeichnet.

### Widerstand gegen die Unterdrücker

- Die vor dem Ersten Weltkrieg versprochene Einführung von Demokratie, Zivilisation, Freihandel und Christentum sowie die Abschaffung von Sklaverei, Tyrannie und Unterentwicklung sollten Afrika eine bessere Zukunft bescheren. AfrikanerInnen sollten zukünftig in wirtschaftlichen, politischen und sozialen Fragen mitbestimmen können. All dies blieben aber nur leere Worte und Propaganda. Die Lebensumstände wurden nicht verbessert, der Zugang zu Bildung und Medizin blieb marginal.

Der daraus resultierende Protest der AfrikanerInnen entlud sich in massivem Widerstand gegen die EuropäerInnen. Zahlreiche Aufstände brachen aus, unter anderem von Kriegsveteranen oder aktiven Truppenteilen der Kolonialarmeen. Dazu zählen die Aufstände in Nigeria 1919, der Nama-Aufstand von 1922 und die Unruhen in Benin im Jahr 1923. Im Falle von Niger und Mali konnte Frankreich den Widerstand der Tuareg erst Anfang der 1920er Jahre vorübergehend brechen. Bis heute wurden diese Konflikte nie gelöst und führen weiterhin zu gewalttatenhaften Auseinandersetzungen.

Es gab aber auch gewaltfreien Widerstand gegen die europäischen Unterdrücker. In den Nachkriegsjahren wurden zahlreiche politische Organisationen, freie Kirchen und Gewerkschaften gegründet. Unter anderem entstand 1923 in Südafrika der ANC, seine Vorläuferorganisation war bereits 1912 gegründet worden.

Die Idee des Panafricanismus gewann ebenfalls immer mehr AnhängerInnen.

Der zweite Pan-Afrikanische-Kongress wurde 1919 in Paris parallel zu den Verhandlungen von Versailles abgehalten. Afro-AmerikanerInnen und AfrikanerInnen fürchteten, dass in Versailles die Angelegenheiten der »Farbigen Welt« nicht berücksichtigt würden. 12 Vertreter aus Afrika, 20 aus der Karibik und 16 aus den USA nahmen an dem Kongress teil. Sie formulierten folgende Forderungen: Einführung eines internationalen Schutzes für die Bevölkerungen Afrikas; Abschaffung der Zwangsarbeit und Sklaverei; Beteiligung von AfrikanerInnen an der Machtausübung in ihren eigenen Ländern; Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie wirtschaftliche Entwicklung und Nutzung der Bodenschätze durch AfrikanerInnen.

Neben der panafricanischen Bewegung entwickelten sich zahlreiche nationalistische Gruppierungen und Parteien, wie die Wafd-Partei in Ägypten, die für die Unabhängigkeit der einzelnen Länder eintraten. Somit förderten der Erste Weltkrieg und seine Folgen den Nationalismus in Afrika, der ebenfalls bis heute Konflikte zwischen den Nationalstaaten Afrikas anfacht.

### Kontinuitäten bis heute

- Die panafricanischen Ziele von 1919 sind niemals erreicht worden. Eine Rolle dabei spielt die andauernde Ausbeutung des Kontinents durch multinationale Konzerne, an denen oftmals Angehörige der ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich und Belgien beteiligt sind. Einher geht dies mit einer ausbeuterischen Wirtschaftspolitik der westlichen Staaten, mit korrupten Eliten vor Ort, mangelnder Achtung von Menschenrechten und teils fortbestehender Versklavung von AfrikanerInnen. Dies sei mit einem Zitat über die ländliche Ökonomie in Sambia verglichen: »...Um zu überleben, verkauften die Bauern ihre Zugtiere – was die Produktivität erneut absenkte. Viele von ihnen mussten ihr Land verlassen und sich als unterbezahlte Tagelöhner auf den großen Baumwollplantagen der ausländischen Konzerne verdingen...« Diese Sätze beschreiben die Situation in Sambia in den 1990er Jahren, sie ähneln aber sehr der Lage der Menschen in Afrika um 1918.

Die ehemaligen Kolonialmächte müssen sich endlich mit der eigenen Geschichte befassen und diese öffentlich diskutieren. Sowohl in den Bereichen Bildung und Medien als auch in den internationalen Beziehungen sollte die koloniale Vergangenheit stets präsent sein und dies in Entschuldigungen und Reparationen an die Opfer von Kolonialismus und Sklaverei münden. In Deutschland sollten zudem in besonderem Maße die verwendeten Schulbücher auf Eurozentrismus überprüft und abgeändert werden. Die Darstellung des Ersten Weltkrieges könnte dafür ein Anlass sein. Nach wie vor taucht Afrika in ihnen gar nicht oder nur als Nebenschauplatz der Geschichte auf.

### Literatur

- Oliver Schulten: Africa and the First World War: 1900 -1930. Conditions, Development and Consequences. A Bibliography. [www.bit.ly/2KXp5fj](http://www.bit.ly/2KXp5fj)
- Div.: International Encyclopedia of the First World War. Regions: Africa. [www.bit.ly/2uBV1ek](http://www.bit.ly/2uBV1ek)

► Oliver Schulten ist Historiker in Wuppertal.

# Für Frankreich gefallen

## Die Senegalschützen und der Zweite Weltkrieg

Kolonialsoldaten wie die »tirailleur sénégalaïs« (Senegalschützen) trugen unter großen Opfern zur Befreiung Frankreichs vom nationalsozialistischen Deutschland bei. Doch nach Kriegsende blieb ihnen die Anerkennung verweigert, etwa durch angemessene Pensionen. Stattdessen verübt Frankreich sogar ein Massaker an ihnen. Nur langsam denkt die französische Gesellschaft um.

von Adèle Cailleteau

► Ein schwarzer Mann mit rotem Fes lächelt breit und dümmlich auf knallgelbem Hintergrund. In seiner Hand hält er einen Löffel mit dem beworbenen Kakaogetränk Banania. »Es gibt was Gutes« (y'a bon), sagt er über dieses »Familienfrühstück«. Der Schwarze soll einen Senegalschützen des Ersten Weltkriegs darstellen. Mit der populären Bebilderung reproduzierte und schuf Banania ab 1915 diskriminierende Vorstellungswelten rund um die schwarzen Soldaten aus den Kolonien in der französischen Armee.

Senegalschützen waren von 1857 bis 1964 Einheiten des Französischen Heeres, die aus den Ländern Französisch-Westafrikas kamen. Der Senegal ist dabei eigentlich nur eine von mehreren Kolonien. Sie nahmen etwa am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 und an allen für Frankreich relevanten Kriegen des 20. Jahrhunderts teil.

Auch wenn Banania die rassistische Bilddarstellung der Senegalschützen kurz nach der Auflösung der Einheiten aufgab, ist sie in den Köpfen geblieben. Ebenso wie der Spruch »Es gibt was Gutes«, den der Legende nach einmal ein Senegalschütze in der für die Soldaten aus den Kolonien vereinfachten Sprache über das Kakaogetränk gesagt habe.

### Nach dem Sieg ins Durchgangslager

► Rassistisch in der Werbung dargestellt, von der Obrigkeit missachtet: Für den Schriftsteller der »Négritude« und ersten Präsidenten des Senegal, Léopold Sédar Senghor, wurden die Senegalschützen im Zweiten Weltkrieg schlechter als Söldner behandelt. Im einleitenden Gedicht seiner 1948 veröffentlichten Lyriksammlung »Hosties noires« spricht er sich für ihre Anerkennung aus:

*Ihr, Senegalschützen, meine schwarzen Brüder mit warmen  
Händen unter Eis und Tod  
Wer wird euch besingen können, wenn nicht eure Waffen-  
brüder, eure Blutsbrüder?  
Ich lasse keine Minister sprechen, und keine Generäle, –  
nein! – ich lasse nicht zu, dass sich das Lob der Verachtung  
einschleicht und euch begräbt.  
Ihr seid keine armen Leute mit leeren Taschen und ohne Ehre  
Aber ich werde das Banania-Lächeln von jeder Wand in  
Frankreich wegreißen.*

Senghor selbst sowie schätzungsweise 180.000 freiwillige und zum Kriegsdienst gezwungene schwarze Männer wurden 1939 vom

kolonialen Regiment rekrutiert. Im Juni 1940 wurde Senghor von den Deutschen verhaftet und eingesperrt in einem französischen Gefängnis der Wehrmacht für Kriegsgefangene aus Schwarzafrika und dem Maghreb – »Frontstalag« genannt. Wegen der rassistischen Ideologie der Nazis und aus Angst vor tropischen Krankheiten waren auf dem Boden des besetzten Frankreich Kolonialsoldaten – des französischen Heeres – in Gefangenschaft. Ab 1944 flohen viele Senegalschützen, um sich den Maquis, den Partisanen des Widerstands anzuschließen. Senghor, der zuvor aus gesundheitlichen Gründen freikam, engagierte sich in der Widerstandsorganisation »Nationale Front«.

Am Ende des Kriegs wurden die Senegalschützen zügig demobilisiert. Im Oktober 1944 befahl ihnen General de Gaulle, die Fronten in den Vogesen und im Jura zu verlassen – die Truppen wurden somit »blanchiert«, also »weiß« gemacht. Einerseits befürchtete de Gaulle, dass der kommende Winter in den Bergen zu kalt würde für die Kolonalkämpfer. Andererseits wollte er sie durch die jungen französischen Streitkräfte mit dem Ziel ersetzen, diese noch bis Kriegsende durch den Kampf zu disziplinieren. Ohne jegliche Zeremonien oder Zeichen der Anerkennung wurden die Senegalschützen schnellstmöglich nach Afrika zurückgebracht. Sie landeten in Durchgangslagern, wo die Lebensbedingungen fast so schlecht wie in Kriegsgefangnissen waren.

### »Kristallisierung« der Pensionen

► Diese besondere Behandlung der schwarzafrikanischen Soldaten zog noch nach Kriegsende weitere Ungleichheiten nach sich. Die 1939 mobilisierten Offiziere und Rekruten aus Afrika erhielten nach der Befreiung keine Pension und stürzten ins Elend. Die Kriegsinvaliden bekamen aus administrativen Gründen kein Geld. Viele Senegalschützen wurden heimgeschickt, ohne von einer Ausmusterungskommission untersucht worden zu sein.

Im Zuge der Unabhängigkeitskämpfe in den Kolonien verschärfte sich die Situation: Die Pensionen, die die Kolonalkämpfer aus den subsaharischen Regionen und Nordafrika endlich bekamen, wurden in den 1960er Jahren eingefroren, im offiziellen Jargon »kristallisiert«. Während die Pensionen der französischen Soldaten laufend erhöht wurden, galt dies nicht für die Soldaten aus den ehemaligen Kolonien. Je nach Land wurden die Pensionen zu unterschiedlichen Zeitpunkten »kristallisiert«, was zusätzlich innerhalb der Kolonialsoldaten Ungleichheit schuf.

In den 1990er Jahren begann ein juristischer Kampf gegen die »Kristallisierung«. Ehemalige Kolonalkämpfer gingen vor Gericht. 2001 erließ der französische Staatsrat das Dekret »Diop«: Unterschiede in der Staatsangehörigkeit dürfen keine Unterschiede bei der Höhe von Pensionen begründen. Die Pensionen wurden nun zwar erhöht, die Kristallisierung jedoch nicht abgeschafft. Erst 2006, mit dem Erscheinen des Films »Indigènes« von Regisseur Rachid Bouchareb, veränderte sich etwas. Der Film folgt während des Zweiten Weltkriegs Soldaten aus Nordafrika, die so die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und des damaligen Präsidenten gewannen. Jacques Chirac hat sich durch das Schicksal der Kolonalkämpfer



M'bap Senghor zählt zu den Ermordeten des Thiaroye-Massakers  
Foto: privat

146

bewegen lassen, im Jahr 2007 die Dekristallisierung der Pensionen durchzusetzen. Da betrug die Pension eines Franzosen im Besitz einer Veteranenkarte circa 450 Euro, die eines Zentralafrikaners nur 170, die eines Maliers gerade einmal 80 Euro. Letztlich profitierten nur wenige Veteranen von der Dekristallisierung: Die Erhöhung wurde nicht automatisch durchgeführt und eine Informationskampagne für die Anspruchsberechtigten unterblieb.

Für Frankreich gekämpft zu haben, verhalf den Kolonalkämpfern auch nicht zur Möglichkeit, die französische Staatsangehörigkeit zu erlangen. Erst 2017 versprach Präsident François Hollande, dass alle Senegalschützen des Zweiten Weltkriegs sowie der Indochina- und Algerienkriege, die in Frankreich leben, auf Antrag eingebürgert werden können. Während einer medienwirksamen Zeremonie im Elysée-Palast wurde 28 ehemaligen Senegalschützen die Staatsangehörigkeit verliehen.

Präsident Emmanuel Macron rief 2019 dazu auf, Straßen im Gedenken an die Soldaten aus Afrika und den Antillen umzubenennen. Der Vorschlag wurde von Vereinsvorsitzenden und Intellektuellen unterstützt und lokal auch umgesetzt. Am 20. Januar

Ohne Zeremonien wurden die Senegalschützen schnellstmöglich nach Afrika zurückgebracht

2020 ehrte der Bürgermeister der kleinen Stadt Bandol in Südfrankreich fünf dort gefallene afrikanische Kämpfer, indem er den »Place de la liberté« in »Place des libérateurs africains« umbenannte.

### Der Massaker von Thiaroye

► Seit einigen Jahren gibt es vermehrt Bemühungen, nicht nur die Senegalschützen anzuerkennen, sondern auch ein von der französischen Armee verübtes Massaker aufzuarbeiten. Die offizielle Darstellung des sogenannten Thiaroye-Massakers lautete lange Zeit, dass circa 1.300 ehemalige gefangene Senegalschützen im November 1944 zurück nach der senegalesischen Hauptstadt Dakar gebracht wurden. Vor dem Verlassen Frankreichs hätten sie ihren Wehrsold erhalten, nach ihrer Ankunft im Senegal aber mehr verlangt. Am 1. Dezember wurde eine angebliche Meuterei im Lager von Thiaroye bei Dakar von der französischen Armee brutal niedergeschlagen. Es gab 35 Tote und 35 Verletzte.

Anlässlich eines Besuches in Thiaroye im Jahr 2014 ließ Präsident Hollande Archive öffnen und legte erstmals offiziell eine andere Version der Ereignisse dar: Ursprünglich sollten die Ereignisse gemäß den Berichten der französischen Offiziere wie eine bewaffnete Rebellion aussehen. Doch eigentlich versammelten sich die Senegalschützen – nachdem sie ihren Wehrsold einforderten – auf Veranlassung der Offiziere. Dann wurden sie von drei Panzerwagen aus erschossen. Hollande sprach von 70 Toten. Drei Tage nach dem Massaker gab das Kriegsministerium ein Rundschreiben voller Lügen heraus, in dem behauptet wurde, alle Soldaten hätten ihr Geld erhalten. Damit sollte das Vorenthalten der Solde vertuscht und das Massaker legitimiert werden.

Auch 75 Jahre nach Kriegsende sind diese Ereignisse nicht vollständig aufgearbeitet. Nach Recherchen der Historikerin Armelle Mabon handelt es sich bei Thiaroye sogar um ein Massaker größerer Ordnung: Zwischen 300 und 400 Soldaten wurden ermordet. Im Gegensatz zu früheren

Darstellungen sind die ermordeten Soldaten nicht auf dem Friedhof von Thiaroye bestattet, sondern in von Beton überdeckten Massengräbern. Die Historikerin spricht von einer »Staatslüge« und versucht auf rechtlichem Weg, die Exhumierung der Leichen durchzusetzen. Von der französischen Regierung fordert sie, ein Wiederaufnahmeverfahren in die Wege zu leiten und die erschossenen Senegalschützen zu rehabilitieren.

► Adèle Cailleteau ist Mitarbeiterin im iz3w.

# Flucht nach Manila

Die Philippinen nahmen während des NS verfolgte Juden auf

Staatsangehörige der Philippinen benötigen in Israel kein Visum. Das ist eine Geste der Anerkennung dafür, dass der südostasiatische Inselstaat während der Shoah etwa 2.000 Jüdinnen und Juden Schutz vor Verfolgung und Tod bot. Erst die japanische Besatzung beendete diese humanitäre Praxis.

von Rainer Werning

► Neben Alaska, Madagaskar, Mexiko, der Dominikanischen Republik und Palästina zählten auch die Philippinen zu jenen Ansiedlungsgebieten, die weltweit in den 1930er Jahren als neue Heimat für jüdische Gemeinden eine Rolle spielten.

Der philippinische Präsident Manuel L. Quezon und seine Administration waren 1939 darauf vorbereitet, im Zuge der weiteren Kolonisierung der südlichen Insel Mindanao etwa 2.000 Jüdinnen und Juden in die Philippinen einreisen zu lassen. Dazu sollten weiterhin jährlich 5.000 kommen, bis zu einer Obergrenze von 30.000.

Den Philippinen war es möglich, eine eigene Einwanderungspolitik zu betreiben – frei von Beschränkungen etwa durch Einwanderungsquoten. Neben der chinesischen Metropole Shanghai empfahl sich das Land als halbwegs sichere Zufluchtsstätte für in Europa verfolgte Jüdinnen und Juden.<sup>1</sup> Nachdem die ersten Flüchtlinge im September 1938 angekommen waren, wuchs die bis dahin sehr kleine jüdische Community deutlich an und erreichte mit 2.500 Mitgliedern Ende 1942 ihren Höchststand.

Insbesondere die Ebene von Bukidnon im Norden Mindanaos sollte von diesen Flüchtlingen besiedelt werden. Gesetzliche Verzögerungen und vor allem die japanische Okkupation der Philippinen vereitelten jedoch die Umsetzung dieses Plans.

## »Hoher moralischer Standard«

► Anfang April 2005 meldete der philippinische Botschafter in Israel, Antonio C. Modena, dem Außenministerium in Manila, dass man an der gebührenden Anerkennung der Rolle arbeite, die dem philippinischen Volk im Hinblick auf die Hilfestellungen für jüdische Flüchtlinge zukomme. Modena erklärte: »Das philippinische Volk begrüßte die jüdischen Flüchtlinge zu einer Zeit auf den Philippinen, als der Rest der Welt einem Volk die Türen zuschlug, das eine sichere Zuflucht vor der Tyrannie der Nazis suchte. Man sollte dem philippinischen Volk sicherlich dafür Anerkennung zollen, dass es an einem hohen moralischen Standard festhielt und Humanität zeigte.«

Tatsächlich organisierten Filipinos bereits am 19. November 1938 Protestaktionen, um die Unmenschlichkeit der zehn Tage zuvor in Deutschland stattgefundenen Pogromnacht zu brandmarken – jener Nacht, in der die Nazis jüdische Häuser und Geschäfte

zerstörten, Synagogen niederbrannten und Kinder aus Fenstern warfen. Botschafter Modena wies darauf hin, dass die US-Regierung im Sommer 1939 abgelehnt hatte, 937 Jüdinnen und Juden aufzunehmen, die sich an Bord des deutschen Kreuzfahrtschiffes »St. Louis« befanden und ursprünglich nach Kuba transportiert werden sollten. US-Präsident Franklin D. Roosevelt berief sich dabei auf den Immigration Act von 1924, der nur eine begrenzte Zuwanderungsquote erlaubte.

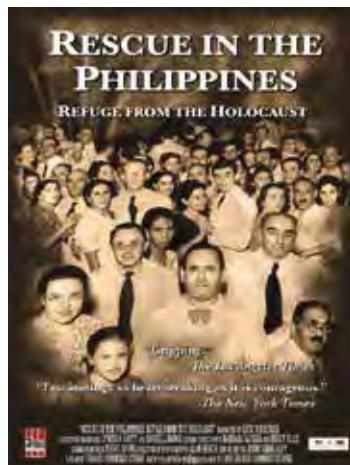
Auch Kanada verweigerte den Schutz suchenden Passagieren der »St. Louis« die Anlandung. Für die Nazis war dies ein Propagandaerfolg: Sie konnten darauf verweisen, dass »die Juden« auch andernorts nicht willkommen waren. Zur gleichen Zeit hatte Präsident Quezon eine Wohnsiedlung für jüdische Flüchtlinge in Manilas Stadtbezirk Marikina vorgesehen und die Errichtung eines Farmkomplexes für sie auf Mindanao avisiert.

Die Unterstützung europäischer Jüdinnen und Juden in den Philippinen beruhte nicht unwe sentlich auf der Arbeit der kleinen jüdischen Community. Mit Emil Bachrach und Morton I. Netzorg waren bereits um das Jahr 1900 zwei bedeutsame Namen in Manila aufgetaucht. Emil Bachrach baute ein Wirtschafts imperium von beträchtlichem Ausmaß auf. Weil er als erster amerikanischer Jude, der sich in den Philippinen dauerhaft niederließ, angesehen wird, trugen die Synagoge und ein Kulturgebäude seinen Namen: »Temple Emil« und »Bachrach Hall«. Seine Familie hatte bei de Einrichtungen über Jahrzehnte finanziert.

Der wirtschaftliche Erfolg erlaubte es Bachrach, sowohl jüdische als auch christliche Anliegen zu unterstützen. Zur damaligen jüdischen Community in Manila gehörten weitere bedeutende Personen, etwa der Gründer der Börse in Manila, der Dirigent des Manila Symphony Orchestra sowie Ärzt\*innen und Architekt\*innen. Während des Zweiten Weltkriegs wurde der Temple Emil von der japanischen Armee zerstört.<sup>2</sup>

Als die Nazis die Macht in Deutschland übernahmen und die Welt den jüdischen Flüchtlingen den Rücken kehrte, bemühten sich vier Brüder, die eine Zigarrenfabrik auf den Philippinen betrieben, 1.300 nach Manila geflohenen Jüdinnen und Juden Hilfestellungen zu geben. Alex, Philip, Herbert und Morris Frieder »waren ganz normale jüdische Geschäftsleute, aber sie scheuten keine Umwege, um Leben zu retten«, konstatierte Frank Ephraim. Er war acht Jahre alt, als seine Familie 1939 von Deutschland nach Manila floh. Unter dem Titel »Escape to Manila: From Nazi Tyranny to Japanese Terror« beschrieb er später die Geschichte ihrer Rettung.<sup>3</sup>

Während der 1920er und 30er Jahre kamen die vier Frieder Brüder aus Cincinnati immer wieder für einige Zeit nach Manila, um die Helena Cigar Factory zu leiten, die ihr Vater 1918 aufgebaut hatte. Bei einem Aufenthalt gründeten sie ein jüdisches Flüchtlings komitee und arbeiteten mit Freunden in höheren Stellungen zu-



Filmisch nacherzählt: Die Geschichte einer Rettung | Motiv: 3 Roads



Jüdische Flüchtlinge in Manila (1940), zusammen mit dem unterstützenden Ehepaar Frieder | Foto: 3 Roads

sammen, um den vorwiegend aus Deutschland und Österreich stammenden Flüchtlingen bei der Pass-, Visa-, Arbeits- und Wohnraumbeschaffung zu helfen.<sup>4</sup>

### Hilfe auf Gegenseitigkeit

► Die Philippinen halfen auf unterschiedliche Weise, das Leben vieler Jüdinnen und Juden zu retten. Diese brachten ihre Talente im Gastland ein, es war somit ein Geben und Nehmen. Auf dem Höhepunkt der Immigrationsjahre war die Ankunft von so berühmten Persönlichkeiten wie Herbert Zipper für die Philippinen von großem Vorteil. Er wurde Leiter des Manila Symphony Orchestra, während seine Frau Trudl Zipper viele philippinische Tänzer\*innen in modernen Stilrichtungen unterrichtete. Eugene Stransky, ein Spezialist für Bluterkrankungen, und Ernest Konfeld, ein erfahrener Architekt, bereicher-ten ebenfalls das Leben in den Philippinen.

Die dramatische Flucht des Kantors Joseph Cysner von Polen über Deutschland nach Manila wurde in B. Harris' Publikation »From Zbaszyn to Manila: The Creation of an American Holocaust Haven« anschaulich beschrieben. Cysner wurde später als Musikprofessor am De La Salle College in Manila verpflichtet. Seine Lehrveranstaltungen zur klassischen Musik genossen einen exzellenten Ruf. Die unter der Leitung von Philip Frieder stehende Manila Jewish Community und das Jewish Refugee Committee of Manila (JRC) umfassten einflussreiche und wohlhabende amerikanische Mitglieder der jüdischen Community. Das JRC wurde auch mit der Zielsetzung gegründet, deutsche Mitglieder der jüdischen Community in Shanghai zu retten.

Herausragend unter den jüdischen Flüchtlingen war der 1904 in Wien geborene Herbert Zipper. Vor dem Zweiten Weltkrieg war Zipper klassischer Musiker, Komponist und Dirigent. Er kannte die Koryphäen der Musikszene, unter ihnen Igor Strawinski, Paul Hindemith, Sergej Prokofjew und Kurt Weill. Während des Krieges wurden er und seine Brüder von den Nazis verhaftet und in das

Konzentrationslager Dachau gebracht. Dort baute er ein geheimes Orchester auf. Man spielte mit selbst gebauten Instrumenten auf einer verlassenen Latrine. 1938 komponierte er das »Dachau Lied«, für das sein Freund und Mitgefänger Jura Soyfer den Text schrieb. Soyfer hatte weniger Glück als Zipper. Er wurde nach Buchenwald transportiert und verstarb dort an Typhus.

In späteren Kriegsjahren wurde auch Zipper nach Buchenwald verlegt. Mit Hilfe seiner Familie konnte eine Freilassung bewirkt werden. Zipper reiste in die Philippinen und leitete dort das Manila Symphony Orchestra. Als Japan einmarschierte, wurde er abermals

interniert. Während der Besetzung Manilas war Zipper Mitglied der im Untergrund operierenden Widerstandsbewegung und funkte unter anderem Informationen über Schiffsbewegungen an die US-Flotte. Als die USA 1945 Manila zurückerobereten, organisierte

Filipinos organisierten bereits 1938 Protestaktionen gegen die deutschen Pogrome

Zipper ein Konzert für die US-Truppen. Das Konzert erwies sich als so erfolgreich, dass das amerikanische Militär Zipper und das Manila Symphony Orchestra mit der Fortführung der Konzerte beauftragte. Nach dem Krieg siedelten Zipper und seine Frau Trudl in die USA über.<sup>5</sup>

### Nazis in Manila

► Zur Jahreswende 1941/42 drangen die japanischen Truppen in die Philippinen vor. Innerhalb weniger Tage wurden alle Staatsangehörigen der USA, Großbritanniens, des Commonwealth, der Niederlande, Polens, Belgiens oder anderer Staaten, die mit Japan oder Deutschland im Krieg standen, zur dominikanischen Santo Tomas University im Zentrum Manilas verbracht und dort interniert. Die zuvor amerikanisch dominierte jüdische Community, die das Überleben europäischer Verfolgter gesichert hatte, sah sich nunmehr selbst einer unerwarteten Verfolgung ausgesetzt. Der Januar 1943 brachte dann eine neu-alte Bedrohung nach Manila: Neue anti-

semitische Kampagnen und Verfolgungen zielten auch auf die bislang nicht internierten deutschen Jüdinnen und Juden ab.

Im Zuge der Hitler-Allianz mit dem japanischen Kaiserreich erreichten die Schmähreden der Nazis auch die Philippinen. Im Januar 1944 beförderte Heinrich Stahmer, der deutsche Botschafter in Japan, Franz Josef Spahn zum neuen nationalsozialistischen Parteiaufseher für die *German Community* in Manila. Gerüchte kamen auf, wonach die deutschen Jüdinnen und Juden in ein Ghetto deportiert werden sollten. Spahn verlangte die sofortige Internierung von Fremden, die sich »feindlicher gegen den Frieden, die Sicherheit und Interessen der philippinischen Republik gerichteter Aktionen schuldig« gemacht hatten. Die philippinische Sektion der NSDAP fälschte Tatsachen in Bezug auf das mittlerweile aufgegebene Mindanao-Ansiedlungsprojekt und behauptete, Jüdinnen und Juden hätten es selbst sabotiert.

Mit anhaltendem Krieg verschlechterte sich die Lage in Manila dramatisch. Die »Schlacht um Manila« ab Anfang Februar 1945 dauerte einen Monat lang. Zurück blieb eine Ruinenstadt. Jene Jüdinnen und Juden, die es geschafft hatten, der Verfolgung in Manila zu entkommen, indem sie den Pasig River in Richtung Norden überquerten, übersiedelten kurz darauf mehrheitlich in die USA oder ließen sich später in Israel nieder.

Die Geschichte der jüdischen Community in den Philippinen wird mittlerweile in einigen Filmen erzählt: Etwa im 2018 präs-

tierten Filmdrama »Quezon's Game« des Regisseurs Matthew Rosen sowie in dem Anfang 2020 erstaufgeföhrten Dokumentarfilm »The Last Manilaners« von Nico Hernandez.

### Anmerkungen

- 1 Siehe Bonnie Harris: Cantor Joseph Cysner: From Zbaszyn to Manila – The Creation of an American Holocaust Haven. University CSB, research paper, February 6, 2005. Siehe ferner: Ernest Heppner: Shanghai Refuge: A Memoir of the World War II Jewish Ghetto. Lincoln, NE: University of Nebraska, 1993; David Kranzler: Japanese, Nazis, & Jews: The Jewish Refugee Community of Shanghai, 1938–1945. Hoboken, NJ: KTAV Publishing House, Inc., 1988
- 2 Die einzige noch heute existente Synagoge im Land ist die 1983 gebaute Makati's Beth Ya'acov Synagoge.
- 3 Frank Ephraim: Escape to Manila: From Nazi Tyranny to Japanese Terror. Chicago: Univ. of Illinois Press, 2003
- 4 Joseph Berger: A Filipino-American Effort to Harbor Jews Is Honored, in: The New York Times, February 14, 2005
- 5 Paul Cummins: Musik trotz allem – Herbert Zipper: Von Dachau um die Welt. Wien 1993

► **Rainer Werning** ist Politikwissenschaftler und Publizist mit den Schwerpunkten Südost- und Ostasien. Er ist Koherausgeber des »Handbuch Philippinen« (6. Aufl., Berlin 2019) sowie Koautor des Bandes »Ein Leben im Widerstand: Gespräche über Imperialismus, Sozialismus und Befreiung« (Essen 2019).

## Die Philippinen im Zweiten Weltkrieg

► In einer Zangenbewegung landeten bereits einen Tag nach dem Angriff auf Pearl Harbor am 8. Dezember 1941 Truppen der Kaiserlich Japanischen Armee auf Mindanao und in Nordluzon. Wenig später fielen die ersten Bomben auf die Hauptstadt Manila, die am 2. Januar 1942 eingenommen wurde. Nach spanischer und US-amerikanischer Kolonialherrschaft okkupierte fortan Japan dreieinhalb Jahre lang das südostasiatische Inselreich.

Im Zentrum der Insel Luzon, der Reiskammer des Landes, formierte sich am 29. März 1942 auf Initiative der Kommunistischen Partei (PKP) die Antijapanische Volksarmee (kurz: Huk). Ihre Ziele: bewaffneter Widerstand gegen die japanischen Besatzer, Kampf für die Unabhängigkeit des Landes von den USA, die seit 1898 Kolonialmacht waren, sowie die Umwälzung der ungleichen Boden- und Besitzverhältnisse. Das war eine Kampfansage an drei mächtige Gegner zugleich.

Die japanischen Militärbehörden schufen anstelle der bis dato existierenden politischen Parteien Anfang Dezember 1942 die Einheitsbewegung »Gesellschaft im Dienste für die Neuen Philippinen« (kurz: Kalibapi). Die Kalibapi und andere neu geschaffene Organisationen unterstanden der Kontrolle der japanischen Militärverwaltung und dienten dazu, die Philippinen in eine »Unabhängigkeit« von Tokios Gnaden zu entlassen.

Im Juni 1943 verkündete die Kalibapi, die wesentlich auf Manila beschränkt blieb, die Gründung einer Vorbereitungskommission für die philippinische Unabhängigkeit. Als Präsident vorgesehen war José P. Laurel, der Spross einer begüterten Familie aus der Provinz Batangas. Die Kommission erarbeitete eine neue Verfassung und die Nationalversammlung wählte Anfang September Laurel zum Präsidenten der neuen Republik der Philippinen. Anerkannt

wurde diese so genannte Zweite Philippinische Republik außer von den Achsenmächten nur noch von Spanien und dem Vatikan.

Um die Jahreswende 1944/45 rückte der Krieg immer näher an die Hauptstadt. Es dauerte fast den gesamten Februar 1945, bis nach äußerst verlustreichen Straßenschlachten, in denen buchstäblich um jede Häuserzeile gekämpft wurde, die Entscheidungsschlacht in der Nähe des alten spanischen Stadtzentrums Intramuros ausgefochten wurde. Was später als »Befreiung« Manilas gepriesen wurde, war ein Gemetzel, in dessen Verlauf etwa 100.000 Zivilist\*innen ihr Leben verloren. »Von allen Kriegshauptstädten erlitt nur Warschau größere Schäden als Manila«, bilanzierte US-General Dwight D. Eisenhower.

Als Japan ein halbes Jahr später zur Kapitulation gezwungen wurde, betrug die Zahl der während des Krieges getöteten Filipinos über eine Million. Die meisten starben in der erbitterten Endphase des Krieges. Außerdem kamen über 60.000 US-Amerikaner\*innen und schätzungsweise 300.000 Japaner\*innen ums Leben. Offiziell blieb Laurel bis zum 15. August 1945 Präsident von Japans Gnaden. An diesem Tag erklärte er aus dem japanischen Exil die Besatzung für beendet.

Die nun folgende »Befriedung« der Huks mit militärischen Mitteln wurde begleitet von einer gezielten politischen Kooptation vormals pro-japanischer Kräfte in die Nachkriegsregierung. Das schuf die Grundlage, um auch wirtschaftlich und militärisch eine erneute »Unabhängigkeit« der Philippinen vorzubereiten, sowie deren enge Bindung an die USA aufrecht zu erhalten. Als sich das Land für die offizielle Unabhängigkeit am 4. Juli 1946 rüstete, saßen alte Politiker in neuen Sätteln. Großgrundbesitzer und wohlhabende Geschäftsleute gaben wieder den Ton in Verwaltung, Wirtschaft und Politik an.

# »Das ist für uns unerträglich«

*Interview mit Mehdi Lallaoui über Frankreichs Kolonialmassaker in Sétif*



Foto: Afrika Film Tage Köln

Motiv: aus dem Filmplakat »Die Massaker von Sétif – Ein anderer 8. Mai 1945«

**iz3w:** Sie sind Mitbegründer der Initiative »Au Nom de la Mémoire« (»Im Namen der Erinnerung«)? Was sind deren Ziele?

► **Mehdi Lallaoui:** Die Initiative wurde vor dreißig Jahren gegründet und setzte sich als erstes für die Anerkennung eines Ereignisses ein, das in Frankreich bis dahin vollständig unter Verschluss gehalten und totgeschwiegen worden war: Das Massaker, das die französische Polizei am 17. Oktober 1961 an algerischen Arbeitern in Paris verübte.<sup>1</sup> Wir haben dazu Veranstaltungen organisiert, Bücher publiziert und Filme gedreht. Erst im Jahr 2012 wurde dieses Massaker endlich vom französischen Staatspräsidenten anerkannt. Wir bereiten auch in diesem Jahr Gedenkveranstaltungen am 17. Oktober zu den Ereignissen von 1961 vor.

150

Darüber hinaus haben wir uns in den dreißig Jahren in vielen Bereichen engagiert, zum Beispiel zu Themen wie Einwanderung und sozialer Wohnungsbau. Wir sind keine kulturelle Initiative, sondern ein Zusammenschluss von Aktivist\*innen. Wir beteiligen uns an Demonstrationen gegen Rassismus und für Gleichberechtigung, und wir haben Dutzende Ausstellungen und Veranstaltungen organisiert, um an historische Ereignisse zu erinnern,

**Mehdi Lallaoui** wurde 1956 geboren, stammt aus einer algerischen Familie und lebt in Frankreich. Er ist Filmregisseur, Drehbuchautor und Schriftsteller. Lallaoui hat fast fünfzig Dokumentarfilme gedreht sowie fünf Romane, drei Gedichtbände und ein Dutzend Sachbücher verfasst.

Lallaouis Film »Les Massacres de Sétif, un certain 8. Mai 1945« aus dem Jahr 1995 zählt zu den ersten Versuchen, die »Mauer des Schweigens« zu durchbrechen, die bis dahin das Gedenken an französische Kolonialverbrechen in Algerien verhinderte. Im September 2020 lief dieser Film aus Anlass des 75-jährigen Endes des Zweiten Weltkriegs bei den Afrika Film Tagen in Köln und in Wuppertal.

*Mehdi Lallaoui und Bernhard Langlois: Les Massacres de Sétif, un certain 8. Mai 1945 (»Die Massaker von Sétif – Ein anderer 8. Mai 1945«). Frankreich 1995, 56 Minuten, OF franz./arab. m. dt. UT.*

die in Vergessenheit geraten sind. Dazu gehört die koloniale Vergangenheit Frankreichs, aber auch die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Migration.

*Inwieweit hat Ihre Herkunft aus einer algerischen Familie Ihr Interesse an der Kolonialgeschichte geprägt?*

► Ich gehöre zur dritten Generation der Franko-Algerier. Mein Großvater ist als Soldat im Ersten Weltkrieg nach Frankreich gekommen. Aus dem gesamten französischen Kolonialreich wurden schon damals nicht nur Arbeiter, sondern auch Soldaten eingezogen, um Frankreich zu retten, »das französische Mutterland«, wie es damals hieß. Die Einwanderungsgeschichte meiner Familie reicht somit hundert Jahre zurück, und deshalb interessiere ich mich auch für die Geschichte der Migration im Allgemeinen. So haben wir mit unserer Initiative »Au Nom de la Mémoire« ein umfangreiches Buch über die Kolonialsoldaten publiziert, die im Ersten Weltkrieg gekämpft haben. Heute leben Millionen Menschen in Frankreich, die von Kolonisierten aus dem Maghreb, aus weiteren

## Vergangenheitspolitik

afrikanischen Ländern und von anderen Kontinenten abstammen. Aber ihre Geschichte wird kaum wahrgenommen. Deshalb hat unsere Initiative sie zum Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht.

*Sie setzen sich in Ihren Filmen, Romanen und Sachbüchern für ein kritisches Geschichtsbewusstsein ein. Wie ist die regierungsoffizielle Haltung zur französischen Kolonialgeschichte?*

► Sechzig Jahre nach dem Ende des Algerienkrieges hat Frankreich seine Kolonialgeschichte immer noch nicht aufgearbeitet. Es wird deshalb immer wieder von seiner kolonialen Vergangenheit eingeholt. So zum Beispiel im Jahr 2000, als die französischen Folterpraktiken während des Algerienkriegs in öffentlichen Debatten immer noch abgestritten wurden. Und 2005, als Präsident Nicolas Sarkozy ein »Ministerium für Zuwendung und nationale Identität« gründete. 2007 behauptete er in einer Rede in Dakar, Afrika sei »noch nicht ausreichend in die Geschichte eingetreten«. In der jüngeren Vergangenheit sprach auch Präsident François Hollande von einem »Verfall der nationalen Identität«.

All das richtet sich gegen die Nachfahren der Kolonisierten und hat die Funktion, Wählerstimmen zu generieren. Seit drei Jahrzehnten gibt es in Frankreich eine sehr starke extreme Rechte. Deren Wählerschaft wird durch Reden gegen Einwanderung und Einwander\*innen hofiert sowie durch die Verleugnung der Kolonialgeschichte. Selbst 2020 werden weiterhin Lügen über die

»Von Algerien waren viele ausgezogen, um Europa vom Faschismus zu befreien«

»positive« Rolle verbreitet, die die Kolonialisierung angeblich für Algerien gespielt haben soll. Das ist für uns unerträglich.

*Hatten Sie bei Ihren Recherchen Zugang zu staatlichen Archiven?*

► Historische Recherchen sind für Bürger\*innen, Historiker\*innen und Forscher\*innen in Frankreich sehr schwierig, da viele Archive nicht einsehbar sind. Noch vor zwei Monaten hat das Verteidigungsministerium das Verbot erneuert, in seinen Archiven Akten zu konsultieren, die mit dem Algerienkrieg in Zusammenhang stehen. Ich hatte das Recht zur Nutzung von historischen Filmaufnahmen aus dem Archiv des französischen Militärs erworben, musste dann jedoch feststellen, dass Sequenzen daraus weggeschnitten worden waren, die erst Jahre später wieder auftauchten.

*Ihr Film über den 8. Mai 1945 erschien 1995, zum 40. Jahrestag des Kriegsendes. Wie war die Resonanz in Frankreich und welche Reaktionen gab es in Algerien?*

► Ich habe meinen Film über die Massaker von Sétif nur unter großen Schwierigkeiten drehen können. In Algerien tobte damals der Bürgerkrieg. Die GIA (Groupe Islamique Armé) verübte politische Morde mit dem Ziel, die algerische Regierung zu stürzen und einen islamistischen Staat zu gründen.<sup>2</sup> Deshalb war es sehr gefährlich, durch Algerien zu reisen und Interviews mit Zeitzeug\*innen zu führen. In Frankreich zeigte kein einziger französischer Fernsehsender Interesse. Niemand wollte einen solchen Film zum 40. Jahrestag des Sieges über Nazideutschland zeigen. Dabei waren am 8. Mai 1945 in den algerischen Städten Sétif, Guelma

Erinnerung an ein Verbrechen im Namen des französischen Staates, Paris 2018 | Foto: Histoire coloniale et postcoloniale



und Kherrata tausende Menschen bei bestialischen Massakern ermordet worden.

Nur der französisch-deutsche Fernsehsender ARTE war schließlich bereit, den Film zu zeigen. Die Ausstrahlung am 8. Mai 1995 stieß auf eine enorme Resonanz. Dazu gehörten auch Anfeindungen von Seiten derjenigen, die der Kolonialzeit nachtrauerten. Aber die Aussagen der Zeitzeug\*innen, von denen 1995 noch viele am Leben waren, regten vor allem algerische Autor\*innen und Dokumentarist\*innen zu weiteren historischen Studien und Filmen über das Thema an. Inzwischen finden jedes Jahr am 8. Mai nicht nur Veranstaltungen zur Erinnerung an den Sieg über Nazideutschland statt, sondern in zwanzig französischen Städten auch Gedenkveranstaltungen an die Opfer der Massaker von Sétif.

In Algerien lief der Film am 8. Mai 1995 zur Hauptsendezeit um 20.45 Uhr im Fernsehen und löste bei den Zuschauer\*innen starke Emotionen aus. Niemand hatte geglaubt, dass wir es schaffen würden, in Europa einen Film über die Massaker aus der Kolonialzeit zu realisieren. Der Film lief überall in Algerien. Er hat eine Dynamik zur Wiederaneignung der Geschichte losgetreten, die zu den konkreten Forderungen führte, dass Frankreich Reparationszahlungen leisten und sich endlich seiner Verantwortung für die Ereignisse am Tag des Kriegsendes in der Region um Sétif stellen sollte. Schließlich waren auch von dort viele ausgezogen, um Europa vom Faschismus zu befreien.

Waren die französischen Kolonialverbrechen im Mai 1945 die Initialzündung für die Aufnahme des bewaffneten antikolonialen Kampfes durch die Front de Libération Nationale (FLN) am 1. November 1954?

► Die Massaker im Mai und Juni 1945 in Algerien markierten tatsächlich einen Bruch in den Beziehungen zu Frankreich. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass der Großteil derjenigen, die neun Jahre später die FLN gründeten, ehemalige Soldaten waren, die Frankreich befreit hatten. Sie waren aus dem Krieg in Europa nach Algerien zurückgekehrt und mussten dort mit ansehen, wie ihre Familien massakriert wurden. Und wann immer Algerier\*innen in den Jahren danach Forderungen nach Freiheit stellten, folgten als Antwort Frankreichs weitere Massaker.

Die Erfahrungen von Mai und Juni 1945 waren somit tatsächlich der Ausgangspunkt für den Beginn des Algerienkrieges im November 1954, der fast acht Jahre dauern und zur Unabhängigkeit führen sollte.

Sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Algerienkrieges ist die ehemalige Unabhängigkeitsbewegung FLN eine Klientelpartei für eine korrupte Elite. Vor Beginn des Corona-Lockdowns forderten Hunderttausende in Massendemonstrationen deren Rücktritt. Sie arbeiten an einem Film

über die Protestbewegung, deren arabische Bezeichnung »Hirak« lautet. Wie schätzen Sie deren Chancen ein?

► Der »Hirak« ist eine außergewöhnliche Bewegung der Zivilbevölkerung in allen 48 Wilayas (Provinzen) des Landes. Seit letztem Jahr haben tausende Männer, Frauen und Kinder jeden Freitag friedlich demonstriert. Sie fordern demokratische Freiheiten und eine wirkliche Unabhängigkeit und protestieren gegen den Machtanspruch Bouteflikas<sup>3</sup>. Die Demonstrationen verliefen auf bewundernswerte Weise. Alles blieb friedlich, es gab keinerlei Zwischenfälle und nach den Protestzügen in den großen Städten reinigten die Teilnehmer\*innen anschließend selbst die Straßen.

Aufgrund der Pandemie mussten die Demonstrationen unterbrochen werden. Aber die Arbeit ist noch nicht getan. Heute fordern die Demokrat\*innen die Freilassung der politischen Gefangenen. Der bekannteste von ihnen, Khaled Drareni, ist Journalist und arbeitete für Reporter ohne Grenzen und den Fernsehsender TV5Monde. Er wurde vor einigen Tagen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, nur weil er Artikel über die Protestbewegung veröffentlicht hatte. Wir schreiben das Jahr 2020! Nur Diktaturen werfen Journalist\*innen ins Gefängnis. Aber die Hirak-Bewegung wird sich neu formieren und für die Befreiung der Männer und Frauen eintreten, die für ihre Ideen im Gefängnis sitzen. Sie ist ein konstanter Strom von Sand im Getriebe der Mächtigen, eine mächtige Welle, gespeist aus der Abscheu der algerischen Gesellschaft vor der Diktatur

sowie vor den illegalen Machenschaften und der Misswirtschaft der korrupten Machthaber.

Im Zuge der Black-Lives-Matter-Bewegung gibt es in zahlreichen Ländern Initiativen zum Sturz von Denkmälern, die die Kolonialgeschichte glorifizieren. Wie wird das Thema in Frankreich diskutiert?

► Für unsere Organisation »Au nom de la mémoire« besteht der Kampf um Würde und Gerechtigkeit auch in der Aneignung des öffentlichen Raumes. Deshalb haben wir in den letzten dreißig Jahren immer wieder Gedenktage veranstaltet, um an Kolonialverbrechen zu erinnern. Wir haben Tafeln mit den Namen von Aktivist\*innen aufgestellt, die wegen ihres antikolonialen Engagements ermordet wurden. In Folge der »Black-Lives-Matter«-Bewegung ist es wichtig, Statuen von

Kolonialverbrechern, Sklavenhändlern und Rassisten zu stürzen. Wir haben mit unserer Initiative auch gegen die Errichtung eines Denkmals für General Marcel Bigeard durch die französische Regierung opponiert. Denn er war ein Kriegsverbrecher im Algerienkrieg.<sup>4</sup> Deshalb haben wir gegen seine Beisetzung im Pantheon protestiert, wo Menschen begraben sind, die »Großes« für die Französische Republik geleistet haben. Sich mit Symbolen wie diesen auseinanderzusetzen ist wichtig. Deshalb müssen Straßen, die nach Kriminellen benannt sind, umbenannt werden. ►



»Straßen, die nach Kriminellen benannt sind, müssen umbenannt werden«

Es ist unerträglich, dass im 21. Jahrhundert in unseren Städten immer noch Statuen stehen, die zum Gedenken an Menschen errichtet wurden, die Verbrechen gegen die Menschheit begangen haben, sei es zur Zeit der Sklaverei, bei kolonialen Massakern oder durch die Ermordung von Freiheitskämpfer\*innen. Im Lichte dessen, was sich in den USA abgespielt hat, müssen wir die Wiederaneignung des öffentlichen Raumes vorantreiben und Menschen aufklären, um zu verhindern, dass sich Geschichte wiederholt. Nicht Kolonialverbrecher sollen das letzte Wort haben, sondern die Männer und Frauen, die sich für Gleichberechtigung, Freiheit und die Anerkennung der Geschichte einsetzen.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Der Algerienkrieg (1954-1962) war der einzige bewaffnete Unabhängigkeitskampf, der nicht nur in einer Kolonie, sondern auch in der kolonialen Metropole selbst ausgefochten wurde. Hundertausende Algerier\*innen lebten und arbeiteten damals schon in Frankreich. Sie sammelten nicht nur Geld für die algerische Befreiungsbewegung FLN, sondern demonstrierten auch in französischen Städten für die algerische Unabhängigkeit. Die französische Regierung reagierte darauf mit brutaler Gewalt und ließ am 17. Oktober 1961 Hunderte algerische Demonstrant\*innen mitten in Paris zusammenschießen. Nach diesem Massaker trieben Leichen von Algerier\*innen in der Seine. [Anm. des Interviewers]

<sup>2</sup> Auslöser des algerischen Bürgerkriegs war die Annexionierung der ersten freien Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit im Dezember 1991 durch einen Militärputsch nach dem Wahlsieg der Islamischen Heilsfront (Front Islamique du Salut, FIS). Islamistische Guerillaeinheiten wie die GIA reagierten darauf mit Terroranschlägen, Massakern und Massenmorden. Der zehn Jahre anhaltende Bürgerkrieg forderte bis zu 200.000 Tote. Zehntausende Menschen verschwanden für immer und Hunderttausende flüchteten ins Exil. [Anm. des Interviewers]

<sup>3</sup> Bei den Präsidentschaftswahlen in Algerien im Jahr 2019 wollte der senile und handlungsunfähige Kandidat der FLN, Abdelaziz Bouteflika, für eine fünfte Amtszeit kandidieren. Massendemonstrationen insbesondere junger Algerier\*innen verhinderten dies. Auch als Bouteflikas Kandidatur zurückgezogen wurde, gingen die Proteste unvermindert weiter und Hunderttausende forderten, dass »alle Vertreter des alten Systems« verschwinden sollten. [Anm. des Interviewers]

<sup>4</sup> Marcel Bigeard war ein hoch dekorierter Militär. Er übernahm 1975 das Amt des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium und war von 1978 bis 1988 Abgeordneter der französischen Nationalversammlung. Im Algerienkrieg war er verantwortlich für Folterungen und Hinrichtungen von Unterstützer\*innen der Unabhängigkeitsbewegung. [Anm. des Interviewers]

► Das Interview führte Karl Rössel (*recherche international & Film-Initiativ Köln*). Übersetzung aus dem Französischen: Lise Mercier & Christiane Zender.

## Tag der Befreiung in Europa – Tag der Trauer in Algerien

► Am 8. Mai 1945 fanden auch in Algerien Umzüge zur Feier des Kriegsendes in Europa statt. Schließlich hatten zehntausende Algerier in diesem Krieg gekämpft. Viele von ihnen hofften, dass nun auch den Kolonien endlich Freiheit und Selbstbestimmung zugestanden würden, wie es die Alliierten in ihrer »Atlantik-Charta« versprochen hatten. In der algerischen Kleinstadt Sétif tauchte deshalb bei der Siegesfeier neben französischen, englischen und US-amerikanischen Fahnen auch eine algerische auf. Als der Umzug vor dem Café de France ankam, sah der Augenzeuge Lamri Bouras, dass ein französischer Kommissar »seinen Colt zog und in die Menge schoss. Weitere Schüsse wurden von den Balkons abgefeuert.«

Schon an diesem Tag gab es hunderte Tote. Proteste gegen das Gemetzel in der gesamten Region waren die Folge. Die französische Kolonialverwaltung reagierte darauf mit Einsätzen der Luftwaffe und der Marine. »Die Soldaten schossen auf alles«, erinnert sich Haada Mani, »die Leute fielen wie trockene Weintrauben.« Nach Angaben der französischen Kolonialbehörde kamen bei den Massakern 1.500 Menschen ums Leben, algerische Quellen sprechen von bis zu 45.000 Opfern.

Als Ende Mai 1945 die algerischen Soldaten, die für die Befreiung Europas gekämpft hatten, aus dem Krieg zurückkehrten, fanden viele ihre Familien nicht mehr wieder. So auch Lounès Hanouze: »Als ich in Kherrata ankam, stand da eine lange Schlange von Menschen ... Sie wollten mir etwas sagen, aber sie weinten ... Ich fragte: „Wo sind meine Leute? Wo ist mein Vater?“ ... Schließlich erklärte man mir: Man hat sie zuerst auf einem Lastwagen gesehen. Dann wurden sie zur Schlucht von Kherrata gebracht. Dort, an der Brücke – sie heißt heute Hanouze-Brücke –, wurden mein Vater und meine Brüder vor

die Wahl gestellt: Sollen wir mit ihm beginnen oder mit Euch?

... Ich glaube, mein Vater wurde als erster erschossen ... Was soll ich meinen Kindern erzählen? Während Euer Vater Frankreich befreit hat, haben die Drückeberger der französischen Armee in Algerien unsere Angehörigen massakriert, Eure Onkel, Euren Großvater und weitere 45.000, haben sie in die Schlucht von Kherrata geworfen und dort einen Monat lang den Hunden zum Fraß überlassen? Wir kommen aus dem Krieg zurück und unsere Familien sind füsiliert ... Das kann man nicht vergessen.«

Der 8. Mai ist in Frankreich bis heute ein nationaler Feiertag. In Algerien gilt er als Tag der Trauer. Die Straße in Sétif, in der die ersten Schüsse fielen, ist nach dem »8. Mai 45« benannt. An der Wand vor dem ehemaligen Café de France erinnert eine Gedenktafel an den »ersten Märtyrer, Saal Bouzid«, der hier erschossen wurde.

Die französische Fremdenlegion hat ihre Verantwortung für das Massaker in der Schlucht von Kherrata in Stein gemeißelt und dort die zynische Inschrift hinterlassen: »Légion Étrangère 1945«. Unweit davon steht neben einem verfallenen Kalkofen auf einer Blechtafel in arabischer Sprache: »Diesen Ofen benutzten die Franzosen, um die Leichen der Märtyrer vom 8. Mai 1945 zu verbrennen. Er zeugt von den Gräueln und erzählt den künftigen Generationen die Geschichte der Freiheit: „Sie ist meine Braut, aber ihre Mitgift ist Blut.“«

► Der Text beruht auf der Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« von *recherche international e.V.* (siehe [www.3ww2.de](http://www.3ww2.de)). Die Zitate der Zeitzeugen stammen aus dem Film »Les Massacres de Sétif, un certain 8. Mai 1945«.

*Mit dem Ersten Weltkrieg verlor Deutschland auch sämtliche Kolonien. Der seitdem bestehende Kolonialrevisionismus kehrt im Dritten Reich in die materielle Politik zurück. In der Annexionspolitik des NS-Staates tauchen koloniale Pläne vor allem in Richtung Nordafrika, Nahost und Osteuropa immer wieder auf. Diese sind bis heute wenig beachtet. Die deutsche Großmachtpolitik sprengt bald die Dimension vorangegang-*

*gener Kriege und Kolonialpolitiken: vor allem bezüglich ihres Motivs der Weltherrschaft sowie der irrationalen Politik der Judenvernichtung. Der vorliegende Artikel stützt sich unter anderem auf Material im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, welches bisher der Geheimhaltung unterlag und in der historischen Forschung noch nicht aufgearbeitet ist.*

*die redaktion*

# Deutsches Vorderasien<sup>1</sup>

## Wie der NS-Staat nach 1939 expandieren wollte

von Harald Möller

► Die NS-Politik gegenüber den Kolonien und Halbkolonien Afrikas und Asiens war grundsätzlich eine Politik des Kolonialrevisionismus. Die Wegnahme der alten deutschen Kolonien, die nach 1918 Mandatsmächten übertragen worden waren, wurde scharf kritisiert. Die Kolonien sollten wieder »Heim ins Reich« geholt werden.

In den ersten Jahren nach der Machtübernahme 1933 ergab sich daraus keine grundsätzliche Änderung der Politik. Das NS-Regime war im ersten Jahr stark mit Problemen der inneren Macht-konsolidierung und der Weltwirtschaftskrise beschäftigt. Außerdem versuchte es nach außen den Eindruck zu erwecken, dass es eine friedliche Außenpolitik betreibe. Die eigene Aufrüstungspolitik, die auf Krieg zielte, sollte damit abgesichert werden.

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden allerdings im Auswärtigen Amt, der Marine, der Deutschen Bank sowie anderen Institutionen des Deutschen Reichs Pläne für eine Kolonie in Mittelafrica erstellt. Nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR am 22. Juni 1941 erweiterte das Regime seine kolonialen Pläne. Intern ließ Adolf Hitler keinen Zweifel daran, dass er nach der Eroberung des Kaukasus in den Irak und Iran vorstoßen wollte. In der UdSSR wollte Hitler seinen kolonialen Traum eines ‚deutschen Indien‘ auf russischem Boden realisieren.

In Nordafrika und dem Mittelmeerraum (das schloss Irak, jedoch nicht Iran ein) wollte Hitler Italien den Vorrang lassen. Es gab jedoch auch im NS-Staat sehr bestimmte Vorstellungen über eine »neue politische Ordnung« des arabischen Raums, die auf die Bildung dreier neuer Staaten sowie auf die Unterstützung arabischer »Eingangsprojekte« hinausliefen. Diese Diskussionen und Projekte sind weitgehend unbekannt geblieben.

### Deutsche Sabotage- und Guerillakriegsprojekte ...

► Am 1. September 1939 überfiel Deutschland Polen. Kurz nach der siegreichen Aggression ging noch die Befürchtung um, dass es wie im Ersten Weltkrieg einen mehrjährigen Abnutzungskrieg im Westen geben könne. Eine Alternative hierzu schien ein – mit der UdSSR abgesprochenes – Engagement in Richtung Südosten zu sein, das darauf zielte, die britische Position in Vorderasien und Indien anzugreifen und die UdSSR von verstärkten Aktivitäten in Osteuropa abzuhalten.

### Hitler wollte ein ‚deutsches Indien‘ in der UdSSR

So schlug Oskar Ritter von Niedermayer, der bereits im Ersten Weltkrieg eine Expedition nach Afghanistan mitgeleitet hatte, vor, »geschickt getarnte Schein- und Störungsaktionen« in Vorderasien durchzuführen (das entsprach zum Teil dem heutigen Irak, Iran, Afghanistan und China). Die Aktionen zielen darauf, Großbritanniens Führung derart zu beunruhigen, dass sie zu Friedensgesprächen bereit gewesen wäre. Ein Projekt, das auf die Vorstellungen Niedermayers einging, sah vor, die afghanische Regierung zu stürzen und den früheren König Amanullah wiedereinzusetzen. Im sowjetischen Turkestan sollte mit deutscher Hilfestellung ein bewaffnetes Korps aufgestellt werden, das überraschend nach Afghanistan vorstoßen und das Land erobern sollte. Das Projekt stieß jedoch auf entschiedenen Widerstand anderer NS-Institutionen. Diese plädierten dafür, nicht gegen die afghanische Regierung, sondern mit ihr zu agieren.

Die SS Heinrich Himmlers protegierte ein weiteres Projekt, nämlich eine bewaffnete Expedition des Ornithologen Ernst Schäfer nach Tibet. Eine Truppe von etwa dreißig Mann sollte über Lop Nor in das Gebiet der Ngolok und Jaschan vorstoßen und diese für einen »Guerilla- und Sabotagekrieg gegen Indien« organisieren. Eine Projektstudie von Hugo Adolf Bernatzik, Sohn eines früheren Rektors der Universität Wien und 1939 außerordentlicher Professor der Universität Graz, schlug vor, den Bergstämme Hinterindiens Waffen zu liefern. Anschließend käme es sicher zu Aufständen. Konkret sollte eine kleine Expedition zusammengestellt werden, deren Leiter Hugo Bernatzik selbst gewesen wäre.

Die UdSSR hatte eine grundsätzliche Bereitschaft zur Unterstützung von deutschen ‚wissenschaftlichen Expeditionen‘, die NS-Tarnung für diese Kriegsprojekte, erklärt. Aber sie stellte zu diesen Projekten so lange Nachfragen, bis sie im Sande verliefen. Das führte dazu, dass Personen wie Ernst Schäfer oder Hugo Bernatzik in einer Warteposition verblieben.

### ... und Bündnispolitik der Diktatoren 1939/40

► Im Sommer 1940 wurde diesen Guerillakriegs- und Sabotageprojekten ihre Grundannahme entzogen. Die Wehrmacht warf in einem »Blitzkrieg« von nur drei Wochen Frankreich militärisch nieder. In Deutschland löste dies eine Hochstimmung in NS-Führungskreisen aus, die dazu führte, dass intensive Diskussionen über die imaginierten kolonialen Konkurrenzmassen Belgiens, der



Die Große Synagoge in Tiflis/Georgien.  
In einem Deutschen Vorderasien wäre sie  
zerstört worden. | Foto: Matthew Vanitas  
CC BY-SA 3.0

Niederlande und Frankreichs in Afrika und Asien begannen. Die Bildung einer Mittelafrikakolonie rückte in den Mittelpunkt deutschen Großmachtstrebens. Die Planungen hierzu lagen vor. In dieser Kolonie hätte es eine strikte Rassentrennung, ein Verbot geschlechtlicher Beziehungen von »Schwarz« und »Weiß« sowie Zwangsarbeit für die Kolonisierten gegeben. Kurz: Ein imperialer Größenwahn mit der Vision eines ‚deutschen Indiens‘ in Afrika regierte.

Außerdem richteten Hitler und Außenminister Ribbentrop kurz danach das Angebot an die UdSSR, sich dem Dreimächtepakt von Japan, Deutschland und Italien anzuschließen. Die UdSSR hätte damit nach Süden eine Einflussphäre in Richtung des Indischen Ozeans gewinnen können, also mit der Türkei, Iran und vielleicht auch Britisch-Indien. Dass dieser Vorschlag ehrlich gemeint war, lässt sich bezweifeln. Die UdSSR äußerte ein grundsätzliches Interesse, sie wollte jedoch über den konkreten Inhalt eines Viermächtepakts weiterverhandeln.

### Der Krieg gegen die UdSSR 1941 ...

► Am 22. Juni 1941 überfiel Deutschland die UdSSR. Das bedeutete auch, dass Hitler seinen imperialen Traum auf russischem Boden verwirklichen wollte. Hitlers völkische Expansionspolitik zielte zuerst auf den »Lebensraum im Osten«, gemeint war Osteuropa. Dort in den Reichskommissariaten Ostland, Ukraine, Moskau und Kaukasus wollte er – entsprechend der Planungen des Generalplans Ost – letztlich sein »deutsches Indien auf russischem Boden« realisieren.

Man plante den  
»Vormarsch Deutschlands  
in den arabischen Raum«

Und die deutschen Planungen wollten mehr. Mit dem nach der Niederwerfung der Roten Armee freiwerdenden militärischen Potential sollte wieder gegen Großbritannien vorgegangen werden, vor allem durch Aktivitäten in Nahost. Konkret wäre es zuerst um einen Vorstoß von Libyen aus gegen Ägypten gegangen. Eine weitere Militäroperation von Bulgarien durch die Türkei sollte in Richtung Suez-Kanal vorstoßen. Schließlich hätten sich motorisierte Expeditionskorps vom Kaukasus aus einen Weg durch die Türkei und Syrien nach Palästina und Iran nach Basra im Südirak gebahnt. Auf die Weise sollte mit einer »Zangenbewegung« die britische Position in Nahost liquidiert und so eine Absicherung des europäischen Großraums im Südosten vorgenommen werden. Davon versprach man sich auch eine Sicherung der Versorgung mit Erdöl. Die schwere Niederlage der Wehrmacht im Winterkrieg 1941/42 vor Moskau verhinderte jedoch die Umsetzung. Aber mit der Wiederaufnahme der deutschen militärischen Operationen im folgenden Sommer wurde erneut versucht, diese weitere Expansion ab 1942 zu realisieren. Zur Vorbereitung gab es intensive Diskussionen, vor allem mit nationalistischen Kräften der betreffenden Länder, die mit dem NS-Staat aus ideologischen oder realpolitischen Überlegungen heraus bereits kooperierten oder kooperieren wollten (iz3w 312).

Diese fanden sich erstens im großtürkischen Panturanismus mit dessen Vertreter Nuri Pascha, dem jüngeren Bruders von Enver Pascha. Dieser wiederum hatte im Ersten Weltkrieg eine zentrale Rolle an der Staatsspitze des Osmanischen Reichs gespielt. In einem Gespräch des deutschen Diplomaten Ernst Woermann mit Nuri Pascha betonte letzterer, dass er – wie die türkische Staats- und Armeeführung – für die Etablierung turksprachiger Staatsgebilde auf dem Boden der UdSSR eintrete. Dies beträfe Gebiete etwa in Dagestan, auf der Krim, zwischen der Wolga und dem Ural sowie in Alt-Turkestan, einschließlich Sinkiang. Außerdem beanspruchte Nuri Pascha Teile von Syrien sowie des Irak und Iran für Turan. Woermann schätzte, dass ein solcher großtürkischer Imperialismus nur mit deutscher Hilfestellung realisierbar sei. Er plädierte dafür,

die panturanischen Turkestan-Projekte zu unterstützen und turksprachige Kriegsgefangene in besonderen Lagern zusammenzufassen. Die Bildung turksprachiger Strukturen in den zukünftigen deutschen Reichskommissariaten Moskau und Kaukasus lägen jedoch nicht – so Woermann – in deutschem Interesse.

Eine zweite Gruppe Verbündeter des NS-Staates fand sich unter Repräsentanten der arabischen Welt. Beispiele dafür sind der saudische Diplomat Khalid al Hud al Gargani, der frühere irakische Ministerpräsident Rashid Ali al Gailani und Mufti Amin al Husseini. Diese strebten eine Lösung ihrer Länder aus dem Einflussbereich der französischen und britischen Mandats- und Kolonialmächte an. Außerdem befürworteten sie arabische Einigungsbestrebungen. Die deutsche Diplomatie unterstützte bestimmte Projekte des arabischen Nationalismus. Grundsätzlich wollte sie jedoch, im Rahmen der Arbeitsteilung der Achsenmächte, Italien in diesem Raum den Vortritt lassen.

Hervorzuheben ist ein Weltanschauungsaspekt dieser Gespräche: So entwickelte der saudische Diplomat Khalid al Hud al Gargani im Gespräch mit Hitler kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine Geschichtsvision, die Hitler stark beschäftigte. Er erklärte: Wenn die Franken unter Karl Martell im Jahr 732 nicht den Vorstoß des arabischen Heeres bei Poitiers gestoppt hätten, hätten die Germanen wahrscheinlich den Islam angenommen. Hitler, für den das Christentum ein schwächerer Ableger des Judentums war, beeindruckte diese Idee stark. In einem seiner Tischgespräche erklärte er ebenfalls: Hätte bei Poitiers nicht Karl Martell gesiegt, so hätten die Germanen den Islam übernommen, diese Lehre der Belohnung des Heldentums! Die Germanen hätten damit die Welt erobert, nur durch das Christentum seien sie davon abgehalten worden. Dazu kommt ein Genderaspekt dieser Gespräche, der sich an Äußerungen Himmlers demonstrieren lässt: So stimmte Heinrich Himmler der Mehrehe zu. Laut Himmlers Masseur Felix Kersten hielt Himmler die Einehe für ein »Satanswerk« der katholischen Kirche. Er erhoffte sich im Fall der Doppelhehe, dass die eine Frau ein Ansporn für die andere sein könne. Kurz: Die NS-Führungsspitze, die sich als Teil eines »kämpferischen Männerbundes« verstand, nahm angesichts des realen Krieges eine positive Neubewertung des – aus ihrer Sicht – kämpferischen Islam vor. Entdeckt wurde eine Art »Wesensgemeinschaft«. Eng verknüpft war dies mit einer Abwertung der gesellschaftlichen Position von Frauen.

### ... und ein geplanter »Vormarsch« nach Asien

► Drittens wurden Bündnisverhandlungen des NS-Staates mit dem früheren Vorsitzenden der Indischen Kongresspartei Subhas Chandra Bose geführt. Danach wurde Bose mit deutscher Hilfestellung ins verbündete Japan gebracht, wo er die Führung einer vor allem aus Kriegsgefangenen bestehenden Indischen Nationalarmee übernahm. Zum Vierten fanden Gespräche mit Repräsentanten iranischer Stämme statt, so mit Führern der Ghazghai. Außerdem wurde die »Nationalistische Organisation Iran« unterstützt, die sich in Deutsch-



Die Six Dome Synagogue in Gyrmzy Gasaba/Aserbaidschan | Foto: azerbaijan08 CC BY-SA 1.0

land gebildet hatte und sich am Vorbild des Nationalsozialismus orientieren wollte. Sie sollte für den Fall bereitstehen, dass die Wehrmacht in Iran einmarschiert wäre.

Eine konkrete Umsetzung dieser Diskussionen in Form einer politischen Konzeption stellt ein Papier des deutschen Diplomaten Fritz Grobba dar. Es fasste Diskussionen des Auswärtigen Amtes zusammen, unter dem Titel: »Vormarsch Deutschlands in den arabischen Raum«. Demnach wäre die Stimmung in den arabischen Ländern – Iran wird hier dazu gerechnet – deutschfreundlich; deutsche Truppen würden als Befreier begrüßt. Vorgeschlagen

wurde, nach einer Eroberung des Kaukasus und einer Besetzung von Tiflis durch deutsche Truppen drei neue Regierungen auszurufen: Erstens eine irakische Regierung unter dem früheren irakischen Ministerpräsidenten Rashid Ali al Gailani, zweitens eine

grosssyrische Regierung unter dem Großmufti al Husseini oder einem im Einverständnis mit ihm zu bestimmenden Syrer. Drittens eine neue iranische Regierung. Alle diese Regierungen sollten sofort durch Deutschland anerkannt werden. Anschließend sollte beim Vormarsch in den arabischen Raum hinein eine irakisch-arabische Armee aufgestellt werden. Diese hätte aus drei irakischen Divisionen sowie einer syrischen und einer palästinensisch-transjordanischen Division bestehen sollen. Der Sonderstab Felmy in Griechenland sollte hierfür das Unterführerkorps aus der Arabischen Legion liefern.

Konkret sollte unterstützt werden: die Bildung eines Staates Großsyrien, der aus den heutigen Staaten Syrien, Libanon, Jordanien und Israel (einschließlich der heutigen Westbank) bestanden hätte. Die im damaligen Palästina lebende jüdische Bevölkerungsgruppe wäre liquidiert worden. Außerdem war die Bildung eines vergrößerten Irak geplant, an den Kuwait angeschlossen worden wäre. Weiterhin träumte man von einem vergrößerten Saudi-Arabien, an das Oman, die heutigen Vereinigten Arabischen Emirate, Katar sowie Teile von Jordanien (Akaba und Maan) angeschlossen gewesen wären – möglicherweise auch Hadramaut im Südjemen und Bahrein.



Das erste jüdische Museum im Norden Aserbaidschans (bei Quba) | Foto: Asif Masimov CC BY-SA 3.0

Die Umsetzung dieser imperialen staatlichen Neuordnung wurde in dem Papier praxisbezogen antizipiert. Auf der Ebene internationaler Diplomatie ist dort zu lesen: »Gailani wird Ministerpräsident und gegebenenfalls Staatschef im Irak, wird aber auch in groß-syrischen Fragen als Berater hinzugezogen. Der Großmufti wird Sprecher und, wenn die maßgebenden syrischen Führer zustimmen, Staatschef Großsyriens. Es muß verhindert werden, daß zwischen Beiden eine Entzweiung eintritt, denn sonst verwenden sie ihre Energie mehr auf die Bekämpfung des Einflusses des Andern als auf Bekämpfung der Engländer.«

### Kein ‚normaler‘ Kolonialismus

► Was wäre in der vorderasiatischen Region nach einer deutschen Eroberung geschehen? Zur Beantwortung dieser Frage bietet sich der Blick auf die Verhältnisse auf der Krim zwischen 1941 und 1944 an. Dieses (wie auch die arabischen Länder) bevölkerungsmäßig heterogene Gebilde – mit den drei russischen, ukrainischen und tatarischen Großgruppen sowie vielen Minderheiten – war 1941/42 von der Wehrmacht erobert worden. Anschließend sollte es von den dort ansässigen Russ\*innen und Ukrainer\*innen geräumt werden, die Tatar\*innen hingegen sollten bleiben. Außerdem sollten deutsche Siedler\*innen – wie »Volksdeutsche« der UdSSR, »Südtiroler« und »Palästinadeutsche« (südwestdeutsche christliche Templer) – angesiedelt werden. Schließlich sollte eine Autobahn dorthin gebaut werden. Ein Hintergrund waren Überlegungen Hitlers, die Krim wegen ihrer landschaftlichen Schönheit und ihrer früheren gotische Besiedlung in einen Gau Gotenland und Transnistrien zu verwandeln. Die Krim sollte also, nach einer rabiaten Ermordung und Deportation von »einheimischen Bevölkerungsteilen«, eine deutsche Riviera werden.

Aufgrund des Kriegsverlaufs kam es nicht dazu. Realisiert wurde jedoch ein anderes Ziel des NS-Systems, nämlich der Judenmord. Träger der Mordaktionen war die Einsatzgruppe D unter der Führung von Otto Ohlendorf, einem SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei. Dieser gab im August 1941 den Befehl, in Zukunft alle erfassten Jüdinnen und Juden zu erschießen. Daneben halfen auch

die 11. Armee der Wehrmacht unter Erich Manstein sowie die ihr nachgeordneten Dienststellen und Einheiten bei den Mordaktionen mit. Außerdem befürworteten diese Einheiten Massenexekutionen aus »Sicherheitsgründen«, etwa sogenannte Vergeltungsmaßnahmen gegen Partisanenangriffe. Ebenso sind Fälle von Judenerschießungen durch Ortskommandanten der Wehrmacht überliefert.

Insgesamt wurden von der Einsatzgruppe D und der Wehrmacht etwa 40.000 jüdische Menschen auf der Krim ermordet. Etwa die Hälfte der Ermordeten wurde kurz nach der Eroberung der Krim

im November und Dezember 1941 getötet. So starben im Stadtpark von Simferopol in der Zeit vom 13. bis zum 15. Dezember 1941 im Verlauf von Massenerschießungen etwa 10.000 bis 11.000 Jüdinnen und Juden dieser Stadt. Kurz danach erfolgten weitere Massenerschießungen in anderen Städten der Krim. Am 16. April 1942 wurde die Krim als »judenfrei« gemeldet.

Das heißt zugleich auch, dass Kommandos zur Verfügung standen, die das, was sie in der Ukraine, auf der Krim und im Kaukasus gemacht hatten, in Iran, Irak, Syrien, Palästina, Jordanien und Saudi Arabien und vielleicht auch Afghanistan fortgesetzt hätten: den Massenmord an Jüdinnen und Juden.

Dass der Judenmord auch in Nahost geschehen wäre, zeigt ein einfaches Faktum: In den rückwärtigen Einheiten von Rommels Truppen in Nordafrika befand sich bereits eine SS-Einheit, die für einen Einsatz in Palästina vorgesehen war. Diese Einheit hatte an antisemitischen Mordaktionen in Russland teilgenommen. Ihr Leiter war der Gaswagenspezialist Walther Rauff.

### Anmerkung

<sup>1</sup> Ein Deutsches Vorderasien gab es faktisch nie. Der Begriff bezieht sich auf Planungen und Expansionspolitik. In diesem Artikel werden mit Begriffen wie ‚Nahost‘ oder ‚Vorderasien‘ überkommene Territorialbeschreibungen in kritischer Absicht verwendet, um die historisch-deutsche Perspektive nachzuzeichnen. Der Begriff Vorderasien wird im vorliegenden Kontext in den Texten der deutschen Diplomaten verwendet. Unter Vorderasien wird das Gebiet des alten Osmanischen Reichs und des früheren Kadscharenimperiums in Iran vor 1914 (einschließlich Afghanistan sowie Tibet) verstanden. Inhaltlich ist ein Aspekt zentral: Vorderasien ist für die NS-Führung, was an Indien angrenzt.

► Harald Möller forscht zur Elitenkontinuität in der internationalen Politik und veröffentlichte: Elitenkontinuität und Politik in der Dritten Welt. Die Beziehungen von Deutschem Reich und Bundesrepublik Deutschland mit Iran, China/Taiwan und Südafrika (von 1933 bis zum Beginn der 80er Jahre), Bd 1 und 2, Logos Verlag Berlin. Im ersten Band werden die Beispiele China und Südafrika behandelt. Im zweiten Band zu Iran werden die hier vorgestellten Aktivitäten ausführlicher behandelt.



Spuren des Massakers  
der Hamas

Foto: Yoav Keren CC BY-SA 4.0

# Der Krieg der Hamas

## Zum historischen Hintergrund des Pogroms vom 7. Oktober

von Matthias Küntzel

► »Was der Antisemit wünscht und plant, ist der Tod des Juden«, schrieb Jean-Paul Sartre 1944. Die Hamas lieferte am 7. Oktober den Beweis. Es war der für Juden und Jüd\*innen schrecklichste Tag seit dem Holocaust. Tausende Islamisten überrannten die israelischen Grenzposten und überfielen Menschen im Süden Israels. Wie im Blutrausch vergewaltigten, verstümmelten und ermordeten Terroristen der Hamas und des Islamischen Dschihad unter *Allahu akbar*-Rufen 1.200 Israelis. Kaltblütig erschossen sie 260 Teilnehmer\*innen eines Musikfestivals im Kibbutz Re’im und verschleppten 239 Menschen als Geiseln. Wären die israelischen Streitkräfte nicht dazwischen gegangen, hätten diese Vernichtungskommandos immer weiter gemordet. Plötzlich war der eliminatorische Antisemitismus wieder präsent. Der Schock darüber sitzt tief.

158

### Historische Kontinuitäten

► Es ist aber nicht nur das bestialische Vorgehen der Täter, das an den Sadismus der Nazi-Einsatzgruppen vor achtzig Jahren erinnert. Es ähneln sich auch die antisemitischen Motive, wie ein Blick in die noch gültige Hamas-Charta von 1988 beweist.<sup>1</sup> Darin werden nicht nur Israel, sondern »die Juden« zum Weltfeind erklärt, der die Medien und die Vereinten Nationen beherrsche und für alle Revolutionen in der Welt verantwortlich sei. Und ebenso wie die Nazis behauptet die Hamas-Charta, dass die Juden und Jüd\*innen nicht nur den Ersten, sondern auch den Zweiten Weltkrieg angezettelt

hätten. Wie Adolf Hitler in »Mein Kampf« zitiert auch die Hamas die antisemitischen »Protokolle der Weisen von Zion« als Beleg für jüdisches Verhalten, um in ihrer Charta zu erklären: »Die Zeit der Auferstehung wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten.«

Die Charta unterscheidet sich von den Texten der Nazis vor allem durch ihren religiösen Bezug: In ihr wird der Koran 33-mal zitiert. Andere Stellen »klingen, als ob sie direkt von den Seiten des *Stürmer* abgeschrieben« seien, so der palästinensische Politiker Sari Nusseibeh. Wie kam der Antisemitismus der Nazis zur Hamas?

Die Hamas bezeichnet sich als »Flügel der Muslimbrüder in Palästina«. Sie zieht eine Linie von den Anfängen des antizionistischen Dschihad während der 1930er-Jahre bis zur Gegenwart. Dass auch Nazi-Deutschland involviert war, wird verschwiegen. Es fanden jedoch ab 1938 und mit der ausdrücklichen Unterstützung Joseph Goebbels' Begegnungen zwischen Nazi-Agenten und den Führern der Muslimbrüder (MB) in Ägypten statt. Die MB waren Judenhasser und wollten das zionistische Projekt zu Fall bringen. Berlin überwies hohe Geldsummen an die MB, veranstaltete mit ihnen »Palästina-Treffen« und Schulungsabende über »die jüdische Frage« und unterstützte deren wichtigsten Bündnispartner, den antisemitischen Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini.

Zwischen April 1939 und April 1945 schürten die Nazis den Judenhass mit einer ausgefeilten Radiopropaganda in arabischer Sprache. Im Rückblick erwies sich diese sechsjährige allabendliche

Beschallung durch einen Kurzwellensender im brandenburgischen Zeesen als Zäsur für den Nahen Ostens: Sie beförderte eine anti-jüdische Lesart des Koran, popularisierte den antisemitischen Weltverschwörungsmythos und prägte eine völkermörderische Rhetorik gegenüber dem Zionismus.

Nach dem Sieg über Hitler 1945 wirkte das Echo von Radio Zeesen weiter nach. Ein relevanter Teil der arabischen Welt hatte sich daran gewöhnt, den Nahostkonflikt durch eine antisemitische Brille zu betrachten und behielt diesen Blickwinkel in den entscheidenden Jahren 1946 bis 1948 bei. Jetzt stellten die MB mit über einer Million Mitgliedern die größte antisemitische Bewegung der Welt. Als 1946 der Kriegsverbrecher und Himmler-Freund Amin el-Husseini unbehelligt nach Kairo zurückkehrte, zeigten sich die MB begeistert: »Dieser Held«, erklärten sie, »kämpfte mit der Hilfe Hitlers und Deutschlands gegen den Zionismus. Deutschland und Hitler sind nicht mehr, aber Amin el-Husseini wird den Kampf fortsetzen.« Der Mufti und die MB trugen in den Folgejahren maßgeblich dazu bei, die Zwei-Staaten-Resolution für Palästina, welche die Vereinten Nationen 1947 beschlossen hatten, zu Fall zu bringen.

Zwar scheiterten die arabischen Staaten 1948 mit ihrem kriegerischen Versuch, das im Mai gegründete Israel auszulöschen, doch die Idee bestand fort. Die MB reichten den Staffelstab an den iranischen Geistlichen Ruhollah Musavi weiter, der später als Ruhollah Khomeini berühmt wurde. Seit der islamischen Revolution von 1979 gilt Teheran als das Zentrum bei der Bemühung, Israel zu vernichten. 1988 schließlich schrieb sich die von Teheran unterstützte Hamas eben dieses Ziel auf ihre Fahnen.

Die Terrororganisation will somit eine Ambition, die mit Nazi-Deutschland ihren Anfang nahm, zum Abschluss bringen. Es ist kein Zufall, dass ihre Charta hierfür Parolen verwendet, die zuvor über das Nazi-Radio in die islamische Welt gelangt waren. Natürlich wäre es absurd, den Holocaust mit dem Massaker des 7. Oktober auf eine Stufe zu stellen oder in der Hamas die »Nazis von heute« zu sehen. Geschichte wiederholt sich nicht, doch sie wirkt fort. So lässt sich beim Antisemitismus eine Linie, die hier von 1941 bis 2023 reicht, nicht bestreiten.

### Täter-Opfer-Umkehr

► Das Massaker war ein Schock, aber die Reaktionen darauf waren niederschmetternd. Israels Oppositionsführer Yair Lapid formulierte es so: »Die Menschen sahen, wie Juden ermordet, vergewaltigt und gefangen genommen wurden, und beschlossen, dass die Juden daran schuld waren. Sie sahen, dass Juden Opfer eines Terroranschlags wurden, und das hat ihren Hass auf Juden nur verstärkt.« Es waren Hunderttausende, die in der arabischen Welt, aber auch in Westeuropa, gegen Israel und für die Hamas auf die Straßen gingen.

Wie ist diese fatale Opfer-Täter-Umkehrung zu erklären? Waren alle Teilnehmer\*innen der propalästinensischen Großdemonstrationen in London und Paris antisemitisch? Die meisten wollen dort von dem Antisemitismus seitens Palästinenser\*innen partout nichts wissen. Also müssen sie sich den Terror der Hamas anders erklären. Was läge da näher, als Israel die Schuld an dem Terror zu geben?

Dieser Fehlschluss ist beliebt, weil er eine einfache Lösung suggeriert: Israel soll die »Besatzung« beenden und der Terror ist vorbei. Mit der Wirklichkeit hat das nichts zu tun. Erstens will etwa

die Hamas hier kein Ende der »Besatzung«, sondern das Ende Israels. Zweitens hat Antisemitismus mit jüdischem Verhalten nichts zu tun: Das gilt auch für die Ermordung der 1.200 Juden und Jüd\*innen am 7. Oktober. Bei dem antisemitischen Pogrom war schierer Hass am Werk.

### Zweistaatenlösung?

► Die antagonistische Feindschaft gegenüber Israel wird oftmals ignoriert. Die G7-Staaten forderten bei ihrem Treffen Anfang November eine Zweistaatenlösung, bei der beide »Seite an Seite in Frieden, Sicherheit und gegenseitiger Anerkennung leben.« Dieses Mantra wird seit Jahrzehnten wiederholt, ohne zu fragen, warum die arabische Seite in Palästina seit 75 Jahren die Anerkennung Israels als jüdischen Staat verweigert.

Am 7. Oktober feierte die Fatah das Massaker an israelischen Zivilist\*innen im offiziellen Fernsehsender der Palästinensische Autonomiebehörde (PA) als »einen Morgen des Sieges, der Freude und des Stolzes« und rief die Palästinenser\*innen der Westbank dazu auf, »an dieser Heldengeschichte teilzunehmen.« Natürlich hätte sich die PA in dieser Situation als die bessere Alternative zur Hamas profilieren können, als Alternative, die sich vom Terror der Hamas deutlich distanziert. Man zog es jedoch vor, sich mit dem Terror gemein zu machen.

Die Ergebnisse diverser Umfragen in den palästinensischen Gebieten weisen in eine ähnliche Richtung. Die letzte wurde zwischen dem 31. Oktober und dem 7. November 2023 durchgeführt. Es stellte sich heraus, dass 75 Prozent der insgesamt 688 Befragten das Hamas-Massaker unterstützen, dass es lediglich 13 Prozent ablehnten und nur 17 Prozent für eine Zwei-Staaten-Lösung votierten.

Auch wenn die Datenlage so nicht beweiskräftig ist und andere Einzelstimmen existieren, gilt: Der übergroße Antisemitismus in den palästinensischen Gebieten wird die Zweistaaten-Lösung auch künftig verhindern. Frieden wäre in dieser Region nur möglich, wenn der Judenhass radikal, systematisch und über lange Zeiträume hinweg bekämpft würde. Die extreme Erfahrung mit Nazi-Deutschland hat gezeigt, was nötig ist, um eine von Antisemitismus durchtränkte Gesellschaft zu verändern: die bedingungslose Kapitulation und das Verbot der hegemonialen Terrororganisation, gefolgt von einer langen Re-Education.

Dafür kämpft Israel. Die Holocaust-Überlebende Fanny Englad sagt über diesen Kampf: »Sag nicht Krieg. Sag Lebenskampf. Es ist ein Unterschied, ob man einen Krieg führt oder ob man um sein Leben kämpft. Wir haben es mit dem Judenhass von Hitlers islamistischen Erben zu tun. Wenn Israel gegen die angeht, die es auslöschen wollen, ist das nicht Krieg, um andere zu töten, sondern ein Kampf um Leben.«

### Anmerkung

1 Die Zeitschrift Kritiknetz hat die Übersetzung der »Charta der Islamischen Widerstandsbewegung (Hamas)« ins Netz gestellt: [www.kritiknetz.de/images/stories/texte/charta%20der%20hamas.pdf](http://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/charta%20der%20hamas.pdf)

► **Matthias Küntzel** ist Politikwissenschaftler und Historiker. Von ihm erschien zuletzt das Buch »Nazis und der Nahe Osten. Wie der islamische Antisemitismus entstand« (2019).

► iz3w

[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)